

Matthias Helle

Nachkriegsjahre in der Provinz

Der brandenburgische Landkreis Zauch-Belzig 1945 – 1952



Nachkriegsjahre in der Provinz

Studien zur brandenburgischen und vergleichenden Landesgeschichte

Im Auftrag der Brandenburgischen Historischen Kommission e.V.
und des Brandenburgischen Landeshauptarchivs
herausgegeben von Heinz-Dieter Heimann und Klaus Neitmann

Band 4

Matthias Helle

Nachkriegsjahre in der Provinz

Der brandenburgische Landkreis Zauch-Belzig 1945 bis 1952

Lukas Verlag

Abbildung auf dem Umschlag:

Bodenreform-Urkunde aus dem Kreis Zauch-Belzig von 1946, KrA PM, 42.023/14

Kartenbeilage: BLHA, Rep. 250 Zauch-Belzig, Karte 1 A

(Übersichtskarte des Kreises Zauch-Belzig sowie der Stadtkreise Potsdam und Brandenburg/H., Ausgabe 1949, Maßstab 1:100 000).

© by Lukas Verlag

Erstausgabe, 1. Auflage 2011

Alle Rechte vorbehalten

Lukas Verlag für Kunst- und Geistesgeschichte

Kollwitzstraße 57

D-10405 Berlin

www.lukasverlag.com

Satz: Linda Vogt

Umschlag: Lukas Verlag

Druck: Elbe Druckerei Wittenberg

Printed in Germany

ISBN 978-3-86732-111-2

Inhalt

Abkürzungen	8
Einleitung	10
Landesgeschichtliche und lokalhistorische Forschungen über die Nachkriegszeit in Brandenburg	10
Ziele der Untersuchung	13
Zur Quellenlage	16
Kriegsende 1945	20
Kampfhandlungen	20
Unmenschlichkeit	31
Beginn der Besatzungszeit	35
Öffentliche Verwaltung, Justiz und Polizei	41
Verwaltungsstruktur	41
Stadt- und Gemeindeverwaltungen	44
Das Zauch-Belziger Landratsamt	51
Bezirksbürgermeistereien und Amtsbezirke	58
Übergeordnete Verwaltungsbehörden	61
Verwaltungspersonal	70
Die Landräte Zauch-Belzigs und der Mitarbeiterstab der Kreisverwaltung	72
Bürgermeister und Angestellte der Stadt- und Gemeindeverwaltungen	77
Entnazifizierung	82
Polizei und Justiz	88
Umgemeindungen 1950 und Auflösung der Kreises 1952	94
Politik: Parteien und Massenorganisationen im Kreis	105
Parteigründungen 1945	105
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	105
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	108
Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU)	111
Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP)	113
Der Antifa-Block	115
Beginn der »antifaschistisch-demokratischen Umwälzung«	118
Entstehung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)	122
Wahlen 1946	137
Stalinisierung der Einheitspartei	146

Zwei neue Parteien	152
National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD)	153
Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD)	155
In den Anfangsjahren der DDR	157
Massenorganisationen	173
Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB)	174
Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB)	177
Frauenausschüsse/Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD)	179
Freie Deutsche Jugend (FDJ)	181
Konsumgenossenschaften	185
Kulturbund	186
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)	187
Die Besatzungsmacht	189
Kommandanturen im Kreis	193
Militärische Objekte	201
Verhältnis zu deutschen Stellen	203
Übergriffe	211
Der sowjetische Sicherheitsapparat	216
Wirtschaft und Verkehrswesen	223
Landwirtschaft	223
Bodenreform in Zauch-Belzig	226
Die Neubauernproblematik	242
Besitz- und wirtschaftliche Verhältnisse nach den Enteignungen	250
»Damoklesschwert« Ablieferungssoll	253
Volkseigene Güter und Maschinenausleihstationen	262
Obstanbaugebiet Werder/Havel	265
Forstwirtschaft	266
Industrie	268
Enteignung und Verstaatlichung Zauch-Belziger Betriebe	272
Demontage und Reparationslieferungen aus laufender Produktion	274
Verkehr und Transportwesen	279
Soziale und demographische Verhältnisse	284
Bevölkerungsbewegung und -struktur	284
Beschäftigungsstruktur	289
Heimatvertriebene	292
Ernährungslage	308
Schlussbetrachtung	314

Anhang	325
Anlagen	327
Quellen	353
Archivalien, Privatdokumente	353
Amts-, Verordnungs- und Gesetzesblätter, Zeitungen	354
Ortschaftsverzeichnisse, Statistiken	354
Quelleneditionen	355
Biographien, Lebenserinnerungen	356
Mitteilungen	357
Literatur	357
Internetseiten	373
Kartenwerke	373

Abkürzungen

Anm.	Anmerkung
Antifa	Antifaschismus / antifaschistisch
ATG	Auto-Transportgemeinschaft
Aufl.	Auflage
Bd.	Band
Bearb., bearb.	Bearbeiter(in) / bearbeitet
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam
bzgl.	bezüglich
CDU(D)	Christlich-Demokratische Union (Deutschlands)
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
dies.	dieselbe
Diss.	Dissertation
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
FDGB	Freie Deutscher Gewerkschaftsbund
Gen.	Genosse
Gestapo	(NS-) Geheime Staatspolizei
GPU	»Gossudarstwennoje Polititscheskoje Uprawlenije«; sowjetische politische Polizei
Ha	Hektar
Hg., hg.	Herausgeber / herausgegeben
HJ	Hitlerjugend
IG	Industriegewerkschaft
KG	Konsumgenossenschaft
KrA PM	Kreisarchiv Potsdam-Mittelmark
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KpdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KWU	Kommunalwirtschaftsunternehmen
KZ	Konzentrationslager
LDP(D)	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
MAS	Maschinenausleihstation
MfS	(DDR-) Ministerium für Staatssicherheit
MGB	Ministerstwo Gossudarstwennoj Besopasnosti; (sowjetisches) Ministerium für Staatssicherheit

MWD	Ministerstwo Wnutrennych Del; (sowjetisches) Ministerium für innere Angelegenheiten
Napola	(NS-) Nationalpolitische Erziehungsanstalt
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NKFD	Nationalkomitee »Freies Deutschland«
NKGB	Narodnyj Komissariat Gossudarstwennoj Besopasnosti; (sowjetisches) Volkskommissariat für Staatssicherheit
NKWD	Narodnyj Komissariat Wnutrennych Del; (sowjetisches) Volkskommissariat für innere Angelegenheiten
NS	Nationalsozialismus / nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
PG	(NSDAP-) Parteigenosse
Politbüro	Politisches Büro (der SED)
RAD	Reichsarbeitsdienst
Rep.	Repositur
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor (von Berlin)
RM	Reichsmark
Rs	Rückseite
SA	(NS-) Sturmabteilung
SAPMO-Barch	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone (Deutschlands)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
SMA, SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	(NS-) Schutzstaffel
Stasi	DDR-Ministerium für Staatssicherheit / DDR-Staatssicherheitsdienst
T.	Teil
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VEAB	Volkseigener Erfassungs-und-Aufkaufbetrieb
VEB	Volkseigener Betrieb
VEG	Volkseigenes Gut
Vs	Vorderseite
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
VVG	Vereinigung Volkseigener Güter
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
ZA	Zentralausschuss
ZK	Zentralkomitee
ZVU	Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler

Einleitung

Landesgeschichtliche und lokalhistorische Forschungen über die Nachkriegszeit in Brandenburg

Die Nachkriegsjahre in Deutschland nach der totalen militärischen Niederlage am Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 und dem Zusammenbruch des NS-Regimes waren eine Zeit des mühseligen Wiederaufbaus, eines politischen und gesellschaftlichen Neubeginns. In jenen Jahren der wirtschaftlichen und sozialen Not rückte das von den Siegermächten besetzte Deutschland, dessen Potenzen trotz der Kriegsauswirkungen nach wie vor hoch eingeschätzt wurden, unversehens in das Zentrum des Kalten Krieges zwischen der Sowjetunion und dem westlichen Staatenlager, was letztlich zur deutschen Teilung führte. Nach den Worten von K. D. Bracher handelte es sich bei der Nachkriegszeit um eine kurze, besonders entscheidungsreiche Periode, die aus den Folgen des Krieges binnen weniger Jahre die großen Entscheidungen geprägt hat, die bis in die 1980er Jahre fort dauerten.¹

Bemerkenswerterweise ist die Zeit nach 1945 für die Geschichtsforschung in der Bundesrepublik im Grunde genommen erst um 1970 ein Arbeitsfeld geworden, das dann allerdings rasch expandierte.² Historiker im östlichen Deutschland (beispielsweise S. Doernberg, W. Krause³) beschäftigten sich hingegen seit den späten 1950er Jahren intensiv mit der Nachkriegszeit, in der es so mannigfach Weichenstellungen gab. Sie legten dabei ganz klar ihr Hauptaugenmerk auf das Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bzw. der DDR, untersuchten mithin die Vor- und Frühgeschichte des Staatsgebildes, in dem sie selbst lebten. Allerdings hatten Geschichtsforschung und Geschichtsbild in der DDR grundsätzlich der Legitimation der SED-Diktatur zu dienen. Demgemäß politisch-ideologisch ausgerichtet und zensiert, entsprangen der DDR-Historiographie mehr oder weniger verzerrte Darstellungen. Der Mannheimer Politikwissenschaftler und Historiker Hermann Weber urteilte im Jahre 2004: »Gerade deswegen waren viele [von DDR-Historikern verfasste] Eigendarstellungen der DDR schon früher kaum zu gebrauchen und sind heute Makulatur.«⁴

In der Geschichtsforschung der Bundesrepublik vor 1990 bemühte man sich zwar um eine dem Grundsatz wissenschaftlicher Objektivität gemäße Untersuchung auch

1 Bracher: Doppelte Zeitgeschichte im Spannungsfeld politischer Generationen, S. 57.

2 Hockerts: Zeitgeschichte in Deutschland, S. 14.

3 Doernberg: Die Geburt eines neuen Deutschland (1959); Krause: Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR (1958). Das unter maßgeblicher Federführung v. SED-Chef W. Ulbricht verfasste, bereits 1955 veröffentlichte Buch »Zur Geschichte der neuesten Zeit«, Bd. 1/1, bietet zwar eine Reihe v. Quellenausügen u. statistischen Daten über die Nachkriegsentwicklung im östlichen Deutschland, gehört aber dennoch eher in den Bereich der politischen Propaganda denn der Geschichtsschreibung.

4 Weber: Geschichte der DDR, S. 10f.

der Nachkriegsgeschichte Ostdeutschlands.⁵ Jedoch blieb westdeutschen Historikern der Zugang zu wichtigen Quellengruppen, z.B. Akten aus der staatlichen Verwaltung der DDR, verwehrt. Freilich enthielt man in der DDR seitens der Administration auch den eigenen Historikern bestimmte Archivalien vor, deren Inhalt das von der SED abgesegnete offizielle Geschichtsbild hätte ankratzen können.

Die politischen Umbrüche von 1989/90, die Wiedervereinigung Deutschlands sowie das Ende der Sowjetunion ermöglichten den Zugriff auf bis dahin unter Verschluss gehaltene ostdeutsche und russische Quellen.⁶ Mit Blick auf die seit 1990 unter den ungleich besseren Forschungsbedingungen entstandenen Arbeiten zur Nachkriegsgeschichte Ostdeutschlands kann man von einer wahren Flut an Publikationen sprechen. Die Aufarbeitung der Nachkriegsjahre ist dabei nicht nur von rein historischem Interesse, sondern wird mitunter auch von politischen Gegenwartsproblemen bestimmt, wie in den 1990er Jahren die heftigen Dispute über eine gesetzliche Festschreibung der Bodenreform⁷ zeigten.

Forschungen zur Nachkriegszeit mit landes- bzw. regionalgeschichtlichen Bezügen fristen allerdings immer noch ein eher stiefkindliches Dasein. Dies trifft generell auch für Brandenburg zu. Vor 1989/90 entstanden in Verbindung mit dem Staatarchiv Potsdam einige zeitgeschichtliche Publikationen.⁸ Einzelne Darstellungen mit politikgeschichtlichem Schwerpunkt wurden von den Geschichtskommissionen der SED-Bezirksleitungen herausgegeben.⁹ Diese Veröffentlichungen aus der Vor-»Wende«-Zeit weisen die für die DDR-Historiographie typischen apologetischen Züge auf (s.o.). Die wichtigste Arbeit der westdeutschen Geschichtsforschung der 1980er Jahre über die brandenburgische Nachkriegszeit ist sicherlich die Überblicksdarstellung von B. Fait.¹⁰ Erwähnenswert sind daneben die in der alten Bundesrepublik veröffentlichten Memoiren und Aufzeichnungen früherer brandenburgischer Landespolitiker, die informative Blicke hinter die politischen Kulissen, auf Zusammenarbeit und Widerstreit der Parteien sowie das Agieren der sowjetischen Besatzungsmacht gestatten.¹¹

5 Als Ergebnis dieser Forschung sei das v. M. Broszat u. H. Weber herausgegebene »SBZ-Handbuch« besonders erwähnt.

6 Auf die aus der Öffnung russischer Archive erwachsenen Perspektiven z.B. für die Erforschung sowjetischer Eingriffe in die ostdeutsche Industriestruktur weisen Karlsch/Lauer in »Die sowjetischen Demontagen in der SBZ«, S. 20, hin. Zu Rahmenbedingungen der sozialgeschichtlichen Forschung im östlichen Deutschland nach 1989/90 s. Bauerkämper: Die Sozialgeschichte der DDR, S. 45.

7 Vgl. hierzu die entsprechenden Beiträge in: Sobotka: Wiedergutmachungsverbot?

8 Beispielsweise: Dokumente zur demokratischen Bodenreform im Land Brandenburg. Ausgewählt u. eingeleitet v. F. Reinert (1966); Freundschaft – Werden und Wachsen. Ausgewählte Dokumente und Materialien zur Entwicklung des Freundschafts- und Bruderbundes zwischen der Sowjetunion und der DDR. Dargestellt an Beispielen aus dem Territorium des ehem(aligen) Landes Brandenburg. T. 1: 1945–1949, eingeleitet u. ausgewählt v. F. Beck u.a. (1975).

9 So die Arbeiten v. Urban/Schulz: Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Provinz Brandenburg (1985), u. Wilhelm: Die SED – führende Kraft des antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus im Land Brandenburg April 1946 bis Mitte 1948 (1988).

10 Fait: (Mark) Brandenburg, in: SBZ-Handbuch (1990), S. 80–102.

11 Bloch: Zwischen Hoffnung und Resignation. Als CDU-Politiker in Brandenburg 1945–1950 (1986); Schollwer: Potsdamer Tagebuch 1948–1950. Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung (1988).

Der Zugriff auf bis 1990 unzugängliche Quellen eröffnete auch der brandenburgischen Geschichtsschreibung neue Perspektiven. Darstellungen und Quelleneditionen¹² von neuer Qualität konnten entstehen. Unter anderem legte W. Ribbe im Jahr 1995 einen kompakten Abriss über die Geschichte des Landes Brandenburg von 1945 bis 1952 vor¹³, dessen Lektüre sich als Einstieg in die Thematik empfiehlt. Ebenfalls 1995 erschien der von W. Stang herausgegebene Sammelband »Brandenburg im Jahr 1945«, der Studien verschiedener Autoren enthält.¹⁴ Zu den neueren Arbeiten zählt eine inhalts- und materialreiche Abhandlung von F. Sattler (erschienen 2002), die schwerpunktmäßig die wirtschaftspolitische Entwicklung in Brandenburg 1945 bis 1952 beleuchtet.¹⁵ In Periodika wie dem »Jahrbuch für brandenburgische Landgeschichte« finden sich regelmäßig Aufsätze, die die Nachkriegsjahre in der Mark thematisieren. Was allerdings bisher fehlt, ist eine ausführliche Gesamtdarstellung zur brandenburgischen Geschichte zwischen 1945 bis 1952, vergleichbar etwa mit der Monographie von D. Kotsch¹⁶ über den Zeitraum 1952 bis 1990.¹⁷ Auch ist in den Publikationsreihen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs¹⁸ und der Historischen Kommission zu Berlin¹⁹ sowie der Brandenburgischen Historischen Kommission²⁰ die Zeitgeschichte nach 1945 bislang eher unterrepräsentiert.

Seit ungefähr 1980 nimmt die Lokalgeschichtsforschung und -schreibung in Brandenburg einen wesentlich breiteren Raum ein als in den drei Jahrzehnten zuvor. Ausgangspunkt und zugleich kennzeichnend dafür war, dass um 1980, wesentlich gefördert durch die »Gesellschaft für Heimatgeschichte« im DDR-Kulturbund, das Kreis- und Heimatkalenderwesen einen jähen Aufschwung erlebte. Bedauerlicherweise

12 Beispielweise die v. F. Reinert bearbeiteten Protokolle des Landesblockausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien Brandenburgs 1945–1950 (1994).

13 Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR (1945 bis 1952).

14 Ebenfalls aus Anlass des fünfzigsten Jahrestages des Kriegsendes erschien im Landkreis Potsdam-Mittelmark eine kleine, aber höchst bemerkenswerte Schriftenreihe unter dem Titel »1945 – Das Jahr zwischen Krieg und Frieden«. In den einzelnen Teilen dieser Reihe (s. das Quellen- u. Literaturverzeichnis der vorliegenden Arbeit) wurden hauptsächlich Erinnerungen v. Zeitzeugen ediert.

15 Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang. Politik, Organisation und Funktion der KPD/SED im Land Brandenburg bei der Etablierung der zentralen Planwirtschaft in der SBZ/DDR 1945–1952.

16 Kotsch: Das Land Brandenburg zwischen Auflösung und Wiederbegründung. Politik, Wirtschaft und soziale Verhältnisse in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus in der DDR (1952–1990).

17 Die von Heinrich in »Landesgeschichtliche Arbeiten und Aufgaben in Berlin-Brandenburg«, S. 24–34, im Jahr 1990 aufgezählten Desiderata der brandenburgischen Landesgeschichtsschreibung sind bei weitem noch nicht vollständig erbracht.

18 Das BLHA gibt die Reihe »Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs« (bisher 52 Bände) heraus. Darin als Bd. 30 erschienen: Reinert: Protokolle des Landesblockausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien. Siehe auch Übersicht über die Bestände des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, T. 3/1, passim.

19 Die Historische Kommission zu Berlin gibt zusammen mit dem BLHA die Reihe »Bibliothek der Brandenburgischen und Preussischen Geschichte« (bisher 12 Bände) heraus. Darin als Bd. 8 erschienen: Kotsch: Das Land Brandenburg zwischen Auflösung und Wiederbegründung.

20 Die Brandenburgische Historische Kommission gibt die Reihe »Brandenburgische Historische Studien« (bisher 12 Bände) heraus. Darin als Bd. 3 erschienen: Geschichte der brandenburgischen Landtage. Von den Anfängen 1823 bis in die Gegenwart. Hg. v. Kurt Adamy u. Kristina Hübener.

hat eine Reihe dieser Kalender aufgrund finanzieller Engpässe oder Verwaltungsneugliederungen die jüngsten anderthalb Dekaden nicht überstanden. Die Kalender decken traditionell ein weites thematisches Spektrum ab, u.a. eben auch lokale Geschehnisse nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Freilich genügen die historiographischen Kalenderbeiträge oftmals nur bedingt fachwissenschaftlichen Ansprüchen. Einmal abgesehen davon, dass sie vor 1989/90 die üblichen politisch-ideologischen Geschwülste aufwiesen, handelt es sich bei ihnen vielfach um isolierte Darstellungen unter rein lokalem Blickwinkel. Der »Kirchturmhorizont« (so der treffende Terminus von E. Hühns²¹) wird also kaum überwunden.

In wilhelminischer Zeit, auch in der Weimarer Republik und während der NS-Zeit wurden mitunter Überblicksdarstellungen (von verschiedener Quantität und Qualität) zur Geschichte brandenburgischer Landkreise verfasst.²² In der Gegenwart ist es indes anscheinend »aus der Mode gekommen«, ein Kreisgebiet in seiner Gesamtheit zum Gegenstand historischer Forschungen zu machen.²³ Mithin fehlt auch eine themenübergreifende Spezialuntersuchung über die Nachkriegsjahre in einem märkischen Kreis, d.h. in einer Verwaltungseinheit unterhalb der Landesebene und oberhalb der Ortsebene.²⁴ Dabei bieten gerade Teilregionen wie etwa die brandenburgischen Landkreise als Forschungsgegenstand die Chance, im Vergleich zur überregionalen Ebene geschichtliche Spuren und Eigentümlichkeiten in größerer Schärfe herauszuarbeiten²⁵, ohne dabei den Beschränktheiten der engeren Ortsgeschichte verhaftet zu bleiben.

Ziele der Untersuchung

In der vorliegenden Arbeit soll die Nachkriegszeit eines eingegrenzten geographisch-administrativen Raums innerhalb Brandenburgs im Detail untersucht werden. Als Untersuchungsgebiet wird hierbei der ehemalige brandenburgische Landkreis Zauch-Belzig gewählt.²⁶ Es geht darum, herauszuschälen, welche Entwicklungslinien politischer, administrativer und wirtschaftlich-sozialer Art für das Untersuchungs-

21 Hühns: Der Inhalt heimatgeschichtlicher Forschung, S. 15.

22 Beispielsweise Ernst Georg Bardey: Geschichte von Nauen und Osthavelland. Rathenow 1892; Kurt Marten: Gesamtgeschichte des Kreises Spremberg. Spremberg o.J. (um 1924); Carl Petersen: Die Geschichte des Kreises Beeskow-Storkow. Beeskow 1922; Willy Spatz: Der Teltow. Bilder aus der Vergangenheit des Kreises. T. 1 u. 2, Berlin 1905/20; Arthur Splittgerber: Geschichte der Stadt und der Kreises Züllichau. Züllichau 1927.

23 Eine Ausnahme: Mit der Broschüre v. Bönisch »Der Blick in die Geschichte«, liegt eine verwaltungsgeschichtliche Studie für den Landkreis Oberspreewald-Lausitz aus dem Jahr 1995 vor.

24 Hingegen gibt es etwa für Zauch-Belzigs Nachbarkreis Wittenberg (Sachsen-Anhalt) mit G. Herrmann »Zwischen Hoffnung und Verzweiflung«, eine – wenn auch nur populärwissenschaftliche – Arbeit über die Nachkriegsjahre.

25 Beispielsweise schreibt Ther in »Die Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR 1945–1953«, S. 160: »Die Wirksamkeit von Politik in der SBZ/DDR läßt sich grundsätzlich am genauesten an Ort und Stelle, also in den Kreisen und Gemeinden überprüfen.«

26 Da es sich bei der vorliegenden Arbeit in weiten Teilen um »Grundlagenforschung« anhand archivalischer Quellen handelt, soll u. kann als räumliches Untersuchungsgebiet nur ein einzelner Kreis gewählt werden.

gebiet fassbar sind. So soll das Verwaltungssystem auf der Gemeinde- und Kreisebene einer genauen Betrachtung unterzogen werden. Darzustellen sind Entstehung und Werdegang der Zauch-Belziger Kreisverbände der nach Kriegsende neu gegründeten politischen Parteien und Organisationen, insbesondere der Einheitspartei SED, der letztlich eine diktatorische Stellung im Staatswesen zukam. Weiter soll untersucht werden, welchen Veränderungen die ökonomischen und sozialen Verhältnisse im Kreis unterlagen, wie sich demographische Wandlungen in den Nachkriegsjahren bemerkbar machten. Wesentliches Anliegen ist es also zu zeigen, wie sich die tiefgreifenden Transformationsprozesse, die Staat, Gesellschaft und Wirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. frühen DDR radikal umformten, konkret auf das Untersuchungsgebiet auswirkten. Auch wäre die Frage zu beantworten, inwiefern Zauch-Belzig Kontinuitäten gegenüber der Zeit vor 1945 bzw. 1933 aufwies, oder, anders ausgedrückt, wie hoch der Grad des »allgemeinen Wandels« war.

Kirchengeschichtliche Aspekte können in dieser Untersuchung nicht bzw. nur am Rande berücksichtigt werden. Eine akzeptable Auswertung der zahlreichen zugänglichen Quellen – z.B. hinsichtlich der evangelischen Kirche in Zauch-Belzig²⁷ – würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit zweifelsohne sprengen. Ebenso wird auf kulturgeschichtliche und kulturpolitische Betrachtungen verzichtet, da für das Kreisgebiet die einschlägigen Quellen nicht besonders aussagekräftig sind.

Die Nachkriegsverhältnisse in Zauch-Belzig wurden selbstverständlich durch die generellen politischen und sozialökonomischen Entwicklungen im östlichen Deutschland geprägt. Und nur im Kontext mit diesen sind die Geschehnisse und Zustände im Kreis mithin begreifbar und darstellbar. Deshalb müssen die Grundsatzenscheidungen und Schlüsselereignisse auf zentraler/zentralstaatlicher Ebene sowie auf brandenburgischer Landesebene Eingang in vorliegende Arbeit finden.

Der zeitliche Rahmen für die Untersuchung ist im Wesentlichen abgesteckt durch das Kriegsende 1945 und das Jahr 1952, als im Zuge einer DDR-Verwaltungsreform die bisherige Länder- und Kreisstruktur beseitigt wurde, was für den Kreis Zauch-Belzig die Auflösung bedeutete. In mancher Hinsicht muss die Untersuchung bereits mit dem Jahr 1950 abschließen, da Zauch-Belzig schon seinerzeit durch administrative Umgliederungen derart an kreisangehörigen Gemeinden samt Einwohnern einbüßte, dass z.B. der Vergleich statistischer Daten für den Gesamtkreis von 1951/52 mit solchen aus den Jahren 1946 bis 1950 keinen wirklichen Erkenntnisgewinn verspricht.

Die vorliegende Arbeit stellt gewissermaßen einen Brückenschlag zwischen zwei geschichtswissenschaftlichen Teildisziplinen dar. Einerseits gehört sie mit Blick auf ihre zeitlichen Bezugspunkte in den Bereich der Zeitgeschichte, kurz definiert als die »Geschichte der lebenden Zeitgenossen«²⁸. Andererseits hat sie mit dem Kreis Zauch-Belzig einen geographisch umrissenen Untersuchungsgegenstand, der flächenmäßig der größte Kreis Brandenburgs war und ein Fünftel der gesamten (Nachkriegs-)

27 Im Domstiftsarchiv Brandenburg/Havel z.B. werden das Archiv der Superintendentur Belzig u. verschiedene Pfarrarchive der Kreises als Deposita aufbewahrt.

28 Bracher: Doppelte Zeitgeschichte im Spannungsfeld politischer Generationen, S. 56.

Provinz bzw. des Landes ausmachte. Insofern ist sie zugleich ein Baustein der brandenburgischen Landesgeschichte. Eines soll indes hier betont sein: Die Arbeit versteht sich keineswegs als ein »Denkmal« für Zauch-Belzig als einer Verwaltungseinheit, deren Entstehung 1815/16 schon von scharfer Kritik seitens der preußischen Reformer begleitet war²⁹ und deren Existenz 1952 unspektakulär endete.

Der Kreis entstand im Zuge der Neugliederung der preußischen Verwaltungsbezirke nach dem Ende der napoleonischen Fremdherrschaft.³⁰ Wie der Doppelname andeutet, setzte er sich aus zwei vormalig getrennten Distrikten zusammen, und zwar dem alt-brandenburgischen Kreis Zauche und dem ehemals sächsischen Amtsbezirk Belzig und Rabenstein. Im Ergebnis des Wiener Kongresses hatte das Königreich Sachsen 1815 seine nördlichen Landesteile, darunter das Amt Belzig-Rabenstein, an Preußen abtreten müssen. Belzig-Rabenstein wurde dem Regierungsbezirk Potsdam in der preußischen Provinz Brandenburg zugeschlagen. Entsprechend einem Plan der Potsdamer Regierung zur Kreis-Neueinteilung vom 30. September 1815 fusionierte der Kreis Zauche mit dem Amt Belzig-Rabenstein 1816 zum neuen Kreis Zauch(e)-Belzig. Die Landratsbehörde war seit 1828 in Belzig ansässig.³¹

Der Kreis zählte zu den westlichen Randkreisen der Provinz Brandenburg. Er grenzte gegen Nordosten (entlang der Havellinie) an den Kreis Osthavelland und den Stadtkreis Potsdam, gegen Osten an den Landkreis Teltow, gegen Südosten an den Landkreis Jüterbog-Luckenwalde, gegen Süden an den Kreis Wittenberg (Provinz Sachsen), gegen Südwesten an den Landkreis Zerbst (Anhalt), gegen Westen an den Landkreis Jerichow I (Provinz Sachsen) und gegen Nordwesten (entlang der Havellinie) an den Stadtkreis Brandenburg/Havel und den Kreis Westhavelland. Gegenwärtig bildet die Masse des ehemaligen Zauch-Belziger Kreisgebiets den territorialen Kernbestand des »Großkreises« Potsdam-Mittelmark, der einen irreführenden und völlig unhistorischen Namen trägt. Seine Einwohner können in heutiger Zeit mit dem Namen Zauch-Belzig zumeist wenig anfangen. Insbesondere die Zauche ist als historische Landschaft aus Bewusstsein und Gedächtnis der Leute verschwunden³², nicht zuletzt, weil die Zauchegegend in den Medien immer wieder fälschlicherweise als »Havelland« bezeichnet wird.

Die Gliederung der vorliegenden Arbeit richtet sich grundsätzlich nach den oben genannten Themenbereichen. Nach einem einführenden Kapitel über das Kriegsende soll der Neu- bzw. Wiederaufbau der öffentlichen Verwaltung dargestellt werden, ebenso, welchen Veränderungen sie bis 1952 unterlag. Hierbei richtet sich der Fokus sowohl auf administrative Strukturen als auch auf das in den Verwaltungsbehörden beschäftigte Personal, insbesondere was dessen parteipolitischen Hintergrund betrifft. Das Polizei- und das Justizwesen waren in der Sowjetischen Besatzungszone anfänglich auf Kreis- und Gemeindeebene organisiert. Auch dies wird in jenem Kapitel angeschnitten.

29 Vgl. Schulze: Die Reform der Verwaltungsbezirke, S. 57–59.

30 Zum Folgenden vgl. ebenda, S. 47f., S. 54–59.

31 Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Potsdam 1828, S. 208.

32 In einem Heimatkalender-Beitrag v. 1991 (Reif: Der Kreis Zauch-Belzig, S. 5) heißt es bezeichnenderweise: »Immer wieder werden von vielen Bewohnern unseres Kreises (Belzig) die Fragen aufgeworfen: Was bedeutet der Name Zauche? Wie entstand der Kreis Zauch-Belzig? Was wurde aus ihm?«

Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit den Zauch-Belziger Verbänden der Parteien und »Massenorganisationen«, ihren Gründungen und Wandlungen im Rahmen der politischen Entwicklung in der SBZ und jungen DDR. Im Mittelpunkt steht hierbei die SED, der – nach dem Vorbild der kommunistischen Partei in der Sowjetunion – eine diktatorische Stellung im politischen System des östlichen Deutschland zukam. Bei der Vielzahl an gesellschaftlichen Organisationen neben den Parteien finden nur diejenigen Organisationen Berücksichtigung, die in den kommunalen Parlamenten des Kreises vertreten waren. Der so genannte Antifa-Block als ein Parteienbündnis auf zentraler, Landes- und Kreisebene wird in diesem Abschnitt behandelt, ebenso die Kommunal- und die Landtagswahl von 1946, die letztlich die einzig (halbwegs) freien Wahlen auf dem Gebiet der DDR bis 1990 bleiben sollten.

Im Anschluss wird das Auftreten der Besatzungsmacht im Kreis, deren Militärkommandanturen und Sicherheitsapparat sowie Übergriffe von Rotarmisten auf die Bevölkerung, thematisiert. Der fünfte Abschnitt behandelt Wirtschaft und Verkehrswesen in Zauch-Belzig. Den Schwerpunkt bildet dabei die Entwicklung der Landwirtschaft, da der Kreis von jeher agrarisch geprägt war.

Das letzte Kapitel widmet sich sozialen und demographischen Nachkriegs-Verhältnissen im Landkreis. Sachverhalte wie Bevölkerungsbewegung und Beschäftigungsstruktur werden näher beleuchtet. In diesem Kapitel wird ferner der massenhafte Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen aus Gebieten östlich von Oder und Lausitzer Neiße und dessen Auswirkungen auf den Landkreis untersucht.

Zur Quellenlage

Die weitaus wichtigste Quellenbasis für die vorliegende Arbeit bilden die überlieferten Akten des Zauch-Belziger Landratsamtes aus der Zeit von 1945 bis 1952. Diese Akten wurden 1962, 1964 und 1967 in das Brandenburgische Landeshauptarchiv (BLHA) in Potsdam übernommen und dort neu geordnet und erschlossen. Der Bestand³³ umfasst immerhin 21,45 laufende Meter Schriftstücke, gegliedert in 893 Bände.³⁴ Er beinhaltet Akten zur Arbeit des Kreistags und des Landrats sowie zu den Ressorts Inneres, Finanzen, Wirtschaft und Arbeit, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Versorgung, Gesundheitswesen, Volksbildung, Gesellschaftliche Organisationen. Als Quellen von besonderem Wert seien aus diesem Bestand die Berichte des Zauch-Belziger Informationsdienstes erwähnt.³⁵ Auch wenn die von den Informationsdienst-Mitarbeitern (teilweise konspirativ und inkognito) gesammelten Auskünfte über die Stimmung in der Bevölkerung, über Gewalttaten sowjetischer Militärangehöriger, über Mitgliederbewegungen in den Parteien und Organisationen usw. in den Berichten mitunter beschönigend wiedergegeben wurden, so gewinnt man trotzdem aus diesen

33 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig.

34 Siehe Übersicht über die Bestände des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, T. 3/1, S. 259–261.

35 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 172 u. Nr. 173.

Berichten ein weit realistischeres Bild der Zustände als aus anderen Überlieferungen des Verwaltungsapparates und erst recht aus zeitgenössischen offiziellen Darstellungen.³⁶

Weiterhin bieten die im Landeshauptarchiv aufbewahrten Aktenbestände der früheren brandenburgischen Landesbehörden, insbesondere des Innen-³⁷ und des Wirtschaftsministerium³⁸, sowie die Bestände der den Landesbehörden angeschlossenen Verwaltungen³⁹ auch für Untersuchungen auf Kreisebene leicht erschließbares, umfangreiches Quellenmaterial. Ebenfalls im BLHA konnte auf Parteiarchivalien⁴⁰ der Kreis- und Bezirks- bzw. Landesverbände von KPD⁴¹, SPD⁴² und SED⁴³ ergiebig zurückgegriffen werden. Auch aus Akten des Bestandes »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR« im Bundesarchiv⁴⁴ ließen sich Informationen zu politischen Verbänden in Zauch-Belzig gewinnen.

Im Kreisarchiv Potsdam-Mittelmark in Belzig befinden sich vornehmlich jüngere Bestände aus der Zeit nach 1952. Zu den wenigen älteren, dort aufbewahrten Archivalien zählen indes Registraturen der Stadtverwaltungen von Beelitz/Mark⁴⁵ und Werder/Havel⁴⁶ und der Gemeindeverwaltung Michendorf⁴⁷ aus der Zeit von 1945 bis ca. 1950, deren Studium von erheblichem Nutzen war. Ferner konnten in dem Kreisarchiv schriftliche Hinterlassenschaften der KPD-Ortsgruppe Werder⁴⁸ und der SED-Ortsgruppe Beelitz⁴⁹ gewinnbringend ausgewertet werden.

Zitate aus den archivalischen Quellen erscheinen in vorliegender Arbeit wiederholt im Original, um einen Eindruck vom behördlichen bzw. offiziellen Sprachstil der Zeit

36 Die Informationsdienste bei den Kreisverwaltungen unterstanden den Informationsabteilungen der Provinzial- u. Landesverwaltungen. Neben propagandistischen Aufgaben übten die Informationsabteilungen auch umfangreiche nachrichtendienstliche Tätigkeiten (Aushorchen der Bevölkerung) aus; s. Fait: (Mark) Brandenburg, S. 95, u. Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 458–461. Es ist allerdings überzogen, die Informationsabteilung in Brandenburg als eine »politische Polizei« – so Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 707 – zu bezeichnen. Gieseke: Von der Deutschen Verwaltung des Innern zum Ministerium für Staatssicherheit, S. 147, stellt klar, dass die Informationsabteilungen bei den Länderregierungen auch keine direkten organisatorischen Vorläufer des späteren DDR-Ministeriums für Staatssicherheit waren. Der Leiter des Zauch-Belziger Informationsdienstes, Ostertag, charakterisierte im Oktober 1947 seine Einrichtung als »das Ohr des Landratsamtes und zugleich das Sprachrohr desselben.«; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 287, Bl. 90. In der Realität wirkte der Informationsdienst vor allem als ein Schnüffelapparat der SED.

37 BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern.

38 BLHA, Rep. 206 Ministerium für Wirtschaft und Arbeit.

39 Beispielsweise die in BLHA, Rep. 271 zusammengefassten Akten der »Vereinigungen Volkseigener Betriebe« Land Brandenburg.

40 Diese stammen aus den ehemaligen Bezirks- u. Kreisparteiarchiven der SED.

41 BLHA, Rep. 330 KPD-Bezirksorganisation der Provinz Brandenburg.

42 BLHA, Rep. 331 SPD-Bezirksvorstand Provinz Mark Brandenburg.

43 BLHA, Rep. 333 SED-Landesleitung Brandenburg; BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig (Archivalien der Zauch-Belziger SED wurden nach 1952 bis zu ihrer Übernahme durch das BLHA im Kreisparteiarchiv der SED-Kreisleitung Belzig aufbewahrt).

44 SAPMO-BArch, DY 16/1351, 1564; SAPMO-BArch, DY 31/1271.

45 KrA PM, 41; KrA PM, 42.

46 KrA PM, 49.

47 KrA PM, 51.34.

48 KrA PM, 60.18.

49 KrA PM, 60.14.

zu vermitteln, in den anfänglich – neben der Umgangssprache – das traditionelle (»preußische«) Amtsdeutsch und noch typische Begrifflichkeiten aus der NS-Zeit einfließen, der jedoch zunehmend von einer kommunistischen Klassenkampfrhetorik gefärbt wurde. Im Rückblick über mehrere Jahrzehnte hinweg mutet dieser Sprachstil in Inhalt und Ausdrucksweise mitunter dilettantisch und geradezu lächerlich an. Gerade der von SED-Funktionären der unteren Parteiebenen gepflegte Jargon war seit ca. 1947/48 durch eine triviale Phrasendrescherei und unsägliche Floskelhaftigkeit gekennzeichnet.

Neben der Auswertung schriftlicher Überlieferungen bietet sich für ein Arbeitsfeld der Zeitgeschichte, wie es die Nachkriegsjahre sind, selbstredend an, die Methode der Zeitzeugenbefragung (»Oral History«) zu verwenden. H. Rothfels meint, dass die zeitgeschichtliche Forschung verfüge mit der Befragung noch lebender Zeugen über eine »Wünschelrute des Hervorlockens«.⁵⁰ Aber er brachte mit dieser Aussage (wohl ungewollt) auch die Problematik der »Oral History« auf den Punkt. Ein Wünschelrutenläufer kann nämlich leicht in die Irre gehen – und jeder noch lebende Zeuge hat eine eigene, höchst subjektive Erinnerung. Deshalb sind durch Zeitzeugen zwar nützliche Informationen zu gewinnen, die aber nur im Zusammenhang mit anderen Quellen verwendet werden sollten, sonst ergibt sich die Gefahr einer verzerrten Darstellung.⁵¹ Unter Beachtung dieser Prämisse sind mehrere Mitteilungen von Zeitzeugen⁵² in die vorliegende Untersuchung eingegangen.

Die für diese Arbeit relevante und verwendbare Literatur ist recht umfangreich. Es gibt jedoch vor allem eine schmerzliche Lücke. Während Publikationen mit überregionalen Blickwinkeln reichlich benutzt werden konnten, ist hingegen die Spezialliteratur zur Geschichte Zauch-Belzigs generell dürftig.⁵³ Daher war ein umfassender und unmittelbarer Rückgriff auf archivalische, unveröffentlichte Quellen unumgänglich.

Einige Literaturtitel und Autoren seien hier kurz herausgestellt: Die Endkämpfe des Zweiten Weltkriegs im April 1945 im westlichen Brandenburg einschließlich des

50 Rothfels: Zeitgeschichte als Aufgabe, S. 6, u. in: ders.: Zeitgeschichtliche Betrachtungen, S. 14.

51 Siehe dazu etwa Hockerts: Zeitgeschichte in Deutschland, S. 8f.

52 Siehe Quellen- u. Literaturverzeichnis der vorliegenden Arbeit.

53 Publikationen zur Geschichte des Kreises legen ihren Schwerpunkt auf die Zeit vor 1816, also vor Vereinigung des Amtes Belzig-Rabenstein und der Zauche, und behandeln in der Regel jeweils nur eines dieser beiden Gebietsteile. Was die eigentliche Historie des Kreises zwischen 1816 und 1952 betrifft, wurde vornehmlich seine Entstehung im Zuge der preußischen Reformzeit näher untersucht, und zwar in: Brachwitz: Vor 125 Jahren; ders.: Als Beelitz und Treuenbrietzen zu Kreisstädten vorgeschlagen wurden; Helle: Die Eingliederung sächsischer Landesteile in die Provinz Brandenburg, S. 26–39; Kuckert: 1816–1952–1993: Stationen der Verwaltungsgeschichte. Eine Art Überblicksdarstellung für den Zeitraum seit 1816 ist hingegen gänzlich ein Desiderat, sieht man einmal von Vette: Wer seinem Stern folgt, (behandelt Leben u. Wirken der Zauch-Belziger Landräte) ab. Wernicke: Der Kreis Zauch-Belzig und seine geschichtliche Entwicklung, hält nicht, was der Titel verspricht. G. Wernicke behandelt darin Zauche u. Belzig-Rabenstein im Mittelalter u. in der frühen Neuzeit, um mit dem Jahr 1815 (!) zu enden. R. Reif: Der Kreis Zauch-Belzig, beleuchtet nur kurz Entstehung u. Auflösung des Kreises. Einen Überblick über die bis ca. 1970 veröffentlichte Literatur zur Historie Zauch-Belzigs bietet Schreckenbach: Bibliographie zur Geschichte der Mark Brandenburg, T. 2, S. 93–97 u. 151–153.

Kreises Zauch-Belzig werden in den Arbeiten von G. W. Gellermann⁵⁴ und W. Tieke⁵⁵ ausführlich behandelt.⁵⁶ Für die Zauch-Belziger Städte Beelitz, Belzig, Niemegk und Treuenbrietzen liegen bemerkenswerte Dokumentationen über das Kriegsende in der Reihe »1945 – Das Jahr zwischen Krieg und Frieden«⁵⁷ vor. Mit seinen Studien zum Verwaltungsaufbau nach 1945 hat sich H.-J. Schreckenbach schon seit längerem Verdienste erworben.⁵⁸ Bei den zahlreichen Publikationen über die Parteien und gesellschaftlichen Organisationen in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. DDR kommt dem von H. Weber herausgegebenen Sammelband »Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie«⁵⁹ und dem (daran anknüpfenden) »SBZ-Handbuch«⁶⁰, herausgegeben von M. Broszat und H. Weber, nach wie vor der Stellenwert von Standard- und Basiswerken zu. Die Autoren H. Hurwitz⁶¹ und A. Malycha⁶² haben wiederum ihren Fokus auf Entstehung und Entwicklung der Einheitspartei SED gerichtet. Der US-amerikanische Historiker N. M. Naimark legte zum Thema sowjetische Besatzungsmacht eine hervorragende Monographie unter dem Titel »Die Russen in Deutschland« vor. Die Veränderungen in der brandenburgischen Wirtschaftsordnung und in der Eigentumsstruktur während der Nachkriegsjahre wurden von F. Sattler in vielen Details untersucht und dargestellt.⁶³ Die seinerzeitigen Verhältnisse in der Agrarwirtschaft Brandenburgs und im dörflichen Milieu, speziell die Bodenreform samt ihren Folgen, sind ein signifikantes Forschungsgebiet von A. Bauerkämper.⁶⁴ Der von W. Zank verfassten Studie »Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945–1949« konnten wertvolle Auskünfte über die sozialen und demographischen Konstellationen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands entnommen werden.

54 Gellermann: Die Armee Wenck.

55 Tieke: Das Ende zwischen Oder und Elbe.

56 Eine bisher wenig bekannte Quelle ist das Kriegstagebuch der Geschäftsstelle Stützpunkt-kommandantur Belzig, das bisher nur in Auszügen ediert ist. Das Original befindet sich mittlerweile im Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg im Breisgau. Für die vorliegende Arbeit konnte eine von H. Kästner angefertigte zuverlässige Abschrift benutzt werden.

57 In der Reihe sind erschienen: »Das Glockenläuten ist einzustellen ...« (Belzig); Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen; Dalitz: »Niemegk meldet Panzeralarm«; Um Beelitz harter Kampf.

58 Schreckenbach: Allgemeine Verwaltungsgeschichte; ders.: Der Aufbau einer neuen Verwaltung in Brandenburg im Jahr 1945; ders.: Bezirksverwaltungen in den Ländern der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1947; ders.: Neue Kreise – alte Kreise.

59 Zu bibliographischen Angaben über einzelne Beiträge in jenem Buch s. das Quellen- u. Literaturverzeichnis der vorliegenden Arbeit.

60 Zu bibliographischen Angaben über einzelne Beiträge in jenem Buch s. das Quellen- u. Literaturverzeichnis der vorliegenden Arbeit.

61 Hurwitz: Die Stalinisierung der SED; ders.: Zwangsvereinigung und Widerstand der Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in Berlin.

62 Malycha: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953; ders.: Auf dem Weg zur SED.

63 Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang.

64 Bauerkämper: Auf dem Wege zum »Sozialismus auf dem Lande«; ders.: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg; ders. (Hg.): »Junkerland in Bauernhand«; ders.: Das Neubauernbauprogramm im Land Brandenburg; ders.: Strukturumbruch ohne Mentalitätswandel. Auswirkungen der Bodenreform auf die ländliche Gesellschaft in der Provinz Mark Brandenburg 1945–1949.

Kriegsende 1945

Kampfhandlungen

In der zweiten Hälfte des April 1945 wurde der Zauch-Belziger Kreis zum Kriegsschauplatz.¹ Am 16. April hatte das sowjetische Oberkommando den Großangriff auf die Reichshauptstadt Berlin begonnen. Aus den Oder-Brückenköpfen bei Küstrin und Frankfurt traten Verbände der 1. Belorussischen Front zur Offensive an, während aus dem Raum Forst-Muskau an der Lausitzer Neiße Verbände der 1. Ukrainischen Front vorstießen. Am 21. April, fünf Tag nach Beginn der Offensive, erreichten Panzerspitzen der 3. und 4. Gardepanzerarmee (1. Ukrainische Front) bei Beelitz-Treuenbrietzen die östliche Kreisgrenze von Zauch-Belzig. Wie der Wehrmachtsbericht vom 22. April² meldete, waren die sowjetischen Vorhuten am Vortag bis zur Linie Treuenbrietzen-Zossen – südlich Königs Wusterhausen vorgedrungen.

Quasi vor der Nase der sowjetischen Panzerspitzen hatte die 8. US Air Force am 20. April den großen Verschiebebahnhof Seddin bombardiert.³ Das Bombardement sollte aus der Luft den Vormarsch der Roten Armee unterstützen. Beim Seddiner Bahnhof handelte es sich um den aus strategischer Sicht vielleicht wichtigsten Punkt im Kreis Zauch-Belzig. In Seddin wurde ein Großteil des Güterverkehrs für Berlin abgewickelt. Beim Luftangriff hatten 66 Bomber vom Typ B-17 »Flying Fortress« eine Bombenlast von 161,8 Tonnen auf den Bahnhofskomplex abgeworfen, dessen gesamter Westteil nachhaltig zerstört wurde. Mehrere hundert jüdische KZ-Insassinnen, die in Güterwaggons eingeschlossen waren, starben, als neben ihnen ein Munitionszug infolge Bombentreffers explodierte.⁴ Es gab auch mehrere Dutzend Tote und Verletzte unter dem Reichsbahnpersonal und der Bevölkerung.

Als die Meldung eintraf, dass sich Sowjet-Panzer von Süden der Kreisgrenze näherten, wurde für Zauch-Belzig der akuten Verteidigungszustand ausgerufen

1 Zum Folgenden vgl. Boldt: Die letzten Tage der Reichskanzlei, S. 75f., S. 82–86; Bystrow: Der Große Vaterländische Krieg, Halb-Bd. 2, S. 238–241; Demps: Die Provinz Brandenburg in der NS-Zeit, S. 674f.; Förster u.a.: Der zweite Weltkrieg, S. 391–393; Gellermann: Die Armee Wenck, S. 19; Lakowski: Das Ende der Nazi Herrschaft, S. 415–418; Schramm: Kriegstagebuch des OKW, Bd. 8, S. 1244–1251, S. 1433; Tieke: Das Ende zwischen Oder und Elbe, S. 92–114 u. 124. Einen Überblick über die Truppenbewegungen u. den Kampfverlauf bietet die Karte von Gaedke: Der militärische Zusammenbruch 1945, Kämpfe in Brandenburg.

2 Abgedruckt bei Schramm: Kriegstagebuch des OKW, Bd. 8, S. 1261f., hier S. 1261.

3 Zur Bombardierung Seddins vgl.: Um Beelitz harter Kampf, S. 128–133; Groehler: Der Luftkrieg gegen Brandenburg, S. 30f.; Kaiser: 250 Jahre Salzbrunn-Birkhorst, S. 78f. (Erlebnisbericht von H. Doil).

4 Um Beelitz harter Kampf, S. 129f. Der Bahnhof von Treuenbrietzen wurde ebenfalls am 20. April aus der Luft angegriffen, wobei es Todesopfer unter der Zivilbevölkerung und unter Zwangsarbeitern gab; vgl. Groehler: Der Luftkrieg gegen Brandenburg, S. 30; Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, S. 22. Erwähnenswert ist, dass Michendorf noch einige Tage nach der Besetzung durch sowjetische Einheiten irrtümlich durch westalliierte Flugzeuge bombardiert wurde; s. Brandenburgische Gemeinden kurz nach dem Kriegsende, S. 99.

(Kennwort »Kolberg«).⁵ Am späten Nachmittag des 21. April erschienen dann die ersten sowjetischen Panzer in Buchholz an der Reichsstraße 2, zwischen Beelitz und Treuenbrietzen.⁶ Von dort wendeten sie sich nach Treuenbrietzen, und noch am Abend fiel die Stadt ohne größere Kampfhandlungen in die Hand der Roten Armee.

Für den folgenden Tag bereitete man auf deutscher Seite fieberhaft einen Gegen-schlag vor: Einheiten der Division »Theodor Körner« (XX. Armeekorps) sollten in den Abendstunden Treuenbrietzen wieder nehmen.⁷ Die Aktion scheiterte, wahrscheinlich nicht zuletzt, weil die Deutschen das Überraschungsmoment nicht nutzen konnten.⁸ Am Vormittag des 23. Aprils war die Stadt trotzdem »feindfrei«; die Sowjets hatten sich vorerst zurückgezogen. Die relativ schwache Vorhut wollte sich wohl auf einen weiteren Kampf mit einem Gegner, dessen genaue Stärke sie nicht kannte, nicht einlassen, zumal Treuenbrietzen nicht in der sowjetischen Hauptstoßrichtung lag.

Als der Wehrmachtsbericht vom 23. April meldete, südlich Berlin »fingen unsere Truppen starke Panzerkräfte der Bolschewisten an der Linie Beelitz-Trebbin-Teltow-Dahlewitz auf«⁹, so war dies propagandistisch geschönt, denn von einer geschlossenen Verteidigungslinie bei Beelitz konnte zu jenem Zeitpunkt nicht die Rede sein. Beim Vormarsch der Sowjets auf die Stadt wurde ihnen nur punktuelle Gegenwehr geboten.¹⁰ Im Dorf Elsholz bildete sich gar am 22./23. April um den Kunstschmied Albrecht Sturm (vormals Berlin-Schöneberg) eine »Antifaschistische Aktion«, die mit handgeschriebenen Flugblättern die Wehrmachtssoldaten und Angehörigen der Waffen-SS aufforderte, Waffen, Helme, Koppel und Abzeichen abzulegen und mit erhobenen Händen sich der Roten Armee zu ergeben. Die Gruppe erklärte sich zum alleinigen Inhaber der »provisorischen Regierungsgewalt« in Elsholz. Sie stellte eigene Ausweise für ihre Mitglieder aus, die zur Erkennung eine rote Armbinde mit der Aufschrift »АНТИФАШИСТСКАЯ ОРГАНИЗАЦИЯ« (in kyrillischen Buchstaben) und dem Symbol der 1932 von der KPD propagierten Antifaschistischen Aktion trugen. Angehörige der Gruppe liefen mit Schusswaffen Streife.¹¹ Anscheinend kam es zu keinen Auseinandersetzungen zwischen ihnen und den in der Nähe liegenden schwachen und bereits demoralisierten Wehrmachtskräften, die schon bald vor der sowjetischen Übermacht kampfflos das Weite suchten.

5 Zum Folgenden vgl.: Kriegstagebuch der Stützpunktkommandantur Belzig, S. 19, S. 26–28; Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, passim, insbesondere S. 23f.

6 Um Beelitz harter Kampf, S. 45f.

7 Zum Folgenden vgl.: Kriegstagebuch der Stützpunktkommandantur Belzig, S. 31–33; Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, S. 41f. (Tagebuchnotizen von I. Grabow), S. 46 (Erlebnisbericht von W. Kolzenburg), S. 54 (Erlebnisbericht von G. Bergholz); Tieke: Das Ende zwischen Oder und Elbe, S. 204.

8 Eintrag vom 23.4.1945, 9.05 Uhr, in: Kriegstagebuch der Stützpunktkommandantur Belzig, S.33.

9 Abgedruckt bei: Schramm: Kriegstagebuch des OKW, Bd. 8, S. 1263f., hier S. 1263.

10 Zum Beispiel kam es an der Reichsstraße 2 bei Salzbrunn, nahe Beelitz, zum Gefecht; vgl.: Kriegstagebuch der Stützpunktkommandantur Belzig, S. 26; Um Beelitz harter Kampf, S. 92 (Erlebnisbericht von R. Haase).

11 Dokumente der »Antifaschistischen Aktion« Elsholz befinden sich im Nachlass Albrecht Sturm. Existenz u. Wirken dieser Gruppe sind fast völlig in Vergessenheit geraten.

Am 23. April, morgens um sechs Uhr, stürmten Truppen der 4. Gardepanzerarmee mit einer größeren Anzahl Kampfswagen nebst aufgesessener Infanterie und mit lautem »Urä!«-Geschrei nach Beelitz hinein, ohne auf Widerstand zu treffen. Weder Wehrmacht- noch Volkssturmeinheiten hatten sich zum Verteidigungskampf gestellt.¹² Durch Beelitz rasselten die Panzer weiter auf der Straße nach Nordwesten. An der Vormarschroute lagen die Beelitzer Heilstätten. Der Verwaltungsdirektor der Heilstätten ging unter einer weißen Fahne zusammen mit einem Dolmetscher den Truppen entgegen und übergab seine Einrichtung formell, um sie vor Kampfhandlungen zu schützen.¹³ Eine Schweizer Delegation des Internationalen Roten Kreuzes versuchte, die Heilstätten insgesamt zum internationalen Gebiet zu erklären.¹⁴ Man hoffte, auf diese Weise das Heilstätten-Areal, wo sich u.a. ein Reservelazarett befand und auf das sich auch viele Zivilisten aus Beelitz geflüchtet hatten, halbwegs zu schützen. Es kam trotzdem zu Übergriffen.¹⁵

Am Nachmittag erreichten die von Beelitz kommenden Panzerspitzen Lehnin.¹⁶ Dort stießen sie auf Gegenwehr. Lehnin und das nahe gelegene Nahmitz an der Reichsautobahn 2 wurden trotzdem ziemlich schnell erobert. Parallel dazu bewegten sich zwei Angriffskeile der 3. Gardepanzerarmee auf Potsdam und Caputh zu.¹⁷ Treuenbrietzen, das für einige Stunden nochmals von deutschen Kräften besetzt war, fiel erneut in die Hand der Roten Armee.

Der 24. April brachte für das Oberkommando der Wehrmacht neue Hiobsbotschaften. Noch in der Nacht war die nördliche Zangenbewegung der Sowjets um Berlin bis auf wenige Kilometer an die havelländische Kreisstadt Nauen herangekommen. Von Lehnin aus stießen nun Panzer und Infanterie der Roten Armee nach Brandenburg/Havel, drangen von Südosten in Regimentsstärke in die Havelstadt ein, eroberten den Hauptbahnhof und gingen gegen das Stadtzentrum vor.¹⁸ Damit waren jetzt fast alle Verkehrsstränge Berlins nach Westen, d.h. die über Brandenburg/Havel und Belgig laufenden Bahnlinien, die Reichsautobahnen 2 und 9 sowie die Reichsstraßen 1 und 2, durchschnitten. Im Süden der Reichshauptstadt drangen die Sowjets bis zur Linie Neubabelsberg-Zehlendorf-Neukölln vor.¹⁹ Teile der deutschen 9. Armee, die befehls- gemäß aus dem Raum südlich Fürstenwalde nach Westen angreifen und vorgepreschte sowjetische Kräfte abschneiden sollten²⁰, wurden selbst abgeschnitten und zusammen mit Resten der 4. Panzerarmee eingekreist.²¹ Sie saßen vorerst im Kessel von Halbe fest.

12 Vgl. Um Beelitz harter Kampf, S. 21f. (Erlebnisbericht von K. Wardin), S. 27 (Erlebnisbericht von K. Reinike).

13 Vgl. ebenda, S. 40–43 (Erlebnisberichte von W. Stangenberg u. R. Barnasch).

14 Ebenda, S. 42 (Erlebnisbericht von R. Barnasch).

15 Vgl. ebenda, S. 43f. (Erlebnisbericht von R. Barnasch).

16 Zum Folgenden vgl.: Kriegstagebuch Stützpunktkommandantur Belgig, S. 33–35.

17 Siehe dazu die Karte von Gaedke: Der militärische Zusammenbruch 1945, Kämpfe in Brandenburg.

18 Kriegstagebuch der Stützpunktkommandantur Belgig, S. 37f. Vgl. dazu auch: Heine: 625 Jahre Gemeinde Gollwitz, S. 67.

19 Schramm: Kriegstagebuch des OKW, Bd. 8, S. 1266.

20 Vgl. ebenda, S. 1454.

21 Bystrow: Der Große Vaterländische Krieg, Halb-Bd. 2, S. 241; Lakowski: Das Ende der Naziherrschaft, S. 421f.; Tieke: Das Ende zwischen Oder und Elbe, S. 201–203.

Am 25. April (oder am späten Abend des 24. April²²) trafen an der Havel bei Ketzin aus Süden kommende Vorhuten der sowjetischen 4. Gardepanzerarmee auf die von Nordosten heranziehenden Spitzen der sowjetischen 2. Gardepanzerarmee und der 47. Armee.²³ Die Reichshauptstadt Berlin war somit eingeschlossen.

Werder an der Havel, der Ort mit der größten Einwohnerzahl in Zauch-Belzig, lag innerhalb des Berliner Einschließungsring.²⁴ Die 1. Marschkompanie des Volkssturms in Werder erhielt den Befehl, sich einzeln durch die sowjetische Umklammerung westwärts nach Brandenburg/Havel durchzuschlagen. Der Kompaniechef, Diplomvolkswirt Ludwig Zimmermann, erachtete diesen Befehl als unausführbar. Nach seiner Auffassung wäre dies gleichbedeutend mit der Vernichtung des größten Teils seiner Truppe gewesen, weshalb er stattdessen seiner Volkssturmkompanie am 26. April vormittags befahl:

1. Die gesamte Bewaffnung wird sofort abgelegt.
2. Alle Männer begeben sich nach Hause, ziehen die Uniform aus und gehen ihrem Zivilberuf nach.
3. Die ganze Kompanie ist bis auf Weiteres beurlaubt.²⁵

Zimmermann hat durch die bewusste Befehlsverweigerung und sein eigenmächtiges Handeln mit Sicherheit vielen seiner Männer das Leben gerettet. Die Stadt Werder wurde einige Tage darauf kampfflos von der Roten Armee besetzt.

Vier Tage zuvor, am 22. April, hatte sich Hitler entschlossen, »für seine Person nicht nach Süden auszuweichen, sondern den Kampf um Berlin persönlich zu führen und in der Reichskanzlei zu bleiben.«²⁶ Diese Entscheidung des Diktators hat sicherlich dazu geführt, dass die militärische Leitung des Reiches den Entsatz Berlins zur Hauptaufgabe erklärte. Der Vorschlag von Generaloberst Jodl, Chef des Wehrmachtsführungsstabes, die im Westen an der mittleren Elbe gegen die Amerikaner gerichtete Front umzudrehen und die in diesem Bereich vorhandenen Truppen im Kampf um Berlin einzusetzen, wurde von Hitler angenommen.²⁷ Jodl äußerte zum Luftwaffengeneral Koller: »Wir werden die 12. Armee gegen Osten zum Angriff gegen

22 Laut Boldt: Die letzten Tage der Reichskanzlei, S. 112, u. Förster u.a.: Der zweite Weltkrieg, S. 392, trafen sich die sowjetischen Angriffsspitzen schon am 24. April.

23 Boldt: Die letzten Tage der Reichskanzlei, S. 112; Bystrow: Der Große Vaterländische Krieg, Halb-Bd. 2, S. 241; Förster u.a.: Der zweite Weltkrieg, S. 392–394; Lakowski: Das Ende der Nazi Herrschaft, S. 421; Schramm: Kriegstagebuch des OKW, Bd. 8, S. 1457; Tieke: Das Ende zwischen Oder und Elbe, S. 238. Vgl. auch die Karte von Gaedke: Der militärische Zusammenbruch 1945, Kämpfe in Brandenburg.

24 Zum Folgenden vgl. KrA PM, 60.18/24 (»Bescheinigung« für Ludwig Zimmermann).

25 Ebenda.

26 Eintrag im Kriegstagebuch des Führungsstabes Nord, abgedruckt bei: Schramm: Kriegstagebuch des OKW, Bd. 8, S. 1453. Vgl. dazu auch Boldt: Die letzten Tage der Reichskanzlei, S. 91f. Zum Folgenden vgl. Gellermann: Die Armee Wenck, S. 73–76.

27 Schramm: Kriegstagebuch des OKW, Bd. 8, S. 1454. Vgl. Boldt: Die letzten Tage der Reichskanzlei, S. 93. Selbst der Wehrmachtsbericht vom 28. April 1945 verkündete offiziell, dass die »Truppen an der Elbe den Amerikanern den Rücken gekehrt [haben], um von außen her im Angriff die Verteidiger von Berlin zu entlasten.« Abgedruckt bei Schramm: Kriegstagebuch des OKW, Bd. 8, S. 1269f.

die linke Flanke der 3. russischen Panzerarmee²⁸ herumdrehen, ganz gleichgültig, was der Amerikaner daraufhin an der Elbe unternimmt.«²⁹ Die militärische Hoffnung lag also auf der neu formierten 12. Armee.

War diese Hoffnung realistisch? Gerhard Boldt, zum Ende des Krieges Ordonanzoffizier beim Chef des Generalstabs des Heeres und somit ausgewiesener Zeitzeuge, beurteilte in seinen Erinnerungen diesen Truppenverband folgendermaßen:

Die 12. Armee [...], nach ihrem Führer, dem General der Panzertruppen Wenck benannt, ist in Wirklichkeit gar keine frontstarke Armee. Von ihren Divisionen, die die Namen »Clausewitz«, »Scharnhorst«, »Ulrich von Hutten«, »Theodor Körner«, »Potsdam«, »Schlageter«, »Friedrich Ludwig Jahn« tragen, stehen die meisten nur auf dem Papier, nur drei Divisionen, also ein Korps, waren voll zur Aufstellung gekommen. Führer dieses XX. Armee-Korps ist der General der Kavallerie Köhler³⁰ [...]. Seine Divisionen, berichtet er, seien sehr schlecht ausgerüstet und bewaffnet. Fast 90 Prozent der Mannschaften sind 17- und 18jährige kriegsunkundige Offiziersanwärter und Arbeitsdienstmänner. Es gibt Gruppen, in denen nicht einmal die Hälfte der Mannschaften Waffen hat.³¹

Von einem sprichwörtlichen Trumpfpass im Ärmel der Wehrmachtsführung konnte in Anbetracht dessen nicht die Rede sein. Dass Hitler die Armee an General Walther Wenck (per Ferngespräch) mit den pathetischen Worten: »In Ihre Hände lege ich das Schicksal Deutschlands!«³² übergeben hatte, zeugte vom Realitätsverlust des Diktators.³³

Die 12. Armee bzw. Wenck-Armee war in aller Eile Anfang April 1945 formiert worden.³⁴ Sie bestand nominell aus einem Armee- und drei Panzerkorps, die aber zusammen nur über eine handvoll halbwegs kampfstärke Infanteriedivisionen, zwei Sturmgeschützbrigaden, eine Panzerjagdbatterie sowie eine Flakdivision verfügten. Die übrigen Wenck unterstellten Truppen waren zumeist Reste von aufgeriebenen Verbänden, Volkssturmeinheiten oder bunt zusammengewürfelte Kampfgruppen, deren militärischer Wert teilweise zweifelhaft schien. Insgesamt zählte die Armee rund 150 000 Mann.³⁵

28 Genau genommen gegen die linke Flanke der 3. und der 4. sowjetischen Gardepanzerarmee.

29 Schramm: Kriegstagebuch des OKW, Bd. 8, S. 1694.

30 Korrekte Schreibweise: Koehler.

31 Boldt: Die letzten Tage der Reichskanzlei, S. 84. An einer anderen Stelle schreibt G. Boldt: »Diese Armee, die auf Grund ihres Mannschaftsbestandes, ihrer Ausrüstung mit Fahrzeugen, Panzern, Geschützen und Nachrichtenmitteln keine Armee im herkömmlichen Sinne ist [...]«; ebenda, S. 101.

32 Ebenda, S. 84.

33 Dazu die Beobachtungen von Boldt (ebenda, S. 87): »Hitler wußte wirklich nicht mehr, nein, er wollte es nicht mehr wissen, was außerhalb der Reichskanzlei vor sich ging.«; u. ebenda, S. 102: »Er [Hitler] will nicht, daß seine imaginäre Vorstellungswelt durch die Wirklichkeit zerstört wird. Findet einer aus seiner Umgebung einmal den Mut, die Wahrheit zu sagen und an seinem phantastischen, wirklichkeitsfernen Gebäude zu rütteln, fängt er an zu toben«.

34 Zum Folgenden vgl. Gellermann: Die Armee Wenck, S. 29–48 (wo die Aufstellung der Wenck-Armee detailliert geschildert wird); Tieke: Das Ende zwischen Oder und Elbe, S. 64–66.

35 Schramm: Kriegstagebuch des OKW, Bd. 8, S. 1433.

Das zur Wenck-Armee gehörende, vom General der Kavallerie Carl-Erik Koehler geführte XX. Armeekorps setzte sich anfänglich aus den Infanteriedivisionen »Theodor Körner«, »Ullrich von Hutten« und »Scharnhorst« zusammen. »Körner« war eine so genannte RAD-Division, deren Personalbestand größtenteils aus Jugendlichen des Reichsarbeitsdienstes (RAD) rekrutiert wurde.³⁶ Bei der Rekrutierung der Mannschaften für die Divisionen »Hutten« und »Scharnhorst« griff man überwiegend auf Offizierslehrgänge, Unteroffiziersschüler und Lehrheiten zurück.³⁷ Die materielle Ausrüstung der Divisionen, vor allem mit schweren Waffen und technischem Gerät, bereitete größte Schwierigkeiten. So sollte etwa die Division »Körner« das erforderliche Gerät, sofern es nicht vom Reichsarbeitsdienst gestellt werden konnte, unmittelbar beschlagnahmen.³⁸ Der Panzerjägerabteilung der Division »Scharnhorst« wurde eine Panzerkompanie zugewiesen, die mit Panjewagen und Pferden(!), nicht aber mit Panzern ausgerüstet war.³⁹

Das operative Konzept der Wehrmachtsführung sah vor: Angriff der Divisionen des XX. Armeekorps nach Osten in Richtung Berlin, gleichzeitiger Angriff der 9. Armee nach Westen und Vereinigung der beiden Angriffsgruppen, gemeinsames Aufbrechen des sowjetischen Einschließungsringes und Vernichtung der feindlichen Kräfte im Südwesten Berlins.⁴⁰ Die Wenck-Truppen hatten unter Zurücklassung schwacher Sicherungen an der Elbe unverzüglich die Sowjettruppen anzugreifen. Das XX. Armeekorps mit den Divisionen »Scharnhorst«, »Körner«, »Hutten« und »Schill« (vormals »Kampfgruppe Burg«⁴¹) musste dementsprechend umgruppieren.

Generalfeldmarschall Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, war noch am Abend des 22. April zu den im Kreis Zauch-Belzig liegenden Stäben der Wenck-Armee gefahren, um das operative Konzept persönlich zu erläutern und »um ein klares Bild der dortigen Lage zu bekommen.«⁴² Nach einer Besprechung mit General Koehler in Jeserig/Fläming traf er am 23. April gegen 1.00 Uhr bei General Wenck in der Oberförsterei »Alte Hölle« nahe Wiesenburg ein. Anschließend kam Keitel (nach kurzem Abstecher zur Stützpunktkommandantur Belzig⁴³) gegen 6.00 Uhr auf dem Gefechtsstand der Division »Scharnhorst« in Kranepuhl an. Bei seiner Unterredung mit General Wenck beschwor Keitel diesen geradezu, mit allen verfügbaren Kräften kehrtzumachen und »Deutschland zu retten«.⁴⁴

36 Vgl. Gellermann: Die Armee Wenck, S. 34 u. 36; Tieke: Das Ende zwischen Oder und Elbe, S. 64.

37 Vgl. Gellermann: Die Armee Wenck, S. 36–39.

38 Ebenda, S. 36. Vgl. zum Ausrüstungsproblem auch ebenda, S. 163–165 (Dokument Nr. 1).

39 Ebenda, S. 38.

40 Schramm: Kriegstagebuch des OKW, Bd. 8, S. 145f.

41 Die »Kampfgruppe Burg« wurde am 20. April unter gleichzeitiger Umbenennung in Division »Schill« der Wenck-Armee unterstellt; Gellermann: Die Armee Wenck, S. 39; Tieke: Das Ende zwischen Oder und Elbe, S. 68.

42 Boldt: Die letzten Tage der Reichskanzlei, S. 93f. (Zitat auf S. 93). Zum Folgenden vgl. Schramm: Kriegstagebuch des OKW, Bd. 8, S. 1454f.; Tieke: Das Ende zwischen Oder und Elbe, S. 69 u. S. 196f.

43 Kriegstagebuch der Stützpunktkommandantur Belzig, S. 32.

44 Gellermann: Die Armee Wenck, S. 80f.

Noch während der Umgruppierungsphase des XX. Armeekorps gingen am frühen Morgen des 24. April Teilkkräfte der Division »Körner« von Linthe an der Reichsautobahn 9 aus zum Angriff gegen Osten vor.⁴⁵ Sie nahmen das unbesetzte Buchholz und unterbrachen somit den sowjetischen Nachschubverkehr auf der stark frequentierten Reichsstraße 2 zwischen Beelitz und Treuenbrietzen. Die sorglos gewordenen Sowjets bemerkten vorerst nichts. Den ganzen Tag über wurden ihre uneskortiert durch Buchholz rollenden Transporte abgefangen oder zusammengeschossen. Aus Richtung Osten trafen völlig abgekämpfte, versprengte deutsche Soldaten (von der 9. Armee?) in Buchholz ein. Am Abend kam dann überraschend der Befehl zum Rückzug. Der Angriff wurde wohl gestoppt, weil die Stellungen der Division »Körner« bei Niemegk mittlerweile selbst von sowjetischen Panzerkräften heftigst attackiert wurden.⁴⁶ In der Nacht meldete Wenck dem OKW, die Lage habe sich durch »Angriff des Feindes gegen Niemegk so verschärft«, dass die für den eigenen Angriff zur Verfügung stehenden Divisionen des XX. Armeekorps »bereits in ihren Bereitstellungsräumen in die Verteidigung gedrängt worden sind.«⁴⁷

Die Wehrmachtsführung hatte den Entschluss gefasst, mit dem XX. Armeekorps aus dem Raum Belzig durch die waldreiche Zauche über Ferch-Potsdam nach Berlin vorzustößen und eine Bresche zur Reichshauptstadt zu schlagen.⁴⁸ Ein entsprechender, unmissverständlicher Befehl ging an die Wenck-Armee.⁴⁹ General Wenck war sich darüber klar, dass seine Kräfte nicht ausreichten, um bis Berlin zu stoßen. Weder Keitel noch Hitler begriffen hingegen die augenblickliche Kriegslage. In dieser Situation entschieden sich Wenck und seine Stabsoffiziere, nur dem eigenen Gewissen zu folgen und den befohlenen Angriff zu einem »Rettungswerk«⁵⁰ umzuwandeln. Ein Einsatz Berlins war undurchführbar. Aber ein Angriff in Richtung Potsdam schien machbar und auch – mit Blick auf die zu erwartenden Opfer unter den jungen Soldaten – verantwortbar. Das Armeeoberkommando der Wenck-Armee setzte sich zum Ziel: die Verwundeten aus den Lazaretten im Operationsbereich der Armee zu retten, den eingeschlossen Resten der 9. Armee und den ebenfalls eingeschlossenen

45 Zum Folgenden vgl. Um Beelitz harter Kampf, S. 12; Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, S. 131f. (Erlebnisbericht von E. Gürtler), S. 133f. (Erlebnisbericht von J. Sauter), S. 136 (anonyme Tagebuchnotizen). Auch das Kriegstagebuch der Stützpunktcommandantur Belzig (S. 37) erwähnt unterm 24.4.1945, 7.15 Uhr: »z.Zt. läuft eigener Angriff auf Buchholz«. Bei Gellermann: Die Armee Wenck, wird der Angriff vom 24.4. hingegen nicht erwähnt.

46 Vgl. Dalitz: »Niemegk meldet Panzeralarm«, S. 33, S. 35f.; Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, S. 136 (anonyme Tagebuchnotizen); Kriegstagebuch der Stützpunktcommandantur Belzig, S. 38–41.

47 Eintrag vom 25.4.1945 im Kriegstagebuch des OKW, abgedruckt bei Schramm, Bd. 8, S. 1457. Vgl. auch Boldt: Die letzten Tage der Reichskanzlei, S. 114; Dalitz: »Niemegk meldet Panzeralarm«, S. 33, S. 35f.

48 Zum Folgenden vgl. Gellermann: Die Armee Wenck, S. 81f. Siehe auch Boldt: Die letzten Tage der Reichskanzlei, S. 93f.

49 Am 24. April erhielt die Wenck-Armee diesen »Befehl über Angriffsführung für den Kampf um Berlin«; Schramm: Kriegstagebuch des OKW, Bd. 8, S. 1456. Vgl. auch Fernschreiben Hitlers an Jodl und die Wenck-Armee; ebenda, S. 1457.

50 Gellermann: Die Armee Wenck, S. 82.

Wehrmachtskräften in Potsdam einen Weg nach Westen zu öffnen, den Zivilisten hinter der eigenen Front Zeit zur Flucht Richtung Elbe zu geben.⁵¹

Nachdem die Umgruppierungen des XX. Armeekorps im Wesentlichen abgeschlossen waren, hatten die Kampftruppen in der Nacht vom 25. zum 26. April im Raum Belzig ihre Angriffsgliederung eingenommen: Auf dem linken Flügel stand vor Brück die Division »Hutten«, im Zentrum die Division »Scharnhorst«, den rechten Flügel hielt bei Niemegk die Division »Körner«. Die Division »Schill« wurde am ersten Angriffstag noch auf den äußersten linken Flügel gezogen.⁵²

In den Morgenstunden des 26. April 1945 begann dann eine der letzten deutschen Angriffsoperationen im Zweiten Weltkrieg.⁵³ Die Hauptstoßrichtung war Nordosten, in den Raum Beelitz-Ferch. Die Infanteriedivision »Ulrich von Hutten« bildete die Angriffsspitze. Sie ging nordostwärts von Belzig, beiderseits der Eisenbahnlinie nach Berlin, vor, während die »Scharnhorst«-Division etwas weiter südlich das Dorf Linthe angriff. Die Infanteriedivision »Theodor Körner« hatte im Bereich Treuenbrietzen-Niemegk die Flanke der angreifenden Formationen zu decken.⁵⁴ Die überraschten sowjetischen Truppen im Angriffstreifen des XX. Armeekorps leisteten erbitterten Widerstand. Trotzdem gewann der deutsche Angriff Raum.⁵⁵ Der Wehrmachtsbericht vom nächsten Tag meldete: »Unsere von Westen schwungvoll angreifenden jungen Divisionen erreichten den Raum von Beelitz und stehen dort in schweren Walkämpfen mit den Sowjets.«⁵⁶ Bis zum 27. April hatte der Vorstoß der Angriffsspitze indes aus Kräftermangel keine geschlossene Front zustande gebracht.

51 Vgl. ebenda, S. 82.

52 Ebenda, S. 83. Vgl. auch ebenda, S. 132 (Skizze 2). Tieke: Das Ende zwischen Oder und Elbe, S. 310 (dort ist die Aufstellung zum Angriff irrtümlicherweise auf 27./28. April datiert). Eine hinreichende Versorgung der Truppen mit Lebensmitteln, Fahrzeugen, Ersatzteilen usw. konnte nicht mehr organisiert werden, weshalb manche Einheiten spontan zu requirieren begannen, was wiederum zu großem Unmut unter der Zivilbevölkerung führte; vgl. Kriegstagebuch der Stützpunktkommandantur Belzig, S. 51–55; Pijur/Schulze: Kuhlowitz-Preußnitz, S. 88f.

53 Zum Folgenden vgl. Gellermann: Die Armee Wenck, S. 83–85; Tieke: Das Ende zwischen Oder und Elbe, S. 328–331. Siehe auch die Kartenskizze bei Schiefer: Historischer Atlas zum Kriegsende 1945, S. 43 (wo der Beginn der Angriffsoperation irrtümlicherweise auf den 27.4.1945 datiert ist).

54 Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, S. 107 (Erlebnisbericht von W. Blatter); Kriegstagebuch der Stützpunktkommandantur Belzig, S. 50.

55 Eintrag vom 27.4.1945, 0.15 Uhr, in: Kriegstagebuch der Stützpunktkommandantur Belzig, S. 50: »Eigener Angriff b. Brück im guten Fortschreiten«. Die Zeitzeugin B. Weerth berichtet über das plötzliche Erscheinen der »Hutten«-Leute im Walddorf Borkheide, an der Bahnlinie Berlin – Belzig gelegen: »Minuten später zogen unzählige ganz junge, kaum 18jährige Soldaten mit ihren Militärfahrzeugen oder auch zu Fuß in Borkheide ein. Wie Heuschrecken brachen sie durch das Unterholz in dem Kiefernwaldchen. Überall wimmelte es von diesen Jungen. [...] Alles ging wild durcheinander. Aber diese Jungen hier waren fröhlich und lustig, irgendwie sorglos, sie tarnten sich gar nicht [...]. Auf einmal waren die russischen Tiefflieger da; sie mähten alles nieder, was sie von den jungen sorglosen Soldaten, die wohl mit so etwas überhaupt nicht gerechnet hatten, erspähen konnten. Viele Getroffene starben gleich, noch mehr waren schwer verletzt«; Günther: Die Geschichte der Gemeinde Borkheide, T. 1, S. 50f.

56 Abgedruckt bei Schramm: Kriegstagebuch des OKW, Bd. 8, S. 1268f., hier S. 1269. Zu den Reaktionen, die die Nachrichten von der Wenck-Armee im Bunker unter der Reichskanzlei in Berlin auslösten, s. Boldt: Die letzten Tage der Reichskanzlei, S. 124–126.

Um 10.00 Uhr vormittags jenen Tages⁵⁷ wurden die Beelitzer Heilstätten zurückerobert.⁵⁸ Insgesamt befanden sich rund 3000 deutsche Verwundete mit Pflegepersonal im Heilstätten-Komplex. General Koehler, Chef des XX. Armeekorps, hatte schon am Vortag in einem Schreiben an den Kommandeur der 83. US-Infanteriedivision darum gebeten, dass die Amerikaner die Verwundeten aus den Heilstätten und anderen deutschen Lazaretten im Operationsbereich des Armeekorps übernehmen. Koehler schlug vor: »Übergabe der Verwundeten an den Befehlshaber des USA-Heeres im Raum Barby oder Magdeburg«, und »Zuführung der verwundeten deutschen Soldaten in deutsche Lazarette im von den Truppen des USA-Heeres besetzten Gebiet des Deutschen Reiches«.⁵⁹ Auf Vermittlung von Schweizer Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes stimmten die Amerikaner der Übernahme zu. Die Verwundeten, auch andere Patienten sowie das Pflegepersonal wurden am 28. April aus den Heilstätten zur nach Belzig führenden Bahnlinie geschafft, wo auf offener Strecke nahe Borkheide ein langer Güterzug wartete. Nach einiger Verzögerung⁶⁰ setzte sich der Zug südwestwärts auf der Trasse der Berlin-Wetzlarer »Kanonenbahn«, Richtung amerikanischen Brückenkopf Barby in Bewegung. Kurz bevor die Fahrt in Lindau/Anhalt endete, wurden bei einem Zwischenhalt die Verwundeten in Busse umgeladen und glücklich hinter die amerikanischen Linien gebracht.

Die Stadt Beelitz selbst konnte durch den deutschen Angriff nicht wieder genommen werden.⁶¹ Der Ort bohrte sich gleich einem Stachel mitten in die Front der vorrückenden Division »Scharnhorst«. Am 27. begann der Angriff auf die Stadt – gründlich vorbereitet und mit starker Artillerieunterstützung⁶², was aufgrund des Mangels an Geschützen und an Munition eine Seltenheit bei der Wenck-Armee war. Die Deutschen konnten in den westlichen Teil der Stadt bis zur Bahnlinie eindringen. Dort wurden sie durch den sich versteifenden Widerstand der Sowjets gestoppt. Im Ort tobten die Kämpfe einige Tage lang hin und her. Durch den Einsatz frisch herangeführter sowjetischer Kräfte schlug das Pendel langsam zur Seite der Rotarmisten aus. Die deutschen Soldaten sahen sich mehr und mehr in die Defensive gedrängt, wurden aber nicht völlig aus der Stadt geworfen.

57 Laut Gellermann: Die Armee Wenck, S. 85f., seien die Heilstätten erst am folgenden Tag von Wenck-Truppen zurückerobert worden. Jedoch berichtet das Kriegstagebuch der Stützpunktkommandantur Belzig (S. 51), dem als Quelle der Vorzug zu geben ist, bereits unterm 27.4.1945: »Beelitz-Heilstätten heute 10 Uhr von eig[enen] Truppen genommen.« Am Morgen des 28. April waren die Heilstätten schon wieder verlorengegangen; vgl. ebenda, S. 52. Auch die Zeitzeugin R. Barnasch (Um Beelitz harter Kampf, S. 59) schreibt, die deutschen Soldaten seien am 27. April auf das Heilstätten-Gelände vorgedrungen.

58 Zum Folgenden vgl. Um Beelitz harter Kampf, S. 59f. (Erlebnisbericht von R. Barnasch), S. 80f. (Erlebnisbericht von Fr. Paul); Gellermann: Die Armee Wenck, S. 86; Tieke: Das Ende zwischen Oder und Elbe, S. 331.

59 Das Schreiben ist abgedruckt bei Gellermann: Die Armee Wenck, S. 86 (auszugsweise) u. S. 169f. (Dokument Nr. 5).

60 Zum Grund der Verzögerung s. Um Beelitz harter Kampf, S. 62f.

61 Auch wenn das im Wehrmachtsbericht vom 29. April 1945 verkündet wurde; vgl. Schramm: Kriegstagebuch des OKW, Bd. 8, S. 1271. Zum Folgenden vgl. Um Beelitz harter Kampf, S. 50, S. 51 (Tagebuchnotizen von H. Dörre), S. 52–54 (Erlebnisbericht von P. R[ettich]).

62 Um Beelitz harter Kampf, S. 52 (Erlebnisbericht von P. Rettich).

Gegen Abend des 28. Aprils standen die Verbände der Wenck-Armee ungefähr auf folgender Linie: Ferch am Schwielowsee-Eisenbahnkreuz bei Seddin-Reesdorf-Elsholz-Buchholz-Brachwitz-Nichel.⁶³ An jenem Tag konnte die Verbindung zur Besetzung von Potsdam hergestellt werden⁶⁴, deren Ausbruch nach Südwesten dann ohne große Feindeinwirkung ablief.⁶⁵ Die Potsdamer Truppen marschierten am 29./30. April auf der Route Petzow-Mittelbusch bei Ferch-Kanin-Rädel-Cammer-Golzow-Wollin hinter die Kampflinien des XX. Armeekorps.⁶⁶ Zur gleichen Zeit wiesen die Divisionen »Körner« und »Scharnhorst« wütende Attacken der Sowjets gegen die Südost-Flanke ab.⁶⁷

Teile der unterm Kommando vom General der Infanterie Theodor Busse stehenden 9. Armee sowie Reste der 4. Panzerarmee waren seit ungefähr 24. April südlich Berlin eingeschlossen.⁶⁸ Busse sammelte die stark demoralisierte Truppe, die von im Kessel mitmarschierenden Zivilisten empfindlich behindert wurde, bei Halbe zu einem Ausbruchversuch. Wie General Wenck den Eingeschlossenen mitteilte, wäre es günstig, wenn sie ihre Durchbruchsbemühungen in Richtung des Raumes Beelitz konzentrierten. Der Ratschlag wurde befolgt. In der Nacht vom 28. zum 29. April begann der Durchbruchversuch. Er entwickelte sich relativ erfolgreich⁶⁹, forderte aber einen hohen Blutzoll. Am 1. Mai durchbrach Busses Angriffsspitze endlich die sowjetischen Linien bei Wittbrietzen, südlich Beelitz.⁷⁰ Die Breite des Durchbruchskorridors, durch den sich völlig erschöpfte Soldaten und zivile Flücht-

63 Siehe die Kartenskizze bei Schiefer: Historischer Atlas zum Kriegsende 1945, S. 45. Zum Folgenden vgl. Gellermann: Die Armee Wenck, S. 86–88; Tieke: Das Ende zwischen Oder und Elbe, S. 332f.

64 Gellermann: Die Armee Wenck, S. 87, schreibt, dass am 29. April die Verbindung zur Besetzung von Potsdam hergestellt worden sei. Dagegen berichtet Boldt in »Die letzten Tage der Reichskanzlei«, S. 132, die Verbindung wäre bereits am Tag zuvor hergestellt worden. Für den 28. April spricht, dass im Wehrmachtsbericht vom 29. April schon eine bestehende Verbindung zu den Potsdamer Truppen erwähnt wird; vgl. Schramm: Kriegstagebuch des OKW, Bd. 8, S. 1271. Zudem schreibt Boldt in »Die letzten Tage der Reichskanzlei«, S. 139, man hätte am 29. (!) April die Nachricht erhalten, dass »die Verbindung zwischen dem eingeschlossenen Korps [...] im Raume Potsdam und der 12. Armee südöstlich Werder noch [sic!] hält«, sie also zuvor zustande gekommen sein müsse.

65 Zum Ausbruch s. Arlt/Stang: Kampf um Potsdam, S. 184; Gellermann: Die Armee Wenck, S. 88.

66 Gellermann: Die Armee Wenck, S. 89. Siehe auch die Kartenskizze bei Schiefer: Historischer Atlas zum Kriegsende 1945, S. 47.

67 Besonders heftig scheinen die sowjetischen Angriffe bei Niemegk gewesen zu sein; vgl. Kriegstagebuch Stützpunktcommandantur Belzig, S. 56. Vgl. auch Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, S. 78 (Erlebnisbericht von J. Neumann-Parpert).

68 Zum Folgenden vgl. Gellermann: Die Armee Wenck, S. 87, S. 89–92; Lakowski: Das Ende der Naziherrschaft, S. 422; Tieke: Das Ende zwischen Oder und Elbe, S. 205–209. Zum Kampf der 9. Armee allgemein siehe die detaillierte Darstellung von Lakowski/Stich: Der Kessel von Halbe.

69 Vgl. Gellermann: Die Armee Wenck, S. 168 (Dokument Nr. 4). Den Durchbruch verschwieg man in der offiziellen sowjetischen Militärhistoriographie (worauf auch Gellermann: Die Armee Wenck, S. 123, hinweist) u. auch in der offiziellen DDR-Geschichtsschreibung. Siehe dazu etwa die Passagen bei Bystrow: Der Große Vaterländische Krieg, Halb-Bd. 2, S. 242; Förster u.a.: Der zweite Weltkrieg, S. 394.

70 Im Wehrmachtsbericht vom 1. Mai 1945 gemeldet; abgedruckt bei Schramm: Kriegstagebuch des OKW, Bd. 8, S. 1273f., hier S. 1273. Siehe die Kartenskizze bei Schiefer: Historischer Atlas zum Kriegsende 1945, S. 51.

linge schleppten⁷¹, betrug ca. fünf Kilometer. Busses Truppen hatten während der Rückzugskämpfe sämtliches Material, zum Teil auch die Handfeuerwaffen verloren. »Kaum einer der aus dem Kessel Entkommenen war daher noch kampffähig.«⁷²

Die ersten Nachrichten vom Vorstoßen des XX. Armeekorps ließen Hitler offensichtlich glauben, die Wenck-Truppen könnten in Verbindung mit der 9. Armee in der Tat Berlin entsetzen.⁷³ Als sich am 29. April die Lage in der Reichshauptstadt, um deren Stadtkern inzwischen gekämpft wurde, weiter zugespitzt hatte, erkundigte sich der Diktator ungeduldig, wo denn nun Wenck und die 9. Armee blieben.⁷⁴ Der Stabschef der Wenck-Armee unterrichtete den Wehrmachtsführungsstab am späten Abend des Tages, das XX. Armeekorps sei nunmehr auf ganzer Front in die Abwehr gedrängt, mithin sei die Fortsetzung der Angriffe auf Berlin nicht mehr möglich, zumal mit einer Unterstützung durch Kampfkräfte der 9. Armee nicht mehr gerechnet werden könne.⁷⁵ Am 30. April um 1.00 Uhr musste Keitel dem Diktator per Funk offenbaren, dass Wencks Spitze südlich des Schwielowsee festliege, auch ein anderer Entlastungsangriff auf Berlin aus Richtung Norden bzw. Nordwesten keine Aussicht auf Erfolg habe.⁷⁶ Dieser Funkspruch Keitels bedeutete letztlich den Auslöser zu Hitlers Selbstmord am gleichen Tag.

Das XX. Armeekorps erhielt nach Abschluss der Evakuierungsaktionen am 1. Mai von Wenck den Befehl zur Absetzbewegung (Parole »Sommernachtstraum«)⁷⁷, die befehlsgemäß in der Nacht zum 2. Mai anlief und nach Nordwesten, zum Elb-Brückenkopf bei Tangermünde führte.⁷⁸ Die Einheiten mieden beim Rückzug nach Möglichkeit weitere Gefechte, und das Absetzen wurde tatsächlich von den Sowjets nicht wesentlich behindert.⁷⁹ In Berlin streckten am 2. Mai die letzten deutschen Verteidiger die Waffen.⁸⁰

71 Vgl. Um Beelitz harter Kampf, S. 66–68; Kaiser: 250 Jahre Salzbrunn-Birkhorst, S. 82f.; Tieke: Das Ende zwischen Oder und Elbe, S. 339–345.

72 Gellermann: Die Armee Wenck, S. 87. Zum Abtransport der erschöpften Soldaten der 9. Armee nach Westen wurden, wie auch schon bei den Verwundeten aus den Beelitzer Heilstätten, Eisenbahnzüge auf der Berlin-Wetzlarer Bahn eingesetzt; vgl. Kriegstagebuch Stützpunktkommandantur Belzig, S. 59; Tieke: Das Ende zwischen Oder und Elbe, S. 343.

73 Zum Folgenden vgl. Gellermann: Die Armee Wenck, S. 93–96; Lakowski: Das Ende der Nazierrschaft, S. 423; Tieke: Das Ende zwischen Oder und Elbe, S. 366f.

74 Gellermann: Die Armee Wenck, S. 177 (Dokument Nr. 12); Schramm: Kriegstagebuch des OKW, Bd. 8, S. 1466.

75 Boldt: Die letzten Tage der Reichskanzlei, S. 134; Schramm: Kriegstagebuch des OKW, Bd. 8, S. 1466.

76 Gellermann: Die Armee Wenck, S. 182f.; Schramm: Kriegstagebuch des OKW, Bd. 8, S. 1467.

77 Vgl. Kriegstagebuch Stützpunktkommandantur Belzig, S. 59.

78 Siehe die Kartenskizze bei Schiefer: Historischer Atlas zum Kriegsende 1945, S. 53.

79 Vgl. Gellermann: Die Armee Wenck, S. 105f.; Tieke: Das Ende zwischen Oder und Elbe, S. 483f. Zu den Rückzugsrouten vgl. Gellermann: Die Armee Wenck, S. 133 (Skizze 3). Gellermanns These, die Sowjets wären so zögerlich nachgestoßen, weil sie den 1. Mai feierten (ebenda, S. 105f.), wird durch die Erinnerung eines ehemaligen Angehörigen der Division »Körner« erhärtet, der selbst erlebt hat, wie in den Stellungen der Rotarmisten am 1. Mai »tüchtig gesungen und schließlich krakeelt wurde«, und »nach der Lautstärke nach zu urteilen, muß es auch Schnaps gegeben haben«; Dalitz: »Niemeck meldet Panzeralarm«, S. 50.

80 Wurde erst im Wehrmachtsbericht vom 4. Mai 1945 bekannt gegeben; abgedruckt bei Schramm: Kriegstagebuch des OKW, Bd. 8, S. 1277f., hier S. 1277.

Mit dem Abzug der Wenck-Truppen endeten die Kampfhandlungen im Kreis Zauch-Belzig. Die Angriffsoperation des XX. Armeekorps hatte die Evakuierung tausender Verwundeter und Flüchtlinge ermöglicht, forderte aber auch sowohl auf deutscher wie sowjetischer Seite eine in die Tausende gehende Zahl an Menschenleben, die bisher noch in keiner offiziellen Statistik genauer beziffert werden konnte.⁸¹ Die Ortschaften nahe den Hauptkampflinien, insbesondere die Städte Beelitz, Treuenbrietzen und Niemegk⁸², verzeichneten erhebliche Gebäudeschäden. In die Landschaft wurden tiefe Narben geschlagen.⁸³

Unmenschlichkeit

In jenen Stunden, da für Zauch-Belzig der akute Verteidigungszustand befohlen wurde, erreichte am 20. April eine Kolonne KZ-Häftlinge das südlich Niemegk gelegene Dorf Hohenwerbig.⁸⁴ Der Häftlingszug stand unter starker SS-Bewachung. Nahe der Dorfkirche legte die Kolonne eine Rast ein. Der Anblick der geschundenen Gestalten erregte bei den Dorfbewohnern Mitleid. Kinder brachten Kartoffeln und Rüben, die sich die Häftlinge auf kleinen Feuern kochen konnten, zunächst mit Duldung der SS-Mannschaft. Doch kurz bevor das Essen gar war, zerstörten die SS-Leute in zynischer Art die Feuerstellen. Sie trieben die Kolonne weiter. Am Abend wurden die Häftlinge in eine Feldscheune eingesperrt. Nachts versuchten drei von ihnen, zu einer nahe gelegenen Kartoffelmiete zu flüchten. Sie wurden dabei von der SS entdeckt und kurzerhand durch MPI-Salven getötet. Die Leichen wurden liegen gelassen und später von Dorfbewohnern auf dem Hohenwerbiger Friedhof beerdigt.

Den folgenden Tag zog die Elendskolonne durch Niemegk.⁸⁵ In der Stadt mussten Volkssturmänner den Zug begleiten. Diesmal wurde von vornherein verboten, dass den KZ-Häftlingen Wasser oder Essen gereicht würde. Ein Häftling konnte vor Erschöpfung nicht mehr laufen, und seine Kameraden waren zu schwach, um ihn zu

81 An der Bahnstrecke zwischen Beelitz u. Lienewitz, an einem Punkt, der besonders hart umkämpft war, steht das so genannte Kreuz von Neuseddin mit der Aufschrift: »In diesen Wäldern verbluteten im April 1945 80 000 Gefallene der letzten Schlacht des Krieges 1939–1945«. Die Zahl 80 000 ist wohl um das Zwanzigfache zu hoch gegriffen. Hier einige konkrete Zahlen: In Beelitz u. umliegenden Dörfern gibt es 2357 bekannte Gräber von deutschen u. sowjetischen Opfern, sowohl Soldaten wie Zivilisten (vgl. Um Beelitz harter Kampf, S. 119.); in den Orten des ehemaligen Kreises Belzig sind 511 Soldaten und Zivilisten bestattet, die Opfer der Kämpfe Ende April/Anfang Mai 1945 sind (vgl. KrA PM, III 1003); bei den Gefechten um Treuenbrietzen starben laut Mitteilung von W. Ucksche (20.01.2006) rund 200 Wehrmachtssoldaten und 90 Rotarmisten. Es ist jedoch von der Existenz weiterer, noch unentdeckter bzw. vergessener Einzel- und Massengräber auszugehen. So könnte die Opferzahl bei rund 4000 Toten liegen.

82 Vgl. Um Beelitz harter Kampf, S. 124f.; Dalitz: »Niemegk meldet Panzeralarm«, passim; Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, passim. Insgesamt war im Kreis Zauch-Belzig jedoch nur ein Prozent der Wohnhäuser unbenutzbar geworden; Bauernkämpfer: Die Bodenreform, S. 266f.

83 Zum Beispiel sind am Eisenbahnkreuz bei Seddin u. an der Autobahn A 2 bei Linthe bis in die Gegenwart deutlich die Reste von Stellungen u. Schützengräben zu erkennen.

84 Zum Folgenden vgl. Dalitz: »Niemegk meldet Panzeralarm«, S. 25.

85 Zum Folgenden vgl. ebenda, S. 24.

tragen oder zu stützen. Der Häftling wurde mitten in der Stadt aus der Kolonne heraus von der SS erschossen. Auch seinen Leichnam ließ die Wachmannschaft einfach liegen.

Es ist nicht bekannt geworden, aus welchem Konzentrationslager dieser Häftlingszug kam, und ebenso wenig, wohin er sollte.⁸⁶ Die Namen der Erschossenen blieben ebenfalls unbekannt. Genauso wenig ist überliefert, ob es sich bei ihnen um politische oder andere Häftlinge handelte.

Treuenbrietzen fiel am Nachmittag des 23. April zum zweitenmal in die Hand der Roten Armee.⁸⁷ Kam es schon bei der ersten Einnahme der Stadt zwei Tage vorher zu Übergriffen auf die Zivilbevölkerung – zu Vergewaltigungen, Plünderungen und auch zu einzelnen Erschießungen –, so brach jetzt unvermittelt ein wahres Massaker los. Was der Auslöser für die Massenexekutionen war, liegt im Dunkeln. Vielleicht gab es einen Zusammenhang mit dem ominösen Tod eines sowjetischen Offiziers bei einer »Siegesfeier« in der Treuenbrietzener Ringstraße am 22. April, d.h. einen halben Tag, bevor sich die Rotarmisten nochmals aus der Stadt zurückzogen.⁸⁸ War das Massaker ein befohlener Racheakt? Die Frage muss unbeantwortet bleiben.

Speziell die männlichen Zivilisten in dem kleinen Städtchen waren sprichwörtlich Freiwild für die schießwütigen Sowjets. Wahllos wurden Männer, ob jung, ob alt, in Gruppen zusammengetrieben und in einem Waldstück am Stadtrand erschossen.⁸⁹ »Viele Tote lagen fast zwei Wochen, teils nur wenig mit Erde bedeckt oder gar nicht. Mit Ketten mussten die Leichen herausgezogen werden.«⁹⁰ Wie viele Menschen letztlich von der sowjetischen Soldateska vor Ort getötet worden sind, ist nicht bekannt. Neuere Schätzungen gehen von mindestens 800 Toten aus.⁹¹ Es starben nicht nur Treuenbrietzener Einwohner, sondern auch Flüchtlinge, die im Ort von der Front überrollt worden waren. Es wären sicherlich noch höhere Opferzahlen zu beklagen gewesen, hätten sich nicht (nunmehr befreite) ausländische Zwangsarbeiter schützend vor deutsche Zivilisten gestellt.⁹²

Am gleichen Tag, da deutsche Zivilisten in Treuenbrietzen reihenweise durch sowjetische Kugeln starben, wurde nur wenige Kilometer weiter nordwestlich eine weitere Blutspur hinterlassen, diesmal auf der deutschen Seite der Front.⁹³ Im Kreis Zauch-Belzig waren ungefähr 3300⁹⁴ ausländische Zwangsarbeiter in Lagern untergebracht. Rund 130 italienische Zwangsarbeiter hatte man am Vormittag jenes 23. April, als Treuenbrietzen nochmals kurzzeitig in deutsche Hand gelangte, in der Stadt zusammengetrieben. Unter Bewachung – ob durch Waffen-SS oder Wehrmacht (Division »Körner«), ist nicht klar – mussten die Italiener in Richtung Nichel

86 Ebenda, S. 25.

87 Zum Folgenden vgl. die Zeitzeugenberichte in: Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, passim, insbesondere S. 27–29.

88 Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, S. 29.

89 Vgl. ebenda, S. 34.

90 Ebenda, S. 48 (Erlebnisbericht von S. Kosma).

91 Mitteilung von W. Ucksche (20.01.2006), Leiter des Treuenbrietzener Heimatmuseums.

92 Vgl. Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, S. 29.

93 Zum Folgenden vgl. ebenda, S. 83–85 (H. Vorkastner).

94 Diese Zahl ergibt sich aus den Listen bei Bräutigam: Ausländische Zwangsarbeiter in Brandenburg.

marschieren. In einer Senke nahe dem Dorf befahl der Chef des Wachtrupps, die Zwangsarbeiter zu exekutieren. Die Unglücklichen hatten sich in Stapelform, immer vier oder fünf Personen übereinander, hinzulegen. Dann begann die Erschießung. Ein Soldat des Wachtrupps, der sich weigerte, die Italiener zu exekutieren, wurde selbst auf der Stelle von seinem Vorgesetzten erschossen.

Bis etwa Ende Mai blieben die Toten unbeerdigt in der Senke liegen. Ein Zeitzeuge aus Nichel berichtet:

Mit anderen wurde auch ich beauftragt, die Toten, die nun schon in Verwesung übergingen und von denen sich schon die Kopfhaut löste, mit Sand abzudecken. Wir stellten fest, daß die Toten nicht auf einer Stelle, sondern in einem großen Umkreis lagen. Die meisten waren also bei der Exekution zwar tödlich getroffen worden, manche konnten sich aber mit ihren Verwundungen noch fortschleppen. [...] Immer wieder holten uns russische Offiziere aus den Häusern. Sie drohten, auch uns zu erschießen, wenn wir nicht sagen würden, [...] wie die Erschießung vor sich gegangen wäre. Eines Tages kamen zwei verwundete Italiener, die den Tathergang klärten. Daraufhin entschuldigte sich der russische Offizier.⁹⁵

Die beiden Verwundeten waren wohl die einzigen Überlebenden der Massenexekution. Insgesamt starben 127 italienische Zwangsarbeiter, darunter auch drei Geschwister.

Die Munitionsfabrik »Werk Roederhof« in Belgig produzierte noch im späten April Munition, die sofort an die Front zur Wenck-Armee ging.⁹⁶ Zu Zeiten voller Produktionsauslastung fertigten im Werk rund 2000 deutsche Arbeitskräfte, 1150 Zwangsarbeiter, 300 Kriegsgefangene und 750 KZ-Häftlinge Infanteriegeschosse u.Ä.⁹⁷ Eigens für die Munitionsfabrik existierte am Roederhof ein Außenlager des Frauen-KZ's Ravensbrück.⁹⁸

Beim Näherrücken der sowjetischen Panzerspitzen erging am 24. April der Befehl zur Evakuierung des Belgiger Lagers.⁹⁹ Die noch einigermaßen gehfähigen KZ-Insassinnen, ungefähr 600 Frauen meist ausländischer Herkunft, wurden unter SS-Bewachung nach Westen in Marsch gesetzt. 72 Häftlinge mussten im Lager zurückbleiben, da sie nicht mehr fähig waren, den Fußmarsch aufzunehmen. Nach zwei Tagen erreichte der Häftlingszug den provinz-sächsischen Truppenübungsplatz Altengrabow, wo der aufreibende Marsch endete. Die völlig erschöpften Häftlinge konnten sich nicht mehr weiterbewegen. »Bereits unterwegs waren trotz der solidarischen Hilfe und Unterstützung ihrer Kameradinnen einige völlig entkräftete Frauen liegen geblieben, die gnadenlos von der SS erschossen wurden.«¹⁰⁰ Zudem starben von den im Lager zurückgebliebenen Häftlingen, die man einfach sich selbst überlassen hatte, neun

95 Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, S. 84.

96 Vgl. Kriegstagebuch Stützpunktkommandantur Belgig, S. 52.

97 Vgl. Dorbritz: »Der Krieg soll verflucht sein«, S. 25.

98 Dorbritz: Schicksale, S. 22.

99 Kriegstagebuch Stützpunktkommandantur Belgig, S. 37. Zum Folgenden vgl. Dorbritz: Schicksale, S. 23 u. 86f.

100 Ebenda, S. 23. Vgl. dazu den Erlebnisbericht der Belgierin A. Lambrecht; ebenda, S. 74–84, insbesondere S. 81f.

Frauen. Die SS-Wachmannschaft suchte währenddessen heimlich das Weite. »Einige SS-Aufseherinnen zogen sogar Häftlingskleidung an und setzten sich in Richtung Elbe ab.«¹⁰¹ Die unbewachten Häftlinge auf dem Truppenübungsplatz erklärten sich selbst am 1. Mai für befreit.

Als der große Verschiebepark Seddin von westalliierten Flugzeugen bombardiert worden war¹⁰², hatten im allgemeinen Durcheinander einige jüdische KZ-Insassinnen in die umliegenden Wälder flüchten können.¹⁰³ Nach dem Einzug der Sowjets in die Beelitzer Heilstätten schlug sich ein Teil der Frauen dorthin durch. In den Heilstätten versuchten sie, ihre Häftlingskleidung gegen Zivilsachen zu tauschen. Die jüdischen Frauen blieben trotzdem leicht zu erkennen, da sie alle rot eingefärbte Haare hatten. Am 27. April eroberten Wenck-Truppen die Heilstätten noch einmal zurück.¹⁰⁴ Die etwa 25 Jüdinnen wurden zusammengetrieben und in einen Speisesaal gebracht. Nur einige wenige konnten vom Pflegepersonal in den Krankenzimmern zwischen deutschen Patienten versteckt werden. In der Nacht peitschten Schüsse, und am nächsten Morgen fand das Pflegepersonal keine KZ-Insassinnen mehr im Speisesaal vor. Später entdeckte man das Massengrab.

Wie bei der Erschießung der italienischen Zwangsarbeiter (s. oben) ist auch hier unklar, ob die Bluttat von Wehrmachtssoldaten oder von SS-Leuten begangen wurde. Denkbar wäre auch, dass fanatische Mitglieder des so genannten »Freikorps Adolf Hitler«, die nachweislich an der Angriffsoperation der Wenck-Armee beteiligt waren¹⁰⁵, die Jüdinnen in den Heilstätten ermordet haben.

Nach Fußmärschen über Dutzende von Kilometern erreichten am Morgen des 1. Mai erbärmliche Reste der eingekesselten 9. Armee die Gegend Zauchwitz-Rieben.¹⁰⁶ Die Männer waren erschöpft, demoralisiert, zum Teil auch unbewaffnet. Sie hofften, an jenem Tag den endgültigen Durchbruch durch die Front zu schaffen. Die Linien der Wenck-Truppen an der Reichsstraße 2 schienen greifbar nahe.

Die Sowjets leiteten ihrerseits Gegenmaßnahmen ein und brachten südlich von Zauchwitz Maschinengewehrtruppen in Stellung. Sie schossen auf die Hunderte von deutschen Soldaten, die aus einem Waldstück heraus über freies Feld nach Westen liefen. Diese deutschen Landser waren beim Durchbruchversuch zu weit nach Norden geraten. Sie hatten keine Chance und wollten sich gefangen geben. Doch jeglichen Regeln der Kriegführung widersprechend, mähnten die Sowjets den Gegner nieder, obwohl der sich bereits ergeben hatte. Eine Augenzeugin erinnert sich: »Sie kamen mit erhobenen Händen, aber die Russen schossen und schossen und schossen solange, bis sich nichts mehr bewegte. Es war ein grausames Töten ohne Erbarmen.«¹⁰⁷ Wie viele Menschen dabei getötet wurden, ist nicht überliefert.¹⁰⁸

101 Ebenda, S. 86.

102 Siehe oben, Kapitel 1.1.

103 Zum Folgenden vgl. Um Beelitz harter Kampf, S. 58 (Erlebnisbericht von W. Stangenberg).

104 Siehe oben, Kapitel 1.1.

105 Gellermann: Die Armee Wenck, S. 43f.

106 Vgl. Um Beelitz harter Kampf, S. 102 (Erlebnisbericht von E. Lehmann).

107 Ebenda.

Beginn der Besatzungszeit

Der westliche Teil des Kreises Zauch-Belzig war, abgesehen von gelegentlichen Fliegerangriffen, von den Kampfhandlungen weitgehend verschont geblieben. Dort hatten sich erste Bemühungen geregt, die unmittelbar bevorstehende Besetzung durch Sowjettruppen auf möglichst gewaltlose Art über sich ergehen zu lassen.

In der Kreisstadt Belzig trafen sich am 1. Mai auf Initiative des Lehrers Arthur Krause beherzte Einwohner, die ihre Stadt vor Zerstörungen bewahren wollten.¹⁰⁹ Gemeinsam mit dem katholischen Ortspfarrer Erich Tschetschog forderten sie den Stützpunktkommandanten zu einer kampfflosen Übergabe Belzigs an die Sowjets und zum Abzug der Wehrmachtskräfte aus der Stadt auf. Nachdem der Stützpunktkommandant dies unter Hinweis auf seine Befehle abgelehnt hatte, rief die Gruppe um Krause und Tschetschog die Einwohner auf, weiße Fahnen aus den Fenstern zu hängen. Sollten die Verhandlungen mit dem Stützpunktkommandanten weiterhin ergebnislos bleiben, so wollte man mit möglichst vielen Bürgern unter weißen Fahnen den sowjetischen Truppen entgegen gehen. Tatsächlich wurden an vielen Gebäuden der Stadt weiße Fahnen angebracht. Die Bürger hatten dabei selbstverständlich vor Augen, was in den zurückliegenden Tagen in den Nachbarstädten geschehen war.

Unterdessen setzten sich der Stützpunktkommandant sowie die restlichen Wehrmachtskräfte aus der Stadt ab.¹¹⁰ Die Einwohner beseitigten sofort die Panzersperren an den Ortseingängen. Am 3. Mai schritt eine Gruppe von Bürgern unter Führung des katholischen Pfarrers und des Lehrers dem ersten sowjetischen Panzerspähwagen entgegen, der sich der Stadt näherte. Sie händigten dem verdutzten Fahrzeugkommandanten ein Schreiben aus, mit dem sie Belzig der Roten Armee übergaben. Beim Einmarsch der Sowjets in die Zauch-Belziger Kreisstadt fiel kein Schuss.

Einen Tag später erreichten Vorauseinheiten der Roten Armee den südwestlichsten Zipfel des Kreises Zauch-Belzig, dessen Territorium damit vollständig besetzt war. In Jeserig/Fläming erschossen die einrückenden Sowjets noch einen einzelnen Wehrmachtssoldaten, der sich im Gegensatz zu den meisten seiner ebenfalls versprengten Kameraden nicht rechtzeitig Zivilleidung hatte besorgen können.¹¹¹ Weitere derartige »Kampfhandlungen« sind anscheinend nicht vorgefallen.

108 In diesen Kontext gehören auch die von Heinrich in »Ritter und Soldaten«, S. 478, Anmerkung 21, erwähnten Erschießungen deutscher Zivilisten in Rietz bei Brandenburg/Havel. Dieses Geschehen lässt sich aber nicht mehr detailliert rekonstruieren. Laut örtlicher Überlieferung hatte die Wehrmacht im Wald nahe Rietz ein provisorisches Nachschublager angelegt, das von der Roten Armee übernommen wurde. Im Mai 1945, wahrscheinlich unmittelbar nach Ende der Kampfhandlungen, plünderten deutsche Flüchtlinge das Versorgungslager, das dabei in Flammen aufging. Anschließend haben Sowjetsoldaten 39 Zivilisten erschossen; Mitteilung von L. Unger (10.08.2006).

109 Zum Folgenden vgl. 1000 Jahre Belzig, S. 75f. (G. Dorbritz); Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 5; »Das Glockenläuten ist einzustellen...«, S. 80–83 (G. Dorbritz). Inwiefern es sich bei dem um die kampfflose Übergabe bemühten Personenkreis wirklich um »Genossen der illegalen KPD und SPD« (so ebenda, S. 80) handelte, sei dahingestellt.

110 Zum Folgenden vgl. ebenda, S. 102f. (G. Dorbritz).

111 Jeserig/Fläming, S. 75.

Nach dem Ende der Kämpfe herrschten katastrophale Zustände: Eine funktionierende Infrastruktur und Verwaltung gab es nicht mehr. Die Produktion in den Betrieben stand still, der Bahnverkehr war unterbrochen. Auf den hoffnungslos vollgestopften Straßen irrten Scharen von Flüchtlingen umher, Familienangehörige suchten einander, geradezu pausenlos rollte sowjetisches Militär in alle möglichen Richtungen. Dazwischen strebten ausländische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, die endlich ihre Freiheit wiedergewonnen hatten, in ihre Heimatländer.¹¹² An den Straßenrändern standen Fahrzeugwracks, türmten sich militärische Ausrüstungsgegenstände, auch weggeworfene Waffen. Nahe den verlassenen Kampflinien lagen menschliche Leichname und Tierkadaver herum.¹¹³ Aufgrund der steigenden Frühlingstemperaturen verbreitete sich ein unerträglicher Verwesungsgestank, der Ausbruch von Seuchen drohte. Die Trümmer der in Brand gesetzten Gebäude qualmten immer noch. Dieses Chaos kennzeichnete die so genannte »Stunde Null«.

Die seelische Verfassung weiter Bevölkerungskreise in Zauch-Belzig war wie die Stimmungslage im übrigen Deutschland geprägt durch Resignation, Panik, Orientierungslosigkeit, Verzweiflung, auch durch Agonie. »Die große Masse der Bevölkerung [...] stand in diesen Tagen wie gelähmt ihrem eigenen Schicksal teilnahmslos gegenüber«¹¹⁴, hieß es in einem offiziellen Rückblick der brandenburgischen Provinzialverwaltung. Welche anderen Empfindungen hätten die Leute in Zauch-Belzig und anderswo angesichts des menschlichen Elends, der Zerstörungen auch haben sollen? Es erwies sich als diffizil, »trotz der schmerzlichen Kriegsergebnisse ein neues, beständiges Lebensgefühl zu entwickeln.«¹¹⁵ Selbstmorde waren nicht selten, teilweise politisch motiviert – vorrangig bei fanatischen Anhängern der NS-Bewegung – , teilweise aus blanker Angst und Verzweiflung.¹¹⁶ In Beelitz etwa, einer Stadt mit damals ca. 5500 Einwohnern, nahmen sich 76 Menschen (25 Männer, 36 Frauen, 15 Kinder – z.T. ganze Familien) das Leben; im Städtchen Niemegk (rund dreitausend Einwohnern) sind zwischen 26. April bis 27. Mai 1945 acht Selbsttötungen (vier Frauen, vier Männer) nachweisbar; in Neuseddin (rund 1400 Einwohner) begingen beim Eintreffen der Sowjettruppen eine Frau und zwei Männer, darunter der Bürgermeister, Selbstmord.¹¹⁷

Auf der anderen Seite gab es diejenigen, die schnell und unter allen Umständen an die Wiederherstellung lebenswerter Verhältnisse gehen wollten. Und es keimte endlich,

112 Vgl. Pijuhr/Schulze: Kuhlowitz-Preußnitz, S. 99.

113 Vgl. Um Beelitz harter Kampf, S. 84 (I. Hohenschild). In Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, S. 35, beschreibt ein (anonymer) Augenzeuge besonders anschaulich den wüsten Anblick des »Berliner Dreiecks« in Treuenbrietzen im Mai 1945.

114 Ein Jahr Bewährung der Mark Brandenburg, abgedruckt in: Freundschaft, T. 1, S. 167f., hier S. 167. Vgl. zur Stimmungslage auch Heitzer: Die Überwindung des Faschismus, S. 397f. (Darstellung aus Sicht der offiziellen DDR-Historiographie in den 1980er Jahren).

115 Um Beelitz harter Kampf, S. 138 (F. Klewitz).

116 Unter anderem gibt es den erschütternden Bericht eines Zeitzeugen aus Buchholz bei Treuenbrietzen, der beschreibt, wie seine Tochter, die die Nerven verloren hatte, erst ihr jüngstes Kind u. dann sich selbst tötete; s. ebenda, S. 49.

117 Zahlen nach ebenda, S. 18, S. 136f. (F. Klewitz); Dalitz: »Niemegk meldet Panzeralarm«, S. 137.

wenn auch langsam, in der Bevölkerung das Bewusstsein der Mitschuld am mörderischen Krieg, an der Verwüstung halb Europas, am »Verschwinden« der Juden auf.¹¹⁸

Die zahlreichen Exesse von Rotarmisten gegen Zivilisten hatten eine verheerende Wirkung auf die Psyche der deutschen Bevölkerung. Das Gefühl der Verzweiflung und Ohnmacht wurde vertieft, dazu eine neue Wut entfacht. In schätzungsweise der Hälfte aller Zauch-Belziger Ortschaften kam es über »gewöhnliche« Plünderungen hinaus zu noch heftigeren Repressalien durch Sowjets.¹¹⁹ Vom Sieg berauschte, durch die eigenen Offiziere nicht im Zaum gehaltene Rotarmisten terrorisierten und beraubten die deutsche Zivilbevölkerung. Der Zeitzeuge K. Göllner erinnert sich an das Kriegsende: »Unterwegs [nach Beelitz] gab es immer wieder Begegnungen mit Russen der zweiten Angriffswelle. Im Gegensatz zur ersten Welle waren diese Soldaten ohne Disziplin, raubende und plündernde Horden. Wir hatten viel Angst. Meine Mutter und viele andere Frauen wurden mehrfach vergewaltigt.«¹²⁰

Freilich waren die Truppen verroht durch den Kriegsalltag, hatten das von Deutschen angerichtete Elend in der Sowjetunion im Kopf, sahen das Leiden der KZ-Häftlinge und Kriegsgefangenen.¹²¹ Der (relative) materielle Wohlstand der

118 Vgl. »Das Glockenläuten ist einzustellen...«, S. 90f. (F. Steinhaus).

119 Diese Schätzung ist zugegebenermaßen gewagt, da aus einigen Teilen Zauch-Belzigs keine Zeitzeugenberichte über das Kriegsende veröffentlicht sind. In von mir benutzten Publikationen (Um Beelitz harter Kampf; Dalitz: »Niemegk meldet Panzeralarm«; »Das Glockenläuten ist einzustellen...«; Heine: 625 Jahre Gemeinde Gollwitz; Kaiser: 250 Jahre Salzbrunn-Birkhorst; Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen) wird das Kriegsende in insgesamt 23 Zauch-Belziger Orten dokumentiert. In fast allen dieser Orte kam es zu Plünderungen. Aus 13 Orten wird zudem von massiveren Gräueltaten (Vergewaltigungen, Erschießungen) durch Rotarmisten gegen die Zivilbevölkerung berichtet. Es hat jedoch Ausnahmen gegeben. In Neuseddin z.B. gab es anscheinend weder Plünderungen noch andere Übergriffe seitens der Besatzungstruppen; vgl. Um Beelitz harter Kampf, S. 137 (F. Klewitz).

120 Um Beelitz harter Kampf, S. 83. Aus den Tagebuchnotizen von H. Dörre (Beelitz), 3. Mai 1945: »Zu Hause alles wüst durcheinander, das Schwein und 5 Hühner haben die Russen gefressen. Auch unser ganzes Weizenmehl. 2 Taschenuhren und zwei Wecker haben die Russen uns abgenommen«; 4. Mai 1945: »Wir schlafen im Ziegenstall. Die vergrabene Wäsche haben die Russen gefunden, aber nicht gleich mitgenommen [...]. Russen stehlen und plündern trotz Verbots ihres Kommandanten«; 7. Mai 1945: »Nun wird ein bißchen die Stube durchsucht, alles liegt durcheinander, kein Buch, kein Lappen, kein Spind und Schublade, aller Inhalt liegt zerrissen auf dem Fußboden. Es ist eben russisch, dann alles vollgeschissen, stinkt überall, Saubande«; 8. Mai 1945: »Einmal bekam ich schreckliche Angst, ein Schuß fiel im Hause, danach ein Schrei, ich dachte Fritz oder Mutter ist nun tot, aber der Russe hatte nur den Radioapparat zerschossen«; ebenda, S. 72f. Die Aussage von Semirjaga in »Die Rote Armee in Deutschland im Jahre 1945«, S. 206, die Repressalien wären in der Regel das Werk von Kriminellen gewesen, die man aus sowjetischen Gefängnissen entlassen u. an die Front geschickt hätte, klingt wenig überzeugend, allein schon aufgrund der Tatsache, dass Offiziere maßgeblich an den Übergriffen beteiligt waren (vgl. Um Beelitz harter Kampf, passim; Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, passim), und ehemalige Sträflinge werden wohl kaum in Offiziersränge aufgestiegen sein.

121 Es ist nicht Anliegen dieser Arbeit, auf Rachegefühle von Rotarmisten, auf Bemühungen der Führungsebenen in der Roten Armee, die Ausschreitungen einzudämmen, auf Versorgungsprobleme der Sowjettruppen oder auch auf kulturelle Divergenzen zwischen Deutschen u. Russen näher einzugehen. Siehe dazu z.B. das aufschlussreiche (aus sowjetischer/russischer Sicht verfasste) Essay von Semirjaga: Die Rote Armee in Deutschland im Jahre 1945. Eine kleine Episode sei hier angeführt: Die deutsche Zeitzeugin I. Zaege berichtet (in: Schwere Kämpfe in und um Treuen-

Besiegten animierte zusätzlich zum »Zugreifen«. Auf der Suche nach Beute durchstreiften Rotarmisten Häuser und Wohnungen, »wobei die erste Bekanntschaft mit den Sowjetsoldaten damals fast immer mit den Worten ›Uri, Uri‹ endete. Oft hatten sie schon beide Arme voller Uhren, verlangten aber weiter danach.«¹²² Bevorzugtes Beutegut waren neben Uhren und Schmuck elektrische Geräte sowie Genuss- und Lebensmittel.¹²³

Die Soldateska gab sich einem ungehemmten Alkoholgenuss hin, machte selbst vor alkoholhaltigen Frisiermitteln nicht Halt.¹²⁴ Frauen jeden Alters wurden Opfer von Vergewaltigungen. Die Schändungen waren eine Massenerscheinung, über die keine Statistik Auskunft gibt.¹²⁵ Rotarmisten, vom einfachen Soldaten bis hinauf zu den Offiziersrängen, vergingen sich brutal an Frauen und Mädchen.¹²⁶ Einige der Schändungsoffer konnten das Erlittene nicht verkraften und legten Hand an sich. Ein extremes Beispiel: Am 27. Mai 1945 beging im Belziger Krankenhaus eine Krankenschwester Selbstmord, die durch zahlreiche Vergewaltigungen nicht nur psychische, sondern auch organische Schädigungen erlitten hatte.¹²⁷

Die Zivilbevölkerung war gegenüber den Repressalien faktisch wehrlos. »Mit Wut und stiller Duldung wurde es ertragen, das Recht der Besatzer war unantast-

brieten, S. 59), dass sie im Frühjahr 1945 von einem sowjetischen Arzt behandelt worden sei. Der Mediziner habe sie zwar gewissenhaft verarztet, dabei aber noch heftigst auf die Deutschen geschimpft, da sie seiner eigenen Familie böse zugesetzt hätten.

122 Heine: 625 Jahre Gemeinde Gollwitz, S. 67.

123 Bisweilen gingen die Plünderungen auf das Konto der befreiten Kriegsgefangenen u. Zwangsarbeiter; s. etwa Pijuhr/Schulze: Kuhlowitz-Preußnitz, S. 99f. Unterm Schirm der Besatzungsmacht nutzten sie auch manchmal die Gelegenheit, sich an ihren vormaligen (wahren oder vermeintlichen) Peinigern zu rächen; vgl. »Das Glockenläuten ist einzustellen...«, S. 88 (F. Steinhaus); Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, S. 63 (E. Kolzenburg). In Gollwitz erschlug ein Zwangsarbeiter aus Polen am 24. April 1945, als die Rote Armee den Ort erreichte, sogar den Inspektor des dortigen Rittergutes; Heine: 625 Jahre Gemeinde Gollwitz, S. 69. Andererseits bewahrten Zwangsarbeiter durch ihre Fürsprache oftmals deutsche Zivilisten vor Übergriffen der Rotarmisten; vgl. Um Beelitz harter Kampf, passim; Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, passim.

124 Vgl. Um Beelitz harter Kampf, S. 83 (I. Hohenschild), S. 110 (K. Wardin); »Das Glockenläuten ist einzustellen...«, S. 114 (H. Bettin).

125 Über Erlebnisse und Empfindungen der Vergewaltigungsoffer berichtet I. Grabow in: Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, S. 44f. Im Frühjahr/Sommer 1945 wurden Frauen und Mädchen gynäkologisch auf Geschlechtskrankheiten hin untersucht. In Michendorf z.B. ordnete die Besatzungsmacht am 28. Mai 1945 die sofortige Untersuchung aller Frauen zwischen 15 u. 40 Jahren an, »um etwaige Geschlechtserkrankungen, ausgelöst durch die Vergewaltigungen von Frauen, im Keime festzustellen«, wobei jeden Tag 50 weibliche Personen untersucht werden sollten; KrA PM, 51.34/14A (Protokolle über Beratungen mit sowjetischen Militärvertretern, Mai–November 1945, Aktenvermerk vom 28.5.1945). Vgl. zur Problematik auch Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, S. 45, S. 55. In der Kleinstadt Niemegk stellte der untersuchende Arzt eine Liste der vergewaltigten Frauen der Stadt auf, worin die Namen, die persönlichen Daten und die Anzahl der Vergewaltigungen festgehalten wurden. Die Liste umfasste nicht weniger als vier Schreibmaschinenseiten (Liste ist seit 1951 verschwunden); vgl. Dalitz: »Niemegk meldet Panzeralarm«, S. 56.

126 Im krassen Gegensatz dazu steht das geradezu liebenswürdige Verhalten der Rotarmisten gegenüber deutschen Kindern; vgl. Um Beelitz harter Kampf, S. 82 (T. Zenker), S. 84 (I. Hohenschild); Dalitz: »Niemegk meldet Panzeralarm«, S. 59; »Das Glockenläuten ist einzustellen...«, S. 107 (L. Piepert).

127 Dalitz: »Niemegk meldet Panzeralarm«, S. 56 u. 137.

bar«, wie S. Dalitz (Niemegk) schreibt.¹²⁸ Doch konnten die Erfahrungen mit den ankommenden Besatzern auch anders aussehen: Treuenbrietzenr Einwohner, die dem Massaker in ihrer Stadt entronnen waren¹²⁹, trafen in ihrem Zufluchtsort Alt-Frohnsdorf am 1. Mai mit einer sowjetische Einheit zusammen. Deutsch sprechende Offiziere informierten die Zivilisten darüber, dass der Krieg praktisch beendet und Hitler tot sei. Die Sowjets kochten mit ihren Gulaschkanonen für rund 200 Deutsche. Jede Untat eines Rotarmisten sollte gemeldet werden, und tatsächlich geschah kein einziger Übergriff.¹³⁰

Eine erste Normalisierung der Verhältnisse kam mit der Einrichtung von sowjetischen Kommandanturen.¹³¹ Diese begannen damit, das öffentliche Leben halbwegs zu ordnen, insbesondere was die Lebensmittelverteilung, die Versorgung mit Strom und Wasser und auch die Unterbringung der zahlreichen Flüchtlinge betraf. Freilich hatten die Kommandanten hierbei wesentliche Unterstützung durch engagierte Deutsche, die man späterhin (in der DDR-Geschichtsschreibung) illustrativ »Aktivisten der ersten Stunde« nannte.¹³² Die Zivilbevölkerung stellte aufatmend fest, dass die Kommandanturen für eine strengere Disziplin unter den Besatzungstruppen und vormaligen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern sorgten.¹³³ Die Anzahl der Übergriffe durch einzelne Rotarmisten oder kleine Trupps verringerte sich merklich. Andererseits organisierten die Kommandanturen nunmehr im großen Stil die Requirierungen bzw. Konfiszierungen von Lebensmitteln, Radios, Schreibmaschinen und Fahrrädern¹³⁴ sowie die Einquartierung von Offizieren in Privatwohnungen.¹³⁵ Per Befehl zogen sie die Zivilisten zu ersten Aufräumarbeiten, zur Bergung der Kriegstoten und zum Einsammeln von Kriegsgerätschaften heran.¹³⁶

Unmittelbar nach der militärischen Besetzung kam es zu einer ersten Verhaftungswelle unter tatsächlichen und vermeintlichen Nazi-Aktivisten. Umgehend wurden Dienststellen des NKGB, der berüchtigten sowjetischen politischen Polizei, u.a. in Belzig, Niemegk, Treuenbrietzen eingerichtet.¹³⁷ Zu den Verhafteten zählten in

128 Ebenda, S. 55.

129 Siehe oben, Kapitel 1.2.

130 Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, S. 64 f. (Erlebnisbericht von E. Kolzenburg).

131 Um Beelitz harter Kampf, S. 114 (K. Wardin); Pijuhr/Schulze: Kuhlowitz-Preußnitz, S. 101–103.

132 In Treuenbrietzen wurde z.B. durch Zusammenarbeit der Stadtkommandantur mit dem Leiter der örtlichen Molkerei-Genossenschaft innerhalb von 6 Wochen die beschädigte Molkerei wieder aufgebaut; Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, S. 68f. (W. Thiede).

133 Vgl. hierzu etwa Pijuhr/Schulze: Kuhlowitz-Preußnitz, S. 102. Laut der Zeitzeugin I. Grabow war das Wort Kommandantur geradezu ein »Zauberwort«; Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, S. 44.

134 Für deutsche Zivilisten, die bei ihren beruflichen Verrichtungen auf das Fahrrad angewiesen waren, war es höchst angebracht, sich dies von sowjetischen Kommandanturen bescheinigen zu lassen; vgl. Um Beelitz harter Kampf, S. 111f. (K. Wardin); Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, S. 69.

135 Siehe dazu etwa Um Beelitz harter Kampf, S. 45 (E. Oestereich); Dalitz: »Niemegk meldet Panzeralarm«, S. 106.

136 Vgl. Um Beelitz harter Kampf, S. 48 (T. Karsch), S. 138 (F. Klewitz); Dalitz: »Niemegk meldet Panzeralarm«, S. 69f.; Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, passim.

137 Vgl. Dalitz: »Niemegk meldet Panzeralarm«, S. 70; Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, S. 62.

der Regel die NS-Bürgermeister, die Ortsgruppenführer der NSDAP und die NS-Ortsbauernführer. Doch nicht nur wirkliche Nazi-Funktionäre mussten den Gang in sowjetischen Internierungslager¹³⁸ antreten, sondern auch Leute, die nur pro forma einer NS-Organisation angehört hatten, und andere Personen, die irgendwie aus irgendeinem Grund denunziert wurden.¹³⁹ Für viele gab es keine Rückkehr.¹⁴⁰ Besonders schnell und rigoros reagierten die Sowjets beim Verdacht der »Werwolf«-Mitgliedschaft¹⁴¹, weil sie Furcht vor einem Fortdauern oder gar einer Zunahme eines Untergrundkampfes hatten¹⁴², und weil sie die Effektivität eines Partisanenkampfes aus der eigener Heimat sehr wohl kannten. Doch in der Realität war die von Propagandaminister Goebbels im Februar 1945 proklamierte »Werwolf«-Bewegung mehr Schein als Sein und blieb weitestgehend wirkungslos.¹⁴³

Als Anfang Mai die Kapitulation kurz bevorstand und auch deutlich absehbar war, musste die deutsche Bevölkerung noch Schanz- und ähnliche Arbeiten für die Sowjettruppen verrichten. In Zauch-Belzig sollten innerhalb weniger Tage Feldflugplätze bei Gollwitz, Lüsse, Nichel und anderswo aus dem Boden gestampft werden.¹⁴⁴ Mit der vollständigen militärischen Kapitulation der deutschen Wehrmacht wurden am 8./9. Mai diese Arbeiten größtenteils eingestellt.¹⁴⁵

138 In Niemegk existierte ein vormaliges Außenlager des KZ Sachsenhausen, als »Waldlager Niemegk« bezeichnet, das Zwischenstation für Verhaftete auf deren Weg in die zentralen Internierungslager wie Buchenwald oder Sachsenhausen war; Dalitz: »Niemegk meldet Panzeralarm«, S. 71. Das Waldlager Niemegk sollte nach Plan der Sowjets rund 2000 Inhaftierte aufnehmen können; Schenk: Verwaltung per Befehl, S. 22.

139 Vgl. hierzu die Erinnerungen von F. Steinhaus in: »Das Glockenläuten ist einzustellen...«, S. 88, S. 91: »Einige waren stolz darauf, daß sie Leute, die sie aus irgendeinem Grunde nicht leiden konnten, bei den sowjetischen GPU/NKWD abliefern oder denunzieren konnten. Zum Teil wurden so auch ganz private Rechnungen von früher beglichen.« Vgl. auch Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 680.

140 ZB. überlebten von den im Mai 1945 verhafteten 21 Niemegker Bürgern ganze 8 die Internierung; Dalitz: »Niemegk meldet Panzeralarm«, S. 140f.

141 Siehe hierzu den Leidensweg des Belzigers F. Steinhaus, der als Jugendlicher unter (unbegründeten) »Werwolf«-Verdacht geriet, von NKWD/NKGB verhaftet u. verhört wurde, um anschließend ohne Gerichtsurteil mehrere Jahre sowjetische Internierungshaft in Sachsenhausen u. Bautzen abzusitzen; in: »Das Glockenläuten ist einzustellen...«, S. 92–97, S. 119–127.

142 Hass: Der Werwolf 1944/45, S. 214.

143 Vgl. ebenda, insbesondere S. 209–213.

144 Vgl. »Das Glockenläuten ist einzustellen...«, S. 105 (L. Piepert); Heine: 625 Jahre Gemeinde Gollwitz, S. 67; Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, S. 58, S. 99; Pijuhr/Schulze: Kuhlowitz-Preußnitz, S. 93f.

145 Der Platz in Lüsse wurde später fertiggestellt u. sollte als Notlandeplatz für sowjetische Militärflugzeuge dienen. In der Gegenwart wird er als Segelflugplatz für deutsche u. internationale Meisterschaften genutzt.

Öffentliche Verwaltung, Justiz und Polizei

Verwaltungsstruktur

Örtliche zivile Verwaltungen wurden schon wenige Tage nach dem Einmarsch der Roten Armee in den von ihr besetzten Gebieten Deutschlands geschaffen.¹ Ein Tagesbefehl von Marschall Shukow an die Truppen der 1. Belorussischen Front vom 23. April 1945 legte fest, dass durch die Militärkommandanten »in jeder Stadt und in jedem Dorf aus den Ortsbewohnern eine vollziehende Gewalt bestimmt werden sollte«, die »für die genaue Durchführung aller Befehle und Anordnungen seitens der Bevölkerung dem Militärkommando persönlich verantwortlich« zu sein hatte.² Analog wurde in den Abschnitten der 2. Belorussischen und 1. Ukrainischen Front verfahren. Sowjetische Kommandeure setzten in den Städten und Dörfern Bürgermeister und Ortsälteste ein bzw. initiierten und bestätigten deren Wahl durch die ortsansässige Bevölkerung.³ Offenkundig waren die Kommandeure dabei auch bemüht, an die politischen Verhältnisse von vor 1933 anzuknüpfen.⁴ Es wurden aber auch Absolventen der so genannten Frontschule des Nationalkomitees »Freies Deutschland« in Abstimmung mit den Sowjets und dann durch Erlass eines Befehls des zuständigen Kommandanten als vorläufige Bürgermeister in Gemeinden und Städten eingesetzt, »soweit noch kein Antifaschist aus diesem Ort selbst zur Verfügung stand.«⁵

In den letzten Kriegstagen waren von der Roten Armee drei Gruppen deutscher Exil-Kommunisten nach Deutschland eingeflogen worden, um den Neuaufbau deutscher Verwaltungen zu organisieren⁶, der freilich unter sowjetischer Direktive zu geschehen hatte. Die Moskauer Exilführung der Kommunistischen Partei hatte bereits in ihren mit sowjetischen Stellen ausgearbeiteten »Richtlinien des ZK der KPD für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet« vom 5. April 1945 konkrete Schritte für den Aufbau von Gemeindeverwaltungen festgelegt:

Nach Ernennung eines Bürgermeisters durch den Ortskommandanten der Roten Armee wird eine Gemeindeverwaltung aus fünf bis sieben Antifaschisten geschaffen. [...] Für die

1 Wie B. Bechler in seinen Erinnerungen betont, begann die Einsetzung neuer Bürgermeister schon »zu einem Zeitpunkt, wo der Krieg noch nicht zu Ende war«; Bechler: Vom Frontbeauftragten des NKFD zum Minister des Innern, S. 361.

2 Heß/Richter: Die Stadt Brandenburg im Jahr 1945, S. 201.

3 Vgl. auch »Auskunft der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte der UdSSR über die politische Arbeit unter der Bevölkerung Deutschlands« vom 5.7.1945, Auszug abgedruckt in: Bonwetsch u.a.: Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949, S. 8–10, hier S. 9.

4 Heß/Richter: Die Stadt Brandenburg im Jahr 1945, S. 201.

5 Bechler: Vom Frontbeauftragten des NKFD zum Minister des Innern, S. 361.

6 Vgl. dazu etwa Benser: Deutsche Geschichte von 1945 bis 1949, S. 395f.; Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. 1/1, S. 62f., S. 79.

Funktionen in den Gemeindeverwaltungen werden Antifaschisten herangezogen, die schon 1933 antifaschistischen Organisationen angehört haben und während der Hitlerherrschaft standhaft geblieben sind; Werktätige, die während des Hitlerregimes am Kampf gegen die Naziherrschaft und gegen den Hitlerkrieg teilgenommen haben; verantwortungsbewußte, entwicklungsfähige Kräfte aus den Reihen der Intelligenz, die nicht der Nazipartei oder Hitlerjugend angehört haben.⁷

Zu den heimkehrenden Kommunisten zählte die »Gruppe Ulbricht«, benannt nach ihrem Leiter Walter Ulbricht, der wohl schon damals der einflussreichste Politiker des deutschen Kommunismus war.⁸ Die Gruppe hatte die Aufgabe, mit sowjetischer Hilfe einen Verwaltungsapparat in der Reichshauptstadt Berlin und in der Provinz Brandenburg neu aufzubauen. Richtschnur dabei war die Vorgabe, alle politisch relevanten demokratischen Gruppierungen an der Verwaltung zu beteiligen, die wichtigsten Posten aber durch Kommunisten zu besetzen. Walter Ulbricht selbst drückte es so aus: »Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand halten.«⁹ Durch die Rückendeckung der sowjetischen Besatzungsmacht gelang es den Kommunisten, wichtige Schlüsselstellungen im Verwaltungsapparat mit eigenen Leuten zu besetzen.¹⁰

Mit dem Kriegsende regte sich in Deutschland eine politische Neubelebung. NS-Gegnern begannen sich auf lokaler Ebene zu organisieren und im öffentlichen Leben zu wirken.¹¹ Sie bemühten sich um die Wiederingangsetzung kommunaler Betriebe und Versorgungseinrichtungen, versuchten auch von sich aus die noch existenten Verwaltungen von NS-Aktivisten zu säubern. Zu den spontan gebildeten Antifa-Gruppen zählten im Kreis Zauch-Belzig die »Antifaschistische Aktion« in Elsholz bei Beelitz, die »Antifaschistische Front« in Werder, das »Antifaschistische Komitee« in Michendorf und Umgebung, dessen Leiter der in Wildenbruch wohnende kommunistische Zeitungsredakteur Otto Wilde war, oder auch die »Antifaschistische Liga« in der Stadt Brück.¹² Die personelle Zusammensetzung dieser Gruppen präsentierte sich recht gemischt. Die Palette reichte von

7 Abgedruckt (auszugsweise) in: Freundschaft, T. 1, S. 39f. Siehe dazu auch Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung in Brandenburg, S. 228.

8 Zum Wirken der Gruppe Ulbricht S. insbesondere Keiderling: »Gruppe Ulbricht« in Berlin April bis Juni 1945; Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder, S. 297–319; S. dazu auch Brunner: Die Verwaltung in der SBZ und DDR, S. 1223f. Zum Folgenden vgl. Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 692.

9 Mählert: Von der Zone zum Staat, S. 23.

10 Vgl. dazu etwa Mählert: Von der Zone zum Staat, S. 23. Siehe dazu auch Ulbrichts eigene Ausführungen über den Aufbau und die Stellenbesetzung des ersten Berliner Nachkriegs-Magistrats; Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. 1/1, S. 82f.

11 Zum Folgenden vgl. Benser: Die KPD im Jahre der Befreiung, S. 110f.; Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, S. 121f. u. S. 396–399; Schneider: Kommunalverwaltung und -verfassung, S. 297f.

12 Zur »Antifaschistischen Aktion« Elsholz s. Siehe S. 21 der vorliegenden Arbeit. Die »Antifaschistische Front« Werder ist in den drei Wochen zwischen dem Ende der Kampfhandlungen und dem 25. Mai entstanden; vgl. KrA PM, 49.002/2. Zum »Antifaschistischen Komitee« Michendorf vgl. KrA PM, 51.34/14A (Protokoll über Besprechung in der Kommandantur Beelitz, 28.5.1945, Bl. 2 Vs). Die »Antifaschistische Liga« Brück wird erwähnt bei Urban/Schulz: Die Vereinigung von KPD und SPD, S. 42.

Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern bis zu eher konservativ eingestellten bürgerlichen Demokraten.¹³ Die Führung in den Gruppen hatten jedoch oftmals kommunistische/sozialistische Kräfte inne.¹⁴ Aus der Emigration zurückgekehrten KPD-Funktionäre sahen trotzdem in ihnen oftmals ein Hindernis bei der Bildung der neuen, kommunistisch infiltrierten Verwaltungsbehörden. Zum Teil arrangierten sie sich mit den Gruppen, sorgten oft aber auch im Einvernehmen mit den sowjetischen Kommandanten dafür, dass die Gruppentätigkeit eingestellt bzw. die von diesen Gruppen veranlassten Stellenbesetzungen in den Verwaltungen wieder rückgängig gemacht wurden. Bis zum Mai/Juni 1945 wurden alle Antifa-Gruppen, sofern sie sich nicht in die neuen Verwaltungsorgane integrieren lassen wollten, liquidiert oder zumindest ins Abseits gedrängt.¹⁵

Mit der Einsetzung neuer Bürgermeister und Ortsältester war der Grundstein für die Dualität von sowjetischen Militärkommandanturen und deutschen Verwaltungen gelegt. Die Dualität gestaltete sich nicht etwa als ein kollegiales Neben- und Miteinander auf ungefähr gleicher Augenhöhe. Die letztlich entscheidende Instanz blieb in allen Bereichen die Besatzungsmacht. Ihre Anordnungen hatten absolute Priorität.¹⁶ Die neu konstituierten örtlichen Verwaltungen waren hingegen im hohen Maße nur ausführende Organe der Besatzungsmacht bzw. erfüllten eine Mittlerfunktion zwischen ihr und der Bevölkerung. Tatsächlich stützte sich die Autorität der deutschen Verwaltungen gegenüber der eigenen Bevölkerung im Grunde genommen auf die bewaffneten Kräfte der Besatzungsmacht.

Von der örtlichen Ebene ausgehend, wurde die Verwaltung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) Schritt für Schritt von unten nach oben aufgebaut.¹⁷ Die neuen Verwaltungsbehörden in Städten, Gemeinden und Kreisen knüpften an die vorherigen preußischen bzw. deutschen Verwaltungsstrukturen und vorhandene Gebietseinteilung an. Leitende Positionen nahmen aktive NS-Gegner ein. Vielfach wurden jedoch nur die Führungsposten in den Städten, Gemeinden und Kreisen neu besetzt, während die übrigen Mitarbeiter im Wesentlichen ihre Arbeit vorerst weiterführen konnten.¹⁸ Dies alles geschah unter Kontrolle und Einflussnahme der Besatzungsmacht, aber auch mit deren materieller Hilfe. Denn die Sowjets waren sich bewusst, ihre Besatzungsherrschaft nicht ohne deutsche Behörden bewerkstelligen zu können. Am 15. August 1945 erklärte der damalige Zauch-Belziger Landrat Menz, wohl ohne zu übertreiben: »Wenn uns jemand vor drei Monaten gesagt hätte, daß wir

13 Zu Antifa-Ausschüssen in Brandenburg u. deren Zusammensetzung vgl. Urban/Schulz: Die Vereinigung von KPD und SPD, S. 25–29. Vgl. auch Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. 1/1, S. 61f.

14 Vgl. Benser: Die KPD im Jahre der Befreiung, S. 110–115.

15 Vgl. Ulbrichts Brief an Georgi Dimitroff vom 9. Mai 1945, abgedruckt in: Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 419. Vgl. dazu auch Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. 1/1, S. 62.

16 Vgl. zu dieser Thematik etwa Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 230f.

17 Zum Folgenden vgl. Schreckenbach: Allgemeine Verwaltungsgeschichte, S. 20; ders.: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 227f.

18 Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 230.

heute schon wieder eine geordnete Verwaltung haben, das hätte doch keiner geglaubt. Dank der russischen Armee ist es gelungen«.¹⁹

In Übereinstimmung mit den Zielen der Sowjets begannen die neuen Administrationsorgane, radikale Veränderungen der sozialökonomischen Struktur, der Rechts- und Sozialordnung in der SBZ durchzuführen. Dies sollte dazu dienen, das Erbe des »Dritten Reiches« zu überwinden und die Grundlagen für ein neues Deutschland zu schaffen.²⁰

Die Sowjetunion und die anderen Hauptsiegermächte hatten mit ihrer so genannten Berliner Erklärungen vom 5. Juni 1945 »die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des OKW und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden« übernommen.²¹ Sie schufen einen Alliierten Kontrollrat als oberste Regierungsbehörde für ganz Deutschland, bestehend aus den vier Oberbefehlshabern, von denen jeder in seiner eigenen Besatzungszone die Regierungsgewalt auszuüben hatte.²²

Stadt- und Gemeindeverwaltungen

In Zauch-Belzig entstanden ab Anfang Mai 1945 auf Order der sowjetischen Kommandanten neue örtliche Selbstverwaltungsorgane. So wurde am 5. Mai der Diplomkaufmann Fritz Brüning als Bürgermeister von Beelitz vom dortigen Kommandanten der Roten Armee eingesetzt²³; in Michendorf wurde am 17. Mai eine Gemeindeverwaltung gebildet, die am 22. Mai ihre Tätigkeit aufnahm²⁴; am 19. Mai fanden Ortsältesten-Wahlen in Brachwitz und in Schlalach statt²⁵; am folgenden Tag wurde in Ragösen der frühere christliche Gewerkschafter Karl Müller (später einer der ersten CDU-Mitglieder) als Ortsältester eingesetzt²⁶; Mitte Mai beriefen die Sowjets einen Sozialdemokraten auf den Posten des Ortsältesten in Preußnitz.²⁷

Die wenige Tage nach Ende der Kampfhandlungen etablierten Verwaltungen konnten aufgrund der herrschenden chaotischen Verhältnisse vorläufig nur einen provisorischen Charakter haben. Viele Probleme türmten sich auf. Es mangelte an Büro-material und -ausstattungen wie Papier und Schreibmaschinen. Fernsprechleitungen waren defekt oder fehlten vollständig, was die Kommunikation stark behinderte. Auch verfügten die Verwaltungen kaum über eigene Finanzmittel. Die Dörfer bedienten sich oftmals der überkommenden Institution des Ausrufers (des »Ausklingers«), um amtliche Bekanntmachungen unters Volk zu bringen, da es für deren Verbreitung kaum andere Möglichkeiten gab. In Ermangelung neuer Dienststempel entfernte man

19 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 82, Bl. 34 Rs.

20 Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 260.

21 Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1 (1945), S. 7–9, hier S. 7.

22 Ebenda, S. 10. Vgl. dazu Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 231.

23 KrA PM, 42.014/28.

24 KrA PM 51.34/14 (»Tätigkeitsbericht des Jahres 1945 und Aufgaben für 1946«, S. 1).

25 Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, S. 112 u. S. 125.

26 Kind: Christliche Demokraten, S. 9.

27 Pijur/Schulze: Kuhlowitz-Preußnitz, S. 108.

aus den alten die untere Hälfte des Reichsadlers mit Krallen und Hakenkreuz.²⁸ Als außerordentlich erschwerend erwies sich, dass in etlichen Ratsstuben kriegsbedingt Aktenmaterial verloren gegangen war bzw. Behörden aufgrund von Weisungen der NS-Reichsregierung systematisch Akten vernichtet hatten, worunter speziell Karteien der Einwohnermeldeämter, Wirtschaftsämter, Ernährungsämter, Arbeitsämter und dergleichen zählten.²⁹

Wahrscheinlich hatten alle Kommunen in Zauch-Belzig in den ersten Nachkriegsmonaten mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen, wie sie die Gemeindeverwaltung Lehnin in ihrem Rechenschaftsbericht vom 27. September 1945 benannte: eine Schiefelage bei den Ausgaben und Einnahmen der Gemeinde, Probleme bei der Lebensmittelversorgung, ein Mangel an Arbeitskräften, die Unterstützung Hilfsbedürftiger und die Wohnraumbeschaffung für Flüchtlinge und Vertriebene.³⁰ Insbesondere mussten die Städte umgehend die Anfuhr von Lebensmitteln in eigener Regie organisieren. Ende Mai hieß es z.B. aus der Kreisstadt: »Belzig hat einen Fuhrpark von zunächst acht Pferden, man hofft, es auf zwanzig zu bringen. Der Kommandant stellt im Bedarfsfalle einen Lastwagen zur Verfügung, so dass das Heranschaffen der Lebensmittel keine besonderen Schwierigkeiten macht.«³¹

Die Arbeit der deutschen Stadt- und Gemeindeverwaltungen wurde in den ersten Nachkriegsmonaten hauptsächlich durch Befehle des jeweiligen sowjetischen Kommandanten legitimiert. So heißt es in einer Weisung des sowjetischen Kommandanten der Stadt Beelitz vom 26. Mai 1945, »dass der Herr Bürgermeister von Beelitz Verfügungen auf seine [d.h. des Kommandanten] Anordnungen erlässt und diesen ebenso Folge zu leisten ist, als ob sie von dem Kommandanten selbst herausgegeben werden.«³² Auf Anweisung der Roten Armee waren die örtliche Verwaltungen in den ersten Monaten nach Kriegsende nicht zuletzt dafür zuständig, Arbeitseinsätze zur Trümmerbeseitigung, Wiederherstellung von Verkehrsanlagen u.Ä. zu organisieren. Die Beteiligung aller arbeitsfähigen Einwohner war dabei Pflicht, nur wenige Ausnahmen wurden gestattet. Bei Fernbleiben drohte der Entzug der Lebensmittelkarten.³³ In der Kreisstadt Belzig spiegelten sich die Machtverhältnisse und die Rollenverteilung zwischen Besatzungsmacht und deutschen Verwaltungsorganen

28 Siehe die Abbildung in: Kraemer/Niendorf/Zimmermann: Chronik der Gemeinde Neschholz, T. 2, S. 146. Noch am 15.4.1946 sah sich die brandenburgische Provinzialverwaltung zu einer Rundverfügung veranlasst, laut der Dienstsiegel, Siegelmarken usw. mit dem Adler auf dem Eichenkranz, auch nach Wegnahme des Hakenkreuzes, keinesfalls weiterbenutzt werden durften; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 104, Bl. 93.

29 Vgl. Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 227. Zum Beispiel ist aus Michendorf überliefert, dass die »Unterlagen des Verwaltungsdienstes« der Gemeinde bei Kriegsende vernichtet worden waren; vgl. KrA PM 51.34/14 (»Tätigkeitsbericht des Jahres 1945 und Aufgaben für 1946«, S. 1).

30 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 82, Bl. 4f.

31 KrA PM, 49.000/1 (Aktennotiz vom 30.5.45).

32 KrA PM, 51.34/14A (Protokoll über Besprechung mit sowjetischem Kommandanten von Beelitz, 26.5.1945, S. 3).

33 Vgl. dazu etwa die Bekanntmachung des Belziger Bürgermeisters vom 20.6.1945, BLHA Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 55, Bl. 10.

anschaulich wider: Die sowjetische Kommandantur hatte sich im repräsentativen städtischen Rathaus eingerichtet, während der Bürgermeister mit der Stadtverwaltung in ein Rechtsanwaltsbüro ausweichen musste.³⁴

Die Besatzungsmacht bevorzugte bei Stellenbesetzungen in neu entstehenden deutschen Behörden generell Mitglieder der kommunistischen Partei.³⁵ Zauch-Belzig bildete hier keine Ausnahme.³⁶ Vielfach setzten sich Kommunisten zusammen mit Sozial- und bürgerlichen Demokraten aufopferungsvoll dafür ein, die zwingendsten Nöte in ihren Gemeinden zu bewältigen.³⁷ Aber radikale Vertreter der KPD meinten, ihre Verwaltungsfunktionen vornehmlich als Sachwalter ihrer Partei und erst in zweiter Linie zum Wohle der Bevölkerung ausüben zu müssen. KPD-Mann Wilde, Bürgermeister von Michendorf, erklärte am 16. Dezember 1945 auf einer Funktionärskonferenz, »daß er in erster Linie der Partei verpflichtet ist und dann erst Bürgermeister [sei]. Er hält es bei seiner Arbeit so und wisse, daß ihn keine Verwaltung seines Amtes entheben kann, wenn er die Partei-Linie einhält, daß er aber fallen wird, sobald er von dieser Linie abweicht«.³⁸

Einfluss und Posten konnten gerade in Zeiten allgemeiner Not verführen. Bisweilen hörten Mitarbeiter des Verwaltungsapparates auf, zwischen Parteibesitz, ihrem Privatbesitz und kommunalem Eigentum zu unterscheiden. So in Brück im November 1945 geschehen: Die Bezirksbürgermeisterei, an deren Spitze ein KPD-Mann stand, hatte einen Traktor aus vormaligen Wehrmachtsbeständen beschlagnahmt, den die örtliche KPD umgehend zu Parteieigentum erklärte; der Traktor sollte zwar der Fahrbereitschaft der Stadt Brück zur Verfügung gestellt werden, aber in der Realität übergaben die Kommunisten das begehrte Fahrzeug einem ihrer Genossen zur privaten Nutzung.³⁹ Angesichts solch dreister persönlicher Vorteilsnahme, die selbstverständlich Unmut in der Bevölkerung erzeugte, sahen sich die Besatzungsmacht und übergeordneten deutschen Behörden immer wieder gezwungen, regulierend einzugreifen.

34 Vgl. »Das Glockenläuten ist einzustellen ...«, S. 105 (Tagebuchaufzeichnung von L. Piepert).

35 Freilich muss berücksichtigt werden, dass vielen Sowjet-Offizieren, die an die stalinistisch-kommunistischen Verhältnisse ihrer Heimat gewohnt waren, die Einsetzung von nicht-kommunistischen, bürgerlichen Demokraten oder auch Sozialdemokraten in Verwaltungsstellen durchaus befremdlich erschien.

36 Siehe S. 71f. der vorliegenden Arbeit.

37 Der ehemalige KPD-Kreisfunktionär Gustav Adolf Vogel schilderte 1970 rückblickend: »Es war damals in den Jahren 1945/46 nicht ganz so einfach, wie es sich aus der Sicht von heute vielleicht ansieht. Da gab es täglich Versammlungen und Besprechungen mit den Kommandanturen, in der Kreisleitung, mit den Parteileitungen in den Arbeitsgebieten und Dörfern oder mit der Bezirksleitung in Potsdam. Da ging es um die Durchführung der Bodenreform, um die Versorgung der Flüchtlingslager, Krankenhäuser, Kinderheime und Schulen mit Lebensmitteln, Brennmaterial usw. [...] Morgens um 4 Uhr meldete die Kommandantur einen Flüchtlingstreck. Das hieß Betten vorbereiten, Lebensmittel beschaffen, heizen usw. Abends um 12.00 Uhr kam man von der letzten Versammlung in Treuenbrietzen, Lehnin, Ragösen oder sonst wo zurück.«; Sammlung G. Dorbritz (Schreiben G. A. Vogels an die SED-Kreisleitung Belzig aus dem Jahr 1970).

38 BLHA, Rep. 330, Nr. 160, Bl. 8 Rs.

39 Ebenda, Nr. 80, Bl. 11.

Das Verwaltungspersonal war in den meisten Fällen zuvor nicht im administrativen Bereich tätig gewesen. Dementsprechend bildeten die Administrationsaufgaben in der Regel für die frischgebackenen Bürgermeister und Ortsältesten ein neues Tätigkeitsfeld, in das sie sich erst hineinfinden mussten. Um im Landkreis auftretende Schwierigkeiten zu beraten, die Arbeit zu koordinieren und dem Verwaltungspersonal Anleitung zu geben, wurden ab dem 29. Juni 1945 zunächst (in der Regel) wöchentlich Bürgermeistertagungen in Belzig abgehalten.⁴⁰

Solange noch übergeordnete Behörden fehlten bzw. noch im Aufbau waren, hatten die Bürgermeister und Ortsältesten ein immens großes, kaum überschaubares Aufgabenfeld zu bewältigen. Der Zeitzeuge Heinz Reese, ab Herbst 1945 Bürgermeister der Kreisstadt Belzig, berichtete im Rückblick:

Er [der Bürgermeister] war für alles verantwortlich, er hatte für alles zu sorgen, er wurde damit beauftragt, das Leben wieder auf ein normales Gleis zu bringen. Aber nicht nur gegenüber der Kommandantur, sondern vielmehr auch gegenüber der eigenen Bevölkerung hatte er das alles auszubaden, was sich im Durcheinander des Zeitgeschehens ereignete.⁴¹

Aber auch nachdem Provinzial- und Kreisverwaltung ihre Tätigkeit aufgenommen hatten, waren die Arbeitsbedingungen alles andere als rosig. Der Bezirksbürgermeister von Wiesenburg artikuliert im Januar 1946 den verbreiteten Groll darüber mit den Worten: »Die Mißstände im Kreis, angefangen wenn man so sagen darf von General Shukow [SMAD-Chef] an, enden alle bei dem Ortsältesten; er wird für alles schuldig erklärt, aber an Bezahlung und Verpflegung wird nicht gedacht.«⁴²

Andrerseits konnten sich Bürgermeister, wenn entsprechende Freiräume durch die örtliche Kommandantur gegeben waren, manchmal zu kleinen Lokalfürsten mausern.⁴³ So kritisierte Oberlandrat Koltzenburg Ende September 1945: »Nach Einmarsch der Roten Armee bildeten [sic!] sich Bürgermeister, die die Könige der Gemeinde waren und dort nach eigenem Ermessen schalteten.«⁴⁴ Das zum Teil selbsterherrliche Handeln wurde erst durch die übergeordneten Verwaltungsorgane eingeschränkt.

Seit dem Ende der NS-Diktatur war vielerorts unklar, ob bzw. inwiefern die »Deutsche Gemeindeordnung« von 1935 noch in Kraft sei. Das führte zu einigem Kopfzerbrechen, auf welche verfassungsmäßige Basis denn die kommunalen Verwaltungen sich bei ihrer Tätigkeit berufen sollten. Die Gemeinde Alt Töplitz etwa wandte sich am 10. November 1945 mit einem Schreiben an den Zauch-Belziger Landrat, worin sie ihre große Unsicherheit über die rechtlichen Grundlagen der neuen

40 Vgl. KrA PM, 51.34/14. Schenk: Verwaltung per Befehl, fußt auf den Protokollen der Bürgermeistertagungen.

41 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 95, Bl. 99.

42 KrA PM, 51.34/14 (Bericht der Rechenschaftstagung vom 18.1.1946, S. 5).

43 Darauf weist auch Türke: Demokratischer Zentralismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 19, hin.

44 KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 24.9.1945, S. 3). Mielke: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR, S. 38, meint treffend, die SBZ stellte sich unmittelbar nach Kriegsende als ein Flickenteppich von »Dorf- u. Stadtrepubliken« dar.

Kreis- und Gemeindeverwaltungen, speziell über das Verhältnis zwischen Kreis und Gemeinde, zum Ausdruck brachte: »Wir alle hier haben den dringenden Wunsch, so bald wie möglich wieder in geordnete und zivilisierte Wirtschafts- und Verwaltungsverhältnisse zu kommen und dazu ist die Kenntnis und Klärung der obigen Fragen eine wichtige Voraussetzung, ja zum Teil bereits ein unentbehrlicher Bestandteil.«⁴⁵

Die brandenburgische Provinzialverwaltung verschloss nicht die Augen gegenüber dieser Problematik.⁴⁶ Sie konnte jedoch vorerst nur dadurch eine gewisse Abhilfe schaffen, dass sie am 15. Dezember 1945 die Kreis- und Gemeindeverwaltungen anwies, vorläufig nach dem preußischen Gesetz »über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts« vom 27. Dezember 1927 zu arbeiten.⁴⁷ Im Herbst 1946 legte Brandenburg als erstes Land der SBZ den Entwurf einer Gemeindeverfassung vor, dessen Inhalt offenbar von Staats- und Verwaltungsrechtlern des Parteivorstandes der – inzwischen durch Fusion von KPD und SPD entstandenen – Sozialistischen Einheitspartei (SED) formuliert worden war und die Billigung der SMAD fand. Diese neue »Demokratische Gemeindeverfassung«⁴⁸ vom 14. September 1946 wurde anschließend auch von allen anderen Landes- u. Provinzialverwaltungen in Kraft gesetzt (und in »Demokratische Gemeindeordnung« umbenannt). Sie erklärte die ausgeheimer, gleicher und unmittelbarer Wahl hervorgegangene Gemeindevertretung bzw. Stadtverordnetenversammlung zum obersten und alleinigen Beschlussorgan der Gemeinde – in Abkehr von der preußischen Verwaltungstradition, wo der städtische Magistrat neben der Stadtverordnetenversammlung ein zweites Beschlussorgan bildete. Nach der neuen Kommunalverfassung waren die Gemeinden der Sowjetischen Besatzungszone Gebietskörperschaften, die auf ihrem Gebiet alle öffentlichen Aufgaben zu erfüllen hatten. Eine staatliche Aufsicht über die Kommunen wurde auf die Gesetzmäßigkeitskontrolle beschränkt und den parlamentarischen Vertretungskörperschaften übertragen: bei kreisangehörigen Gemeinden dem Kreistag, bei kreisfreien Städten dem Landtag.

Im Frühjahr/Sommer 1945 waren die städtischen Verwaltungen – orientiert an den dringlichsten Arbeitsfeldern – spontan und ohne zentrale Anleitung, aber in Abstimmung mit den jeweiligen Kommandanturen in einzelne Sachgebieten untergliedert worden. Die Stadtverwaltung Werder/Havel etwa war im August 1945 in neun Abteilungen gegliedert: a) Finanzwesen, b) Arbeits-, Wohnungsamt und Sozialfürsorge, c) Wirtschaft und Ernährung, d) Polizeiwesen, e) Stadtwerke, Transportwesen, Bauamt und Energiewirtschaft, f) Postwesen, g) Kultur, Sport, Presse und Schule, h) Gesundheitswesen, i) Gerichtswesen.⁴⁹ Am 6. Dezember 1945 erließ die Provinzialverwaltung eine Verfügung zum einheitlichen Aufbau der ihr untergeordneten Verwaltungen, zu deren

45 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 10, Bl. 3.

46 Zum Folgenden vgl. Brunner: Die Verwaltung in der SBZ und DDR, S. 1227; Schneider: Kommunalverfassung und -verwaltung, S. 305; Türke: Demokratischer Zentralismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 20f.

47 Schneider: Kommunalverfassung und -verwaltung, S. 303.

48 Deren Text ist, soweit ersichtlich, in Brandenburg erst im Gesetz- und Verordnungsblatt der Landesregierung Brandenburg, T. 2, Heft 16 (1947), S. 307–310, veröffentlicht worden.

49 Siehe BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 82, Bl. 33 Rs.

einheitlichen Gliederung in Sachgebiete, angelehnt an die Struktur der Provinzialverwaltung selbst.⁵⁰ Hiermit sollten Zuständigkeiten klar umrissen und eindeutige Weisungsstränge aufgebaut werden. Die Stadtverwaltungen wurden demgemäß neugegliedert. So zählte die Belziger Stadtverwaltung im Herbst 1946 neun Ressorts:

- 1 Personal und Verwaltung
- 2 Industrie, Wirtschaft und Verkehr
- 3 Ernährung und Landwirtschaft
- 4 Volksbildung
- 5 Finanzen
- 6 Sozial- und Gesundheitswesen
- 7 Bauwesen
- 8 Polizei
- 9 Städtische Betriebe.⁵¹

Die Personalstärken in den Zauch-Belziger Rathäusern stiegen von Juni bis Dezember 1945 enorm an. In Werder/Havel zählte man Ende 1945 rund 200, in Beelitz 132, in Treuenbrietzen rund 120 städtische Angestellte. Der Landrat kritisierte im Januar 1946 diese unverhältnismäßige Aufblähung der Stadtverwaltungen und forderte wegen der schlechten Finanzlage kategorisch Personaleinsparungen.⁵² Doch war das Anschwellen der Personalstärken freilich im Wesentlichen dadurch bedingt, dass die kommunalen Verwaltungen für nahezu alle Lebensbereiche Zuständigkeiten übernehmen mussten, wodurch sie sich etwa von den Stadt- und Gemeindeverwaltungen von vor 1933 deutlich unterschieden. Trotzdem musste und wurde reduziert. Im September 1946 schwankte die Zahl der Beschäftigten bei den Magistraten zwischen 26 (in Niemegk) und 112 (in Werder).⁵³ Das dörfliche Verwaltungspersonal bestand zu jener Zeit im Normalfall aus dem ehrenamtlichen Bürgermeister und einem Angestellten. Aber in den größeren Landgemeinden wie Glindow oder Alt Töplitz hatte man neben dem Bürgermeister noch bis zu elf Angestellte.⁵⁴

Als die brandenburgische Landesregierung 1948 einheitliche Stellen- und Strukturpläne vorschrieb, hatten auch die Zauch-Belziger Kommunen ihren Personalapparat umzuorganisieren. In kreisangehörigen Städten durften dann nur noch auf je 1000 Einwohner fünf Verwaltungsangestellte kommen.⁵⁵

In den Jahren 1945/46 war in der SBZ immer wieder betont worden, dass das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung herrsche.⁵⁶ Jedoch wurde dies »im Verlauf

50 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 104, Bl. 231f.

51 Vgl. ebenda, Nr. 95, Bl. 100.

52 KrA PM. 51.34/14 (Protokoll der Rechenschaftstagung vom 19.1.1946, S. 9).

53 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 93, Bl. 63–72.

54 Vgl. ebenda.

55 BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 437, Bl. 31.

56 Zum Folgenden vgl. Schneider: Kommunalverfassung und -verwaltung, S. 310f.; Schreckenbach: Allgemeine Verwaltungsgeschichte, S. 27–29; Türke: Demokratischer Zentralismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 31f.

der Entwicklung der folgenden Jahre zugunsten einer wachsenden Einbindung in einen zentralistisch aufgebauten Verwaltungsapparat bald wieder zurückgenommen«.⁵⁷ Die gegenläufige Bewegung hin zu einem zentralistisch gelenkten und kontrollierten Verwaltungsgefüge setzte im Frühjahr 1947 ein, ausgehend von ökonomischen Bereichen und dem Bemühen der SED, ihre führende Position weiter auszubauen, sowie in wachsendem Maße beeinflusst von der Konfrontation zwischen den Westmächten und der Sowjetunion.⁵⁸ Die Einheitspartei leitete speziell aus den Aufgaben der einheitlichen Wirtschaftsplanung die Notwendigkeit einer straffen Zentralisierung und die Einheitlichkeit der Verwaltung in Struktur und Arbeitsmethode ab. Im Mai 1948 polemisierte ihr kommunalpolitischer Beirat gegen den »Selbstverwaltungsstaat« und propagierte stattdessen eine »durch das Volk ausgeübte demokratische Staatsgewalt mit einem einheitlichen Verwaltungsvollzug«.⁵⁹ Am 23./24. Juli 1948 hielt die SED eine »staatspolitische Konferenz« ab, die zufälligerweise in Zauch-Belzig, und zwar in Werder/Havel stattfand. Auf der Konferenz kritisierte Ulbricht erstmals offen eine kommunale Selbstverwaltung bürgerlich-demokratischen Zuschnitts als nicht mehr zeitgemäß, speziell vor dem Hintergrund des ersten Zweijahresplans für die ganze SBZ. Die Selbstverwaltung sei lediglich ein subsidärer Bestandteil der einheitlichen, zentralen Staatsverwaltung.⁶⁰ Damit war seitens der SED-Spitze den traditionellen Prinzipien der Selbstverwaltung eine – wenn auch floskelhaft verbrämte⁶¹ – Absage erteilt.

In der Tat sahen sich die Kommunen ab 1948 im Zuge der schnellen zentralistischen Umstrukturierung des politisch-administrativen Systems der SBZ nach und nach in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt.⁶² In erster Linie bewirkte der Verlust wirtschaftlicher und finanzieller Selbstständigkeit letztendlich die Zerstörung der Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung. Die Weichen hierfür stellte die zentrale Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) mit der von ihr erzwungenen Bildung von Kommunalwirtschaftsunternehmen (KWU).⁶³ In diese waren in kommunale Rechts-

57 Schreckenbach: Allgemeine Verwaltungsgeschichte, S. 27.

58 Mielke: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR, S. 41: »In dem Maße, in dem absehbar wurde, daß die Westalliierten auf Distanz zu ihrem ehemaligen Verbündeten [d.h. der Sowjetunion] gingen und auch in der Verwaltung ihrer Besatzungszone eigene, mit der Sowjetunion nicht abgestimmte Wege beschritten, gewann die zentralistische Tendenz in der SBZ immer mehr an Bedeutung.«

59 Schneider: Kommunalverfassung und -verwaltung, S. 311.

60 Aus Ulbrichts Referat auf der Konferenz: »Wir haben im Land keine Selbstverwaltung, sondern eine demokratische Staatsverwaltung. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein Teil unserer demokratischen Verwaltungsorganisation. Man soll keine Theorien aufstellen, daß die kommunale Selbstverwaltung aus unserer Gesamtverwaltung herausgelöst und der Staatsverwaltung nebengeordnet sei.«; Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, S. 271. Zur Konferenz in Werder S. auch Mielke: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR, S. 60f.; Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 170f.

61 Die SED begann in ihrer typischen Manier damit, wie schon den Begriff Demokratie auch den Begriff Selbstverwaltung umzudeuten u. ihn damit seines eigentlichen Wesensinhalts zu berauben.

62 Zum Folgenden vgl. Mielke: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR, S. 62–64; Schneider: Kommunalverfassung und -verwaltung, S. 311f.; Schreckenbach: Allgemeine Verwaltungsgeschichte, S. 29; Türke: Demokratischer Zentralismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 40–43.

63 Siehe die DWK-Verordnung vom 24.11.1948, veröffentlicht in: Zentralverordnungsblatt, Nr. 57 (1948), S. 558–560.

trägerschaft befindliche Klein- und Versorgungsbetriebe einzugliedern. Die KWU wurden aus der Kommunalverwaltung herausgelöst und der DWK unterstellt. Am 15. Juni 1949 erklärte jenezudem alle im Eigentum der Gemeinden befindlichen Betriebe der Land-, Forst- und Gartenwirtschaft kurzerhand zu »Volkseigentum«. Durch beide Maßnahmen verloren die Städte und Gemeinden wesentliche Teile ihres Eigentums.

In Zauch-Belzig wurden ab Mitte 1949 Kommunalwirtschaftsunternehmen in den Städten Belzig, Beelitz, Treuenbrietzen und Werder gegründet.⁶⁴ Nur die Stadt Treuenbrietzen stellte sich anfänglich dagegen. Sie bat darum, von der Pflicht zur Errichtung eines KWU auf die Dauer von zwei Jahren entbunden zu werden, da sämtliche in dieses einzubindende Betriebe unrentabel seien und größere Zuschüsse benötigten.⁶⁵ Die Bitte wurde aber von der Landesregierung abschlägig beschieden. Die Stadt Niemegk versprach sich hingegen (unverständlicherweise) Vorteile durch die Bildung eines KWU, und auf ihren Antrag vom 10. September 1949 wurde schließlich auch dort ein solches Unternehmen eingerichtet.

Offensichtlich hatte man sich mit der zentralen Steuerung aller KWU von Berlin aus übernommen.⁶⁶ Im Februar 1951 wurden diese Unternehmen in ihrer bisherigen Form wieder aufgelöst. Die Kommunen erhielten einen Teil der Dienstleistungs- und Versorgungsbetriebe wieder zurück, jedoch nicht als Eigentümer, sondern nur als Verwalter der zum »Volkseigentum« deklarierten Betriebe.

Die letzten Schläge gegen die finanzielle Selbständigkeit der Städte- und Landgemeinden erfolgten 1950/51.⁶⁷ Im Dezember 1950 beschloss die DDR-Regierung eine Haushaltsreform des Inhalts, dass sämtliche Etats aller Gebietskörperschaften zu einem einheitlichen Staatshaushalt zusammengelegt wurden. Die Kommunen verloren dadurch die eigenständige Kassenführung. Mit den Haushaltsrichtlinien für das Jahr 1951 wurde dann noch die Erhebung der Gewerbesteuern von den Gemeinden auf den Staat verlagert. Im Ergebnis dieser Maßnahmen hatten die Kommunen endgültig ihre Fähigkeit eingebüßt, ihre freiwilligen Selbstverwaltungsangelegenheiten und auch die ihnen laut Verfassung übertragenen Auftragsangelegenheiten unabhängig durchzuführen.

Das Zauch-Belziger Landratsamt

Nach den Städte- und Gemeindeverwaltungen etablierten sich die Kreisverwaltungen. Sie besaßen umfassende Zuständigkeiten und waren, solange noch keine übergeordnete Behörde bestand, nur dem jeweiligen sowjetischen Kreiskommandanten gegenüber verantwortlich, arbeiteten ansonsten komplett selbständig.⁶⁸

64 BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 1818, Bl. 4.

65 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 90, Bl. 56.

66 Zum Folgenden vgl. Mielke: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR, S. 64; Schneider: Kommunalverfassung und -verwaltung, S. 313.

67 Zum Folgenden vgl. Brunner: Die Verwaltung in der SBZ und DDR, S. 1243; Hajna: Länder – Bezirke – Länder, S. 74f. u. S. 78; ders.: Der Verlust der Finanzhoheit der Länder Anfang 1950, S. 322–324; Mielke: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR, S. 54 f.; Schneider: Kommunalverfassung und -verwaltung, S. 313; Türke: Demokratischer Zentralismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 66–68.

68 Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 248.

Mit dem Einmarsch der Roten Armee hatte das Landratsamt in Belzig seine Arbeit eingestellt. Die Besatzungsmacht beauftragte den von ihr frisch eingesetzten Belziger Bürgermeister Beiersdorff mit der Ausübung der landrätlichen Funktionen. Am 12. Mai 1945 wurde öffentlich bekannt gemacht, dass Beiersdorff unter gleichzeitiger Ernennung zum Landrat die »vollziehende Gewalt für die Zivilverwaltung des Kreises Zauch-Belzig« ausübe.⁶⁹ Aber eine Doppeltätigkeit sowohl als Bürgermeister wie auch als Landrat war für eine Person allein zweifelsohne eine Überforderung und auf längere Sicht nicht praktikabel. Auch bedeutete es für die Belziger Stadtverwaltung eine Überbelastung, zugleich als provisorische Kreisverwaltung zu fungieren.

Im Auftrag des SMAD-Chefs Marschall Shukow fuhr in der zweiten Junihälfte ein sowjetischer Major nach Belzig, »um eine einheitliche Regelung des Verwaltungsapparates anzuordnen.«⁷⁰ Die provisorische Personalunion von Landrat und Belziger Bürgermeister fand ihr Ende. Der Landrat sollte wieder als eine selbständige, von anderen Behörden getrennte Institution an der Spitze des Kreises stehen. Die Selbständigkeit des Landrats war freilich in der Realität stark eingeschränkt, denn er war dem Wohl und Wehe der sowjetischen Kreiskommandantur ausgeliefert, deren Anweisungen er zu befolgen hatte und die jederzeit über die SMAD seine Absetzung verfügen konnte.⁷¹ Als Landrat berief die Besatzungsmacht den kommunistischen Berliner Stadtrat a. D. Friedrich Menz, was den Bürgermeistern des Kreises am 28. Juni formell eröffnet wurde.⁷² Menz avancierte somit zum ersten regulären Nachkriegs-Chef der Zauch-Belziger Kreisverwaltung.

Die Neuorganisation des Landratsamtes begann. Die Behörde bezog vorläufig Räume im Haus der früheren Kreisbauernschaft in der Steinstraße in Belzig. Zusätzlich waren für den Bedarfsfall Räumlichkeiten im unweit davon entfernt liegenden vormaligen Wehrmeldeamt vorgesehen.⁷³ Das eigentliche Landratsamtsgebäude in der Von-Tschirschky-Straße (heute Martin-Niemöller-Straße) war seinerzeit durch eine Dienststelle der Roten Armee belegt und daher für die Kreisverwaltung nicht nutzbar. Als im Januar 1946 die Rote Armee das Gebäude freigab, konnte die Kreisverwaltung ihr angestammtes Quartier beziehen.⁷⁴ Doch im Sommer des Jahres verlangte der bis dahin im Belziger städtischen Rathaus residierende sowjetische Kreiskommandant einen Gebäudetausch: seine Kommandantur sollte in das Landratsamtsgebäude einziehen, die Kreisverwaltung hingegen ins Rathaus. Der Landrat musste mit seinen Angestellten demgemäß zum 16. August 1946 das angestammte Dienstgebäude wieder verlassen und an den Belziger Marktplatz umziehen.⁷⁵ Erst im Februar 1950

69 KrA PM, 49.008/1.

70 Vgl. KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 29.6.1945, S. 1).

71 Dies kommt z. B. in einer schriftlichen Drohung des Kreiskommandanten gegen den Zauch-Belziger Landrat vom 19.8.1948 zum Ausdruck; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 95, Bl. 325. Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung.

72 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 40; KrA PM, 49.000/2 (Schreiben des Landrats vom 28.6.1945).

73 Ebenda.

74 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 231, Bl. 2.

75 Vgl. ebenda, Nr. 94, Bl. 452; ebenda, Nr. 104, Bl. 46; ebenda, Nr. 231, Bl. 143.

konnte die Kreisverwaltung endlich das altherwürdige Landratsamtsgebäude wieder von den Sowjets übernehmen.⁷⁶

Bis in den Nachkriegsmonaten eine gewisse Normalisierung der Verhältnisse eintrat, musste die Kreisverwaltung faktisch rund um die Uhr arbeiten. Ende Juni 1945 wurden entsprechend die Arbeitszeiten für das Landratsamt wie folgt festgelegt:

- werktags von 9 bis 19 Uhr, ab 19 Uhr Notbetrieb und Nachtdienst in der Besetzung: eine Telefonistin, ein Dolmetscher, ein Bote (für den Nachtdienst hat ein Ruhebett und ein Radio zur Verfügung zu stehen)
- Sonntag vormittags wird mit halber Belegschaft gearbeitet
- Sonntag nachmittags mit Not- bzw. Nachtdienstbesetzung.⁷⁷

Besonders hemmend machte sich bei der Arbeit bemerkbar, dass von den alten Akten des Landratsamtes im Mai 1945 nichts gerettet werden konnte⁷⁸, wobei unklar ist, ob die Registraturen durch damalige Verwaltungsangestellte verbrannt worden waren oder aber vernichtet wurden, als Rotarmisten nach ihrem Einmarsch im Landratsamtsgebäude Tabula rasa machten.⁷⁹ Materielle Hilfe erhielt die Kreisverwaltung im gewissen Umfang von der Kreiskommandantur. So übergab diese dem Landratsamt im Januar 1946 dringend benötigte Bürogeräte wie Schreib- und Rechenmaschinen⁸⁰, die die Sowjets freilich selbst zuvor requiriert hatten.

Ein erster Strukturplan der Kreisverwaltung von Ende Juni 1945 sah eine Aufteilung der Arbeits- und Sachgebiete in zwölf Abteilungen vor:

- 1 Haupt- und Personalabteilung, inkl. Standesamtsaufsicht
- 2 Landwirtschaftliche Abteilung
- 3 Abteilung für Verkehrswesen, Reichsbahn, Reichspost, Transporte, Wegebau
- 4 Schulverwaltung und Kulturabteilung
- 5 Handel und Gewerbe, Geschäfts-/Gewerbeabteilung
- 6 Bau- und Wohnungswesen
- 7 Steuerabteilung und Kasse
- 8 Ordnungspolizei und Feuerwehr
- 9 Gesundheitsamt
- 10 Fürsorgeamt
- 11 Justizabteilung
- 12 Kreissparkasse.⁸¹

Durch die Verfügung vom 6. Dezember 1945 legte jedoch die Provinzialverwaltung Mark Brandenburg zur Vereinheitlichung der Verwaltungsarbeit und in Anlehnung

76 Ebenda, Nr. 95, Bl. 420.

77 KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 29.6.1945, S. 3).

78 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 231, Bl. 2.

79 Das Fehlen der alten Unterlagen verzögerte selbst im Jahre 1950 noch die Arbeit z.B. des Kreisjugendamtes im starken Maße; S. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 108, Bl. 159.

80 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 94, Bl. 21.

81 KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 29.6.1945, S. 1).

an ihre eigene Struktur eine Gliederung für die Bezirks-, Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen auf neun Sachgebiete fest, um so eine Übereinstimmung in den Zuständigkeiten, Weisungs- und Berichtssträngen zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen zu erzielen.⁸² Die neun festgelegten Sachgebiete waren:

- I. Personal und Verwaltung
- II. Industrie, Wirtschaft und Verkehr
- III. Ernährung und Landwirtschaft
- IV. Volksbildung
- V. Finanzen
- VI. Sozial- und Gesundheitswesen
- VII. Bauwesen
- VIII. Polizei
- IX. Kreisbetriebe (Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerke usw.).⁸³

Diese Gliederung unterlag in den Folgejahren einigen Modifizierungen. So wurde u.a. ein neues Sachgebiet »Handel und Versorgung« geschaffen, hingegen das Polizeireferat (im Zuge der Zentralisierung des Polizeiwesens) aufgelöst. Im Jahr 1948 legte die brandenburgische Landesregierung als Strukturplan für Kreisverwaltungen fest:

- I. Innere Verwaltung
- II. Abteilung Industrie
- III. Abteilung Verkehr
- IV. Abteilung Landwirtschaft und Forsten
- V. Abteilung Handel und Versorgung
- VI. Abteilung Finanzen
- VII. Sozial- und Gesundheitswesen
- VIII. Abteilung Volksbildung.⁸⁴

Im Juni 1945 gab es die Überlegung, neben dem Landrat nur ganze 38 Angestellte in der Kreisverwaltung zu beschäftigen.⁸⁵ Doch mit solch einer »schlanken Anstalt« war die Mammutarbeit nicht einmal ansatzweise zu bewältigen. Ende 1945 waren im Landratsamt 76 Angestellte tätig.⁸⁶ Knapp ein Jahr darauf, Herbst 1946, zählte das Landratsamt inklusive dem Landrat schon 195 Mitarbeiter. Hierzu kamen noch 18 Lehrlinge, 11 Arbeiter, 13 Beschäftigte (Haus- und Küchenpersonal) des Kreiskrankenhauses, womit auf der Gehaltsliste der Kreisverwaltung insgesamt 237 Personen

82 Schreckenbach: Allgemeine Verwaltungsgeschichte, S. 22.

83 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 104, Bl. 232; Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 248f.

84 Siehe BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 437, Bl. 49–51.

85 Vgl. KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 29.6.1945, Anhang). Im Jahr 1938 hatte das Zauch-Belziger Landratsamt 72, zum Kriegsende 118 Mitarbeiter; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 45.

86 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 45. Eine Vergleichszahl: Mit Stand 9.11.1945 hatte das Landratsamt des Kreises Angermünde 205 Angestellte; Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 259.

standen.⁸⁷ Bis 1948 stieg diese Zahl nochmals auf 364 Gehaltsempfänger an.⁸⁸ Da auch in anderen Kreisverwaltungen der Personalapparat (zumindest aus Sicht der Landesbehörden) zu stark aufgebläht war, erließ die Landesregierung Brandenburg einheitliche Stellenpläne, die zum 1. Oktober 1948 zu realisieren waren. Demnach sollte die Grundzahl der Angestellten je Kreisverwaltung 100 Angestellte betragen; dazu sollten je 1000 Einwohner 0,6 Angestellte, auf je 5 Gemeinden 1 Angestellter, und auf je 100 Quadratkilometer 1,5 Angestellte kommen.⁸⁹ Dies bedeutete für die Zauch-Belziger Kreisverwaltung eine maximale Personalstärke von 239 Mitarbeitern (Lehrlinge, Arbeiter und das Personal der Kreiskrankenhäuser nicht mitinbegriffen). Nach Änderung der Kreisgrenzen Mitte 1950 und dem damit verbundenen Abgang mehrerer Ortschaften wurde von der Landesregierung die Anzahl der Planstellen in der Zauch-Belziger Kreisverwaltung auf nur noch 205 Stellen festgesetzt.⁹⁰

Wie die Stadt- und Gemeindeverwaltungen hatte sich das Landratsamt neben den tradierten Verwaltungsaufgaben um weitere Aufgabenfelder zu kümmern. Dazu zählten Anleitung und Kontrolle der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion im Kreis, die Versorgung der Bevölkerung speziell mit Lebensmitteln sowie die Unterbringung der Umsiedler. Die geographische Ausdehnung Zauch-Belzigs machten Aufbau und Unterhalt eines kreiseigenen Fuhrparks notwendig, der im Juni 1947 acht Personenkraftwagen umfasste.⁹¹ Ende 1950 verfügte das Landratsamt über zehn eigene Autos. Aber diese waren überwiegend alte, ausgediente Wagen, von denen auch nur fünf fahrbereit waren. So musste man für Dienstfahrten immer wieder Fahrzeuge anmieten.⁹²

Parallel zum Landratsamt nahmen nach Kriegsende weitere, der Kreisverwaltung nebengeordnete Behörden ihre Tätigkeit wieder auf. So etwa das Finanzamt Beelitz, das auf Druck des Landrats nach längerem Tauziehen im März 1946 seinen Sitz in die Kreisstadt Belzig verlegte.⁹³ Das Kreisbau- und das Kreiswasserbauamt waren im Oktober 1945 in Belzig wieder eingerichtet worden.⁹⁴ Unter dem Zwang der Verhältnisse hatte man besonders zügig die Arbeitsämter in Belzig und Beelitz neu aufgebaut. »Alle diese Behörden knüpften an die Behördenorganisation aus den Jahren vor 1945 bzw. vor 1933 an und arbeiteten – z.T. mit neuen Leitern und Mitarbeitern – mit bisherigen Befugnissen und Zuständigkeiten weiter.«⁹⁵ Nach und nach wurden diese Institutionen den sich ändernden politischen Gegebenheiten angepasst und in der Mehrzahl bis 1952 in die Kreisverwaltungen eingegliedert. Seit dem 9. Juli 1945 hatte auch die Kreissparkasse Zauch-Belzig wieder ihre Schalter geöffnet, wenn auch vor-

87 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 93, Bl. 65.

88 Siehe ebenda, Nr. 230, Bl. 22–30.

89 BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 437, Bl. 30.

90 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 233, Bl. 111–114.

91 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 101, Bl. 7.

92 Ebenda, Nr. 108, Bl. 110.

93 Vgl. KrA PM, 51.34/14 (Aktenvermerk zur Tagung vom 22.3.1946, S. 1).

94 KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 29.10.1945, S. 8).

95 Schreckenbach: Allgemeine Verwaltungsgeschichte, S. 20. Vgl. auch ders.: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 230.

läufig nicht im angestammten Sparkassengebäude am Belziger Marktplatz, sondern in den früheren Räumen der »Bank für Landwirtschaft«.⁹⁶

Beim Landratsamt Zauch-Belzig entstand im Sommer 1945 wie bei anderen Kreisverwaltungen ein Kreisausschuss (obwohl von der SMAD dazu keine Genehmigung vorlag⁹⁷). Diese neuen Kommissionen führten nur dem Namen nach die Tradition der früheren, auf der Kreisordnung von 1872 fußenden Kreisausschüsse fort. Die 1945 entstandenen Ausschüsse, die sich im Normalfall aus Vertretern der Parteien und Organisationen zusammensetzten, sollten als eine Art demokratisches Beratungsorgan dienen.⁹⁸ Die Befugnisse des Zauch-Belziger Kreisausschusses wurden auf der Ausschusssitzung am 4. September 1945 festgeschrieben:

Bis zur Wahl des Kreistages fällt der Kreisausschuß die Entscheidungen. Der Kreisausschuß ist beratend, die gefaßten Beschlüsse müssen erst vom Landrat genehmigt werden. [...] Der Landrat kann Verfügungen erlassen, die jedoch zur Gültigkeit der Zustimmung des Kreisausschusses bedürfen [...], anderenfalls sie ungültig sind.⁹⁹

In Zauch-Belzig wurden von Bürgermeister*innen personelle Vorschläge für den Kreisausschuss gemacht. Am 6. August 1945 wählte dann eine Bürgermeister*innenversammlung die Mitglieder des Ausschusses, die anschließend vom Landrat ihre offizielle Berufung in dieses Gremium erhielten.¹⁰⁰ In den Kreisausschuss wurden acht Mitglieder gewählt: Waldemar Husung (LDP) aus Niemegk, der katholische Pfarrer Erich Tschetschog (CDU) aus Belzig, Paul Schulz (KPD) aus Beelitz, Ernst Schymuschala (SPD) aus Werder/Havel, der Zahnarzt Dr. W. Wabbels (parteilos) aus Lehnin, Friedrich Weese (SPD) aus Caputh, der frühere Berliner Polizeipräsident Eugen Ernst (SPD) aus Werder/Havel sowie Paul Schubert (KPD) aus Lehnin.¹⁰¹ Als neuntes Mitglied und zugleich Vorsitzender kam Landrat Friedrich Menz (KPD) hinzu. Dieser Kreisausschuss existierte mit wenigen personellen Veränderungen bis Juli 1946, als er durch eine so genannte »Beratende Versammlung«¹⁰² ersetzt wurde. Jene trat erstmals am 16. Juli zusammen und stand unter dem Vorsitz von Ernst Schymuschala (SED).¹⁰³ An ihre Stelle trat wiederum im Herbst 1946 der gewählte Kreistag.¹⁰⁴

96 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 55, Bl. 48.

97 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 11, Bl. 5. Noch am 29.9.1945 bat K. Steinhoff, Präsident der brandenburgischen Provinzialverwaltung, die Landräte darum, wegen der Bildung von Kreisausschüssen aufgrund der fehlenden Genehmigung durch die SMAD auf weitere Weisungen zu warten; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 104, Bl. 258.

98 Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 249.

99 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 11, Bl. 2.

100 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 11, Bl. 12, Bl. 19–24; KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistersitzung vom 6.8.1945, S. 3).

101 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 10, Bl. 2; Nr. 11, Bl. 3.

102 »Beratende Versammlungen« auf Länder-, Kreis- u. Gemeindeebene waren eine Art von Vorparlamenten; vgl. Fiedler: SED und Staatsmacht, S. 46–54; Koch: Beratende Versammlungen; für Brandenburg speziell Warning: Bildung und Tätigkeit Beratender Versammlungen in der Provinz Mark Brandenburg (dort S. 819f. betreffs Zauch-Belzig).

103 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 54, Bl. 1–8. Zu örtlichen Beratenden Versammlungen im Kreis S. ebenda, Nr. 53.

Am 19. Dezember 1946 beschloss der Landtag die »Demokratische Kreisordnung für die Mark Brandenburg«.¹⁰⁵ Sie erweiterte die Selbstverwaltungsbefugnisse der Kreise und definierte Rechte und Pflichten von Kreistag und Kreisverwaltung gemäß den veränderten historischen Bedingungen. In Abkehr von der preußischen Verwaltungstradition, in der der Landkreis sowohl staatlicher Verwaltungsbezirk als auch kommunale Gebietskörperschaft war, wurden nach der neuen Kreisordnung die Kreise zu reinen Gebietskörperschaften. Der Landrat an der Spitze des Kreises galt nun nicht mehr als staatlicher Amtsträger, sondern sollte als Vorsitzender des Kreistrats sowie Dienstvorgesetzter aller Angestellten der Kreisverwaltung nur noch kommunale Funktionen ausüben.

Der Kreistrat stand als ausführendes Organ des Kreistages an der Spitze der Kreisverwaltung. Auf Beschluss des Kreistages Zauch-Belzig Ende 1946 umfasste der hiesige Kreistrat neun Mitglieder, und zwar den Landrat, zwei besoldete Kreisräte als Stellvertreter sowie sechs ehrenamtliche Kreisräte.¹⁰⁶ Ende des Jahres 1950 wurde die Anzahl der Kreistratsmitglieder auf sieben reduziert. Neben dem Landrat gehörten dem Gremium fortan jeweils ein Mitglied von SED und CDU als hauptamtliche Kreisräte und außerdem je ein Mitglied der LDP, der Bauernpartei, der SED und der Nationaldemokratischen Partei als ehrenamtliche Kreisräte an.¹⁰⁷

Die z.B. in der Kreisordnung von 1946 auffällige Betonung der kreislichen Selbstverwaltung ist entsprechend der generellen Entwicklung in den folgenden Jahre zugunsten einer wachsenden Einbindung in einen zentralistisch aufgebauten Verwaltungsapparat wieder zurückgenommen worden.¹⁰⁸ Durch die bereits erwähnten »Normalstrukturpläne«, die von der Zentralverwaltung des Innern 1948/49 für die Kreisverwaltungen ausgearbeitet wurden, vereinheitlichte sich der administrative Organisationsaufbau auf der Kreisebene. Mit den Strukturplänen wollte man reibungslos von oben nach unten funktionierende Befehlsstränge schaffen. Zugleich schränkte der vorgegebene Organisationsaufbau den Handlungsspielraum der Kreise ein. Die Ausrichtung auf die neue, zentralistische Verwaltungsorganisation verband sich mit dem obrigkeitlich verordneten Abschied von alten geläufigen Begriffen. So unterrichtete Zauch-Belzigs Landrat Sydow unter dem Datum des 26. Februar 1949 seine Mitarbeiter, dass die Bezeichnung »Amt« nicht mehr zulässig sei, weshalb das Landratsamt künftig nur noch Kreisverwaltung zu heißen hat.¹⁰⁹

Auch die Selbstverwaltung der Kreise wurden insbesondere durch den Verlust wirtschaftlicher und finanzieller Eigenständigkeit ausgehöhlt. Die Kreisverwaltungen mussten ebenfalls Kommunalwirtschaftsunternehmen gründen, die ihrer Kompetenz

104 Vgl. dazu Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 249.

105 Veröffentlicht in: Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Heft 20 (1946), S. 469–471. Zum Folgenden vgl. Schneider: Kommunalverfassung und -verwaltung, S. 305; Schreckenbach: Allgemeine Verwaltungsgeschichte, S. 25–27.

106 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 229, Bl. 607.

107 Vgl. ebenda, Nr. 238, Bl. 13.

108 Schreckenbach: Allgemeine Verwaltungsgeschichte, S. 27.

109 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 233, Bl. 63.

entzogen und der zentralen Deutschen Wirtschaftskommission in Berlin unterstellt waren. Zauch-Belzig beantragte zunächst, kein Kreis-KWU bilden zu müssen, weil sich keine geeigneten Betriebe in der Verfügbarkeit der Kreisverwaltung befanden. Dem Antrag wurde unterm Datum des 16. Dezember 1949 seitens der brandenburgischen Landesregierung bis auf Weiteres entsprochen.¹¹⁰ Erst am 28. Februar 1950 gründete man pro forma das Zauch-Belziger Kreis-KWU. Es war aber ein Rumpfunternehmen, das am Gründungstag über keinen einzigen Betrieb, sondern lediglich über bebaute und unbebaute Immobilien verfügte. Einige Monate darauf übernahm das Kreis-KWU im Zuge der Reorganisation des Bauwesens einige »volkseigene« Betriebe der Baubranche.¹¹¹ 1951 wurde das Kreis-KWU wieder aufgelöst.

Bezirksbürgermeistereien und Amtsbezirke

Um die Verwaltungsarbeit besser koordinieren zu können, richteten die sowjetischen Kommandanturen und (bzw. oder) die Kreisverwaltungen ab Juni 1945 vielfach Bezirksbürgermeistereien ein¹¹², die jeweils mehrere Gemeinden umfassten. Dies geschah vor dem Hintergrund der desolaten Kommunikations- und Verkehrsverhältnisse. Die Bezirksbürgermeistereien waren Mittelinstanzen zwischen den Gemeinden und dem Landratsamt. Sie hatten nur indirekt die ländlichen Amtsbezirke zum Vorbild, die in Preußen aufgrund der Kreisordnung von 1872 zur Stärkung der kommunalen Verwaltung eingerichtet worden waren.¹¹³ Die Bezirksbürgermeister sollten die Kreisverwaltung unterstützen und die Verbindung zwischen den einzelnen Kommunen und den Kommandanturen aufrecht halten.¹¹⁴ Die Einteilung der Kreisgebiete in Bezirksbürgermeistereien war in der Regel an den Kommandanturbereichen der sowjetischen Besatzungsmacht ausgerichtet. Wurde von der Besatzungsmacht das Kommandantur-Netz reorganisiert, zog das beinahe unweigerlich auch eine Änderung der Bezirksbürgermeister-Gliederung nach sich.

Zauch-Belzig war im Jahr 1938 in 16 Amtsbezirke eingeteilt gewesen.¹¹⁵ Mit dem Kriegsende hatten die Amtsvorsteher ihre Tätigkeit eingestellt. Spätestens im Juni 1945 bildete man im Landkreis die vier neuen Bezirksbürgermeistereien Belzig, Treuenbrietzen, Beelitz/Mark und Werder/Havel.¹¹⁶ Ihnen waren wiederum insgesamt 17 Unterbezirke nachgeordnet. Diese wurden zur Unterscheidung nur einfach Bürgermeistereien genannt und umfassten jeweils bis zu 20 Ortschaften, wobei die

110 BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 1817, Bl. 29.

111 Vgl. ebenda, Bl. 14. Das verstaatlichte Baugeschäft Hermann Steinhaus (Belzig) wurde 1950 in das Kreis-KWU übernommen u. 1951 in einen »Kreisbaubetrieb« umgewandelt; Dorbritz: Die Entwicklung des Kreises Belzig, S. 7.

112 In einigen brandenburgischen Kreisen, wie Lübben und Spremberg, verzichtete man im Juni/Juli 1945 auf die Bildung solcher Bezirke; vgl. BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 330.

113 Vgl. zu den Amtsbezirken Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands, S. 72f. (Friedrich-Wilhelm Henning), S. 748f. (Felix Escher).

114 Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 249.

115 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 93, Bl. 1.

116 Siehe BLHA, Rep. 330, Nr. 10, Bl. 18; KrA PM, 49.000/2. Die Bezirksbürgermeistereien wurden auch als Hauptbezirke bzw. Haupt- oder Oberbürgermeistereien bezeichnet. Um Verwechslungen zu vermeiden, wird hier generell der Begriff Bezirksbürgermeisterei verwendet.

Bezirksbürgermeistereien (abgesehen von Belzig) zugleich auch als Bürgermeistereien arbeiteten. Im Normalfall nahm der Bürgermeister bzw. Ortsälteste des Hauptorts eines Bezirks in Personalunion die Funktion des Bezirksbürgermeisters wahr.

Somit existierten zwischen den Kommunen auf der unteren und dem Kreis auf der oberen Ebene zweistufige Zwischeninstanzen. Am Sitz der Bezirksbürgermeister befanden sich sowjetische Abschnittskommandanturen, am Sitz der sonstigen Bürgermeister Ortskommandanturen.¹¹⁷ Die Parteien und Organisationen passten sich der Struktur an und richteten je Bezirksbürgermeisterei eigene Untergliederungen, so genannte Arbeitsgebiete ein.

Die Bezirksgliederung Zauch-Belzigs wurde bereits Ende Juni 1945 erstmals verändert. Der Kreiskommandant setzte »in Übereinstimmung mit der militärischen Aufteilung« einen neuen Organisationsplan fest.¹¹⁸ Die Struktur stellte sich dann so dar:

- 1 Bezirksbürgermeisterei Belzig (umfasste die Stadt Belzig mit der Bürgermeisterei Lüsse und die Bürgermeistereien Wiesenburg, Raben, Dippmannsdorf)
- 2 Bezirksbürgermeisterei Treuenbrietzen (umfasste die Bürgermeistereien Niemegk, Treuenbrietzen, Brück)
- 3 Bezirksbürgermeisterei Beelitz (umfasste die Bürgermeistereien Beelitz, Michendorf, Caputh, Borkheide)
- 4 Bezirksbürgermeisterei Werder/Havel (umfasste die Bürgermeistereien Glindow, Werder, Groß Kreutz)
- 5 Bezirksbürgermeisterei Lehnin (umfasste die Bürgermeistereien Schmerzke, Golzow, Lehnin).¹¹⁹

Ende September 1945 erfolgte aufgrund einer Neugliederung der Kommandanturbereiche die nächste Umstrukturierung. Einige Ortschaften wechselten ihre Bürgermeistereizugehörigkeit. Die Kreisstadt Belzig, für die die Kreiskommandantur selbst die zuständige sowjetische Dienststelle war, wurde direkt dem Landrat unterstellt. Dafür wurde Wiesenburg Sitz der Bezirksbürgermeisterei.¹²⁰

Die Notwendigkeit von Zwischeninstanzen in Form der Bezirksbürgermeistereien wird allein daran ersichtlich, dass selbst im Februar 1947 ein per Post zugestellter Brief von Belzig nach Werder oder Glindow oft noch 10 bis 14 Tage benötigte.¹²¹ Allerdings machten die ständigen Wechsel in ihrer Gliederung ein kontinuierliches Arbeiten nahezu unmöglich. Auch herrschte anfänglich einige Unklarheit über ihre Funktion im Verwaltungsgefüge – zum Leidwesen auch des Zauch-Belziger Landrats. Oftmals kam es nämlich vor, dass die Ortsältesten die Bezirksbürgermeistereien als

117 Vgl. KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 29.6.1945, S. 1).

118 KrA PM 49.000/2 (Schreiben des Landrats vom 28.6.1945).

119 Vgl. KrA PM, 49.000/2 (»Organisation des Kreises Zauch-Belzig. (Ende Juni 1945)«). Die Aussage von Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 251, den Bezirksbürgermeistern hätten nur die Landgemeinden, jedoch nicht die kreisangehörigen Städte unterstanden, ist im Falle Zauch-Belzigs offensichtlich unzutreffend.

120 Vgl. KrA PM, 49.000/2 (»Organisation des Kreises Zauch-Belzig. [Ende September 1945]«); 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 24.9.1945, S. 1).

121 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 95, Bl. 33.

nächst höhere Instanz einfach ignorierten und sich gleich und direkt an den Landrat wandten. Deshalb sah sich der Landrat Mitte Juli 1945 veranlasst, nachdrücklich auf die Einhaltung des Instanzenweges zu dringen.¹²² Ende August 1945 verbot er hingegen den Bezirksbürgermeistern kategorisch die immer wieder geübte Praxis, eigenmächtig Ortsälteste ein- oder abzusetzen. Dieses Recht wollte er sich allein vorbehalten.¹²³ Angesichts der in der ganzen Provinz Brandenburg zu beobachtenden Unklarheit über die Rolle der Bezirksbürgermeister legte endlich Karl Steinhoff, Präsident der Provinzialverwaltung, in einer Anweisung vom 29. September 1945 ihre Aufgaben und Befugnisse fest. Steinhoff definierte die Bezirksbürgermeister als Verwaltungskräfte,

[...] die den Landrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben im Kreise zu unterstützen und die Verbindung zu dem Bezirkskommandanten der Roten Armee zu unterhalten haben. Zur Klarstellung weise ich darauf hin, daß die Bezirksbürgermeister Funktionen der kommunalen Selbstverwaltung nicht auszuüben haben, daß ihnen auch ein Aufsichtsrecht über andere Bürgermeister im Kreise nicht zusteht.¹²⁴

Im Gegensatz zu den Bezirksbürgermeistereien entbehrten die in Zauch-Belzig zusätzlich eingerichteten (Unterbezirks-) Bürgermeistereien einer kommunalrechtlichen Grundlage. Oberlandrat Koltzenburg ordnete deshalb am 30. Januar 1946 ihre sofortige Auflösung an, auch mit dem Kommentar, dass die durch die schlechte Verkehrslage bedingte Schaffung verschiedener Mittelinstanzen zwischen Landrat und den örtlichen Selbstverwaltungen zu einer starken Aufblähung des Verwaltungsapparates geführt habe, für den Haushaltsmittel nicht zur Verfügung stünden.¹²⁵ Der Oberlandrat stellte damit aus finanziellen Erwägungen auch die Weiterexistenz der Bezirksbürgermeistereien grundsätzlich infrage.

In der Tat kam mit den Gemeindewahlen im Herbst 1946 das Aus für die Bezirksbürgermeistereien in der Provinz Brandenburg. Durch Erlass der Provinzialverwaltung wurden sie mit Wirkung vom 1. Oktober 1946 aufgelöst.¹²⁶ Als vorläufiger Ersatz wurde die Wiedereinrichtung von Amtsbezirken gemäß Kreisordnung von 1872 angeordnet.¹²⁷ Im Kreis Zauch-Belzig bildete man daraufhin 18 neue Amtsbezirke mit Sitz in Belzig, Lüsse, Lütte, Wiesenburg, Groß Marzehns, Treuenbrietzen, Niemegk, Brück, Beelitz, Borkheide, Michendorf, Caputh, Werder, Glindow, Groß Kreutz, Lehnin, Schmerzke und Golzow. Später hat sich als notwendig erwiesen, noch einen weiteren Amtsbezirk eigens für die »Inselgemeinden« Alt Töplitz, Neu Töplitz, Leest und Götting mit Sitz in Alt Töplitz einzurichten, der ab 1. Oktober 1947 bestand.¹²⁸ Die Bürgermeister an den jeweiligen Sitzen der Amtsbezirke übten gleichzeitig die Funktion des Amtsvorstehers aus.

122 KrA PM, 51.34/14A (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 10.7.1945, S. 3).

123 KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 27.8.1945, S. 8).

124 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 104, Bl. 258.

125 Ebenda, Nr. 103, Bl. 327; ebenda, Nr. 231, Bl. 47.

126 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 93, Bl. 2.

127 Vgl. das Schreiben Steinhoffs an das Oberlandratsamt Brandenburg/Havel vom 11.9.1946, in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 104, Bl. 12–14.

128 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 95, Bl. 159.

Da die Kreisordnung von 1872 durch die Kreisordnung vom 9. Februar 1946 ausdrücklich außer Kraft gesetzt war, besaßen die neuen Amtsbezirke von vornherein keine gesetzliche Grundlage und wurden schließlich durch Verfügung des brandenburgischen Innenministers zum 31. April 1948 wieder aufgelöst.¹²⁹ Dies bedeutete für den großflächigen Kreis Zauch-Belzig ein Dilemma. Aufgrund der noch ungünstigen Verkehrsverhältnisse, eines unzulänglichen Telfonnetzes u.a. mehr hielt man es hier für erforderlich, als Ersatz für die Amtsbezirke wiederum neue Zwischeninstanzen zu schaffen. Zum 1. April 1948 wurden zehn sogenannte Kreisverwaltungsstellen in Belzig, Wiesenburg, Niemegk, Treuenbrietzen, Brück, Beelitz, Michendorf, Lehnin, Golzow und Werder/Havel gebildet.¹³⁰ Dies geschah zwar mit Billigung des brandenburgischen Innenministeriums, aber für die Kreisverwaltungsstellen gab es ebenso wie für die Amtsbezirke keine gesetzliche Grundlage, und ihre Einrichtung sorgte außerdem bei der sowjetischen Kreiskommandantur für einige Verwirrung. Deshalb beeilte man sich zu erklären, diese Verwaltungsstellen hätten als Außenstellen des Landratsamtes lediglich die Aufgabe, »Meldungen, Statistiken und Berichte jeglicher Art zusammenzustellen, zu kontrollieren und dem Landratsamt einzureichen«.¹³¹ Sie besaßen mithin nur eine reine Vermittlerrolle, und ihre Lebensdauer sei nur auf kurze Zeit berechnet, und zwar bis alle Gemeinden Zauch-Belzigs sich in der Lage zeigten, selbständig zu arbeiten.¹³² Infolge der angespannten finanziellen Lage des Kreises mussten diese Außenstellen tatsächlich nach nur einem Jahr mit Wirkung vom 1. April 1949 wieder abgeschafft werden.

Übergeordnete Verwaltungsbehörden

Bis in den Frühsommer 1945 fehlten in der SBZ deutsche Verwaltungsbehörden oberhalb der Kreisebene, die ausgleichend wirken, die regional unterschiedliche Interessen berücksichtigen und die verschiedene örtliche Anstrengungen zusammenfassen konnten.¹³³ Parallel zu anderen Landesverwaltungen¹³⁴ in der Sowjetischen Besatzungszone nahm dann Ende Juni die neue »Provinzialverwaltung Mark Brandenburg« in Potsdam ihre Tätigkeit auf. Wesentliche Vorarbeiten für den Aufbau dieser Landesbehörde hatte im Auftrag der kommunistischen »Gruppe Ulbricht« der NKFD-Frontbevollmächtigte und ehemalige Wehrmachts-Berufsoffizier Bernhard Bechler (1911–2002) ausgeführt.¹³⁵ Bechler war zwecks dessen in Kontakt mit dem

129 Zum Folgenden vgl. BLHA Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 235f.; Nr. 93, Bl. 2f.

130 Eine Aufstellung der Kreisverwaltungsstellen mit dazugehörigen Gemeinden findet sich in BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 95, Bl. 207–209.

131 BLHA Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 93, Bl. 3.

132 Siehe ebenda, Bl. 202.

133 Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 231.

134 Einen Überblick über die Bildung der deutschen Landesverwaltungen in der SBZ aus Sicht der DDR-Historiographie bietet Beck: Die Entstehung der Provinzial- und Landesverwaltungen in der Sowjetischen Besatzungszone.

135 Vgl. Beck: Die Provinz Brandenburg und das Land Brandenburg in den Jahren 1945–1952, S. 93f.; Fait: (Mark) Brandenburg, S. 85; Pohl: Justiz in Brandenburg 1945–1955, S. 18f.; Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 53; Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 692f.; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 119–122; Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 235; Steinhoff: In der Mark Brandenburg, S. 538–540.

Sozialdemokraten Dr. Karl Steinhoff (1892–1981) getreten, der vor 1933 u.a. den Posten des Stellvertretenden Oberpräsidenten der preußischen Provinz Ostpreußen bekleidet hatte. Unterm Datum des 4. Juli erfolgte die offizielle Mitteilung, dass die SMAD die personellen Vorschläge für das Präsidium der Provinzialverwaltung bestätigt hat, und zwar in der Zusammensetzung: Präsident Dr. Karl Steinhoff (SPD), 1. Vizepräsident Bernhard Bechler (»parteilos«¹³⁶, dann KPD), 2. Vizepräsident Edwin Hoernle (KPD), 3. Vizepräsident Fritz Rücker (SPD), 4. Vizepräsident Dr. Georg Remak (»Demokrat«).¹³⁷ Die eigentliche Schlüsselstellung in dieser Riege kam dem kommunistischen 1. Vizepräsidenten Bechler¹³⁸ zu, der sich für die Personalpolitik und das Innenressort verantwortlich zeichnete und zugleich ständiger Vertreter des Präsidenten war.¹³⁹

Auf einer Provinzkonferenz am 16./17. Juli 1945 führte Bernhard Bechler aus, dass die neugebildete Provinzialverwaltung als Nachfolgerin der bisher in Brandenburg tätigen zentralen Behörden auch deren Weisungs- und Aufsichtsrechte übernommen habe.¹⁴⁰ Noch konkreter als aus den Ausführungen Bechlers erhellt aus einem Aktenvermerk vom 1. September 1945, in welcher Form sich die Provinzialverwaltung als juristische Nachfolgerin von Reichs- und preußischen Staatsbehörden sah: »Zur Frage der Rechtsnachfolge der Reichsregierung und sonstiger Organisationen, die nicht mehr bestehen, äußerte Vizepräsident Remak, dass überall da, wo es sich um Rechte handeln würde, die Provinzialverwaltung sich als Rechtsnachfolgerin fühlen würde, überall da, wo Forderungen zu erfüllen oder Schulden zu bezahlen sind, sei die Provinzialverwaltung nicht Rechtsnachfolgerin.«¹⁴¹ Die Worte offenbarten eine zweischneidige Haltung der neuen Landesbehörde zu Tradition und Erbe: einerseits Rechte beanspruchen, andererseits überkommene Verpflichtungen ablehnen.

Dem Präsidium um Steinhoff und Bechler blies anfänglich ein scharfer Wind von der lokalen Ebene entgegen.¹⁴² Zu den Landräten, die Anweisungen der neuen Provinzialverwaltung nur widerwillig hinnahmen, zählte Friedrich Menz im Kreis Zauch-Belzig. Menz regte sich beispielsweise am 10. September 1945 öffentlich darüber auf, dass dem Landratsamt seit vierzehn Tagen durch Steinhoffs Behörde viele Rechte entzogen worden seien.¹⁴³ Auch waren sich örtliche Kommandeure der

136 Freilich hatte Bechler zuvor schon einmal einer Partei angehört – und zwar der NSDAP. Dies wurde von der DDR-Historiographie ignoriert. So ist etwa bei Sägebrecht: Nicht Amboss, sondern Hammer sein, S. 307, zu lesen, Bechler sei »früher Major der Wehrmacht und politisch nicht [!] organisiert« gewesen.

137 Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Heft 1 (1945), S. 1.

138 Zur Person u. Biographie Bechlers s. die Memoiren von dessen erster Frau Margret Bechler: Warten auf Antwort, passim; S. außerdem Pohl: Justiz in Brandenburg 1945–1955, S. 18f.; Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 76, Anm. 123.

139 Vgl. Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 53; Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 692; Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 237. Siehe auch Fait: (Mark) Brandenburg, S. 86.

140 Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, S. 68.

141 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 186, Bl. 13 Rs.

142 Vgl. Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 248.

143 KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 10.9.1945, S. 5).

Besatzungsmacht anscheinend nicht richtig klar darüber, welche Kompetenzen der Provinzialverwaltung zufallen sollten. Noch Mitte November 1945 wurde auf einer Bürgermeisterversammlung in der Kommandantur Beelitz von Seiten der Sowjets erklärt, die Bürgermeister und Ortsältesten stünden über(!) den Bestimmungen der Provinzialverwaltung, und sie seien lediglich der Roten Armee unterstellt, der die Provinzialverwaltung auch nur unterstellt sei.¹⁴⁴ Karl Steinhoff schreibt entsprechend in seinen Erinnerungen, die Kreise und Gemeinden seien wenig erfreut gewesen, eine ihre bisherige »Selbstherrlichkeit beschränkende Provinzialverwaltung über sich zu haben«, und sie hatten »noch lange Schwierigkeiten, wenn Landräte oder Bürgermeister die Durchführung unserer Anweisungen ablehnten. Wir konnten sie nur über die Besatzungsmacht zur Rechenschaft ziehen.«¹⁴⁵ Als die Provinzialverwaltung Mitte 1946 den Aufbau der Verwaltungsbehörden und deren Arbeit in den ersten Monaten bilanzierte, hörte sich dies noch entschieden moderater an:

So entstanden überall rein örtlich die ersten Selbstverwaltungsorgane, die ersten Gemeindebehörden, die ihren Bereich, ob Dorf oder Stadt, zu ordnen begannen. [...] Es ist ein besonders glücklicher Umstand, daß sie alle älter sind als die Provinzialverwaltung, die mit ihrer Einsetzung durch Befehl des Herrn Marschalls Shukow die Verwaltung der Provinz übertragen bekam, und die zunächst vor der Aufgabe stand, das, was örtlich überall begonnen worden war, für die ganze Mark Brandenburg zusammenzufassen, zu planen und durchzuführen. Das heißt, diese neue Provinzialverwaltung mußte sich schleunigst einen Verwaltungsapparat schaffen, der sich den außerordentlichen Ansprüchen, den beispiellosen Anforderungen einigermaßen gewachsen zeigen würde.¹⁴⁶

Per SMAD-Befehl¹⁴⁷ vom 26. Oktober 1945 erhielten die Provinzialverwaltung Mark Brandenburg und die anderen SBZ-Landesverwaltungen gesetzgeberische Befugnisse. Diesem Akt darf indessen kein allzu hoher Wert beigemessen werden. Die deutschen Landesbehörden standen weiterhin völlig unter der Kontrolle der Besatzungsmacht. Die Sowjets erlaubten ihnen weitgehend nur reaktive und exekutive Handlungen.¹⁴⁸

Im Anschluss an die Landtagswahl im Oktober 1946 wurde die Provinzialverwaltung zur Landesregierung umgeformt.¹⁴⁹ Nach einigen Kontroversen¹⁵⁰ bildete sich in Potsdam eine Allparteien-Regierung mit dem Präsidenten der Provinzialverwaltung Karl Steinhoff als nunmehrigen Ministerpräsidenten an der Spitze. Neben Steinhoff und Bechler (Innenminister) gehörten weitere zwei SED-Mitglieder sowie zwei Christdemokraten und ein Liberaldemokrat der Ministerriege an. Der Landtag

144 KrA PM, 51.34/14a (Sitzungsprotokoll vom 16.11.1945, S. 8).

145 Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 248.

146 Ein Jahr Bewährung der Mark Brandenburg, abgedruckt (auszugsweise) in: Freundschaft, S. 167f., hier S. 167.

147 Faksimile des Befehls ist abgedruckt in: Freundschaft, T. 1, S. 121.

148 Vgl. Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 240f.

149 Fait: (Mark) Brandenburg, S. 87.

150 Vgl. Bloch: Zwischen Hoffnung und Resignation, S. 85f.; Sägebrect: Nicht Amboss, sondern Hammer sein, S. 366. Siehe auch S. 145 der vorliegenden Arbeit.

verabschiedete am 1. Februar 1947 die (Landes-) »Verfassung der Mark Brandenburg«.¹⁵¹ Sie entstand als Kompromiss aus teilweise heftigen Debatten der Parteien. CDU und LDP, die im Parlament zusammen eine Mehrheit hatten, vermochten eine ganze Reihe von Verfassungsbestimmungen gegen die SED durchzusetzen. Demgegenüber konnte die Einheitspartei – in Ablehnung des Prinzips der Gewaltenteilung – eine nahezu unbegrenzte Souveränität des Landtags im Verfassungstext verankern lassen. Der Landtag erhielt somit gegen den Willen bürgerlicher Politiker weitgehende Kontrollbefugnisse über die Verwaltung und die Justiz.¹⁵²

Die SMAD hatte Brandenburg, auch wenn es als preußisches Gebietsteil nach wie vor »Provinz« genannt wurde, von Anfang an den übrigen Ländern der SBZ gleichgestellt.¹⁵³ Bereits Ende Oktober/Anfang November 1945 hatte die Provinzialverwaltung beantragt, den Namen der Provinz in »Land Mark Brandenburg« umzuwandeln, um damit die Eigenständigkeit und Gleichwertigkeit mit den anderen Ländern hervorzuheben. Die sowjetische Militäradministration entsprach diesem Wunsch damals nicht. Selbst nachdem ein gewählter Landtag und eine reguläre Landesregierung existierten, behielt die Mark zunächst die als Makel empfundene alte Bezeichnung. Dies änderte sich erst mit der formellen Auflösung des Staates Preußen durch Direktive des Alliierten Kontrollrats vom 25. Februar 1947.¹⁵⁴ Unter dem Datum des 12. Juli 1947 wurde Ministerpräsident Steinhoff mitgeteilt, dass der SMAD-Chef Sokolowsky mit dem Landtagsbeschluss über die »Umwandlung« der

151 Veröffentlicht in: Gesetz- und Verordnungsblatt der Provinzialregierung Mark Brandenburg, T. 1, Nr. 1 (1947), S. 4–8. Zum Folgenden vgl. Braas: Verfassungsgebung, S. 360–363 u. S. 374. Das Präsidium der Provinzialverwaltung hatte bereits am 26. September 1945 eine provisorische »Verfassung der Provinz Brandenburg« beschlossen (Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Heft 1 (1945), S. 26), die jedoch nur in der Form eines Organisationsstatus gehalten war; Fait: (Mark) Brandenburg, S. 86; Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 695.

152 1948 erklärte der LDP-Spitzenfunktionär u. damalige sächsische Justizminister, Johannes Dieckmann, den Verzicht auf das Prinzip der Gewaltenteilung in allen SBZ-Länderverfassungen zum großen Fortschritt: »Man sollte meinen, daß die fundamentale gemeinschaftliche Feststellung, daß die unteilbare Staatsgewalt ausschließlich vom Volke getragen wird, einen Streit über die ‚Ausübung der Staatsgewalt‘ ausschließen mußte, daß also die Gewaltentrennungsthese Montesquieus dann allgemein als sachlich und politisch überholt festgestellt werde. Zu dieser klaren und unausweichlichen Konsequenz hat sich [...] jedoch nur der deutsche Osten bekannt«; Dieckmann: Die gegenwärtigen Länderverfassungen in Deutschland, S. 10f. Zum Abrücken von Prinzip der Gewaltenteilung in den SBZ-Länderverfassungen s. auch Braas: Die Entstehung der Länderverfassungen, passim, insbesondere S. 148f.; Brunner: Die Verwaltung in der SBZ und DDR, S. 1228.

153 Zum Folgenden vgl. Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 232f. u. 239.

154 Die Direktive wurde veröffentlicht in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 14 (1947), S. 262. Im Zusammenhang mit der formellen Auflösung Preußens sei erwähnt, dass Görlitz u. Umgebung (vormals preußische Provinz Niederschlesien) 1945 den Anschluss an die Mark suchten. Am 12.7.1945 wandten sich der Oberbürgermeister u. der Landrat von Stadt- u. Landkreis Görlitz an die brandenburgische Provinzialverwaltung mit der Bitte um Eingliederung in die Provinz, weil »die wirtschaftlichen Belange [von Görlitz] stets, soweit nicht nach Breslau, nach Berlin gerichtet waren«, u. sie »als preußische Behörden dem Verwaltungsapparat der Provinz Brandenburg näher stehen als einer sächsischen Verwaltung.«; BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 429, Bl. 52. Die SMA Brandenburg lehnte es aber ab, über diese Angelegenheit zu verhandeln; vgl. ebenda, Bl. 46. Damit war das Projekt der Eingliederung Görlitz' in die Mark Brandenburg vom Tisch.

Provinz Brandenburg in Land Brandenburg einverstanden sei¹⁵⁵, und mit seinem Befehl Nr. 180 vom 21. Juli genehmigte der SMAD-Chef offiziell die Namensänderung.¹⁵⁶

Um kurz nach Kriegsende die zentralen Leitungs- und Koordinationsaufgaben besser erfüllen zu können, ergab sich die Notwendigkeit zur Schaffung neuer regionaler Verwaltungsorgane zwischen der Kreis- und Provinzebene.¹⁵⁷ In der alten Provinz Brandenburg hatten solche in Gestalt der beiden Regierungen für die Regierungsbezirke Potsdam und Frankfurt (Oder) bestanden. Sie waren jedoch mit Bildung der neuen Provinzialverwaltung aufgelöst worden.¹⁵⁸ Auf Vorschlag von deren Präsidium verfügte die SMA Brandenburg mit dem Befehl Nr. 13 vom 25. Juli 1945 die Untergliederung der Provinz in die Verwaltungsbezirke Brandenburg/Havel, Berlin (mit Sitz in Bernau), Eberswalde, Cottbus und Stadt Potsdam (die der Provinzialverwaltung direkt unterstellt wurde).¹⁵⁹ Angesichts der desolaten Verkehrslage und der schwierigen Kommunikationsmöglichkeiten waren diese kleineren Bezirke eher als die beiden vormaligen großen Regierungsbezirke dafür geeignet, eine Verwaltung aufrecht zu erhalten bzw. neu aufzubauen.¹⁶⁰ Für die Bezirksbehörden war die Bezeichnung »Oberlandratsämter« üblich. Der Landkreis Zauch-Belzig wurde zusammen mit den Landkreisen Ostprignitz, Ruppín, Westhavelland, Westprignitz und den Stadtkreisen Brandenburg/Havel, Rathenow und Wittenberge dem Bezirk Brandenburg/Havel unterstellt.

Die Leitung des Bezirks Brandenburg/Havel lag in den Händen von Oberlandrat Dr. jur. Oswald Koltzenburg (1890–1956), sein Stellvertreter war Walter Mickin.¹⁶¹ Koltzenburg hatte vor 1933 der linksliberalen DDP/Staatspartei angehört. Seit 1923 war er Bürgermeister von Zittau gewesen. Mit Hitlers Machtübernahme wurde er aus dem Amt gejagt. Von 1933 bis 1939 hatte Koltzenburg als Privatlehrer, 1939 bis zum Kriegsende als Leiter der Rechtsabteilung der »Zentraleuropäischen Versicherungsanstalt« gearbeitet. Laut eigenem Bekunden hatte er Kontakt zum Widerstandskreis um Carl Goerdeler. Nach Kriegsende war er zunächst als Studienrat tätig. Im Sommer 1945 schloss er sich der neugegründeten Liberaldemokratischen Partei an, wechselte

155 BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 247, Bl. 6.

156 Geßner: Befehle der Sowjetischen Militäradministration des Landes Brandenburg, S. 17. Der Text des Befehls Nr. 180 ist abgedruckt in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 484.

157 Zum Folgenden vgl. Fait: (Mark) Brandenburg, S. 85; Hajna: Länder – Bezirke – Länder, S. 60 f.; Mickin/Georgino: Macht des schweren Anfangs, S. 6f.; Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 244; ders.: Bezirksverwaltungen in den Ländern der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, S. 50f. u. S. 60f.

158 Das Gebiet des Regierungsbezirks Frankfurt (Oder) war durch die Unterstellung Ost-Brandenburgs unter polnische Verwaltung größtenteils verloren gegangen, weshalb schon aus diesem Grund die Beibehaltung der zwei Regierungsbezirke in ihren alten Grenzen keinen Sinn mehr machte. Durch die Gebietsverluste musste auch die Kreiseinteilung in Rest-Brandenburg nach Kriegsende modifiziert werden; S. dazu BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Karte 23 C.

159 Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Heft 1 (1945), S. 2. Siehe auch BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 25, Bl. 11.

160 Baudisch: Geographische Grundlagen und historisch-politische Gliederung Brandenburgs, S. 38.

161 Vgl. Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 245.

aber kurze Zeit später zur CDU. Die Berufung zum Oberlandrat verdankte er nicht zuletzt seiner persönlichen Bekanntschaft mit Provinzial-Präsident Steinhoff.¹⁶² Der aus Berlin stammende Walter Mickin (geb. 1910), von Beruf Maurer und Bauzeichner, war seit 1929 Mitglied der KPD. 1935 verhaftet und wegen illegaler politischer Tätigkeit zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, erlebte Mickin am 27. April 1945 seine Befreiung aus dem Zuchthaus Brandenburg-Görden.¹⁶³

Am 9. August 1945 traten Koltzenburg und Mickin ihre Posten im neuen Oberlandratsamt Brandenburg/Havel an¹⁶⁴, das seinen Sitz auf der Brandenburger Dominsel, Burghof 5, hatte.¹⁶⁵ Ihre endgültige Ernennung erfolgte, wie die der anderen Oberlandräte, aber erst am 4. Oktober 1945.¹⁶⁶ Die Hauptaufgaben der Oberlandräte wurden in einer vom Präsidenten der Provinzialverwaltung unterm Datum des 3. Augusts 1945 erlassenen vorläufigen Geschäftsanweisung umrissen:

Die Oberlandräte führen in ihrem Bezirk die Kommunalaufsicht einschließlich der Aufsicht über die Polizei, überwachen und leiten die Kreisschulräte und das Volksschulwesen, sorgen für die Ingangsetzung und Inganghaltung von Wirtschaft und Verkehr durch die Landräte und Oberbürgermeister sowie für Erhaltung und Steigerung der Produktion in der Landwirtschaft und für die Durchführung aller Ernährungsrichtlinien. Die Oberlandräte tragen mir gegenüber die volle Verantwortung für die politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung in ihrem Bezirk. Sie haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit volle Weisungsbefugnis gegenüber den Landräten, Oberbürgermeistern, kreisangehörigen Städten und Gemeinden.¹⁶⁷

Die Sachgebiets-Struktur der Oberlandratsämter orientierte sich am Aufbau der Provinzialverwaltung.¹⁶⁸ Im Oberlandratsamt Brandenburg/Havel waren zum Jahreswechsel 1945/46 insgesamt 53 Personen beschäftigt. Aufgrund eines gewachsenen Personalbedarfs wurde die Stellenzahl des Oberlandratsamtes in der zweiten Hälfte des Jahres 1946 auf 117 veranschlagt.¹⁶⁹

Speziell als verlängerter Arm der Provinzialverwaltung und als Anleitungs- und Kontrollinstanz gegenüber den Land- und Stadtkreisen spielten die Oberlandrats-

162 Die biographischen Angaben zu Koltzenburg sind entnommen aus: Biographisches Handbuch der SBZ/DDR, S. 419; BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 429, Bl. 18–26; ebenda, Nr. 437, Bl. 114; ebenda, Rep. 330, Nr. 103, Bl. 119; Kotsch: Karrierewege in Brandenburg, S. 166 f.; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 2, S. 940; SBZ-Handbuch, S. 952f.

163 Die biographischen Angaben zu Mickin sind entnommen aus: BLHA, Rep. 330, Nr. 103, Bl. 119; ebenda, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 429, Bl. 17; Frenzel u.a.: Gesprengte Fesseln, passim; Mickin/Georgino: Macht des schweren Anfangs, S. 11; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 2, S. 948.

164 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 103, Bl. 11; Mickin/Georgino: Macht des schweren Anfangs, S. 9.

165 Vgl. BLHA, Rep. 230 Oberlandratsamt Brandenburg/Havel, Nr. 1, Bl. 7.

166 Vgl. Schreckenbach: Bezirksverwaltungen in den Ländern der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, S. 62.

167 Schreckenbach: Bezirksverwaltungen in den Ländern der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, S. 62.

168 Siehe ebenda, S. 63–65.

169 Ebenda, S. 65f.

ämter 1945/46 eine wichtige Rolle.¹⁷⁰ Nach den Wahlen vom Herbst 1946 war ihre Weiterexistenz in Frage gestellt, weil ihnen einerseits die demokratische Legitimation fehlte und andererseits die Wahlen und die neue Kreisordnung vom Dezember 1946 die Stellung der kommunalen Organe stärkten.¹⁷¹ Außerdem hatten sich Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen gegenüber Mitte 1945 verbessert. Und schließlich ging es auch um die Einsparung von Personal und Finanzen.¹⁷² Auf Antrag der Provinzialverwaltung vom 10. November 1946 erteilte die SMA Brandenburg am 14. Januar 1947 die Genehmigung zur Auflösung der Verwaltungsbezirke.¹⁷³ Die Oberlandratsämter wurden bis Ende Februar 1947 abgewickelt, ihre Aufgaben und Mitarbeiter gingen teilweise an die Landesregierung, teilweise an die lokalen Verwaltungen über.

Oberlandrat Oswald Koltzenburg, der seit den Wahlen 1946 in den Personalisten als SED-Mitglied geführt wurde¹⁷⁴, fand schnell eine neue Anstellung. Am 24. Februar 1947 übertrug ihm der brandenburgische Innenminister Bechler die Leitung der Landesverwaltungsschule in Beelitz mit Wirkung vom 1. März des Jahres.¹⁷⁵

Die Schule war im April 1946 als »Verwaltungsschule der Provinz Mark Brandenburg« im Schloss Plaue/Havel eröffnet worden, um ungeschulte Verwaltungsangestellte zu Fachkräften auszubilden.¹⁷⁶ Anfang Juni 1946 hatte die Besatzungsmacht das Schloss Plaue belegt, weshalb die Schule vorläufig Behelfsräume in Brandenburg/Havel beziehen musste. Als neue Unterkunft war die Burg Eisenhardt in Belzig in Aussicht genommen worden, die aber trotz mehrfacher Verhandlungen und Fürsprache seitens des Zauch-Belziger Landrats von der Besatzungsmacht nicht freigegeben wurde. Koltzenburg selbst hatte dann als Oberlandrat auf die freigewordenen Räume des

170 Zum Folgenden vgl. Fait: (Mark) Brandenburg, S. 85; Mickin/Georgino: Macht des schweren Anfangs, S. 59f.; Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 246f.; ders.: Bezirksverwaltungen in den Ländern der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, S. 67–69 u. S. 77f.

171 Die SED befürwortete seit Mitte des Jahres 1946 die Auflösung der Bezirke; vgl. Braas: Die Entstehung der Länderverfassungen, S. 207. Da die Landesverfassungen der SBZ-Länder nur eine Gliederung des Landes in Stadt- u. Landkreise vorsahen, war den Bezirksverwaltungen die rechtliche Grundlage entzogen; Braas: Die Entstehung der Länderverfassungen, S. 207.

172 Hajna: Länder – Bezirke – Länder, S. 61, hält es auch für möglich, dass im Zusammenhang mit der endgültigen juristischen Beseitigung des preußischen Staates durch Beschluss des Alliierten Kontrollrats vom 25.2.1947 bewusst auf preußische (Bezirks-) Strukturen verzichtet werden sollte. Demgegenüber ist kritisch anzumerken, dass die Auflösung der Bezirke schon vor dem Kontrollrats-Beschluss auf der Tagesordnung stand u. dass diese Bezirke nur wenig mit preußischen Regierungsbezirken gemeinsam hatten.

173 Sowohl Baudisch: Geographische Grundlagen und historisch-politische Gliederung Brandenburgs, S. 38f., als auch Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 694, schreiben, die Oberlandratsämter seien nach Etablierung der brandenburgischen Provinzialverwaltung (!) verschwunden. Richtiger muss es heißen, sie sind nach Etablierung der brandenburgischen Provinzialregierung (so die offizielle Bezeichnung für der Landesregierung bis 1947) verschwunden.

174 BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 577 u. Nr. 437, passim. Laut Kotsch: Karrierewege in Brandenburg, S. 166, aber sei Koltzenburgs Aufnahmeantrag in die SED erfolglos geblieben.

175 BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 577, Bl. 128.

176 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 577, Bl. 148.

Finanzamtes und des Amtsgerichts in Beelitz/Mark verwiesen, wo die Verwaltungsschule schließlich ab 18. September 1946 den Schulbetrieb neu aufnahm. Glücklicherweise wurde Koltzenburg mit seinem Posten als Schulleiter nicht. Aus sämtlichen Lehrgängen gingen schriftliche Beschwerden aus den Reihen der Kursteilnehmer gegen ihn beim brandenburgischen Innenministerium ein.¹⁷⁷ Die Personalabteilung des Innenministeriums veranlasste im Frühjahr 1948, also nach Ablauf nur eines einzigen Jahres, Koltzenburgs Ablösung. Sie begründete dies mit der Einschätzung, »daß Herr Dr. Koltzenburg nicht die politischen und moralischen Qualifikationen besitzt, die erforderlich sind, um die Leitung der Verwaltungsschule des Landes Brandenburg erfolgreich auszuüben.«¹⁷⁸

Nach den Wahlen 1946 bis Mitte 1948 erreichte Brandenburg wie die anderen SBZ-Länder den Höhepunkt seiner Selbständigkeit und Bedeutung.¹⁷⁹ Im Zuge der allgemeinen Zentralisierung gingen jedoch seit Errichtung der Deutschen Wirtschaftskommission und deren Konsolidierung nach und nach bisherige Kompetenzen der Länder an die zonalen Behörden in Berlin über. Nach der formellen Gründung der DDR beschleunigte sich dieser Vorgang rasant. Parallel dazu verlagerten sich bei der Landesregierung Brandenburg wichtige Fachressorts in den Kompetenzbereich des Ministerpräsidenten. Sein Ministerpräsidium entwickelte sich zu einer Art »Überministerium«, während die Fachministerien zuletzt nur noch ein Schattendasein fristeten. Bei einer Regierungsumbildung 1950 wurde gar das Justizministerium ganz aufgelöst und die verbliebenen Aufgaben von einer Hauptabteilung beim Ministerpräsidium wahrgenommen.¹⁸⁰

So genannte Deutsche Zentralverwaltungen waren schon im Juli 1945 durch SMAD-Befehl gebildet worden. Ihr Wirkungsbereich blieb auf die Sowjetische Besatzungszone beschränkt. Die Zentralverwaltungen stellten also keine zentralen deutschen Regierungsbehörden dar. Sie fungierten zunächst auch noch ohne Weisungsbefugnis als reine Hilfsorgane der sowjetischen Militäradministration.¹⁸¹

177 Vgl. BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 437, Bl. 88f.

178 Ebenda, Bl. 88. Nach seiner Wahl zum NDPD-Landesvorsitzenden (1949) wurde Koltzenburg zeitweise zum Richter am Oberlandesgericht in Potsdam bestellt; Pohl: Justiz in Brandenburg 1945–1955, S. 119.

179 Schreckenbach: Provinz – Bezirke – Land, S. 74. Beck: Die Provinz Brandenburg und das Land Brandenburg in den Jahren 1945–1952, S. 103, bezeichnet die Etappe von 1946–1948 »als eine Blütezeit in der kurzen Geschichte des Landes [Brandenburg] und seiner Selbständigkeit«. Zum Folgenden vgl. Fait: (Mark) Brandenburg, S. 87; Mielke: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR, S. 45–48 u. 54f. Wenn Mielke: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR, passim, von einer »schleichenden Transformation« der Länder spricht, so muss kritisch angemerkt werden, dass er hier nicht ganz das passende Bild verwendet. Zwar war die Umformung der Länder ein schrittweiser Prozess, jedoch erfolgte dieser durchaus nicht (bildlich gesprochen) laufleisen Sohlen, sondern war für die Zeitgenossen sehr wohl spürbar u. offensichtlich.

180 Zur Auflösung der Justizministerien der DDR-Länder S. Wentker: Justiz in der SBZ/DDR, S. 305f.

181 Lediglich die Zentralverwaltungen für Verkehr sowie Post- und Fernmeldewesen besaßen von Anfang an einen eigenen Unterbau. Zu Aufbau u. Entwicklung der einzelnen Zentralverwaltungen s. die entsprechenden Beiträge in: SBZ-Handbuch, S. 201–252. Siehe auch Mielke: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR, S. 42f.; Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 239, S. 262f. (Endnote 23); Türke: Demokratischer Zentralismus und kommunale Selbstverwaltung,

Erst im Frühjahr 1947 trat eine gravierende Änderung ein, als die SMAD mit ihrem Befehl Nr. 138 die Gründung der »Deutschen Wirtschaftskommission« (DWK) bekannt gab, der außer den Ressorts für Inneres, Justiz, Volksbildung und Gesundheitswesen alle übrigen Zentralverwaltungen angehörten.¹⁸² Im April 1948 bekam die DWK von der Besatzungsmacht die Befugnis, verbindliche Anweisungen für alle SBZ-Länder zu erlassen.¹⁸³ Die Wirtschaftskommission stellte damit die Vorstufe zu einer künftigen Zentralregierung dar.¹⁸⁴ Die Führungsstellen in der DWK waren fast sämtlich mit SED-Leuten besetzt. Dadurch sicherte sich die Einheitspartei ihren entscheidenden Einfluss auf die künftige Wirtschaftsentwicklung und die Verwaltungspraxis. Die Umwandlung der DWK in ein mit Gesetzgebungs- und Regierungsbefugnissen ausgestattetes Organ kennzeichnete die zentralistischen, dem Föderalismus entgegenwirkenden Tendenzen in der SBZ.

Gegen die umfassende Ermächtigung der Wirtschaftskommission lehnten sich bürgerliche Politiker aus LDP und CDU entschieden, aber letztlich erfolglos auf. Solche Proteste muss es auch von Christ- und Liberaldemokraten im Kreis Zauch-Belzig gegeben haben. Am 18. August 1948 machte nämlich die Kreiskommandantur dem Landrat Sydow (SED) unzweideutig klar: »Die Anordnungen der Wirtschaftskommission [...] werden strikt durchgeführt, ob es die anderen Parteien wollen oder nicht.«¹⁸⁵

Am 7. Oktober 1949 wurde die Umwandlung der SBZ in einen Staat, d.h. die Gründung der DDR, als formaler Akt vollzogen.¹⁸⁶ Die Deutsche Wirtschaftskommission bildete den Grundstock für die neuen DDR-Regierungsbehörden.¹⁸⁷

S. 3f.; Weber: Geschichte der DDR, S. 76–88; Zank: Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission, S. 256–258. Wenn die Zentralverwaltungen Weisungsbefugnisse gegenüber den Ländern beanspruchten, gab es in der Regel Konflikte mit den Landesregierungen; vgl. etwa Selbmann: Acht Jahre und ein Tag, S. 194–201; vgl. auch Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 61f. u. 67.

182 Zum Folgenden vgl. Mielke: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR, S. 45f.; Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 69–73; Türke: Demokratischer Zentralismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 5f.; u. insbesondere die detaillierte Darstellung von Zank: Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission, S. 265–271. Zur Organisation der DWK s. auch die Erinnerungen ihres stellvertretenden Vorsitzenden Fritz Selbmann: Acht Jahre und ein Tag, S. 202–204. Nach Ansicht von Sattler: Demontagen und Reparationsentnahmen, S. 363 u. 369, war es die Ende Mai 1947 angekündigte Schaffung eines gemeinsamen »Wirtschaftsrates« für die amerikanische u. britische Besatzungszone, die erst die sowjetische Führung dazu bewog, der Forderung von SED u. SMAD nach einer zentraladministrativen Planungs- u. Lenkungsbehörde für die SBZ – wie sie dann in Form der DWK entstehen sollte – nachzugeben.

183 Zentralverordnungsblatt, Nr. 15 (1948), S. 138f.

184 Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 721.

185 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 100, Bl. 672.

186 In der vorliegenden Arbeit ist nicht der Raum, um auf die Vorgänge bzgl. der Spaltung Deutschlands in Ost u. West sowie der Gründung des ostdeutschen Staates näher einzugehen. Siehe zum Thema etwa Badstübner: Versuch, die DDR-Gründung gesellschaftsgeschichtlich zu »verorten«; Grünwald: Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947, passim; Staritz: Die Gründung der DDR, insbesondere S. 164–169; Suckut: Innenpolitische Aspekte der DDR-Gründung. Dokumente betreffs der Gründung der DDR sind abgedruckt in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 786–801.

187 Staritz: Die Gründung der DDR, S. 169; Zank: Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission, S. 276. F. Selbmann, für den Industriesektor zuständiger stellvertretender

Die Verfassung des ostdeutschen Staates, gesamtdeutsch angelegt, sah ein parlamentarisches Regierungssystem vor, erteilte aber dem Prinzip der Gewaltenteilung eine bewusste Absage.¹⁸⁸ Der Verfassungstext bekannte sich auch nur formell zur Länderstruktur und war nicht geeignet, die Länder in ihren verbrieften Rechten gegen die Begehrlichkeiten des staatlichen Zentralismus zu schützen. Es ist aber dabei zu betonen, dass die Aushöhlung des Föderalismus (und auch der kommunalen Selbstverwaltung) nicht so sehr durch Rechtsvorschriften erfolgte, als vielmehr durch faktische Tatsachen.¹⁸⁹ Dazu zählte der immense hauptamtliche Parteiapparat der SED, der das Staats- und Verwaltungssystem beherrschte und hinter dem die bewaffnete Macht der sowjetischen Besatzungstruppen stand. Zum Zeitpunkt ihrer Gründung konnte die DDR noch als »dezentralisierter Einheitsstaat«¹⁹⁰ beschrieben werden. Indes beschleunigte sich nach der Staatsgründung die Transformation der Länder. Der Staat verleibte sich Zug um Zug die Rechte der Gebietskörperschaften ein, und die Länder sanken zu bloßen Ausführungsorganen der Zentralgewalt herab.¹⁹¹

Verwaltungspersonal

Die nach Kriegsende aufgebauten Verwaltungsorgane der SBZ mussten in der Frühphase größtenteils mit ungeschulten und unerfahrenen Personal arbeiten, da das vorhandene Fachpersonal mehrheitlich als NS-belastet galt und ausgewechselt wurde. Insbesondere Mitglieder von KPD und SPD wurden bei den Neueinstellungen in den Verwaltungen berücksichtigt, was ganz auf der Linie der Sowjets lag. Zudem hatten sowohl die kommunistische wie auch die sozialdemokratische Partei schnell

DWK-Vorsitzender u. hernach DDR-Industrieminister, schreibt: »Ich wurde als Industrieminister in die provisorische [DDR-] Regierung Grotewohl berufen und konnte meinen ganzen Verwaltungsapparat aus der DWK ohne jede strukturelle oder personelle Veränderung in mein Ministerium übernehmen.«; Selbmann: Acht Jahre und ein Tag, S. 235.

188 Vgl. dazu etwa Brunner: Die Verwaltung in der SBZ und DDR, S. 132; Hajna: Länder – Bezirke – Länder, S. 72–74; Riedel: Der Einfluß des Sowjetrechts, S. 180f., S. 195–200 u. S. 217f. Es sei darauf hingewiesen, dass O. Grotewohl sich schon Ende 1946 namens der SED-Spitze während einer Verfassungsdiskussion vehement gegen das Prinzip der Gewaltenteilung und den traditionellen deutschen Föderalismus gewandt hatte; vgl. Grotewohl: Im Kampf um die eine Deutsche Demokratische Republik, Bd. 1, S. 84–89; S. auch Braas: Die Entstehung der Länderverfassungen, S. 52. Die Landes- u. Provinzialverwaltungen 1945/46, die (unter Kontrolle der Besatzungsmacht) Legislative u. Exekutive vereinigten, praktizierten in gewisser Weise schon das Prinzip der Gewalteneinheit; vgl. Hajna: Länder – Bezirke – Länder, S. 67. Die Ablehnung des Föderalismus und damit einer Dekonzentration an Staatlichkeit beruhte offensichtlich auf traditionellem kommunistischem Gedankengut; S. dazu Bernet: Zur Landes- und Kommunalrechtlichen Entwicklung in der DDR, S. 8f.

189 Bernet: Zur Landes- und Kommunalrechtlichen Entwicklung in der DDR, S. 10f.

190 Maunz: Deutsches Staatsrecht, S. 227.

191 Vgl. Bernet: Zur Landes- und Kommunalrechtlichen Entwicklung in der DDR, S. 9; Mielke: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR, S. 54. Nach der Auffassung von Hajna: Länder – Bezirke – Länder, S. 71, war der Föderalismus im Prinzip schon Ende 1948/Anfang 1949 (also schon vor Gründung der DDR) dem Zentralismus gewichen.

handlungsfähige Parteiorganisationen aufgebaut.¹⁹² Manchmal gerieten aber auch Leute durch puren Zufall in administrative Positionen.¹⁹³ Der Belziger Bürgermeister Reese beschrieb in einem Rechenschaftsbericht vom Juli 1946 die Situation der Nachkriegsmonate so:

Der Verwaltungsapparat [...] musste neu aufgebaut werden. Außer einigen wenigen brachten die Männer und Frauen, die sich für diese schweren Aufgabe zur Verfügung stellten, weiter nichts mit als den Mut und den unbeugsamen Willen, das von Hitler hinterlassene Chaos unter allen Umständen zu überwinden.¹⁹⁴

Aber der Idealismus konnte die Unerfahrenheit nicht aufwiegen. Das neue Personal zeigte sich oftmals überfordert angesichts der schwierigen Verhältnisse. Dieser Zustand konnte erst durch die Anleitung übergeordneter Behörden und durch Schulungen nach und nach überwunden werden.

Die Bildung eines versierten Mitarbeiterstammes war andererseits erheblich erschwert durch personelle Fluktuation. Es gab Entlassungen wegen schlichter Unfähigkeit genauso wie Abwanderungen aus beruflichen, persönlichen, aber auch aus politischen Gründen. Hinzu kam eine sich verstärkende »Säuberung« des Verwaltungsapparats von missliebigen Elementen durch die sowjetische Besatzungsmacht und die KPD/SED, die mit der Beseitigung des Berufsbeamtentums einherging. Dies entsprach ganz dem Willen der deutschen Kommunisten, die Verwaltungsposten mehrheitlich mit eigenen Parteikadern zu besetzen, um somit die eigene Machtstellung zu erweitern und zu sichern. So war für einen Karriereweg in der Verwaltung letztlich nicht persönliche Qualifizierung und Fähigkeiten eines Kandidaten entscheidend, sondern die »richtige politische Einstellung«, d.h. die unzweifelhafte und vorbehaltlose Zustimmung zu der von der KPD/SED und der Besatzungsmacht bestimmten Politik. Die Ideologie gewann den Vorrang vor der Fachkompetenz. Die am 28. Mai 1948 gegründete »Zentrale Kontrollkommission« (ZKK) erhielt umfassende Vollmachten zum »Kampf um die Sauberkeit der Verwaltung«. Damit wurde – begleitet von Spannungen zwischen SED und CDU/LDP¹⁹⁵ – die Verdrängung bürgerlicher Verwaltungsspezialisten eingeleitet, auf deren Sachkenntnis bisher nicht verzichtet werden konnte.¹⁹⁶ Die SED vermochte nach Gründung der DDR 1949 schließlich das so genannte Nomenklaturprinzip¹⁹⁷ im Verwaltungsapparat durchzusetzen, also die zielstrebige Auswahl, gesteuerte und kontrollierte Heranbildung und Verteilung

192 Kotsch: Karrierewege in Brandenburg, S. 153; Schreckenbach, Hans-Joachim: Der Aufbau einer neuen Verwaltung in Brandenburg im Jahr 1945, S. 257f.

193 Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder, S. 315.

194 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 95, Bl. 99f.

195 Vgl. Kotsch: Karrierewege in Brandenburg, S. 172f.; Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 128f.

196 Mielke: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR, S. 50.

197 Zur umfassenden Anwendung des Nomenklaturprinzips s. etwa Bauerkämper: Die Sozialgeschichte der DDR, S. 40–43; König.: Zum Verwaltungssystem der DDR, S. 18–22; Kotsch: Karrierewege in Brandenburg, S. 180f.; Richert: Macht ohne Mandat, S. 266–270; u. ausführlich Zimmermann: Überlegungen zur Geschichte der Kader, S. 327–335.

von politisch-ideologisch angepassten Führungskräften auf den verschiedenen administrativen Ebenen.

Die Anfänge des »Parteibuchwesens« machten sich in Zauch-Belzig schnell bemerkbar. So zählte man im Landkreis mit Stand vom 14. Januar 1946 auf den verschiedenen Ebenen von den Gemeindeverwaltungen bis zur Kreisverwaltung insgesamt 1468 Angestellte, darunter 350 KPD-Mitglieder (= 23,8%) und 213 SPD-Mitglieder (= 14,5%), aber nur 10 Mitglieder der CDU (= 0,7%) und 4 der LDP (= 0,3%).¹⁹⁸ (Der Anteil der KPD- und SPD-Mitglieder von zusammen 38,8% lag einige Prozentpunkte höher als im Provinzdurchschnitt).¹⁹⁹ Die anderen 891 Verwaltungsangestellten waren (vorerst) parteilos – ein Zustand, der sich durch die zunehmende parteipolitische Durchdringung und Instrumentalisierung ändern sollte. Die Zauch-Belzig Kreisverwaltung bilanzierte im Februar 1950 mit Genugtuung, dass der prozentuale Anteil der Parteilos am Personal des Landratsamtes von 80% Ende des Jahres 1945 auf nur noch 32% im Jahr 1949 beständig gesunken war.²⁰⁰ »Diese günstige Zahlenentwicklung ist das Resultat einer konsequent durchgeführten Personalpolitik, die Schluß gemacht hat mit den althergebrachten Traditionen eines überlebten Berufsbeamtentums.«, wie die Abteilung Innere Verwaltung des Landratsamtes dies selbst einschätzte.²⁰¹

Die Besatzungsmacht nahm fortwährend Einfluss auf die Auswahl des Verwaltungspersonals.²⁰² So z.B. Mitte Juli 1949, als Oberstleutnant Achromin von der sowjetischen Kreiskommandant die Kreisverwaltung Zauch-Belzig anwies, welche Personengruppen bei Postenbesetzungen besonders heranzuziehen seien²⁰³: a) die Jugend mit »guten Wissen und Fähigkeiten«, b) aus der Sowjetunion heimgekehrte ehemalige Kriegsgefangene, die an einer Antifa-Schulung teilgenommen haben²⁰⁴, c) Spezialisten, auch wenn sie keine »demokratische Einstellung« hätten, aber sich loyal zur (SED-gesteuerten) »Nationalen Front« verhielten.

Die Landräte Zauch-Belzigs und der Mitarbeiterstab der Kreisverwaltung

Landräte

In der Zeit von Mitte Mai 1945 bis 1952 übten fünf Männer und eine Frau das Amt des Zauch-Belziger Landrats aus. Sie hießen Beiersdorff, Lange, Menz, Vogt und

198 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 231, Bl. 3.

199 Im Frühjahr 1946, nach der Vereinigung von KPD u. SPD zur SED, waren von allen Behördenangestellten in der Provinz Brandenburg 15.662 SED-Mitglieder (= 34,9%), 714 CDU-Mitglieder (= 1,6%), 332 LDP-Mitglieder (= 0,7%) u. 28.106 parteilos (= 62,7%); Zahlenangaben nach BLHA, Rep. 202 A, Nr. 39, Bl. 2 (auch zitiert bei Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 139, Anm. 9).

200 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 45.

201 Vgl. ebenda.

202 Schon 1946 ordneten die Sowjets an, dass bei der Ämterbesetzung die »politische Zuverlässigkeit« der auszuwählenden Personen über bessere Fachkenntnisse zu stellen sei; vgl. Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 164, Anm. 263.

203 Siehe BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 93, Bl. 118.

204 Ehemalige Kriegsgefangene, die in sowjetischen Antifa-Lagern geschult worden waren, galten anscheinend bei der Besatzungsmacht als besonders zuverlässig; Kotsch: Karrierewege in Brandenburg, S. 157f.

Sydow sowie Frau Stemmler. Allerdings haben Beiersdorff und Lange den Landratsposten nur kommissarisch als Bürgermeister von Belzig wahrgenommen. Da sie auch noch keiner eigenständigen Kreisverwaltung vorstanden, sind sie im Rückblick auch nur pro forma als Landräte zu betrachten.

Alfred Beiersdorff: Am 7. Mai 1945 wurde A. Beiersdorff als Bürgermeister der Stadt Belzig eingesetzt.²⁰⁵ Die Besatzungsmacht gab am 12. Mai 1945 bekannt, dass Beiersdorff nunmehr auch die Geschäfte eines Landrats des Kreises Zauch-Belzig kommissarisch übernommen habe. Nur acht Tage darauf, am 20. Mai, wurde Beiersdorff aus einer Bürgermeistersitzung heraus zum Kreiskommandanten gerufen, der ihm erklärte, er sei sofort seiner Ämter enthoben.

Otto Lange: Der frühere Zauch-Belziger Kreissyndikus O. Lange wurde am 20. Mai 1945 von der Besatzungsmacht als Nachfolger Beiersdorffs zum Landrat und Belziger Bürgermeister berufen.²⁰⁶ Nach der personellen Trennung von Landratsposten und Belziger Bürgermeisteramt Ende Juni 1945 blieb Lange noch wenige Wochen Bürgermeister der Kreisstadt. Dann musste er aufgrund seiner früheren NSDAP-Mitgliedschaft aus dem Verwaltungsdienst ausscheiden.

Friedrich Menz: Ende Juni 1945 ernannte die Kreiskommandantur den Kommunisten F. Menz, vor 1933 Stadtrat in Berlin, zum ersten regulären Nachkriegs-Landrat Zauch-Belzigs.²⁰⁷ Derselbe, geboren am 19. April 1879, war von Beruf Lehrer und seit 1920 Mitglied der KPD. In der Zeit vom 7. Mai 1945 bis zu seiner Berufung zum Chef der Kreisverwaltung hatte Menz als erster Stellvertreter des Belziger Bürgermeisters gearbeitet. Zugleich war er Politischer Leiter der KPD-Ortsgruppe Belzig. Das Verhältnis zwischen Landrat Menz und den Bürgermeistern des Kreises gestaltete sich sehr unharmonisch. Einige Bürgermeister brachten offen ihre Unzufriedenheit mit seiner Amtsführung zum Ausdruck, u.a. auch Richard Sydow, einer seiner späteren Nachfolger. Speziell der Mangel an Durchsetzungsvermögen wurde Menz zum Vorwurf gemacht. Seine KPD-Freunde sahen in ihm »den guten alten Genossen«, der zu allem ja sage.²⁰⁸ Nachdem es bereits Ende August 1945 erste Bestrebungen zu seiner Absetzung gab²⁰⁹, betonte Menz noch am 1. Oktober des Jahres,

205 Die Angaben zu Beiersdorff sind entnommen aus: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 231, Bl. 2; KrA PM, 49.008/1; ebenda, 51.34/14A (Protokoll der Besprechung vom 20.5.1945).

206 Die Angaben zu Lange sind entnommen aus: BLHA, Rep. 330, Nr. 10, Bl. 18; KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 29.6.1945), 51.34/14A (Protokoll der Besprechung vom 20.5.1945).

207 Die Angaben zu Menz sind entnommen aus: BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 532, Bl. 25; Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 113, Bl. 230; Nr. 619, Bl. 754; Rep. 330, Nr. 10, Bl. 18; Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 40; KrA PM, 51.34/14 (Protokolle der Bürgermeistertagungen vom 3.9.1945, S. 3f., vom 1.10.1945, S. 3, vom 29.10.1945, S. 2, vom 3.12.1945, S. 6); KrA PM, 51.34/14A (Bericht vom 10.10.1945, S. 2); Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 2, S. 947.

208 Vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 10, Bl. 1.

209 Der damalige KPD-Kreisleiter Schubert hatte auf »Anraten« des Kreiskommandanten versucht, die Absetzung von Menz beim Oberlandrat Koltzenburg zu erwirken. Schuberts Initiative, die nicht mit der KPD-Bezirksleitung abgesprochen war, scheiterte jedoch. Schubert selbst wurde kurz danach als KPD-Kreisleiter abgelöst; BLHA, Rep. 330, Nr. 10, Bl. 1.

dass er nicht daran denke, aus »Gesundheitsrücksichten« zurückzutreten. Vier Tage darauf musste er jedoch seinen Posten räumen. Er wurde zur Provinzialverwaltung Mark Brandenburg nach Potsdam versetzt, wo er zunächst im Ressort Bodenreform arbeitete. Parallel dazu war er ab November 1945 ehrenamtlicher Mitarbeiter der Abteilung Wirtschafts- und Kommunalpolitik der brandenburgischen KPD-Bezirksleitung und stellvertretender Leiter ihres Kommunalausschusses. Im Februar 1946 hatte Menz den Posten eines Regierungsrates bei der Provinzialverwaltung, Abteilung Arbeit und Sozialwesen, inne. Bis zur Pensionierung blieb er wohl in der Provinzial- bzw. Landesverwaltung beschäftigt. Er starb im Jahr 1952.

Karl Vogt: Nach Menz' Abgang wurde am 8. Oktober 1945 K. Vogt (KPD/SED), geboren am 6. April 1899 in Esslingen am Neckar, zum neuen Landrat berufen.²¹⁰ Er stellte sich am 29. Oktober den Bürgermeistern des Kreises offiziell vor. Seit Jahresende 1945 kam es zu Spannungen persönlicher und politischer Natur zwischen dem Landrat und einigen seiner KPD-Genossen, den Zauch-Belziger KPD-Kreisleiter Schönborn mit inbegriffen. Als Heinrich Rau (KPD), Vizepräsident der brandenburgischen Provinzialverwaltung, anlässlich eines Besuches in Belzig Anfang Februar 1946 vor KPD-Funktionären und sowjetischen Offizieren meinte, Vogt sei nicht gerade der schlechteste Landrat, aber kein guter Kommunist, war dies Wasser auf den Mühlen von Vogts parteiinternen Widersachern. Er schrieb deshalb am 9. Februar 1946 protestierend an Rau, »dass – wenn ich nicht das restlose Vertrauen genieße – ich höflich darum bitte, mich meines Postens als Landrat zu entheben.«²¹¹ Vogt konnte sich zwar zunächst in seinem Amt halten, blieb aber weiterhin unter Beschuss. Er verlor letztlich die Kraftprobe mit Schönborn und Genossen. Im Frühjahr 1946 schloss man ihn auf deren Betreiben aus der SED aus. Damit büßte er zwangsläufig auch den Landratspostens ein. Denn es galt die Regelung: »Der Ausschluss aus einer der antifaschistischen Parteien zieht automatisch die Amtsenthebung aus einer Verwaltungs- und Behördenstellung nach sich.«²¹² Folglich musste Vogt Ende Mai 1946 abtreten, durchaus zum Unmut seiner Mitarbeiter im Landratsamt. Seitens der sowjetischen Kreiskommandantur wurde er hingegen späterhin als überheblich, korrupt und moralisch verkommen diffamiert.²¹³

Richard Sydow: Der am 27. Juli 1889 in Biesendahlshof (nördlich von Schwedt/Oder) geborene R. Sydow (SPD/SED) war gelernter Verwaltungsangestellter.²¹⁴ Als

210 Die Angaben zu Vogt sind entnommen aus: BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 532, Bl. 25; Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 103, Bl. 141f. u. Bl. 146; Nr. 104, Bl. 243; Rep. 330, Nr. 10, Bl. 109; Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 71 (Protokoll über die Einführung des Landrats Sydow vom 31.5.1946); Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 40; KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 29.10.1945, S. 1).

211 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 104, Bl. 146.

212 So erklärte Ministerialdirektor Stresow von der Provinzialverwaltung die Sachlage u. übliche Praxis; BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 71 (Protokoll über die Einführung des Landrats Sydow vom 31.5.1946).

213 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 40.

214 Die Angaben zu Sydow sind entnommen aus: BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 532, Bl. 25; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 6 Rs; ebenda, Nr. 7, Bl. 41; ebenda,

Gemeindevorsteher in Caputh verdiente er sich 1930 bis 1933 erste Meriten im Verwaltungsdienst. Mit Hitlers Machtantritt wurde der Sozialdemokrat (Parteieintritt 1924) aus dem Amt gejagt. Er bestritt seinen Lebensunterhalt während der Zeit der NS-Diktatur als selbständiger Kaufmann. Nach dem Kriegsende leitete R. Sydow den Neuaufbau der Gemeindeverwaltung in Caputh und bekleidete seit Juni 1945 den Posten des Bürgermeisters für Caputh und Umgebung. Er wurde gemeinhin beurteilt als »ein Mann mit guten Umgangsformen und Fähigkeiten.«²¹⁵ Nach seiner Amtseinführung durch Ministerialdirektor Herbert Stresow trat R. Sydow am 1. Juni 1946 den Posten des Zauch-Belziger Landrats an.²¹⁶ Der im Oktober 1946 gewählte Kreistag bestätigte ihn am 18. Januar 1947 einstimmig in seinem Amt. Sydow erfreute sich als Landrat einiger Beliebtheit in der Bevölkerung. Die sowjetische Kreiskommandantur war ihrerseits 1948 der Auffassung, Sydow sei »ein energischer, politisch reifer Mitarbeiter.«²¹⁷ Ab 1949 machte sich hingegen bei den SED-Spitzen des Kreises Unmut über den Arbeitsstil des Ex-Sozialdemokraten breit. Sie betrieben seine Ablösung, und tatsächlich wurde Sydow Ende des Jahres 1950 auf einen Posten bei der Landesregierung »weggelobt« und verließ die Zauch-Belziger Kreisverwaltung. Nach 1952 arbeitete er in der Potsdamer Bezirksverwaltung der Konsumgenossenschaften. R. Sydow starb am 20. September 1964.²¹⁸

Toni (eigentlich: Antonie) Stemmler: Die einzige Frau, die jemals den Zauch-Belziger Landratsposten bekleidete, war eine alte renommierte Parteisoldatin der KPD bzw. SED.²¹⁹ T. Stemmler wurde am 6. November 1892 im schweizerischen Hilterfingen geboren. 1894 übersiedelte ihre Familie nach Deutschland. Nach dem Besuch eines Lehrerinnenseminars war T. Stemmler ab 1916 an einer Volksschule in Berlin-Moabit tätig. Zeitweilig arbeitete sie im Archiv des »Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten«. Von 1929 bis 1931 war sie beim Mosse-Verlag angestellt. 1932 trat sie der kommunistischen Partei bei.

Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler 1933 für einige Tage in Haft, emigrierte T. Stemmler nach Prag, wo sie beim dortigen »Arbeiterverlag« eine Anstellung fand. Drei Jahre später wurde sie wegen illegaler Tätigkeit von den tschechoslowakischen Behörden verhaftet und verlor ihr Aufenthaltsrecht. Stemmler

Nr. 104, Bl. 54; BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 2, Bl. 96; ebenda, Nr. 3, Bl. 140 Rs; ebenda, Nr. 71 (Protokoll über die Einführung des Landrats Sydow vom 31.5.1946); Brandenburgische Gemeinden kurz nach dem Kriegsende, S. 15–18; Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 40.

215 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 103, Bl. 271.

216 Am 3.6.1945 wurde Sydow durch den Präsidenten der Provinzialverwaltung offiziell als neuer Landrat bestätigt; Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Nr. 10 (1946), S. 186.

217 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 40.

218 Mitteilung Kommunalarchiv Schwielowsee (30.01.2007).

219 Umfangreiche biographische Notizen über Stemmler sind enthalten in: KrAPM, III 2783. Angaben zu Stemmler sind außerdem entnommen bei: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 7, Bl. 42f.; Nr. 50, Bl. 6; Nr. 100 (Protokoll der Kreisblocksitzung vom 1.12.1950, S. 4–6); Nr. 238, Bl. 371; Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 2, Bl. 96 u. Bl. 134; www.anarchismus.at/txt5/meierspanien1.htm; www.moebie.de/ueberuns.htm.

gelangte nach Frankreich, arbeitete in Paris für den Verlag »United« und ging 1937 nach Spanien, um am dortigen Bürgerkrieg gegen Franco teilzunehmen. Sie war als Krankenpflegerin der Internationalen Brigaden in Feldlazaretten direkt hinter der Front sowie in den Sanitätszentren von Murcia, Mahoria und Barcelona tätig. Nachdem sie 1939 wieder die französische Grenze überschritten hatte, wurde sie von den französischen Behörden im Lager Gurs interniert. 1941 an die deutsche Geheime Staatspolizei ausgeliefert, konnte Stemmler die Haftzeit in den Konzentrationslagern Ravensbrück (bis 1943) und Auschwitz überleben.

Von August 1945 bis Anfang des Jahres 1947 war sie im Oberlandratsamt Eberswalde beschäftigt. Anschließend arbeitete sie bis 1950 als Frauenrundfunkredakteurin beim Landessender Potsdam. Daneben leitete Stemmler 1948 als Treuhänderin das Biesenthaler Holzkontor. Ab August 1950 war sie Referentin bei der Landesregierung Brandenburg in der Kanzlei des Ministerpräsidenten (im »Förderungsausschuss der Intelligenz«). Auf Bestreben der SED-Kreisleitung, unterstützt durch die SED-Landesleitung, übernahm sie den Zauch-Belziger Landratsposten. Vom Kreistag wurde sie am 28. Dezember 1950 formal zur Landrätin gewählt, um dann am 2. Januar 1951 offiziell die Amtsgeschäfte zu übernehmen. Nach Auflösung Zauch-Belzigs im Zuge der Verwaltungsreform 1952 wurde Stemmler 1. Vorsitzende des Rates des Kreises Potsdam-Land. Aus gesundheitlichen Gründen musste sie im April 1953 aus dem Verwaltungsdienst ausscheiden. 1967 erhielt sie in Würdigung ihrer krankenkpflegerischen Tätigkeit während des spanischen Bürgerkrieges und der KZ-Haft vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes die »Florence-Nightingale-Medaille« in Gold. Toni Stemmler starb am 8. Mai 1976 in Kleinmachnow.

Parteizugehörigkeit und geschlechtsspezifische Zusammensetzung des Personals

Bei der Besetzung der Mitarbeiterposten im Zauch-Belziger Landratsamt zeigte sich seit Herbst 1945 das Bestreben, möglichst viele KPD- und SPD-, späterhin SED-Mitglieder einzustellen. Ende 1945 gehörten von den Mitarbeitern der Kreisverwaltung 36% der KPD, aber nur 3% der SPD an, die anderen 61% waren parteilos.²²⁰ Da es im Gegensatz zu den Kommunisten nicht wenige Sozialdemokraten mit Erfahrung in der Verwaltungsarbeit gab und sich eine Reihe von KPD-Leuten in der Administration schlicht als unfähig erwies, griff man verstärkt auf SPD-Kräfte zurück.²²¹ So stellten im Februar 1946 die Sozialdemokraten 17%, die Kommunisten 21,5% des Personals im Landratsamt. Inzwischen waren auch einige Christdemokraten (1,5%) und Liberal-

220 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 46. Zum Vergleich: Im Landratsamt Angermünde waren am 9.11.1945 insgesamt 205 Mitarbeiter angestellt, von denen 23 (= 11,2%) der KPD, 18 (= 8,8%) der SPD, 2 (= 1%) der CDU u. ebenfalls 2 der LDP angehörten, während die übrigen 160 Mitarbeiter (= 78%) parteilos waren; vgl. Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 259. Die Kommunisten hatten folglich zu jenem Zeitpunkt in der Angermünder Kreisverwaltung längst nicht so einen hohen Personalanteil, insbesondere gegenüber den Sozialdemokraten, wie etwa im Zauch-Belziger Landratsamt.

221 Anfang März 1946 hat der SPD-Bezirksvorstand Brandenburg die Bevorzugung von KPD-Mitgliedern bei der Postenbesetzung auch in scharfer Form kritisiert; vgl. Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 84f.

demokraten (0,5%) in der Kreisverwaltung vertreten.²²² Der Anteil von Mitgliedern der beiden bürgerlichen Parteien blieb allerdings auch in den Folgejahren gering: im Oktober 1947 CDU 4,6% und LDP 1,9%, im Jahr 1948 CDU 3,9% und LDP 0,8%, im Jahr 1949 CDU 7% und LDP 0,6%.²²³ Dies war freilich von der SED und der sowjetischen Kreiskommandantur aus politischen Gründen so beabsichtigt, obwohl in den Reihen von CDU und LDP geeignete Kräfte mit entsprechender Vorbildung vorhanden waren.

Die SED steigerte hingegen stetig die Anzahl ihrer in der Kreisverwaltung tätigen Mitglieder. Im Jahr 1947 gehörten gut 45% der Mitarbeiter des Landratsamtes der Einheitspartei an.²²⁴ Beachtens- und bemerkenswert ist dabei, dass von diesen insgesamt 151 SED-Leuten vor 1933 nur ganze 22 parteigebunden waren, wovon auch nur 6 zur KPD, aber 16 zur SPD gehörten.²²⁵ Im Jahr 1948 besaßen dann 53,1% der Beschäftigten der Kreisverwaltung das SED-Parteibuch, ein Jahr darauf gar 56,7%.²²⁶ Diese Entwicklung resultierte nicht nur aus Neueinstellungen von SED-Mitgliedern, sondern auch daraus, dass parteilose Beschäftigte aus opportunistisch-karrieristischen Beweggründen sich zum Eintritt in die Einheitspartei entschlossen hatten.

Nach der Gründung der Nationaldemokratischen Partei und der Bauernpartei 1948 fanden auch diese beiden Parteien Zugang ins Zauch-Belziger Landratsamt, wenn auch nur im bescheidenen Umfang. 1949 waren unter den seinerzeit 314 Mitarbeitern der Kreisverwaltung 8 NDPD-Mitglieder und 2 DBD-Mitglieder²²⁷, was einem Anteil von 2,5% bzw. 0,6% entsprach.

Über die geschlechterspezifische Zusammensetzung des Personals im Landratsamt liegen für 1947, 1948 und 1949 Angaben vor.²²⁸ Im Stichjahr 1947 waren 60,2% der Mitarbeiter Männer, 39,8% Frauen. Im folgenden Jahr hatte sich der Frauenanteil auf 45,5% erhöht. Und im Jahr 1949 beschäftigte man 166 Männer (52,9%) und 148 Frauen (47,1%) in der Kreisverwaltung. Folglich war der Frauenanteil stetig gewachsen. Allerdings nahmen die Frauen kaum leitende Stellen ein, sondern arbeiteten zumeist als Sekretärinnen, Stenotypistinnen oder Dolmetscherinnen.

Bürgermeister und Angestellte der Stadt- und Gemeindeverwaltungen

Auf den Posten der Bürgermeister und Ortsältesten in den Städten und Landgemeinden Brandenburgs wie auch der anderen SBZ-Länder herrschte von Mai 1945 bis zu den Kommunalwahlen im Herbst 1946 eine unerhörte Fluktuation. Laut den Memoiren von Provinzial- und Ministerpräsident Karl Steinhoff sind in ganz Brandenburg bis zum 10. September 1946 von rund 2180 Bürgermeistern insgesamt 230 entlassen worden, und zwar 101 aus politischen Gründen, 13 aus

222 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 231, Bl. 6.

223 Vgl. ebenda, Nr. 81, Bl. 46 u. Bl. 49.

224 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 46.

225 Ebenda.

226 Vgl. ebenda, Bl. 49.

227 Ebenda.

228 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 46 u. Bl. 49.

kriminellen Gründen, 11 wegen Korruption, 89 wegen Unfähigkeit und 16 wegen Unregelmäßigkeiten.²²⁹ Im Kreis Zauch-Belzig sind wiederum allein im kurzen Zeitraum von Ende September bis Mitte Dezember 1945 bei den Bürgermeistern und Ortsältesten 45 Umbesetzungen nachweisbar, wodurch 29% der Ortschaften des Kreises betroffen waren.²³⁰

In Anbetracht dessen kann man sicherlich von einer ausgeprägten »Heuer-und-Feuer«-Mentalität der Provinzialverwaltung, der Landräte und auch der sowjetischen Kommandanturen sprechen. Jedoch ist zu berücksichtigen, dass speziell in den Wochen unmittelbar nach Kriegsschluss oftmals Personen zu Gemeindeoberhäuptern gemacht wurden, die für solche Posten weder die fachliche noch moralische Qualifikation besaßen. Sowjetische Ortskommandanten hatten einfach nach der Zufallsmethode ihnen geeignet erscheinende Deutsche als Bürgermeister oder Ortsälteste herangezogen.²³¹ Unter diesen somit in »Amt und Würden« gekommene Personen befanden sich nicht wenige Kriminelle. In Borkheide etwa setzte sich die erste Nachkriegs-Gemeindeverwaltung aus ehemaligen Berlinern zusammen, die sich als Antifaschisten ausgaben. »Unter diesen angeblichen Antifaschisten befanden sich recht zwielichtige Gestalten. So war einer dieser Männer mehrmals wegen Sittlichkeitsverbrechen vorbestraft, ein anderer hatte im Konzentrationslager gesessen, weil er Feldpostpäckchen gestohlen hatte.«²³²

Solche Elemente nutzten die ihnen übergebene Amtsgewalt, die ihnen von den sowjetischen Ortskommandanten gewährte Rückendeckung und von den Kommandanturen überlassenen Freiräume skrupellos zum persönlichen Vorteil.²³³ In Zauch-Belzig sorgte speziell der Fall Arthur Sasse für viel Wirbel. Sasse war bei Kriegsende als krimineller Häftling im KZ-Außenlager Niemegk inhaftiert gewesen. Nach seiner Haftentlassung gelang es ihm, sich beim sowjetischen Ortskommandanten von Niemegk als angeblich »alter Kommunist« anzubiedern. Prompt wurde er erster Niemegker Nachkriegs-Bürgermeister. Sasse verfügte über eine beachtliche Redegewandtheit, mit der er Eindruck schinden konnte. Manche sahen in ihm schon einen Kandidaten für das Amt des Zauch-Belziger Landrats.²³⁴ Mitte August 1945 beförderte ihn die Kommandantur zum Bezirksbürgermeister in Treuenbrietzen. Ende September des Jahres war aber für Arthur Sasse das Ende der Fahnenstange erreicht. Es wurde nämlich ruchbar, dass er in Niemegk den Molkereileiter zur Bilanzfälschung gezwungen hatte, wodurch sich Sasse vermutlich selbst Molkereiprodukte widerrechtlich aneignen konnte. Er wurde als Bezirksbürgermeister umgehend abgesetzt und in Haft genommen.

229 Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 257.

230 Vgl. KrA PM, 49.000/2 (für Ende September 1945); BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 95, Bl. 202–205 (für Mitte Dezember 1945).

231 Brunner: Die Verwaltung in der SBZ und DDR, S. 1223.

232 Günther: Die Geschichte der Gemeinde Borkheide, T. 1, S. 41.

233 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 103, Bl. 80–86; Dalitz: »Niemegk meldet Panzeralarm«, S. 65. Dokumente zur KPD-internen Ermittlung im Fall Sasse finden sich in BLHA, Rep. 330 Nr. 103, Bl. 080–086.

234 Vgl. KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 3.9.1945, S. 3).

Manchmal reichten jedoch schon kleinste Unregelmäßigkeiten, sodass ein Gemeindeoberhaupt – oft auf Geheiß der Besatzungsmacht – sein Amt verlor. Sowohl die sowjetischen Kommandanturen wie auch die deutschen Stellen ab Landratsamt²³⁵ aufwärts nahmen selbständig Um- und Neubesetzungen vor, bei denen Mitglieder von KPD/SED eindeutig bevorzugt wurden.

Die kommunistischen Funktionäre vor Ort bedienten sich mitunter ihrer in der Regel guten Verbindungen zur Besatzungsmacht, um ihnen missliebige Bürgermeister aus den Rathäusern zu befördern.²³⁶ So geschehen 1945 im größten Ort Zauch-Belzigs, in Werder/Havel. Die dortigen Kommunisten warfen dem parteilosen Bürgermeister Pfundt vor, er handle selbstherrlich, arbeite nicht mit den Parteien zusammen, – und vor allem spinne er Intrigen gegen seinen Stellvertreter, bezeichnenderweise einen KPD-Mann. Ende September 1945 fassten die Werderaner KPD-Funktionäre eine Resolution, in der sie die Ablösung Bürgermeister Pfundts und seine Ersetzung durch einen Kommunisten forderten. Die Resolution blieb anscheinend zunächst ohne Wirkung. Erst als Pfundt zwei Wochen darauf gegen die extreme Parole »Wer parteilos bleibt, ist ein Nazi!« wettete, unter der eine gemeinsame Kundgebung von KPD und SPD in Werder stattfand²³⁷, kam die Sache ins Rollen. Unter dem Datum des 18. Oktober erhielt Pfundt vom Landrat die Nachricht, er sei sofort seines Amtes enthoben, was der Wunsch der Kreiskommandantur(!) sei, dem sich der Landrat anschließe.²³⁸ Sofort wurde ein kommunistischer Funktionär zum Nachfolger ernannt. In einem KPD-internen Schriftstück vom 24. Oktober heißt es dann, der Ex-Bürgermeister Pfundt ist inzwischen von »russischen Stellen« abgeholt worden.²³⁹

Allein schon der Vorwurf nicht ganz regelkonformer Amtsführung konnte für den Betroffenen harte persönliche Konsequenzen nach sich ziehen. Zum Beispiel sollte im Januar 1946 der Ortsälteste von Zauchwitz wegen Pflichtvernachlässigung auf Anordnung des Beelitzer Bezirksbürgermeisters zunächst vor ein deutsches Gericht und dann gemäß Befehl Nr. 144 der SMAD vor ein sowjetisches Gericht gestellt, also doppelt bestraft werden.²⁴⁰ Der Zauch-Belziger Landrat Vogt gab Anfang März 1946 zu bedenken, es sei schon so, »dass in vielen Orten nur schwer Leute zu finden sind, um als Ortsälteste zu fungieren. Mit den Bürgermeistern ist es nicht anders. Diese sind teilweise der Meinung, dass sie die ihnen auferlegte Verantwortung nicht mehr übernehmen wollen oder können und möchten viele am liebsten in ihre früheren

235 Mitte 1946 zog das Zauch-Belziger Landratsamt Bilanz über die von ihm selbst vorgenommenen Zwangsablösungen: in elf Fällen wurden Gemeindeoberhäupter wegen krimineller Vergehen geschasst, in drei Fällen aus »politischen Gründen«, in einem Fall wegen Korruption; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 103, Bl. 141.

236 Zum Folgenden vgl. KrA PM, 60.18/15 (Sitzungsprotokolle vom 26.9.1945 u. 24.10.1945); ebenda, 60.18/36.

237 Pfundt bezeichnete die Parole als »örtliche Entgleisung«; vgl. KrA PM, 60.18/18. Klar ist, dass diese sich nicht zuletzt gegen ihn, den Parteilosen, richtete.

238 KrA PM, 60.18/36.

239 KrA PM, 60.18/15 (Sitzungsprotokoll vom 24.10.1945, S. 1).

240 BLHA, Rep. 255 Amtsbezirk Beelitz, Nr. 2 (unpaginiert).

Privatstellungen zurück.«²⁴¹ Einen Anreiz, sich an die Spitze einer Landgemeinde zu stellen, versuchte man Mitte 1946 dadurch zu schaffen, indem man die Ortsältesten zu Bürgermeistern »beförderte«, womit eine höhere Aufwandsentschädigung einherging.²⁴²

Naturgemäß brachten die Kommunalwahlen im Herbst 1946 eine nächste Wechselwelle. Immerhin konnten die Ortsoberrhäupter von 118 der 153 Zauch-Belziger Kommunen aufgrund der Wahlergebnisse in ihren Ämtern verbleiben.²⁴³ Die Umbesetzung der Bürgermeisterposten in den anderen Städten und Gemeinden zog sich währenddem eine Weile dahin. Der Grund: Die am Ort wählerstärkste Partei hatte zwar das Recht, den Bürgermeister aus den eigenen Reihen zu nominieren, jedoch bedurfte dieser der Bestätigung durch die Kreiskommandantur. Und der Kreiskommandant lehnte oftmals die zunächst in Vorschlag gebrachten Kandidaten ab.²⁴⁴ Nutznießer dessen war in den meisten Fällen die SED, die somit auch letztlich in Gemeinden den Bürgermeister stellen konnte, in denen sie nicht als stärkste Partei bei den Wahlen abgeschnitten hatte.²⁴⁵

Im Dezember 1946 stellte die Einheitspartei im Kreis 105 Bürgermeister, die CDU 7 und die LDP 10, während 29 Bürgermeister parteilos waren.²⁴⁶ Bereits im folgenden Monat entschlossen sich einige der Parteilosen, unter Druck oder aus Karrieregründen, zum Eintritt in die SED, wodurch sich die Zahl der Bürgermeister der Einheitspartei auf 112 erhöhte. Bis zum Juni 1948 änderten sich die Parteizugehörigkeiten nur unwesentlich (er gab freilich in der Zwischenzeit auch keine Kommunalwahlen). Lediglich die Liberaldemokraten verloren von ihren zehn Bürgermeisterposten drei, die durch Parteilose besetzt wurden. Zwischen Juni 1948 und Juli 1949 erhöhte die SED die Zahl ihrer Bürgermeisterposten von 112 auf 118, was auf Kosten der Parteilosen geschah, die im gleichen Zeitraum von 26 auf 20 Posten absackten. Über die berufliche/soziale Herkunft der Ortsoberrhäupter liegen nur für Juni 1948 und Juli 1949 konkrete Daten vor. Mitte 1948 bekleideten demnach 64 Bauern, 62 Arbeiter, 11 Angestellte, 4 Freiberufler, 9 Gewerbetreibende die Bürgermeisterposten des Kreises, und ein Bürgermeister firmierte unter »sonstige«. Diese Zahlen hatten sich Mitte 1949 leicht zugunsten von Amtsträgern mit »proletarischer Herkunft« verschoben: Im Juli des Jahres wies die Statistik 58 Bürgermeister als Bauern, 71 als Arbeiter, 10 als Angestellte, 8 als Freiberufler und nur noch 4 als Gewerbetreibende aus.

241 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 88, Bl. 53.

242 Ebenda, Nr. 286, Bl. 2.

243 Siehe ebenda, Nr. 95, Bl. 107–110.

244 Vgl. die Vorschlagsliste für die Bürgermeisterposten, BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 93, Bl. 57f., u. die endgültige Bestätigungsliste der Kreiskommandantur, ebenda, Bl. 52f., die in vielen Positionen nicht übereinstimmen. Generell zur Praxis der Besatzungsmacht, missliebige Kandidaten nicht zu bestätigen, S. Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 116f.

245 Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 126, bringt Beispiele aus der Uckermark u. dem Havelland, wie die Besatzungsmacht bei strittigen Stellenbesetzungen zugunsten der SED »nachhalf«

246 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 231, Bl. 114.

Die Angaben über die Parteizugehörigkeit der Bürgermeister in Zauch-Belzig vermitteln allerdings kein Bild davon, dass es auch zwischen 1947 und 1949 zu häufigen Personalwechseln an den Spitzen der Stadt- und Gemeindeverwaltungen kam. Meist baten die Amtsinhaber selbst um ihre Entlassung, sei es aus gesundheitlichen Gründen oder weil sie sich beruflich anders orientieren wollten. In einigen Fällen hatten wiederum die Gemeindevertreter ihrem Bürgermeister das Vertrauen entzogen, was zu dessen Absetzung führte.

Die Gründe für den Amtsverlust konnten aber auch recht anders gelagert sein. Der Bürgermeister von Gollwitz etwa verlor seinen Posten, weil er aufgrund von »Komplikationen« mit einem Wirtschaftskommando der Roten Armee kurzzeitig inhaftiert worden war.²⁴⁷ In Fredersdorf wurde 1948 der Bürgermeister (LDP-Mitglied) wegen Urkundenfälschung in zehn Fällen nach Kontrollratsgesetz Nr. 50 zu zwei Jahren Gefängnis und 10 000 Mark Strafe verurteilt.²⁴⁸ Der Amtsinhaber in Neuendorf bei Brück kam 1949 wegen Wirtschaftsvergehen in Untersuchungshaft und wurde vom Landrat von den Dienstgeschäften suspendiert.²⁴⁹ In Lütte schaltete sich die Besatzungsmacht ein: Als ein Offizier der Kreiskommandantur auf einer Kontrollfahrt 1947 feststellte, dass Lütte mit der Milch-Pflichtablieferung stark in Verzug war, ließ er kurzerhand den dortigen Bürgermeister für fünf Tage inhaftieren und seines Posten entheben.²⁵⁰

Das SED-Parteibuch schützte die Amtsinhaber nicht vor drakonischer Bestrafung, wenn ihnen Unregelmäßigkeiten im Dienst nachgewiesen werden konnten. So flohen 1949 die der Einheitspartei angehörenden Bürgermeister aus Lehnin und Kemnitz (bei Werder), um einer Verhaftung zu entgehen.²⁵¹ Ihr Amtskollege und SED-Genosse in Deetz wurde hingegen im gleichen Jahr im Zusammenhang mit einem Schauprozesses wegen »Unterstützung faschistischer Provokationen« verhaftet.²⁵²

Ebenfalls 1949 erhielten bei allgemeinen Kontrollen der Kommunalverwaltungen rund drei Dutzend Bürgermeister in Zauch-Belzig, ohne Rücksicht auf deren Parteizugehörigkeit, wegen mangelhafter Arbeit und fehlender Qualifikation das Prädikat »nicht tragbar«.²⁵³ Die Kreiskommandantur bzw. Kreisdienststelle der SKK schaltete sich ein und drängte im Oktober des Jahres auf rasche Ablösung dieser Bürgermeister. Dies führte u.a. dazu, dass ein Viertel aller damaligen SED-Bürgermeister des Kreises durch andere Funktionäre der Einheitspartei ersetzt wurde.²⁵⁴

247 Ebenda, Nr. 93, Bl. 183.

248 Ebenda, Bl. 130.

249 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 93, Bl. 108.

250 Ebenda, Bl. 27.

251 Vgl. ebenda, Bl. 134 u. Bl. 146.

252 Ebenda, Bl. 110.

253 Zum Folgenden vgl. ebenda, Nr. 95, Bl. 41; ebenda, Nr. 100, Bl. 662.

254 Vgl. BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 1, Bl. 81. Bei einer Überprüfung der Gemeindeverwaltung Schlalach im Jahr 1950, bei der Unregelmäßigkeiten in der Amtsführung des dortigen Bürgermeisters festgestellt wurden, reagierte die Mehrzahl der Gemeindevertreter auf den Vorwurf, sie hätten nichts gegen die Missstände getan, mit der Entschuldigung, dass wohl der Bürgermeister unantastbar sei, weil derselbe der SED angehöre; vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 90, Bl. 149.

Die »Volkswahlen« von 1950, für die sich aufgrund des Einheitslisten-Prinzips die Bezeichnung Wahlen eigentlich verbot, brachten grundsätzlich eine Mandatsverschiebung in den Parlamenten zugunsten der SED und zuungunsten von CDU und LDP.²⁵⁵ Bei der Besetzung der 151 Bürgermeisterposten²⁵⁶ in Zauch-Belzig nach den Wahlen kam diese Tendenz allerdings nicht zum Tragen. Die Einheitspartei stellte nunmehr 112 Ortsoberrhäupter, was gar eine Einbuße von sechs Posten im Vergleich zum Juli 1949 (s.o.) bedeute. Die anderen Bürgermeisterposten waren jetzt durch 8 Christ- und 7 Liberaldemokraten, 2 Vertreter der Bauernpartei und 22 Parteilose besetzt. Unter den 151 Amtsinhabern befanden sich nur 4 Frauen. Lediglich ein Bürgermeister konnte einen Hochschulabschluss vorweisen, während 17 einen Gymnasial- und 133 den Volksschulabschluss besaßen. Bezüglich der sozialen Herkunft stellten die Arbeiter, Handwerker und Bauern die stärksten Gruppen, die größte Altersgruppierung war die der 51 bis 65-Jährigen.

Eine umfassende und detaillierte Statistik über die Beschäftigten der Gemeindeverwaltungen und städtischen Magistrate Zauch-Belzigs liegt nur vom Oktober 1947 vor.²⁵⁷ Demnach zählte man damals insgesamt 1004 Mitarbeiter (546 Männer, 458 Frauen) in den örtlichen Verwaltungen. Davon wurden bezüglich ihrer beruflich-sozialen Herkunft 308 als Angestellte und 277 als Arbeiter eingestuft, 419 firmierten unter »andere«. Beim Personal mit Parteibindung war die SED selbstredend am stärksten vertreten, auch wenn nicht so übermäßig wie etwa im Landratsamt. Ihr gehörten damals 396 Beschäftigte (39,4%) der Stadt- und Gemeindeverwaltungen im Kreis an. Hingegen nahm sich die Zahl der Angestellten mit anderen Parteibüchern – CDU 29 (2,9%), LDP 25 (2,5%) – sehr bescheiden aus. Die meisten Beschäftigten, und zwar 554 (55,2%), waren seinerzeit allerdings parteilos.

Für die SED war es vor allem Maxime, alle Schlüsselpositionen in den Verwaltungen mit eigenen Leuten zu besetzen. Die Vorherrschaft der Einheitspartei wird etwa am Beispiel des Amtbezirks Groß Kreutz deutlich. Dort waren im Laufe der Jahre 1946 bis 1948 sämtliche leitenden Stellen durchgängig von SED-Mitgliedern besetzt (abgesehen von ein bis zwei Parteilos).²⁵⁸

Entnazifizierung

Unter dem Begriff »Entnazifizierung« wurden die Maßnahmen zusammengefasst, mit denen die Besatzungsmächte nach Kriegsende den Einfluss des Nationalsozialismus auf alle öffentlichen und wirtschaftlichen Bereiche in Deutschland auszuschalten und vormalige NS-Aktivistinnen zu bestrafen trachteten. Während jedoch die westlichen Besatzungsmächte die Entnazifizierung als eine rein politische Säuberung betrachteten, sah die Sowjetunion die Entnazifizierungs-Maßnahmen als Kombination

255 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 93, Bl. 11.

256 Wobei für Zeuden u. Lobbese sowie für Benken u. Lübnitz jeweils nur ein Bürgermeister eingesetzt wurde.

257 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 93, Bl. 264.

258 Vgl. BLHA, Rep. 255 Amtsbezirk Groß Kreutz, Nr. 6.

von politischer Säuberung und gesellschaftlicher Umstrukturierung.²⁵⁹ Dies kam insbesondere in der Beschlagnahme bzw. Enteignung von Betrieben zum Ausdruck, deren Besitzer man einer irgendwie gearteten Verquickung mit dem NS-System beschuldigte. Bei der Entnazifizierung stützte man sich zum guten Teil auf das vor und nach 1945 weit verbreitete Denunziantentum in der deutschen Bevölkerung. Insbesondere wurden personelle »Beurteilungen« durch so genannte Haus- und Straßenbeauftragte, allesamt Vertrauensleute der KPD/SED und der Besatzungsmacht, eingeholt.²⁶⁰

Ein Hauptfeld der Entnazifizierung war die personelle Säuberung von Justiz, Polizei und Verwaltung. Die Entlassung ehemaliger NSDAP-Mitglieder diente in der sowjetischen Besatzungszone nicht nur der Abrechnung mit dem NS-System – wobei gerade Angehörige von KPD und SPD, die während der Hitlerdiktatur verfolgt worden waren, auf eine scharfe Gangart drängten –²⁶¹, sondern sollte zugleich den kommunistischen Führungsanspruch durchsetzen. Bei der Neubesetzung der leergefegten Ämter wurden KPD/SED-Mitglieder gegenüber Mitbewerbern aus dem bürgerlichen Lager bevorzugt.²⁶²

Nach dem Willen Bernhard Bechlers, des für die Entnazifizierung zuständigen ersten Vizepräsidenten der brandenburgischen Provinzialverwaltung²⁶³, sollte in der Mark die Entnazifizierung radikal vorgenommen werden.²⁶⁴ Auf einer Tagung der Landräte und Oberbürgermeister der Provinz in Brandenburg/Havel am 17. Juli 1945 erklärte Bechler kategorisch, von seinem Standpunkt her sei der Verbleib ehemaliger NSDAP-Angehöriger in den Verwaltungen generell unmöglich, und im Verlauf des Monats Juli seien noch vorhandene Ex-PGs aus allen Verwaltungsstellen zu entfernen. Bechler ließ nur eine Ausnahme zu: Die Weiterbeschäftigung früherer PGs sei nur dann statthaft, wenn diese Betroffenen vor Kriegsende unter Einsatz ihres Lebens gegen Hitler gekämpft hätten. Dies war im besten Sinne eine »Lex Bechler«, die der Vizepräsident auf sich persönlich gemünzt hatte. Denn Bechler war selbst als Wehrmachtsoffizier NSDAP-Mitglied gewesen, hatte erst nach seiner Gefangennahme in Stalingrad politisch die Seite gewechselt und wurde NKFD-Frontbevollmächtigter.

Bis zum 1. August 1945 wollte Bechler aus den Land- und Stadtkreisen Berichte über die Entnazifizierungs-Maßnahmen in den Verwaltungen haben.²⁶⁵ Die Masse der

259 Laut Wille: Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, S. 13, muss indes bezweifelt werden, ob in der SBZ die Entnazifizierung von Anfang an als Instrument der Revolutionierung der Gesellschaft nach dem Vorbild des Sowjetsystems gedacht war.

260 Vgl. Schneider: Kommunalverwaltung und -verfassung, S. 308.

261 Vgl. Vollnhals: Entnazifizierung, S. 45.

262 Ebenda, S. 43 u. 48.

263 Die Leitung der Entnazifizierung oblag in den SBZ-Ländern prinzipiell jeweils dem 1. Vizepräsidenten; Wille: Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, S. 54.

264 Zum Folgenden vgl. Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 703–705.

265 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 102, Bl. 71; Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 256; Wille: Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, S. 57.

Landräte und Oberbürgermeister ignorierte diese Aufforderung. Ihre Motive sind klar: Sie wollten nicht Fachkräfte entlassen, die zwar nominell NSDAP-Angehörige gewesen waren, deren Kompetenzen aber für die Verwaltungsarbeit schlicht als unverzichtbar erschienen. Der erzürnte Bechler hakte in einer Weisung vom 9. August 1945 nach: Die Berichte seien nunmehr bis zum 15. August einzureichen unter genauer Angaben, aus welchem Grunde seine Weisungen nicht eingehalten wurden.

Der Vizepräsident verlangte, das sei nochmals betont, die Entlassung aller in den Verwaltungen beschäftigter Ex-NSDAP-Mitglieder. Bechler unterschied nicht etwa zwischen aktiven und nur nominellen PGs. In dieser Radikalität ging er über die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens hinaus, in denen lediglich gefordert wurde, dass alle NSDAP-Mitglieder, die »mehr(!) als nur nominell« in der Partei tätig waren, aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern zu entfernen seien.²⁶⁶ Es könnte Bechlers eigene Vergangenheit gewesen sein, die ihn bewog, sich bei der Entnazifizierung besonders radikal zu gerieren, zumal unter den Augen der sowjetischen Besatzungsmacht.²⁶⁷

Im Kreis Zauch-Belzig wohnten im Oktober 1945 nach amtlichen Angaben insgesamt 95 867 Personen im Alter von über 14 Jahren, von denen als ehemalige Mitglieder der NSDAP 7672 Personen (= 8%), der SA 1021 Personen, der SS 276 Personen sowie von HJ, NSKK und NS-Frauenschaft 4875 Personen registriert waren.²⁶⁸ Die Dunkelziffer lag aber mit Sicherheit höher.²⁶⁹ Von den Ex-PGs im Kreis hatten nach Kriegsende vermutlich rund 150 zunächst eine Anstellung in den öffentlichen Behörden gefunden. Sie verloren im Zuge der Entnazifizierung nach und nach ihre Posten. Das Zauch-Belziger Landratsamt sandte unterm Datum des 1. September 1945 den von Bechler geforderten Entnazifizierungs-Bericht (s.o.) ein.²⁷⁰ Laut Bericht waren seinerzeit im Landkreis noch drei NSDAP-Leute administrativ beschäftigt, weil es für sie noch keinen Ersatz gab. Es handelte sich dabei um einen Angestellten ohne leitende Funktion im Jugendamt des Landratsamtes, der über eine 18-jährige Berufserfahrung verfügte, um einen Architekten beim Magistrat der Stadt Belzig und um den Kreisarzt. Ferner beschäftigte die Bezirksbürgermeisterei Werder/Havel noch zwei PGs mit ausdrücklicher Genehmigung der sowjetischen Stadtkommandantur. Inwieweit dieser Bericht die realen Verhältnisse widerspiegelt, ist indes fraglich. Die Zahl von nur noch fünf administrativ beschäftigten Ex-PGs zu Anfang September 1945 erscheint jedenfalls als äußerst niedrig. Einer späteren Statistik ist zu entnehmen, dass seit Neubildung der Verwaltungen im Mai 1945 bis zum 14. Januar 1946 insgesamt

266 Siehe Vollnhals: Entnazifizierung, S. 107.

267 Der Chef der Propagandaabteilung der SMA Brandenburg beurteilte Bechler 1946 als einen Mann mit gewissen Neigungen zum Karrierismus, der sich jedoch bei ununterbrochener sowjetischer Beeinflussung zu einem (aus SMA-Sicht) zuverlässigen Regierungsmitglied entwickeln würde; vgl. Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 122.

268 BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Landesbehörde Volkspolizei, Nr. 307, Bl. 205.

269 Den Flüchtlingen u. Vertriebenen fiel es zunächst nicht weiter schwer, die frühere Zugehörigkeit zu NS-Organisationen zu verheimlichen, was ihnen trotz ihrer Vergangenheit Aufstiegschancen im öffentlichen Dienst verschaffte; S. Plato/Meinicke: Alte Heimat – neue Zeit, S. 78.

270 Siehe dazu BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 102, Bl. 72.

121 vormalige NSDAP-Mitglieder aus den verschiedenen Verwaltungsbehörden im Kreis entfernt wurden.²⁷¹ Und im Landratsamt allein hatten bis 18. Mai 1946 zwölf frühere PGs ihre Entlassung erhalten.²⁷²

Die Kehrseite der – aus politisch-moralischer Sicht verständlichen – personellen Kahlschläge in den Amtsstuben machte sich schon bald allorts bemerkbar.²⁷³ Eine vernünftige Verwaltungsarbeit war unter solchen Umständen schlicht nicht möglich. Demgemäß musste die brandenburgische Provinzialverwaltung erkennen, dass man sich durch den Verzicht auch auf minderbelastete Fachkräfte unnötig tief ins eigene Fleisch schnitt. Sie genehmigte darum ab Ende August/Anfang September 1945 in dringendsten Ausnahmefällen die Beschäftigung von hochspezialisierten Fachkräften, auch wenn diese der NSDAP angehört hatten.²⁷⁴

Prinzipiell schien sich nun in Brandenburg eine weit moderatere Art und Weise der Entnazifizierung anzubahnen als ursprünglich verkündet. Wie aus einem vertraulichen Schreiben des Zauch-Belziger Landrats an den SED-Kreisvorstand hervorgeht, machte der Leiter der Abteilung Inneres der Provinzialverwaltung, Ministerialdirektor Stresow (wohlgemerkt nicht Bechler selbst!), am 22. Mai 1946 auf einer Tagung im Oberlandratsamt Brandenburg/Havel die beabsichtigte Kurskorrektur bekannt.²⁷⁵ Stresow führte aus, dass nun doch einfache Ex-PGs in den Verwaltungen beschäftigt werden könnten, jedoch sei vorher eine Stellungnahme der Ortsgruppen der »antifaschistisch-demokratischen« Parteien zur Person einzuholen und diese mit einem Einstellungsantrag der Provinzialverwaltung zuzuleiten, die dann die nötigen Schritte bei der SMA Brandenburg unternehmen werde.²⁷⁶ Aber augenscheinlich war der Schwenk der Provinzialbehörde in Sachen Entnazifizierung nicht mit der Besatzungsmacht abgestimmt. Ein von Stresows Ausführungen überraschter Vertreter der SMA wies das Ansinnen der Provinzialverwaltung sofort und brüsk zurück mit den Worten, »dass in den Verwaltungsstellen kein Platz für Nazis sei und dass diese, soweit noch nicht geschehen, sofort zu entfernen seien.«²⁷⁷ Es musste offensichtlich in der Provinz Brandenburg bei einer harten Gangart der Entnazifizierung bleiben.

Möglicherweise hat die SMA Brandenburg just nach dieser Tagung ihre Kommandanturen angewiesen, jetzt erst recht auf die Entfernung aller Ex-PGs Acht zu geben. Die Politabteilung der Zauch-Belziger Kreiskommandantur rühmte sich

271 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 231, Bl. 3.

272 Ebenda, Bl. 2. In der gesamten Provinz Mark Brandenburg wurden bis Frühjahr 1946 insgesamt 10714 Mitarbeiter aus der Verwaltung entfernt, 1945 belastete Personen wurden in den der Provinzialverwaltung direkt unterstellten Körperschaften weiterbeschäftigt; Zahlen nach Meinicke: Die Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone, S. 973.

273 Siehe dazu etwa Wille: Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, S. 72f.

274 Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 256f.

275 Zum Folgenden vgl. das vertrauliche Schreiben des Zauch-Belziger Landrats an den SED-Kreisvorstand über die Tagung am 22.5.46, in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 286, Bl. 79.

276 Diese Verfahrensweise entsprach wohl einer vom zentralen Antifa-Block der Parteien aufgestellten Richtlinie; vgl. Meinicke: Die Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone, S. 972f.

277 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 286, Bl. 79.

später, die gesamte Arbeit der Entnazifizierung im Kreis kontrolliert und gelenkt zu haben.²⁷⁸ Am 13. Dezember 1946 denunzierte ein Offizier der Kreiskommandantur den Landrat bei seinem Vorgesetzten: »Ich melde, dass der Landrat des Kreises Zauch-Belzig nicht nur seinen Verwaltungsapparat, sondern auch die anderen Verwaltungen von den gewissen Nazisten nicht gesäubert hat. Im Gegenteil neue frühere Nazisten einstellte.«²⁷⁹ Als Beweis führte der Offizier an, dass drei frühere NSDAP-Mitglieder Ende November/Anfang Dezember 1946 in der Kreisverwaltung eingestellt worden seien (was in der Tat der Fall gewesen war). Der Kreiskommandant reagierte prompt. Nur einen Tag nach der Anzeige, am 14. Dezember, wies er das Landratsamt an: »Die Militärkommandantur hat befohlen, dass der Herr Landrat des Kreises Zauch-Belzig alle gewissen Nazisten aus seinem Apparat zu entfernen hat und die Vollzugsmeldung mir zu melden.«²⁸⁰ Landrat Sydow musste sich fügen und meldete am 18. Dezember der Kreiskommandantur die Entlassung der drei ehemaligen PGs.²⁸¹

Mittlerweile hatte aber die SMAD-Zentrale in Berlin beschlossen, der Entnazifizierung die bereits im Januar 1946 verabschiedete Kontrollrats-Direktive Nr. 24²⁸² zugrunde zu legen, in der definiert wurde, wer als früherer NS-Aktivist zu entlassen sei. Damit bot sich die Möglichkeit, das Entnazifizierungsverfahren auf der Ebene der SBZ-Länder zu vereinheitlichen.²⁸³ Das System der verschiedenen Entnazifizierungskommissionen erfuhr eine Reorganisation.²⁸⁴

Die Angelegenheit der drei früheren PGs im Zauch-Belziger Landratsamt wurde wieder aufgerollt. Am 17. Januar 1947 informierte Landrat Sydow, sicherlich mit Genugtuung, den Kreiskommandanten darüber, auf Einspruch der drei Entlassenen »beim Ausschuß zur Durchführung der Direktive Nr. 24 des Alliierten Kontrollrates hat dieser entschieden, daß die Genannten mit täglicher Kündigung wieder beschäftigt werden können bis die endgültige Entscheidung der [Landes-] Regierung und der SMA hier vorliegt.«²⁸⁵

Andrerseits stolperten gerade nach Übernahme der Kontrollrats-Direktive Nr. 24 durch die sowjetische Militäradministration eine Reihe von Bürgermeistern in Zauch-Belzig über ihre eigene Vergangenheit. In Hohenwerbig, Lehnsdorf, Michendorf und Zeuden mussten die Gemeindeoberhäupter aufgrund ihrer (zuvor verheimlichten)

278 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 13.

279 Ebenda, Nr. 94, Bl. 405.

280 Ebenda, Bl. 405.

281 Ebenda, Nr. 231, Bl. 171.

282 Veröffentlicht in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 5 (1946), S. 98–115. Abgedruckt in: Rößler: Die Entnazifizierungspolitik der KPD/SED, S. 64–81; Auszug abgedruckt in: Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, S. 383f.; Vollnhals: Entnazifizierung, s. S. 107–118.

283 Meinicke: Die Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone, S. 975f.; Vollnhals: Entnazifizierung, S. 49 u. 167; Wille: Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, S. 135. Die SMA Brandenburg befahl am 3.12.1946 der brandenburgischen Provinzialverwaltung, mit der Durchführung der Direktive Nr. 24 zu beginnen; Wille: Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, S. 138.

284 Siehe Wille: Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, S. 139–141.

285 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 231, Bl. 162.

Aktivitäten in NS-Organisationen ihre Posten räumen.²⁸⁶ Der Bürgermeister von Buchholz bei Niemegk wiederum war seit 1923 ununterbrochen im Amt gewesen²⁸⁷, derjenige in Zauchwitz seit 1943²⁸⁸, und der Bürgermeister in Schönefeld hatte bereits 1937 bis 1944 dieses Amt ausgeübt.²⁸⁹ Auch diese drei wurden geschasst. In Locktow musste der Bürgermeister 1947 zurücktreten, nachdem ruchbar wurde, dass er während des Krieges Sonderführer der Wehrmacht im Osten gewesen war (weshalb er auch noch zeitweilig in NKWD-Haft kam).²⁹⁰ Sein Amtskollege in Schmergow wurde 1948 als NS-(Kriegs?-)Verbrecher angeklagt und in das Polizeigefängnis in Brandenburg/Havel eingeliefert.²⁹¹

Allgemein kam es SBZ-weit durch die Kontrollratsdirektive Nr. 24 zu einer neuen Welle von Entlassungen.²⁹² Dies riss nochmals empfindliche Lücken in Verwaltung und auch Wirtschaft, so dass im Frühjahr 1947 alle Parteien eine mildere Vorgehensweise forderten. Die SMAD entsprach dem im August 1947 mit ihrem Befehl Nr. 201²⁹³, der den Weg für die Rehabilitierung der nominellen NSDAP-Mitglieder ebnete.

Die vom Landrat geleitete Entnazifizierungskommission des Kreises Zauch-Belzig (deren Akten im BLHA überliefert sind²⁹⁴) war für Rehabilitationsverfahren zuständig. Sie hatte im Oktober 1947 die Fälle zweier als NS-belastet geltender Verwaltungsangestellter zu verhandeln. Der eine, beschäftigt als Sachbearbeiter im Bürgermeisteramt Treuenbrietzen, war zwar kein PG, aber Absolvent einer »Nationalpolitischen Erziehungsanstalt« (Napola), d.h. eine NS-Eliteschule, gewesen. Er war jedoch auf diese Schule gekommen, bevor sie zur Napola umgewandelt wurde. Somit gab es für die Entnazifizierungskommission keine Bedenken, die Weiterbeschäftigung des Mannes zu gestatten.²⁹⁵ Der zweite Fall betraf einen Mann aus Belzig, der seit 1942 aus beruflichen Gründen nominelles Mitglied der Nazi-Partei war. Als entlastend

286 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 93, Bl. 26 (Zeuden), Bl. 30 (Lehnsdorf), Bl. 35 (Michendorf), Bl. 205 (Hohenwerbig).

287 Ebenda, Bl. 31.

288 Ebenda, Bl. 33. Dass die Bürgermeister von Buchholz u. Zauchwitz 1945 nicht aus ihren Ämtern entfernt worden waren, legt die Vermutung nahe, dass die personellen Säuberungen trotz der von Vizepräsident Bechler formulierten Radikalität nicht überall bis zur untersten Ebene greifen konnten. Wahrscheinlich hatten mancherorts die sowjetischen Kommandanturen die Entlassung von Bürgermeistern verhindert, die trotz NS-Vergangenheit ihr Vertrauen genossen.

289 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 93, Bl. 34.

290 Ebenda, Bl. 24.

291 Ebenda, Bl. 242.

292 Zum Folgenden vgl. Meinicke: Die Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone, S. 976–978; Vollnhals: Entnazifizierung, S. 49–52 u. S. 167; Wille: Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, S. 141–143 u. S. 163–167.

293 Abgedruckt in: Rößler: Die Entnazifizierungspolitik der KPD/SED, S. 147–158; Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 489–492; Vollnhals: Entnazifizierung, S. 206–209.

294 Die überlieferten Akten der Kreis-Entnazifizierungskommission finden sich in BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 634 u. Rep. 203 Entnazifizierungskommission. Diesen Akten nach zu urteilen, hatten sich die Kommissionsmitglieder in der Hauptsache mit NS-belastetem Schulpersonal zu beschäftigen.

295 BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 634, Bl. 269f.

hielt man ihm zu Gute, dass er einst von 1925 bis 1933 der SPD angehört hatte. Die Kommission war auch mit seiner Beschäftigung im öffentlichen Dienst einverstanden.²⁹⁶

Das offizielle Ende der Entnazifizierung in der SBZ verkündete der SMAD-Befehl Nr. 35²⁹⁷ vom 26. Februar 1948, wonach die Tätigkeit der Entnazifizierungskommissionen²⁹⁸ vom 10. März 1948 ab einzustellen war. Im Befehl hieß es u.a.: »Ehemalige Mitglieder der Nazipartei und deren Gliederungen, die ihrer Posten in öffentlichen Ämtern und in Betrieben enthoben oder von diesen Posten abgesetzt wurden, aber ihre Wahlrechte laut Gesetz nicht einbüßten, können sich durch ehrliche und loyale Arbeit im Laufe der Zeit die Rückkehr zu ihrer Tätigkeit im Verwaltungsapparat in ihrem Fach verdienen.«²⁹⁹ Der Weg in den Polizeiapparat und in das Justizwesen sowie leitende Posten in der Verwaltung sollten indes laut Befehl den Ex-NSDAP-Mitgliedern bis auf weiteres versperrt bleiben. In der Praxis blieb dann den früheren PGs auch nach ihrer Rehabilitierung in aller Regel die Rückkehr in die höhere Verwaltung und in den Polizei- und Justizdienst verwehrt.³⁰⁰

Polizei und Justiz

Die Polizei wurde nach Kriegsende in der SBZ zunächst kommunal organisiert und den örtlichen Verwaltungen unterstellt. Der Landrat war damit (pro forma) Polizeichef auf Kreisebene. Die Polizeiorgane erfuhren im Zuge der Entnazifizierung eine besonders durchgreifende Säuberung. Alle Polizeibeamten aus der Zeit vor Kriegsende, egal, ob NSDAP-Mitglieder oder nicht, wurden entfernt und an ihrer Stelle Kommunisten eingestellt bzw. Personen, die sich den kommunistischen Funktionären unterordneten.³⁰¹

In Zauch-Belzig hat »Polizeikommandeur« Richard Franke³⁰² (KPD/SED) im Juni/Juli 1945 die Polizei im Auftrag des sowjetischen Kreiskommandanten aufgebaut.³⁰³ Im August 1945 kam in den Zauch-Belziger Städten auf je 400 bis 500 Einwohner

296 Ebenda, Bl. 339.

297 Abgedruckt in: Rößler: Die Entnazifizierungspolitik der KPD/SED, S. 257f.; Um ein anti-faschistisch-demokratisches Deutschland, S. 588–590; Vollnhals: Entnazifizierung, S. 212–214. Zur Resonanz der deutschen Bevölkerung auf diesen Befehl s. Wille: Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, S. 204f.

298 Die Unterlagen der Entnazifizierungskommission des Kreises Zauch-Belzig mussten weisungsgemäß an die Landesregierung Brandenburg abgegeben werden; vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 230, Bl. 13.

299 Siehe Vollnhals: Entnazifizierung, S. 213.

300 Ebenda, S. 168.

301 Bessel: Grenzen des Polizeistaates, S. 225f.; Schneider: Innere Verwaltung/Deutsche Verwaltung des Innern, S. 212.

302 Der Kommunist Franke war von Beruf eigentlich Zimmermann. Landrat Vogt stellte ihm im Frühjahr 1946 in einem Bericht kein gutes Zeugnis aus: Franke fehlten Fachkenntnisse u. an leitender Stelle sei er nicht der richtige Mann; er habe mangelnde organisatorische Fähigkeiten u. setze sich nicht genügend gegenüber den Polizisten durch; »Seine Instruktionsstunden entsprechen keineswegs solchen, weshalb die ihm unterstellten Polizisten auf einem entsprechenden Niveau stehen und ihren Dienst nicht so versehen, wie ein Polizeidiens versehen werden muss.«; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 103, Bl. 228.

303 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 125, Bl. 3.

ein Polizist, wobei in jedem einzelnen Dorf eigens ein Polizeimann eingesetzt worden war. Über die Hälfte der Schutzmänner besaß das KPD-Parteibuch.³⁰⁴ Der Polizeiapparat des Kreises war zu jener Zeit personell stark aufgebläht. Franke berichtete am 13. August an die Provinzialverwaltung, dass die Personalstärke der ihm unterstehenden Schutzmänner reduziert werden müsste, aber erst wenn die Ansprüche der Kreiskommandantur geringer würden. Wie Franke weiter berichtete, konnte die Bekleidung und Ausrüstung noch nicht einheitlich geregelt werden. Als Bewaffnung seien Seitengewehre vorgesehen. Da noch keine einheitliche Uniformierung möglich war, hatte man die Ordnungshüter durch Armbinden kenntlich gemacht.

Polizisten, lediglich mit Bajonetten bewaffnet, anstelle von Uniformen nur mit Armbinden ausgestattet – respektzerheischende »Vertreter von Recht und Ordnung« stellte man sich anders vor, zumal in den Wirren und unsicheren Verhältnissen der Nachkriegsmonate. Die Sowjets selbst nahmen die improvisierte Polizei nicht wirklich ernst.³⁰⁵ Und für die deutsche Bevölkerung galt generell das, was ein KPD-Funktionär aus Werder formulierte: »Bei irgendwelchen Vorkommnissen stets erst Kommandantur und dann Polizei benachrichtigen.«³⁰⁶

Im August 1945 hatte die brandenburgischen Provinzialverwaltung begonnen, die Polizei zu reorganisieren und zu vereinheitlichen.³⁰⁷ Neu gegliedert in Ordnungs-, Verwaltungs- und Kriminalpolizei wurden die Sicherheitskräfte den Bürgermeistern, Oberbürgermeistern und Landräten unterstellt. Übergeordnete Polizeibehörden waren die Oberlandräte und der Präsident der Provinzialverwaltung. Die Abteilung IX der Provinzialverwaltung bzw. der 1. Vizepräsident Bechler leitete die Polizeichefs der Kreise direkt an. Auch erhielten die Schutzmänner nunmehr Schusswaffen aus Beständen der Roten Armee³⁰⁸, musste sie sich doch oft genug bei Konfrontationen mit Gewaltverbrechern ihrer eigenen Haut erwehren.³⁰⁹

Im März 1946 ordnete die Provinzialverwaltung konkrete Umstrukturierungen bei den Zauch-Belziger Polizeikräften an.³¹⁰ Die Ortspolizeibehörden in Städten unter

304 Ende 1945 waren von insgesamt 158 Kreispolizisten 112 Mitglieder der KPD u. 18 der SPD, Angehörige von CDU u. LDP waren in der Kreispolizei überhaupt nicht vertreten; vgl. BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Landesbehörde Volkspolizei, Nr. 305, Bl. 242.

305 So ist überliefert, dass ein Ortspolizist in Buchholz bei Beelitz, der sich einem fremden sowjetischen Offizier gegenüber mit seinem Polizeidokument auswies, von diesem mit einem Ochsenziemer geschlagen wurde, wobei der Offizier meinte, er könne sich mit diesem Schein den Hintern wischen; Um Beelitz harter Kampf, S. 47 (Erlebnisbericht T. Karsch, Buchholz). Auch war die Polizei gegenüber den Besatzungstruppen hilflos, da ihr der Waffengebrauch gegen uniformierte Sowjetsoldaten untersagt war; Bessel: Grenzen des Polizeistaates, S. 225. Zur Hilflosigkeit der Polizisten gegenüber Kriminellen aus den Reihen der Besatzungsmacht s. auch Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 450.

306 KrA PM, 60.18/15 (Protokoll der Funktionärssitzung vom 26.9.1945, S. 1).

307 Zum Folgenden vgl. Schreckenbach: Allgemeine Verwaltungsgeschichte, S. 23; ders.: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 255f.

308 Jedoch erst 1946 erlaubte die SMAD allgemein die Bewaffnung der deutschen Polizei; vgl. Bessel: Grenzen des Polizeistaates, S. 227.

309 Vgl. die Meldungen u. Berichte der Kreispolizei 1945/46, in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 126, passim.

310 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 127, Bl. 53.

5000 Einwohnern wurden demnach mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Die Iststärke der Polizei im Kreis betrug zu jener Zeit 122 Uniformierte, 18 Kriminalisten – und 7 Mann »politische Polizei« (diese, unmittelbar angeleitet durch die Kreis-Operativgruppe des sowjetischen Sicherheitsapparates³¹¹, waren offensichtlich ausnahmslos KPD-Mitglieder).³¹² Die Sollstärke wurde jetzt von der Provinzialverwaltung auf 206 Uniformierte und 18 Kriminalisten, d.h. insgesamt 224 Mann festgesetzt. Die Abteilung IX der Provinzialverwaltung muss diese Anweisung jedoch schon wenige Tage später revidiert haben, denn Ende April 1946 veranschlagte man den Soll-Personalbestand der Polizei in Zauch-Belzig auf nunmehr 206 Stellen in der Ordnungspolizei, 28 Stellen in der Verwaltungspolizei und 27 Stellen in der Kriminalpolizei, was eine Gesamtstärke von 261 Polizisten ergab.³¹³ Mittlerweile war die Polizei mit 57 Pistolen und 5 Karabinern bewaffnet worden.³¹⁴

Da 1945 sämtliche alten Polizeibeamten entlassen worden waren, musste zunächst ein komplett neuer Personalstamm aufgebaut werden.³¹⁵ Hierfür rekrutierte man Kommunisten bzw. Leute, die zumindest als entschieden »antifaschistisch« galten. Die neuen Ordnungshüter kamen hauptsächlich aus den Reihen der Arbeiterschaft.³¹⁶ In die neuen Polizeiorgane gelangten 1945 auch in nicht geringer Anzahl zwielichtige Gestalten, die ihre gewonnenen Befugnisse skrupellos zu eigenem Vorteil ausnutzten.³¹⁷ Aus Niemegk ist überliefert, dass die dortige Polizeitruppe von 1945/46 nicht nur schießwütig war, sondern sich gern auch mal per »Beschlagnahme« Lebensmittel und fremde Privatgegenstände unter die eigenen Nägel riss.³¹⁸ In Werder/Havel sorgte im Herbst 1945 ein »Schutzmann« für Verunsicherung und Empörung in der Bevölkerung, weil er zusammen mit einem Rotarmisten einen Diebstahl beging.³¹⁹ Solche Elemente waren auf Dauer freilich nicht tragbar. Sie wurden nach und nach entfernt, ebenso wie andere Polizeiangehörige, die aus Sicht der Besatzungsmacht und der KPD/SED politisch unzuverlässig waren oder schlicht als unfähig galten. Im Ergebnis wurde der Personalbestand der Polizei im Kreis zwischen Sommer 1945 und Mitte des Jahres 1948 zu nicht weniger als 95% ausgewechselt.³²⁰

311 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 80.

312 Ein kleines Beispiel, wie in der Regionalgeschichtsschreibung der DDR wenig angenehm erscheinende Fakten u. Daten einfach ignoriert wurden: W. Mickin, ehemals Stellvertreter des Oberlandrats von Brandenburg/Havel, schreibt 1989 (in: ders./Georgino: Macht des schweren Anfangs, S. 57) ebenfalls, dass die Zauch-Belziger Polizei März 1946 122 Uniformierte u. 18 Kriminalisten zählte, indes verschweigt er das Vorhandensein der 7 Mann (kommunistischer) »politischer Polizei«.

313 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 127, Bl. 81f.

314 Mickin/Georgino: Macht des schweren Anfangs, S. 57.

315 Allerdings war der Preis für diese personelle Umwälzung sehr hoch: in der ganzen Provinz Brandenburg z.B. musste bis Ende 1946 rund die Hälfte der Personalbestandes wiederum erneuert werden, wobei die meisten der Ausgeschiedenen auf eigenen Wunsch den Dienst quittierten; vgl. Fait: (Mark) Brandenburg, S. 95.

316 Vgl. Bessel: Grenzen des Polizeistaates, S. 225f.

317 Darauf weist auch Bessel: Grenzen des Polizeistaates, S. 227, hin.

318 Vgl. Dalitz: »Niemegk meldet Panzeralarm«, S. 70–72.

319 Vgl. KrA PM, 60.18/33.

320 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 79.

Mit dem Jahr 1947 setzte auf SBZ-Ebene die Zentralisierung des – mehr und mehr von der SED gesteuerten – Polizeiwesens ein.³²¹ Sukzessive löste man die Polizei aus der Kommunalverwaltung heraus. Die Deutsche Verwaltung des Innern wurde zur zentralen Polizeiverwaltung der sowjetischen Besatzungszone. Die Organisation der Polizei in den einzelnen SBZ-Ländern veränderte man nach einem einheitlichen Schema. 1948 unterstellte das Land Brandenburg die Polizeikräfte auf Kreis- und Gemeindeebene vollständig der Landespolizeibehörde und übernahm die gesamte Finanzierung durch den Landeshaushalt. Mithin schied das Polizeiwesen aus dem Aufgabenbereich des Landrats aus. Die »Deutsche Volkpolizei Land Brandenburg« (so die offizielle Bezeichnung ab Mai 1949) unterstand sowohl dem brandenburgischen Innenminister als auch der Deutschen Verwaltung des Innern bzw. dem DDR-Innenministerium.³²²

Vielfach hatten sowjetische Kommandanten im Sommer 1945 örtliche Gerichte eingesetzt oder bestätigt.³²³ Daraus ergab sich eine Vielfalt nebeneinander bestehender Gerichte³²⁴, die von den Kommandanten mit unbelasteten, aber meist juristisch ungeschulten Personen besetzt wurden. Die SMAD vertrat den Standpunkt, Gerichtspersonen müssten keine ausgebildeten Juristen sein.³²⁵ Freilich waren die professionellen Juristen zum größten Teil NSDAP-Mitglieder gewesen, und die Besatzungsmacht wollte ehemalige PGs generell aus dem Justizwesen verbannen, womit sie sowohl mit der KPD als auch der SPD im Einklang stand.³²⁶

In Zauch-Belzig ordnete der Kreissyndikus Dr. Erdmann gemäß einem Befehl des Kreiskommandanten Ende Juni 1945 für jede Bezirksbürgermeisterei die Einrichtung eines »Bezirksgerichts« an.³²⁷ So arbeitete z.B. in Belzig ab dem 13. Juli ein solches Bezirksgericht.³²⁸ Die für Lehnin und Werder gebildeten Gerichtsbezirke verursachten indes Schwierigkeiten bei der räumlichen Abgrenzung zum Sprengel des Amtsgerichts Brandenburg/Havel, das seine Arbeit wieder aufgenommen hatte.

Die brandenburgische Provinzialverwaltung begann ihrerseits Ende August 1945, Aufbau, Zuständigkeit und Arbeitsweise der Justiz in der Mark zu reorganisieren.³²⁹

321 Zum Folgenden vgl. Brunner: Die Verwaltung in der SBZ und DDR, S. 1265; Schneider: Innere Verwaltung/Deutsche Verwaltung des Innern, S. 212f.; Schreckenbach: Allgemeine Verwaltungsgeschichte, S. 31.

322 Im Jahr 1949 war das Zauch-Belziger Kreisgebiet in 11 Polizeirevier-Bezirke unterteilt: Werder/Havel, Groß Kreutz, Lehnin, Michendorf, Beelitz/Mark, Golzow, Brück, Treuenbrietzen, Niemegk, Belzig, Wiesenburg; S. Amtliches Kreisblatt des Kreises Zauch-Belzig, Nr. 23 (1949).

323 Amos: Justizverwaltung in der SBZ/DDR, S. 1f.; Schreckenbach: Allgemeine Verwaltungsgeschichte, S. 23; ders.: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 251f.

324 Pohl: Justiz in Brandenburg 1945–1955, S. 16: »Dieser unstrukturierte Wildwuchs des Gerichtswesens war auf Initiative der lokalen Herrschaftsträger zustande gekommen, resultierte aber aus dem Zusammenbruch zentraler Justizorgane und des ganzen Kommunikationssystems.«

325 Vgl. KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 29.6.1945, S. 2).

326 Vgl. Welsh: Deutsche Zentralverwaltung für Justiz, S. 224.

327 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 186, Bl. 45 u. Bl. 84; KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 29.6.1945, S. 2).

328 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 55, Bl. 53.

329 Zum Folgenden vgl. ebenda, Nr. 186, Bl. 13.

So konferierte am 1. September 1945 Vizepräsident Georg Remak mit dem Zauch-Belziger Landratsamt. Remak kündigte an, dass die organisatorische Verknüpfung von Kommunalverwaltung und Justiz demnächst gelöst werde. Alle ehemaligen NSDAP-Mitglieder seien auf allen Ebenen des Justizwesens zu entfernen (wozu der 1. Vizepräsident Bechler am 18. September noch einen besonderen Erlass herausgab).³³⁰ Remak orientierte auf die Beibehaltung (besser gesagt: Wiedereinrichtung) der Amtsgerichtsbezirke, wie sie vor dem Einmarsch der sowjetischen Truppen bestanden, da sich diese Einteilung bewährt habe. Seitens des Zauch-Belziger Landratsamts wurde ihm jedoch erwidert, dies sei nicht ohne weiteres möglich, weil der sowjetische Kreiskommandant eine kreisweise Gliederung des Gerichtswesens »wünsche«, d.h. alle Orte des Kreisgebietes sollten auch zu Gerichtsbezirken innerhalb des Kreisgebietes gehören. Remak akzeptierte diesen Einwand. Ansonsten gab der Vizepräsident angesichts des hindernisreichen Aufbaus einer funktionierenden Justiz die – wenig ermutigende – Devise an das Landratsamt aus: »Im übrigen gelte zunächst für alle praktischen Aufgaben [...] der Grundsatz: ›Hilf Dir selbst, dann hilft Dir Gott!‹.«³³¹

Drei Tage darauf wurde mit dem SMAD-Befehl Nr. 49³³² vom 4. September 1945 die Wiederherstellung der Gerichtsorganisation nach dem Stand vor dem 1. Januar 1933 angeordnet.³³³ Das gemäß dem Befehl aufgebaute Gerichtswesen glich organisatorisch weitgehend dem vor dem Kriegsende. Gerichte erster Instanz waren die Amtsgerichte, zweiter Instanz die Landgerichte. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1945 verfügte die Provinz Brandenburg auch über ein eigenes Oberlandesgericht mit Sitz in Potsdam. Zauch-Belzig wurde dem Sprengel des Landgerichts Potsdam zugeordnet. Im Kreis nahmen im September 1945 die Amtsgerichte Belzig, Beelitz/Mark, Werder/Havel und Treuenbrietzen mit nahezu den gleichen Sprengeln wie vor dem Kriegsende wieder ihre Arbeit auf.³³⁴ Die Provinzialverwaltung übernahm die Justizhoheit und erklärte die Kommunalisierung des Rechtswesens für beendet, d.h., den Gemeinden, Städten und Kreisen wurde jeder Eingriff in die Justizhoheit untersagt. Dies war ein Beispiel für die Kontinuität der Staatsorganisation bei sich änderndem Inhalt.

Durch eine besonders radikale Entnazifizierung waren seit Herbst 1945 in der ganzen SBZ viele Richterposten und Staatsanwaltsstellen verwaist.³³⁵ Der drückenden

330 Ebenda, Bl. 117.

331 Ebenda, Bl. 13 Rs.

332 Zum SMAD-Befehl Nr. 49 s. Wentker: Justiz in der SBZ/DDR, S. 103f. Der Text des Befehls ist abgedruckt in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 142–143.

333 Zum Folgenden vgl. Pohl: Justiz in Brandenburg 1945–1955, S. 24f.; Schreckenbach: Allgemeine Verwaltungsgeschichte, S. 23; ders.: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 252f.

334 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 186, Bl. 86.

335 Zur Entnazifizierung im Justizwesen s. Amos: Justizverwaltung in der SBZ/DDR, S. 138–151; Pohl: Justiz in Brandenburg 1945–1955, S. 25–27; Wentker: Justiz in der SBZ/DDR, S. 103–118. Zum Folgenden vgl. Amos: Justizverwaltung in der SBZ/DDR, S. 153–166; Pohl: Justiz in Brandenburg 1945–1955, S. 32f.; Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 254; Welsh: Deutsche Zentralverwaltung für Justiz, S. 224f.; Wentker: Justiz in der SBZ/DDR, S. 134–145; Wille: Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, S. 76–82.

Personalknappheit wollte man speziell durch in Kurzlehrgängen ausgebildete Laien, so genannte »Volksrichter«, begegnen. Von den Teilnehmern der Volksrichter-Lehrgänge war die übergroße Mehrheit Mitglied der KPD oder SPD, dann der SED. Die Besatzungsmacht sowie KPD/SED versprachen sich von der Volksrichterschaft eine »gesellschaftspolitische Erneuerung« der Justiz, die sie zugleich mit dem Ziel einer stärkeren parteipolitischen Lenkung des Justizwesens verbanden. Die Kommunisten standen aber vor dem Dilemma, umgehend aus den eigenen Reihen parteipolitisch verlässliche Leute mit höherem Bildungsniveau für den Justizdienst zu gewinnen. So heißt es in einem Aufruf der KPD-Kreisleitung Zauch-Belzig vom 14. Januar 1946: »Der Aufbau einer wirklich demokratischen Rechtssprechung in kurzer Zeit verlangt von uns die Heranbildung politisch und charakterlich einwandfreier und für den Justizdienst geeigneter Genossen.«³³⁶

Inwiefern KPD/SED politisch unliebsame – in der Regel bürgerliche – Volljuristen durch die Volksrichter verdrängt sehen wollten, veranschaulicht eine Rede des SED-Referenten Leiniger auf einer Tagung der Einheitspartei im März 1947 in Brandenburg/Havel.³³⁷ Leiniger verlangte die »Ausmerzungen« von immer noch »reaktionären« Vollrichtern: »Uns in der Partei ist jedenfalls ein Volksrichter mit wirklich einwandfreier Vergangenheit und politischer Zuverlässigkeit lieber als ein Vollrichter, der nur den günstigen Augenblick abwartet, um zu gegebener Zeit umzufallen und ins andere Lager [In welches? Das der CDU/LDP, das der westlichen Besatzungsmächte?] überzuwechseln.«³³⁸ Die Bedingungen, um Volksrichter zu werden, waren nicht allzu hoch geschraubt, wie Leinigers Ausführungen zu entnehmen ist: Volksrichter können alle diejenigen werden, »die nach Absolvierung einer [SED-]Parteischule das Zeug dazu mitbringen, in einem 8 monatlichen Lehrgang wenigstens die Grundbegriffe des öffentlichen Rechts [zu] beherrschen.«³³⁹

Doch trotz der klaren parteipolitischen Bindung der meisten Teilnehmer der Volksrichterlehrgänge waren die Inhalte ihrer Ausbildung bis 1948 nur teilweise politisch-ideologisch bestimmt.³⁴⁰ Auch wird oftmals, wie D. Pohl betont³⁴¹, die Bedeutung der Volksrichter für die ersten Jahre der Justizentwicklung in der SBZ überschätzt. Mit wirklich nicht viel mehr als der Kenntnis rechtlicher Grundbegriffe gewappnet, zeigten sich diese Laienrichter im Justizalltag oft überfordert. Bis 1948 blieb das Bild der Justiz durch bürgerliche Volljuristen geprägt. Überhaupt trug die Rechtsprechung der ersten Nachkriegsjahre in der SBZ, von Ausnahmen abgesehen, kaum das Signum einer SED-Justiz.³⁴² Die Einheitspartei hatte das Rechtswesen noch nicht gründlich mit eigenen Leuten durchdringen können. Von den Richtern und Staatsanwälten im

336 BLHA, Rep. 330, Nr. 74, Bl. 51 (Unterstreichungen wie im Original).

337 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 127, Bl. 217f.

338 Ebenda, Bl. 218.

339 Ebenda, Bl. 217.

340 Vgl. Amos: Justizverwaltung in der SBZ/DDR, S. 166–168; Pohl: Justiz in Brandenburg 1945–1955, S. 34.

341 Pohl: Justiz in Brandenburg 1945–1955, S. 32.

342 Ebenda, S. 98.

Kreis Zauch-Belzig etwa gehörten im Februar 1948 nur zwei der Einheitspartei an, drei waren Mitglied der CDU, einer der LDP, zwei waren parteilos.³⁴³

Der Umbruch, die »Gleichschaltung« setzte 1948 massiv ein.³⁴⁴ Die SED spannte mit Rückendeckung durch die SMAD die Rechtsprechung in der sowjetischen Besatzungszone mehr und mehr für eigene parteipolitische Zwecke ein. Dieser Prozess verlief parallel zur Stalinisierung der Einheitspartei und der Zentralisierung des Verwaltungsaufbaus. Die Schlüsselstellungen in der Justiz wurden von SED-Leuten besetzt, das Rechtswesen zunehmend zentralisiert, die Juristenausbildung immer stärker ideologisiert. Die »Zentrale Kontrollkommission« bei der DWK und die ihr nachgeordneten Kontrollkommissionen auf Landes- und Kreisebene griffen immer stärker in die Unabhängigkeit der Richter und Staatsanwälte ein. Die Unterminierung rechtsstaatlicher Prinzipien geschah hierbei nicht durch eine formale Änderung geltenden Rechts, sondern auf dem Wege der Personalpolitik und der inhaltlichen Beeinflussung der Rechtsprechung.³⁴⁵ In Kooperation mit der Rechtsabteilung der SMAD setzte eine beständige Personalerneuerung durch die Anstellung von Volksrichtern ein, denen bürgerliche Volljuristen vielfach weichen mussten.³⁴⁶ Somit wurde der Weg beschritten zu einer Justiz als staatliches Straf- und Exekutivorgan nach sowjetischem Muster. Eine Ausdrucksform der politisch instrumentalisierten »Recht«-Sprechung waren Schauprozesse, wie sie auch in Zauch-Belzig in Gaststättensälen vor bestelltem Publikum stattfanden.³⁴⁷

Umgemeindungen 1950 und Auflösung des Kreises 1952

Die Gemeinden im nordwestlichen und nordöstlichen Zipfel Zauch-Belzigs lagen im Einzugsgebiet und Ausstrahlungsbereich der benachbarten kreisfreien Städte Brandenburg/Havel bzw. Potsdam. Diese Randgemeinden waren wirtschaftlich und kulturell auf die beiden Havelstädte ausgerichtet, viele ihrer Einwohner hatten ihre Beschäftigung in den Betrieben Potsdams und Brandenburgs. Die Kreisstadt Belzig lag hingegen weit im südwestlichen Teil des Kreises und war mit öffentlichen Verkehrsmitteln nur umständlich zu erreichen. Kein Wunder, dass in einer Reihe von Gemeinden, zumal unter den schwierigen Verkehrsverhältnissen der Nachkriegsjahre, die Begehrlichkeit aufkam, Zauch-Belzig den Rücken zukehren und in den Stadtkreis Potsdam oder Brandenburg/Havel zu wechseln.

343 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 93, Bl. 222.

344 Zum Folgenden vgl. Pohl: Justiz in Brandenburg 1945–1955, S. 105, S. 231–233; Welsh: Deutsche Zentralverwaltung für Justiz, S. 227; Wentker: Das Jahr 1948 als Auftakt zu Zentralisierung, Politisierung und Sowjetisierung des Justizwesens, S. 153–158 u. 165–167; ders.: Justiz in der SBZ/DDR, passim, insbesondere S. 230–239. Betreffe Wandel des Rechtsdenkens in der SBZ/frühen DDR s. Pohl: Justiz in Brandenburg 1945–1955, S. 183–189.

345 Welsh: Deutsche Zentralverwaltung für Justiz, S. 227.

346 Vgl. Pohl: Justiz in Brandenburg 1945–1955, S. 105, S. 116–121; Welsh: Deutsche Zentralverwaltung für Justiz, S. 225.

347 Zu einem Schauprozess im Treuenbrietzener Lokal »Lindenhof« (Februar 1950), bei dem acht Angeklagte zu Zuchthausstrafen verurteilt wurden, S. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 132.

So stellten 1947 die Gemeinden Alt Töplitz und Leest einen Antrag auf Eingliederung in den Stadtkreis Potsdam.³⁴⁸ Im Jahr darauf beantragten Götting bei Brandenburg, Schmerzke, Gollwitz und Wust ihre Eingemeindung nach Brandenburg/Havel. Jedoch wurden beide Anträge vom Zauch-Belziger Kreistag abgelehnt, insbesondere wegen der finanziellen Verluste, die der Kreis durch den Abgang der Orte erlitten hätte. Landrat Sydow kommentierte (1948): »Unter den Randgemeinden, die den kreisfreien Städten Potsdam und Brandenburg vorgelagert sind, ist scheinbar eine Aus- und Eingemeindungspsychose ausgebrochen. Ich gehöre nun zu den Menschen, die auf dem Standpunkt stehen, dass man reisende Leute nicht aufhalten soll. Aber hier geht es nun um etwas Grundsätzliches.«³⁴⁹ Der Landrat war unter den seinerzeitigen Verhältnissen strikt gegen jede Amputation am Kreisgebiet. Zumindest trug man den Argumenten der Gemeindevertretungen von Alt Töplitz und Leest insofern Rechnung, dass man für die Inselgemeinden auf dem Töplitzer Werder 1947 einen eigenen Amtsbezirk einrichtete.³⁵⁰

Aber wovon Landrat Sydow nichts ahnte: Hinter seinem Rücken gab es 1948 seitens der Stadtverwaltung Werder/Havel ernsthafte Bestrebungen, den Kreis Zauch-Belzig in zwei eigenständige Kreise, und zwar in einen nördlichen und einen südlichen, aufzuspalten. Bei den konspirativen Vorarbeiten zu ihrem Kreisteilungsprojekt nahmen die Werderaner zum in Berlin-Charlottenburg wohnenden Dr. Bohne, Ex-Landrat Zauch-Belzigs in der Weimarer Zeit, Kontakt auf.³⁵¹ Der allein von Werder getragene Plan musste sich freilich als Hirnspinnwebwerk erweisen.

In der ersten Hälfte des Jahres 1950 nahm man in der DDR als Folge der zentralen Wirtschaftsplanung und im Bestreben, die kommunale Selbstverwaltung der Städte mittlerer Ordnung zu begrenzen, erste größere Veränderungen der althergebrachten Territorialstruktur in Angriff.³⁵² Der brandenburgische Landtag beschloss am 26. April 1950 ein den zentralen Vorgaben entsprechendes Gesetz³⁵³: »Die Regierung wird beauftragt, die Grenzen der Kreise und Gemeinden insoweit zu ändern, als dies durch die wirtschaftspolitische Entwicklung geboten erscheint. Darüber hinaus soll die Regierung die Kreisfreiheit von Städten aufheben, wenn dies zu ihrer Förderung und zur Vereinfachung der Verwaltung notwendig ist.« Die beabsichtigte Beseitigung der Kreisfreiheit der Städte wurde im Gesetzestext geradezu als der Fortschritt schlechthin charakterisiert.

Das brandenburgische Innenministerium arbeitete im Frühjahr 1950 in Gemeinschaft mit den Kreisverwaltungen an Vorschlägen für Grenzänderungen, Ein- und Ausgemeindungen. Zauch-Belzigs Landrat Sydow, der sich zwei Jahre zuvor noch kategorisch gegen jegliche Abtrennung kreisangehöriger Orte gewandt hatte, arbeitete

348 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 33, Bl. 391f.

349 Ebenda, Bl. 391.

350 Siehe S. 60 der vorliegenden Arbeit.

351 Siehe KrA PM, 49.000/5, passim.

352 Schreckenbach: Allgemeine Verwaltungsgeschichte, S. 32; ders.: Neue Kreise – alte Kreise, S. 33f.

353 Veröffentlicht in: Landtag des Landes Brandenburg. 1. Wahlperiode, Drucksache Nr. 456; Gesetz- und Verordnungsblatt der Landesregierung Brandenburg, T. 1 (1950), S. 9.

nun selbst an den Vorschlägen zu Umgemeindungen mit – wahrscheinlich in der Hoffnung, seinen Landkreis halbwegs vor einer Verstümmelung zu bewahren.³⁵⁴ Im März 1950 präsentierte das brandenburgische Innenministerium die ersten Vorschlagskataloge. Demnach sollte Zauch-Belzig abtreten:

- die Gemeinde Groß Briesen an den Kreis Jerichow I (Sachsen-Anhalt), in dessen Gebiet sie tief einschnitt,
- die Gemeinde Reppinichen ebenfalls an den Kreis Jerichow I wegen ihrer Zugehörigkeit zum Einzugsgebiet von Görzke (Sachsen-Anhalt),
- die Gemeinden Boßdorf und Lobbes an den Kreis Wittenberg (Sachsen-Anhalt) zwecks Abrundung der Landesgrenze,
- Alt und Neu Töplitz, Leest und Götting an den Stadtkreis Potsdam wegen ihrer äußerst ungünstigen Verkehrsverbindung nach Belzig und ihrer wirtschaftlich-kulturellen Anbindung an Potsdam,
- Caputh, Wilhelmshorst, Michendorf, Langerwisch und Saarmund an Potsdam zur Abrundung des Stadtkreises,
- die Gemeinde Schiess an den Kreis Luckenwalde zwecks Abrundung der Kreisgrenze,
- die Gemeinden Götting bei Brandenburg und Schmerzke an Brandenburg/Havel zur Abrundung des Stadtkreises.³⁵⁵

Darüber hinaus sollten im Kreisgebiet sechzehn Gemeindezusammenlegungen vorgenommen werden.³⁵⁶ Dies alles hätte bedeutet, dass sich die Zahl der Zauch-Belziger Städte und Gemeinden von 153 auf 122 verringerte und der Kreis 11 303 (= 9,2%) seiner Bewohner einbüßte.³⁵⁷ Auf einer Arbeitstagung im brandenburgischen Innenministerium am 3. Mai 1950 erklärten sich die Vertreter Zauch-Belzigs mit dieser Planung einverstanden³⁵⁸, obwohl jene für den Kreis schmerzhaftes Einbußen gebracht hätte.

Auf Anweisung der Landesregierung hatten zu den beabsichtigten Grenzänderungen die Gemeindevertretungen der betroffenen Orte Stellung zu nehmen.³⁵⁹ Verwaltungsangestellte des Kreises und SED-Funktionäre sollten auf die Gemeindevertreter massiv einwirken, damit diese den Planungen zustimmten. Zur »Vereinfachung des Verfahrens« – will heißen, um die Zahl möglicher Quertreiber gering zu halten – gab das brandenburgische Innenministerium im Mai 1950 den Runderlass Nr. 21/50 heraus: nur bei der Eingliederung einer Gemeinde in den Bezirk einer anderen Gemeinde waren Beschlüsse der betroffenen Gemeindevertretungen erforderlich, bei Eingliederung einer Gemeinde in das Gebiet eines anderen Kreises nicht; die Kreistage hatten dazu grundsätzlich keine Beschlüsse zu fassen, auch wenn sich die eigenen Kreisgrenzen änderten.³⁶⁰

354 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 254, Bl. 32.

355 Die einzelnen Vorschläge sind verzeichnet in: BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 855, Bl. 7, Bl. 9 u. Bl. 31.

356 Siehe BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 855, Bl. 28–30.

357 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 251, Bl. 7.

358 BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 856, Bl. 76.

359 Vgl. ebenda, Nr. 895, Bl. 82.

360 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 251, Bl. 11.

In den Gemeinden Zauch-Belzig trafen die Planungen auf ein unterschiedliches Echo.³⁶¹ In einer Reihe von Orten waren Bevölkerung und Gemeindevertreter mit den beabsichtigten Umgemeindungen im höchsten Maße einverstanden, in anderen wollte man den Änderungsplänen klein begeben, auch wenn sie vielen Einwohnern nicht schmeckten. Aber in einigen Orten entschloss man sich zum Widerstand. Während die Gemeindevertreter in Reppinichen, dem westlichsten Ort des Landkreises, einen Wechsel in den Kreis Jerichow I begrüßten, wurde ein solcher von Groß Briesen strikt abgelehnt. Die Gemeinde legte vor dem Kreistag Protest ein und bat um Unterstützung der Abgeordneten. Der Einspruch wurde an die Landesregierung weitergeleitet.³⁶² Boßdorf wiederum erklärte sich mit einer Umgemeindung in den Kreis Wittenberg einverstanden. Im Nachbarort Lobbese protestierte man hingegen mit den Worten: »Die beabsichtigte Ausgemeindung der Gemeinde Lobbese aus dem Kreis Zauch-Belzig wird von Seiten der Gemeindevertretung und der Einwohnerschaft als eine besondere Härte in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Beziehung empfunden.«³⁶³ (Recht geschickt führten die Lobbesser das »Argument« ins Feld, dass von der Ausgemeindung die Großbauern – also »Klassenfeinde« – profitieren würden). Die Gemeinden Göttin bei Brandenburg und Schmerzke waren indes mit ihrer Eingliederung in den Stadtkreis Brandenburg/Havel einverstanden, wie auch Caputh, Wilhelmshorst, Göttin, Neu Töplitz, Alt Töplitz und Leest mit der Eingemeindung nach Potsdam und Schiaß mit der Ausgemeindung in den Kreis Luckenwalde. In Rottstock sprach sich wiederum ein Großteil der Einwohnerschaft gegen den Anschluss an die Stadt Brück aus.³⁶⁴ Ebenso war man in Ziezow strikt gegen eine Fusion mit dem Nachbarort Locktow. Die Ziezower Gemeindevertreter sendeten im Juni 1950 sogar eine Protestresolution an die DDR-Regierung, an die Landesregierung Brandenburg und die Zauch-Belziger Kreisverwaltung.³⁶⁵

Den Beschlüssen der Gemeindeparlamente wollte man höheren Orts allerdings keinen großen Wert beimessen. Die Landesregierung hatte ja, als sie Stellungnahmen der betroffenen Gemeindevertretungen einforderte, lediglich im Sinn, Beifallskundgebungen für die Maßnahmen zu erhaschen. Ein tatsächliches Mitspracherecht in der Angelegenheit wollte sie den Gemeindevertretern nicht einräumen.

Die Kreisverwaltung Zauch-Belzig versuchte, trotz ihres anfänglichen Einverständnisses, doch noch Abänderungen der Pläne zu erreichen. Sie leitete nicht nur die Proteste von betroffenen Gemeinden an die Landesregierung weiter, sondern erhob im Fall Lobbese selbst Einspruch beim brandenburgischen Innenminister.³⁶⁶

361 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 895, Bl. 54–75.

362 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 106.

363 BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 895, Bl. 61.

364 Am 24. Juni 1950 erklärte die Gemeindeabteilung des brandenburgischen Innenministeriums, dass die Zusammenlegung von Brück u. Rottstock termingemäß zu erfolgen habe; sollte sich Rottstock widersetzen, dann seien die gesamten Gemeindeakten von der Kreisverwaltung aufzunehmen und ein Übergabeprotokoll anzufertigen; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 254, Bl. 70.

365 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 254, Bl. 88.

366 Ebenda, Bl. 117.

Am 1. Juni 1950 beschloss die brandenburgische Landesregierung all jene Grenzänderungen, die zum 1. Juli des Jahres vollzogen wurden.³⁶⁷ Entsprechend diesem Beschluss gab Zauch-Belzig die Gemeinden Göttin bei Brandenburg und Schmerzke an den Stadtkreis Brandenburg/Havel, Wilhelmshorst an den Stadtkreis Potsdam ab. Neu Töplitz, Alt Töplitz, Leest und Göttin wurden ebenfalls aus Zauch-Belzig ausgemeindet, kamen aber entgegen der ursprünglichen Planung nicht an den Stadtkreis Potsdam, sondern wurden dem Kreis Osthavelland eingegliedert. Auch wechselte die kleine Gemeinde Schiaß nicht in den Kreis Luckenwalde, sondern in den Kreis Teltow. Innerhalb des Kreises Zauch-Belzig wurden Rottstock in die Stadtgemeinde Brück, Kanin und Klaistow nach Busendorf, Klein Glien nach Hagelberg, Preußnitz nach Kuhlowitz und Ziezow nach Locktow eingemeindet. Und schließlich verabschiedete sich Boßdorf von Zauch-Belzig und dem Land Brandenburg und kam zum Kreis Wittenberg (Sachsen-Anhalt).³⁶⁸

Im Ergebnis der Aus- und Eingemeindungen verringerte sich die Fläche Zauch-Belzigs um 3,5% von 1848,57 km² auf 1784,37 km². Entgegen der ursprünglichen Planung verlor der Landkreis nicht sechzehn Orte mit 11 303 Einwohnern, sondern neun Orte mit 5776 Einwohnern (= 4,3% der gesamten Kreisbevölkerung). Ebenso reduzierte sich die Zahl der Gemeinden im Kreis nicht, wie anfänglich geplant, von 153 auf 122 Kommunen, sondern nur um fünfzehn auf 138 Gemeinden.³⁶⁹

Warum wurden die ursprünglichen Pläne in Zauch-Belzig (und anderswo) nicht im vollen Maße in die Realität umgesetzt? Hier spielten mehrere Faktoren eine Rolle. Durch die geplante Eingemeindung von acht Zauch-Belziger Gemeinden etwa wäre der Stadtkreis Potsdam gestärkt worden. Doch dieses hätte wiederum dem maßgeblichen Landesgesetz vom 26. April 1950 widersprochen, mit dem ja gerade zum Generalangriff auf die kreisfreien Städte geblasen wurde.³⁷⁰ In der Tat wurden auf der Basis dieses Gesetzes die Stadtkreise Cottbus, Eberswalde, Frankfurt (Oder), Forst (Lausitz), Guben, Rathenow und Wittenberge aufgelöst. So konnte Potsdam nur einen einzigen Zauch-Belziger Ort, nämlich Wilhelmshorst, eingemeinden. Auch erreichten die Kreisverwaltungen mit Einsprüchen beim brandenburgischen Innenministerium sicherlich einige Abänderungen. Die brandenburgische Landesregierung wird selbst gemeint haben, im Vorfeld der so genannten »Volkswahlen« von 1950 Rücksicht auf Volkes Stimme nehmen zu müssen und deshalb nicht mit

367 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 855, Bl. 85. Der Regierungsbeschluss wurde unter dem Datum des 6.6.1950 veröffentlicht; s. Gesetz- und Verordnungsblatt der Landesregierung Brandenburg, T. 2 (1950), S. 269–276. Eine tabellarische Übersicht über die Änderungen der Kreisgrenzen gibt Blöß: Verwaltungs- und Archivgeschichte der brandenburgischen Kreise.

368 Gesetz- und Verordnungsblatt der Landesregierung Brandenburg, T. 2 (1950), S. 342. Siehe dazu auch BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 856, Bl. 16. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass Boßdorf von ungefähr 1515 bis 1815 eine brandenburgische Exklave inmitten sächsischen Territoriums war; s. Historisches Ortslexikon für Brandenburg, T. 5, S. 48–50.

369 Alle Angaben nach BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 254, Bl. 61.

370 Zum Bestreben, die Kreisfreiheit der Städte abzubauen, S. Hajna: Länder – Bezirke – Länder, S. 75f.

allzu radikalen Veränderungen von Gemeindegrenzen übermäßig Unmut in der Bevölkerung zu erzeugen. Zudem funktionierte die Zusammenarbeit mit den Behörden Sachsen-Anhalts zwecks Gebietsaustausch nicht wirklich gut. Dies erhellt beispielsweise aus einem Schreiben der Kreisverwaltung Jerichow I an die Kreisverwaltung Zauch-Belzig vom 16. Mai 1950:

[...] teilt uns der Rat der Gemeinde Reppinichen mit, daß diese Gemeinde mit Wirkung vom 1. Juli 1950 zum Kreis Jerichow I gehören soll. Dies wurde von ihnen dem Rat der Gemeinde mitgeteilt. Wir bitten um Mitteilung, aufgrund welchen Erlasses diese Mitteilung an den Rat der Gemeinde Reppinichen erging, da uns von einer Eingemeindung dieser Gemeinde in unseren Kreis nichts bekannt ist.³⁷¹

Letztlich wurden nur zwei Gemeinden, und zwar Boßdorf und Dalichow (Kreis Luckenwalde) an Sachsen-Anhalt abgegeben, wohingegen Brandenburg zehn sachsen-anhaltinische Orte im Tausch erhielt.³⁷² Auch Reppinichen verblieb beim Kreis Zauch-Belzig und damit beim Land Brandenburg, was bitter für diese Gemeinde war, die zum unmittelbaren Einzugsgebiet von Görzke (Kreis Jerichow I) gehörte, und die bereits im Dezember 1945 einen Antrag auf Ausgemeindung in den Jerichower Kreis gestellt hatte.³⁷³

Die groß angekündigte umfassende Änderung der kommunalen Grenzen in Brandenburg im Jahre 1950 endete in mancher Beziehung als Stückwerk, denn noch wirkten widerstrebende Kräfte kommunaler Selbstbehauptung. Insofern lieferten die Veränderungen von 1950 nur ein Vorspiel für die große DDR-Verwaltungsreform zwei Jahre darauf.³⁷⁴

Im Jahr 1952 verhärteten sich die deutschlandpolitischen Fronten.³⁷⁵ Die Westalliierten hielten unverbrüchlich an der begonnenen Westintegration der Bundesrepublik fest. Sie wiesen gesamtdeutsche Pläne der Sowjetunion (»Stalin-Note«) strikt ab, weshalb Moskau lediglich die Option blieb, seinerseits die DDR fest und dauerhaft in den eigenen Machtbereich einzubinden. Die SED sah nun endlich die Zeit gekommen, ihr langgehegtes Ziel, die unverhüllte »Sowjetisierung« der DDR zu verwirklichen. Bis dahin war sie von der Besatzungsmacht aus gesamtdeutscher Rücksichtnahme immer wieder in ihrem Eifer gebremst worden. Vom 9. bis 12. Juli 1952 hielt die SED ihre 2. Parteikonferenz, quasi einen programmatischen Sonder-

371 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 254, Bl. 123.

372 Siehe Gesetz- und Verordnungsblatt der Landesregierung Brandenburg, T. 2 (1950), S. 342. Am 28.6.1950 wurde das DDR-Gesetz »über Änderung von Grenzen der Länder« verkündet (in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 75 (1950), S. 631), womit diese Gebietsaustausche legitimiert wurden. Eine Verordnung zur Durchführung dieses Gesetzes folgte am 13.7.1950; Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 78 (1950), S. 659f.

373 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 103, Bl. 357.

374 Zu den Ergebnissen der Grenzveränderungen 1950 im DDR-Maßstab s. Brunner: Die Verwaltung in der SBZ und DDR, S. 1243.

375 Zum Folgenden vgl. etwa Mielke: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR, S. 68–71; Staritz, Dietrich: Die Gründung der DDR, S. 178–184.

parteitag, ab. Auf der Konferenz verkündete Ulbricht geradezu triumphierend, in der DDR sei jetzt »der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe geworden«.³⁷⁶

Auf der Parteikonferenz wurde eine einschneidende, umfassende Verwaltungsreform angekündigt. Die SED erachtete insbesondere die Beseitigung der Reste des Föderalismus inklusive der Länderstruktur als wichtige Voraussetzung für den »sozialistischen Aufbau«.³⁷⁷ Man wollte entsprechend dem stalinistischen Organisationsprinzip des »demokratischen Zentralismus« den definitiven Einheitsstaat schaffen.³⁷⁸ Alle Entscheidungsbefugnisse sollten nur noch den zentralen Gremien des Staates zukommen. »Nichts sollte mehr geschehen, was nicht zuvor in Berlin entschieden war und von dort gelenkt wurde. Kleinere Verwaltungseinheiten mit einer größeren Anzahl von Mitarbeitern ließen diese Aufgaben [...] leichter, ja überhaupt erst durchführbar erscheinen.«³⁷⁹ Nach dem Willen der Einheitspartei kam somit das (aus heutiger Sicht vorläufige) Ende für die Länder Brandenburg, Mecklenburg, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Am 23. Juli 1952 verabschiedete die DDR-Volkskammer ein entsprechendes Gesetz³⁸⁰, das die Auflösung der Länder verfügte. An ihren Platz traten 14 Bezirke, die, im Gegensatz zu den Ländern, Verwaltungseinheiten ohne eigene Rechtsfähigkeit und Gesetzgebung waren.³⁸¹ Indes bedeutete das Volkskammer-Gesetz vom 23. Juli 1952 in der Folge nicht nur die Beseitigung letzter Reste körperschaftlicher Eigenständigkeit auf Landes-, sondern auch auf Kreis- und Gemeinde-Ebene.

Die SED hatte den gravierenden Verwaltungsumbau seit März/April 1952 konspirativ und in aller Eile vorbereiten lassen.³⁸² In den neu zu gründenden Be-

376 Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 2, S. 171; Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, S. 407.

377 SED-Spitzenfunktionär und DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl führte dazu aus: »Das Ziel unserer Verwaltungsreform besteht darin, daß von der Spitze des Staatsapparates bis zu seiner Basis, also bis zu den Gemeinden und Kreisen, ein kurzer und schneller Weg geschaffen wird. Auf diesem Wege sind wie eine Barriere die Länder mit Parlamenten und Regierung dazwischengelagert«; Grotewohl: Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik, Bd. 3, S. 142f.

378 Schulze: Entwicklung der Verwaltungsstruktur in der DDR, S. 50. Bei Hajna: Zur Bildung der Bezirke in der DDR, S. 291f., einer Arbeit der späten DDR-Historiographie, ist zu lesen »Das Ziel der Umstrukturierung war, im dritten Jahr nach Gründung der DDR und im Einklang mit anderen strukturellen Maßnahmen die einheitliche zentrale Staatsmacht zu stärken, die politisch-administrative Gliederung der DDR während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft besser den ökonomischen Erfordernissen anzupassen und die sozialistische Demokratie auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus zu entwickeln.« Zur Übernahme des ursprünglich für den Aufbau kommunistischer Parteien konzipierten »demokratischen« Zentralismus' als staatliches Organisationsprinzip s. Türke: Demokratischer Zentralismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 144f.

379 Kotsch: Die Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus, S. 727.

380 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 99 (1952), S. 613f. Der Gesetzestext ist abgedruckt in: Geschichte des Staates und des Rechts der DDR, S. 99–101; Zum Gesetz s. Hajna: Länder – Bezirke – Länder, S. 98f.

381 Vgl. Türke: Demokratischer Zentralismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 17. Richert: Macht ohne Mandat, S. 45, schreibt: »Die damals die Länder ablösenden Bezirke fungier[t]en als bloße Transmissionsstellen für die zentral gefaßten Beschlüsse; die Befugnis ihrer Verwaltungsorgane [bestand] im wesentlichen darin, durch ihre Räte zu vollziehen und im Interesse des Vollzugs der vorgesehenen Ordnung zu verfügen.«

zirken und in den Kreisen, deren Grenzen verändert werden sollten, bildete man Organisationskomitees, die, angeleitet von einem zentralen Organisationskomitee in Berlin, die Abwicklung der alten Verwaltungen vor Ort und deren Überleitung in die neuen Administrationsstrukturen durchzuführen hatten.³⁸³ Die anderen Parteien wurden von der SED zu den Planungen nicht hinzugezogen³⁸⁴, die Länder selbst hatten die Entscheidungen lediglich umzusetzen. Freilich, um den Schein zu wahren, ließ die SED die Länder in Form einer juristischen Fiktion fortbestehen.³⁸⁵ Der Hintergrund dafür war, dass laut geltender DDR-Verfassung die Republik auf den Ländern aufbaute und die Verfassung im Zuge der Verwaltungsreform nicht verändert wurde. So existierte die Länderkammer als verfassungsgemäßes Organ formal weiter, bis mit ihrer Selbstauflösung am 8. Dezember 1958 dieser Anachronismus endete.³⁸⁶

Der Brandenburger Landtag beschloss zum Vollzug des Volkskammer-Gesetzes vom 23. Juli seinerseits am 25. Juli 1952 das »Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe im Land Brandenburg«.³⁸⁷ Dass es zuvor eine inhaltliche Diskussion oder gar Widerstände seitens des Landtags oder der Landesregierung gab, ist nicht einmal in Ansätzen nachweisbar.³⁸⁸ Aus Brandenburg gingen die Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus hervor, deren Gebiet jedoch nicht mit dem des Landes deckungsgleich war. Für jeden Bezirk wurde als neues Exekutivorgan ein »Rat des Bezirkes« gebildet. Die Fachabteilungen bei diesen Räten sollten bis zum 15. August 1952 ihre Tätigkeit aufgenommen haben.³⁸⁹ Der Zuschnitt der neuen Verwaltungsbezirke erfolgte nach verschiedenen Aspekten, und zwar:

- wirtschaftliche Gesichtspunkte (Zusammenfassung bestimmter Industriesparten in einem Bezirk)
- Sicherheitsaspekte (Fragen der Grenzsicherung insbesondere zu Berlin-West)
- verkehrstechnische Erwägungen
- geographische Faktoren
- Orientierung an traditioneller Gliederung.³⁹⁰

382 Zum Folgenden vgl. Hajna: Länder – Bezirke – Länder, passim, insbesondere S. 81–89; Kotsch: Die Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus, S. 728; Mielke: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR, S. 71–75.

383 Mielke: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR, S. 73. Vgl. die »Organisationshinweise zur administrativ-territorialen Neugestaltung«, in: Geschichte des Staates und des Rechts der DDR, S. 67f.

384 Hajna: Länder – Bezirke – Länder, S. 87: »[...] der Prozeß der Umstrukturierung [wurde] ausschließlich seitens der SED geleitet und in die Tat umgesetzt«.

385 Mielke: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR, S. 149. Zitat von DDR-Ministerpräsident Grotewohl: »Wir schlagen dahervor, untergrundsätzlicher Aufrechterhaltung[!] der Länder die Arbeit der Landtage und Regierungen innerhalb der fünf Länderterritorien zu verteilen auf vierzehn kleinere Bezirke.«; Grotewohl: Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik, Bd. 3, S. 143.

386 Vgl. Schulze: Entwicklung der Verwaltungsstruktur in der DDR, S. 50.

387 Veröffentlicht in: Gesetz- und Verordnungsblatt der Landesregierung Brandenburg, T. 1, Nr. 5 [Sonderausgabe] (1952).

388 Mielke: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR, S. 113.

389 Vgl. ebenda, S. 137.

390 Siehe ebenda, S. 89. Zur an diesen Aspekten orientierten Neugliederung Brandenburgs in die drei Bezirke Cottbus, Frankfurt(Oder) u. Potsdam s. Hajna: Länder – Bezirke – Länder, S. 112–117.

Die wirtschaftlichen Aspekte hatten dabei den Vorrang. Eine Orientierung an der traditionellen administrativen Gliederung wurde nur ein geringer Stellenwert beimessen.

Die Bezirksbildung konnte sich erst auf der Grundlage einer Kreisreform vollziehen.³⁹¹ Die Mehrheit der bestehenden Kreise galt als zu groß und sollte deshalb in zwei bis drei Kreise geteilt werden bzw. neu, nach den gleichen Aspekten wie die Bezirke, zugeschnitten werden.³⁹² Die sehr gravierenden Entscheidungen über neue Kreisgrenzen wurden über die Köpfe der Betroffenen hinweg von den Organisationskomitees auf zentraler und Bezirksebene unter strenger Geheimhaltung getroffen. In großer Eile setzte man die neue Kreisstruktur durch.³⁹³ Die Fachabteilungen der neuen Kreisverwaltungen, die nunmehr »Räte der Kreise« hießen, hatten bis zum 15. September 1952 ihre Arbeit aufzunehmen. Auch die Verwaltungen der Städte und Landgemeinden waren von Umstrukturierungen direkt betroffen und wurden bis zum Jahresende 1952 nach Maßgaben des »demokratischen Zentralismus« umgeformt.

Die wichtigsten Gremien waren fortan in allen Verwaltungsgebieten die jeweiligen SED-Parteileitungen.³⁹⁴ Die Einheitspartei hatte zwar schon zuvor durch ihre in den Schlüsselstellungen sitzenden Genossen die Verwaltungsorgane im Wesentlichen kontrollieren und dominieren können. Nunmehr waren jedoch in der Praxis die neuen Räte der Bezirke und Kreise ausnahmslos an die SED-Beschlüsse gebunden und hatten diese lediglich umzusetzen. Die Analogie der neu geschaffenen DDR-Verwaltungsstruktur zum sowjetischen Verwaltungssystem ist augenfällig.³⁹⁵ Wie nach dem Staatsrecht der Sowjetunion die Landgemeinden, Städte, Stadt- und Landbezirke lediglich nachgeordnete territoriale Verwaltungsbezirke ohne eigene Rechtssubjektivität waren, d.h. »örtliche Organe der Staatsgewalt«, so verschwand auch in der DDR 1952 der für das Kommunalrecht bis dahin grundlegende Begriff der eigenständigen Gebietskörperschaft.³⁹⁶

Für den Kreis Zauch-Belzig bedeutete die Verwaltungsreform nichts weniger als das Ende seiner Existenz. Sein gesamtes Gebiet wurde dem Bezirk Potsdam zugeordnet und im Wesentlichen in drei Kreise geteilt. Diese neuen Kreise erhielten nach ihren Verwaltungssitzen die Bezeichnungen Kreis Belzig, Kreis Brandenburg-Land, Kreis

391 Zum Folgenden vgl. Hajna: Länder – Bezirke – Länder, passim; Kotsch: Die Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus, S. 730; Mielke: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR, S. 99, S. 102 u. 137.

392 Siehe Geschichte des Staates und des Rechts der DDR, S. 104–106.

393 Hajna: Länder – Bezirke – Länder, S. 157. Um die SED-Kreisleitungen bei der Umformung der administrativen Strukturen zu stabilen politischen Stützen zu machen, wurden ihre, die eigentliche Parteiarbeit erledigenden Sekretariate im Frühjahr 1952 komplett mit hauptamtlichen Parteifunktionären besetzt; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 2, S. 755.

394 Zum Folgenden vgl. Kotsch: Die Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus, S. 730.

395 Hajna: Zur Bildung der Bezirke in der DDR, S. 297, schreibt, beim Aufbau der neuen Kreisverwaltungen konnte »auf Erfahrungen der Sowjetunion zurückgegriffen werden«; unmittelbar vor der richtungsweisenden 2. SED-Parteikonferenz hatte sich eine DDR-Regierungsdelegation »zum Studium der Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen« in Moskau aufgehalten.

396 Schneider, Dieter Marc: Kommunalverwaltung und -verfassung, S. 313f.

Potsdam-Land. Die Zauch-Belziger Kommunen Treuenbrietzen, Dietersdorf, Lobbes, Lüdendorf, Pflügkuff, Rietz bei Treuenbrietzen und Zeuden kamen zum Kreis Jüterbog, Lühsdorf, Niebel und Niebelhorst zum Kreis Luckenwalde. Die Aufteilung der Kommunen erfolgte augenscheinlich in der Hauptsache nach wirtschaftlichen Aspekten. Zum Kreis Brandenburg-Land wurden die Orte geschlagen, deren Einwohner man als Arbeitskräfte-Reservoir für die Industriebetriebe der Havelstadt erachtete. Die Stadt Werder und andere auf den großflächigen Obstanbau spezialisierte Gemeinden fasste man im Kreis Potsdam-Land zusammen. Der Kreis Belzig war hingegen aufgrund seines Zuschnitts eindeutig auf Forst- und Landwirtschaft ausgerichtet. Paradox erscheint nur, dass die bis dahin sachsen-anhaltinische Gemeinde Görzke dem Belziger Kreis angegliedert wurde. Görzkes Gewerbe war seit Jahrhunderten durch die Töpferei geprägt, womit der Ort schon aus wirtschaftlicher Sicht nicht viel mit den anderen Kommunen der Kreises Belzig gemein hatte.³⁹⁷ Auch mit Blick auf die Verkehrsanbindung machte die Einbeziehung Görzkes wenig Sinn. Der Flecken hatte Eisenbahnanschluss nur durch eine Stichbahn, die bezeichnenderweise nicht etwa Richtung Belzig, sondern nach Ziesar (vor 1952 Kreis Jerichow I, danach Brandenburg-Land) führte.³⁹⁸

Gab es Widerstand in Zauch-Belzig gegen die Kreisauflösung? Nein, bzw. ist kein Aufbegehren nachweisbar.³⁹⁹ Dies verwundert kaum. Zwar konnte der Kreis im Jahr 1952 auf eine bereits 136-jährige Vergangenheit und Tradition zurückblicken. Jedoch war er seit seiner Entstehung ein »ungeliebtes Kind« gewesen. Zauch-Belzig gehörte nämlich genau zu denjenigen Kreisen, gegen deren Bildung die preußischen Reformer 1815/16 Sturm liefen, weil sie diese (völlig zu Recht) für überdimensioniert hielten.⁴⁰⁰ Zwischen 1816/17 und 1952 wurde immer mal wieder der Wunsch nach Teilung dieses flächenmäßig größten Kreises der Provinz Brandenburg laut⁴⁰¹, und der Magistrat von Werder (s.o.) stand mit seinen Abtrennungsideen durchaus nicht allein. Es waren insbesondere die Bewohner der Ortschaften an der nördlichen und nordöstlichen Kreisgrenze, die über die langen Wege bis zum Landratsamt in Belzig stöhnten. Nicht zu vergessen, dass Zauch-Belzig eine Kombination zwischen der altbrandenburgischen Zauche und dem bis 1815 sächsischen Amt Belzig-Rabenstein war. Die Einwohnerschaft der nördlichen und östlichen Zauche tat sich von Anfang an schwer, eine landsmannschaftlich-emotionale Bindung zur Kreisstadt Belzig aufzubauen und hat eine solche bis zum Schluss auch nie wirklich entwickelt. Die Leute in Werder, Caputh, Michendorf, Lehnin, Reckahn usw. empfanden es 1952 durchaus als große Verbesserung, dass sie ihre neuen Kreisverwaltungen in Potsdam

397 Zu Görzke S. Deutsches Städtebuch, Bd. 2, S. 501f.

398 Siehe die Karte Entwicklung des Eisenbahnnetzes (1838–1966).

399 Hajna: Länder – Bezirke – Länder, S. 101: »Gemessen an der Vielzahl der territorialen Veränderungen der ehemaligen Landes- bzw. Kreiszugehörigkeit [in der ganzen DDR] sind jedoch nur relativ wenige Stellungnahmen, Petitionen, Protestresolutionen bzw. Abstimmungen gegen diese Maßnahmen von Einwohnern der betreffenden Gebiete bekannt und aktenkundig vermerkt.«

400 Vgl. Schulze: Die Reform der Verwaltungsbezirke, S. 54–59.

401 Siehe etwa Vette: Wer seinem Stern folgt, S. 84 (betr. eines Teilungsvorschlags von 1862).

bzw. Brandenburg/Havel viel besser und schneller erreichen konnten.⁴⁰² So weinten zumindest sie der Verwaltungseinheit namens Zauch-Belzig keine Träne nach.⁴⁰³ Im Übrigen stand für die Leute der Kampf mit den vielfältigen Alltagsproblemen im Vordergrund, weshalb für sie territoriale Umstrukturierungen nur von minderer Wichtigkeit waren.⁴⁰⁴

402 Mitteilung von G. Dorbritz (29.01.2007).

403 Um so erstaunlicher die Vorgänge 1992/93: Als im wiederentstandenen Land Brandenburg die Bildung neuer »Großkreise« auf die Tagesordnung gesetzt wurde, sprach man sich in den Kreisen Belzig, Brandenburg-Land u. Potsdam-Land sowie in der Stadt Treuenbrietzen geradezu einhellig dafür aus, durch Zusammenschluss einen neuen Kreis in bewusster Anknüpfung an Zauch-Belzig zu schaffen (wie der Autor aus eigenem Erleben berichten kann). In der Tat ist die Bildung eines solchen Kreises, der das historische Zauch-Belziger Gebiet umfasst, per Landesgesetz vom 24.12.1992 festgeschrieben worden, s. Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg, T. 1, Nr. 29 (1992). Dieser »Großkreis« wurde dann mit der Kommunalwahl 1993 Realität. Er erhielt aber nicht auch noch den althergebrachten Doppelnamen, sondern trägt die unhistorische, nicht nachvollziehbare Bezeichnung »Potsdam-Mittelmark«. In der Gegenwart wird der alte Kreisname nur noch vom Deutschen Roten Kreuz öffentlich verwendet, dessen zuständiger Kreisverband sich »Potsdam/Zauch-Belzig« nennt.

404 Vgl. Hajna: Länder – Bezirke – Länder, S. 101.

Politik: Parteien und Massenorganisationen im Kreis

Parteigründungen 1945

Zu förmlichen Parteienneu- bzw. -wiedergründungen in Deutschland fehlte unmittelbar nach Kriegsende vorerst die Genehmigung der Sowjets und der anderen Besatzungsmächte. Die Sowjetunion wollte der deutschen Bevölkerung zunächst nur eine politische Bestätigung im Rahmen einer großen allgemeinen antifaschistischen Bewegung gestatten.¹ Major Budjenka, für politische Arbeit zuständiger Kommandant in Beelitz/Mark, »begründete« Ende Mai 1945 die sowjetische Haltung mit dem denkwürdigen Satz: Die Bildung politischer Parteien sei zur Zeit noch unerwünscht und der Zeitpunkt hierfür erscheine verfrüht – weil zunächst die wirtschaftlichen Fragen eine Klärung erfahren sollten.² Doch bereits am 10. Juni 1945 wurde mit dem Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration, Marschall Shukow, auf dem »Territorium der Sowjetischen Okkupationszone« die Bildung »aller antifaschistischen Parteien« erlaubt.³

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Nur einen Tag darauf, am 11. Juni, konstituierte sich die KPD offiziell neu, was aber lediglich einen formellen Akt darstellte. Faktisch war die Partei zu jenem Zeitpunkt in den sowjetisch besetzten Gebieten bereits wieder existent und präsent. Aus der Emigration oder Haft zurückkehrende, aus der Illegalität oder Passivität heraustretende Kommunisten begannen schon im Mai 1945, die Grundlagen für die Parteiarbeit zu schaffen⁴, und das mit mehr als nur stillschweigender Billigung von sowjetischer Seite.⁵ Die mit Sicherheit erste kommunistische Ortsgruppe Zauch-Belzigs in der Nachkriegszeit entstand in der Havelstadt Werder. Dort organisierten sich sogleich nach dem Einmarsch der Roten Armee elf Mitglieder der alten KPD.⁶ Am 10. Mai 1945 – d.h. einen ganzen Monat bevor Parteien überhaupt wieder offiziell zugelassen waren – stellte der amtierende Bürgermeister von Werder/Havel eine Bescheinigung

1 Weber: Parteiensystem, S. 22.

2 KrA PM, 51.34/14A (Protokoll über Besprechung in der Kommandantur Beelitz, 28.5.1945, Bl. 2 Vs.

3 Der Befehl ist u.a. abgedruckt in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 54–56; Weber: Parteiensystem, S. 22f.

4 Siehe dazu Benser: Die KPD im Jahre der Befreiung, S. 92–105; Mattedi: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 21–23; Vereint sind wir alles, passim. Vgl. auch Müller: Kommunistische Partei Deutschlands, S. 443.

5 So ist aus Putlitz (Westprignitz) überliefert, dass der Aufbau der dortigen KPD-Ortsgruppe mit »jeglicher Unterstützung« der Kommandantur erfolgte, »noch ehe Parteien offiziell zugelassen waren«; Urban/Schulz: Die Vereinigung von KPD und SPD, S. 26.

6 Vgl. KrA PM, 60.18/15 (10.10.1945).

aus, laut derer »Der Kommunistischen Partei [...] im Hause Brandenburger Straße 1 ein Geschäftszimmer einzuräumen« sei.⁷

Im Juni 1945 wurde eine KPD-Bezirksleitung für die Mark Brandenburg mit Willy Sägebrecht an der Spitze gebildet.⁸ Am 27. Juni fand eine erste Funktionärskonferenz der brandenburgischen KPD unter Leitung des Spitzenfunktionärs Walter Ulbricht statt, bei der dieser die Anwesenden in die Richtlinien für den Parteaufbau unterwies.⁹ Im Juli etablierte dann die Bezirksleitung in der Provinz Kreis- und Unterbezirksleitungen, wobei sie sich auf die Orts- und Betriebsgruppen stützen konnte, die bereits bestanden oder im Entstehen waren. Ende September 1945 war der Aufbau der KPD-Parteiorganisation in der Mark im Wesentlichen abgeschlossen. Zur Schulung ihrer Kreis-Funktionäre richtete die brandenburgische KPD im Herbst 1945 eine Propagandaschule (später Landesparteischule) im Schloss Schmerwitz bei Belzig ein, das zuvor vom Kriegsende bis 1. September 1945 von der Roten Armee beschlagnahmt gewesen war.¹⁰ Die sowjetische Kreiskommandantur Zauch-Belzig übergab der KPD-Parteischule im Januar 1946 auch formal Schloss und Gut Schmerwitz mit dem Vorwerk Arensnest.¹¹

Am 19. Juni 1945 hatte sich ein achtköpfiger »Zentralausschuss der KPD des Kreises Zauch-Belzig« gebildet, aus dem die vorläufige KPD-Kreisleitung erwuchs.¹² Diese gab am 7. Juli ihr erstes Rundschreiben an die Parteimitglieder im Kreis heraus, worin organisatorische Fragen erörtert wurden.¹³ Der Aufbau von Orts- und Betriebsgruppen war in Gang gekommen.¹⁴ Die KPD-Gliederungen im Kreis erhielten insbesondere Anleitung von kommunistischen Funktionären aus der Nachbarstadt Brandenburg/Havel. Ernst Altenkirch, KPD-Kreissekretär in der Havelstadt, kümmerte sich als »Instrukteur« um Zauch-Belzig.¹⁵ Zum 1. September 1945 bestanden im Landkreis

7 KrA PM, 60.18/1. Jedoch verbot die Kommandantur Werder einige Tage vor dem 11.6.1945 der »illegalen« KPD-Ortsgruppe das Zeigen ihrer Flagge u. die Existenz der Gruppe überhaupt. Dieser Zustand dauerte aber nur einen Tag, dann nahm die Kommandantur das Verbot wieder zurück; BLHA, Rep. 330, Nr. 146, Bl. 4.

8 Zum Folgenden vgl. Müller: Kommunistische Partei Deutschlands, S. 456f.; Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 44f.; Sägebrecht: Nicht Amboss, sondern Hammer sein, S. 306–308, S. 310, S. 338; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 130–135; Urban/Schulz: Die Vereinigung von KPD und SPD, S. 39–45.

9 Zum Aufbau der KPD-Bezirksorganisation u. der Kreisorganisation in der Provinz Brandenburg S. Benser: Die KPD im Jahre der Befreiung, S. 206f.

10 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 203.

11 Freundschaft, S. 81. Vgl. auch BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 94, Bl. 26f.

12 Sammlung G. Dorbritz (Sitzungsprotokoll vom 19.6.1945).

13 BLHA, Rep. 330, Nr. 74, Bl. 2.

14 Konkrete Gründungsdaten sind für einige KPD-Ortsgruppen in Zauch-Belzig überliefert: Belzig am 15.6.1945 mit 60 Mitgliedern, davon 14, die bereits vor 1933 der KPD angehört hatten (Dorbritz: 40. Jahrestag der Vereinigung, S. 2); Ferch am 21.6.1945 (BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 102, Bl. 53); Treuenbrietzen am 23.6.1945 (BLHA, Rep. 330, Nr. 146, Bl. 13); Saarmund am 26.6.1945 (BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 102, Bl. 53); Michendorf am 27.6.1945 (ebenda); Wildenbruch am 30.6.1945 (ebenda); Jeserig bei Brandenburg am 1.7.1945 (BLHA, Rep. 330, Nr. 160, Bl. 66); Niemegk am 12.7.1945 (ebenda, Nr. 77, Bl. 13); Wilhelmshorst am 11.8.1945 (BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 102, Bl. 53).

15 Vgl. Altenkirch: Vorurteile wurden in der gemeinsamen Aktion überwunden, S. 557; Sägebrecht: Nicht Amboss, sondern Hammer sein, S. 329f. Zum Wirken so genannter Instrukteure beim

bereits 57 kommunistische Ortsgruppen und 25 dörfliche Stützpunkte.¹⁶ Die KPD-Bezirksleitung Mark Brandenburg zeigte sich mit der Entwicklung in Zauch-Belzig trotzdem unzufrieden. Paul Schubert, vormals Bezirksbürgermeister in Lehnin, hatte ab dem 18. Juli als KPD-Kreisleiter fungiert.¹⁷ Gegen Schubert wurden Vorwürfe erhoben, er handle oft eigenmächtig und trete »diktatorisch« auf. Der Bezirksleitung schien es, »dass im Kreis selbst nicht viel von der Kommunistischen Partei zu sehen und zu merken ist.«¹⁸ Deshalb wurde Schubert zu Anfang Oktober durch Alfred Schönborn (1902–1975) aus Berlin-Moabit abgelöst.¹⁹ Die Mitgliederzahl der KPD im Kreis betrug im November 1945 2687 Parteiangehörige, stieg im Dezember auf 3138 und bis Februar 1946 auf 3273 Mitglieder.²⁰

Die Kommunisten erfreuten sich fast überall intensiver Unterstützung durch die sowjetische Besatzungsmacht.²¹ Die herausgehobene Stellung der KPD lockte in Zauch-Belzig wie in den anderen Kreisen Mitläufer an, die in einer Parteimitgliedschaft Chancen für ihre Karriere erblickten und persönliche Vorteile suchten. So stellten Zauch-Belziger Kommunisten Mitte September 1945 fest: »Es gibt Genossen, die sich einbilden, K.P.D.-Eintritt, evtl. Funktionär und damit ist es aus; es werden nur noch Forderungen gestellt, Wohnungen usw.«²² In Werder lehnte ein Mann, obwohl er zu »90 % Kommunist« sei, vorläufig einen Beitritt zur KPD ab, weil nach seiner Ansicht »Elemente in der KPD sind, die sich noch kurz vor dem Einmarsch der Roten Armee durch Aussprachen als hitleristisch bekannt haben.«²³ Der Zulauf von Personen, die recht plötzlich einen Gesinnungswandel hin zum Kommunismus durchgemacht hatten, weckte starken Unmut bei Parteiveteranen. Eine solche mögliche Entwicklung vor Augen, hatte z.B. der stellvertretende Bürgermeister von Beelitz und Alt-Kommunist Paul Breunung schon sehr früh gefordert, dass die Partei nur aus bewährten alten KPD-Anhängern bestehen solle und Neuaufnahmen nicht zugelassen würden.²⁴ Er stand mit solcher Meinung nicht allein da.²⁵ Ansichten wie die von Breunung wurden allerdings von der KPD-Führung als »sektiererisch« ent-

»einheitlichen« Parteaufbau vgl. Müller: Kommunistische Partei Deutschlands, S. 446f. Eine der ersten Aktivitäten als Instrukteur für Zauch-Belzig führten Altenkirch am 26.6.1945 nach Golzow, wo er auf einer öffentlichen KPD-Versammlung referierte; vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 112, Bl. 16.

16 KrA PM, 51.34/14 (Bericht der Bürgermeistertagung vom 19.1.1946, S. 4).

17 Vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 10, Bl. 25.

18 BLHA, Rep. 330, Nr. 10, Bl. 1.

19 Ebenda, Bl. 1f.

20 Angaben für November u. Dezember 1945 in: ebenda, Nr. 160, Bl. 11; Angabe für Februar 1946 in: ebenda, Nr. 76, Bl. 15.

21 Zur bevorzugten Behandlung der KPD durch die Sowjets vgl. etwa Hurwitz: Zwangsvereinigung und Widerstand, S. 13 u. 16.

22 KrA PM, 60.18/15 (Protokoll der Funktionärssitzung vom 19.9.45).

23 KrA PM, 60.18/6 (Schreiben an Otto Pechmann, 26.10.1945).

24 KrA PM, 51.34/14A (Aktenvermerk über Vorsprache in der Bürgermeisterei Beelitz, 28.05.1945).

25 In W. Sägebrechts Memoiren heißt es, auch im Kreis Teltow, in Blankenfelde und in anderen Orten »wollten die Genossen, die schon früher der KPD angehört hatten, unter sich sein. Sie verzichteten auf die Aufnahme parteiloser Antifaschisten in die Partei«; Sägebrecht: Nicht Amboss, sondern Hammer sein, S. 308.

schieden verworfen. Walter Ulbricht verkündete, die KPD könne ihre historische Aufgabe nur erfüllen, wenn die besten Männer und Frauen aus allen Schichten des schaffenden Volkes ihr angehörten, und »Manche Parteileitungen stellen unzulässige Vorbedingungen für die Aufnahme in die Partei.«²⁶

Andrerseits machte die Nähe zur Besatzungsmacht die KPD in Teilen der Bevölkerung suspekt.²⁷ Die Kommunisten waren sich dessen bewusst, auch wenn sie die Problematik nur intern behandelten. Ein Zauch-Belziger KPD-Mann äußerte auf einer Funktionärssitzung unverhohlen, dass das Auftreten der Soldaten der Roten Armee kein Vorteil für die Propaganda der KPD sei.²⁸ Die KPD-Ortsgruppe der Stadt Treuenbrietzen meinte, alle anderen Parteien hätten es bei der Mitgliederwerbung leichter, woran die ständigen Übergriffe von Soldaten der Roten Armee in der Stadt schuld seien: »Die Menschen sind sich noch immer nicht klar darüber, daß man dies nicht alles auf das Konto der K.P.D. setzen kann.«²⁹

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Die Sozialdemokraten begannen ebenfalls im Mai 1945 damit, sich in den sowjetisch besetzten Gebieten zu sammeln.³⁰ In Berlin bildeten mehrere sozialdemokratische Funktionäre einen Ausschuss, der den Neuaufbau der SPD vorbereiten sollte. Am 10. Juni 1945, am Tag der Zulassung von Parteien durch die SMAD, konstituierte sich dieser als provisorischer Zentralausschuss (ZA) der SPD³¹, der von der ersten SPD-Funktionärskonferenz am 17. Juni 1945 in Berlin in seiner Gesamtheit bestätigt wurde. Doch vollzog sich, von Berlin und dessen engere Umgebung abgesehen, der organisatorische Aufbau der SPD in den Kommunen und Bezirksverbänden ohne konkrete Einflussnahme oder Hilfestellung des ZA, da die ZA-Mitglieder erst Ende August 1945 in der SBZ umherreisen durften, um die Parteigruppen systematisch zu erfassen.³²

Ab Ende Juni 1945 war ein provisorischer SPD-Bezirksvorstand für die Mark Brandenburg tätig, zunächst unter Leitung von Fritz Neubecker, dem im Oktober 1945 Georg Spiegel nachfolgte.³³ Friedrich Ebert jun., Sohn des ersten Reichspräsidenten,

26 Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 442.

27 Vgl. Mattedi: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 27.

28 KrA PM, 60.18/15 (Protokoll der Funktionärssitzung vom 10.10.1945).

29 BLHA, Rep. 330, Nr. 146, Bl. 13.

30 Zum Folgenden vgl. Fechner: Zentralausschuß der SPD und Zentralkomitee der KPD gingen zusammen, S. 40–43; Mattedi: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 29–31; Müller: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 464 u. 474.

31 Im Gegensatz zu den Erinnerungen von ZA-Mitglied M. Fechner schreibt Hurwitz: Zwangsvereinigung und Widerstand, S. 14, der ZA hätte sich erst nach dem KPD-Gründungsaufrufs vom 11. Juni konstituiert.

32 Hurwitz: Zwangsvereinigung und Widerstand, S. 15 u. 55. Vgl. auch Müller: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 465.

33 Zum Folgenden vgl. Malycha: Auf dem Weg zur SED, S. XXXVI–XXXVII; Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 46f.; Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 696; Sägebrecht: Nicht Amboss, sondern Hammersein, S. 309f. Vgl. auch Ebert: Wir erfüllen unsere historische Aufgabe, S. 512f. Offizielles Gründungsdatum des SPD-Bezirksverbandes Brandenburg war der 16. Juli 1945 (gemäß Beschluss des SPD-Zentralausschusses); vgl. Müller: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 475.

hatte im Bezirksvorstand den Posten des Sekretärs inne. Der 1. Bezirksparteitag der brandenburgischen SPD am 3./4. November 1945 wählte einen ordentlichen Bezirksvorstand (später Landesvorstand genannt), geführt von Spiegel als Vorsitzendem und Otto Schwarz als zweitem Vorsitzenden.³⁴

Erste SPD-Ortsgruppen entstanden in der Mark Ende Juni/Anfang Juli 1945. In Zauch-Belzig waren die Sozialdemokraten in der Kreisstadt Vorreiter, die bereits am 18. Juni ihren Ortsverein mit anfänglich 17 Mitgliedern gründeten.³⁵ In Werder wurde die Gründungsversammlung des Ortsvereins Ende Juni 1945 abgehalten.³⁶ In der Havelstadt wohnte der achtzigjährige SPD-Veteran Eugen Ernst, 1919/20 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und Polizeipräsident von Berlin.³⁷ Ernst beteiligte sich am Aufbau der Ortsgruppe und bei der Gewinnung jugendlicher Mitglieder.³⁸ Der Wiederaufbau von sozialdemokratischen Basisgruppen gestaltete sich nicht unproblematisch, da mancherorts sowjetische Kommandanten und bzw. oder die KPD die Wiedergründung von SPD-Ortsvereinen zu verhindern suchten.³⁹ Auch in der Kreisstadt Belzig bestand anfänglich die Absicht, alle Sozialdemokraten in die KPD hineinzuziehen⁴⁰, und in Werder war eine Anzahl früherer SPD-Mitglieder bereits in die KPD-Ortsgruppe eingetreten.⁴¹

Die sozialdemokratischen Ortsvereine bestanden zunächst ohne engere Bindung an übergeordnete Parteiebenen. Im Rundschreiben Nr. 1 des SPD-Bezirks Mark Brandenburg vom 15. August 1945 wurde die vorläufige Organisationsstruktur (Ortsvereine, Kreisbeauftragte, Unterbezirke und Bezirk) festgelegt, womit die Partei an ihre Strukturen vor 1933 anknüpfte.⁴² Ferner entstanden als neue Organisationsgliederungen ab Herbst 1945 sozialdemokratische Betriebsgruppen.⁴³ Die Zauch-Belziger Sozialdemokraten gehörten zum Unterbezirk Brandenburg/Havel, als dessen provisorische Leitung Paul Voigt und Willy Weichheim, die beiden Sekretäre

34 Müller: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 475; Urban/Schulz: Die Vereinigung von KPD und SPD, S. 45.

35 BLHA, Rep. 331, Nr. 15, Bl. 81 Vs; Sammlung G. Dorbritz (Schreiben der SPD-Ortsgruppe Belzig an den Oberbürgermeister von Belzig vom 19.6.1945). Es ist nur von wenigen anderen SPD-Ortsvereine in Zauch-Belzig das konkrete Gründungsdatum überliefert: Treuenbrietzen am 23.6.1945 (BLHA, Rep. 331, Nr. 27, Bl. 48); Langerwisch am 8.7.1945 (BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 102, Bl. 53); Wilhelmshorst am 22.7.1945 (ebenda); Seddin u. Neuseddin am 27.7.1945 (BLHA, Rep. 332, Nr. 12, Bl. 63); Niemegk am 2./3.8.1945 (BLHA, Rep. 330, Nr. 77, Bl. 21); Michendorf am 4.8.1945 (BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 102, Bl. 53); Brück am 23.8.1945 (BLHA, Rep. 331, Nr. 27, Bl. 10).

36 Ruschen: Wir gingen den richtigen Weg, S. 570.

37 Biographische Angaben zu Eugen Ernst (20.9.1864–31.5.1954) nach H. Kitzels Beitrag in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, S. 122f.

38 Vgl. Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 70, Anm. 73; Ruschen: Wir gingen den richtigen Weg, S. 571f.

39 Hurwitz: Zwangsvereinigung und Widerstand, S. 55; Müller: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 466.

40 Urban/Schulz: Die Vereinigung von KPD und SPD, S. 42.

41 Benser: Die KPD im Jahre der Befreiung, S. 119 u. 121.

42 Heß/Richter: Die Stadt Brandenburg, S. 208.

43 Müller: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 466.

des SPD-Ortsvereins der Havelstadt, wirkten.⁴⁴ Zu Kreisbeauftragten der Partei ernannte der Bezirksvorstand im August 1945 die Vorsitzenden der Ortsvereine am Sitz des jeweiligen Landratsamtes, also im Fall von Zauch-Belzig den Belziger Ortsvereinsvorsitzenden Fritz Fricke.⁴⁵ Reguläre SPD-Kreisvorstände bildeten sich überwiegend erst Ende des Jahres 1945⁴⁶, so der Zauch-Belziger Vorstand, der auf der ersten sozialdemokratischen Kreiskonferenz am 25. November in Belzig gewählt wurde. Die rund 120 Delegierten wählten den bisherigen Kreisbeauftragten Fritz Fricke zum 1. Vorsitzenden, den Lehrer Josef Cyrus (Zeuden) zum 2. Vorsitzenden (zugleich Referent für Agrarwesen und Bodenreform).⁴⁷

Zum Zeitpunkt der ersten Kreiskonferenz umfasste die SPD in Zauch-Belzig 52 Ortsvereine mit insgesamt 2478 Mitgliedern.⁴⁸ Die größten örtlichen Parteigruppen bestanden in Werder, Belzig und Treuenbrietzen. Im Dezember 1945 zählte man in der Kreisstadt 291, in Werder 445, in Treuenbrietzen 250 sozialdemokratische Parteiangehörige.⁴⁹ In den ersten Wochen des Jahres 1946 konnte die Kreis-SPD einen merklichen Mitgliederzuwachs verbuchen. Im März des Jahres waren 3856 Parteimitglieder in Zauch-Belzig registriert.⁵⁰

Die SPD der sowjetisch besetzten Zone und Berlins verzeichnete in den Monaten nach ihrer Neukonstituierung einen größeren Mitgliederzulauf und eine bessere Resonanz in der Bevölkerung als die KPD, obwohl die Sozialdemokraten in ihrer Parteiarbeit durch die Besatzungsmacht erheblich benachteiligt wurden.⁵¹ So wurde eine öffentliche Versammlung der SPD in Belzig am Sonnabend, den 29. September 1945, von immerhin 600 Personen besucht, während sich am gleichen Wochenende auf einer KPD-Versammlung in der Kreisstadt nur 150 Menschen verloren.⁵² Das hatte bereits den Charakter einer Abstimmung und verhiess für die kommunistische Partei nichts Gutes. Konnte die SPD bezüglich der Mitgliedergewinnung Erfolge verbuchen, so baute sich doch unter ihren Parteiangehörigen ein Spannungspotenzial auf, ausgelöst durch die Problematik einer »Aktionseinheit« mit den Kommunisten. Zudem offenbarte sich ab Anfang Oktober 1945 eine Rivalität zwischen dem ZA in Berlin und den Sozialdemokraten der westlichen Besatzungszonen, d.h. dem »Büro Schumacher« in Hannover, um die Rolle als legitimer Vertreter der Sozialdemokratie für ganz Deutschland.⁵³

44 Heß/Richter: Die Stadt Brandenburg, S. 208. Der SPD-Unterbezirk Brandenburg/Havel zählte im Herbst 1945 ca. 8500 Mitglieder; ebenda.

45 BLHA, Rep. 331, Nr. 19, Bl. 3.

46 Urban/Schulz: Die Vereinigung von KPD und SPD, S. 45.

47 BLHA, Rep. 331, Nr. 3, Bl. 6.

48 Ebenda.

49 Ebenda, Nr. 15, Bl. 38.

50 Ebenda, Nr. 5, Bl. 13. Der SPD-Ortsverein Treuenbrietzen etwa wuchs von 250 Mitgliedern im Dezember 1945 auf 438 im Februar 1946; vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 80, Bl. 57.

51 Vgl. Hurwitz: Zwangsvereinigung und Widerstand, S. 13f. u. 15f. Sogar Tjulpanow: Deutschland nach dem Krieg, S. 175, muss zugeben, für die KPD war es bedeutend schwieriger gewesen, Vertrauen der breiten Bevölkerungsschichten inklusive der Arbeiter zu gewinnen, als das beispielsweise für die Sozialdemokraten der Fall war.

52 Vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 5, Bl. 23.

53 Vgl. Fechner: Zentrallausschuß der SPD und Zentralkomitee der KPD gingen zusammen, S. 45–47.

Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU)

Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU), eine gänzliche Neuschöpfung in der deutschen Parteienlandschaft, bildete sich im Juni 1945.⁵⁴ Ihr Gründungsauftruf erschien am 26. Juni⁵⁵, die Registrierung der CDU durch die SMAD erfolgte indes erst am 10. Juli. Zu den Gründungsmitgliedern der Union gehörten neben Vertretern der früheren katholischen Zentrumspartei und des protestantisch-konservativen Lagers auch ehemalige Mitglieder der liberalen Deutschen Demokratischen Partei. Die CDU entwickelte sich im östlichen Deutschland zur Sammlungs- partei des vornehmlich protestantisch-konservativen Lagers.⁵⁶ In Berlin etablierte die Partei ihre »Reichsgeschäftsstelle«. Die Union gab sich eine bürgerlich-demokratisch ausgerichtete Programmatik. Sie bejahte das Privateigentum, war aber für die Verstaatlichung der Bodenschätze und von Schlüsselindustrien. In Sachen Bildungspolitik reklamierte sie die Gleichberechtigung der verschiedenen weltanschaulichen Standpunkte. Allerdings: »Verbindend wirkte offenbar weniger die Verpflichtung auf ein politisches Programm als das gemeinsame Bekenntnis zum christlichen Glauben.«⁵⁷

Mit einiger Verzögerung bildeten sich erste CDU-Ortsgruppen im Berliner Umland. Ende August 1945 bestanden Basisgruppen der Union in Belzig und Werder/Havel.⁵⁸ Wilhelm Föllmer bemühte sich um die Gründung weiterer Ortsgruppen im Kreis Zauch-Belzig, speziell in der Umgebung von Werder. Am 31. August 1945 stellte die CDU-»Reichsgeschäftsstelle« in Berlin eine Bescheinigung für Föllmer aus, laut der er im Einvernehmen mit der Geschäftsstelle handelte und die zuständigen Kommandanturen gebeten wurden, die Genehmigung zur Gründung von CDU-Ortsgruppen zu erteilen.⁵⁹

Es dauerte noch bis zum 16. Oktober 1945, bis es der Union endlich gelang, einen Provinzialverband Brandenburg, mit Dr. Wilhelm Wolf an der Spitze, zu gründen. Als der 1. Landesparteitag der CDU Brandenburg am 27./28. April 1946 zusammentrat, war der Aufbau aller brandenburgischen Kreisverbände dann im Wesentlichen abgeschlossen.⁶⁰

54 Zum Folgenden vgl. Agethen: Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953, S. 48f.; Bloch: Zwischen Hoffnung und Resignation, S. 48 u. 50; Conze: Jakob Kaiser, S. 15–24; Gradl: Anfang unter dem Sowjetstern, S. 17–21; Hermes: Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform, S. 14 u. 17; Kind: Christliche Demokraten, S. 9 u. 10f.; Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, S. 142–144; Mattedi: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 34–37; Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 697f.; Suckut: Christlich-Demokratische Union Deutschlands, S. 515f.; ders.: Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union, S. 117f.

55 Der CDU-Gründungsauftruf ist u.a. abgedruckt in: Hermes: Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform, S. 99–103; Weber: Parteiensystem, S. 129–131.

56 Mählert: Von der Zone zum Staat, S. 22.

57 Suckut: Christlich-Demokratische Union Deutschlands, S. 522.

58 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 102, Bl. 54.

59 KrA PM, 49.003/3. In den von Berlin weiter entfernten Zauch-Belziger Orten verzögerte sich die Gründung von CDU-Ortsgruppen erheblich. So nahm z.B. in der Stadt Brück die Union erst im Februar 1946 die politische Arbeit auf; BLHA, Rep. 330, Nr. 77, Bl. 126.

60 Zur Etablierung der CDU in der Provinz Brandenburg S. Baus: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone, S. 142–149; Bloch: Zwischen Hoffnung und Resignation, S. 51; Kind: Christliche Demokraten, S. 13; Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 696; Suckut: Christlich-Demokratische Union Deutschlands, S. 535; Urban/Schulz: Die Vereinigung von KPD und SPD, S. 63.

Der agrarisch geprägte Kreis Zauch-Belzig schien ein gutes Feld für bürgerlich-demokratische, christlich orientierte Kräfte zu bieten.⁶¹ Anfang September 1945 wurde der CDU-»Reichsgeschäftsstelle« gemeldet, dass ein Aktionsausschuss zum Aufbau des Kreisverbandes Zauch-Belzig den Justizobersekretär Zientek als Geschäftsführer bestellt habe.⁶² Im November verfügte die Union zwar erst über sechs Ortsgruppen im Landkreis, diese zählten aber schon mehrere Hundert Mitglieder.⁶³ Die Gründung der hiesigen Ortsgruppen lief nicht immer reibungslos ab, wie das Beispiel Insel Töplitz (Göttin, Neu-Töplitz, Alt-Töplitz, Leest) zeigt, wo die Etablierung der CDU seitens der KPD behindert wurde.⁶⁴ Am 10. November stellte sich der katholische Pfarrer Erich Tschetschog aus Belzig als erster Kreisvorsitzender der CDU beim sowjetischen Kreiskommandanten vor.⁶⁵ Dieser stellte dem Pfarrer, der maßgeblich an der kampflosen Übergabe Belzigs an die Rote Armee beteiligt war⁶⁶, in Aussicht, ihn in seinem Amt als Unions-Kreisvorsitzender zu unterstützen. In Wahrheit ergriff dann die Kreiskommandantur allerlei Maßnahmen, um die Tätigkeit der CDU in Grenzen zu halten, wie es in einem späteren internen Bericht für übergeordnete sowjetische Dienststellen unumwunden hieß.⁶⁷ So wurde beispielsweise die Durchführung von Mitgliederversammlungen eingeschränkt.

Dennoch wuchs von Dezember 1945 bis zum Februar 1946 die CDU-Mitgliederzahl in Zauch-Belzig von ca. 900 auf immerhin rund 2000 an.⁶⁸ Jedoch waren sich (nach Meinung von KPD-Leuten) einige CDU-Funktionäre im Kreis über die politische Ausrichtung ihrer Partei nicht ganz schlüssig: »der eine steuert scharf rechts, der andere mehr links und wieder andere wollen entschiedene Zentrumspolitik.«⁶⁹

Im Gegensatz zum katholischen Geistlichen Tschetschog fand die Union bei der protestantischen Geistlichkeit Zauch-Belzigs trotz ihrer christlichen Ausrichtung anfänglich kaum Unterstützung. Der evangelische Belziger Pfarrer Bombe lehnte z.B. einen Beitritt zur CDU strikt ab. Aufgrund dieser Haltung sah sich selbst der Berlin-Brandenburger Bischof Otto Dibelius dazu veranlasst, in einem privaten Schreiben für eine Mitgliedschaft in der Union zu werben, weil »die evangelische Kirche heute praktisch nur bei der Christlich-Demokratischen Union Verständnis und positive Unterstützung findet«.⁷⁰

61 Es liegt auf der Hand, dass dies nichts mit einer hiesigen Zentrums-Tradition zu tun hatte. Die katholische Zentrumspartei war im evangelisch-protestantischen Zauch-Belzig nie eine politische Größe gewesen. Bei der Reichstagswahl 1930 erhielt sie hier 390(!) Stimmen, was einem Stimmenanteil von 0,7% entsprach; vgl. die Angaben in: Dokumente und Materialien zu den sozialen und politischen Verhältnissen, S. 334f.

62 Baus: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone, S. 147.

63 Vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 10, Bl. 119.

64 Vgl. Baus: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone, S. 147.

65 Kind: Christliche Demokraten, S. 12. Siehe auch Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 69, Anm. 57.

66 Siehe S. 35 der vorliegenden Arbeit.

67 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 18.

68 Vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 160, Bl. 12 (Dezember 1945); Nr. 76, Bl. 15 (Februar 1946).

69 Ebenda, Nr. 160, Bl. 12.

70 Baus: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone, S. 178f.

Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP)

Als vierte Partei und als zweite bürgerliche neben der CDU entstand die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP).⁷¹ Am 16. Juni 1945 trafen sich in Berlin mehrere Honoratioren, vornehmlich ehemalige Mitglieder der DDP aus Weimarer Zeit, und konstituierten sich als Hauptausschuss einer neuen »Deutschen Demokratischen Partei«. Am 30. Juni wurde die Namensänderung in LDP vorgenommen, am 10. Juli 1945 erhielt die Partei ihre Lizenz durch die sowjetische Besatzungsmacht. Die Partei knüpfte an bürgerlich-liberale Strömungen Weimars an. Ihr traten insbesondere frühere DDP-Mitglieder bei. Auch vormalige Mitglieder der Weimarer national-liberalen Deutschen Volkspartei fanden ihren Weg zu ihr. Die LDP setzte sich programmatisch für den Erhalt des Privateigentums und eine freie Wirtschaft⁷², für unabhängige Richter sowie für die Beseitigung von Militarismus und Nationalismus ein. Die Partei wandte sich grundsätzlich gegen Sozialisierungspläne, aber auch gegen jedes »Parteibuchwesen« in der Personalpolitik der Verwaltungen.⁷³

Für die LDP war es mühevoller als für die CDU, in der Provinz Brandenburg Fuß zu fassen. Liberaldemokratische Vertreter der Kreise gründeten am 1. Oktober 1945 einen provisorischen Landesvorstand. Der reguläre Landesverband Brandenburg konstituierte sich erst am 6. Dezember 1945 mit Albert Grundei als erstem Vorsitzenden.⁷⁴ Für die gesamte SBZ schloss gar erst eine Delegiertenversammlung am 3./4. Februar 1946 die Bildung des Zonenverbandes ab.⁷⁵

In Zauch-Belzig gab es zwar schon im Sommer 1945 einzelne LDP-Mitglieder und seit Ende Juli des Jahres liberaldemokratische Ortsgruppen in Caputh und Niemege. ⁷⁶ Doch die Entwicklung der Partei verlief im Landkreis äußerst zögerlich. In der Kreisstadt Belzig etwa bildete sich eine LDP-Ortsgruppe erst um den 17. November 1945

71 Zum Folgenden vgl. Agsten u.a.: LDPD 1945 bis 1961, S. 42–46 u. 52–57 (Das Buch mutet in weiten Teilen an wie ein Kniefall vor der SED, wie eine Entschuldigung dafür, dass es bis ca. 1951 Kräfte in der LDP tatsächlich wagten, die »führende Rolle der Arbeiterklasse« in Zweifel zu ziehen u. sich gegen die Einparteiendiktatur aufzulehnen); Behrendt: Wilhelm Külz, S. 173–186; Bode: Liberal-Demokraten und »deutsche Frage«, S. 37; Dähn: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 545f.; Itzerott: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 179–181; Krippendorff: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 36–43; Kulbach/Weber: Parteien im Blocksystem der DDR, S. 39; Mattedi: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 40–42; Papke: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR, S. 26–31; Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 43f.; Sommer: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 30–32. Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. 1/1, S. 123.

72 Im Gründungsaufwurf der LDP (abgedruckt u.a. in: Weber: Parteiensystem, S. 185f.) heißt es: »Die Erhaltung einer einheitlichen deutschen Volkswirtschaft, des Privateigentums und der freien Wirtschaft ist die Voraussetzung für die Initiative und erfolgreiche wirtschaftliche Betätigung.«

73 Krippendorff: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 73; Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 698.

74 Dähn: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 564; Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 43f.; Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 696; Urban/Schulz: Die Vereinigung von KPD und SPD, S. 63.

75 Dähn: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 548; Itzerott: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 180.

76 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 82, Bl. 20; Nr. 102, Bl. 53f.

und umfasste 25 Mitglieder.⁷⁷ Die Liberaldemokraten hatten Schwierigkeiten mit ihrer Registrierung durch die Kreiskommandantur – vielleicht, weil die hiesigen Vertreter der Besatzungsmacht (entgegen den Weisungen der SMAD) keine zweite bürgerliche Partei neben der CDU im Kreis akzeptieren wollten. Erst im späten Dezember 1945 erhielten die Liberaldemokraten ihre Lizenz durch die Kreiskommandantur, weshalb die bereits bestehende LDP-Ortsgruppe Niemegk zuvor gezwungen war, für zwei Wochen ihre Tätigkeit einzustellen.⁷⁸ Und auch danach engte die Kreiskommandantur »durch verschiedene Maßnahmen und in unterschiedlicher Form den Spielraum der LDP« willkürlich ein, wie es in einem internen Bericht der Besatzungsmacht hieß.⁷⁹ Der neu eingesetzte LDP-Kreisvorstand veranstaltete am 27. Januar 1946 eine erste öffentliche, nur mäßig besuchte Versammlung, die im Volkshaus Belzig stattfand, und auf der der Kreisvorsitzende, Studienrat Paul Thiem, referierte.⁸⁰ Zu jener Zeit besaß die Liberal-Demokratische Partei nur rund 200 Mitglieder im Kreis.⁸¹ Das lag wohl zum großen Teil daran, dass die CDU der LDP in Zauch-Belzig zuvorgekommen war und hier die meisten bürgerlichen Demokraten inzwischen für sich gewonnen hatte. Auch von kommunistischer Seite wurde vermutet, die Liberaldemokraten fänden im Kreis wenig Anklang.⁸²

Der Aufbau örtlicher Strukturen der bürgerlichen Parteien, also sowohl LDP wie auch CDU, wurde immer wieder von Kommunisten behindert oder ihre Existenz ignoriert. Es gab so heftige Auswüchse, dass am 22. Februar 1946 sich gar die brandenburgische KPD-Bezirksleitung an alle Kreisleitungen mit einem Rundschreiben wandte, in dem es kritisch heißt:

Es ergeben sich noch immer Fälle in den einzelnen Ortsgruppen, wo sich unsere Partei nicht um die beiden anderen antifaschistischen Parteien [d.h. CDU und LDP] kümmert [...] und oftmals ablehnt, mit ihnen zusammenzuarbeiten und diese Parteien von vornherein in die Opposition am Orte stösst. Das ist falsch. Oder, was noch schlimmer ist, unsere Genossen hindern die anderen beiden Parteien am Aufbau ihrer Organisationen. Das ist grundfalsch.⁸³

Diese Kritik entsprang keinem Anflug von demokratischer Fairness. Die KPD-Bezirksleitung trieb in Wahrheit die Sorge, es »würden unsere Genossen die Kontrolle über die anderen Gruppierungen der nichtmarxistischen Parteien verlieren.«⁸⁴

Angesichts der organisatorischen Behinderungen entwickelte sich zwischen den bürgerlichen Parteien, die ansonsten um die gleichen sozialen Wählerschichten und Anhänger konkurrierten⁸⁵, mancherorts ein Solidarisierungseffekt. In Treuen-

77 Vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 10, Bl. 119.

78 Vgl. ebenda, Nr. 146, Bl. 11.

79 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 21.

80 BLHA, Rep. 330, Nr. 146, Bl. 15.

81 Ebenda, Nr. 76, Bl. 15.

82 Ebenda, Nr. 160, Bl. 12.

83 BLHA, Rep. 330, Nr. 74, Bl. 65. Vgl. Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 46.

84 BLHA, Rep. 330, Nr. 74, Bl. 65. Auch zitiert bei Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 46.

85 Kulbach/Weber: Parteien im Blocksystem der DDR, S. 38.

brietzen hatten die Ortsgruppen von LDP und CDU zeitweise einen gemeinsamen Geschäftsführer, was aber zumindest beim CDU-Kreisvorsitzenden Tschetschog auf kein Verständnis stieß.⁸⁶

Der Antifa-Block

Auf kommunistische Initiative wurde auf einer Tagung von Vertretern der KPD, der SPD, der CDU und der LDP am 14. Juli 1945 in Berlin die »Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien«, kurz »Antifa-Block« oder einfach nur »Block« genannt, aus der Taufe gehoben.⁸⁷ Der Block entsprach der »Volksfront«-Konzeption, der bündnispolitischen Strategie der KPD⁸⁸, die – in Abkehr von ihrer Propaganda aus den Jahren vor 1933 – nicht müde wurde, die Schaffung demokratischer Verhältnisse anzumahnen. Andererseits sahen alle Parteien die Kooperation in Form eines Parteienblocks unter den Nachkriegsverhältnissen als politische Notwendigkeit an und waren grundsätzlich dazu bereit. Angesichts der drängenden Probleme und in Erinnerung an die verhängnisvolle Zerstrittenheit der Parteien am Ende der Weimarer Republik schien eine solche Zusammenarbeit nur folgerichtig zu sein.⁸⁹

Der Antifa-Block war kein Koalitionsbund, sondern stellte eine neuartige Konstruktion in der Parteiengeschichte dar.⁹⁰ Block-Ausschüsse konstituierten sich auch auf Landes-, Kreis- und Ortsebene, wobei der Antifa-Block sich auf den unteren Ebenen aber nur verzögert ausweitete und sich hier die Blockpolitik nur mangelhaft entwickelte. Die Block-Mitglieder propagierten das Ziel, »unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit [...] auf dem Wege der Vereinbarungen, somit

86 BLHA, Rep. 330, Nr. 160, Bl. 12. Zu generellen Abgrenzungsbestrebungen zwischen CDU u. LDP S. Krippendorff: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 78–81.

87 Gründungsdokument »Die antifaschistische demokratische Einheit ist da« abgedruckt u.a. in: Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. 1/1, S. 380–382; Weber: Parteiensystem, S. 301f. Zur Gründung des Antifa-Blocks u. zu dessen Vorgeschichte S. Hermes: Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform, S. 13–19; Krippendorff: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 83–90; Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 50f.; Suckut: Block-Ausschüsse, S. 595–597.

88 Vgl. Koch: Der Demokratische Block, S. 281f.; Mattedi: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 51; Suckut: Block-Ausschüsse, S. 595. Zu den historischen u. theoretischen Wurzeln der kommunistischen Blockpolitik S. Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 21–24; ders.: Protokolle des Landesblockausschusses, S. XIII–XIX. Die Volksfront-Konzeption wurde ab 1935 für die KPD wie für die anderen Parteien der Kommunistischen Internationale verbindlich. Zum Referat Georgi Dimitroffs auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1935, in dem erstmals die Volksfront-Konzeption erläutert wurde, vgl. Ackermann: Der neue Weg zur Einheit, S. 64. Vgl. auch Müller: Kommunistische Partei Deutschlands, S. 441.

89 Koch: Der Demokratische Block, S. 282; Mähler: Von der Zone zum Staat, S. 22f.; Reinert: Protokolle des Landesblockausschusses, S. XXIII; Suckut: Block-Ausschüsse, S. 596. Zur Bereitschaft der CDU zur Mitarbeit im Block S. Agethen: Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953, S. 49.

90 Zum Folgenden vgl. Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 50f.; Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 698; Suckut: Block-Ausschüsse, S. 597f.

nicht durch Abstimmungen«⁹¹ eine demokratische Ordnung herzustellen. Für die KPD und die Besatzungsmacht war indes der Block insbesondere ein entscheidendes Instrument zur Formung eines durch sie kontrollierten Parteiensystems, wobei die Kommunisten der Gefahr einer Isolierung entgingen, weil eine gegen sie gerichtete Koalition im Block ausgeschlossen war.⁹² Das in den Block-Ausschüssen obligatorische Einstimmigkeitsprinzip war als Knebelung von CDU und LDP gedacht, wirkte sich aber manchmal auch zu deren Vorteil aus, da sie mit Hilfe dieses Prinzips ihrerseits unerwünschte Beschlüsse verhindern konnten.⁹³

Auf der Provinzebene hat sich der Antifa-Block in Brandenburg relativ spät, und zwar am 22. November 1945 gebildet.⁹⁴ Sechs Tage darauf veröffentlichte er sein Gründungsdokument.⁹⁵ Er bestand damals aus je drei Vertretern der zugelassenen vier Parteien. Seine Gründung ging auf eine Vereinbarung zwischen Willy Sägebrecht (KPD) und Friedrich Ebert jun. (SPD) zurück.⁹⁶ Die späte Konstituierung beruhte u.a. auf dem Umstand, dass der organisatorische Aufbau von CDU und LDP zunächst nur auf Ortsebene ablief und unter den führenden Funktionären der beiden bürgerlichen Parteien wohl noch Kräfte waren, die aus dem Blickwinkel herkömmlicher Koalitionspolitik diesem neuartigen Parteienbündnis gehörige Skepsis entgegenbrachten.⁹⁷

Im brandenburgischen Antifa-Block erwartete man, auf die Entscheidungen der Administrationsorgane Einfluss nehmen zu können.⁹⁸ Doch diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Sowohl die SPD als auch die KPD lehnten gemeinsam Ende Februar 1946 den Antrag der CDU ab, ein Block-Gremium bei der Provinzialverwaltung einzusetzen, das bei der Ausarbeitung von Gesetzen und Verordnungen Mitbestimmungsrecht hat. Eine derartige Einrichtung hätte den bürgerlichen Parteien ein Veto bei der Gesetzgebung ermöglicht, da im Block – wie erwähnt – das Einstimmigkeitsprinzip herrschte.

Schon Monate bevor sich der brandenburgische Antifa-Block auf Provinzebene konstituierte, war in Zauch-Belzig der erste Kreis-Block-Ausschuss der Mark ent-

91 Suckut: Block-Ausschüsse, S. 597.

92 Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 698. Vgl. auch Hermes: Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform, S. 15f.; Koch: Der Demokratische Block, S. 285.

93 Bloch: Zwischen Hoffnung und Resignation, S. 53. Bauer: Krise und Wandel der Blockpolitik und Parteigründungen 1948, S. 81, stellt demgemäß fest: »Der Block war für die SED immer ein vergleichsweise umständlich handhabbares Gremium«.

94 Zum Folgenden vgl. Baus: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone, S. 150f.; Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 51f.; ders.: Protokolle des Landesblockausschusses, S. XX–XXIV; Kind: Christliche Demokraten, S. 15; Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 698f.; Suckut: Block-Ausschüsse, S. 617.

95 Abgedruckt in: Reinert: Protokolle des Landesblockausschusses, S. 8f.

96 Sägebrecht: Nicht Amboss, sondern Hammer sein, S. 314.

97 Urban/Schulz: Die Vereinigung von KPD und SPD, S. 61f. Vgl. aber Reinert.: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 54, sowie ders.: Protokolle des Landesblockausschusses, S. XXIII, der darauf hinweist, dass es keine beweiskräftigen Belge für die Schuld führender CDU- u. LDP-Funktionären an der späten Bildung des Provinzialblocks gebe u. dass gerade Wilhelm Wolf u. Karl Grobbel vom CDU-Landesvorstand aktiv auf die Herausbildung des Provinzialblockausschusses Einfluss genommen haben.

98 Zum Folgenden vgl. Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 87f.; Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 699; Suckut: Block-Ausschüsse, S. 606.

standen.⁹⁹ Er verdankte sein Entstehen wohl weniger einer Initiative der Parteien, sondern vielmehr dem Ehrgeiz der Besatzungsmacht vor Ort, denn auf Befehl(!) der sowjetischen Kreiskommandantur hatten sich sämtliche Zauch-Belziger Funktionäre der Parteien am 8. August 1945 um 14 Uhr im Belziger Lokal »Victoriagarten« zum Zwecke der »Zusammenfassung aller antifaschistischen Parteien zu einem antifaschistischen Block« zu versammeln.¹⁰⁰ Rund 200 Funktionäre von KPD, SPD, CDU und LDP¹⁰¹ fanden sich befehlsgemäß zur konstituierenden Sitzung des Kreis-Blocks ein.¹⁰² Die Besatzungsmacht war durch den Politischen Offizier Kowalow präsent. Die Sitzungsteilnehmer hatten nicht die Möglichkeit, einen Vorsitzenden des Block-Ausschusses zu wählen, sondern der damalige KPD-Kreisleiter Paul Schubert wurde dazu ebenfalls per Befehl des Kreiskommandanten bestimmt. Der Versammlungsort, das Belziger Lokal »Victoriagarten«, wurde wenige Tage darauf am 11./12. August unter dem Namen »Volkshaus« allen vier Blockparteien als Büro- und Tagungshaus zur Verfügung gestellt.¹⁰³

In der Öffentlichkeit hatte der Kreis-Antifa-Block erst am 9. November 1945 anlässlich einer Veranstaltung zum Gedenken an die Novemberrevolution 1918 einen großen Auftritt. Bei der Kundgebung in Belzig ergriffen die Redner Erich Tschetschog (CDU), Paul Thiem (LDP), Josef Cyrus (SPD) und Georg Leps (KPD-Bezirksleitung) das Wort.¹⁰⁴ Ab Spätsommer/Herbst 1945 entstanden im Kreis auch Blockausschüsse auf Ortsebene. Anfang September des Jahres existierten solche in Belzig, Werder/Havel, Treuenbrietzen und Brück.¹⁰⁵ Bei der Bildung des Ausschusses in Werder traten Schwierigkeiten auf, weil dortige kommunistische Funktionäre die Einbeziehung der Christdemokraten zu verhindern suchten, sodass schließlich die Besatzungsmacht zugunsten der CDU eingreifen musste.¹⁰⁶

Die Block-Ausschüsse auf Kreis- und Gemeindeebene scheinen in erster Linie nur als unterstützende Organe der Verwaltung bei der Normalisierung der Lebensverhältnisse gewirkt zu haben. Zudem nahmen sie Teilarbeiten von Entnazifizierungskommissionen wahr.¹⁰⁷ Für den Kreis-Block Zauch-Belzig traf dies jedenfalls zu. Seine wichtigste praktische Arbeit war offensichtlich die Behandlung von Gewerbeanträgen ehemaliger NSDAP-Mitglieder und die Ausstellung von Unbedenklich-

99 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 10, Bl. 46; Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 51; Urban/Schulz: Die Vereinigung von KPD und SPD, S. 63.

100 BLHA, Rep. 330, Nr. 74, Bl. 4.

101 Hierbei ist zu beachten, dass die LDP u. (wahrscheinlich) auch die CDU seinerzeit noch über keine regulären Ortsgruppen im Kreis verfügten, es sich deshalb bei den versammelten Funktionären fast ausschließlich um KPD- u. SPD-Leute handelte.

102 Diese Sitzung wird auch erwähnt bei Kind: Christliche Demokraten, S. 16.

103 Vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 10, Bl. 45 Rs u. Bl. 70.

104 Vgl. ebenda, Nr. 161, Bl. 1.

105 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 82, Bl. 20.

106 Vgl. Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 74, Anm. 110; Suckut: Blockpolitik in der SBZ/DDR, S. 24, Anm. 82.

107 Koch: Der Demokratische Block, S. 284; Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 107f.; Suckut: Block-Ausschüsse, S. 595 u. 598.

keitsbescheinigungen (»Persilscheine«) für diese.¹⁰⁸ Von der Tätigkeit des Kreisblocks hatten sich manche Stellen mehr erhofft. Oberleutnant Kubanow etwa, politischer Mitarbeiter der sowjetischen Kreiskommandantur, urteilte auf einer Tagung im Januar 1946, der antifaschistische Block im Kreis sei zu wenig in Erscheinung getreten.¹⁰⁹

Beginn der »antifaschistisch-demokratischen Umwälzung«

Auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) handelten die Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkriegs ein gemeinhin »Potsdamer Abkommen« genanntes Kompromisspapier¹¹⁰ aus, in welchem die allgemeine Absicht erklärt wurde, Deutschland zu entnazifizieren und zu demokratisieren sowie die deutsche Wirtschaft durch die Auflösung der beherrschenden Kartelle zu entflechten.¹¹¹ Den unpräzisen Kompromiss von Potsdam nutzten die Sowjets in Gemeinschaft mit den deutschen Kommunisten als Legitimation für die von ihnen betriebene radikale Umformung von Gesellschaft, Wirtschaft und staatlicher Organisation der SBZ. Sie versahen die fundamentale Umwälzung mit dem eher unverdächtigen, dem Duktus der Zeit entsprechende Attribut »antifaschistisch-demokratisch«.¹¹²

Zu den frühen Maßnahmen der Umwälzung zählten die Schaffung eines neuen Verwaltungsapparates, die Einleitung einer Schulreform, die Schließung der Privatbanken¹¹³ sowie die Auflösung der Unternehmerorganisationen.¹¹⁴ Im Sommer 1945

108 Hierfür hatte der Kreis-Block-Ausschuss eigens einen Unterausschuss geschaffen; vgl. BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 100 (»Bericht über die Arbeit des antifaschistischen Kreisblocks des Kreises Zauch-Belzig für das Jahr 1947«). Aus den Akten des Block-Ausschusses der Stadt Beelitz (KrA PM, 41.04/5) geht hervor, dass derselbe sich ausschließlich der Entnazifizierung widmete.

109 KrA PM, 51.34/14 (Bericht der Bürgermeistertagung vom 19. Januar 1945, S. 3).

110 Dessen Text wurde veröffentlicht in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1 (1946), S. 13–20.

111 Bei der zahlreichen Literatur, die die Potsdamer Konferenz thematisiert, sei hier nur verwiesen auf die Arbeit von M. Antoni: Das Potsdamer Abkommen – Trauma oder Chance? (insbesondere T. 2).

112 In einer maßgeblichen DDR-Veröffentlichung über jene Ära (Doernberg: Die Geburt eines neuen Deutschland, S. 15) heißt es: »Die Revolution entwickelte sich [...] in den Jahren 1945 bis 1949 als antiimperialistische, antimonopolistische oder, wie es entsprechend den Bedingungen der damaligen Zeit präziser ausgedrückt werden kann, als eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung. Ihr Ziel bestand darin, die faschistischen Kräfte, den reaktionärsten und am meisten militaristischen Teil der Ausbeuterklasse, die Monopolherren und Junker, politisch und ökonomisch zu entmachten.« In der Geschichtswissenschaft der DDR wurde die »antifaschistisch-demokratische Umwälzung« rückblickend als eine die sozialistische Revolution vorbereitende u. mit ihr eng verflochtene Etappe des einheitlichen revolutionären Prozesses des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus gedeutet u. beschrieben; S. die Abhandlung von Badstübner: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung – Übergangsperiode – sozialistische Revolution.

113 Die SMAD schloss mit Befehl vom 23.7.1945 die privaten Banken u. verbot jegliche Kreditoperationen durch sie; S. dazu Doernberg: Die Geburt eines neuen Deutschland, S. 253f.

114 Zum Folgenden vgl. Beck: Die Konfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 89–97; Doernberg: Die Geburt eines neuen Deutschland, S. 311–317; Heitzer: Die Überwindung des Faschismus, S. 409; Krause: Die Entstehung des Volkseigentums, S. 40–46; Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 715; Sattler: Demontagen und Reparationsentnahmen, S. 344–346; Urban/Schulz: Die Vereinigung von KPD und SPD, S. 99.

hatten von den Sowjets eingesetzte Selbstverwaltungen mit willkürlichen Enteignungen begonnen. Deshalb sah sich u.a. der Zauch-Belziger Landrat veranlasst, Strafen gegen solche Willkürakte anzudrohen.¹¹⁵ Indes wurde mit den SMAD-Befehlen Nr. 124¹¹⁶ und Nr. 126¹¹⁷ vom 30. bzw. 31. Oktober 1945 nunmehr alles Eigentum des NS-Staates, der NSDAP und ihrer Gliederungen, der »Nazi- und Kriegsverbrecher« sowie »herrenloses Gut« in der SBZ als beschlagnahmt deklariert.¹¹⁸ Durch die einzelnen Bestimmungen der beiden Befehle konnte im Grunde genommen fast jeder Betrieb beschlagnahmt werden.¹¹⁹ Mit dem SMAD-Befehl Nr. 154/181¹²⁰ vom 21. Mai 1946 wurde ein Großteil der beschlagnahmten Betriebe den Landes- und Provinzialverwaltungen zur Treuhandverwaltung und Nutzung übertragen.¹²¹ Sequesterkommissionen, bestehend aus Vertretern der Verwaltungsorgane, des Antifa-Blocks sowie Gewerkschaftern, hatten unter Kontrolle der Besatzungsmacht festzulegen, welche Betriebe beschlagnahmt bzw. enteignet werden sollten.¹²² Im Kreis Zauch-Belzig sequestrierte Betriebe waren u.a. Fabriken zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, Sägewerke und Ziegeleien.¹²³

Die einschneidendste Maßnahme der beginnenden Umwälzung war jedoch die Bodenreform.¹²⁴ Die Sowjetunion und die KPD waren fest dazu entschlossen, eine durchgreifende Neuaufteilung des Grund und Bodens in der SBZ zu vollziehen. Sowohl die sowjetischen als auch die deutschen Kommunisten erblickten gerade im landwirtschaftlichen Großgrundbesitz einen Widersacher – einen Hort des

115 Hartisch: Die Enteignungen von »Nazi- und Kriegsverbrechern«, S. 19. Siehe auch Beck: Die Konfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 88f.

116 Veröffentlicht u.a. in: Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Nr. 3 (1945), S. 50. Der Text des Befehls ist abgedruckt in: Sobotka: Wiedergutmachungsverbot?, S. 727–729; Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. 1/1, S. 425–428; Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 189–192.

117 Der Text des Befehls ist u.a. abgedruckt in: Sobotka: Wiedergutmachungsverbot?, S. 729f.; Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 194–196.

118 Bereits im Sommer 1945 hatten von den Sowjets eingesetzte Selbstverwaltungen mit willkürlichen Enteignungen begonnen. Deshalb sah sich u.a. der Zauch-Belziger Landrat veranlasst, Strafen gegen solche Willkürakte anzudrohen; Hartisch: Die Enteignungen von »Nazi- und Kriegsverbrechern«, S. 19. Siehe auch Beck: Die Konfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 88f.

119 Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 258.

120 Abgedruckt in: Sobotka: Wiedergutmachungsverbot?, S. 730f.; Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 272–274. Zu diesem Befehl S. Schröder: Der Kampf der SED, S. 78f.

121 Vgl. Beck: Die Konfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 97–99; Hartisch: Die Enteignungen von »Nazi- und Kriegsverbrechern«, S. 30–32.

122 Grundsätzlich stellten die von der sowjetischen Besatzungsmacht insgesamt verantworteten Konfiskationen einen schweren Missbrauch u. eine eklatante Überschreitung ihrer aus dem Völkerrecht erwachsenen Besatzungsbefugnisse dar; Beck: Die Konfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 415 u. passim.

123 Siehe dazu Kapitel 5.3.1 der vorliegenden Arbeit.

124 Hermes: Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform, S. 11, bemerkt dazu treffend: »Sie [die Bodenreform] war aber die entscheidende Frage und die alles an Bedeutung überragende Forderung der Politik der Sowjets und der deutschen Kommunisten in der zweiten Hälfte des Jahres 1945.« – Im Folgenden steht der politische Gesichtspunkt der Bodenreform im Mittelpunkt. Zu ihren wirtschaftlichen Aspekten siehe S. 228–232 der vorliegenden Arbeit.

preußisch-deutschen Militarismus', wie sie es ausdrückten –, den es auszumerzen galt. Zugleich sollte zur Erweiterung des kommunistischen Einflusses im dörflichen Milieu eine neue, der KPD gegenüber loyale kleinbäuerliche Schicht geschaffen werden.¹²⁵ Andererseits herrschte auch bei den anderen Parteien im Antifa-Block Konsens über die Notwendigkeit einer Bodenreform, insbesondere weil man darin eine Möglichkeit sah, den Scharen von Flüchtlingen und Vertriebenen eine neue Heimstatt zu geben. Doch für die KPD und die sowjetische Führung stand das politische Moment dieses radikalen Umbaus der ländlichen Besitz- und Sozialverhältnisse im Vordergrund.¹²⁶ Der hochrangige KPD-/SED-Funktionär Fritz Lange beispielsweise räumte 1949 rückblickend ein: »Die Bodenreform war für uns nicht allein ein Umsiedlerproblem, sondern vor allen Dingen ein politisches Problem.«¹²⁷

Im Gegensatz zur KPD meldeten zahlreiche SPD-Funktionäre ihre Bedenken gegen eine entschädigungslose Enteignung an und bezweifelten die Wirtschaftlichkeit von zu kleinen Neubauernhöfen. Die bürgerlichen Parteien CDU und LDP, deren Bodenreform-Konzeptionen sich am Reichssiedlungsgesetz von 1919 orientierten, wandten sich ebenfalls kategorisch gegen eine entschädigungslose Enteignung und hegten massive wirtschaftliche Bedenken.¹²⁸

125 Vgl. dazu etwa Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 513f.; ders.: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. 1/1, S. 208–215. Als Beispiel für sowjetische Literatur zur Bodenreformfrage in der SBZ sei auf Kotow: Agrarverhältnisse und Bodenreform in Deutschland, Bd. 1, insbesondere S. 188–197, hingewiesen. Der brandenburgische KPD-Vorsitzende Sägebrecth äußerte auf einem Treffen der brandenburgischen Vorsitzenden der Blockparteien am 3. September 1945, die »Junkernburgen als Hort der Reaktion und als Herd zukünftiger Kriege müßten ein für allemal verschwinden«; Sägebrecth: Nicht Amboss, sondern Hammer sein, S. 320. Das entscheidende Zutun der Besatzungsmacht zur Bodenreform ist unzweifelhaft. Heinrich Rau, Vizepräsident der brandenburgischen Provinzialverwaltung, erklärte auf einer Landwirtschaftstagung am 14./15. September 1945 sinngemäß, es müsse immer wieder betont werden, »dass das Geschenk der Bodenreform aus dem Osten gekommen ist und wir der Roten Armee dafür dankbar sein müssen«; KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 17.9.1945, S. 3). Diese Offenheit vermisst man in der späteren Historiographie der DDR. Bei Herferth: Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf, S. 48, heißt es z.B. entschieden: »Nicht als »russischer Befehl« oder als Befehl der SMA wurde die Bodenreform in Angriff genommen.« In der jüngeren Literatur wird von Laufer: Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform, passim, oder auch von Moritz: Die Bodenreform, S. 31, betont, dass die Grundidee für die Durchführung der Bodenreform von den Interessen der Besatzungsmacht Sowjetunion geprägt war. Zur Einflussnahme der Besatzungsmacht auf die Verabschiedung von Bodenreformverordnungen in den Ländern u. Provinzen der SBZ vgl. Gertner: September 1945, passim.

126 Zum eindeutigen Vorrang politisch-ideologischer Überlegungen in der KPD bzgl. der Bodenreform vgl. etwa Doernberg: Die Geburt eines neuen Deutschland, S. 132f.

127 Zitiert bei Laufer: Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform, S. 33.

128 Bauerkämper: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 275; Doernberg: Die Geburt eines neuen Deutschland, S. 165f.; Gradl: Anfang unter dem Sowjetstern, S. 40f.; Stöckigt: Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform, S. 63–67; Urban/Schulz: Die Vereinigung von KPD und SPD, S. 83; Wirth: Zur Entwicklung der Christlich-Demokratischen Union, S. 1581f. Zur Bodenreform-Konzeption der Christdemokraten s. insbesondere Hermes: Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform, S. 20–23; zu der der LDP S. Papke: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR, S. 35.

Die rigorose Art und Weise, wie die Bodenreform dann ab Herbst 1945 auf Direktive der KPD durchgeführt wurde¹²⁹, erregte speziell in den Reihen der CDU Empörung, deren eigene Klientel teilweise von der Konfiskation betroffen war.¹³⁰ Den bürgerlichen Politikern wurde schnell deutlich, dass es sich nicht um eine »Reform«, sondern um eine rücksichtslose Enteignungswelle handelte. Der Unions-Vorsitzende und Landwirtschaftsexperte Dr. Andreas Hermes und sein Stellvertreter Walther Schreiber, die beide nur mit erheblichen Bedenken den Bodenreform-Aufruf des Antifa-Blocks unterzeichnet hatten¹³¹, wurden zu Wortführern des Protests. Aus wirtschaftlichen Gründen waren sie gegen eine derart übereilte Landneuverteilung, aus ethischen Erwägungen gegen die entschädigungslose Enteignung. Hermes verfasste ein Bodenreform-kritisches Schreiben an die Landes- und Provinzialverwaltungen, das in Kopie auch im Kreis Zauch-Belzig, und zwar in den Dörfern rund um Werder/Havel kursierte.¹³² Das CDU-Führungsduo versuchten im Oktober 1945, die SMAD von ihrem Standpunkt zu überzeugen und sie mit dem Argument zum Einschreiten zu bewegen, dass die überstürzte Bodenreform die Ernährungslage akut gefährden könnte. Hermes und Schreiber haben aber das enge Zusammenspiel von Besatzungsmacht und KPD in Sachen Bodenreform anscheinend unterschätzt. Schließlich verloren sie im Dezember 1945 auf Betreiben der SMAD ihre Ämter als Parteivorsitzende.¹³³ Der LDP-Vorsitzende Waldemar Koch, der ebenfalls gegen die Bodenreform opponierte, hatte schon zuvor seinen Hut als liberaldemokratischer Parteivorsitzender nehmen müssen.¹³⁴

129 Das ZK der KPD hatte am 20. August 1945 die maßgebliche Bodenreformdirektive verabschiedet; vgl. Bauerkämpfer: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 271f.

130 Zum Folgenden vgl. Bloch: Zwischen Hoffnung und Resignation, S. 61; Gradl: Anfang unter dem Sowjetstern, S. 45–49; Mähler: Von der Zone zum Staat, S. 23f.; Suckut: Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union, S. 119; Tjulpanow: Deutschland nach dem Krieg, S. 242 u. 245. Vgl. auch W. Ulbrichts (Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 513–515) Polemik gegen Andreas Hermes. Zu den Diskussionen über die Bodenreform innerhalb des brandenburgische Antifa-Blocks vgl. Sägebrecht: Nicht Amboss, sondern Hammer sein, S. 320f.

131 Zum scharfen Disput um die Bodenreform im zentralen Antifa-Block S. Hermes: Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform, S. 33f.

132 Vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 22, Bl. 23.

133 Zur Absetzung von Hermes u. Schreiber S. Baus: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone, S. 240–243; Hermes: Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform, S. 88–92; Mattedi: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 76–79; Suckut: Christlich-Demokratische Union Deutschlands, S. 522f. Vgl. auch Agethen: Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953, S. 50; Bloch: Zwischen Hoffnung und Resignation, S. 62. Tjulpanow: Deutschland nach dem Krieg, S. 246, verschleierte die Hintergründe sowie seine eigene Rolle bei der Absetzung mit der Äußerung, beide hätten wegen des Widerstandes der Landes- u. Provinzialleitungen der CDU zurücktreten müssen.

134 Vgl. Agsten u.a.: LDPD 1945 bis 1961, S. 68f.; Papke: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR, S. 35f. Koch hatte opponiert, weil er infolge der Bodenreform die Garantie des Privateigentums – ein wichtiger Programmpunkt der Liberaldemokraten – generell als gefährdet ansah u. den Beginn einer Sowjetisierung befürchtete; Dähn: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 533. Laut Itzerott: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 180, waren für Kochs Rücktritt aber eher berufliche u. persönliche Gründe ausschlaggebend.

Im Kreis Zauch-Belzig muss in Einzelfällen Widerstand gegen die Enteignungen spürbar gewesen sein. Zumindest sah sich der für Landwirtschaft zuständige Referent des Oberlandratsamtes Brandenburg/Havel bemüht, auf einer Tagung am 17. September 1945 zu bemerken, gerade in Zauch-Belzig sei der Nazismus stark verankert gewesen und auch jetzt seien noch bestimmte Widerstandsbewegungen gegen die Bodenreform aufgetreten.¹³⁵ Auch die Sowjets vernahmen im Kreis kritische Verlautbarungen zur Bodenreform, die sie als »faschistisch« abstempelten. So äußerte Major Marzen, Bezirkskommandant von Werder/Havel, im Januar 1946: »Der Faschismus ist noch nicht ausgerottet, denn das hat die Bodenreform bewiesen. Es wurde faschistische Propaganda bei Durchführung der Bodenreform betrieben.«¹³⁶

Über die konkrete Verfahrensweise, mit der die Bodenreform umgesetzt wurde, erzürnte sich selbst der Agrarfachmann der Zauch-Belziger SPD Josef Cyrus.¹³⁷ In einer öffentlichen Versammlung am 28. Oktober 1945 in Wiesenburg kritisierte er scharf die Enteignung und Aufteilung des bäuerlichen Besitzes über 400 Morgen (100 Hektar). Seine Ansicht sei dahin gegangen, dass die SPD nur die Aufteilung der Besitzungen der Junker und Barone gemeint habe, und er bedauere es inzwischen, dass die Sozialdemokratie ihre Unterschrift für die Bodenreformverordnung gegeben habe. Er warnte, ein Großteil der Neubauern, die jetzt Land erhielten, besäßen keine genügenden Vorkenntnisse in der Landwirtschaft, wodurch die Ernährung der Bevölkerung infrage gestellt wäre. Auf der Kreis-Delegiertenkonferenz der SPD am 25. November 1945 stieß Cyrus ins gleiche Horn: Er halte eine Bodenreform für grundsätzlich richtig, sie dürfe aber keine Enteignung von Bauern sein, denn eine solche Bodenreform sei wirtschaftlich schädlich.¹³⁸

Entstehung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)

In weiten Teilen der deutschen Sozialdemokratie sowie auch der kommunistischen Partei herrschte nach Kriegsende die Auffassung, man müsse »den Weg der Einheit« gehen und eine vereinigte deutsche Arbeiterpartei gründen.¹³⁹ Dies erschien vielen als logische Konsequenz aus dem Versagen der gespaltenen Arbeiterbewegung 1933, dem illegalen Kampf von Kommunisten und Sozialdemokraten gegen die Hitlerdiktatur und den erlittenen Qualen in den Kerkern des NS-Regimes.¹⁴⁰ Am 12. Juni 1945 bot ZA-Mitglied Gustav Dahrendorf im Namen der SPD die Gründung einer

135 KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 17.9.1945, S. 4).

136 KrA PM, 51.34/14 (Bericht der Rechenschaftstagung vom 19.1.1946, S. 2).

137 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 15, Bl. 24.

138 Ebenda, Bl. 30 Rs.

139 Erwähnt sei, dass für ein Nachbargebiet Zauch-Belzigs, und zwar für den ehemaligen Stadtkreis Potsdam, mit Uhlemann: Entstehung der SED in Potsdam, ein detaillierte jüngere Arbeit zu diesem Thema vorliegt.

140 Siehe dazu etwa Ebert: Wir erfüllten unsere historische Aufgabe, S. 510f.; Fechner: Zentralausschuß der SPD und Zentralkomitee der KPD gingen zusammen, S. 40; Sägebrecht: Nicht Amboss, sondern Hammer sein, S. 109f. Vgl. auch Mattedi: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 47.

einheitlichen Arbeiterpartei an.¹⁴¹ Die Kommunisten lehnten jedoch das Angebot zur baldigen Vereinigung ab. Walter Ulbricht begründete die Zurückweisung damit, dass während der NS-Diktatur »das Klassenbewußtsein der Arbeiter weitgehend verschüttet wurde« und vor einer organisatorischen Vereinigung eine Klärung der ideologischen Fragen zwischen beiden Parteien erfolgen müsse.¹⁴² In Wirklichkeit war für die KPD in den ersten Monaten nach Kriegsende nicht die Verschmelzung mit der SPD vordringlich, sondern die Umschulung der kommunistischen Kader auf die Aufgaben der verwaltungstechnischen Machtausübung und Herrschaft.¹⁴³ Es kam lediglich zur Bildung eines zentralen gemeinsamen Arbeitsausschusses der beiden Parteien am 19. Juni 1945.¹⁴⁴

Nach diesem Vorbild wurden seit der zweiten Junihälfte von KPD und SPD paritätisch besetzte Arbeits- bzw. Einheitsausschüsse auch auf der Landes-, Kreis- und der lokalen Ebene gebildet, für die Stadt Belzig beispielsweise schon am 23. Juni 1945.¹⁴⁵ Der brandenburgische Provinz-Arbeitsausschuss, mit Karl Gadow (SPD) und Kurt Laube (KPD) an der Spitze, formierte sich am 1. September 1945.¹⁴⁶ Im Kreis Zauch-Belzig existierten Ende Dezember 1945 sowohl auf Kreisebene wie auch in den meisten Orten solche KPD-SPD-Gremien.¹⁴⁷ Der hiesige Kreis-Arbeits-Ausschusses beider Parteien vollzog als ersten konkreten Akt am 20. Dezember 1945 die Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution betreffs der bevorstehenden Gewerkschaftswahlen.¹⁴⁸

Trotz der von oben verordneten »Aktionseinheit« offenbarten sich schnell in der täglichen politischen Arbeit Konkurrenz und erhebliche ideologische Differenzen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Unter anderem war die Frage, wie die Weimarer Demokratie zu bewerten sei, zwischen beiden Parteien ein Zankapfel. Auf einer Kundgebung von KPD und SPD im Kreis Zauch-Belzig am 22. September 1945 sprach der Potsdamer SPD-Funktionär Arno Neumann offenherzig über die Republik von Weimar, wobei er die Erfolge dieser Demokratie herausstellte und zugleich verhängnisvolle Fehler der Arbeiterbewegung während der Weimarer Zeit aufdeckte.¹⁴⁹ Die Kommunisten wiesen hingegen, gemäß den ideologischen Vorgaben

141 Hurwitz: Zwangsvereinigung und Widerstand, S. 11f. Vgl. auch Fechner: Zentralausschuß der SPD und Zentralkomitee der KPD gingen zusammen, S. 41f.; Hermes: Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform, S. 13f.

142 Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 439; Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. 1/1, S. 125f.

143 Hurwitz: Zwangsvereinigung und Widerstand, S. 12f. Zudem trug sich Ulbricht mit der Befürchtung, Arbeitermassen könnten ins bürgerliche Lager abwandern, wenn es keine sozialdemokratische Partei gäbe; ebenda.

144 Dazu Fechner: Zentralausschuß der SPD und Zentralkomitee der KPD gingen zusammen, S. 43. Das Gründungsdokument des Arbeitsausschusses ist u.a. abgedruckt in: Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 2, S. 22f.

145 BLHA, Rep. 331, Nr. 39, Bl. 23.

146 Sägebrecht: Nicht Amboss, sondern Hammer sein, S. 331.

147 Vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 160, Bl. 12.

148 BLHA, Rep. 330, Nr. 76, Bl. 13 Rs.

149 Vgl. KrA PM, 60.18/17 (Protokoll der gemeinsamen Kundgebung von KPD u. SPD, 22. September 1945, S. 3–5).

ihrer Berliner Zentrale, eine Würdigung der ersten deutschen Demokratie strikt zurück. Ihnen ging es nicht um eine Diskussion über Fehler von Weimar, sondern für sie war Weimar an sich der Fehler gewesen, weshalb man nach ihrem Bekunden an dieses Staatsmodell nicht anknüpfen dürfe.¹⁵⁰

Die Gräben aus der Weimar Zeit waren zwischen beiden Parteien längst noch nicht zugeschüttet. Unter den Parteifunktionären beider Seiten gab es nach wie vor die alten Ressentiments. Welche Einstellung z.B. die KPD-Funktionäre der Stadt Werder zur »brüderlichen« Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie hatten, erhellt aus dem Protokoll einer internen Sitzung vom 26. September 1945, bei der die Kommunisten eine gemeinsame Kundgebung mit der SPD vorbereiteten. Ein Auszug aus dem Sitzungsprotokoll:

Genosse Becker ist gespannt, wie es verlaufen wird – früher Versammlungen gesprengt.

Genosse Haag: Etwas vorsichtiger müssen wir doch sein. Es geht nicht, vor Parteilosens und ehemaligen Nazis uns mit der SPD zu duellieren.

Zuruf: also nicht mit Stuhlbeinen umherjonglieren.

Genosse Bigesse: Es handelt sich letzten Endes doch um eine gemeinsame Kundgebung, die im Zeichen steht: Kampf gegen Nazismus, Militarismus usw. Unseren Kampf KPD – SPD müssen wir etwas zurückstellen.¹⁵¹

In diesem Lichte erscheint es wenig verwunderlich, dass einige Sozialdemokraten in Werder, insbesondere ihr Ortsvereinsvorsitzende Ernst Schymuschala, einer vorbehaltlosen Kooperation mit solchen »Kampfesbrüdern« skeptisch gegenüberstanden.¹⁵² Dabei war es die Werderaner SPD gewesen, auf deren Initiative am 26. Juli 1945 eine erste Besprechung zwischen den örtlichen Funktionären beider Parteien zwecks Zusammenarbeit stattgefunden hatte.¹⁵³ Während man sich aber in Werder bemühte, von den Reibereien zwischen SPD und KPD möglichst wenig nach außen dringen zu lassen, wurden die Scharmützel zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in anderen Orten, wie Borkheide, Fichtenwalde und Borkwalde, ziemlich offen ausgetragen.¹⁵⁴

150 Ulbricht kritisierte z.B. in seiner Rede »Offene Antwort an sozialdemokratische Genossen« ausdrücklich: »Einige sozialdemokratische Genossen berufen sich auf die Erfahrungen aus der Weimarer Zeit und glauben, diese können im neuen Deutschland angewendet werden. So einfach ist es nicht!« Denn Weimar sei doch in der Hauptsache durch den Abbau der Demokratie charakterisiert gewesen; Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 540. Sogar die SMAD griff in die ideologische Diskussion ein u. ließ Politoffiziere Vorträge wider eine positive Wertung von Weimar halten; vgl. Tjulpanow: Deutschland nach dem Krieg, S. 184f.

151 KrA PM, 60.18/15 (Protokoll der Funktionärssitzung vom 26.9.1945, S. 3).

152 Franz Ruschen, damaliger Sozialdemokrat in Werder u. ein unbedingter Befürworter des Zusammengehens mit den Kommunisten, schrieb später, eine Gruppe unter Einfluss von Schymuschala habe sich gegen die »fruchtbare Zusammenarbeit« mit der KPD gestellt; Ruschen: Wir gingen den richtigen Weg, S. 571. Ruschen warf Schymuschala späterhin auch noch vor, korrupt gewesen zu sein; vgl. ebenda, S. 572. Er übergang dabei, dass es gerade die KPD-Ortsgruppe war, die Ende Oktober 1945 von einem Fall von Schieberei erschüttert wurde; vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 103, Bl. 90 Vs; KrA PM, 60.18/15 (Protokoll der Funktionärssitzung vom 24.10.1945, S. 1).

153 BLHA, Rep. 330, Nr. 146, Bl. 4.

154 Vgl. ebenda, Nr. 160, Bl. 55f. Allgemein zu Konflikten zwischen SPD- und KPD-Ortsgruppen in der Provinz Brandenburg vgl. Sägebrect: Nicht Amboss, sondern Hammer sein, S. 333–338.

Die KPD, die unverfroren eine Vormachtstellung gegenüber den anderen Parteien beanspruchte, saß bei solchen Auseinandersetzungen am längeren Hebel, da sie die Besatzungsmacht hinter sich wusste. Aufgrund der zahlreichen Nachrichten von der Parteibasis über die bevormundende, benachteiligende Vorgehensweise von Sowjetischer Militäradministration und KPD gegenüber Sozialdemokraten¹⁵⁵ wurde der SPD-Spitze in Berlin klar, es handelte sich nicht um Entgleisungen einzelner deutscher oder sowjetischer Kommunisten, sondern dass eine allseitige kommunistische Methode dahinter steckte.¹⁵⁶ Der Wunsch nach Einheit flaute in den sozialdemokratischen Reihen dann auch rapide ab.¹⁵⁷ Stattdessen ging man in der Sozialdemokratie nunmehr dazu über, seine Eigenständigkeit und seine aus den hohen Mitgliederzahlen (vermeintlich) erwachsende Stärke zu unterstreichen. Auf einer gut besuchten SPD-Versammlung in Belzig am 29. September 1945 etwa prognostizierte Bezirkssekretär Friedrich Ebert jun. voll Inbrunst: »Die Kommunisten werden bei den kommenden Wahlen verlieren.«¹⁵⁸ Einen Tag später demonstrierte eine SPD-Kundgebung in Treuenbrietzen, auf der Ebert zum Thema »Unsere Aufgaben und der Weg zur Demokratie« sprach, ebenso großes Selbstbewusstsein, vor allem gegenüber der KPD, was den im Saal anwesenden Kommunisten sehr negativ aufstieß.¹⁵⁹ Zwei Wochen zuvor, am 14. September, hatte der ZA-Vorsitzende Otto Grotewohl vor mehreren Tausend SPD-Leuten eine spektakuläre Rede gehalten, in der er die Selbständigkeit der Sozialdemokratie betonte und für seine Partei den politischen Führungsanspruch in Deutschland erhob.¹⁶⁰

Bei der KPD-Führung wirkte die Grotewohl-Rede wie ein Alarmsignal. Die SPD, zumal mitgliederstärker als die kommunistische Partei, ließ sich nicht so einfach als Juniorpartner behandeln. Auch war abzusehen, dass bei künftigen Wahlen die Sozialdemokratie besser als die Kommunisten abschneiden würde. Die KPD-Führung vollzog deshalb im Herbst 1945, ohne Rücksicht auf Unmut an der eigenen Parteibasis, einen jähen Kurswechsel in Richtung Fusion mit der Sozialdemokratie, um diesen potentiellen Rivalen zu »schlucken«.¹⁶¹ Die kommunistische Initiative zur schnellen Vereinigung, propagiert als »Zweite Phase der Einheitsfront«, entwickelte sich allmählich zur Kampagne, wobei nicht nur von der KPD starker Druck ausgeübt wurde,

155 Zum Beispiel sorgte die Verhaftung des SPD-Ortsvorsitzenden in Lehnin (vor dem 1. November 1945) für erhebliche Aufregung in sozialdemokratischen Kreisen; S. Malycha: Auf dem Weg zur SED, S. 137.

156 Hurwitz: Zwangsvereinigung und Widerstand, S. 16.

157 Vgl. Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, S. 137; Malycha: Auf dem Weg zur SED, S. LXIV.

158 BLHA, Rep. 330, Nr. 5, Bl. 23.

159 Vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 77, Bl. 34; Rep. 331, Nr. 27, Bl. 20f.

160 Zu Grotewohls Rede vgl. Hurwitz: Zwangsvereinigung und Widerstand, S. 11f.; Müller: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 467.

161 Ende September/Anfang Oktober erwog das ZK der KPD erstmals, dem ZA der SPD nunmehr selbst vorzuschlagen, über die Aktionseinheit hinausgehend den Zusammenschluss beider Parteien vorzubereiten; vgl. Ackermann: Der neue Weg zur Einheit, S. 77. Vgl. auch Mattedi: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 58f. Malycha: Auf dem Weg zur SED, S. LXX, verweist darauf, dass der Kurswechsel anfänglich von der KPD-Basis nicht mitgetragen wurde.

sondern auch von den Sowjets, die das enttäuschende Abschneiden der Kommunisten bei den demokratischen Wahlen in Ungarn und in Österreich vor Augen hatten.¹⁶²

Ein großer Teil aus der hiesigen Sozialdemokratie stand aufgrund der Erfahrungen der vorangegangenen Monate dem jähen Sinneswandel der KPD skeptisch und reserviert bis ablehnend gegenüber. Man zweifelte an der Aufrichtigkeit des kommunistischen Angebots eines gleichberechtigten, demokratischen Zusammengehens. Sozialdemokraten in der SBZ glaubten zudem Rücksicht auf die SPD der westlichen Besatzungszonen nehmen zu müssen. Paul Voigt, Sekretär des SPD-Unterbezirks Brandenburg/Havel, erklärte am 25. November 1945 in Belzig, die SPD wünsche die Einheitsfront, aber so, dass jede Partei ihre Eigenständigkeit behalte – die Sozialdemokraten, die Kommunisten wie auch die anderen Parteien; die SPD wünsche zwar eine Vereinigung mit den Kommunisten, aber »im Westen besteht noch der alte Zopf«¹⁶³, und die SPD könne keine Verschmelzung durchführen, wenn diese nicht gleichzeitig auch im Westen vollzogen würde.¹⁶⁴ Auf dem ersten Parteitag des SPD-Unterbezirks am 16. Dezember 1945 wurde ein KPD-Vertreter bei seiner Grußansprache, als er das Thema Einheit und einheitliches Agieren berührte, von dem Zwischenruf unterbrochen: »Ihr handelt nur nicht danach!«¹⁶⁵ Während der Diskussion auf dem Parteitag gab es nochmals den harschen Vorwurf an die Adresse der Kommunisten, dass sie keine wirkliche Einheitsfront betrieben.¹⁶⁶ Ein Delegierter rief, die Sozialdemokraten würden den Kommunisten »mit dem Knüttel die Einheitsfront beibringen«.¹⁶⁷

In Zauch-Belzig schieden sich wie überall die sozialdemokratischen Geister an der Frage, wie man sich gegenüber der KPD verhalten sollte.¹⁶⁸ Ein Wortführer des KPD-kritischen Flügels in der Sozialdemokratie des Kreises war der schon erwähnte Josef Cyrus¹⁶⁹, der mit seiner öffentlichen Rede am 28. Oktober 1945 in Wiesenburg für einen Eklat sorgte. Cyrus griff in aller Offenheit die KPD an, sie gebärde sich diktatorisch, was nur unter russischer Hoheit möglich sei. Er, Cyrus, werde nie zulassen, dass man eine KPD-Diktatur errichte. Nach Abzug der Roten Armee werde bei den Wahlen ein anderes Bild erscheinen, so dass die führenden Posten nicht mehr wie bisher diktatorisch durch die KPD besetzt wären. Über eine gemeinsame Arbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten verlor Cyrus kein Wort. Er bezeichnete einige Maßnahmen der örtlichen KPD als »verkappt faschistisch«. Darüber hinaus verurteilte er, der selbst Vertriebener aus Schlesien war, die rabiate Vorgehensweise der Polen bei der Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße.

162 Vgl. Hurwitz: Zwangsvereinigung und Widerstand, S. 20f. u. 22; Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, S. 139; Weber: Geschichte der DDR, S. 95.

163 Voigt spielte hiermit darauf an, dass in der West-SPD gerade mit Kurt Schumacher ein ausgewiesener Gegner der Einheitsbestrebungen zum führenden Kopf aufsteigen konnte.

164 BLHA, Rep. 330, Nr. 15, Bl. 30 Vs.

165 Ebenda, Bl. 54.

166 Vgl. Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 48.

167 BLHA, Rep. 330, Nr. 15, Bl. 56.

168 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 15, Bl. 24; Nr. 146, Bl. 6; Nr. 160, Bl. 88.

169 Zu Cyrus' KPD-kritischen Haltung in Gewerkschaftsfragen vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 76, Bl. 13.

Unter den Zuhörern der Cyrus-Ansprache befanden sich Mitglieder der KPD-Ortsgruppe Wiesenburg und Lehrgangsteilnehmer von der kommunistischen Propagandaschule Schmerwitz, die, gereizt durch solche Ausführungen, begannen, die Versammlung massiv zu stören. Cyrus berichtete einige Tage später, er sei durch unmotivierte dumme Zwischenrufe ganz im Stile von 1931/32 unterbrochen, sein Schlusswort durch Radau und vorzeitiges Verlassen der Versammlung gestört worden. Er erklärte der KPD-Kreisleitung in einem Beschwerdeschreiben unmissverständlich: »Ich bin nicht der Mann, der sich solche Mätzchen gefallen läßt.«¹⁷⁰

Auf der SPD-Kreiskonferenz am 25. November 1945 attackierte Cyrus wiederum die KPD scharf, was von einem großen Teil der versammelten Funktionäre mit Beifall aufgenommen wurde.¹⁷¹ Die Zauch-Belziger KPD-Leitung resümierte, Cyrus hätte wiederum in seiner »üblichen demagogischen Weise« gegen die Kommunisten Stellung bezogen und damit »leider auch bei einem großen Teil der SPD-Delegierten Zustimmung gefunden«.¹⁷²

Aber Josef Cyrus repräsentierte mit seiner scharfen Abgrenzung zur KPD offensichtlich keine Mehrheitsmeinung der Zauch-Belziger Sozialdemokraten. Zahlreiche SPD-Leute, vor allem einfache Mitglieder und Funktionäre an der Basis, befürworteten in Naivität (und manchmal wohl auch beruflicher Abhängigkeit) ein Zusammengehen mit den Kommunisten, zumal sich die KPD zumindest in Lippenbekenntnissen zur Demokratie bekannte. Außerdem trug man sich in Teilen der SPD mit der Illusion, man könne durch seine zahlenmäßige Überlegenheit in einer künftigen gemeinsamen Partei den Ton angeben.¹⁷³ SPD-Veteranen, z.B. der über achtzigjährige Eugen Ernst in Werder, die über Autorität in ihren örtlichen Parteiorganisationen verfügten, sprachen sich für die Vereinigung aus.¹⁷⁴ So konnte die KPD-Kreisleitung im Dezember 1945 beruhigt feststellen, dass trotz kleinerer Reibereien der Gedanke der Vereinigung von SPD und KPD immer stärkeren Widerhall finde.¹⁷⁵

Die zentrale SPD-Führung in Berlin stand indes dem heftigen Werben der KPD Ende 1945 zunehmend ablehnend gegenüber, spürte sie doch die Gefahr der Vereinigung durch die Kommunisten.¹⁷⁶ Offen abschlägig konnte sie das Anerbieten der KPD nicht beantworten, denn erklärte Einheitsgegner gerieten unversehens ins Visier der Besatzungsmacht. In der Tat stand das Ringen für oder gegen die Vereinigung mit der KPD spätestens ab Dezember 1945 im Mittelpunkt des politischen Lebens der SPD.¹⁷⁷ Schließlich konnte der Zentralausschuss der SPD den Wunsch der KPD

170 BLHA, Rep. 330, Nr. 160, Bl. 88.

171 Vgl. ebenda, Nr. 15, Bl. 30 Rs.

172 Ebenda, Bl. 34.

173 Zudem hatte Grotewohl die Losung herausgegeben, die Sozialdemokratie sei den Kommunisten nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ überlegen; Hurwitz: Zwangsvereinigung und Widerstand, S. 34.

174 Zu Eugen Ernsts Haltung s. Sägebrecht: Nicht Amboss, sondern Hammer sein, S. 342f.

175 BLHA, Rep. 330, Nr. 160, Bl. 12.

176 Vgl. Hurwitz: Zwangsvereinigung und Widerstand, S. 25; Mählert: Von der Zone zum Staat, S. 24–27

177 Vgl. Müller: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 460.

nach einer gemeinsamen Funktionärskonferenz betreffs »Probleme der Einheit in der Aktion« nicht länger abweisen.

Auf dieser so genannten »Sechziger-Konferenz«, die am 20./21. Dezember 1945 stattfand, sah sich die Sozialdemokratie mit den Forderungen der Kommunisten nach einer Verschmelzung der Parteiorganisationen zuerst auf Landes- und Provinzebene sowie nach gemeinsamen Kandidatenlisten bei Wahlen konfrontiert.¹⁷⁸ Die sozialdemokratischen Funktionäre verhinderten zwar die Aufnahme dieser Punkte in die offizielle Abschlussresolution der Konferenz (dort ist z.B. nur von gemeinsamen Wahlprogrammen, jedoch nicht von gemeinsamen Kandidatenlisten die Rede¹⁷⁹). Aber diese auch als »Aufruf der 60« bekannte Resolution¹⁸⁰, in der es u.a. heißt, es sei gegenwärtig »der historische Augenblick gekommen, [...] die *Einheitspartei der Arbeiter* vorzubereiten«, trug glasklar eine kommunistische Handschrift¹⁸¹ und wurde prinzipiell als Startschuss für die Parteifusion gedeutet.

Fast unmittelbar nach Ende der Konferenz begannen KPD-Kader und regionale und lokale Kommandanten der Sowjetischen Militäradministration, die Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien an der Basis zu erzwingen.¹⁸² Die SPD-Bezirksverbände standen nun unter extremem Vereinigungsdruck, dem sie mehr und mehr nachgaben. Ein Bezirksvorstand nach dem anderen kippte um. Ihre Mitgliedern mussten andernfalls mit Repressalien durch die Besatzungsmacht rechnen. Auf einer SPD-Funktionärskonferenz in Potsdam wies der sowjetische Oberstleutnant Milchiker, Chef der Politischen Abteilung der SMA Brandenburg, die Sozialdemokraten vielsagend daraufhin, dass die Militäradministration nur denen helfen werde, die sich für die sofortige Fusion einsetzten.¹⁸³ Der Fingerzeig wurde sehr wohl verstanden. Am 4. Januar 1946 kam es zu einer Aussprache zwischen Vertretern der Bezirksleitung der KPD, Hauptsekretariat Brandenburg West, und dem Unterbezirksvorstand Brandenburg/Havel der SPD, auf der ein Beschluss »zur Vertiefung der Aktionseinheit mit dem Ziele der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien« gefasst wurde.¹⁸⁴

Einige Tage zuvor, am 28. Dezember 1945, hatten die SPD- und die KPD-Kreisleitung von Zauch-Belzig eine gemeinsame Resolution verabschiedet, mit der sie die Beschlüsse der Sechziger-Konferenz einhellig begrüßten.¹⁸⁵ Ähnliche gemeinsame Resolutionen von Kommunisten und Sozialdemokraten aus einer Reihe

178 Hurwitz: Zwangsvereinigung und Widerstand, S. 30; Malycha: Auf dem Weg zur SED, S. LXXXV; Mattedi: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 64f.

179 Grotewohl wollte nach der Konferenz besonders betont wissen, dass beide Parteien auf die Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten verzichten; S. Grotewohl: Im Kampf um die eine Deutsche Demokratische Republik, Bd. 1, S. 11.

180 Abgedruckt in: Ulbricht: Zur Geschichte der neusten Zeit, Bd. 1/1, S. 429–439.

181 Vgl. Hurwitz: Zwangsvereinigung und Widerstand, S. 333–36.

182 Ebenda, S. 33. Vgl. auch Mattedi: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 66f.

183 Hurwitz: Zwangsvereinigung und Widerstand, S. 59.

184 BLHA, Rep. 330, Nr. 74, Bl. 53.

185 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 76, Bl. 11f.; Nr. 77, Bl. 54.

von Zauch-Belziger Orten folgten.¹⁸⁶ Die beiden Kreisvorstände erklärten: »Aus diesen gemeinsamen Bekundungen sehen die führenden Genossen unserer beiden Parteien in Berlin, daß es auch der Wunsch aller unserer Genossen und Funktionäre ist, recht bald zu dieser ersehnten Einheit zu kommen«.¹⁸⁷ Offensichtlich hatte sich inzwischen die Mehrheit der SPD-Funktionäre und einfachen Mitglieder im Kreis wohl oder übel mit dem Gedanken der Einheit abgefunden. Doch die Vereinigung als den »Wunsch aller« zu bezeichnen, war dreist übertrieben.

Die Resolution der Kreisleitungen vom 28. Dezember trug auch die Unterschrift von Josef Cyrus. Eigentlich wollte der SPD-Vize von Zauch-Belzig diese Entschließung verhindern oder wenigstens hinauszögern.¹⁸⁸ Cyrus vertrat die Auffassung, von der Verschmelzung könne erst die Rede sein, wenn auch die einfachen Mitglieder von KPD und SPD ideologisch dazu bereit seien. Er hielt es für richtiger, über die Vereinigung erst nach einer Wahl zu sprechen, wenn das wirkliche Stärkeverhältnis der beiden Parteien bekannt wäre.¹⁸⁹ Letztlich beugte sich Cyrus jedoch dem Mehrheitsvotum im Kreisvorstand und unterzeichnete die Resolution. Trotzdem musste er wenige Tage später seinen Posten im Kreisvorstand bis auf weiteres räumen. Wie es später hieß, hatte der 1. Vizepräsident der Provinzialverwaltung, Bernhard Bechler (KPD-Mitglied!), »Maßnahmen« gegen ihn ergriffen.¹⁹⁰ Damit war der wichtigste hiesige Fusionskritiker kaltgestellt. Neu als Kreissekretär wurde von der SPD-Betriebsleitung am 7. Januar 1946 Willi Schernell aus Wilhelmshorst eingesetzt.¹⁹¹ Schernell, Jahrgang 1894 und seit 1919 SPD-Mitglied, mauserte sich unverzüglich zum entschiedenen Vereinigungsbefürworter. Dies geschah freilich nicht ohne Zutun der Besatzungsmacht. Die Kreiskommandantur rühmte sich später, durch ihre »Hilfe« »sowohl in moralischer als auch in materieller Hinsicht« sei Schernell auf den Fusionskurs eingeschwenkt.¹⁹²

Die Kommunisten bekamen schnell den für sie positiven Eindruck, der frischgebackene SPD-Kreissekretär scheine »den Gedanken der Zusammenarbeit mit der KPD zu vertreten«¹⁹³ und »die Parteidisziplin der SPD-Genossen erheblich straffer

186 Siehe BLHA, Rep. 332, Nr. 8, passim.

187 BLHA, Rep. 330, Nr. 76, Bl. 11.

188 Vgl. dazu BLHA, Rep. 332, Nr. 9, Bl. 13.

189 Otto Grotewohl hatte auf der Sechziger-Konferenz selbst formuliert: »Erst durch die Wahl mit getrennten Listen kann das Stärkeverhältnis der beiden Arbeiterparteien festgestellt [...] werden.«; Hurwitz: Zwangsvereinigung und Widerstand, S. 31.

190 Vgl. BLHA, Rep. 331, Nr. 39, Bl. 27.

191 Vgl. BLHA, Rep. 331, Nr. 15, Bl. 54, Eberts Schreiben vom 10.1.1946. Mit diesem Schreiben informierte Ebert die Provinzialverwaltung(!), Abteilung Inneres, über die Einsetzung des Kreissekretärs, was dafür spricht, dass Vizepräsident Bechler im Fall Cyrus tatsächlich auf Vorgänge innerhalb der SPD eingewirkt hat. Im Übrigen lässt sich mutmaßen, Schernell wurde auch in Abstimmung mit dem Präsidenten der Provinzialverwaltung Steinhoff in den Kreisvorstand versetzt, denn Steinhoff wohnte in Wilhelmshorst u. war demgemäß genauso wie Schernell Mitglied des SPD-Ortsvereins Wilhelmshorst (vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 113, Bl. 146).

192 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 15.

193 BLHA, Rep. 330, Nr. 165, Bl. 97.

gestalten zu wollen.«¹⁹⁴ Dieser tat das Seinige, um die Richtigkeit der KPD-Einschätzung zu untermauern. Auf einer Tagung in Belzig am 19. Januar 1946 reichte Schernell unter den Augen des Landrats, von Bürgermeister und SMAD-Vertretern dem KPD-Kreisleiter Schönborn demonstrativ die Hand und versprach »dafür zu arbeiten, dass der Zusammenschluss beider Parteien recht bald vollzogen wird«.¹⁹⁵ Während einer Versammlung von SPD und KPD in Wiesenburg Anfang Februar formulierte Schernell pathetisch die Forderung, die Verhandlungen über die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien müssen sofort abgeschlossen werden: »Alle diejenigen, die heute der Zusammenschlussbewegung entgegenstehen, sind Müßiggänger und werden beiseite geschoben.«¹⁹⁶ Offenkundig war er zu einer Marionette von KPD und Besatzungsmacht geworden.

Am 2. Februar 1946 hatte der erweiterte Kreisvorstand der SPD, noch unbeeinflusst von Schernell¹⁹⁷, an den SPD-Zentralvorstand in Berlin eine Entschließung gerichtet, in der die Funktionäre ausdrückten, dass – so sehr sie auch eine einheitliche Arbeiterbewegung herbeisehnten – »die Vereinigung nur im Reichsmaßstabe durch Urabstimmung sämtlicher Parteimitglieder erfolgen kann.«¹⁹⁸ Doch schon zwei Tage darauf trat in Belzig erstmals ein Zauch-Belziger Kreiskomitee zur Vorbereitung der Vereinigung zusammen.¹⁹⁹ Ihm gehörten von der SPD Willi Schernell, Hilde Bornheim und Bernhard Wiedehöft sowie von der KPD Alfred Schönborn, Alfred Schwarz und Hans Queling an. Im Protokoll dieser ersten Zusammenkunft heißt es:

Die Mitglieder unserer beiden Parteien im Kreise Zauch-Belzig rufen wir hiermit auf, von jetzt ab gemeinsam noch mehr und freundschaftlicher zusammen zu arbeiten. Alle Saboteure und reaktionären Kräfte, die die Einheit verhindern wollen, müssen unschädlich gemacht werden. Die einheitliche Ausrichtung der Arbeiterklasse sichert die nationale Einheit und garantiert die Lebensfrage [sic!] des deutschen Volkes. Wir verpflichten uns, da es eine Notwendigkeit ist, alle unsere Kräfte anzuspannen, um die restlose Durchführung der Aufgaben zu sichern. Es lebe die Einheitspartei!²⁰⁰

Einen Tag später, den 5. Februar, erklärten (wohl auf »höhere« Weisung) alle im Landratsamt Zauch-Belzig beschäftigten KPD- und SPD-Mitglieder ihren Vereinigungswillen.²⁰¹

Aber die Verweigerungshaltung in Teilen der Kreis-SPD steigerte sich im Februar – wohl als Reaktion auf den immer stärker zu spürenden Vereinigungsdruck. Die KPD-Kreisleitung meldete Mitte Februar ihrer Bezirksleitung, sie habe sehr oft

194 BLHA, Rep. 332, Nr. 9, Bl. 13.

195 KrA PM, 51.34/14 (Protokoll Rechenschaftstagung vom 19. Januar 1946, S. 4).

196 BLHA, Rep. 332, Nr. 8, Bl. 29.

197 Schernell wurde erst auf dieser Sitzung des erweiterten SPD-Kreisvorstandes am 2.2.1946 als Kreissekretär bestätigt; vgl. BLHA, Rep. 331, Nr. 30, Bl. 37f.

198 Ebenda, Bl. 38. Der Wortlaut der Entschließung ist abgedruckt bei Malycha: Auf dem Weg zur SED, S. 393 (irrigerweise als »Entschließung des Kreisvorstandes Belzig [sic!] der SPD«).

199 Vgl. KrA PM 60.18/21.

200 Ebenda.

201 KrA PM 60.18/20.

das Gefühl, die KPD-Genossen verstünden zum größten Teil die Notwendigkeit der Einheit, jedoch verhielten sich die SPD-Genossen in vielen Fällen noch, wenn auch nicht öffentlich, sehr ablehnend, wobei die Wahlen in Westdeutschland (d.h. in der amerikanischen Zone) diese Einstellung scheinbar noch verstärkt hätten.²⁰² Besonders der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Wiesenburg galt den Kommunisten als ein »krasser Gegner der Vereinheitlichung der beiden Arbeiterparteien, und [er] unterlässt nichts, um dieses zum Ausdruck zu bringen«.²⁰³ Auch der Vorstand des SPD-Ortsvereins Fichtenwalde zeigte sich laut KPD-Bericht immer noch offen »einheitsfeindlich«, habe aber Schwierigkeiten mit den eigenen Ortsvereins-Mitgliedern, die zur »Einheitsfront« mit der KPD stünden.²⁰⁴ Andernorts zeigten Zwangsandrohungen der SMAD oder höherer, vereinigungswilliger SPD-Funktionäre Wirkung. Die subtile oder unmittelbare Repression hatte Erfolg. Die KPD-Ortsgruppe Seddin konnte Anfang Februar berichten, die Zusammenarbeit mit der SPD zeige weitere Fortschritte insofern, als der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins sich »auf höheren Druck« (wie er selbst gesagt habe) den Aufgaben für den beschleunigt durchzuführenden Zusammenschluss der beiden Parteien nicht verschließe.²⁰⁵ Aber auch die KPD-Basis offenbarte keine durchgängige Vereinigungseuphorie. Mancherorts, z.B. in Ragösen und Jeserig/Fläming, stellten sich Kommunisten offen gegen die Fusion, weil sie Angst hatten, sie würden von der Überzahl der Sozialdemokraten überschwemmt.²⁰⁶

Die Besatzungsmacht hatte ein starkes Interesse an der schnellen Vereinigung. Die Informationsabteilungen der SMAD in den Ländern und Provinzen sammelten ständig Informationen über die politische Stimmung in der SPD wie in der KPD zugunsten der bzw. gegen die Einheit.²⁰⁷ Sowjetische Kommandeure griffen ein, wenn sie den Fusionsprozess irgendwie stocken sahen. Dies bekamen auch die widerstrebenden sozialdemokratischen Funktionäre aus Fichtenwalde²⁰⁸ zu spüren. Einer von ihnen berichtete im März 1946:

Vor ca. 2 Monaten wurden wir von der SPD und KPD zum politischen Major nach Belzig beordert. Da wurde uns Belehrung zuteil, dass gemeldet worden sei, wir arbeiteten nicht richtig zusammen. Sonst werden wir bestraft und wir hätten uns in einer Einheitspartei zu vereinigen.²⁰⁹

Der Zentralausschuss der SPD in Berlin wurde von der Entwicklung in der sowjetischen Zone mehr oder weniger überrollt. Ihm waren die Zügel aus der Hand genommen. Während einer Sitzung des Zentralausschusses mit den SBZ-Landesvorsitzenden der

202 BLHA, Rep. 330, Nr. 76, Bl. 15.

203 Ebenda, Bl. 35.

204 Ebenda, Bl. 43.

205 Ebenda, Bl. 40.

206 Mitteilung von G. Dorbritz (24.08.2006).

207 Tjulpanow: Deutschland nach dem Krieg, S. 81. Vgl. auch Weber: Geschichte der DDR, S. 96f.

208 In Fichtenwalde wohnte eine Reihe von aus Berlin zugezogenen altgestandenen, selbstbewussten Sozialdemokraten; Mitteilung von G. Dorbritz (24.08.2006).

209 BLHA, Rep. 331, Nr. 39, Bl. 22.

Partei am 10./11. Februar 1946, auf der die Mehrheit des Zentralausschusses versuchte, einen Aufschub des Vereinigungsprozesses zu erreichen²¹⁰, drohten die bereits »gleichgeschalteten« Landesverbände, die Partei zu spalten. Der Zentralausschuss – isoliert von der SPD-Führung der Westzonen unter Kurt Schumacher – kapitulierte angesichts dessen und fügte sich in seiner Mehrheit endgültig dem Fusionszwang.²¹¹

Nachdem somit auf zentraler Ebene die Zeichen definitiv auf Vereinigung standen, wurde am 16. Februar in Potsdam eine Konferenz der brandenburgischen KPD und SPD abgehalten, an der Funktionäre aus allen märkischen Kreisen teilnahmen. Sie beschlossen die Bildung eines Provinz-Organisationsbüros, das konkrete Schritte zur Vereinigung der beiden Parteien in der Mark vorbereiten sollte.²¹² Es folgten entsprechende Konferenzen auf Kreisebene.

Die Zauch-Belziger Kreiskonferenz der beiden Arbeiterparteien, an der 281 Funktionäre (168 Kommunisten, 113 Sozialdemokraten) teilnahmen, trat am 17. Februar zusammen.²¹³ Dort machten sich zwei Grundstimmungen bemerkbar: Die KPD-Leute proklamierten beinahe euphorisch den Weg zur Fusion als die große Lehre aus den Fehlern der Vergangenheit; die SPD-Leute erachteten hingegen eine Vereinigung lediglich als Vernunfttatsache.²¹⁴ Die Konferenz fasste eine Resolution, in der die KPD- und SPD-Ortsgruppen des Landkreises aufgerufen wurden, ihre Mitgliederversammlungen und Schulungen möglichst nur noch gemeinsam durchzuführen. Weiterhin einigte man sich auf die Bildung eines »Vorbereitenden Ausschusses der Sozialistischen Einheitspartei« (der aber erst am 6. März sein Büro in Belzig eröffnete).²¹⁵ Die KPD-Kreisleitung beschwor im Anschluss an die Konferenz die örtlichen kommunistischen Funktionäre, im Sinne der verabschiedeten Resolution mit den SPD-Leuten intensiv gemeinsam zu arbeiten, denn dies würde »den aktiven Elementen ermöglichen, die Führung auch in der späteren Einheitspartei an sich zu reißen und damit die Richtung dieser Partei zu bestimmen«.²¹⁶

210 Letzte Illusionen über ein gleichberechtigtes Zusammengehen in einem wirklich demokratischen Parteiprojekt müssen bei den ZA-Funktionären der SPD gestorben sein, als Walter Ulbrichts Referat »Offene Antwort an sozialdemokratische Genossen« (S. Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 540–546) vom 13. Januar 1946 bekannt wurde: Die Kommunisten stehen »auf dem Boden des demokratischen Zentralismus« – sprich: stalinistische Negierung einer innerparteilichen Demokratie – und wollen (gegen den Willen des ZA) »die Einheit von unten geschaffen« sehen.

211 Hurwitz: Zwangsvereinigung und Widerstand, S. 42; Malycha: Auf dem Weg zur SED, S. C-CI; Mattedi: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 68f. Weber: Geschichte der DDR, S. 105.

212 Ebert: Wir erfüllten unsere historische Aufgabe, S. 522f.

213 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 15, Bl. 35 u. Bl. 72; KrA PM, 60.14/1 (Schreiben der KPD-Kreisleitung vom 25.02.1946); Sammlung G. Dorbritz (Schreiben G. A. Vogels an die SED-Kreisleitung Belzig vom 25.9.1970, S. 4).

214 Zumindest erinnerte sich Gustav Adolf Vogel, Teilnehmer an der Konferenz, an diese beiden Grundstimmungen; Sammlung G. Dorbritz (Schreiben G. A. Vogels an die SED-Kreisleitung Belzig vom 25.9.1970, S. 4).

215 Vgl. BLHA, Rep. 332, Nr. 8, Bl. 32. Das Büro wurde von Bernhard Wiedehöft (SPD) u. Gustav Adolf Vogel (KPD) geleitet.

216 KrA PM, 60.14/1 (Schreiben der KPD-Kreisleitung vom 25.02.1946).

Als Termin für die formale Fusion von KPD und SPD im Kreis Zauch-Belzig wurde der 23./24. März festgelegt. Am 23. sollten die beiden Parteien noch einmal getrennte Delegiertenkonferenzen abhalten, und am Tag danach sollte der Zusammenschluss auf Kreisebene über die Bühne gehen.

Am Abend bevor sich die rund 250 SPD-Delegierten zu ihrer Kreiskonferenz versammelten, wurde ein Sozialdemokrat aus Fichtenwalde verhaftet.²¹⁷ Wenn es Zweck dieser Festnahme war, die Mitglieder des immer noch fusionsunwilligen SPD-Ortsvereins Fichtenwalde einzuschüchtern, so verfehlte diese Aktion ihr Ziel. Die Fichtenwalder Sozialdemokraten hatten am 17. März mehrheitlich eine Entschließung verabschiedet, in der es betreffs der Vereinigung hieß, »dass auf der Grundlage der demokratischen Spielregeln die Einigung bei niemand anderem als den Genossen selbst liegen muss« und sie einen Zusammenschluss ohne vorherige Abstimmung in der SPD-Mitgliedschaft nicht anerkennen könnten.²¹⁸ Von dieser Auffassung wichen die Fichtenwalder auch während der Kreiskonferenz am 23. März im Belziger Volkshaus nicht ab.²¹⁹ Einer ihrer Vertreter namens Licht erklärte auf dem Podium, er und die anderen Delegierten seines Ortsvereins hätten den Auftrag von ihren Genossen, nicht für die Vereinigung zu stimmen; sie wünschten eine Urabstimmung: »Wenn die Urwahl in Berlin²²⁰ stattfinden soll, haben wir das Recht, auch hier in Brandenburg eine Urwahl zu verlangen. [...] Die Massen in den Orten wollen die SPD und nicht die Kommunisten.«²²¹ Vereinigungskritische Stimmen wurden auch aus anderen Ortsvereinen laut. Bemerkenswert sind die Ausführungen des jungen Sozialdemokraten Wilhelm Frommholz aus Seddin:

Wir haben mit den KPD-Funktionären sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Wir haben heute Herzklopfen, wenn wir an die Vereinigung denken. Wir sind trotzdem bereit, an der neuen Einheit mitzuarbeiten. [...] Wir möchten das Parteistatut [d.h. den Entwurf] geändert haben. Wir sind nicht dazu da, nur ja zu sagen, das Horst-Wessel-Lied[sic!] zu singen und dann nach Hause zu gehen.²²²

Walter Löffler vom Ortsverein Treuenbrietzen fand große Zustimmung unter den Konferenzteilnehmern, als er sagte, die Mehrheit akzeptiere die Vereinigung mit den

217 BLHA, Rep. 331, Nr. 39, Bl. 21. Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 331, Nr. 15, Bl. 80f.; Nr. 39, Bl. 14–27.

218 Vgl. ebenda, Nr. 39, Bl. 14.

219 Wenn Kotsch: Karrierewege in Brandenburg, S. 189, schreibt, die Vereinigung der Ortsparteiorganisationen von KPD u. SPD in Fichtenwalde hätte problemloser als in vielen Nachbarorten funktioniert, so muss kritisiert werden, dass er sich wohl zu unreflektiert nach den Erinnerungen der kommunistischen Frauenfunktionärin Margarete Langner gerichtet hat.

220 In Berlin hatte die Mehrheit der SPD-Funktionäre am 1. März die Durchführung einer Urabstimmung erzwungen. Die Urabstimmung am 31. März, die nur in den Westsektoren Berlins durchgeführt werden konnte (im Ostsektor wurde sie von den Sowjets verhindert), brachte ein überwältigendes Votum gegen eine sofortige Vereinigung mit der KPD. Daraufhin spaltete sich die Berliner Sozialdemokratie, nur ein Teil vereinigte sich mit der KPD zur SED, während der andere Teil als Berliner SPD selbständig blieb. Siehe dazu Hurwitz: Zwangsvereinigung und Widerstand, S. 109–160; Podewin/Teresiak: »Brüder, in eins nun die Hände ...«, S. 135–144.

221 BLHA, Rep. 331, Nr. 39, Bl. 21.

222 Ebenda, Bl. 23.

Kommunisten, aber es gebe keine wahre Begeisterung. »Die Schuld [daran] liegt an den Leuten, die Mitglied der KPD sind.« Er hielt es für unverzichtbar, dass jeder aus der SPD das Gefühl haben könne, er komme als Gleichberechtigter in die neue Partei hinein.²²³

Damit sprach Löffler den meisten seiner SPD-Genossen im Kreis aus der Seele: Auf der einen Seite waren sie bereit, die Vereinigung zu erdulden, weil man ein Einheitsprojekt mit den Kommunisten grundsätzlich für sinnvoll hielt²²⁴ und man auch Furcht vor der ganzen Bandbreite an Repressionen hatte, die Fusionsgegnern drohte; auf der anderen Seite befürchteten die SPD-Leute, nichts weiter als eine große »Blutspende« für eine kommunistisch dominierte Einheitspartei zu sein und in der neuen Partei schnell ihre sozialdemokratische Identität zu verlieren.²²⁵ Ein Beispiel für die mentale Zerrissenheit der Sozialdemokraten lieferte der Ortsverein Borkwalde, dessen Vorstand sich gegen die Vereinigung wandte, aber dessen Basis mehrheitlich zum Zusammenschluss bereit war.²²⁶ Bei der Abwägung des Für und Wider schlug auf der SPD-Kreiskonferenz das Pendel dann doch überraschend eindeutig in Richtung sofortiger Vereinigung aus, sicherlich auch, weil der SPD-Kreisvorstand vorbehaltlos für die Verschmelzung mit der KPD votierte. Der Resolutionsentwurf des Ortsvereins Fichtenwalde für die Durchführung einer Urabstimmung wurde von den Delegierten bei nur vier Gegenstimmen abgelehnt²²⁷; keine Rede mehr davon, dass der erweiterte Kreisvorstand noch einige Wochen zuvor selbst eine Urabstimmung verlangt hatte. Stattdessen verabschiedete man eine vom Kreisvorstand und vom Ortsverein Belzig ausgearbeitete Resolution für die umgehende Vereinigung mit der KPD. Und die Delegiertenkonferenz der Zauch-Belziger SPD sandte einen (wahrscheinlich von übergeordneten Gremien bestellten) »Offenen Brief an die Gegner der Einheit in der SPD Gross-Berlin«, in dem es hieß: »Jeder Quertreiber und jeder Spalter der Sozialistischen Einheitsfront in Deutschland ist als Saboteur zu werten, der der Reaktion den Steigbügel hält. Diese Schädlinge sind nicht würdig, in unseren Reihen zu verbleiben«, und der mit dem Ausruf endete: »Durch wahre Demokratie zum Sozialismus!«²²⁸

223 Ebenda, Bl. 18f.

224 Laut Gerhard Dorbritz, 1946 SPD-Mitglied in Jeserig/Fläming, herrschte unter den einfachen SPD-Leuten prinzipiell eine Stimmung für ein Zusammengehen mit den Kommunisten; Mitteilung von G. Dorbritz (06.07.2006).

225 Ein ehemaliger SPD-Mann aus Niemegk äußerte in den 1980er Jahren im Rückblick: »Die Zurückhaltung der SPD-Genossen zur Schaffung einer [einheitlichen] Arbeiterpartei war begründet, denn sie schätzten ein, daß nach einer Vereinigung die Genossen der KPD das große Sagen haben, weil diese Partei von der KPdSU gesteuert wird, und die ehemaligen SPD-Genossen werden dann das Nachsehen haben und sich fügen müssen. Diese Vereinigung bedeutet eine Liquidierung der SPD und der Demokratie.«; Dalitz: »Niemegk meldet Panzeralarm«, S. 96.

226 BLHA, Rep. 331, Nr. 15, Bl. 80 Rs. Auf der Kreiskonferenz der KPD am 23. März berichtete ein Delegierter aus Borkwalde, »dass es in Borkwalde nicht möglich war, Kontakt mit den Genossen der SPD zu bekommen, weil einige wenige da sind, die glauben, mit dem Zusammenschluss ihren ideologischen Einfluss zu verlieren; BLHA, Rep. 330, Nr. 73, Bl. 5

227 BLHA, Rep. 331, Nr. 39, Bl. 25.

228 BLHA, Rep. 331, Nr. 24, Bl. 1.

Die parallel zur SPD-Delegiertenkonferenz am 23. März durchgeführte KPD-Delegiertenkonferenz im Belziger Lokal »Zur grünen Tanne« verlief unspektakulär.²²⁹ Die Kommunisten im Kreis waren, von wenigen Ausnahmen einmal abgesehen, schon längst auf den Einheitskurs ihrer zentralen Parteiführung getrimmt. Für eine Überraschung unter den Delegierten sorgte nur ein Schreiben des 1. Vizepräsidenten Bechler, »dass der Genosse Cyrus [SPD], der bisher beurlaubt war, im Zuge der Verschmelzung der beiden Parteien wieder in seine alten Rechte eingesetzt wird« und der Vizepräsident seine Maßnahmen gegen ihn zurückgezogen habe.²³⁰ Für Bechler stellte Cyrus' Rückkehr in die Parteiarbeit kein Problem dar, weil jener den Fusionsprozess nun nicht mehr stören konnte. Andererseits wollte der Vizepräsident dies zweifellos auch als Geste des Wohlwollens gegenüber vereinigungsskeptischen Sozialdemokraten verstanden wissen.

Die »Zusammenschlusskonferenz« am folgenden Tag im Belziger Volkshaus, zu der jede der beiden Parteien 140 Delegierte schickte, lief im Sinne der Vereinigungsbefürworter ab.²³¹ Nur SPD-Mann Walter Löffler verdarb etwas die eintrachtige Stimmung, indem er sich zwar von der Notwendigkeit der Einheit überzeugt zeigte, aber doch nicht verschweigen wollte, »dass ein wenig Druck hinter der Verschmelzung lag.«²³² Als wichtigstes Ergebnis des Tages konstituierte sich nach dem üblichen Paritätsprinzip der zwanzigköpfige provisorische Kreisvorstand der »Sozialistischen Einheitspartei« Zauch-Belzig in folgender Zusammensetzung:²³³

von der SPD:	von der KPD:
Willi Schernell	Alfred Schönborn
Bernhard Wiedehöft	Max Tesch
Ernst Schymuschala	Herbert Lagodski
Johannes Siewert	Gustav Adolf Vogel
Hilde Bornheim	Wilhelm Bartels
Wilhelm (?) Letz	Bruno Stief
Paul Lange	Artur Krause
Walter Rose	Margarete Langner
Josef Cyrus	Alfred Schwarz
Fritz Fricke	Kurt Jaskolka

229 BLHA, Rep. 330, Nr. 159, Bl. 4f.; Protokoll der KPD-Kreiskonferenz ebenda, Nr. 73, Bl. 1–5.

230 BLHA, Rep. 331, Nr. 39, Bl. 27.

231 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 1, Bl. 1–9; Dorbritz: 40. Jahrestag der Vereinigung, S. 3.

232 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 1, Bl. 2. Daneben störte ein peinlicher Zwischenfall die Konferenz: Der Kommunist Berthold Bolz war so schwer angetrunken, dass es zwischen ihm und einigen Polizisten, die gegen ihn einschreiten mussten, beinahe zur Schlägerei gekommen wäre; BLHA, Rep. 330, Nr. 81, Bl. 3 Rs.

233 Personelle Zusammensetzung nach BLHA, Rep. 331, Nr. 15, Bl. 84.

Schönborn²³⁴ und Schernell wurden zu gleichberechtigten Vorsitzenden gewählt. Der Kreisvorstand forderte umgehend alle KPD- bzw. SPD-Orts- und Betriebsgruppen zur Abhaltung von gemeinsamen Funktionärskonferenzen auf, bei denen über die Einrichtung der neuen Parteibüros und deren paritätische Besetzung durch jeweils einen Kommunisten und Sozialdemokraten gesprochen werden sollte. Die erforderliche organisatorische Umstellung bei den Basisgruppen sollte bis zum zentralen Einigungsparteitag in Berlin abgeschlossen sein.²³⁵

Trotz der formalen Vereinigung gab es im Kreis von sozialdemokratischer Seite immer noch Widerstand. In Borkwalde und Borkheide etwa erklärten sich örtliche SPD-Funktionäre immer noch offen gegen die Fusion mit der KPD.²³⁶ Doch solche Kräfte waren inzwischen eine eher unscheinbare Minderheit. Die KPD-Ortsgruppe Seddin berichtete zwar am 28. März, es zeige sich noch nicht das Bild einer geschlossenen Einheit von Seiten der örtlichen SPD, »die in dem kommenden Zusammenschluss eine Diktatur des Proletariats erblickte«.²³⁷ Jedoch hätten die dortigen Sozialdemokraten in ihrer letzten Versammlung »eine Bereinigung ihrer Reihen« vorgenommen, so dass in Seddin einem organisatorischen Zusammenschluss beider Parteien in dieser Hinsicht nichts mehr im Wege stehe.²³⁸

Der Vereinigungsparteitag von KPD und SPD für die Provinz Brandenburg fand am 7. April 1946 im Gesellschaftshaus in Potsdam statt. Friedrich Ebert jun. wurde gemeinsam mit dem Kommunisten Willy Sägebrecht zu gleichberechtigten Vorsitzenden des Provinzialvorstandes der Einheitspartei gewählt.²³⁹ Nachdem die Fusion in allen Ländern und Provinzen der SBZ formell vollzogen war, besiegelten als Schlusspunkt am 21./22. April 507 KPD-Delegierte und 548 der SPD auf dem zentralen Vereinigungsparteitag in Berlin die Gründung der »Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands« (SED, anfänglich auch SEPD abgekürzt).²⁴⁰

Große Teile der SPD in der Sowjetischen Besatzungszone akzeptierten letztlich die Fusion. Sie glaubten aufgrund von Versprechungen und im Vertrauen auf ihr politisches Eigengewicht, ihre Furcht vor einer Zwangskonvertierung zum Kommunismus verdrängen zu können.²⁴¹ In der Tat wurde für die Parteigremien eine gleichberechtigte,

234 Schönborn schied Ende 1946/Anfang 1947 aus dem SED-Kreisvorstand aus u. war ab März 1947 in der Personalabteilung des Sekretariats des SED-Provinzialvorstandes Brandenburg beschäftigt; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 2, S. 860. Anschließend war Schönborn von Januar 1948 bis August 1949 Bürgermeister der Kreisstadt Belgig; 1000 Jahre Belgig, S. 87.

235 KrA PM, 60.14/2.

236 Vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 146, Bl. 19. Als kurz nach der Vereinigung einige Funktionäre der neuen SED-Ortsgruppen in Borkheide, Borkwalde u. Fichtenwalde sich »oppositionell« verhielten, wurden diese ehemaligen SPD-Mitglieder flugs ihrer Ämter enthoben; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 346 Rs.

237 BLHA, Rep. 330, Nr. 76, Bl. 45 Vs.

238 Ebenda, Bl. 45 Rs.

239 Vgl. Ebert: Wir erfüllten unsere historische Aufgabe, S. 523; Sägebrecht: Nicht Amboss, sondern Hammer sein, S. 344f. Vgl. auch Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 702f.

240 Vgl. dazu etwa Mähler: Von der Zone zum Staat, S. 26f.

241 Hurwitz: Zwangsvereinigung und Widerstand, S. 48. Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 49, stellt die These auf, dass der Entschluss zur Fusion eine Entscheidung war, »hinter der die

paritätische Besetzung durch vormalige SPD- und KPD-Mitglieder festgelegt. Die am 21. April 1946 beschlossene programmatische Erklärung »Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands«²⁴² und das Parteistatut²⁴³ entsprachen einem Kompromiss zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Insbesondere war die KPD mit ihrer These vom besonderen deutschen und demokratischen Weg zum Sozialismus den Sozialdemokraten entgegengekommen.²⁴⁴

Die organisatorische Umsetzung der Vereinigung an der Basis wurde indes auch dazu genutzt, persönliche Rechnungen zu begleichen.²⁴⁵ In Wildenbruch sollte bei der Gründungsversammlung der SED-Ortsgruppe am 10. April 1946 der bisherige SPD-Ortsvereinsvorsitzende Brinkmann zu einem der beiden Ortsvorsitzenden gewählt werden. Jedoch wurde dies durch Otto Wilde, Vertreter der KPD-Arbeitsgebietsleitung Beelitz/Mark, mit Hilfe des kommunistischen Versammlungsleiters unter geschickter Ausnutzung gewisser Formalien verhindert. Für Wilde, der selbst in Wildenbruch wohnte, war der Sozialdemokrat Brinkmann schon geraume Zeit ein Konkurrent und »Einheitsfeind« gewesen.

Wahlen 1946

Nach der Beseitigung des privaten Großgrundbesitzes in der Landwirtschaft konzentrierte die KPD bzw. dann die SED ihre Anstrengungen auf Enteignungen in der Industrie, speziell von Großunternehmen.²⁴⁶ Mit Rückendeckung durch die SMAD sollten beschlagnahmte Industriebetriebe nunmehr auch formal-juristisch in Landesbesitz überführt, also quasi verstaatlicht werden. Das ganze wurde als »Bestrafung von Nazi- und Kriegsverbrechern« deklariert. Um dem so etwas wie Legalität zu verschaffen, kam die Einheitspartei auf einen besonderen Kniff. Und zwar setzte man einen Volksentscheid über ein Gesetz an, mit dem das Vermögen der NS-Organisationen, Nazi-Aktivisten, Kriegsverbrecher und Rüstungsprofiteure als enteignet erklärt werden sollte. Was demokratisch anmutete, hatte freilich einen

überwiegende Mehrheit der SPD Brandenburgs stand.« Quellenmäßig lässt sich diese These freilich nicht untermauern. Ein Großteil der märkischen Sozialdemokratie scheint die Vereinigung passiv hingenommen zu haben.

242 Abgedruckt u.a. in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1, S. 5–10; Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 2, S. 32–38; Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. 1/1, S. 440–446.

243 Abgedruckt in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Bd. 1, S. 11–23; Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 2, S. 39–53.

244 Vgl. Mähler: Von der Zone zum Staat, S. 26f.; Müller: Der Transformationsprozeß der SED, S. 53; Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 49.

245 Zum Folgenden vgl. BLHA, 332, Nr. 12, Bl. 47–51 u. Bl. 62.

246 Zum Folgenden vgl. Braun: Wahlen und Abstimmungen, S. 381–383; Heitzer: Die Überwindung des Faschismus, S. 418; Krause: Die Entstehung des Volkseigentums, S. 65–75; u. insbesondere die Erinnerungen des damals für das Ressorts Wirtschaft u. Arbeit in der sächsischen Landesverwaltung zuständigen SED-Funktionärs Fritz Selbmann: Acht Jahre und ein Tag, S. 108f. u. 123–131.

Haken: nur im Land Sachsen sollte ein Volksentscheid stattfinden.²⁴⁷ Dort konnte die SED auf eine übergroße Zustimmung hoffen, weil gerade in Sachsen die Arbeiterparteien traditionell ihre Hochburgen hatten. Der Volksentscheid wurde am 30. Juni 1946 durchgeführt und konnte von der SED als nahezu triumphaler Erfolg verbucht werden. Bei einer Abstimmungsbeteiligung von 93,71% der stimmberechtigten Bürger Sachsens votierten 77,62% für die entschädigungslose Enteignung. Nach dem Volksentscheid in Sachsen erließen die anderen Provinzial- und Landesverwaltungen der SBZ kurzerhand eigene Konfiskationsverordnungen nach sächsischem Vorbild, die brandenburgische Provinzialverwaltung am 5. August 1946.²⁴⁸

Im Kreis Zauch-Belzig war man lediglich passiver Beobachter des Plebiszits in Sachsen. Dass in Werder/Havel auf Initiative der SED am 11. Juni 1946 eine Resolution verabschiedet wurde, in der fünf Firmenbelegschaften sowie das Postamt und die Stadtverwaltung »mit großer Freude und voller Sympathie« den kommenden Volksentscheid begrüßten, war nur eine Marginalie. Nach Erlass der Konfiskationsverordnung wurden von den beschlagnahmten Zauch-Belziger Unternehmen infolge Prüfung durch die Sequesterkommission des Kreises und die der Provinz 57 Firmen zur Enteignung, hingegen 28 zur Rückgabe an die früheren Eigentümer vorgeschlagen.²⁴⁹ Letztlich beließ man es bei der Konfiskation von 54 Firmen.²⁵⁰ Von den schließlich enteigneten Unternehmen gingen die größeren in Landesbesitz über; die kleineren wurden in der Form von kommunalen oder Genossenschaftsbetrieben weitergeführt.²⁵¹

Unter die Enteignung fielen auch die Unternehmen der so genannten »Kriegsinteressenten«. Nun war dieser Begriff sehr weit gefasst und dehnbar²⁵², denn auf die eine oder andere Weise waren fast alle Betriebe – ob zwangsweise oder auch nicht – in die Kriegswirtschaft eingebunden gewesen. So konnte die SED unter dem Schlagwort »Kriegsinteressenten« einen Rundumschlag gegen fast sämtliche Industrieunternehmen vollziehen.²⁵³ CDU und LDP, die den Volksentscheid in

247 Die Begrenzung des Plebiszits auf Sachsen entsprach offensichtlich einer zentralen Festlegung der SED; Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 95.

248 »Verordnung zur entschädigungslosen Übergabe von Betrieben und Unternehmungen in die Hand des Volkes« vom 5. August 1946, veröffentlicht in: Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Nr. 12 (1946), S. 235. Freilich war es bereits in den unmittelbaren Nachkriegsmonaten durch Beschlagnahmen und Demontagen einerseits, Ingangsetzungsversuchen andererseits, faktisch u. ohne jede formale Neuregelung zu einer merklichen Veränderung der betrieblichen Eigentumsstrukturen gekommen; Sattler: Demontagen und Reparationsentnahmen, S. 337.

249 Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, S. 315; Hartisch: Die Enteignungen von »Nazi- und Kriegsverbrechern«, S. 35.

250 Vgl. Hartisch: Die Enteignungen von »Nazi- und Kriegsverbrechern«, S. 54.

251 Vgl. BLHA, Rep. 206, Nr. 372, insbesondere Bl. 13f., Bl. 21f., Bl. 31, Bl. 36f., Bl. 39, Bl. 44f., Bl. 56, Bl. 59, Bl. 65, Bl. 70, Bl. 72, Bl. 77, Bl. 84, Bl. 87, Bl. 89, Bl. 97, Bl. 100, Bl. 105, Bl. 109, Bl. 116, Bl. 122 u. Bl. 124.

252 Was auch Selbmann: Acht Jahre und ein Tag, S. 128, zugibt.

253 Selbmann: Acht Jahre und ein Tag, S. 129: »Es war verständlich, daß die Vertreter der kleinbürgerlichen Parteien [CDU, LDP] befürchteten, dieser Begriff [»Kriegsinteressent«] könne zu weitgehend ausgelegt werden. Wir [die SED] mußten aber auf Beibehaltung dieser Kategorie bestehen, um zu verhindern, daß die Betriebe und Unternehmen [...] sich durch juristische Manipulationen dem

Sachsen mittrugen²⁵⁴, kritisierten heftig diese Praxis und reklamierten ein rechtsstaatliches Verfahren, damit nur die »wirklich Schuldigen« bestraft würden.²⁵⁵ Speziell die Liberaldemokraten fochten die rigorose Enteignungswelle an, schließlich hatte sich ihre Partei den Schutz des Privateigentums auf ihre Fahnen geschrieben. Sie erstrebten eine Normalisierung, was in ihren Augen die rasche Rückkehr zu bürgerlich-parlamentarischen Verhältnissen im Stile der Weimarer Zeit bedeutete.²⁵⁶ Als einen wirklichen Schritt in Richtung Demokratie nach Weimarer Vorbild konnte die Ansetzung von Gemeinde- und Landtagswahlen in der SBZ gedeutet werden.

Am 19. Juni 1946 gab die SMAD bekannt, dass sie den deutschen Verwaltungen der Provinzen und Länder in der SBZ erlaubte, Gemeindewahlen durchzuführen.²⁵⁷ Die SED ging mit einem deutlichen Führungsanspruch in die Wahlvorbereitungen, der aus ihrer maßgeblichen Rolle bei der politisch-sozialen Umwälzung, aus ihrer hohen Mitgliederzahl sowie ihrer beherrschenden Position in den Selbstverwaltungsorganen resultierte.²⁵⁸ Andererseits war sich die Führungsriege der Einheitspartei darüber im Klaren, dass die Wahlen eben auch ein Votum über die tiefgreifende Umstrukturierung der politischen und wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse seien.

Weder die CDU noch die LDP zeigten sich bereit, den Hegemonieanspruch der SED ohne weiteres anzuerkennen.²⁵⁹ Christ- wie Liberaldemokraten sahen gerade in den längst erwarteten Wahlen eine Chance, die eigenen Positionen besser darstellen und sich von der SED abgrenzen zu können. Jedoch standen den bürgerlichen Parteien im Verhältnis zur Einheitspartei nur geringe Organisations- und Werbepotentiale zur Verfügung. Zudem waren ihren Entfaltungsmöglichkeiten durch die Einbindung in den Antifa-Block frühzeitig enge Grenzen gesetzt worden. Und die Erwartungen von CDU und LDP, in einem gleichberechtigten Wettbewerb um Wählerstimmen zu ringen, wurden nicht erfüllt. Die beiden Parteien erfuhren eine starke Benachteiligung im Wahlkampf. Die SMAD bevorzugte die SED bei der Zuteilung von Papier und technischen Hilfsmitteln, während die Besatzungsoffiziere gegen die bürgerlichen Parteien verschärfte Zensur anwandten, zahlreiche ihrer Publikationen und Ver-

Urteil durch den Volksentscheid entzogen.« In der Tat wurden in Brandenburg auch Betriebe von Nicht-Nazis enteignet. Vertreter von LDP u. CDU protestierten dagegen, u. nach Überprüfung wurden einige Enteignungen rückgängig gemacht; vgl. Sägebrect: Nicht Amboss, sondern Hammer sein, S. 358. Vgl. auch Hartisch: Die Enteignungen von »Nazi- und Kriegsverbrechern«, passim; Papke: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR, S. 37.

254 Nur einige LDP-Kreisvorstände in Sachsen sprachen sich gegen eine Mitwirkung ihrer Partei am Volksentscheid aus; vgl. Agsten u.a.: LDPD 1945 bis 1961, S. 80.

255 Braun: Wahlen und Abstimmungen, S. 382.

256 Vgl. Agsten u.a.: LDPD 1945 bis 1961, S. 70.

257 Braun: Wahlen und Abstimmungen, S. 383; Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 48.

258 Braun: Wahlen und Abstimmungen, S. 383.

259 Zum Folgenden vgl. Braun: Zur Entwicklung der Wahlen in der SBZ/DDR, S. 545; ders.: Wahlen und Abstimmungen, S. 383f.; Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 52–76; Hajna: Länder – Bezirke – Länder, S. 63; Krippendorff: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 96f.

sammlungen verboten.²⁶⁰ Ferner gab es generell starke Einschränkungen, auf Kreis- und Ortsebene Wahlplakate u.ä. herzustellen.²⁶¹

Die Wahlordnungen für die ganze SBZ wurden im Wesentlichen von der SMAD-Propagandaverwaltung unter Beteiligung der SED vorbereitet.²⁶² Sie beruhten essentiell auf wahlrechtlichen Bestimmungen der Weimarer Demokratie. Gewählt wurde direkt, geheim und nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts, wobei den vormaligen »aktiven Nazis und Kriegsverbrechern« das aktive und passive Wahlrecht entzogen war. Die Wahlordnung besaß zwei »Pferdefüße« (wie sich P. Bloch ausdrückt)²⁶³: Nicht nur die Parteien durften Wahlvorschläge einreichen, sondern auch die so genannten Massenorganisationen, deren Leitungen durchweg von SED-Leuten unterwandert waren.²⁶⁴ Zum anderen sorgten die Bestimmungen über das Recht, Wahlvorschläge für die Gemeindewahlen einzureichen, dafür, dass CDU und LDP in vielen Kommunen nicht mit eigenen Listen kandidieren konnten. Denn: »Als vorschlagsberechtigte Organisationen nach § 28 der Wahlordnung werden nur anerkannt Ortsgruppen, die bei der Kreiskommandantur registriert und deren Mitglieder im Besitz von Mitgliedsbüchern sind.«²⁶⁵ Diese Bestimmungen trafen CDU und LDP doppelt: Zum einen fehlte beiden, im Gegensatz zur SED, ein flächendeckendes Organisationsnetz, zum anderen wurde das Lizenzierungsverfahren bei CDU- und LDP-Ortsgruppen trotz massiver Proteste ihrer Parteileitungen von der SMAD sehr restriktiv gehandhabt.²⁶⁶ Nach eigenem Bekunden verzögerte auch die

260 Dazu ausführlich Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 74–76.

261 Im Runderlass Nr. 1 der Provinzialverwaltung Brandenburg vom 17. Juli 1946 zur Vorbereitung der Wahl wird auf S. 2 u.a. darauf hingewiesen, dass nur in kleinerem Umfang im Kreismaßstab die Genehmigung zum Druck von Wahlmaterial erteilt werden wird; KrA PM, 42.012/2.

262 Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 61, hat anhand russischer Archivalien festgestellt, dass die speziell von der Historiographie der ehemaligen DDR aufgestellte Behauptung, die Wahlordnung beruhe allein auf von der SED initiierten u. von der brandenburgischen Provinzialverwaltung erarbeiteten Vorschlägen, unhaltbar ist. Zum Folgenden vgl. Bloch: Zwischen Hoffnung und Resignation, S. 73; Braun: Wahlen und Abstimmungen, S. 384f.; Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 61–63; Gradl: Anfang unter dem Sowjetstern, S. 73; Hajna: Länder – Bezirke – Länder, S. 63f.; Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 105f.; Schreckenbach/Künzel: Das Land Brandenburg und der brandenburgische Landtag, S. 235f.

263 Bloch: Zwischen Hoffnung und Resignation, S. 73.

264 Vgl. dazu etwa Wernet-Tietz: Bauernverband und Bauernpartei, S. 77–80.

265 Runderlass Nr. 3 der Provinzialverwaltung Brandenburg vom 26.7.1946 zur Vorbereitung der Wahl, S. 2; KrA PM 42.012/2.

266 Braun: Wahlen und Abstimmungen, S. 385. Laut Mattedi: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 87, waren in Brandenburg zum Zeitpunkt der Gemeindewahlen von 637 CDU-Ortsgruppen nur 345 u. von 470 LDP-Ortsgruppen nur 235 durch die Besatzungsmacht registriert (Mattedi nennt aber keine Quelle für diese Angaben). Der CDU u. LDP stark benachteiligende Effekt der Wahlordnung wird auch von Helene Fiedler: SED und Staatsmacht, S. 86, nicht in Abrede gestellt, jedoch argumentiert sie vom SED-Standpunkt: »Dadurch waren den konservativ-reaktionären Kräften dieser Parteien weniger Möglichkeiten geboten, ihren Einfluß und ihre Lösungen in der ländlichen Bevölkerung geltend zu machen.« Für Fiedler zeigten sich in der Wahlordnung »Schritte zur Überwindung traditioneller bürgerlich-parlamentarischer Wahlprinzipien«; ebenda, S. 94f.

Kreiskommandantur Zauch-Belzig willkürlich die Registrierung von Ortsgruppen der beiden Parteien, um eine für die SED günstige Situation bei den Wahlen zu schaffen.²⁶⁷ In einer Stadt wie Beelitz z.B. hatte sich erst am 17. April 1946 eine CDU-Ortsgruppe formieren können.²⁶⁸ In Wilhelmshorst, quasi vor der Haustür der Provinzhauptstadt Potsdam, hatte sich die Ortsgruppe der Union auch erst am 22. Mai 1946 gegründet.²⁶⁹ Das Nichtvorhandensein einer christdemokratischen Ortsgruppe führte in Elsholz bei Beelitz zu einem Paradoxon. Albrecht Sturm, Gründer der »Antifaschistischen Aktion« Elsholz²⁷⁰ und nunmehr CDU-Mitglied, trat auf der örtlichen SED-Liste an.²⁷¹ Dies war für Sturm die einzige Möglichkeit, sich überhaupt zur Wahl stellen zu können. Wer also für CDU-Mitglied Sturm votieren wollte, musste die SED-Liste wählen!

Der Wahlkampf nahm trotz vorheriger Verpflichtung zu einem würdigen und sachlichen Umgang miteinander scharfe Züge an, speziell im »Kleinkrieg« der Funktionäre auf lokaler Ebene.²⁷² Der SED-Kreisvorstand Zauch-Belzig schob die Schuld daran den bürgerlichen Parteien in die Schuhe: »Wir hatten die Abmachung getroffen, diesen Wahlkampf fair im Sinne einer sauberen Demokratie durchzuführen. Aber wir mussten aus der Reserve heraus, weil von den anderen diese Linie nicht eingehalten wurde.«²⁷³ Als entschieden anti-sozialistische Partei präsentierte sich die LDP unter ihrem Zonenvorsitzenden Wilhelm Külz, die die Sicherung der privaten Unternehmerinitiative, einen demokratischen Rechtsstaat und die Wiedereinführung des Berufsbeamtentums als Wahlkampfforderungen herausstellte. Gerade die Verteidigung des Beamtentums war ein wichtiger Punkt der LDP-Politik.²⁷⁴ Dies kam wohl daher, dass (nach Einschätzung der Informationsabteilungen der SMAD) in die Partei im starken Maße Verwaltungsangestellte, darunter Ex-Beamte, eingetreten waren.²⁷⁵ Die CDU propagierte hingegen einen

267 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 18f.

268 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 113, Bl. 16.

269 Ebenda, Bl. 144. – Generell zur Thematik Nichtregistrierung bzw. erzwungene Wiederauflösung von CDU-Ortsgruppen vor den Wahlen S. Baus: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone, S. 327–331.

270 Siehe S. 21 der vorliegenden Arbeit.

271 Vgl. KrA PM 60.14/9. Zu CDU- bzw. LDP-Kandidaten auf SED-Listen s. auch Hurwitz: Die Stalinisierung der SED, S. 113.

272 Zum Folgenden vgl. Braun: Wahlen und Abstimmungen, S. 385f.; Krippendorff: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 94–97; Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 101–105; Schreckenbach/Künzel: Das Land Brandenburg und der brandenburgische Landtag, S. 236f. Laut den Memoiren des KPD/SED-Funktionärs Sägebrecht soll es im Wahlkampf zu regelrechten Saalschlachten gekommen sein, die ihn mitunter an die Zeit vor 1933 erinnerte; Sägebrecht: Nicht Amboss, sondern Hammer sein, S. 362. Laut Reinert: Protokolle des Landesblockausschusses, S. XXVIII, hat die Schärfe der Auseinandersetzungen während des Wahlkampfes den Bestand des brandenburgischen Antifa-Blocks bedroht.

273 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 1, Bl. 11 Vs. Der CDU-Kreisvorsitzende Tschetschog beklagte in Anspielung auf den von der SED mitunter scharf geführten Wahlkampf, dass dadurch ein gewisser Trennungsstrich zwischen den bisher gut zusammenarbeitenden Parteien des Antifa-Blocks gezogen werde; Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 108f.

274 Vgl. auch Tjulpanow: Deutschland nach dem Krieg, S. 101.

275 Ebenda, S. 258.

»christlichen Sozialismus«.²⁷⁶ Der Vorsitzende der CDU, Jakob Kaiser, machte jedoch trotz dieser Sozialismus-Lösung klar, dass es sich bei den Wahlen vor allem um eine Entscheidung »Christentum oder Marxismus« – sprich: CDU oder SED – handelte.²⁷⁷ Kaisers Stellvertreter Ernst Lemmer erklärte im Wahlkampf, die CDU spiele bewusst die Rolle einer »Bremse«, eines Korrektivs gegenüber der rücksichts- und oft auch kopflosen Umwälzungspolitik der SED.²⁷⁸ Auffällige Merkmale der großangelegten SED-Wahlkampagne waren indes die Diskreditierung christ- und liberaldemokratischer Kandidaten und kaum einlösbare Wahlversprechen.

In Zauch-Belzig richtete sich der Aufruf zu den Gemeindewahlen an insgesamt 84 758 wahlberechtigte Personen.²⁷⁹ Von den Wahlberechtigten im Landkreis waren 61% Frauen. Die soziale Zugehörigkeit der Wählerschaft stellte sich so dar:

- 39% Arbeiter (einschließlich Landarbeiter)
- 18% Bauern
- 8% Angestellte
- 4% selbständige Gewerbetreibende
- 2% Angehörige der »Intelligenz«
- 29% Sonstige.²⁸⁰

Die Ausgangslage der Parteien für die Wahlen war recht unterschiedlich. Die SED zählte im Herbst 1946 rund 8600 Mitglieder in Zauch-Belzig, die CDU rund 1600, die LDP ungefähr 700.²⁸¹ Die SED war durch ihre Mitgliederstärke, durch die Unterstützung der Besatzungsmacht und durch die Wahlbestimmungen von vornherein im Vorteil. Jedoch machte sich in Teilen der Bevölkerung Unbehagen gegenüber der Einheitspartei breit. Im Bürgermeisterbezirk Werder offenbarte sich eine große Distanz der Einwohner ihr gegenüber, weil Funktionäre der ehemaligen KPD eine Politik zur persönlichen Bereicherung betrieben hatten. Zudem wurde die Arbeit einiger SED-Funktionäre in Deetz, Plötzin und Glindow als dermaßen schlecht beurteilt, dass dort der Zulauf zur CDU größer als der zur SED war.²⁸² Überhaupt erfuhr die Union starken Zuspruch im Kreis, wohl auch durch das traditionell große

276 Der katholische Pfarrer Tschetschog, Kreisvorsitzender der CDU in Zauch-Belzig, definierte den Geist des (christlichen) Sozialismus' als den »Glauben an die Wunderkraft des menschlichen Herzens. [...] Wir leben im Zeitalter des Sozialismus, der echten Volkssolidarität und wir können diese ungeheure Aufgabe nur schaffen, wenn wir in ehrlicher Art und Weise glauben an die Wunderkraft der menschlichen Herzen«; S. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 148f.

277 Vgl. dazu auch Agethen: Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953, S. 52f.

278 Vgl. Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, S. 51.

279 Zahlenangabe entnommen bei Braun: Wahlen und Abstimmungen, S. 400.

280 Die Angaben zur Zusammensetzung der Wählerschaft sind entnommen bei BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 370, Bl. 2. Leider fehlen Angaben über die konfessionelle Zugehörigkeit sowie den Anteil von Flüchtlingen/Vertriebenen.

281 Diese ungefähren Angaben sind abgeleitet von den amtlichen Mitgliedszahlen für November 1946; S. BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 3, Bl. 2. Für den Anstieg der LDP-Mitgliederzahl im Vergleich zum Jahresanfang, als nur ca. 200 Liberaldemokraten im Kreis gezählt wurden, war sicherlich der Übertritt einiger hundert Unions-Mitglieder zur LDP verantwortlich.

282 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 318.

Gewicht von Kirche und christlicher Religion in der hiesigen Bevölkerung bedingt. Der Einfluss der LDP als der schwächsten der drei Parteien im Kreis blieb hingegen verhältnismäßig gering.²⁸³

In insgesamt 145 Ortschaften des Kreises wurden Kommunalparlamente gewählt.²⁸⁴ Die SED trat in 130 Orten mit eigener Liste an, die CDU in 21, die LDP in 17, die VdGB in 26 und die Frauenausschüsse in 10 Orten. In keiner Gemeinde standen zugleich alle fünf Parteien und Organisationen zur Abstimmung. Aber in den Städten Beelitz, Belzig, Treuenbrietzen und Werder und im Dorf Ragösen konnte der Wähler zumindest zwischen vier verschiedenen Listen (SED, CDU, LDP, Frauenausschüsse) entscheiden. In 107 Orten hingegen fand sich auf dem Wahlzettel nur eine einzige Liste, und zwar in 92 Orten die der Einheitspartei, in 13 die der Bauernhilfe und in 2 die Liste der Liberaldemokraten.

Die Gemeindewahlen in der Provinz Brandenburg am 15. September 1946 besicherten der SED einen großen Erfolg. Sie konnte provinzweit 59,8 % der Stimmen für sich verbuchen. Dieses Resultat verdankte sie zwar zum Teil den oben geschilderten verzerrenden Bestimmungen in der Wahlordnung. Die SED war aber auch mit Blick auf die von regen Kommunisten und Sozialdemokraten mit Idealismus geleistete Aufbauarbeit für viele Wähler durchaus ein Hoffnungsträger.²⁸⁵ Mit einem Stimmenanteil von 18,8% wurde die CDU zweitstärkste Partei, während die Liberaldemokraten auf 17,4% kamen. Die SED-kontrollierte Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe erreichte in der Provinz 2,9%, die Frauenausschüsse 1,0%.²⁸⁶

In Zauch-Belzig betrug die Wahlbeteiligung stolze 93,6%. Die SED errang hier mit 59,2% einen ähnlich hohen Stimmenanteil wie im Provinzdurchschnitt. Die CDU kam im Kreis auf 19,8%, die LDP lediglich auf 14,7% der Stimmen. Im agrarisch geprägten Kreis wählten immerhin 5,2% die VdGB, während für die Frauenausschüsse nur 1,2% der Wähler votierten.²⁸⁷

Der SED-Kreisvorstand feierte die 59,2% bei den Gemeindewahlen als famosen Erfolg. Aber war er dies wirklich? Schließlich hatte die Einheitspartei in 19 Gemeinden, wo sie zuvor von Gnaden der Besatzungsmacht die Bürgermeister stellen konnte, die Wahl und mithin das Besetzungsrecht für den Bürgermeisterposten verloren.²⁸⁸ Sie musste u.a. die Rathäuser von Beelitz und Niemegk für die CDU räumen.²⁸⁹ Es erhob sich wenigstens eine warnende Stimme unter den SED-Kreisfunktionären, und zwar die des Ex-SPD-Mitglieds Rose, der zum Wahlergebnis seiner Partei kritisch meinte:

283 Vgl. Ebenda, Bl. 346 Rs.

284 Zu den folgenden Angaben vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 380, Bl. 5–8.

285 Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 107.

286 Wahlergebnis entnommen bei Braun: Wahlen und Abstimmungen, S. 396.

287 Wahlergebnis entnommen bei ebenda, S. 400.

288 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 172, Bl. 212–217.

289 Vgl. ebenda, Nr. 387, Bl. 61 (Mandatsverteilung Stadtverordnetenversammlung Niemegk) u. Bl. 81 (Mandatsverteilung Stadtverordnetenversammlung Beelitz).

[...] dass wir diese Schlacht nicht gewonnen haben. Wir dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass jetzt etwa 60% der Stimmen für die SED abgegeben worden sind. Wenn wir das Ergebnis in den Orten betrachten, in denen andere Parteien auch Listen aufstellen konnten, dann ist dieses Ergebnis für unsere Partei durchaus niederschmetternd, und ich glaube nicht, dass das Ergebnis bei den Kreis- und Landtagswahlen ein viel besseres für uns sein wird.«²⁹⁰

Dass Rose²⁹¹ mit dieser Warnung mehr als richtig lag und die Einheitspartei ihr herausragendes Ergebnis im starken Maße den einschränkenden Wahlbestimmungen zu verdanken hatte, zeigten die folgenden Land- und Kreistagswahlen am 20. Oktober 1946. Sowohl LDP als auch CDU konnten diesmal in allen Orten des Kreises gewählt werden. Zur Kreistagswahl wurden insgesamt 86 845 Frauen und Männer in Zauch-Belzig an die Wahlurnen gerufen. 92,1% von ihnen gingen zur Wahl. Im Ergebnis stürzte die SED im Kreis auf 38,4% hinunter und blieb nur unwesentlich stärker als die Christdemokraten, die 37,8% erzielten. Da die Liberaldemokraten auf 17,6% kamen, errangen die bürgerlichen Parteien im Kreistag eine deutliche Mehrheit gegenüber der SED und der an sie gebundenen VdgB, die 6,2% erreichte.²⁹² Die Sitzverteilung im Zauch-Belziger Parlament gestaltete sich wie folgt:

- SED 20 Sitze
- CDU 19 Sitze
- LDP 9 Sitze
- VdgB 3 Sitze²⁹³

Bei der zeitgleich stattfindenden Landtagswahl wurde in Zauch-Belzig die SED (37,7%) sogar von der CDU (38,3%) auf Platz zwei verdrängt. Die Liberaldemokraten erzielten mit 17,5% fast genau das gleiche Ergebnis wie bei der Kreistagswahl, ebenso die VdgB mit 6,9%.²⁹⁴

Im – freilich nicht unproblematischen – Vergleich zur Reichstagswahl 1930, bei der in Zauch-Belzig SPD und KPD zusammen 39,1% der gültigen Stimmen errungen hatten²⁹⁵, lässt sich feststellen, dass die SED ein annähernd gleichgroßes Wählerpotential im Kreis ansprechen konnte wie die beiden Arbeiterparteien sechzehn Jahre zuvor. Die CDU schnitt bei den Land- und Kreistagswahlen in Zauch-Belzig aus zwei Gründen überdurchschnittlich gut ab: Einerseits hatte es in großer Zahl Flüchtlinge und Vertriebene katholischer Konfession in den Kreis verschlagen²⁹⁶, die der Union als einer Quasi-Nachfolgepartei des katholischen Zentrums ihre Stimmen

290 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 1, Bl. 16.

291 Rose wurde später unter dem Vorwand, er sei Gegner der Einheit der Arbeiterklasse, aus der SED ausgeschlossen; Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 17.

292 Zahlenangaben entnommen bei Braun: Wahlen und Abstimmungen, S. 400.

293 Zahlenangaben entnommen bei ebenda, S. 419.

294 Zahlenangaben entnommen bei ebenda, S. 400.

295 Vgl. die Angaben in: Dokumente und Materialien zu den sozialen und politischen Verhältnissen, S. 334f.

296 Siehe S. 301f. der vorliegenden Arbeit.

gaben; andererseits erreichten die Christdemokraten generell in jenen Kreisen überproportionale Ergebnisse, die wie Zauch-Belzig während der Weimarer Zeit Hochburgen der Deutschnationalen Volkspartei bzw. agrarisch geprägter Interessengruppen (z.B. der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei) waren.²⁹⁷

Das Gesamtergebnis der Landtagswahl in der ganzen Provinz Mark Brandenburg wies die SED mit 43,9% Prozent der Stimmen als stärkste Partei aus. Die Einheitspartei verfehlte jedoch damit bei Weitem die angestrebte absolute Mehrheit. Auch die Stimmen für die VdgB (4,9%) eingerechnet, reichte es dazu nicht. CDU (30,6%) und LDP (20,6%) errangen zusammengerechnet die Mehrheit der Landtagsmandate.²⁹⁸

Als die Landtage der SBZ zusammentraten, erwarteten Christ- und Liberaldemokraten, ihren Standpunkten besser Geltung zu verschaffen als bisher, und in der SED meinten ehemalige Sozialdemokraten, gleichberechtigt die Politik der Einheitspartei mitgestalten zu können.²⁹⁹ Dies war Ausdruck eines traditionellen Demokratie- und Parlamentarismusverständnis der bürgerlichen Politiker und der vormaligen SPD-Leute. Der Debattenstil der ersten Landtagssitzungen ließ den Eindruck entstehen, als würden sich die Erwartungen an ein demokratisches Parlament erfüllen. Jedoch konnte die CDU/LDP-Mehrheit in Brandenburg ihre Vorstellung von einer dem Wahlergebnis entsprechenden Vertretung in der Allparteien-Landesregierung nicht durchsetzen. Nach einiger Verzögerung und heftigen Disputen bekam die SED die Mehrheit der Ministerposten – und zwar auf »Vermittlung« durch die SMAD.³⁰⁰

Im Zauch-Belziger Kreistag, der am 7. Dezember 1946 erstmals tagte, gab es keine derartigen Differenzen. Die Postenbesetzung wurde im Kreisausschuss des Antifa-Blocks bereits im Vorfeld geklärt. Der Kreistag wählte einstimmig Ernst Schymuschala (SED) aus Werder zu seinem 1. Vorsitzenden, Georg Henßel (CDU) aus Treuenbrietzen zu seinem 2. Vorsitzenden.³⁰¹ Genauso einstimmig wurde der Landrat Richard Sydow (SED) von den Kreistagsmitgliedern am 18. Januar 1947 in seinem Amt bestätigt, obwohl seine Partei nur knapp stärkste Kraft bei der Kreistagswahl geworden war und CDU und LDP zusammen über eine Mehrheit im Kreistag verfügten.³⁰² Ebenfalls in Einstimmigkeit verlief am gleichen Tag die Wahl der Mitglieder des Kreistrats. In dieses Gremium wurden Bernhard Fleurin (CDU)

297 Vgl. Braun: Wahlen und Abstimmungen, S. 387. Bei der Reichstagswahl 1930 wurde in Zauch-Belzig die DNVP mit 12,7% drittstärkste, die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei (Deutsches Landvolk) mit 12,4% viertstärkste Partei (noch vor der KPD!); vgl. die Angaben in: Dokumente und Materialien zu den sozialen und politischen Verhältnissen, S. 334f.

298 Zahlenangaben entnommen bei Braun: Wahlen und Abstimmungen, S. 397.

299 Zum Folgenden vgl. Koch: Landtage, S. 331; Malycha: Die SED, S. 187f.

300 Vgl. Bloch: Zwischen Hoffnung und Resignation, S. 85f.; Kreuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 119–124; Vgl. auch Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 127; Sägebrecht: Nicht Amboss, sondern Hammer sein, S. 366.

301 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 1.

302 Schneider: Kommunalverwaltung und -verfassung, S.306, schreibt, knappe Mehrheiten der beiden bürgerliche Parteien konnten nicht in scharfe Frontbildungen gegen die SED umgesetzt werden, weil die SED in den Parlamenten stärkste Partei geblieben war u. das Blockprinzip solche Konfrontationen stark relativierte. Demgegenüber muss aber bezweifelt werden, ob CDU u. LDP wirklich an solchen »scharfen Frontbildungen« angesichts der wirtschaftlichen u. sozialen Notstände gelegen war.

als 1. Stellvertreter des Landrats, Hermann Flüge (LDP) als 2. Stellvertreter des Landrats, ferner Alfred Schwarz, Wilhelm Bartels, Artur Krause, Heinrich Simon (alle SED) sowie Karl Koebernick und Angela Achtellick (beide CDU) gewählt.³⁰³

Der Ausgang der Wahlen in der SBZ 1946 hatte nachhaltige Konsequenzen für die weitere Politik der Militäradministration und der SED.³⁰⁴ Die Abstimmungen fielen für sie so niederschmetternd aus, dass »Besatzungsmacht und SED in ihrem Territorium für die anschließenden 43 Jahre darauf verzichteten, Wahlen mit freien Auswahlmöglichkeiten zuzugestehen.«³⁰⁵ Der Versuch, eine Legitimation durch das Wahlvolk für die radikale »antifaschistisch-demokratische Umwälzung« zu erlangen, war gescheitert. Die SMAD beargwöhnte stärker als zuvor die bürgerlichen Parteien. Die Besatzungsmacht nahm den Anspruch vor allem bestimmter Kreise der CDU ernst, der SED die Führungsrolle bei der Lenkung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der SBZ streitig zu machen.³⁰⁶

Stalinisierung der Einheitspartei

Die SED verfolgte trotz der Wahlschlappe weiterhin starr das Ziel, die politisch-gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der SBZ umzubauen. Mit dem Ausgang der Wahlen war es klarer als zuvor geworden, dass dieser Transformationsprozess eine Gleichschaltung der bürgerlichen Parteien, eine Ausbootung ihrer opponierenden Kräfte verlangte. Die SED suchte den Anschluss der sowjetischen Besatzungszone an das System der »Volksdemokratien« in Osteuropa, was nichts anderes als die schrittweise Annäherung an das kommunistische Herrschaftssystem der Sowjetunion bedeutete. Sie vermied es aber noch einige Jahre, den Begriff Volksdemokratie³⁰⁷ für die gesellschaftlichen Verhältnisse in der SBZ zu gebrauchen.³⁰⁸

Die Jahre 1947 bis 1948 waren wesentlich geprägt durch den Wandel der SED »von einer marxistisch-pluralistischen Massenpartei zu einer hierarchisch-zentralistischen

303 Zur Wahl des Landrats u. des Kreirates am 18.1.1947 s. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 6 Rs; Nr. 229, Bl. 609.

304 Zur Wertung der Oktober-Wahlergebnisse durch die oberste SED-Führungsebene s. Hurwitz: Die Stalinisierung der SED, S. 184f.; Malycha: Die SED, S. 189–194. Zur sowjetischen Sicht auf die Wahlergebnisse s. Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 94–99.

305 Heinrich: Berlin und Brandenburg, S. XCVII. Vgl. auch Bloch: Zwischen Hoffnung und Resignation, S. 82.

306 Tjulpanow: Deutschland nach dem Krieg, S. 240.

307 Man beachte den Pleonasmus des von der Kommunistischen Internationale kreierten Begriffs Volksdemokratie (»Volks-Volksherrschaft«).

308 Grotewohl sagte noch im Januar 1949 doppelzünftig, es »kann nicht davon die Rede sein, dass hier [in der SBZ] bereits eine volksdemokratische Ordnung errichtet wurde oder in nächster Zeit zu einer volksdemokratischen Entwicklung übergegangen werden kann.«; Grotewohl: Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik, Bd. 1, S. 341. Andererseits hatte er schon Mitte 1948 die Volksdemokratie als einzig mögliches staatliches Zukunftsmodell für die SBZ herausgestellt; Vgl. Weber: Parteiensystem, S. 97. Zu den Hintergründen, warum auf den Begriff Volksdemokratie zunächst verzichtet wurde, vgl. Mählert: »Die Partei hat immer Recht!«, S. 351–353; Malycha: Die SED, S. 286.

Organisation«.³⁰⁹ Während dieses Wandlungsprozesses entwickelte sie sich zur hegemonialen politischen Kraft im SBZ-Parteiensystem, freilich mit unverminderter Unterstützung der Besatzungsmacht. Bereits bei Gründung der SED war innerhalb ihrer Gliederungen das Prinzip innerparteiliche Demokratie ausgehöhlt worden, v.a. durch die Bildung von Sekretariaten, die die tägliche Parteiarbeit leiteten, aber nicht direkt von der Mitgliedschaft gewählt werden konnten. Trotz des Paritäts-Prinzips zeigte sich im politischen Alltag schnell eine Dominanz der vormaligen KPD-Leute gegenüber den Ex-Sozialdemokraten.

Durch Parteiaustritte zahlreicher Sozialdemokraten, auch durch Flucht früherer SPD-Mitglieder gen Westen, veränderte sich die anfängliche numerische Mehrheit der früheren SPD-Mitgliedschaft in der SED schnell in eine Minderheit.³¹⁰ Zu denen, die den Weg nach Westen wählten, zählte Josef Cyrus, während der Weimarer Zeit sozialdemokratischer Provinzial-Landtagsabgeordneter in Oberschlesien³¹¹ und 1945/46 SPD-Vize von Zauch-Belzig. Der streitbare Schullehrer in Zeuden war den Kommunisten sowieso ein Dorn im Auge gewesen.³¹² Er hatte zwar zum ersten provisorischen Kreisvorstand der SED gehört, wurde aber schon bald wieder aus der Vorstandsliste gestrichen und schließlich aus der Partei ausgeschlossen.³¹³ Mitte 1947 stellte Cyrus in aller Öffentlichkeit provokativ die Frage, wann denn den Deutschen die Gebiete zurückgegeben würden, die die Russen gestohlen hätten³¹⁴, woraufhin er angezeigt wurde und sich am 10. Juli durch Flucht einer Verhaftung entzog.³¹⁵

Die in der SED verbleibenden Sozialdemokraten passten sich mehrheitlich den neuen Kräfteverhältnissen an. Bis zum Sommer 1947 wurde die SED auf diese Art und Weise zu einer von den Kommunisten gesteuerten Partei.³¹⁶ In der personellen Zusammensetzung des Zauch-Belziger Kreisvorstandes der Einheitspartei im Frühjahr 1947 spiegelte sich die generelle Entwicklung wider: Von den sieben im Vorstand hauptamtlich beschäftigten Mitgliedern hatten nur zwei zuvor der SPD, die anderen fünf der KPD angehört.³¹⁷

Nicht nur Sozialdemokraten verließen die Einheitspartei, auch so genannte »klassenfremde« Mitglieder hatten zu weichen. Bereits zum Ende des Jahres 1946 gab der SED-Kreisvorstand Zauch-Belzig die Anweisung heraus:

309 Müller: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, S. 481. Zum Folgenden vgl. Müller: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, S. 481–486; ders.: Der Transformationsprozeß der SED, S. 55–57.

310 Müller: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, S. 487.

311 Cyrus, Jahrgang 1894, aus Beuthen O.S., seit 1919 SPD-Mitglied, war 1922–1933 Provinzial-Landtagsabgeordneter in Oberschlesien; s. seinen Lebenslauf in: BLHA, Rep. 331, Nr. 30, Bl. 39f.

312 Siehe dazu S. 126f. u. 129 der vorliegenden Arbeit.

313 BLHA, Rep. 331, Nr. 15, Bl. 84; Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 16.

314 Dies geschah auf einer Versammlung in Zeuden am 22.6.1947, bei der ein Referent des Landratsamtes anwesend war; vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 254.

315 Vgl. ebenda. Reinhard Fritzsche aus Zeuden, der bei Cyrus zur Schule ging, erinnert sich, dass dieser selbstbewusste, Respekt erheischende Mann mit seiner Familie »Hals über Kopf« flüchtete; Mitteilung von R. Fritzsche (01.08.2006).

316 Müller: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, S. 487.

317 Siehe BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 66, Bl. 13.

Alle Ortsgruppen haben die Grossbauern in ihrer Einheit festzustellen, die den Verhältnissen unseres Kreises entsprechend um 40 ha Gesamtbesitz im Durchschnitt liegen. Mitglieder mit entsprechenden Besitzverhältnissen sind dem Kreisvorstand spätestens zum 15.12. des Jahres zu melden, damit von hier aus die Bereinigung eingeleitet werden kann.³¹⁸

Mit den im Januar 1947 vom Parteivorstand beschlossenen »Richtlinien für den organisatorischen Aufbau der SED« setzte eine Zentralisierung der Parteistruktur ein, die die Freiräume für innerparteiliche Diskussionen mehr und mehr einengte. Im Sommer 1947 konnten letztmalig Kontroversen innerhalb der Einheitspartei auch öffentlich ausgetragen werden.³¹⁹

Zwischen der Besatzungsmacht und den kommunistischen Teilen der SED-Führung bestand eine Interessenidentität insoweit, als die Sowjets ihre deutschlandpolitischen Ziele nur mit deutscher Hilfe verwirklichen konnten und sie sich selbstverständlich vornehmlich auf diejenigen Kräfte stützten, die ihnen politisch am nächsten standen.³²⁰ SMAD-Dienststellen nahmen auf die Entwicklung der Einheitspartei wiederholt, wenn auch meist nur indirekt, Einfluss.³²¹ Die Kooperation zwischen Besatzungsbehörden und der Parteiführung war jederzeit recht eng, Befehle der SMAD wurden gemeinsam mit SED-Funktionären erarbeitet. Es blieb aber nicht allein bei Beratungen. Selbst in das personelle Gefüge der SED griff die SMAD durch Verhaftungen ein.³²² Die sowjetischen Kommunisten bemühten sich, die SED auf einen »leninistischen« Kurs zu bringen und sie enger an die Sowjetunion zu binden. Mit den zunehmenden Spannungen zwischen Moskau und den Westalliierten ab Frühjahr 1947 verloren gesamtdeutsche Rücksichtnahmen, die einer weiteren Umformung von Wirtschaft und Gesellschaft in der SBZ entgegenstanden, ihr Gewicht für die sowjetische Politik. Die Perspektive, das Gebiet der SBZ dauerhaft in die sowjetische Sicherheits- und Herrschaftssphäre einzubinden, zeichnete sich immer klarer ab.

Bei den anderen zwei Parteien in der SBZ stieß der autoritär ausgerichtete Kurs der SED auf Ablehnung. In vielen Parlamenten hatte sich ein Gleichgewicht von Einheitspartei auf der einen und CDU/LDP auf der anderen Seite ergeben, die Blockpolitik stagnierte.³²³ Auch im Zauch-Belziger Kreis-Block machte sich 1947 ein durch

318 Ebenda, Nr. 3, Bl. 110.

319 Müller: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, S. 491.

320 Zum Folgenden vgl. Bordjugow: Das ZK der KPdSU(B), die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die SED, passim; Müller: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, S. 484f.

321 Der Chef der zentralen Informationsverwaltung der SMAD, Tjulanow, referierte 1947 im Kreis seiner Offiziere: »Einer der Genossen [...] sagte, die Sozialistische Einheitspartei sei im Grunde noch lange keine einheitliche Partei. Ja, in vieler Hinsicht ist sie noch keine organisch völlig einheitliche Partei. Es gibt in der Partei noch bestimmte Differenzen. Das birgt die Gefahr der Spaltung der Partei in sich, wenn sie, aber auch wir nicht verschiedene Maßnahmen ergreifen«; Tjulanow: Deutschland nach dem Krieg, S. 30.

322 Tjulanow: Deutschland nach dem Krieg, S. 140, schreibt, dass der Kampf gegen sozialdemokratische Abweichler – in seinem Sprachgebrauch »Agenten« des Ostbüros der SPD – natürlich nicht mehr nur mit ideologischen Mitteln geführt wurde.

323 Bauer: Krise und Wandel der Blockpolitik und Parteigründungen 1948, S. 65f. u. 68–70; Koch: Der Demokratische Block, S. 286f.; Müller: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, S. 495.

bewusste Inaktivität von CDU und LDP bedingter Stillstand bemerkbar.³²⁴ Generell war jedoch der politische Spielraum für Christ- und Liberaldemokraten unter den Besatzungsverhältnissen begrenzt. Die sowjetische Militäradministration setzte beispielsweise die Ablösung des ihr unliebsam gewordenen zonalen CDU-Führungsduos Kaiser/Lemmer durch.³²⁵ Die Landtage waren infolge von SMAD-Interventionen in ihrer freien Entscheidungsfähigkeit eingeschränkt, wie sich bei der Regierungsbildung in Brandenburg gezeigt hatte.³²⁶ Auf den unteren Ebenen war es für Politiker der bürgerlichen Parteien wohl noch schwieriger und gefährlicher, sich offen gegen die SED zu stellen. Der Zauch-Belziger LDP-Kreisvorsitzende Paul Thiem etwa musste wegen seiner Widerständigkeit zum Jahreswechsel 1947/48 seinen Posten räumen und den Kreis verlassen, da die Kreiskommandantur mit aller Konsequenz seine Entfernung betrieben hat.³²⁷ Wohl ob des bedrohlichen Schattens des Besatzungsregimes kam es im Kreistag Zauch-Belzig zu keinen wirklichen Kontroversen, sieht man einmal davon ab, dass 1947 CDU und LDP mit ihrer Stimmenmehrheit in einer Kampf-abstimmung gegen die Einheitspartei die Zulassung eines FDJ-Sprechers im Kreistag verhinderten.³²⁸ Dieser Vorgang veranlasste dann sogleich den obersten Politoffizier der Kreiskommandantur, Oberstleutnant Achromin, »ernsthaft darüber nach[zu] denken, wie die Fraktionen von CDU und LDP in die von der SED gewünschte Richtung zu bringen sind« (wie er eigenhändig vermerkte).³²⁹

Im Jahr 1948 verschlechterten sich die Beziehungen der SED zu Christ- und Liberaldemokraten weiter. Ursache dafür war das nun immer offener zu Tage tretende Streben der Einheitspartei, eine »volksdemokratische« Ordnung aufzubauen und dabei den Einfluss der zwei anderen Parteien zurückzudrängen.³³⁰ Doch in eine Reihe von Spitzenpositionen in CDU und LDP kamen willfähige Politiker, die bereit waren, sich der von der SED betriebenen Politik der stufenweisen ökonomischen und politischen Umgestaltung der SBZ anzupassen.³³¹

324 Vgl. BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 100 (»Bericht über die Arbeit des antifaschistischen Einheitsblocks des Kreises Zauch-Belzig für das Jahr 1947«).

325 Vgl. Baus: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone, S. 397–408; Bloch: Zwischen Hoffnung und Resignation, S. 98f.; Gradl: Anfang unter dem Sowjetstern, S. 131–140; Conze: Jakob Kaiser, S. 201–210; Mattedi: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 110–114; Richter: Die Ost-CDU 1948–1952, S. 32–37.

326 Vgl. Koch: Landtage, S. 333. In der Gesetzgebungsarbeit verweigerte z.B. die SMA Brandenburg 1947 bei 11 und 1948 bei 38 Anträgen von Fraktionen im Landtag noch vor den Plenarberatungen ihrer Zustimmung; Koch: Landtage, S. 333.

327 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 21.

328 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 199.

329 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 44.

330 Bode: Liberal-Demokraten und »deutsche Frage«, S. 113; Dähn: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 555; Papke: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR, S. 37f. Vgl. auch Reinert: Protokolle des Landesblockausschusses, S. XXXII; Richter: Die Ost-CDU 1948–1952, S. 67f.; Wernet-Tietz: Bauernverband und Bauernpartei, S. 100.

331 Zum Beispiel schreibt Papke: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR, S. 39, das Bild der LDP wurde ab zweiter Hälfte 1948 »stärkervon denen bestimmt, die die politische Unterordnung der LDP unter die Vorgaben der SED aus opportunistischen Gründen zu akzeptieren bereit waren.« Siehe auch Bode: Liberal-Demokraten und »deutsche Frage«, S. 122.

Mit den getrennten Währungsreformen in West und Ost im Juni 1948 war die wirtschaftliche Teilung Deutschlands und die Einbeziehung der vier Besatzungszonen in die beiden Pole der Weltpolitik unübersehbar geworden.³³² Im selben Jahr führte das Scheitern der alliierten Viermächte-Verwaltung für Deutschland und die Blockade der westlichen Sektoren Berlins zur Verschärfung der Konfrontation zwischen Ost und West. Zudem erschütterte der Zwist zwischen der Sowjetunion unter Stalin und Jugoslawien unter Tito das internationale kommunistische Lager. Beides verschärfte das politische Klima in der SBZ.³³³ Im Streit mit den jugoslawischen Kommunisten bezog die SED eindeutig Stellung pro Moskau. Die Auseinandersetzung bot ihr den Anlass, sich verstärkt an der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, an deren Ideologie, Strukturen und Arbeitsformen auszurichten.³³⁴ Die Tagung des zonalen Parteivorstandes am 29./30. Juni 1948 beschloss, die SED zu einer leninistisch-stalinistischen »Partei neuen Typus« umzuformen. Die SED verwarf nunmehr die These von einem »besonderen deutschen Weg zum Sozialismus«, die seit 1946 politische Linie gewesen war³³⁵, sowie die sozialdemokratische Tradition. Stattdessen wurden die KPdSU und deren Politik und Ideologie zum absoluten Leitbild erhoben. Nicht etwa die Beschlüsse staatlich-parlamentarischer Gremien, sondern die (von der Besatzungsmacht gebilligten) Beschlüsse des SED-Parteivorstandes vom Juni 1948 bildeten dann die Grundlage für die weitere Umgestaltung des Wirtschaftssystems der SBZ, für den Übergang zur Planwirtschaft nach sowjetischem Vorbild. Im Januar 1949 fasste man in der SED den Entschluss³³⁶, die Führungsspitze der Partei an das Vorbild der zeitgenössischen KPdSU anzugleichen. Zum tatsächliche Machtzentrum in der SED avancierte das kurz zuvor gebildete »Politische Büro« (Politbüro).³³⁷ Als Organisationsprinzip wurde der »Demokratische Zentralismus« festgeschrieben und das Paritätsprinzip endgültig aufgehoben.³³⁸ Mit diesen Festlegungen war die (strukturelle) Stalinisierung der SED definitiv umgesetzt. In der Partei setzte eine »Säuberung von feindlichen Elementen« ein, von der insbesondere Mitglieder betroffen waren, die noch immer sozialdemokratischen Anschauungen anhingen.³³⁹

332 Zum Folgenden vgl. etwa Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, S. 262f.; Müller: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, S. 496-499; ders.: Der Transformationsprozeß der SED, S. 57-59; Weber: Geschichte der DDR, S. 151-156.

333 Mählert: Von der Zone zum Staat, S. 30.

334 Vgl. Malycha: Die SED, S. 290.

335 Siehe Mattedi: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 137.

336 Vom 25.-28.1.1949 tagte die 1. Parteikonferenz der SED; deren Beschlüsse sind abgedruckt in: Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 2, S. 91-107.

337 Siehe hierzu Malycha: Die SED, S. 307f.

338 Das Paritätsprinzip war freilich in der Partei, die inzwischen in großer Zahl Mitglieder zählte, die früher weder der KPD noch der SPD angehört hatten, anachronistisch u. unpraktikabel geworden.

339 Dowidat: Personalpolitik als Mittel der Transformation, S. 464. Zum Vorgehen gegen tatsächliche oder vermeintliche Anhänger der Sozialdemokratie in der SED vgl. Bordjugow: Das ZK der KPdSU(B), die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die SED, S. 303-308; Bouvier: Ausgeschaltet!, S. 129-134 (dort insbesondere betreffs Brandenburg); Malycha: Die SED, S. 372-375; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 2, S. 769-772.

Unklar ist, ob der Zauch-Belziger SED-Kreisvorsitzende und Ex-Sozialdemokrat Willi Schernell vor diesem Hintergrund von seinem Posten verschwinden musste. Im Herbst 1948 kursierte jedenfalls das Gerücht, er sei aus der Partei ausgeschlossen worden.³⁴⁰ Offiziell hieß es hingegen, Schernell sei aus gesundheitlichen Gründen von seiner Funktion zurückgetreten.³⁴¹ Die Einheitspartei im Landkreis wurde auf einer Delegiertenkonferenz am 13./14. November 1948 mit Rückgriff auf althergebrachte kommunistische Klassenkampf-Rhetorik auf den neuen Kurs getrimmt. Der Diskussionsredner Jochen Radde von der SED-Landesparteienschule Schmerwitz tonte auf der Konferenz: »Wir können heute offen aussprechen, dass wir noch starke Reste des alten Sozialdemokratismus³⁴² in unseren Reihen haben. Nur über die Ausmerzung dieser alten Überreste kommen wir zu einer Partei neuen Typus, zu einer Kampfpartei.« Rollkowsky aus Plessow meinte: »Es haben sich Elemente [in die SED] eingeschlichen, die reaktionär sind. Wir führen einen Klassenkampf, ja sogar in unserer Partei« (womit er den Zwischenruf: »Das ist nicht wahr!« erntete).³⁴³ Besonders hart kritisiert wurde auch die Haltung von SED-Abgeordneten, die – nach Auffassung der Scharfmacher in der Einheitspartei – in einigen Gemeindeparlamenten, aber auch in den Ausschüssen des Kreistages vor den offenen Auseinandersetzungen mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien zurückwichen.³⁴⁴ Die von der Kreisdelegiertenkonferenz verabschiedete Resolution enthielt u.a. die Forderungen: etwaige »Großbauern« in der SED müssten aus der Partei ausgeschlossen werden; die personalpolitische Abteilung des Kreisvorstandes sowie jede Parteigruppe müsse eine Überprüfung der Mitglieder auf »klassenfremde und partieschädigende« Elemente einleiten und deren Entfernung aus der SED kontrollieren; entsprechend den Beschlüssen des Parteivorstandes sei sofort eine Parteikontrollkommission³⁴⁵ im Kreis zu bilden.³⁴⁶ Diese umgehend formierte Kontrollkommission wurde bei ihrer Hexenjagd in den eigenen Reihen auch schon bald fündig, u.a. in den SED-Ortsgruppen Göttin (bei Brandenburg) und Seddin. In diesen Ortsgruppen hätten nämlich »Schumacherleute³⁴⁷ länger als ein Jahr eine Zersetzungsarbeit« durchführen können, ohne dass die örtlichen Parteileitungen dies erkannten und »liquidierten«.³⁴⁸

Hauptsächlich als Ergebnis der Säuberungen war die Mitgliederzahl der SED in Zauch-Belzig rückläufig.³⁴⁹ Während die Mitgliedschaft der Partei von 8845 Personen

340 Vgl. BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 1, Bl. 55.

341 Ebenda, Bl. 20.

342 Zur Bekämpfung des »Sozialdemokratismus« in der brandenburgischen SED s. Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 180f.

343 Ebenda.

344 Ebenda, Bl. 64.

345 Zu Gründung u. Aufgaben der Parteikontrollkommissionen s. Mähler: »Die Partei hat immer Recht!«, S. 371–380.

346 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 1, Bl. 64f.

347 »Schumacherleute« war die übliche diffamierende Bezeichnung für tatsächliche oder vermeintliche Anhänger der von Kurt Schumacher geführten SPD.

348 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 1, Bl. 85.

349 Neueintritte in die SED wurde ab 1949 dadurch erschwert, dass Bewerber nicht gleich in die Partei aufgenommen wurden, sondern erst einmal eine »Kandidaten«-Zeit absolvieren mussten.

im November 1946 auf 10 311 im Oktober 1948 angestiegen war, sackte die Zahl bis Dezember 1949 auf nur noch 7088 Mitglieder ab.³⁵⁰ Die Mitgliederzahl ging nicht nur durch Ausschlüsse wegen »Partei- und Sowjetfeindlichkeit« oder Passivität, sondern auch durch Flucht ehemaliger SPD-Leute zurück. Eine besonders hohe Fluktuation wies die SED-Ortsgruppe in Fichtenwalde auf, wo es bis 1946 eine widerständige Sozialdemokratie gegeben hatte. Ein Fichtenwalder SED-Mann musste 1950 berichten: »Wir haben vier Jahre einen schweren Kampf geführt. Denn zig Genossen sind nach Westberlin getürmt.«³⁵¹

Zwei neue Parteien

Auf Initiative der sowjetischen Besatzungsmacht wurde 1948 das Parteiensystem in der SBZ durch die Nationaldemokratische und die Bauernpartei erweitert.³⁵² Der Sowjet-Schützling SED hatte in den Block-Ausschüssen nach wie vor den Widerstand von CDU und LDP nicht ausschalten können. Die Neugründungen, mit denen man offenkundig eine »Zersplitterung des bürgerlichen Lagers in den Parlamenten«³⁵³ bezweckte, waren hingegen der SED von vornherein loyal verbunden. Wie schon deren Gründung ging auch die materielle Unterstützung für die beiden neuen Parteien auf die Initiative der Sowjets zurück. Beispielsweise wurde am 19. Juni 1948 dem Zauch-Belziger Landrat Sydow (SED) seitens des Kreiskommandanten unmissverständlich die Order erteilt: »Es ist darauf zu achten, dass die 2 neuen ins Leben gerufenen Parteien – Bauernpartei und National-demokratische Partei – hier im Kreise eine Erweiterung erfahren.«³⁵⁴ Einerseits sollte (noch aus deutschlandpolitischen Rücksichten) CDU und LDP durch die Gründung der Nationaldemokratischen und der Bauernpartei signalisiert werden, dass die SMAD am Mehrparteiensystem festhalten wolle.³⁵⁵ Andererseits sollten beide Neugründungen sofort in den Block aufgenommen werden, um dort den Einfluss von CDU und LDP zurückzudrängen. Christ- und

350 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 3, Bl. 2 (Angabe für 1946); Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 172, Bl. 91 (Angabe für 1948); Rep. 250, Nr. 173, Bl. 144 (Angabe für 1949). Statistische Fehler können bei diesen Angaben freilich nicht ausgeschlossen werden; vgl. zu dieser Thematik Dowidat: Zur Veränderung der Mitgliederstrukturen von Parteien und Massenorganisationen, S. 498f. Die Mitgliederzahl der ganzen SED-Landesorganisation Brandenburg verringerte sich vom 1.7.1948 bis 1.7.1949 von 217 424 auf 198 931; Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 182.

351 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 1, Bl. 146.

352 Bauer: Blockpartei und Agrarrevolution, S. 79, etwa betont, dass die entscheidende Initiative zur Gründung von NDPD u. DBD allein von der SMAD ausging. – Zum Folgenden vgl. Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, S. 152; Koch: Der Demokratische Block, S. 290; Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 125; Richter: Die Ost-CDU 1948–1952, S. 102f.; Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 722; Staritz: National-Demokratische Partei Deutschlands, S. 578; Wernet-Tietz: Bauernverband und Bauernpartei, S. 163.

353 Agethen: Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953, S. 59. Bzgl. dieser Motivation zur Gründung von NDPD u. DBD vgl. auch Mattedi: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 127f.

354 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 100, Bl. 675.

355 Bauer: Krise und Wandel der Blockpolitik und Parteigründungen 1948, S. 75.

Liberaldemokraten erkannten dieses Manöver und stellten sich anfänglich quer. Sie wollten aber trotz aller Kritik die Block-Arbeit fortsetzen und akzeptierten schließlich im Herbst 1948 die Einbeziehung von Bauernpartei und National-Demokratischer Partei in den Block.³⁵⁶ Die Kooperation von SED-Funktionären mit Vertretern dieser Parteien trug (zusammen mit der bald einsetzenden Säuberung in CDU und LDP) dazu bei, die Meinungsbildung im zentralen Blockausschuss in die von der SED gewünschte Richtung zu lenken. Dadurch leisteten die beiden neuen Parteien einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Transformation des SBZ-Parteiensystems.

National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD)

Die SMAD initiierte die Gründung einer Partei, die als Auffangbecken für entnazifizierte ehemalige Nationalsozialisten und für vormalige Wehrmachtsangehörige dienen konnte³⁵⁷ und die zudem das in den traditionellen Mittelschichten vermutete nationale Engagement ansprechen und für die Deutschlandpolitik der Sowjetunion gewinnen sollte.³⁵⁸ Der Gründerkreis dieser neu zu bildenden Partei bestand dann v.a. aus ehemaligen Offizieren (häufig vormalige NSDAP-Mitglieder) sowie entnazifizierten früheren NS-Anhängern. Die SED »delegierte« ihrerseits Kader. Organisatorische Vorarbeiten zum Parteiaufbau erfolgte in enger Fühlung mit der Einheitspartei, die auch materielle Unterstützung gewährte. Im Frühjahr 1948 bildeten sich in den SBZ-Ländern Gründungsausschüsse, die sich am 12. Juni zu einem »Vorläufigen Zonenausschuss der National-Demokratischen Partei« zusammenschlossen. Am 16. Juni erhielt die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) ihre Lizenzierung durch die SMAD, und am 2./3. September 1948 formierte sich aus dem Zonenausschuss der Partei-Hauptvorstand mit Lothar Bolz als Vorsitzendem. Der Landesverband Brandenburg der NDPD wurde offiziell im Oktober 1948 gebildet, ein erster Landesparteitag fand indes erst am 10./11. Juni 1949 statt, auf dem Dr. Oswald Koltzenburg zum Landesvorsitzenden gewählt wurde.³⁵⁹ Koltzenburg, ehemaliger Oberlandrat von Brandenburg/Havel, war ursprünglich Liberaldemokrat, wechselte dann zur CDU, kurz vor den Wahlen 1946 zur SED und kam schließlich zu den Nationaldemokraten, deren Landesvorsitz er bis 1951 innehatte.³⁶⁰

356 Vgl. Wernet-Tietz: Bauernverband und Bauernpartei, S. 142.

357 Dieses Potential wollte man CDU u. LDP nicht zukommen lassen, aber auch nicht der SED zu-muten; Kulbach/Weber: Parteien im Blocksystem der DDR, S. 66.

358 Zum Folgenden vgl. Gottberg: Die Gründung und die ersten Jahre der NDPD 1948–1954, S. 75f.; Mattedi: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 125–127 u. 128; Richter: Die Ost-CDU 1948–1952, S. 103; Staritz: National-Demokratische Partei Deutschlands, S. 574–576.

359 SAPMO-BArch, DY 16/1564, Bl. 23; SBZ-Handbuch, S. 952f.; Staritz: National-Demokratische Partei Deutschlands, S. 581.

360 Koltzenburg schloss sich auf Ministerpräsident Steinhoffs Rat der Gründungsbewegung für die NDPD an; Kotsch: Karrierewege in Brandenburg, S. 167. Im März 1951 wurde Koltzenburg auf sowjetischem Drängen als NDPD-Landesvorsitzender abgelöst; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 2, S. 940.

Von ihrer Zulassung an verfügte die Partei in den Ländern und Städten über einen großen Stab hauptamtlicher Mitarbeiter sowie über zumeist gut ausgestattete Büros und zahlreiche eigene Kraftwagen.³⁶¹ Diese materielle Basis verdankte sie der SMAD, die die Partei auch finanziell stark unterstützte. Trotzdem gewann die NDPD, die sich von Anfang an durch einen starken innerparteilichen Zentralismus auszeichnete, nur schleppend Mitglieder. Mitte 1949 zählte sie SBZ-weit erst ca. 17 000 Parteiangehörige.

Die Initiative zur Gründung des NDPD-Landesverbandes Brandenburg ging zwar von Zauch-Belzig aus, denn die Hauptinitiatoren Oswald Koltzenburg und Hans-Otto Stöck wohnten 1948 in Beelitz/Mark.³⁶² Aber die Partei konnte im Landkreis bis 1950/51 nicht wirklich Fuß fassen. Ende August 1948 mühte sich eine Frau Wilinski, Dolmetscherin im Belziger Landratsamt, als Alleinkämpferin um die Bildung eines Kreisgründungsausschusses der NDPD.³⁶³ Die Statistik des nationaldemokratischen Landesverband Brandenburg weist für September 1948 erstmals Parteimitglieder in Zauch-Belzig aus, und zwar ganze drei; im April 1949 zählte die Partei hier neun Mitglieder, von denen vier zum provisorischen NDPD-Kreisvorstand gehörten.³⁶⁴ Bis Juli 1949 erhöhte sich die Mitgliederzahl im Kreis auf immer noch äußerst bescheidene 19, die in einem Ortsverband und fünf Stützpunkten organisiert waren.³⁶⁵ Ab April 1950 nahmen die NDPD-Vertreter Dr. jur. Bernhard Fischer (Dahnsdorf) und Hermann Kramer (Belzig) mit beratender Stimme an den Sitzungen der Wahlkörperschaften des Kreises teil. Grundlage für die Zulassung von NDPD-Vertretern zu den Wahlkörperschaften war eine entsprechende Entscheidung des zentralen Block-Ausschusses vom 30. November 1949 sowie ein vom brandenburgischen Landtag am 26. Januar 1950 verabschiedetes Gesetz.³⁶⁶ Zur führenden Persönlichkeit der Zauch-Belziger Nationaldemokraten wurde der noch recht junge Heinrich Kalt (Jahrgang 1914), der 1951/52 den Kreisvorsitz der Partei innehatte.³⁶⁷

Die NDPD, obwohl als eine Partei der Mittelschichten konzipiert, hatte bzgl. der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft mehr den Charakter einer Volks- denn einer Mittelstandspartei.³⁶⁸ Ehemalige Mitglieder der NSDAP blieben – entgegen späteren Beteuerungen – in der NDPD weitgehend unterrepräsentiert, im Gegensatz zur starken Präsenz ehemaliger Wehrmachtsoffiziere auf den Führungsebenen der Partei.³⁶⁹

Der Kreis der NDPD-Spitzenfunktionäre bestand größtenteils aus vormaligen Mitgliedern des Nationalkomitees »Freies Deutschland« (d.h. größtenteils Ex-Militärs)

361 Zum Folgenden vgl. Staritz: National-Demokratische Partei Deutschlands, S. 576f.

362 Vgl. SAPMO-BArch, DY 16/1564, Bl. 285.

363 Ebenda, Bl. 255 Rs u. Bl. 284.

364 Ebenda, Bl. 257 (September 1948) u. Bl. 28 (April 1949).

365 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 163.

366 Ebenda, Nr. 6, Bl. 216f. Vgl. Wernet-Tietz: Bauernverband und Bauernpartei, S. 145f. Das Landesgesetz vom 26.1.1950 wurde veröffentlicht in: Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Brandenburg, T. 1 (1950), Nr. 2, S. 7.

367 Kalt wurde am 26.4.1952 als Kreisvorsitzender von der NDPD-Kreiskonferenz bestätigt; vgl. SAPMO-BArch, DY 16/1351.

368 Gottberg: Die Gründung und die ersten Jahre der NDPD 1948–1954, S. 76 u. 81.

369 Ebenda, S. 79f.

oder der KPD/SED.³⁷⁰ In ihrer Programmatik sprachen sich die Nationaldemokraten vordergründig gegen eine »sozialistische Planwirtschaft« aus und schlugen nationale, anti-marxistische Töne an, doch in der Praxis waren für sie das »Vertrauen zur Arbeiterklasse« (sprich: zur SED) und die »Freundschaft mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien« die Kernfragen ihrer Politik.³⁷¹

Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD)

Die sowjetischen Besatzungsmacht, die für die Gründung der Bauernpartei allein verantwortlich zeichnete³⁷², beabsichtigte mit dieser insbesondere, eine große Zahl parteiloser Mitglieder der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe an die Umwälzungs-Politik zu binden, zugleich auch die bäuerliche Rekrutierungsbasis von CDU und LDP zu schwächen.³⁷³ »Die SMAD stützte sich beim Aufbau der Bauernpartei auf die SED und die VdGB, besorgte die Gründungsfinanzierung und traf letztinstanzlich alle wichtigen Personalentscheidungen.«³⁷⁴ Ende April 1948 formierte sich, von Mecklenburg ausgehend, die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD). Der brandenburgische Landesverband wurde am 25. Mai 1948 gegründet.³⁷⁵ Drei Tage darauf konstituierte sich ein zentraler Gründungsausschuss der DBD auf Zonenebene. Auf der SBZ- und Landesebene gehörten überwiegend Kommunisten zu den Parteigründern, die zwecks Aufbau eines SED-hörigen Parteiapparates der künftigen Bauernpartei von ihrer Einheitspartei »abkommandiert« worden waren.³⁷⁶ Zur Spitze der Bauernpartei gehörten u.a. die vormaligen KPD/SED-Mitglieder Ernst Goldenbaum (Erster Vorsitzender der DBD) und Rudolf Albrecht (Stellvertretender Vorsitzender der DBD). Letzterer organisierte auch den Aufbau der Partei im Land Brandenburg. Auf der Orts- und Kreisebene traten hingegen als Parteigründer v.a. Mitglieder der VdGB sowie lokal bekannte Bauern in Erscheinung, die bereit waren, mit der SED zusammenzuarbeiten.

Die organisatorische Entfaltung der Bauernpartei verlief ebenso zögerlich wie ihre Mitgliederrekrutierung.³⁷⁷ Jeder, der der »werkkräftigen bäuerlichen Bevölkerung« an-

370 Zum Folgenden vgl. Staritz: National-Demokratische Partei Deutschlands, S. 576f.

371 Vgl. Bloch: Zwischen Hoffnung und Resignation, S. 125; Černý: Zur Ungestaltung der politischen Organisation der Gesellschaft im Gründungsjahr der DDR, S. 178; Mattedi: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 129.

372 Bauer: Krise und Wandel der Blockpolitik und Parteigründungen 1948, S. 72 u. 77.

373 Zum Folgenden vgl. Bauer: Blockpartei und Agrarrevolution, S. 80–91; dies.: Krise und Wandel der Blockpolitik und Parteigründungen 1948, S. 74f.; Kühne: Die Anfänge der DBD, S. 90–92; Reichelt: Blockflöten – oder was?, S. 16–25; Richter: Die Ost-CDU 1948–1952, S. 103f.; Wernet-Tietz: Bauernverband und Bauernpartei, S. 102–106; ders.: Demokratische Bauernpartei Deutschlands, S. 584–586.

374 Wernet-Tietz: Demokratische Bauernpartei Deutschlands, S. 585. Vgl. auch ders.: Bauernverband und Bauernpartei, S. 108f.

375 Wernet-Tietz: Demokratische Bauernpartei Deutschlands, S. 592.

376 Aber es gibt die Kritik des ehemaligen DBD-Spitzenfunktionärs Reichelt: Blockflöten – oder was?, S. 35: »Oft wird durch Historiker [...] der Einfluß der ehemaligen Mitglieder des SED in der DBD überbewertet.«

377 Zum Folgenden vgl. Wernet-Tietz: Demokratische Bauernpartei Deutschlands, S. 587 u. 589f.; s. auch Bauer: Krise und Wandel der Blockpolitik und Parteigründungen 1948, S. 79f.

gehörte oder mit ihr »verbunden« war, konnte DBD-Mitglied werden. Trotzdem zählte die Partei nach eigenen Angaben Ende 1948 in der gesamten SBZ erst etwa 12 000 Mitglieder. Das Abwerben bäuerlicher Parteimitglieder aus CDU und LDP gelang kaum.³⁷⁸ Trotz intensiven Bemühens und Unterstützung seitens der VdgB-Führung vermochte es die DBD auch nicht, die gesamte bäuerliche Massenorganisation VdgB als ihr politisches Rekrutierungsfeld zu erfassen.³⁷⁹ Bis Frühjahr 1952 wuchs die Partei zumindest auf etwas mehr als 80 000 Mitglieder an.³⁸⁰ Sie stützte sich insbesondere auf die »Klein- und Mittelbauern«, die ganze Breite der bäuerlichen Bevölkerung erreichte sie hingegen nicht. Zur Schulung ihrer Funktionäre eröffnete sie im November 1949 in Borkheide bei Beelitz ihre zentrale Parteischule »Thomas Müntzer«.³⁸¹

In ihrer Programmatik akzeptierte die DBD die politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten in der SBZ, plädierte für die »enge Verbundenheit der Arbeiter und Bauern« und trat für die »Sicherung und Festigung der Bodenreform« ein.³⁸² Wirtschaftsplanung und bäuerlicher Privatbesitz wurden als Grundlagen für Produktionssteigerung und höheren Lebensstandard bezeichnet. Durch ihre Arbeit in den Parlamenten legitimierte die DBD die Agrarpolitik der SED. Christ- und Liberaldemokraten versuchten, der Bauernpartei als rein berufs- und schichtenorientierten Partei eine parlamentarische Existenzberechtigung abzuspochen.³⁸³ Sie konnten jedoch die politische Aufwertung der DBD durch Einheitspartei und Besatzungsmacht nicht verhindern, sondern lediglich auf Landes-, Kreis- und Ortsebene verzögern. Die Bauernpartei ihrerseits grenzte sich seit Juli 1949 scharf gegen die beiden bürgerlichen Parteien ab. Sie adressierte ihre Kooperationsbereitschaft nur noch an die »demokratischen« und »fortschrittlichen« Kräfte in diesen Parteien.³⁸⁴ Als »fortschrittlich« galten freilich nur die schon mit der SED-Politik gleichgeschalteten Kreise in CDU und LDP.³⁸⁵

Im Landkreis Zauch-Belzig konnte sich die DBD ab Herbst 1948 allmählich ausbreiten. Im Oktober jenes Jahres zählte sie hier 145 Mitglieder in vier Ortsgruppen.

378 Vgl. Bauer: Blockpartei und Agrarrevolution, S. 147 (exemplarisch für Thüringen); Kühne: Die Anfänge der DBD, S. 97f.; Wernet-Tietz: Bauernverband und Bauernpartei, S. 151.

379 Zum nicht spannungsfreien Verhältnis zwischen DBD u. VdgB S. Wernet-Tietz: Bauernverband und Bauernpartei, S. 152f.

380 Siehe Bauer: Blockpartei und Agrarrevolution, S. 565.

381 40 Jahre DBD, S. 26 (u. Abbildungen S. 123); Wernet-Tietz: Bauernverband und Bauernpartei, S. 131; ders.: Demokratische Bauernpartei Deutschlands, S. 594.

382 Zum Folgenden vgl. Černý: Zur Ungestaltung der politischen Organisation der Gesellschaft im Gründungsjahr der DDR, S. 176; Mattedi: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 132f.; Wernet-Tietz: Bauernverband und Bauernpartei, S. 109–111; ders.: Demokratische Bauernpartei Deutschlands, S. 587 u. 589.

383 Siehe Bauer: Blockpartei und Agrarrevolution, S. 140–142; Wernet-Tietz: Bauernverband und Bauernpartei, S. 115f.

384 Wernet-Tietz: Bauernverband und Bauernpartei, S. 149.

385 Laut dem späteren DBD-Vize Reichelt: Blockflöten – oder was?, S. 89, konnten durch Aufnahme der DBD mit beratender Stimme in die Parlamente auch dort »nunmehr, oft auch im Gegensatz zu LDPD- und CDU-Abgeordneten, die Interessen der werktätigen Bauern in der Landwirtschafts- und Kommunalpolitik immer besser wahrgenommen werden.«

Bis Juni 1949 stieg die Mitgliederzahl auf 447 in nunmehr 27 Ortsgruppen an.³⁸⁶ Erster Vorsitzender der Bauernpartei im Kreis war Ernst Makeprange, ein Neubauer aus Busendorf, von 1933 bis 1945 Mitglied der NSDAP, ab 1946 in der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe aktiv.³⁸⁷ Makeprange war zu jener Zeit, als die Bauernpartei gegründet wurde, Mitglied der SED, von der er anscheinend zur DBD delegiert wurde. Gleichwohl beendete er erst im März 1949 seine doppelte Parteimitgliedschaft in DBD und SED durch seinen Austritt aus der Einheitspartei, nachdem sich über die Doppelmitgliedschaft Unmut in den Reihen der Bauernpartei geregt hatte.³⁸⁸

Im Februar 1949 stellte die DBD den Antrag, drei ihrer Mitglieder in den Kreistag Zauch-Belzig mit beratender Stimme aufzunehmen. Dies wurde jedoch abgelehnt, weil laut geltender Kreisordnung eine Aufnahme nicht gewählter Kandidaten ungesetzlich war. Zumindest kam der Kreistag der Bauernpartei insoweit entgegen, dass ihr Kreisvorstand einige Parteivertreter benennen konnte, die an den Sitzungen der Kreistagsausschüsse fortan mit beratender Stimme teilnehmen durften.³⁸⁹

In den Anfangsjahren der DDR

Der so genannte Volkskongress, eine SED-gesteuerte Versammlung von Delegierten aus Parteien und Massenorganisationen, hatte 1948 als eine Art staatliches Vorparlament einen »Deutschen Volksrat« gewählt.³⁹⁰ Der Volksrat zog Kompetenzen an sich, die laut Landesverfassungen eindeutig in den Aufgabenbereich der demokratisch gewählten Landtage gehörten, womit er auf parlamentarischer Ebene die Funktionsverluste der Länder flankierte. 1949 versuchte man, dem Volkskongress (und mithin dem Volksrat) durch allgemeine »Neuwahlen« eine Legitimation zu verschaffen. Die nach dem Einheitslisten-Prinzip³⁹¹ durchgeführte Abstimmung am 15./16. Mai 1949 brachte trotz Manipulationen³⁹² aber gerade einmal eine Zweidrittelmehrheit für die Einheitsliste.

Im Kreistag Zauch-Belzig hatten sich alle Fraktionen einhellig für die Abstimmung zum Volkskongress ausgesprochen. Ein LDP-Abgeordneter etwa erklärte, dem Volks-

386 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 172, Bl. 91f. (Angabe für Oktober 1948), Bl. 6f. (Angabe für Juni 1949).

387 Ebenda, Nr. 7, Bl. 46.

388 Vgl. BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 100 (Aktennotiz von 21.9.1949).

389 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 431–433. Erst Ende November 1949 wurden im zentralen Block-Ausschuss nach heftigen Debatten Beschlüsse gefasst, die der DBD (wie auch der NDPD) Möglichkeiten der Mitwirkung in Landes-, Kreis- u. Gemeindeparlamenten garantieren sollten; Werner-Tietz: Bauernverband und Bauernpartei, S. 145.

390 Zum Folgenden vgl. Braun: Die Delegiertenwahlen zum 3. Deutschen Volkskongress; Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, S. 204; Koch: Volkskongressbewegung und Volksrat, S. 352–354.

391 Die Abstimmung zum Volkskongress 1949 war der Testlauf für alle späteren »Wahlen« nach dem Einheitslisten-Prinzip in der DDR. Demgemäß irrt sich Brunner: Die Verwaltung in der SBZ und DDR, S. 1232, mit seiner Aussage, das System der Einheitsliste sei erstmals bei den »Volkswahlen« 1950 zur Anwendung gekommen.

392 Vgl. Braun: Die Delegiertenwahlen zum 3. Deutschen Volkskongress, S. 365–368; ders.: Zur Entwicklung der Wahlen in der SBZ/DDR, S. 551.

kongress und dessen Wahlen würde seitens seiner Partei größte Unterstützung zuteil werden. Der CDU-Kreisvorsitzende Tschetschog, der selbst Kandidat des Volkskongresses war³⁹³, hatte ebenfalls die Wahlen begrüßt und zugleich alle Kreistagsabgeordneten gebeten, »Frieden zu halten in unserer Haus- und Stadtgemeinschaft, in unseren politischen Organisationen und in unserer Blockpolitik.«³⁹⁴ Aber das »Wahl«-Ergebnis im Kreis Zauch-Belzig war für die Volkskongress-Befürworter eine mittlere Katastrophe. Nur 69,5% stimmten für die Einheitsliste (etwas mehr als im SBZ-Durchschnitt), 26,9% dagegen.³⁹⁵ In der Gemeinde Fredersdorf votierte gar die Mehrheit der Wähler mit Nein (192 Nein- zu 182 Ja-Stimmen).³⁹⁶ Es gab im Kreis auch Manipulationsversuche. In Treuenbrietzen etwa wollte der Vorsitzende des »Wahl«-Ausschusses (ein SED-Mitglied) das Ergebnis fälschen, indem er vorschlug, alle Stimmzettel, auf denen weder Ja noch Nein angekreuzt war, als Ja-Stimmen zu werten, was jedoch von zwei CDU-Mitgliedern des Ausschusses mit Entrüstung abgelehnt wurde.³⁹⁷ Funktionäre an der Basis von CDU und LDP hatten sich immer noch nicht mit dem Kurs der Anbiederung an die SED abgefunden. Denn der Kreisvorstand der Einheitspartei analysierte, dass es besonders viele Nein- und ungültige Stimmen in jenen Orten gab, wo neben der SED auch die beiden bürgerlichen Parteien über Ortsgruppen verfügten.³⁹⁸ Die Gegenstimmen brauchten freilich nicht unbedingt politisch motiviert zu sein. Der Informationsdienst beim Landratsamt Zauch-Belzig stellte nach stichprobenartigen Umfragen unter der Kreiseinwohnerschaft fest: »Zum größten Teil hat wohl die bäuerliche Bevölkerung mit ihrem ›Nein‹ ihren Unwillen über die Erfassung ihrer Produkte im Jahre 1948 zum Ausdruck gebracht.«³⁹⁹

Auf der konstituierenden Tagung des Volkskongresses am 29./30. Mai verfügte gemäß dem geltenden Mandatsschlüssel der Einheitsliste die SED und die Massenorganisationen über 55% der Sitze, CDU und LDP über 30% und NDPD und DBD über 15%. In dem vom Volkskongress neu gewählten Volksrat besaß die SED ca. 50% der Mandate.⁴⁰⁰ Am 7. Oktober 1949 erklärte sich der Volksrat zur »Provisorischen Volkskammer« und proklamierte die Gründung der »Deutschen Demokratischen

393 Vgl. Kind: Christliche Demokraten, S. 42.

394 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 6, Bl. 23f.

395 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 1, Bl. 71

396 Ebenda, Nr. 3, Bl. 164.

397 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 172, Bl. 16. Zum Auftreten von Mitgliedern der bürgerlichen Parteien gegen Stimmenfälschungen s. auch Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 201.

398 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 1, Bl. 72. Analog dazu stellt Mattedi: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 147, fest, dass in denjenigen Städten der SBZ, in denen CDU u. LDP eine Mehrheit besaßen, eine sehr hohe Anzahl an Nein-Stimmen gezählt wurden. Černý: Zur Ungestaltung der politischen Organisation der Gesellschaft im Gründungsjahr der DDR, S. 162, schreibt: »Seinerzeit lag der Anteil der Nein-Stimmen in einer Reihe von Orten mit großer CDU- und LDPD-Wählerschaft, in denen die Parteivorstände noch von reaktionären Kräften beherrscht wurden, erheblich über dem Durchschnitt«.

399 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 165.

400 Koch: Volkskongressbewegung und Volksrat, S. 353.

Republik«. Man wählte offensichtlich bewusst diesen Termin nach dem Zusammen-
treten des Deutschen Bundestages in Bonn am 7. September des Jahres, um den
Schein als Bewahrer der deutschen Einheit aufrechtzuerhalten.⁴⁰¹ In der Realität war
mit jenem 7. Oktober nach der wirtschaftlichen Teilung auch die staatliche Spaltung
Deutschlands vollzogen.

Obwohl die frisch aus der Taufe gehobene DDR formal eine Koalitionsregierung
erhielt und das Mehrparteiensystem ebenso formal weiterbestand, saß allein die
SED, »beauftragt und kontrolliert von ihrer sowjetischen Schutzmacht«⁴⁰², an den
wirklichen Schalthebeln der im Staatsapparat.⁴⁰³ Auf ihrem Weg zu einer leninistisch-
stalinistischen Partei bildete der III. Parteitag im Juli 1950 einen vorläufigen End-
punkt der Umformung. Der Parteitag ersetzte den Parteivorstand durch ein Zentral-
komitee. (Die Vorstände der Partei auf den verschiedenen Ebenen wurden fortan
in kommunistischer Tradition als »Leitungen« bezeichnet). Das SED-Gründungs-
programm von 1946 war zuvor auch formell für ungültig erklärt worden. Auf dem
Parteitag wurde ein Beschluss gefasst zu genereller Überprüfung aller Mitglieder.
Dies führte zu einer verschärften Säuberung in der SED⁴⁰⁴, von der immer noch am
meisten ehemalige SPD-Mitglieder betroffen waren, nun aber auch Angehörige der
früheren linken Splittergruppen, kommunistische »Rechts«- und »Links«-Abweichler
der alten KPD sowie die »Westemigranten«, d.h. KPD-Mitglieder, die während der
NS-Diktatur im westlichen Ausland im Exil lebten.⁴⁰⁵ Durch die Ausschlüsse (aber
auch durch freiwillige Austritte) wurde die SED als stalinistische Kaderpartei nach
außen hin gestrafft.

Die Beschlüsse des III. Parteitags und deren Umsetzung waren Thema auf der Zauch-
Belziger SED-Kreisdelegiertenkonferenz am 24. August 1950. Solche Konferenzen
waren längst zu Ritualen verkommen, auf denen es keine wirklichen Debatten mehr
gab, stattdessen nur Scheindiskussionen, und dazu ein perfider Personenkult um Stalin
und andere kommunistische Führer. Es war nichts mehr zu spüren von jener Offenheit,
mit der noch drei Jahre zuvor zumindest ehemalige SPD-Mitglieder in Versammlungen
der Einheitspartei diskutiert hatten. Wie die SED-Kreisleitung⁴⁰⁶ auf der Konferenz
klarstellte, musste der Kampf um die »ideologische Reinheit« verschärft werden. Unter

401 Ebenda, S. 353f.

402 Mählert: Von der Zone zum Staat, S. 34.

403 Zum Folgenden vgl. Mählert: »Die Partei hat immer Recht!«, S. 384–401; Müller: Sozialistische
Einheitspartei Deutschlands, S. 500f.; Weber: Geschichte der DDR, S. 176–181.

404 Vgl. dazu etwa Bordjugow: Das ZK der KPdSU(B), die Sowjetische Militäradministration in
Deutschland und die SED, S. 307–310.

405 Die Thematik wird ausführlich behandelt von Malycha: Die SED, S. 405–430 u. 435–447. Vgl.
auch Dowidat: Personalpolitik als Mittel der Transformation, S. 464f.

406 An deren Spitze stand seit Oktober 1949 Otto Weidenbach (1899–1979). Weidenbach, seit 1918
KPD-Mitglied, 1933 in die Sowjetunion emigriert u. Teilnehmer des spanischen Bürgerkrieges,
war ab 1946 als leitender Mitarbeiter der Provinzialverwaltung bzw. Landesregierung Branden-
burg maßgeblich an der Sequestrierung u. Enteignung gewerblicher Betriebe beteiligt. Etwa Mitte
1948 unter Korruptionsverdacht geraten, wurde Weidenbach im Mai 1949 auf Beschluss des SED-
Landesvorstandes aus seiner Verwaltungsfunktion zurückgezogen; Sattler: Wirtschaftsordnung
im Übergang, Bd. 2, S. 969f.

anderem wurde betont: »In den ländlichen Ortsgruppen ist der Sozial-Demokratismus eine entscheidende Frage.«⁴⁰⁷ Aber nicht nur sozialdemokratische Traditionen in den eigenen Reihen beunruhigten die leitenden SED-Kreisfunktionäre, sondern auch das angebliche Eindringen bürgerlicher Ideologien. SED-Mitglied Frommholz⁴⁰⁸ aus Seddin etwa wurde als »eingefleischter Vertreter« des bürgerlichen Objektivismus bezichtigt, weil er sich auf den Standpunkt stellte, »dass wir in der Nazizeit den Sender Moskau gehört haben und nun ebensovot den Rias⁴⁰⁹ hören können.«⁴¹⁰

Im Zuge der Mitgliederüberprüfung⁴¹¹ bzw. Säuberung gemäß Parteitagebeschluss wurden in Zauch-Belzig von den Ende 1950 ohnehin nur noch 6756 registrierten Mitgliedern und Kandidaten⁴¹² (im Herbst 1948 waren es ca. 10 000 Mitglieder gewesen⁴¹³) bis Juni 1952 insgesamt 450 ausgeschlossen, 166 wurden gestrichen⁴¹⁴, womit sich der Mitglieder- und Kandidatenbestand um mehr als 9% verringerte. Nicht wenige provozierten während der Überprüfung bewusst ihren, in der Regel mit ideologischem Abweichlertum begründeten Parteiausschluss. Zu den Geschassten gehörte ein Mann aus Borkwalde, der vor 1933 Mitglied des von der KPD abgespalteten »Leninbundes« gewesen war. Sein Vergehen: Er habe in einer Diskussion die Meinung vertreten, Trotzki sei kein Verbrecher gewesen, sondern im Buch »Geschichte der KPdSU; Kurzer Lehrgang« – verordnete Pflichtlektüre in den SED-Schulungen⁴¹⁵ – stehe die Unwahrheit.⁴¹⁶ In Radel erteilte einen Parteiveteran (Jahrgang 1879, seit 1897 SPD-Mitglied) der Ausschluss, weil er nach Auffassung der Kreispartei kontrollkommission als altes Mitglied in der kleinen Ortsgruppe großen Einfluss habe »und mit seinen sozialdemokratischen Tendenzen trotz seines hohen Alters noch sehr viel Schaden anrichten« könne.⁴¹⁷ Einen besonders misstrauischen Blick warfen die Parteikontrolleure auf die SED-Ortsgruppe Caputh, da bei ihr kaum eine Entwicklung seit 1946 in organisatorischer oder ideologischer Hinsicht wahrnehmbar gewesen sein soll und sie noch immer »den ausgesprochenen Charakter der alten SPD« getragen habe.⁴¹⁸

Der Bannstrahl des Parteiausschlusses traf im März 1951 auch Ernst Schymuschala, Stadtverordnetenvorsteher in Werder/Havel, 1946/47 Vorsitzender des Kreistages

407 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 3, Bl. 196.

408 Zu Wilhelm Frommholz s. auch S. 133 der vorliegenden Arbeit.

409 Abkürzung für »Rundfunk im amerikanischen Sektor«; eine von der amerikanischen Militärverwaltung 1946 eingerichtete u. von ihr finanzierte Rundfunkgesellschaft in Berlin-West.

410 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 3, Bl. 196.

411 Zur SED-Mitgliederüberprüfung in der gesamten DDR u. deren Auswirkungen s. die ausführlichen Darlegungen von Mählert: »Die Partei hat immer Recht!«, S. 401–421.

412 Stand: 31.12.1950. BLHA, Rep. 333, Nr. 323, Bl. 198.

413 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 172, Bl. 91.

414 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 2, Bl. 112f.

415 Siehe dazu Hurwitz: Die Stalinisierung der SED, S. 453f.

416 Vgl. BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 2, Bl. 112f.

417 BLHA, Rep. 333, Nr. 172, Bl. 249.

418 BLHA, Rep. 333, Nr. 172, Bl. 259. Ferner wurden in Brück vier SED-Mitglieder, die in enger Verbindung mit CDU- und LDP-Funktionären arbeiteten, als »Schumacheranhänger« verdächtigt; BLHA, Rep. 333, Nr. 298, Bl. 264.

Zauch-Belzig und mehrere Jahre lang Mitglied des SED-Kreisvorstandes. Man warf dem früheren Sozialdemokraten vor, er habe die Parteiarbeit in Werder über Jahre schwer gehemmt und sogar sabotiert. Konkret wurde er beschuldigt, eine »Fraktionsbildung« innerhalb der SED-Ortsleitung geduldet und die Enteignung der Firma Vulkanfaser abgelehnt zu haben, deren Besitzer er verteidigte, da sie in seinen Augen Demokraten waren. Ferner bezichtigte man Schymuschala persönlicher Vorteilsnahme.⁴¹⁹ Doch damit nicht genug! Vom Kommunalen Wirtschaftsunternehmen (KWU) Werder wurde Schymuschala auch noch am 7. April 1951 als Betriebsleiter der Abteilung Wasserwerk fristlos gekündigt, mit der Begründung: »Da Schymuschala aus der SED ausgeschlossen wurde, war ein weiteres Verbleiben als Leiter eines volkseigenen Betriebes nicht mehr tragbar.«⁴²⁰ Kurz darauf flüchtete Ernst Schymuschala mit seiner Familie nach Berlin-West.⁴²¹

Mit Berthold Bolz, bereits 1945 in der Führungsriege der Zauch-Belziger KPD, flog ein weiterer namhafter Kreisfunktionär aus der SED, weil er von 1945 bis 1951 ein parteischädigendes Verhalten an den Tag gelegt habe.⁴²² Auch im Falle von Bruno Stief, ehemals FDGB-Vorsitzender Zauch-Belzigs und Mitglied des ersten provisorischen SED-Kreisvorstandes, plädierte die Kreisparteikontrollkommission auf Ausschluss.⁴²³

Parallel zu ihrer eigenen Umformung widmete sich die SED 1949/50 wiederum verstärkt der Blockpolitik. Durch Eingriffe in das personelle Gefüge und die Struktur der übrigen Parteien (v.a. CDU und LDP) und der Massenorganisationen sicherte die Einheitspartei mit Rückendeckung der Besatzungsmacht die Anerkennung ihrer Vorherrschaft.⁴²⁴

Die CDU hatte erneut ihr Bekenntnis zu einem »Christlichen Sozialismus« propagiert, lehnte weiterhin den Marxismus-Leninismus als Staatsideologie ab und

419 BLHA, Rep. 333, Nr. 147, Bl. 296.

420 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 231, Bl. 190.

421 Ernst Schymuschala (1899–1960) lebte später in der Bundesrepublik, wo er wieder in die Reihen der SPD zurückfand; Mitteilung von E. Schymuschala jun. (27.04.2006). Ruschen: Wir gingen den richtigen Weg, S. 573, schreibt, Schymuschala hätte sich nach seiner Entlarvung nach Westen zu seinen »Auftraggebern« abgesetzt, womit er Schymuschala indirekt eine Agententätigkeit unterstellt, was aber falsch u. eine plumpe Lüge ist.

422 BLHA, Rep. 333, Nr. 147, Bl. 321. Laut dem Zeitzeugen Paul Lange, ehemaliger SED- u. FDGB-Kreisfunktionär, hatte sich in Wahrheit herausgestellt, dass Bolz nicht als politischer, sondern als kleinkrimineller Häftling im Konzentrationslager inhaftiert gewesen war; Sammlung G. Dorbritz (Brief Paul Langes an G. Dorbritz, undatiert [1985?]). Aus der SED ausgeschlossen u. wg. seiner Vergangenheit bloßgestellt, ging auch Berthold Bolz gen Westen; Mitteilung G. Dorbritz (06.07.2006).

423 BLHA, Rep. 333, Nr. 147, Bl. 321.

424 Müller: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, S. 501; vgl. auch Bode: Liberal-Demokraten und »deutsche Frage«, S. 149–153; Koch: Der Demokratische Block, S. 292; Reinert: Brandenburgische Parteien 1945–1950, S. 215f.; Sommer: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 52–54. Zu berücksichtigen ist, dass schon vor 1950 durch die Einflussnahme von Besatzungsmacht u. SED auf Personalentscheidungen in CDU u. LDP erhebliche Fluktuationen innerhalb der Vorstände u. Apparate der beiden bürgerlichen Parteien auftraten; s. Dowidat: Personalpolitik als Mittel der Transformation, S. 466. Wie Kühne: Die Anfänge der DBD, S. 93–95, u. Wernet-Tietz: Bauernverband und Bauernpartei, S. 117f., darlegen, gab es auch in der Bauernpartei ab 1950 eine größere Säuberungswelle, bei der die »Großbauern« aus Parteiämtern entfernt wurden u. dieser Schicht generell der Beitritt zur DBD verwehrt wurde.

setzte sich für die Interessen der verbliebenen privaten Unternehmer ein.⁴²⁵ Kurz nach Gründung der DDR ging die SED dazu über, tatsächliche und potentielle Gegner aus den CDU-Führungsgremien entfernen und sie durch eigene Vertrauenspersonen ersetzen zu lassen. Unmittelbar ausschlaggebend dafür war nicht zuletzt, dass Teile der Union der Staatsgründung nicht vorbehaltlos zustimmen wollten. So machte auch der CDU-Kreisvorstand Zauch-Belzig sein zustimmendes Votum von der Aussicht auf baldigst abzuhaltende freie und geheime Wahlen abhängig.⁴²⁶ Der CDU-Vorsitzende Nuschke lavierte zwischen Widerstand und Opportunismus, doch letztlich schwenkte er auf den uneingeschränkten Anpassungskurs ein.⁴²⁷ Für die Liberaldemokraten, deren Parteigänger insbesondere Angestellte sowie selbständige Gewerbetreibende waren, hatten sich hingegen die Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten allein schon durch die sozialstrukturellen Veränderungen in der SBZ/DDR eingeengt.⁴²⁸ Die traditionellen Mittel- und Oberschichten waren politisch weitgehend entmachtet und fielen für die LDP (freilich auch für die CDU) als Rekrutierungsfeld aus. Da es zudem Eingriffe der SED in das personelle Gefüge der LDP gab⁴²⁹, verlor sie mehr und mehr ihr eigenständiges bürgerlich-liberales Profil⁴³⁰ und fügte sich schließlich dem gesamtgesellschaftlichen Führungsanspruch der Einheitspartei. Bis 1952 wurde in den Statuten der LDP und der CDU sowie der übrigen Parteien und Organisationen das Prinzip des »Demokratischen Zentralismus« verankert und auch die »führende Rolle« der SED festgeschrieben.⁴³¹ Die

425 Zum Folgenden vgl. Dähn: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 557; Müller: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, S. 501; Suckut: Christlich-Demokratische Union Deutschlands, S. 526f.; ders.: Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union, S. 126f.

426 Richter: Die Ost-CDU 1948–1952, S. 202, Anmerkung 309. Nuschke hatte persönlich am 4.10.1949 in Belzig auf einer Unions-Kundgebung um Zustimmung zur bevorstehenden Staatsgründung geworben; vgl. Wirth: Zur Entwicklung der Christlich-Demokratischen Union, S. 1596f. Am 9.10.1949 wurde Nuschke auf einer Sitzung der CDU-Kreisvorsitzenden u. Kreissekretäre heftigst kritisiert, weil der Parteivorstand die Zustimmung zur Staatsgründung nicht von der umgehenden Abhaltung von Wahlen abhängig gemacht hatte; Weber: Geschichte der DDR, S. 168.

427 Richter: Die Ost-CDU 1948–1952, S. 377. Zu Nuschkes kompromisslerischen Politik s. Baus: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone, S. 457–460.

428 Papke: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR, S. 33, schreibt, dass sich die LDP mit Beginn der sozialökonomischen Umwälzungsprozesse (also schon ab Herbst 1945) in einer permanenten Defensive befand.

429 Laut Agsten u.a.: LDPD 1945 bis 1961, S. 187, unterlag eine Reihe von LDP-Funktionären, die die Gründung der DDR an maßgeblicher Stelle mitvollzogen hatten, im 1. Halbjahr 1950 »politischen Schwankungen«; die Auseinandersetzungen mit »reaktionären Kräften« in der Partei endete mit deren Isolierung u. Ausschluss aus der LDP, wobei allerdings die konsequente Trennung von solchen Elementen meistens auf Drängen der »demokratischen Öffentlichkeit« erfolgte.

430 Bei Agsten u.a.: LDPD 1945 bis 1961, S. 149, wird zum Wandlungsprozess der Liberaldemokraten behauptet: »In politischer Hinsicht traten bürgerlich-liberale Ideen immer mehr hinter der kleinbürgerlich-demokratischen Komponente der Partei zurück.«

431 Bezüglich der CDU vgl. Richter: Die Ost-CDU 1948–1952, S. 322f.; bezüglich der LDP vgl. Sommer: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 73–77. Beim DDR-Historiker Černý: Zur Ungestaltung der politischen Organisation der Gesellschaft im Gründungsjahr der DDR, S. 165, liest sich das folgendermaßen: »Die Verschärfung des Klassenkampfes beschleunigte jene politisch-ideologischen Prozesse, in denen die Mitglieder der DBD und NDPD sowie die am

beiden vormals bürgerlich-demokratischen Parteien mutierten mithin vollends zu gesteuerten Satelliten-Verbänden der Einheitspartei.

Das Grundkonzept der SED hieß einfach, unter den Christ- und Liberaldemokraten eine Spaltung zwischen willfähigen und widerständigen Kräften zu bewirken, die nicht opportunen Kräfte dann zu isolieren und schließlich aus den Parteien drängen zu lassen.⁴³² Die Einheitspartei schreckte auch vor brutalen Gewaltmethoden nicht zurück und benutzte ihre Monopolstellung im Staatsapparat, um mit missliebigen Politikern »aufzuräumen«, wie die willkürliche Verhaftung mehrerer CDU-Funktionäre in Potsdam am 29./30. März 1950 zeigt.⁴³³ Einige SED-Funktionäre an der Basis hatten offenkundig die Teile-und-Herrsche-Strategie nicht richtig begriffen, denn die Zauch-Belziger Leitung der Einheitspartei bemängelte, diese Funktionäre verstünden es nicht, »durch eine gute Blockpolitik mit den fortschrittlichen Kräften in der CDU und in der LDP die reaktionären Kräfte dieser altbürgerlichen [sic!] Parteien bloßzustellen und sie von den fortschrittlichen Kräften zu isolieren«.⁴³⁴ Zum Beispiel sei es in Damsdorf passiert, dass SED-Leute spontan und ohne Anlass zu Mitgliedern der CDU erklärt hätten: »Eure Tage sind gezählt, Euch lassen wir abholen.«⁴³⁵

Als eine Art Hydra der Reaktion in Zauch-Belzig erachtete man die Spitze der CDU-Ortsgruppe Beelitz.⁴³⁶ Der Hintergrund: Ab März 1948 hatte in Beelitz als Nachfolger eines CDU-Bürgermeisters ein kommissarisch eingesetzter Bürgermeister aus den Reihen der SED fungiert. Als die SED-Fraktion im Stadtparlament diesen am 18. Februar 1949 zum ordentlichen Bürgermeister wählen lassen wollte, stimmte eine Mehrheit von CDU- und LDP-Stadtverordneten dagegen.⁴³⁷ Stattdessen besetzte die CDU mit ihrem Kandidaten Willy Schulz wieder den Bürgermeisterposten, was die

weitesten fortgeschrittenen christlichen Demokraten und Liberaldemokraten dahin gelangten, daß sie die Führung von Staat und Gesellschaft durch die SED anerkannten und unterstützten.« Sommer: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 82, stellt betreffs der LDP dennoch fest, dass diese als Gesamtorganisation 1952 noch keinesfalls als »Unterorganisation« der SED anzusehen war, sondern sie sich vielmehr in einem Übergangsstadium zwischen Anpassung, Widerspruch u. Auflösung befand.

432 Vgl. beispielsweise Bode: Liberal-Demokraten und »deutsche Frage«, S. 150. Zu den stabsmäßig geführten Kampagnen der SED in Brandenburg gegen unliebsame Kräfte in den anderen Parteien s. Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 216–221.

433 Vgl. Bloch: Zwischen Hoffnung und Resignation, S. 176; Richter: Die Ost-CDU 1948–1952, S. 237–240 (dort insbesondere zu Verhaftung u. Tod des Unions-Politikers Frank Schleusener, ehemaliger Vizepräsident der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg). Auch mussten zahlreiche LDP-Landtagsabgeordnete, nachdem ihre Landtagsfraktion in ihrer bisherigen Zusammensetzung aufgelöst worden war, nach Berlin-West flüchten, um einer Verhaftung zu entgehen; Papke: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR, S. 41; Schöllwer: Potsdamer Tagebuch 1948–1950, S. 186. Vgl. auch die Darstellung bei Suckut: Ost-CDU und LDPD aus der internen Sicht von SED und MfS, S. 106f., über die Säuberungswelle in der CDU Sachsens.

434 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 1, Bl. 84.

435 Ebenda.

436 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 45, Bl. 18–51. Die Vorgänge in Beelitz werden auch von Reinert.: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 275, Anm. 410, erwähnt.

437 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 172, Bl. 34f.

Wut der Einheitspartei entfachte. Im Juni 1949 warf die SED Bürgermeister Schulz vor, er vertrete »die reaktionäre Linie der CDU«. ⁴³⁸ Gegen Schulz und den Beelitzer Stadtverordneten-Vorsteher, CDU-Ortsvorsitzenden und Kreistagsabgeordneten Heinz Hollenhorst ⁴³⁹ wurde in der SED-Presse eine Hetzkampagne eröffnet. ⁴⁴⁰ Im Januar 1950 wurden schließlich Schulz und Hollenhorst auf Betreiben der Einheitspartei »wegen undemokratischen Verhaltens und reaktionärer Einstellung nach vorheriger Beratung im Kreisblock und Behandlung der Angelegenheit in einer außerordentlich gut besuchten öffentlichen Gemeindeversammlung ihrer Funktionen enthoben.« ⁴⁴¹ Der Unternehmer Hollenhorst, dem man auch noch unterstellte, er habe aus rein demagogischen Erwägungen seinen Arbeitern hohe Löhne gezahlt, wurde zudem aus der Union ausgeschlossen, finanziell hart belangt und letztendlich (offiziell wegen Wirtschaftsdelikten) inhaftiert. Wie die SED im Fall Schulz/Hollenhorst mit Befriedigung feststellte, haben »fortschrittliche« Kräfte der Beelitzer CDU bei »Beseitigung dieser beiden reaktionären Kräfte mitgewirkt«. ⁴⁴² Doch auch höhere CDU-Kreise hatten in der Angelegenheit ihre Finger im Spiel, wobei es ihnen durchaus peinlich war, dass ihr Handlangerdienst für die Einheitspartei öffentlich wurde. Der CDU-Landesvorsitzende Karl Grobbel äußerte auf einer Sitzung des brandenburgischen Landes-Block-Ausschusses:

Wir haben in Beelitz mit eingegriffen und sind auch dem Wunsch der Beelitzer SED weitestgehend entgegengekommen, einen Bürgermeister zur Wahl zu stellen, der auch der SED angenehm ist. Vielleicht hätten wir auch dort einen etwas anderen Weg gewünscht, damit es nicht den Eindruck erweckt, als wenn die CDU nur den Bürgermeister wählt, den die SED vor der CDU herausstellt. ⁴⁴³

438 BLHA, Rep. 333, Nr. 298, Bl. 256.

439 Im Juni/Juli 1948 war Hollenhorst selbst von der Beelitzer Stadtverordnetenversammlung zum Bürgermeister gewählt worden. Die Einheitspartei wertete dies als Affront u. mobilisierte schon zu jener Zeit die »werkträtige Bevölkerung« (sprich: SED-Funktionäre u. -Mitglieder) gegen den Unions-Mann. Im Juli 1948 wurde eine Resolution verfasst, in der es heißt: »Die Betriebsräte von Beelitz nehmen mit Entrüstung zur Kenntnis, dass Herr Hollenhorst mit knapper Mehrheit ohne die Stimmen der SED in der letzten Stadtverordneten-Versammlung zum Bürgermeister von Beelitz gewählt wurde. Herr Hollenhorst ist nicht der Vertreter der werktätigen Massen von Beelitz, da er als Unternehmer nicht unsere Interessen vertreten kann. Als Besitzer von einem Sägewerk, einer Tischlerei, einer Zimmerei sowie einer Landwirtschaft [...] kann er nur die Interessen der besitzenden Klassen wahrnehmen, welche die Notlage der arbeitenden Bevölkerung ausnützen. [...] An den beiden [vorherigen] Bürgermeistern der CDU hat die arbeitende Bevölkerung erlebt, dass ein Verständnis für dieselbe nicht vorhanden ist.«; KrA PM 60.14/31. Hollenhorst konnte die Wahl nicht annehmen, da er als hauptamtlicher Bürgermeister kein Gewerbe mehr hätte ausüben dürfen; vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 279, Bl. 20 Rs. Der kommissarische Bürgermeister von der SED blieb vorläufig weiter im Amt.

440 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 45, Bl. 28, Bl. 31f., Bl. 35.

441 BLHA, Rep. 333, Nr. 298, Bl. 261.

442 Ebenda.

443 Reinert: Protokolle des Landesblockausschusses, S. 337. Grobbel hatte im Januar 1950 auf einer Sitzung des Landes-Block-Ausschusses mitgeteilt, dass die Union selbst generell »sehr einschneidende Folgerungen innerhalb ihres Parteikörpers« – sprich: Säuberungen – vornehmen werde; vgl. Kind: Christliche Demokraten, S. 50.

Der SED-Kreisvorstand Zauch-Belzig entfachte weitere Kampagnen⁴⁴⁴: in Glindow gegen zwei CDU-Funktionäre und den LDP-Ortsvorsitzenden, in Baitz gegen den CDU-Bürgermeister, in Wilhelmshorst gegen den Vorsitzenden der Gemeindevertretung von der CDU⁴⁴⁵, in Damsdorf gegen den CDU-Orts- und Fraktionsvorsitzenden (laut SED ein »politischer Brunnenvergifter«⁴⁴⁶), in Werder gegen einen LDP-Funktionär, in Borkheide gegen zwei CDU-Männer und in Fredersdorf gegen den LDP-Bürgermeister. Die Hetzkampagnen entwickelten sich in den Augen der SED-Funktionäre nur schleppend, wie sie im Frühjahr 1950 kritisch anmerkten: »Die [SED-] Ortsgruppen führen den Kampf ungenügend, finden nicht genügend Beweismaterial. Instruktoren des Kreisvorstandes sind beauftragt, helfend einzugreifen.«⁴⁴⁷ Letztlich erfüllten die Kampagnen ihren Zweck. Die nicht opportunen Lokalpolitiker von CDU und LDP wurden durch ihre eigenen Parteien entfernt oder schwenkten auf die »demokratische« Linie um. In mehreren Orten gab es Umbesetzungen in den Vorständen von CDU und LDP.⁴⁴⁸ Die Vorgänge lösten insbesondere bei den Christdemokraten des Landkreises starke Auseinandersetzungen aus, wobei dem CDU-Kreisvorsitzenden Tschetschog seitens der SED und deren Adepten die Verantwortung für die »rückständigen Verhältnisse« zugemessen wurde. Der ins Zentrum der Spannungen geratene katholische Pfarrer sah sich, wie es offiziell hieß, wegen negativer Auswirkungen auf seine Gesundheit veranlasst, krankheits halber seine Funktion als CDU-Kreisvorsitzender nicht mehr auszuüben.⁴⁴⁹ Seinen Posten nahm ein willfährigerer Funktionär ein. Vom damaligen LDP-Kreisvorstand erwartete die SED im Frühjahr 1950 keinerlei Widerstand mehr. Die Einheitspartei urteilte z.B. über den Geschäftsführer des LDP-Kreisvorstandes, er verfüge »über keine überdurchschnittliche Intelligenz, macht jedoch nie Schwierigkeiten im Rahmen der Blockarbeit, sagt zu allem ja und amen und es besteht keinerlei Veranlassung ihm irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten, da er diesen Verein [sic!] zweckentsprechend leitet.«⁴⁵⁰

Die Säuberungen und personellen Umbesetzungen wirkten sich auf CDU und LDP in Zauch-Belzig verheerend aus.⁴⁵¹ Die SED-Spitze des Kreises stellte fest, »daß die Reinigungsaktion in beiden Parteien, besonders in der CDU, chaotische Verwirrung nach sich zog, als Übergang eine starke Inaktivität des größten Teils der Mitglieder bei in Erscheinung tretender größerer Aktivität der fortschrittlichen Elemente. Es ist selbstverständlich, daß im Verlauf dieser Dinge in erheblichem Maße Austritte

444 Vgl. BLHA, Rep. 333, Nr. 298, Bl. 261f. u. 266.

445 Gegen den Vorsitzenden der Gemeindevertretung war vom FDJ-Landesvorstand der Vorwurf der »Antisowjethetze« erhoben worden, auch wurde in einer Versammlung von Wilhelmshorster Ortsgruppen der Massenorganisationen seine Abberufung gefordert; Reinert.: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 270, Anm. 368.

446 Ebenda, Bl. 262.

447 Ebenda, Bl. 270.

448 Ebenda, Bl. 267.

449 Vgl. Ebenda, Bl. 263.

450 Ebenda, Bl. 265.

451 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 333, Nr. 298, Bl. 263.

zu verzeichnen sind«, und »daß sich die bisherige Reinigung von Reaktionären sehr gut ausgewirkt hat auf die gesamte Blockarbeit. Im Kreisblock treten keinerlei Schwierigkeiten mehr zu Tage«. ⁴⁵² Die Zahl der CDU-Ortsgruppen im Kreis sank von 42 im Dezember 1949 auf 32 im April 1950. Ein Teil war aus Mitgliedermangel, bedingt durch Austritte, eingegangen. Die weiter bestehenden Ortsgruppen hatten meist auch nur noch geringe Mitgliederzahlen. ⁴⁵³ Eine starke Dezimierung zeigte sich z.B. bei der ehemals großen CDU-Ortsgruppe in Glindow (übrigens auch bei der dortigen LDP-Ortsgruppe). Im Dorf Baitz schrumpfte die Zahl der Christdemokraten von 30 auf ganze neun Parteimitglieder. ⁴⁵⁴ Es machte sich eine allgemeine Niedergeschlagenheit und Passivität bemerkbar. Im März 1950 waren bei einer Mitgliederversammlung der rund 200 Personen umfassenden CDU-Ortsgruppe Beelitz nur neun Mitglieder anwesend. Der Kreisparteitag der Union am 12. April 1950 wurde von nur 28 Delegierten und 30 Gästen besucht. ⁴⁵⁵ Ein ähnliches Bild bot die Zauch-Belziger LDP. Bei deren Kreisparteitag am 18. März 1950 waren gar nur 40 Personen anwesend, und zwar 21 Delegierte und 19 Gäste. »Der vom Landesvorstand der LDP anwesende Herr von Koerber konnte selbst die in Erscheinung tretende Katerstimmung, Lethargie und Resignation beobachten.« ⁴⁵⁶

Die Volkskongressbewegung, mit der die SED eine Parallelorganisation zum Block geschaffen hatte, um in den Block-Ausschüssen mit den bürgerlichen Parteien auftretenden Schwierigkeiten umschiffen zu können, wurde 1949/50 zur (so genannten) Nationalen Front erweitert. ⁴⁵⁷ SED-Chef Walter Ulbricht referierte im Mai 1949 erstmals über die Bildung einer »Nationalen Front des demokratische Deutschland«. ⁴⁵⁸ Im Juli 1949 befasste sich der Volkskongress mit seinem Fortschreiten zur Nationalen Front. Begleitend wurde ein SBZ-weiter Werbefeldzug angestoßen, wie

452 Ebenda, Bl. 263, Bl. 267–269.

453 Die CDU, die Mitte 1949 im Kreis über 1600 Mitglieder hatte (vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 172, Bl. 6f.), zählte hier im Juli 1952 nur noch 1155 Organisierte (Kotsch: Das Land Brandenburg zwischen Auflösung und Wiederbegründung, S. 168).

454 Die arg geschrumpfte CDU-Ortsgruppe in Baitz gab den Bürgermeisterposten an die SED ab; BLHA, Rep. 333, Nr. 298, Bl. 267.

455 Der These von Kind: Christliche Demokraten, S. 50, über die Kreisparteitage der brandenburgischen CDU 1950, auf ihnen »herrschte eine grundlegend veränderte Atmosphäre«, kann bzgl. Zauch-Belzigs insofern zugestimmt werden; nur war hier die Atmosphäre beileibe nicht optimistisch u. »vorwärtsblickend«, wie von Kind generell für die Kreisparteitage behauptet.

456 BLHA, Rep. 333, Nr. 298, Bl. 268. Die LDP, die Mitte 1949 im Kreis knapp 800 Mitglieder hatte (vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 172, Bl. 6f.), zählte hier im Januar 1952 nur noch 582 Organisierte (Kotsch: Das Land Brandenburg zwischen Auflösung und Wiederbegründung, S. 183). In der ganzen DDR ist ab 1949 ein kontinuierlicher absoluter Rückgang der Mitgliederzahlen in LDP u. CDU zu beobachten, was mit ihren innerparteilichen Entwicklungen zusammenhing, aber auch mit der Etablierung von NDPD u. DBD zusammenhängen dürfte; vgl. Dowidar: Zur Veränderung der Mitgliederstrukturen von Parteien und Massenorganisationen, S. 499.

457 Vgl. dazu etwa Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 203; Weber: Geschichte der DDR, S. 169f. Zur Einflussnahme Moskaus u. der sowjetischen Besatzungsmacht bei der Entstehung der Nationalen Front s. Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 76f u. 399f.

458 Vgl. Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, S. 448–469.

er für die politische Kampagnentreiberei der SED mittlerweile typisch war, aber bei der Allgemeinheit, die sich mit ihren materiellen und seelischen Alltagsorgen herum-schlagen musste, kaum bzw. nur oberflächlich Widerhall fand.

Der Zauch-Belziger Kreistag verabschiedete Anfang August einen »Aufruf an alle nationalgesinnten Deutschen im Kreis«, mit der Forderung, »die Kreiskonferenz der Volksausschüsse [d.h. der lokalen Gremien der Volkskongressbewegung] am 17. August 1949 in Belzig zum erfolgreichen Beginn einer großen Kampagne für die Nationale Front zu machen!«⁴⁵⁹ An jenem 17. August versammelten sich dann laut SED-Angaben 4000 Menschen zu einer Werbekundgebung für die Nationale Front auf dem Marktplatz der Kreisstadt, darunter die 810 Delegierten der Volksausschüsse, die anschließend im Volkshaus tagten.⁴⁶⁰ Mit der offiziellen Gründung der DDR wurde, auf Initiative der SED, die Nationale Front endgültig auf den Weg gebracht. Von Anfang an hatte sie eine Hauptaufgabe: »Ihren Beitrag zur Festigung und weiteren Ausgestaltung der jungen DDR zu leisten«.⁴⁶¹ Folglich besaß sie trotz ihres pathetischen Namens, der eine gesamtdeutsche Orientierung vorgaukelte, von vornherein einen separatstaatlichen Charakter.

Durch die Konstituierung eines »Nationalrates« als zentralem Leitungsgremium am 3. Februar 1950⁴⁶² fand der organisatorische Aufbau der Nationalen Front seinen Abschluss.⁴⁶³ Kurz zuvor hatte man die Volksausschüsse zu »Ausschüssen der Nationalen Front« umgebildet. Im Zuge der Umstrukturierung wurden vom 10. bis 16. Januar 1950 in Zauch-Belzig insgesamt 44 Versammlungen durchgeführt.⁴⁶⁴ Parallel dazu lief eine Versammlungskampagne »Nationale Front des demokratischen Deutschlands und die SED«. Bemerkenswert: In einer Reihe von Zauch-Belziger SED-Basisgruppen war dabei Hauptdiskussionspunkt die Oder-Neiße-Linie. Für nicht wenige SED-Mitglieder des Kreises tat sich eine Kluft auf zwischen der Schaffung einer Nationalen Front, als »nationale Selbsthilfe« proklamiert, und den gravierenden Gebietsverlusten bzw. -abtretungen im Osten; Stimmen an der Basis der Einheitspartei wandten sich immer noch gegen die Festschreibung der neuen Ostgrenze.⁴⁶⁵

Für den 15. Oktober 1950 wurden Neuwahlen der Volkskammer, der Land- und Kreistage sowie der Gemeindevertretungen in der DDR angesetzt.⁴⁶⁶ Die SED setzte im zentralen Block durch, für die Wahlen, analog zur Volkskongress-Wahl 1949, nur Einheitslisten aufzustellen⁴⁶⁷, wodurch die Möglichkeit parlamentarisch-demokratischer Parteienkonkurrenz ausgeschaltet und die »führende Rolle« der SED in

459 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 6, Bl. 92.

460 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 1, Bl. 73f.

461 Neef: Die Nationale Front der DDR, S. 36.

462 Siehe Geschichte des Staates und des Rechts der DDR, S. 146.

463 Neef: Die Nationale Front der DDR, S. 41.

464 BLHA, Rep. 333, Nr. 356, Bl. 345.

465 Vgl. ebenda, Bl. 342–344.

466 Zum Folgenden vgl. Koch: Landtage, S. 336–338.

467 Beschluss des zentralen Blocks vom 16. Mai 1950; Auszug abgedruckt in: Weber: Parteiensystem, S. 336. Vgl. dazu auch Braun: Zur Entwicklung der Wahlen in der SBZ/DDR, S. 551f.

den Volksvertretungen abgesichert war.⁴⁶⁸ Mit den Neuwahlen bezweckte die Einheitspartei sowie auch die Besatzungsmacht den endgültigen Funktionswandel der Landtage – denen schon seit 1947 schrittweise Kompetenzen entzogen wurden⁴⁶⁹ – zu dem, was M. Koch treffend als »volksdemokratischen Vollzugsparlamentarismus«⁴⁷⁰ bezeichnet. Die Landtage hatten künftig im Wesentlichen nur noch die Aufgabe, zentralen Vorgaben zuzustimmen und für deren Umsetzung auf Landesebene zu sorgen. Dies traf im noch höheren Maße auf die Kreistage und Gemeindevertretungen für deren jeweiliges Zuständigkeitsgebiet zu.

Der zentrale Block beschloss einen Kandidatenschlüssel für die Einheitslisten. Demnach verteilten sich die Ansprüche der Parteien und Massenorganisationen auf Abgeordnetensitze prozentual wie folgt:

- SED 25%
- LDP 15%
- CDU 15%
- NDPD 7,5%
- DBD 7,5%
- Frauenbund (DFD) 3,7%
- Freie Deutsche Jugend (FDJ) 5%
- Gewerkschaftsbund (FDGB) 10%
- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) 3,7%
- VdgB 1,3%
- Kulturbund 5%
- Konsumgenossenschaften 1,3%⁴⁷¹

Mit diesem Verteilungsschlüssel war durch die Reduzierung der Mandate für CDU und LDP die Vormacht der SED so gefestigt, dass sie nicht als Mehrheitsfraktion auftreten musste.⁴⁷² Bei der Wahl der Gemeindevertretungen konnte von diesem Schlüssel abgewichen werden, weil es v.a. in kleineren Ortschaften an Basisgruppen und Mitgliedern der Parteien und Organisationen mangelte. Dort waren in den örtlichen Block-Ausschüssen bzw. von den Kreis-Block-Ausschüssen die Kandidatenlisten auszuhandeln.

Das Einheitslisten-Prinzip⁴⁷³ schloss eine Parteienkonkurrenz bei den Wahlen aus. Der Zauch-Belziger Kreis-Block ließ bereits im März 1950 verlauten, »daß es keinen ›Wahlkampf‹ gibt und die Parteien sich von der verbrecherischen Agitation und den

468 Für die SED bestand die Gefahr des Machtverlusts, denn wirklich freie, demokratische Wahlen hätten eine klare Mehrheit für die bürgerlichen Parteien erbringen können. Deshalb war für die Einheitspartei die Durchsetzung des Einheitslisten-Prinzips unabdingbar; vgl. Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 226.

469 Vgl. Koch: Landtage, S. 333–335.

470 Ebenda, S. 338.

471 Weber: Parteiensystem, S. 337.

472 Braun: Zur Entwicklung der Wahlen in der SBZ/DDR, S. 552.

473 Zum Einheitslisten-Prinzip bei den Wahlen 1950 u. bei späteren Wahlen s. Richert: Macht ohne Mandat, S. 200–202.

Agenten Kaisers und Schumachers⁴⁷⁴ nicht gegeneinander hetzen lassen«.⁴⁷⁵ Und am 23. Mai beschloss der Kreis-Block gemäß der Festlegung des zentralen Blocks die Aufstellung von gemeinsamen Kandidatenlisten der Parteien und Massenorganisationen.⁴⁷⁶ Eine Art »Wahlkampf« gab es in Zauch-Belzig dennoch, und zwar ein Gerangel um die Besetzung der Kandidatenlisten in denjenigen Gemeinden, in denen der zentral vorgegebene Kandidatenschlüssel nicht eins-zu-eins übernommen werden konnte. Dort stritten sich speziell die neuen Parteien NDPD und DBD mit den Massenorganisationen um Listenplätze.⁴⁷⁷ Und die SED? Sie stellte sich anscheinend zumeist auf die Seite der Massenorganisationen, um eigene Parteimitglieder als Kandidaten dieser Organisationen in die Gemeindevertretungen zu bringen. Am 13. September 1950 zählte man im Kreis Zauch-Belzig 1580 Kandidaten für die Gemeindevertretungen: SED 598, CDU 77, LDP 50, NDPD 20, DBD 68, FDGB 224, FDJ 116, DFD 78, VVN 13, Kulturbund 22, VdgB 280, Konsumgenossenschaften 34.⁴⁷⁸ Um ein reales Bild vom SED-Übergewicht in den Kandidatenlisten zu erhalten, muss man die parteimäßige Zugehörigkeit der Kandidaten betrachten: SED 893, CDU 85, LDP 57, NDPD 22, DBD 82, parteilos 441. Die Einheitspartei hatte es also nicht zuletzt über die »Krücke« Massenorganisationen geschafft, 893 Parteimitglieder auf den Listen zu platzieren, während nur 687 Kandidaten aus den anderen Parteien kamen bzw. parteilos waren.

Im Vorfeld der Wahlen verstärkte die SED einmal mehr den Kampf gegen Kräfte, die sich tatsächlich oder auch vermeintlich mit der Hegemonie der Einheitspartei noch nicht abgefunden hatten. Die Kreisparteikontrollkommission der Zauch-Belziger SED erklärte in einem internen Schreiben im üblichen Jargon: »Die Voraussetzung für den Erfolg der Oktoberwahlen ist die Entlarvung und Isolierung aller reaktionären Elemente.«⁴⁷⁹ Die SED-Parteikontrolleure des Kreises hielten penibel fest, welche »bereits erkannten reaktionären Elemente anhand von vorhandenem Material entlarvt und ausgeschaltet werden« sollten.⁴⁸⁰ Ins Visier gerieten diesmal hauptsächlich Zauch-Belziger Liberaldemokraten, und zwar der LDP-Kreisvorsitzende Hentrich, der LDP-Kreissekretär Jütterschenke sowie mehrere LDP-Mitglieder in Borkheide und Werder; ferner der christdemokratische Kreisrat und stellvertretende Landrat Fleurin und mehrere CDU-Mitglieder in Beelitz und Borkheide und der Belziger Pfarrer Kietzmann.⁴⁸¹ Die Kreis-SED berichtete Ende September 1950, ihr sei es

474 Gemeint waren die tatsächlichen oder vermeintlichen Anhänger des SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher bzw. des ehemaligen CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser.

475 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 100 (Kreis-Block-Sitzung vom 22.3.1950). Vgl. auch Kind: Christliche Demokraten, S. 50.

476 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 6, Bl. 272f. Der Kreistag billigte in einer »Willenskundgebung« einstimmig den Beschluss des Kreis-Blocks zur Aufstellung von Einheitslisten; ebenda.

477 Vgl. hierzu BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 94; Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 100 (Protokoll der Sitzung des Kreis-Block-Ausschusses vom 4.8.1950).

478 Zahlenangaben laut BLHA, Rep. 333, Nr. 147, Bl. 273.

479 Ebenda, Bl. 261f.

480 Ebenda.

481 Ebenda.

gelingen, »eines der reaktionären Elemente bei der Kandidatenvorstellung zu entlarven«, nämlich den LDP-Ortsvorsitzenden von Borkheide: »Er befindet sich heute in Westberlin.«⁴⁸² Die Angehörigen des seinerzeitigen CDU-Kreisvorstandes waren in den Augen der SED-Funktionäre hingegen kein Problem. Wieweit die Zauch-Belziger Unions-Spitze sich im Laufe des Jahres 1950 der SED-Politik unterordnete und dem Stalinismus anpasste, zeigt sich an dieser Episode: Als im Kreistag über eine Grußadresse an Sowjet-Diktator Stalin abgestimmt werden sollte, erhob sich ausgerechnet ein CDU-Abgeordneter und -Kreisvorstandsmitglied und warf ein, »daß diese Ausführungen und diese Resolution einer Abstimmung nicht bedürfen, sondern durch das Absingen der [DDR-] Nationalhymne bekräftigt werden sollen.«, worauf die Anwesenden die DDR-Hymne sangen und Hochrufe auf Stalin ausbrachten.⁴⁸³

Ein besonderes Augenmerk legte die SED darauf, eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erreichen, um das Einheitslisten-Prinzip als durch den Wähler legitimiert darstellen zu können. In Zauch-Belzig schien man sich indes über die Bevölkerungsmeinung zu den Wahlen nicht sicher zu sein, denn der Informationsdienst des Landratsamtes notierte: »Während in den Gemeinden im westlichen und südwestlichen Teil des Kreises eine positivere Einstellung festzustellen ist, sind die am Rande von Berlin, bzw. in der Ausstrahlung von Berlin liegenden Gemeinden stark den Sendungen des RIAS und der Flüsterpropaganda aus Westberlin ausgesetzt.«⁴⁸⁴

Am 15. Oktober gingen von den 88 710 Wahlberechtigten in Zauch-Belzig 99,02% an die Urnen.⁴⁸⁵ Im Ergebnis zählte man im Kreis nur wenige ungültige Stimmen (0,6%) und ebenso wenige Gegenstimmen (0,6%). Kaum ein Wähler benutzte die Kabine. In 67 Gemeinden des Kreises registrierte man eine hundertprozentige Wahlbeteiligung, und in 104 Orten gab es weder eine Gegenstimme noch eine ungültige Stimme. Vor der Wahl war die SED in 43 Zauch-Belziger Gemeindevertretungen in der Minderheit, oder es herrschte Parität zwischen ihr und den anderen Parteien. Jetzt gab es nur noch in 24 Ortsparlamenten keine SED-Mehrheit, in 108 verfügte die Einheitspartei über die absolute Majorität. Freilich war dieser SED-»Wahlerfolg« nebensächlich, da man den Gemeindevertretungen durch die Zentralisierung in Politik und Verwaltung kaum noch Entscheidungsbefugnisse beließ, sie mithin zu Repräsentationsgremien geworden waren.

Die Kreisleitung der Einheitspartei stellte in ihrer (so genannten) Wahlanalyse vom 10. November 1950 fest: »Die Teilnahme der bürgerlichen Parteien zu den Wahlvorbereitungen war unzureichend [...]. Teilweise liegt die Ursache des Versagens und der Inaktivität in der Dezimierung der CDU und LDP und dem absoluten Mangel an Funktionären, bei der NDPD und DBD daran, daß im Wesentlichen eine Massenbasis noch nicht besteht.«⁴⁸⁶ In einigen Orten hatte sich anonym politischer

482 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 3, Bl. 222.

483 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 7, Bl. 27.

484 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 94.

485 Zu den Wahlergebnissen vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 407, Bl. 1; Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 3, Bl. 235f. u. Bl. 237f.

486 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 44 (Wahl-Analyse des Kreises Zauch-Belzig).

Widerstand bemerkbar gemacht, und zwar durch die Verbreitung von Flugblättern, die zum Wahlboykott aufriefen, durch die Beschmutzung von Wahllosungen u.Ä. In Belzig wurden dabei einige »Agenten« gefasst.⁴⁸⁷ Besonders aktiv war eine illegale Widerstandsgruppe von Jugendlichen aus Werder/Havel, die sich entschieden gegen die Etablierung der SED-Diktatur wandten. Die Jugendlichen schmuggelten Flugblätter und Broschüren aus Berlin-West in den Landkreis, um diese hier konspirativ zu verbreiten.⁴⁸⁸

Der neue Kreistag Zauch-Belzig, der sich am 15. November 1950 konstituierte, umfasste 52 Abgeordnete. In leichter Abwandlung des im zentralen Block vereinbarten Kandidatenschlüssels⁴⁸⁹ stellte sich die Mandatsverteilung folgendermaßen dar:

- SED 11 Abgeordnete
- CDU 8 Abgeordnete
- LDP 7 Abgeordnete
- NDPD 4 Abgeordnete
- DBD 4 Abgeordnete
- FDGB 5 Abgeordnete
- FDJ 3 Abgeordnete
- DFD 3 Abgeordnete
- VVN 2 Abgeordnete
- Kulturbund 3 Abgeordnete
- VdGB 1 Abgeordneter
- Konsumgenossenschaften 1 Abgeordneter⁴⁹⁰

Der nunmehr definitive Charakter des Kreistages als ein Rituale pflegender Vollzugsapparat zeigte sich bei der »Wahl« der neuen Landrätin Toni Stemmler. In der Kreistagssitzung am 28. Dezember 1950 wurde sie offiziell als Nachfolgerin des Landrats Sydow vorgestellt und begrüßt. Erst danach (!) folgte ein formeller »Wahlakt«, bei dem der Kreistagsvorsitzende um Vorschläge für die Neubesetzung des Landratspostens bat, die SED-Fraktion Toni Stemmler vorschlug, die dann einstimmig gewählt wurde.⁴⁹¹

Die Einsetzung Stemmlers als neue Landrätin war durch die SED-Kreisleitung eingefädelt worden. Mit ihrem Vorgänger Richard Sydow hatte die Kreisspitze der Einheitspartei des öfteren Unstimmigkeiten. Infolge der diktatorischen Stellung der SED im Staatswesen war die SED-Kreisleitung faktisch zu einem Entscheidungs- und Leitungsgremium im Landkreis geworden, das staatliche Macht repräsentierte.⁴⁹² Indes wollte Sydow, obwohl selbst Mitglied der SED, nicht nach der Pfeife der Kreis-

487 Ebenda, Bl. 239.

488 Spiegel: Die Stasi kam im Morgengrauen, passim, insbesondere S. 24–27.

489 Die SED hatte auf zwei Kreistagsmandate verzichtet, die dann der DBD u. der NDPD zufielen.

490 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 7, Bl. 11.

491 Ebenda, Bl. 42f.

492 Bereits im Juli 1948 hatte W. Ulbricht den führenden SED-Funktionären der Mark erklärt, dass die Einheitspartei selbst der »höchste Staatsapparat« sei u. die leitenden Staatsfunktionäre sich den Direktiven der SED unterzuordnen hätten; vgl. Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 169.

funktionäre seiner Partei tanzen und sich als Landrat einen eigenen Spielraum bewahren. In der SED-Kreisleitung war man deswegen der Meinung, Sydow sei seinen Aufgaben politisch nicht gewachsen und liege ideologisch schief. Eigentlich war geplant, den Landrat durch die Kreisleitung der Partei stärker an die Kandare zu nehmen und damit sicherzustellen, dass von der SED-Kreisspitze getroffene Entscheidungen von der Verwaltung umgesetzt werden.⁴⁹³ Doch schließlich wurde mit Unterstützung der SED-Landesleitung die Landratsstelle umbesetzt.⁴⁹⁴ Mit Toni Stemmler kam nun eine alte Parteisoldatin an die Spitze der Kreisverwaltung, die sich ohne Wenn und Aber der Parteidisziplin unterordnete, folglich die SED-Kreisfunktionäre stärker als zuvor dirigierend auf die Kreisverwaltung einwirken konnten.⁴⁹⁵

Als der Zauch-Belziger Kreistag am 3. Juli 1952 zu einer ordentlichen Sitzung zusammentrat⁴⁹⁶, ahnten die Abgeordneten nicht, dass dies die letzte Zusammenkunft des Kreisparlamentes sein würde. Wenige Tage darauf beschloss die 2. Parteikonferenz der SED zur endgültigen Schaffung eines zentralistischen Staatswesens die große DDR-Verwaltungsreform, die Beseitigung der Länder und die Auflösung der bisherigen Kreisstruktur. Am 23. Juli verabschiedete die Volkskammer das entsprechende Gesetz.⁴⁹⁷ Wie überliefert ist, bekannten sich die Vertreter des Kreis-Blocks Zauch-Belzig einstimmig zu den Beschlüssen der 2. SED-Parteikonferenz.⁴⁹⁸ Der hiesige Kreirat kam noch ein letztes Mal am 13. August zusammen. Die Landrätin Stemmler war nicht anwesend, da sie an einer Tagung der Vorsitzenden der Räte der Kreise betreffs der neuen Kreiseinteilung in Berlin teilnehmen musste.⁴⁹⁹

Mit den Landesverwaltungen verschwanden auch die Landtage, an deren Stelle vierzehn Bezirkstage traten. Ähnliches geschah auf der Kreisebene. Mit der Zerstückelung und Aufteilung Zauch-Belzigs auf die drei neuen Kreise Belzig, Brandenburg-Land und Potsdam-Land schuf man umgehend auch drei neue Kreistage, die ab Ende August 1952 zusammentraten.⁵⁰⁰ Nach dem Herkunftsprinzip wurden die Zauch-Belziger Kreistagsabgeordneten den drei Kreisparlamenten zugeordnet. Um den neuen Kreistagen eine Sollzahl von 30 Abgeordneten⁵⁰¹ zu verschaffen, füllte man diese durch Vertreter der Parteien und Massenorganisationen auf.⁵⁰² Den neu

493 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 3, Bl. 140 Rs.

494 Vgl. ebenda, Nr. 2, Bl. 96.

495 Vgl. ebenda, Bl. 134.

496 Protokoll dieser letzten Kreistagssitzung in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 7, Bl. 250–261.

497 Siehe hierzu S. 100 der vorliegenden Arbeit.

498 Vgl. BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 4, Bl. 201.

499 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 50, Bl. 382. Siehe auch Kotsch: Das Land Brandenburg zwischen Auflösung und Wiederbegründung, S. 63.

500 Am 29.8.1952 konstituierte sich der neue Kreistag Belzig; vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 8, Bl. 1.

501 Die Sollzahl von 30 Kreistagsabgeordneten in Kreisen mit weniger als 50 000 Einwohnern war zentral vorgegeben worden; Hajna: Länder – Bezirke – Länder, S. 150; Kotsch: Das Land Brandenburg zwischen Auflösung und Wiederbegründung, S. 63.

502 Nach dem selben Prinzip wurden die neuen Bezirkstage gebildet u. mit neuen Abgeordneten vervollständigt. Die entsprechenden Anordnungen der DDR-Regierung wurden veröffentlicht

hinzugezogenen Abgeordneten fehlte freilich jegliches Wählermandat. Sie wurden lediglich von den Blockausschüssen bestätigt.⁵⁰³ Die Zusammensetzung der Kreistage entsprach auch nicht mehr dem Kandidatenschlüssel von 1950. Laut Beschluss des zentralen Blocks fiel nunmehr ein Drittel der Mandate an die SED, ein Drittel an die Massenorganisationen (deren Vertreter mehrheitlich ebenfalls der SED angehörten⁵⁰⁴), ein Drittel hatten sich die übrigen Parteien zu teilen.⁵⁰⁵ Die SED-Kreisleitung Zauch-Belzig kommentierte zum neuen Schlüssel, »hierin kommt klar der Führungsanspruch unserer Partei zum Ausdruck. Die Blockparteien haben diesen Führungsanspruch bestätigt. Dann müssen sie auch für sich in Anspruch nehmen, jetzt im Kreistag zugunsten unserer Partei auf Mandate zu verzichten.«⁵⁰⁶ Im Zuge der Verwaltungsreform wandelten sich die Zauch-Belziger Verbände der Parteien und Massenorganisation gemäß der neuen Kreiseinteilung um⁵⁰⁷ – ein oftmals nicht problemloser Vorgang.⁵⁰⁸

Massenorganisationen

In der SBZ/DDR bildeten sich seit 1945 mehrere Organisationen, die entweder in der Tradition früherer Verbände (z.B. Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften)

in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik. Nr. 101 (1952), S. 621–625. Vgl. auch Hajna: Zur Bildung der Bezirke in der DDR, *passim*; ders: Länder – Bezirke – Länder, S. 148 u. 150; Kotsch: Die Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus, S. 730.

503 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 8, Bl. 1–4. Dem neuen Kreistag Belzig gehörten z.B. nur 5 Abgeordnete aus dem alten Kreistag, aber 25 neue Abgeordnete an; vgl. ebenda.

504 In der DDR-Historiographie, und zwar von Hajna: Zur Bildung der Bezirke in der DDR, S. 294, wurde offen zugegeben: »Da in der Regel mehr als die Hälfte der Abgeordneten der Massenorganisationen ebenfalls Mitglieder der SED waren, ergab sich eine absolute Mehrheit der SED [...]«

505 Vgl. BLHA, Rep. 334 Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 4, Bl. 201. Zum Beispiel setzte sich der Kreistag des neuen Kreises Belzig bei seiner Konstituierung dann folgendermaßen zusammen: 10 Abgeordnete von der SED, 1 LDP, 2 NDPD, 2 CDU, 2 DFD, 4 DBD, 2 FDJ, 2 FDGB, 1 VVN, 1 Kulturbund, 1 Konsumgenossenschaften, 2 VdgB; vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 8, Bl. 1–4.

506 BLHA, Rep. 334 Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 4, Bl. 202. Die »alten« bürgerlichen Parteien CDU u. LDP, die bei der brandenburgischen Landtagswahl 1946 oder auch bei der Kreistagswahl in Zauch-Belzig im gleichen Jahr zusammen die absolute Mehrheit erzielten, stiegen durch den massiven Mandatsverlust faktisch in die Bedeutungslosigkeit ab. Im neuen Bezirkstag von Potsdam etwa verfügten CDU u. LDP über weniger Abgeordnete als DBD u. NDPD; vgl. Mielke: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR, S. 117–120.

507 Die SED-Kreisleitung Zauch-Belzig kam letztmalig am 31.7.1952 zusammen. Die nächsten Kreisleitungs-Sitzungen sollten schon entsprechend der neuen Kreiseinteilung stattfinden; vgl. BLHA, Rep. 334, Nr. 4, Bl. 203.

508 Im Falle der CDU stellt Richter: Die Ost-CDU 1948–1952, S. 330, fest, dass die Umstrukturierungen der Landes- u. Kreisverbände zu einem zeitweiligen Organisationschaos führten. Laut Agsten u.a.: LDPD 1945 bis 1961, S. 252, beanspruchte auch bei der LDP die Formierung der neuen Bezirksverbände u. zahlreicher neuer Kreisverbände einen längeren Zeitraum. Die SED-hörige LDP-Spitze nutzte die Umstrukturierung gleich noch dazu, oppositionell gesonnen Parteifunktionäre in den eigenen Reihen auszuschalten; s. Sommer: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 72–74. Generell zur Umstrukturierung der Parteien u. Massenorganisationen ab 1952 s. Hajna: Zur Bildung der Bezirke in der DDR, *passim*; ders: Länder – Bezirke – Länder, S. 169–177; Mielke: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR, S. 144f.

standen oder als neuartige Einheitsorganisationen für bestimmte Schichten und Gruppen gegründet wurden.⁵⁰⁹ Grundlage für die Bildung dieser Organisationen war wie für die Parteigründungen der SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945. Alle zwischen 1945 und 1947 entstandenen Organisationen der SBZ besaßen für ihre jeweilige Zielgruppe das Organisationsmonopol. Die Gründung etwaiger Konkurrenzverbände wurde durch Dekrete der Besatzungsmacht und/oder die Politik der KPD/SED verhindert. Da in den Organisationen Vertreter aller zugelassenen Parteien und Parteilose wirkten, galten sie offiziell als überparteilich. Doch in der Realität herrschten schon bald Kommunisten bzw. SED-Mitglieder in all diesen Verbänden, für die die (kommunistische) Bezeichnung »Massenorganisationen« aufkam.

Ab 1948 wurden die Massenorganisationen eng an die Einheitspartei gebunden, womit sie den letzten Anschein von Unabhängigkeit und Überparteilichkeit verloren. In Umkehrung des ureigenen Anliegens gesellschaftlicher Verbände, nämlich die Interessen der eigenen Mitglieder im Prozess politischer Willensbildung zu vertreten, hatten die Massenorganisationen nach Vorgaben der SED auf den Prozess der politischen Willensbildung in der Gesellschaft einzuwirken.⁵¹⁰ Ihre vornehmliche Aufgabe bestand darin, die Ziele der SED-Politik zu propagieren und für deren Durchsetzung die Mitglieder der Massenorganisationen zu mobilisieren. Die Organisationen hatten bei der Herrschaftssicherung der SED sowohl als Kontrollorgan als auch zur Integration breiter Bevölkerungskreise in das politische System der SBZ/DDR zu dienen.⁵¹¹ Walter Ulbricht führte 1952 im üblichen Parteijargon aus: »Die Massenorganisationen sind Transmissionsriemen, durch die sich die Vorhut der Arbeiterklasse [d.h. der SED] mit den breitesten Massen des Volkes verbindet.«⁵¹² Indessen haben sich viele der Mitglieder, von SED-Funktionären und staatlichen Stellen sowohl im Arbeits- wie auch Privatleben ständig zur »gesellschaftlichen Betätigung« gedrängt und genötigt, nur pro forma diesen Verbänden angeschlossen, um den systemimmanenten Druck der SBZ-/DDR-Gesellschaft auf die eigene Person zu mindern.

Einige der Massenorganisationen waren in den Parlamenten vertreten. Bereits mit den Herbstwahlen 1946 zog die VdgB in den Kreistag Zauch-Belzig sowie in mehrere Ortsparlamente des Kreises ein. Seit den Wahlen von 1950 saßen auch Vertreter des FDGB, des DFD, der FDJ, des Kulturbundes, der VVN sowie der Konsumgenossenschaften im Zauch-Belziger Kreistag.

Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB)

Am 15. Juni 1945 bildete sich ein »Vorbereitender Gewerkschaftsausschuss« für Groß-Berlin, der zur Schaffung freier, überparteilicher Gewerkschaften aufrief.⁵¹³ In dem

509 Zum Folgenden vgl. die Ausführungen von H. Weber in: SBZ-Handbuch, S. 621–623.

510 Mählert: Die Massenorganisationen im politischen System der DDR, S. 113.

511 H. Weber, in: SBZ-Handbuch, S. 624.

512 Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, S. 490.

513 Zum Folgenden vgl. Helf: Von der Interessenvertretung zur Transmission, S. 339f.; Jendretzky: Die Gewerkschaften, S. 197 u. 204; Müller: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, S. 626, 629f. u.

Ausschuss hatten sich ehemals führende Gewerkschaftsfunktionäre aller politisch-weltanschaulicher Richtungen zusammengeschlossen. Nach dem Berliner Vorbild bildete sich am 26. August 1945 ein überparteilicher Gewerkschafts-Gründungsausschuss für die Provinz Brandenburg.⁵¹⁴ Ab Sommer 1945 wurde der Aufbau von Gewerkschaften in der SBZ zügig vorangetrieben. Die Gründungsphase fand ihren formalen Abschluss mit der ersten zentralen Delegiertenkonferenz des »Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes für das Sowjetisch Besetzte Gebiet« vom 9. bis 12. Februar 1946 in Berlin. Es folgte eine Phase der Festigung des FDGB, eine Auffächerung der Organisation in nicht autonome Industriegewerkschaften.

In Zauch-Belzig organisierte Bruno Stief (KPD) im Juni/Juli 1945 den Aufbau von Gewerkschaftsgruppen.⁵¹⁵ Ende des Jahres 1945 zählte man im Kreis 2243 Gewerkschafter.⁵¹⁶ In einzelnen Ortschaften des Kreises fehlten zu jener Zeit zwar noch Gewerkschaftsgruppen, doch in fast allen Betrieben waren bereits Betriebsgewerkschaftsausschüsse vorhanden. Laut Bericht des Landrats vom Dezember 1945 machte eine Werbeaktion für den Eintritt in die Gewerkschaften starke Fortschritte. Bis Mai 1946 stieg die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in Zauch-Belzig auf knapp 6000.⁵¹⁷

Der FDGB entstand als hierarchisch-zentralisierte Einheitsorganisation.⁵¹⁸ Oberstes innerorganisatorisches Prinzip war laut Satzung die politische und weltanschauliche Pluralität und Toleranz. Doch wurde die festgelegte parteipolitische Neutralität bereits in den Anfangsjahren von den Kommunisten mehrfach durchbrochen, gegen den Widerstand der Sozialdemokraten sowie der christlichen und liberalen Gewerkschafter. Die KPD nutzte schon die ersten Gewerkschaftswahlen, um den eigenen Einfluss in der Organisation zu stärken und gleichzeitig ihre Kampagne zur Fusion mit der SPD voranzutreiben. In Zauch-Belzig ging der Kreisvorstand der Sozialdemokratie auf dieses Spiel ein, indem er sich mit dem KPD-Kreisvorstand am 20. Dezember 1945 auf eine Resolution einigte, mit der die Betriebsgruppen beider Parteien angewiesen wurden, auf der »Basis vollen gegenseitigen Vertrauens« gemeinsame Kandidaten für die Gewerkschaftswahlen festzulegen.⁵¹⁹ Wie stark die Kommunisten ihren Einfluss auf die Gewerkschaftsgruppen in Zauch-Belzig ausbauen konnten, zeigte sich einen Monat später. Als am 20. Januar 1946 die Delegierten des Kreises für die Provinzgewerkschaftskonferenz gewählt wurden, gehörten von den 20 Gewählten 14 der KPD, aber nur 6 der SPD an. Der zugleich gewählte neunköpfige Gewerkschafts-Kreisausschuss setzte sich aus 6 Kommunisten und 3 Sozialdemokraten zusammen.⁵²⁰

634. Zum vorbereitenden Gewerkschaftsausschuss Groß-Berlin vgl. auch Apelt: Gewerkschaftseinheit – Arbeitereinheit, S. 349–351.

514 Müller: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, S. 649.

515 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 23.

516 Vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 10, Bl. 119 Rs.

517 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 319.

518 Zum Folgenden vgl. Helf: Von der Interessenvertretung zur Transmission, S. 340f.; Müller: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, S. 632–634.

519 BLHA, Rep. 331, Nr. 27, Bl. 112.

520 BLHA, Rep. 330, Nr. 74, Bl. 56.

Nach der Gründung der SED gelang es den Kommunisten, auch unterstützt durch direkte und indirekte Eingriffe der Besatzungsmacht, SBZ-weit die absolute Vormachtstellung innerhalb der FDGB-Strukturen zu erringen.⁵²¹ Bei den Herbstwahlen 1946 setzten sich die Gewerkschaftsleitungen massiv für die SED-Kandidaten ein, und auf Initiative der Einheitspartei wurde der FDGB im Jahr 1948 in den zentralen Block aufgenommen.

Mitte Juli jenen Jahres 1948 bestand die 25-köpfige Zauch-Belziger Kreisleitung des Gewerkschaftsbundes bezeichnenderweise nur noch aus SED-Mitgliedern.⁵²² Davon waren allerdings 14 ehemalige Sozialdemokraten, was insbesondere bei der sowjetischen Kreiskommandantur auf scharfe Kritik stieß.⁵²³ In den Folgemonaten wurde durch personelle Umbesetzungen die Zahl der Ex-SPD-Mitglieder in der Kreisleitung reduziert, aber auch der Alt-Kommunist Bruno Stief verlor seinen Posten als Zauch-Belziger Gewerkschaftsvorsitzender.

Im Zuge des Übergangs zur zentralen Wirtschaftsplanung hatte der FDGB 1947/48 die ihm zugewiesene Rolle als Organisator der Produktionserfüllung und -steigerung in der verstaatlichten Industrie übernommen.⁵²⁴ Damit war der entscheidende Schritt zu einem neuen Funktionsverständnis des FDGB, zu seiner Umformung in eine Institution staatlicher und betrieblicher Sozialpolitik nach sowjetischem Vorbild getan. »Die traditionellen gewerkschaftlichen Kampfformen wurden als ›Nurgewerkschaftertum‹ diffamiert, die ökonomische Planerfüllung in das Zentrum gewerkschaftlicher Tätigkeit gestellt und der Ablösungsprozeß der oppositionellen Betriebsräte beschleunigt.«⁵²⁵ Die Betriebsräte wurden schließlich aufgelöst und mit den Betriebsgewerkschaftsleitungen verschmolzen. Der 3. Bundeskongress des FDGB im Jahre 1950 erkannte die »führende Rolle« der SED nunmehr offiziell an, als verbindliches Organisationsprinzip für die Gewerkschaften wurde der »demokratische Zentralismus« satzungsmäßig verankert.

Der agrarisch geprägte Kreis Zauch-Belzig, wo die FDGB-Mitgliederzahl allein von Februar 1948 bis Juni 1949 von 14 502 auf 22 665 anstieg⁵²⁶, war ein Schwerpunktgebiet für die Gewerkschaft Land- und Forstwirtschaft. Ihr Anliegen war es u.a., die Landarbeiter des Kreises als Gegenpart zu den Großbauern zu organisieren und zu mobilisieren. Zumindest dieses Unterfangen entwickelte sich nicht allzu erfolgreich, teils bedingt durch das Desinteresse der Landarbeiter, teils durch Behinderungen seitens der Bauern. Im Dezember 1949 musste die Gewerkschaft berichten, sie hätte erhebliche Schwierigkeiten bei ihrer Agitation unter den Landarbeitern des Kreises. Auch verzögerten sich die Gewerkschaftswahlen in den privat-bäuerlichen Betrieben.⁵²⁷

521 Zum Folgenden vgl. Helf: Von der Interessenvertretung zur Transmission, S. 341f.; Müller: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, S. 636.

522 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 25.

523 Ebenda.

524 Zum Folgenden vgl. Helf: Von der Interessenvertretung zur Transmission, S. 342–344; Müller: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, S. 641–645.

525 Helf: Von der Interessenvertretung zur Transmission, S. 343.

526 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 218 Rs (Februar 1948); Nr. 172, Bl. 6f. (Juni 1949).

527 Ebenda, Nr. 123, Bl. 79.

Als im Herbst 1950 zur Vorbereitung der Bezirks- und Kreisdelegiertenkonferenzen der IG Land- und Forstwirtschaft Landarbeiterversammlungen durchgeführt wurden, erging von der Zauch-Belziger Kreisverwaltung die Aufforderung an die Bürgermeister:

[...] daß ihr den Bauern klar macht, daß diese ihren Landarbeitern keinerlei Schwierigkeiten zum Besuch der Versammlungen und Konferenzen bereiten. Weiterhin möchten wir Euch bitten, daß ihr mit den Landarbeitern über diese wichtigen Fragen sprecht und sie zum Besuch der Versammlungen und Konferenzen veranlaßt.⁵²⁸

Der Besuch blieb wahrscheinlich trotzdem gering. Die Landarbeiter waren als Selbstversorger eingestuft und damit nicht zum Bezug von Lebensmittelkarten berechtigt, was sie zu unmittelbar abhängigen Kostgängern ihrer Bauern machte. Sie konnten deshalb wenig Interesse daran haben, das Verhältnis zu ihren Arbeitgebern durch irgendwelche Gewerkschaftsdinge zu strapazieren.

Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB)

Die VdgB hatte ihre Wurzeln in den von der KPD initiierten »Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe«, die ab September 1945 beim Vollzug der Bodenreform Hilfsfunktionen übernahmen.⁵²⁹ In ihnen organisierten sich insbesondere Neubauern, die Begünstigte der Bodenreform waren. Auf Initiative der KPD-Führung wurde im Februar 1946 die Formierung der örtlichen Komitees zu einer bäuerlichen Organisation beschlossen. Im Frühjahr des Jahres konstituierten sich die Kreis- und Landes- bzw. Provinzialvereinigungen. Am 11. März 1946 wurde auf einer Konferenz in Belzig die Kreisvereinigung der Bauernhilfe Zauch-Belzig gebildet.⁵³⁰ Die auf der Konferenz anwesenden 413 Delegierten wählten einen neunköpfigen Kreisausschuss. In ihn wurden vier Kommunisten, drei Sozialdemokraten und zwei Parteilose gewählt, wobei Jenny Kluth (KPD), Ortsälteste aus Jeserig/Fläming, die meisten Stimmen erhielt. Am 16./17. März fand in Potsdam ein Kongress statt, auf dem die brandenburgische Provinzialvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe gegründet wurde. An diesem Kongress nahmen von der Zauch-Belziger Bauernhilfe 25 gewählte Delegierte teil (13 Kommunisten, 8 Sozialdemokraten, 4 Parteilose), an deren Spitze der 1. Vizepräsident der Provinzialverwaltung Bernhard Bechler (KPD) stand.⁵³¹ Im Mai 1946 bestellte eine SBZ-Delegierten-Tagung einen vorläufigen

528 Ebenda, Bl. 25.

529 Zum Folgenden vgl. Kind: Christliche Demokraten, S. 20; Staritz: Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, S. 760; Wernet-Tietz: Bauernverband und Bauernpartei, S. 48–59; ders.: Zur Rolle und Funktion der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) und Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD), S. 242f.

530 BLHA, Rep. 330, Nr. 161, Bl. 62. Die Ortsausschüsse der Bauernhilfe im Kreis zählten 806 Mitglieder. Für die Kreiskonferenz wurden 423 Delegierte gewählt, von denen dann aber nur 413 anwesend waren; Buchholz: Zur Entwicklung der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe im Kreis Belzig, S. 5.

531 BLHA, Rep. 330, Nr. 161, Bl. 63. Dass Bechler als Zauch-Belziger Delegierter an dem Kongress teilnahm, ist bemerkenswert, da er keinen Wohnsitz im Kreis hatte, sondern in Kleinmachnow (Kreis Teltow) wohnte.

Zonenausschuss sowie einen Generalsekretär. Die förmliche Gründung des VdGB auf zentraler SBZ-Ebene wurde erst von einer Konferenz der Landesorganisationen im November 1947 beschlossen. Die Führung des Verbandes lag seit seiner Gründung in den Händen von SED-Mitgliedern. Die vornehmliche Aufgabe der VdGB war es, die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe zu unterstützen. Die Einheitspartei sah in der VdGB ein Instrument der kommunistischen »Bündnispolitik« gegenüber den Klein- und Mittelbauern, ein Mittel, die Nutznießer der Bodenreform dauerhaft an sich zu binden.

In einem Arbeitsbericht der SED-Kreisleitung Zauch-Belzig für das erste Halbjahr 1946 hieß es, um den VdGB leistungsfähig zu gestalten, bedürfe es noch großer politischer Arbeit unter den Bauern und Neubauern, denn bisher sei der VdGB im Kreis fast nicht in Erscheinung getreten.⁵³² Doch schon im Juni des Jahres waren im Kreis 70% aller Bauern in 143 Ortsausschüssen der Bauernhilfe organisiert.⁵³³ Sie ließen sich zum Teil in die Organisation hineindrängen, um nicht auf der falschen Seite zu stehen, denn wer nicht mitmachte, konnte sogleich angegriffen bzw. benachteiligt werden. Gut zwei Jahre später, im Oktober 1948, zählte man 9 213 VdGB-Mitglieder im Kreis.⁵³⁴ SBZ-weit entwickelte sich die Vereinigung durch ihre wachsende Mitgliederzahl zu einer sozial breit gefächerten Bauernorganisation. Immer mehr Altbauern, auch Angehörige von CDU und LDP, traten der VdGB bei, während sich die Präsenz der SED in der VdGB-Mitgliedschaft verringerte.⁵³⁵ Dies war nicht zuletzt eine Taktik, eine List der SED-fernen bäuerlichen Bevölkerung, die sich langsam auf ihre Widerstandskräfte besann. Zum Beispiel bestand in Boßdorf bei Niemegk 1948 der Kopf des VdGB-Ortsausschusses aus CDU-Mitgliedern oder – wie es im Jargon der Einheitspartei hieß – Angehörigen der »Reaktion«.⁵³⁶

Die SED akzeptierte solche Verhältnisse nicht. Auf ihre Initiative hin wurden ab 1948/49 die Alt- und Großbauern aus VdGB-Funktionen verdrängt und viele aus der Organisation ausgeschlossen.⁵³⁷ Die Einheitspartei verhinderte eine mögliche Entwicklung der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe zu einem wirklichen Interessenverband aller Bauern. Stattdessen wurde die Vereinigung, die im November 1950 mit dem Zentralverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften zwangsfusionierte, in eine Massenorganisation leninistisch-stalinistischen Zuschnitts um-

532 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 44 (»Arbeitsbericht der SED Kreis Zauch-Belzig«).

533 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 54, Bl. 36.

534 Ebenda, Nr. 172, Bl. 91f.

535 Staritz: Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, S. 761; Wernet-Tietz: Bauernverband und Bauernpartei, S. 53f., 62 u. 70f.; ders.: Zur Rolle und Funktion der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdGB) und Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD), S. 243f. Ab Ende 1947 »wurde die VdGB mehrheitlich von Altbauern getragen, die an zahlenmäßiger Stärke sowie an politischem Einfluß gewannen und gegenüber der Gruppe der Neubauern ein deutliches Übergewicht bildeten.«; Wernet: Zur Rolle und Funktion der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdGB) und Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD), S. 243.

536 Vgl. BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 1, Bl. 53.

537 Zum Folgenden vgl. Staritz: Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, S. 761f.; Wernet-Tietz: Bauernverband und Bauernpartei, S. 58f. u. 89–94.

geformt. Die Arbeit des VdGB galt ab ca. 1950 stärker der Förderung der staatlichen Agrarpolitik als der Durchsetzung von Mitgliederinteressen.

Im Kreis Zauch-Belzig begann die SED Anfang des Jahres 1949, den VdGB wieder stärker unter ihre Kontrolle zu bringen. Bei der seinerzeitigen Wahl des Kreisausschusses der Bauernhilfe mobilisierte die Einheitspartei all ihre Kräfte – und das mit Erfolg: Nach der Wahl setzte sich der neue Ausschuss aus zehn SED-, zwei DBD-Mitgliedern, einem CDU-Mitglied sowie zwei Parteilosen zusammen; die soziale Zusammensetzung des Gremiums sah so aus: sechs Neubauern, sechs Altbauern, zwei Obstzüchter, ein Angestellter.⁵³⁸ Solch ein VdGB-Kreisausschuss entsprach den Vorstellungen der SED. Ihr »reinigendes« Eingreifen war wohl die Ursache, dass die Bauernvereinigung im Kreis bis Ende 1949 rund 200 Mitglieder verlor.⁵³⁹ Nichtsdestotrotz urteilte man in der SED-Kreisleitung noch im Herbst 1950 über die Zauch-Belziger VdGB: »Hier hat sich der Klassengegner eingenistet und benutzt diese Organisation für die Durchführung seiner Klassenpolitik«.⁵⁴⁰ Aus der Sicht der Einheitspartei könnte das zutreffend gewesen sein.

Frauenausschüsse/Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD)

Seit dem Sommer 1945 bildeten sich, aus der Not geboren, in den Kommunen örtliche Frauenausschüsse.⁵⁴¹ Dies geschah vor dem Hintergrund eines Frauenüberschusses in Deutschland bei Kriegsende, was bedeutete, dass die weibliche Bevölkerung die Hauptlasten der Nachkriegsmonate zu tragen hatte. Die Frauenausschüsse wurden Ende Oktober 1945 durch die SMAD lizenziert.⁵⁴² Zugleich verbot die Besatzungsmacht die Schaffung von Frauenorganisationen bei den Parteien. Die Frauenausschüsse kümmerten sich um soziale Belange der Frauen, Kinder und Jugendlichen. Ihnen oblagen indes auch politisch-erzieherische und kulturelle Aufgaben.

Erste Selbsthilfegruppen waren von Zauch-Belziger Frauen anscheinend im Juni 1945 gegründet worden.⁵⁴³ Nach der Lizenzsierung durch die SMAD bildeten sich im Kreis offiziell Frauenausschüsse. Am 15. November gründeten weibliche Mitglieder von KPD und SPD den Frauenausschuss Treuenbrietzen. Zu derselben Zeit war schon ein Frauenausschuss in Belzig aktiv. In Werder/Havel wurde um den 22. November die Bildung eines Frauenausschusses vorbereitet, der sich aus vier Kommunistinnen,

538 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 3, Bl. 132.

539 Im Dezember 1949 zählte die VdGB im Kreis 9076 Mitglieder; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 144f.

540 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 3, Bl. 219f. Doernberg: Die Geburt eines neuen Deutschland, S. 217, meint (aus Sicht des SED-Historikers) kritisch zur VdGB, sie hätte »nicht ganz die Rolle bei der sozialistischen Umgestaltung in der Landwirtschaft und der Erziehung eines sozialistischen Bewußtseins unter den Bauernmassen« gespielt, die sie hätte »spielen können und müssen.«

541 Zum Folgenden vgl. Kern: Die Frauen standen mit in vorderster Reihe, S. 86–88; Weber: Demokratischer Frauenbund Deutschlands, S. 691 u. 693; dies.: Zur Vorgeschichte und Entwicklung des Demokratischen Frauenbundes, S. 421.

542 Der entsprechende SMAD-Befehl Nr. 080, bekannt gemacht am 3.11.1945, ist abgedruckt bei: Weber: Parteiensystem, S. 430.

543 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 25.

zwei Sozialdemokratinnen sowie jeweils einer Christ- und Liberaldemokratin zusammensetzen sollte.⁵⁴⁴

Zum Ende des Jahres 1945 wurden die Frauenausschüsse den kommunalen Selbstverwaltungsorganen angegliedert, Kreis-Frauenausschuss-Leiterinnen eingesetzt. Am 17. März 1946 tagte in Belzig unter Vorsitz der Kreis-Frauenausschuss-Leiterin Margarete Langner⁵⁴⁵ eine erste Zauch-Belziger Frauenkonferenz, bei der 224 Teilnehmerinnen anwesend waren.⁵⁴⁶ Sie wählten 30 Delegierte (12 Kommunistinnen, 10 Sozialdemokratinnen, 3 Christ-, 3 Liberaldemokratinnen und 2 parteilose Frauen) für die Bezirkskonferenz der Frauenausschüsse, die am 30./31. März in Potsdam stattfand. Auf der zentralen Delegiertenversammlung von Vertreterinnen der Frauenausschüsse der SBZ und Berlins sowie westdeutscher Frauenkreise am 13./14. Juli 1946 in Berlin wurde die Bildung eines »Zentralen Frauen-Ausschusses« beschlossen, der zukünftig die gesamte Arbeit anleiten und koordinieren sollte.⁵⁴⁷ Die Beteiligung an den SBZ-Gemeindewahlen im September des Jahres 1946 brachte für die Frauenausschüsse einen Misserfolg. Beispielsweise kamen ihre Listen in Zauch-Belzig nicht über einen Stimmenanteil von 1,2% hinaus.⁵⁴⁸

Am 7./8. Dezember 1946 fassten 200 Vertreterinnen der Frauenausschüsse auf einer Arbeitstagung in Berlin den Entschluss, ein Vorbereitungskomitee zur Gründung einer regulären Frauenorganisation zu konstituieren.⁵⁴⁹ Insbesondere die SED forcierte den Aufbau der neuen Frauenorganisation, die dann am 7.–9. März 1947 als »Demokratischer Frauenbund Deutschlands« (DFD) aus der Taufe gehoben wurde. Der Landesverband Brandenburg des Frauenbundes formierte sich am 10./11. Mai, mit Frieda Radel (LDP) als Vorsitzende und Hilde Marchwitza (SED) als Stellvertreterin.⁵⁵⁰ Bereits knapp einen Monat zuvor, am 13. April, war der DFD-Kreisverband Zauch-Belzig gegründet worden.⁵⁵¹

Es war geplant, dass trotz Gründung des DFD die Frauenausschüsse weiter arbeiten sollten, zumindest bis sich der Frauenbund organisatorisch gefestigt hatte, wie die Zauch-Belziger Kreis-Frauenausschuss-Leiterin Strecker erklärte.⁵⁵² Von den im April 1947 gezählten 875 Angehörigen der Frauenausschüsse des Landkreises trat die Mehrzahl sogleich in den DFD ein, der im Mai 1947 in Zauch-Belzig bereits

544 Vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 161, Bl. 37 (Treuenbrietzen), Bl. 38 (Belzig); KrAPM 60.18/15 (Protokoll der Funktionärssitzung vom 22.11.1945, S. 1 [Werder]).

545 Zur Person der Kommunistin Margarete Langner (1906–1992), die maßgeblich am Aufbau der Frauenausschüsse u. des DFD in Brandenburg beteiligt war, s. Kotsch: Karrierewege in Brandenburg, S. 189f.; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 2, S. 943.

546 Vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 161, Bl. 48–50.

547 Weber: Zur Vorgeschichte und Entwicklung des Demokratischen Frauenbundes, S. 422.

548 Siehe S. 143 der vorliegenden Arbeit.

549 Zum Folgenden vgl. Weber: Demokratischer Frauenbund Deutschlands, S. 696; dies.: Zur Vorgeschichte und Entwicklung des Demokratischen Frauenbundes, S. 422–424.

550 Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 701; Weber: Demokratischer Frauenbund Deutschlands, S. 707.

551 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 25.

552 Vgl. BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 3, Bl. 16 Rs.

620 Mitglieder in 11 Ortsgruppen umfasste.⁵⁵³ Nachdem am 12. Juli des Jahres auf zentraler Ebene eine enge Zusammenarbeit zwischen den Frauenausschüssen und dem DFD vereinbart worden war, erließ die SMAD den Befehl Nr. 254 vom 11. November 1947 zur Verschmelzung der Frauenausschüsse mit dem DFD, womit die Frauenausschüsse im DFD aufgingen.⁵⁵⁴

Die SED bemühte sich von Anfang an mit Erfolg, den Frauenbund in ihr eigenes Fahrwasser zu steuern.⁵⁵⁵ Deshalb wurden in den bürgerlichen Parteien schnell Stimmen laut, die dem DFD mit Skepsis begegneten oder ihn auch offen ablehnten. Bereits im Juni 1947 äußerte im Kreistag Zauch-Belzig der Abgeordnete Dr. Arthur Slany namens der CDU-Fraktion unverhüllt Zweifel an der Parteineutralität des Frauenbundes. Slany sagte, der DFD müsste erst beweisen, dass es sich bei ihm um eine überparteiliche Organisation handelte.⁵⁵⁶ In den Reihen der CDU machte sich dann insbesondere Protest gegen die Überführung der Frauenausschüsse in den DFD bemerkbar.

Trotz der Widerstände seitens der Christ- und Liberaldemokraten machte der DFD die charakteristische Entwicklung einer SED-gelenkten Massenorganisation durch. Ab Sommer 1949 wurden die Strukturen des Frauenbundes dem stalinistischen Prinzip des »demokratischen Zentralismus« angeglichen, die »führende Rolle« der Einheitspartei wurde seitens des DFD anerkannt.⁵⁵⁷ Wieweit die Organisation von der SED infiltriert war, wird anhand des Zauch-Belziger DFD-Funktionärskörpers im Jahr 1950 nachvollziehbar: Im August des Jahres existierten im Kreis insgesamt 92 DFD-Ortsgruppen und -Stützpunkte, wobei von den 70 Ortsgruppen allein 39 durch SED-Mitglieder, 30 durch parteilose Frauen geleitet wurden; nur in Rieben wirkte eine Liberaldemokratin als Ortsvorsitzende.⁵⁵⁸ Die Mitgliederzahl des DFD im Kreis war von 620 Frauen im Mai 1947 über 1842 im Oktober 1948 bis auf 2258 im Dezember 1949 gestiegen.⁵⁵⁹

Freie Deutsche Jugend (FDJ)

Im Sommer 1945 wurden überall in der SBZ den Bürgermeistereien angegliederte »antifaschistische Jugendausschüsse« gebildet, die bereits am 31. Juli 1945 ihre Zulassung

553 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 256 Rs, Bl. 272 Rs.

554 Weber: Demokratischer Frauenbund Deutschlands, S. 694f.; dies.: Zur Vorgeschichte und Entwicklung des Demokratischen Frauenbundes, S. 426. Der SMAD-Befehl Nr. 254 ist abgedruckt bei: Weber: Parteinssystem, S. 441.

555 Zum Folgenden vgl. Weber: Demokratischer Frauenbund Deutschlands, S. 695f.; dies.: Zur Vorgeschichte und Entwicklung des Demokratischen Frauenbundes, S. 425–427.

556 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 53.

557 Weber: Demokratischer Frauenbund Deutschlands, S. 700 u. 702; dies.: Zur Vorgeschichte und Entwicklung des Demokratischen Frauenbundes, S. 428.

558 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 123, Bl. 104–112.

559 Ebenda, Nr. 173, Bl. 256 Rs (Mai 1947); Nr. 172, Bl. 91f. (Oktober 1948); Nr. 173, Bl. 144f. (Dezember 1949). Die Quellenlage bzgl. des DFD-Kreisverbandes Zauch-Belzig ist recht dürftig. Zum Beispiel fehlt in den Aktennotizen des DFD-Landesverbandes über die Arbeit der einzelnen brandenburgischen DFD-Kreisverbände aus dem Jahr 1950 (SAPMO-BArch, DY 31/1271, Bl. 18–22) eine Charakterisierung des Zauch-Belziger Kreisorganisation.

durch die SMAD bekamen.⁵⁶⁰ Zugleich verbot die Besatzungsmacht die Bildung und Existenz aller anderen Jugendorganisationen. Im September 1945 wurde in Berlin der »Zentrale Antifaschistische Jugendausschuss für die Sowjetische Besatzungszone« eingerichtet. In ihm vereinigten sich Vertreter von KPD, SPD, CDU und der beiden Kirchen zum Zweck der Koordinierung der Jugendarbeit und zur späteren Schaffung einer einheitlichen Jugendorganisation. Bis November 1945 bildeten sich in allen Ländern und Provinzen Landesjugendausschüsse. Am 26. Februar 1946 fasste der Zentrale Jugendausschuss den Gründungsbeschluss für eine »Freie Deutsche Jugend« (FDJ), der am 5. März von der SMAD genehmigt wurde.⁵⁶¹ Zwei Tage darauf fanden in den Landes- und Provinzhauptstädten der SBZ Gründungsveranstaltungen des Jugendverbandes statt. Der FDJ-Landesverband Brandenburg formierte sich offiziell am 21. März.⁵⁶² Zu Pfingsten (8.–10. Juni) 1946 trat in Brandenburg/Havel das erste Zentrale Parlament (d.h. Delegiertenkonferenz) der FDJ zusammen, das einen Zentralrat als Führungsgremium der Jugendorganisation wählte.

Ab wann im Kreis Zauch-Belzig Jugendausschüsse entstanden, lässt sich nicht mehr nachvollziehen.⁵⁶³ Zumindest heißt es in einem Bericht des Landrats vom Dezember 1945, die Jugendausschüsse seien im Aufbau begriffen.⁵⁶⁴ Nachdem am 19./20. Januar 1946 eine Landeskonzferenz der brandenburgischen Jugendausschüsse in Potsdam stattgefunden hatte, kamen am 2./3. März Vertreter der Zauch-Belziger Jugendausschüsse zu einer ersten Kreisarbeitstagung zusammen.⁵⁶⁵ Im April 1946 bildeten sich erste FDJ-Ortsgruppen des Kreises in Belzig, Schmergow, Bliesendorf, Groß Kreutz, Kemnitz und Alt-Töplitz. Im folgenden Monat wurden in den Dörfern um Treuenbrietzen Ortsgruppen-Gründungsfeiern abgehalten. Die Konstituierung der Kreisorganisation des Jugendverbandes erfolgte wahrscheinlich auf einem FDJ-Treffen in Belzig am 12. Mai 1946. Zu jenem Zeitpunkt waren 542 Jugendliche Zauch-Belzigs Mitglied der FDJ. Für den Aufbau der Kreisorganisation zeichnete hauptsächlich der SED-Jungfunktionär Kurt Knobloch verantwortlich.⁵⁶⁶ Anscheinend traten in den ersten Monaten Schwierigkeiten persönlicher Art innerhalb der Führungsriege der Kreis-FDJ auf, weshalb sich, wie der SED-Kreisvorstand Mitte 1946 feststellte, der Jugendverband in Zauch-Belzig bisher nicht gut entwickeln konnte.⁵⁶⁷ Die Mitgliederwerbung und -gewinnung war nicht zufriedenstellend, wofür es neben Führungsproblemen noch verschiedene Gründe gab. Im Bürgermeisterbezirk Werder z.B. wirkte sich auf die Mitgliederwerbung negativ aus, dass auf Anordnung der dortigen

560 Zum Folgenden vgl. Vogt: Die Freie Deutsche Jugend, S. 387f.; Weber: Freie Deutsche Jugend, S. 665 u. 667–670.

561 Siehe Vogt: Die Freie Deutsche Jugend, S. 397f. Laut Weber: Freie Deutsche Jugend, S. 669, genehmigte die SMAD erst am 7. März den Gründungsbeschluss.

562 Weber: Freie Deutsche Jugend, S. 682.

563 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 318f. u. 346.

564 BLHA, Rep. 330, Nr. 10, Bl. 119 Rs.

565 Sammlung G. Dorbritz (Schreiben G. A. Vogels an die SED-Kreisleitung Belzig vom 25.9.1970, S. 3).

566 Dorbritz: 40. Jahrestag der Vereinigung, S. 3.

567 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 44 (Arbeitsbericht der SED Kreis Zauch-Belzig).

NKWD-Dienststelle ehemalige Mitglieder der Hitlerjugend sich monatlich bei der Polizei melden mussten. Auch verspürten viele Jugendliche nach den Erfahrungen der NS-Zeit wenig Lust, sich in feste Organisationsstrukturen einzuordnen.⁵⁶⁸ »Die FDJ ist ein Schmerzenskind von uns. Die Jugend ist zügellos und setzt mächtigen Widerstand dem entgegen, was sie zu einer festen Ordnung anhält.«, formulierte Anfang 1947 der SED-Kreisvorsitzende Willi Steinicke.⁵⁶⁹

Bei ihrer Gründung erhob die FDJ den Anspruch, ein einheitlicher, überparteilicher Jugendverband zu sein.⁵⁷⁰ Doch bereits in der Frühphase trachtete die SED nach der Führungsrolle in der Organisation. Im SED-Kreisvorstand Zauch-Belzig etwa wurde die Forderung laut: »Wir müssen die jugendlichen Parteimitglieder gesondert zusammenfassen, sie auf ein Ziel ausrichten und Kräfte finden, die in der FDJ wirken können.«⁵⁷¹ Auf wichtigen Positionen in den FDJ-Gremien konnten Mitglieder der Einheitspartei installiert werden. War der Jugendverband bis Mitte 1947 noch als relativ eigenständige Organisation anzusprechen, so machte sich in der folgenden Zeit ein immer stärker werdender Einfluss der SED bemerkbar. Die Einheitspartei griff offener und gezielter in die FDJ-Arbeit ein. Auf Seiten der bürgerlichen Parteien sah man mit Unbehagen, wie sich der Jugendverband schrittweise zu einer Satellitenorganisation der SED entwickelte.⁵⁷² Es kam zu offenen Konfrontationen, auch in Zauch-Belzig. Als die SED im November 1947 die Zulassung eines FDJ-Sprechers im Kreistag beantragte, wurde dies von der CDU-Fraktion entschieden zurückgewiesen mit der offiziellen Begründung, dass »sonst jede andere antifaschistische Organisation das Recht hätte gleiche Forderungen an den Kreistag zu stellen und so letzten Endes der Kreistag zum Tummelplatz aller mögliche Sonderinteressen werden würde.«⁵⁷³ In der Kampfabstimmung votierten bei einer Stimmenthaltung 26 Abgeordnete von CDU und LDP mit Nein und nur die 20 Abgeordneten von der SED und der VdgB mit Ja, womit der Antrag auf Zulassung eines FDJ-Sprechers abgeschmettert war.

Als die Überparteilichkeit der FDJ immer mehr zur Farce geworden war, kam es im Januar 1948 auf der zentralen Ebene zum Bruch. Wegen des immer offeneren

568 Ein damaliger Jugendlicher aus Werder drückte es später so aus: »[Wir] hatten die Diktatur, dieses Strammstehen satt. Wir haben [...] die neue Freiheit, die auf uns zukam, kurz nach 45/46, genossen. Wir konnten endlich mal, mussten nicht zu irgendwelchen Führungstreffen oder Strammstehen oder Fahنشwenken. [...] Wir waren regelrecht glücklich.«; Spiegel: Die Stasi kam im Morgengrauen, S. 11f.

569 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 3, Bl. 6.

570 Zum Folgenden vgl. Vogt: Die Freie Deutsche Jugend, S. 388–391; Weber: Freie Deutsche Jugend, S. 669–671.

571 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 3, Bl. 6.

572 Teile der LDP bemühten sich 1947, jugendliche Liberaldemokraten in »Arbeitsgemeinschaften« zusammenzufassen u. damit eine Konkurrenz zur FDJ aufzubauen; vgl. Agsten u.a.: LDPD 1945 bis 1961, S. 94. Die LDP besaß einen hohen Anteil an jugendlichen Mitgliedern, der von keiner anderen Partei in der SBZ auch nur annähernd erreicht werden konnte; Krippendorff: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 61; Papke: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR, S. 34.

573 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 199.

Eintretens der FDJ für Positionen der SED verließen die Vertreter der beiden bürgerlichen Parteien den Zentralrat.⁵⁷⁴

Die 1948 erhobenen Forderungen nach Unterstützung der FDJ durch die SED bei der ideologischen Erziehung der jüngeren Generation und nach Einbindung der FDJ in die Parteiarbeit dokumentierten die Absicht der Einheitspartei, den Jugendverband als Rekrutierungsfeld, als »Kaderreserve« zu nutzen.⁵⁷⁵ Da passte es z.B. nicht, dass in Werder die FDJ fest in der Hand bürgerlich orientierter Jugendlicher war, die sich unumwunden als nicht-kommunistisch gerierten. Die SED-Kreisleitung löste im Frühjahr 1948 die FDJ-Ortsgruppe kurzerhand auf und reorganisierte sie unter Anleitung von SED-Funktionären.⁵⁷⁶ Der größte Teil der bisherigen FDJ-Mitglieder der Havelstadt wurde ausgeschlossen. Ein SED-Funktionär äußerte bezüglich der Vorgänge in Werder: »Wir haben dort sehr radikal durchgegriffen. Es war aber nicht leicht unsere Mitgliedschaft davon zu überzeugen, daß es notwendig war, diese Gegenmaßnahmen zu ergreifen.«; die FDJ sei ideologisch (noch) schwach – will heißen, sie entsprach noch nicht den Vorstellungen der SED.⁵⁷⁷ Die spürbare Instrumentalisierung und Reglementierung der FDJ durch die Einheitspartei führte in Zauch-Belzig (wie in der gesamten SBZ⁵⁷⁸) zu einem zeitweiligen Rückgang der Mitgliederzahl des Jugendverbandes. Im April 1948 gab es 4710 FDJ-Mitglieder im Kreis, fünf Monate später lediglich noch 3708.⁵⁷⁹

Auf ihrem 3. Parlament (Juni 1949) in Leipzig verabschiedete die FDJ eine neue »Verfassung«, in deren Artikeln sie sich den politischen Zielen der SED unterordnete.⁵⁸⁰ Die alleinige Bindung der Jugendorganisation an die Einheitspartei war nunmehr offen vollzogen. Die Wahl des FDJ-Vorsitzenden Erich Honecker als Kandidat des Politbüros der SED 1950 und die Übernahme von Aufgaben im Parteiapparat der SED durch FDJ-Funktionäre machten die überaus enge Verflechtung zwischen Partei und Jugendverband deutlich.⁵⁸¹ Mit der Festschreibung der »führenden Rolle« der SED und der Festlegung des Organisationsprinzips des »demokratischen Zentralismus« in den FDJ-Statuten 1952 wurde die Umformung des ursprünglich überparteilich konzipierten Jugendverbandes FDJ zur Massenorganisation der SED abgeschlossen.

Durch gezielte Werbe- und Mobilisierungsmaßnahmen hatte es der Jugendverband im Jahr 1949 erreicht, seinen Mitgliederbestand wieder zu erhöhen.⁵⁸² Die Herausbildung einer neuen Sportbewegung, deren gemeinsame Träger anfänglich die FDJ und der FDGB waren, sowie der Aufbau einer Kinderorganisation (»Junge Pioniere«) im Rahmen der FDJ trugen zum Wachstum der Mitgliederzahlen bei. Im

574 Weber: Freie Deutsche Jugend, S. 672.

575 Vogt: Die Freie Deutsche Jugend, S. 391.

576 Spiegel: Die Stasi kam im Morgengrauen, S. 13.

577 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 1, Bl. 44.

578 Vgl. Weber: Freie Deutsche Jugend, S. 675.

579 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 198f. u. 208.

580 Zum Folgenden vgl. Vogt: Die Freie Deutsche Jugend, S. 391–393.

581 Siehe auch Weber: Freie Deutsche Jugend, S. 676f.

582 Ebenda, S. 675f. Siehe hierzu die Angaben bei Weber: Parteiensystem, S. 514 (Tabelle 2).

Kreis Zauch-Belzig konnte die FDJ allein im Zeitraum Juni bis Dezember 1949 von 3934 auf 5336 Mitglieder zulegen.⁵⁸³ Bis September 1950 stieg die Zahl der FDJ-Angehörigen im Kreis – zumindest nach Angaben der damaligen FDJ-Kreisleitung – auf über 7000.⁵⁸⁴

Konsumgenossenschaften

Mit dem Aufbau von Konsumgenossenschaften nach Kriegsende wurde ein traditionell sozialdemokratisches Institut der Arbeiterbewegung wiederbelebt.⁵⁸⁵ Ende August 1945 befasste sich die zentrale Arbeitsgemeinschaft von KPD und SPD mit der Neugründung von Konsumgenossenschaften. Auf lokaler und regionaler Ebene entstanden zum Neuaufbau solcher Genossenschaften Organisationsausschüsse, die meist paritätisch von Mitgliedern der KPD und SPD besetzt waren und in denen auch immer Gewerkschaftsvertreter mitwirkten. Der SMAD-Befehl Nr. 176 vom 18. Dezember 1945 legalisierte die bis dahin schon entstandenen 33 Konsumgenossenschaften in der SBZ und machte den Weg zur Gründung weiterer Konsumgenossenschaften frei. Mit diesen Genossenschaften sollte die Versorgung der Bevölkerung verbessert, aber sicherlich auch der private Groß- und Einzelhandel eingedämmt werden.

Im Frühjahr 1946 wurden parallel zu den örtlichen Konsumgenossenschaften auch Landesverbände aufgebaut.⁵⁸⁶ Der brandenburgische Landesverband bildete sich am 13./14. April.⁵⁸⁷ Nachdem im Frühjahr 1947 ein »Konsum-Hauptsekretariat« zur Koordinierung der regionalen Aktivitäten in der SBZ gebildet worden war, wurde endlich am 27. August 1949 als zentraler Organisationsrahmen der »Verband deutscher Konsumgenossenschaften eGmbH« gegründet. Die Mitarbeiter der Genossenschaften entstammten in der übergroßen Mehrheit den Reihen der SED. Die Einheitspartei wollte durch diese Organisation, die durch den ständigen Kundenkontakt in »enger Verbindung mit den Massen« stand, ihre eigenen parteipolitischen Aktivitäten wie Unterschriftenaktionen, Demonstrationen usw. unterstützt sehen. Zur Schulung der leitenden Konsumgenossenschafts-Mitarbeiter in Brandenburg wurde im Oktober 1947 eine Verbandsschule in Wilhelmshorst eingerichtet.⁵⁸⁸

Die Entwicklung des hauptsächlich im Arbeitermilieu angesiedelten Konsumgenossenschaftswesens bereitete in dem vorwiegend ländlichen Kreis Zauch-Belzig offensichtlich einige Schwierigkeiten.⁵⁸⁹ Hier bestanden Mitte 1946 vier Konsumgenossenschaften, und zwar die KG Niemegk (im September 1945 wieder aufgerichtet), die KG Borkheide (im Oktober 1945 gegründet), die KG Treuenbrietzen (im Februar

583 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 172, Bl. 6f. (Juni 1949); Nr. 173, Bl. 144f. (Dezember 1949).

584 Vgl. ebenda, Nr. 123, Bl. 165.

585 Zum Folgenden vgl. Schwenger: Konsumgenossenschaften, S. 769–771.

586 Zum Folgenden vgl. Schwenger: Konsumgenossenschaften, S. 771–774 u. 777f.

587 Vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 74, Bl. 71f.; Schwenger: Konsumgenossenschaften, S. 782.

588 Schwenger: Konsumgenossenschaften, S. 792.

589 Vgl. BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 44 (Arbeitsbericht der SED Kreis Zauch-Belzig [für das 1. Halbjahr 1946]).

1946 gegründet) und die KG Belzig (im Mai 1946 wieder gegründet).⁵⁹⁰ Daneben reichten die Filialnetze der Konsumgenossenschaften Potsdam und Brandenburg/Havel in das Kreisgebiet hinein. Im Oktober 1948 umfassten die vier KG's Belzig, Borkheide, Niemegk und Treuenbrietzen 10 980 Mitglieder, im Dezember des folgenden Jahres 12 645 Mitglieder.⁵⁹¹ Im Zauch-Belziger Kreistag waren die Konsumgenossenschaften nach den Oktoberwahlen 1950 durch die Abgeordnete Alma Peter vertreten.⁵⁹²

Kulturbund

Die Initiative zur Gründung eines »Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands« ging (im Auftrag der KPD-Führung) vom kommunistische Schriftsteller Johannes R. Becher aus.⁵⁹³ Am 31. Juli 1945 erteilte die Besatzungsmacht dem Kulturbund die Lizenz für die SBZ, woraufhin am 8. August ein »Initiativkomitee« einen Präsidialrat des Kulturbundes wählte. Dem 24-köpfigen Präsidialrat gehörten Repräsentanten verschiedener Wissenschaftsbereiche und unterschiedlicher Parteizugehörigkeit an. Zum Präsidenten wurde Becher gewählt. Die tatsächliche Schaltstellen innerhalb der Organisation waren von KPD-Mitgliedern besetzt, womit sich in der personellen Zusammensetzung der Leitungsgremien der Führungsanspruch der Kommunisten wie ihr bündnispolitisches Konzept (formale Überparteilichkeit und formale weltanschauliche Pluralität) widerspiegelte. Der Kulturbund verstand sich bei seiner Gründung als ein Verband zur Umerziehung speziell der Intelligenz.

Der Landesverband Brandenburg des Kulturbundes wurde bereits am 10. Juli 1945, also vor der SBZ-weiten Lizenzierung durch die SMAD, gegründet.⁵⁹⁴ Den Vorsitz übernahm der parteilose Potsdamer Kunsthistoriker Professor Griesebach, der ihn aber schon bald dem Maler Otto Nagel (KPD) überließ. Die Arbeit in örtlichen Gruppen begann erst 1946.⁵⁹⁵ Im Kreis Zauch-Belzig spielte Treuenbrietzen, wo am 22. Februar jenen Jahres eine Kulturbund-Gruppe gegründet wurde⁵⁹⁶, die Vorreiterrolle. In der Kreisstadt Belzig entstand im März eine Basisgruppe.⁵⁹⁷ Es folgten weitere Gründungen in verschiedenen Orten des Kreises.

Der Organisationsaufbau des Kulturbundes zeigte von Anfang an zentralistische Züge.⁵⁹⁸ So unterlagen die Landesleitungen der Weisungsbefugnis der Bundesleitung. Ursprünglich gliederten sich die Landesverbände in Bezirksgruppen und diese in vorerst nicht näher definierte Untergruppen. Reguläre Kulturbund-Kreisleitungen gab es vorerst weder in Zauch-Belzig noch in anderen Kreisen. Dies missfiel den

590 BLHA, Rep. 330, Nr. 161, Bl. 51.

591 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 172, Bl. 91f. (Oktober 1948); Nr. 173, Bl. 144f. (Dezember 1949).

592 Ebenda, Nr. 7, Bl. 13.

593 Zum Folgenden vgl. Heider: Kulturbund, S. 715f.

594 Ebenda, S. 717.

595 Vgl. ebenda, S. 717f.

596 Pöpke: Bürgermeister gab Anstoß, S. 17.

597 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 28.

598 Zum Folgenden vgl. Heider: Kulturbund, S. 716.

Politoffizieren der Zauch-Belziger Kreiskommandantur, da sie – in ihrem Streben nach lokaler Allgewalt – meinten, dadurch nur äußerst schwer die Tätigkeit des Kulturbundes kontrollieren und lenken zu können.⁵⁹⁹ Im Februar 1948 entstand schließlich ein provisorischer Zauch-Belziger Kreisvorstand des Kulturbundes, dem sieben Personen angehörten. Am 27. März 1949 wurde dann ein Kulturbund-Kreissekretariat mit dem SED-Mitglied Ostertag als Vorsitzendem gebildet.⁶⁰⁰ Doch erst im November 1949 empfahl der Kulturbund auf seinem 2. Bundeskongress allen Landesverbänden die generelle Bildung von Kreissekretariaten.

Die vom Kulturbund nach außen hin vertretene Linie entsprach in der Regel der Politik der KPD/SED.⁶⁰¹ Nach den Vorgaben der SED wandelte sich die Organisation im Laufe der Jahre von einem explizit antinazistisch-pluralistischen Verband mit relativ weitem Handlungsspielraum zu einer Organisation mit tendenziell marxistisch-leninistischem Selbstverständnis. Der entscheidende Schritt wurde 1949 getan. Im April des Jahres beschloss man im SED-Parteivorstand, die Aufgaben des Kulturbundes »entsprechend der neuen Bedingungen des Klassenkampfes neu zu formulieren.« Die Parteiführung verordnete nun die »Entwicklung des Kulturbundes zu einer Massenorganisation«. Der Kulturbund passte sich dem an. Auf einem Bundeskongress vom 23. bis 27. November 1949 wurde der Funktionswandel zu einer Massenorganisation stalinistischen Typs festgeschrieben, einhergehend mit den üblichen Bekenntnissen zur Freundschaft mit der Sowjetunion, zum »Bündnis zwischen Werktätigen und Intelligenz« u.Ä.

Im Kreis Zauch-Belzig hatte der Kulturbund im Oktober 1948 1809 Mitglieder, die in 25 Orts- bzw. Wirkungsgruppen organisiert waren.⁶⁰² Aus nicht mehr zu ermittelnden Gründen sank die Mitgliederzahl bis Juni 1949 auf 1248, um dann bis Dezember des Jahres wieder auf 1692 anzusteigen.⁶⁰³ In den nach Einheitslistenprinzip gewählten Kreistag Zauch-Belzig zog der Kulturbund 1950 mit drei Abgeordneten ein.⁶⁰⁴

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)

Im Mai/Juni 1945 wurden bei den Sozialverwaltungen der Kommunen Ausschüsse der »Opfer des Faschismus« gebildet.⁶⁰⁵ Aus diesen ging die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN) hervor, die am 22./23. Februar 1947 zentral für die SBZ gegründet wurde. Der Landesverband Brandenburg konstituierte sich am 25. März des Jahres.⁶⁰⁶ Die Vereinigung stellte den Versuch einer organisatorischen Zusammenfassung der verschiedenen Strömungen der deutschen Widerstandsbewegung gegen

599 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 28.

600 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 124, Bl. 265 Rs.

601 Ebenda, S. 722–723 u. S. 725.

602 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 172, Bl. 91f.

603 Ebenda, Nr. 172, Bl. 6f. (Juni 1949); Nr. 173, Bl. 144f. (Dezember 1949).

604 Vgl. ebenda, Nr. 7, Bl. 11.

605 Zum Folgenden vgl. Foitzik: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, S. 749f.

606 Ebenda, S. 756.

das NS-System dar.⁶⁰⁷ Die VVN war aber von Beginn an stark von der SED beeinflusst. Die Vereinigung verfolgte hauptsächlich zwei Ziele: die Wiedergutmachung für die Opfer der NS-Diktatur und die Verhinderung neuer nationalsozialistischer Tendenzen in der Politik.

Als ehemalige Widerstandskämpfer verfügten die VVN-Mitglieder über eine hohe moralische Reputation, die für die SED ideologisch unbequem werden konnte.⁶⁰⁸ Entgegen ihrem Selbstverständnis als »Gewissen der Parteien« hatte die VVN jedoch in Wahrheit nur einen marginalen politischen Einfluss. Spannungen zwischen kommunistischen und nicht-kommunistischen Mitgliedern lähmten die Verbandsarbeit. Gerade der nicht überbrückbare Gegensatz zwischen der SED-Führung, die von Moskauer Remigranten beherrscht wurde, und den politisch mehrheitlich im Untergrund sozialisierten VVN-Mitgliedern setzte der Instrumentalisierung der Vereinigung durch die Einheitspartei Grenzen.⁶⁰⁹ Schließlich traten bis 1950 die meisten nicht-kommunistischen Mitglieder aus dem VVN aus, so dass diese an politischem Gewicht einbüßte und in ihr fortan fast nur SED-Mitglieder organisiert waren.

In Zauch-Belzig zählte die VVN rund 180 Mitglieder, organisiert in sieben »Bezirksvereinigungen«.⁶¹⁰ Seit Herbst 1950 war sie im hiesigen Kreistag mit den zwei Abgeordneten Erich Behrendt und Josef Frömel vertreten.⁶¹¹

607 Foitzik: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, S. 748. In die VVN-Ausschüsse hatten sich freilich auch in größerer Zahl zwielichtige Gestalten unter Verfälschung ihrer Biographien eingeschlichen, um als vermeintliche Opfer des NS-Regimes materielle Vergünstigungen zu ergattern.

608 Zum Folgenden vgl. ebenda, S. 750f.

609 Vgl. ebenda, S. 748.

610 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 172, Bl. 6f.; Nr. 173, Bl. 144f.

611 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 7, Bl. 12. E. Behrendt aus Borkwalde, geboren am 9.12.1898, hatte vor 1933 der KPD angehört und war für 10 Monate als politischer Häftling in einem NS-Konzentrationslager inhaftiert gewesen; ebenda, Nr. 619/1, Bl. 12 u. Bl. 272. J. Frömel aus Glinow, geboren am 6.2.1887 im oberschlesischen Leobschütz, war vor 1933 SPD-Mitglied, wurde während der NS-Zeit aufgrund illegaler politischer Tätigkeit verhaftet, aber wegen Krankheit (so jedenfalls laut BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 66, Bl. 88) wieder aus der Haft entlassen; s. auch BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 619/1, Bl. 193.

Die Besatzungsmacht

Die am 9. Juni 1945 gebildete Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD)¹ war die höchste Besatzungsbehörde in der SBZ.² Sie entstand als rechtsförmlicher Rahmen verschiedener sowjetischer Fachämter und -apparate, als »eine komplexe militärische Großbürokratie«³. Die gesamte Entwicklung des politischen und ökonomischen Systems der SBZ wurde von der SMAD als oberstem Machtorgan gesteuert oder (bzw. und) kontrolliert.⁴ Politische Handlungsspielräume der deutschen Landesregierungen und der anderen deutschen Behörden in der sowjetischen Besatzungszone waren nichts weiter als allein von der SMAD gebilligte Freiräume⁵, oder, wie S. Creuzberger die Rolle der Sowjetischen Militäradministration beschreibt: »Als eigentliche Hauptakteurin [in der SBZ] behielt sie alles in der Hand«.⁶ Neben dem

-
- 1 Vom 9.6.1945 datiert der Befehl Nr. 1 des Obersten Chefs der SMAD über die Bildung der Sowjetischen Militärverwaltung. Der Text des Befehls ist u.a. abgedruckt in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 51–53.
 - 2 Zum Folgenden vgl. Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 30–43; Foitzik, in: SBZ-Handbuch, S. 9f., 16–19 u. 23f.; Geßner: Befehle der Sowjetischen Militäradministration des Landes Brandenburg, S. 11; ders./Sacharow: Inventar der Offenen Befehle, S. 10f.; Weber: Geschichte der DDR, S. 43–47; ders.: Zum Transformationsprozeß des Parteiensystems, S. 18–21.
 - 3 Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 43.
 - 4 Die Aussage von Geßner: Befehle der Sowjetischen Militäradministration des Landes Brandenburg, S. 12, die SMAD hätte »unmittelbar« die Entwicklung des politischen u. ökonomischen Systems in der SBZ »bestimmt«, scheint in ihrer Uneingeschränktheit überzogen. Bei der großen Interessenschnittmenge mit den deutschen Kommunisten musste die Militäradministration nicht jede einzelne Entwicklung »bestimmen«, sondern konnte der SED hierbei die Initiative überlassen. Es steht aber freilich unumstößlich fest, dass in der SBZ nichts gegen den Willen der Besatzungsmacht geschehen konnte. Bei Doernberg: Die Geburt eines neuen Deutschland, einer maßgeblichen Arbeit der DDR-Historiographie aus dem Jahr 1959, wird einerseits festgestellt, die Besatzungsmacht hätte großen Einfluss auf das gesamte politische u. wirtschaftliche Geschehen in der SBZ gehabt (S. 60), andererseits (S. 12) behauptet, die Sowjetunion u. ihre Besatzungsorgane hätten den Umbau der politisch-gesellschaftlichen u. ökonomischen Verhältnisse im Osten Deutschlands lediglich »unterstützt«, u. weiter heißt es (S. 58): »Die Sowjetische Militärverwaltung überließ es dem deutschen Volk, selbst darüber zu entscheiden, welche Gesellschaftsordnung in Deutschland bestehen soll. Sie erließ daher auch keine einzige Maßnahme zur Veränderung der sozialökonomischen Ordnung, da sie dies als eine innere Angelegenheit des deutschen Volkes betrachtete.« Der Autor des Buches, s. Doernberg, hätte es als ehemaliger SMAD-Offizier besser wissen müssen. Er hat sich aber auch in seinen nach den Umbrüchen in Deutschland u. Europa von 1989/90 erschienenen Schriften (z.B. Fronteinsatz aus dem Jahr 2004) nicht korrigiert. Tjulpanow: Die Rolle der SMAD bei der Demokratisierung Deutschlands, S. 250, schlägt in eine ähnliche Kerbe wie Doernberg, indem er schreibt, »daß die meisten Projekte [der »antifaschistisch-demokratischen Umwälzung«] von den deutschen demokratischen Kräften, vor allem von der SED, den Gewerkschaften und dem Block der Parteien vorbereitet und dann erst als Befehl der SMAD formuliert und verkündet wurden.«
 - 5 Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 187. Foitzik: Zum Verhältnis zwischen SED und Besatzungsmacht, S. 56, bezeichnet die SMAD als »einziges unumstrittenes Rechtssubjekt und Machtorgan« in der deutsch-sowjetischen Verwaltungsstruktur der SBZ.
 - 6 Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 180. Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 358, meint, die Sowjets wären im besetzten Deutschland »in jeder Hinsicht eine Kolonialmacht« gewesen. Und P. Bloch, während der SBZ-Zeit Funktionär der

engeren fachlich und regional gegliederten SMAD-Apparat standen die separaten Einrichtungen des sowjetischen Volkskommissariats/Ministeriums für Staatssicherheit (NKGB/MGB), des Volkskommissariats/Ministeriums des Innern (NKWD/MWD), des Kriegsrates der SMAD, die Sowjetischen Aktiengesellschaften, das Sowjetische Nachrichtenbüro und andere Sondereinrichtungen. Die SMAD war eine vielgestaltige Organisation, ein schwer zu überblickendes Geflecht von fachlichen und regionalen Gliederungen, die militärische, politische, wirtschaftliche, verwaltungstechnische, jurisdiktionelle, soziale, kulturelle, polizeiliche und geheimdienstliche Bereiche abdeckten⁷, und oft genug auch miteinander konkurrierten.

Als regionale Gliederung wurde am 9. Juli 1945 die SMA Brandenburg mit Sitz in Potsdam errichtet.⁸ Ihr Chef war der Marschall der Panzertruppen Semjon Iljitsch Bogdanow, sein Stellvertreter für Zivilangelegenheiten und damit Hauptansprechpartner für deutsche Stellen und Organisationen war Generalmajor Wassili Michailowitsch Scharow.⁹ Parallel zu Brandenburg wurden in den anderen Ländern und Provinzen der SBZ regionale SMAD-Gliederungen aufgebaut.

Über die Moskauer Deutschlandpolitik 1945–1949 konnte man sich bis zur Gegenwart aufgrund der ungünstigen Quellsituation¹⁰ kein geschlossenes Gesamtbild machen. Sie gestaltete sich anscheinend mehrgleisig und flexibel¹¹, schwankte

brandenburgischen CDU, formulierte aufgrund seiner persönlichen Erfahrungen mit der Besatzungsmacht die These: »Wer unter sowjetischer Herrschaft steht, hat nur drei Möglichkeiten: sich unterzuordnen, zu fliehen oder unterzugehen.« (Bloch: Zwischen Hoffnung und Resignation, S. 85). Aus sowjetischer/russischer Sicht meint Semirjaga: Die Rote Armee in Deutschland im Jahre 1945, S. 209: »Die sowjetischen Menschen hatten das Recht, Deutschland als einen geeinten, friedliebenden, demokratischen und der Sowjetunion freundschaftlich verbundenen Staat zu formen, denn unser Volk hat viel zu viel durch den Faschismus erliden und zu viele Opfer für seine Überwindung bringen müssen.«

7 Siehe hierzu die Schemata bei Arlt: Das Wirken der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, S. 105, u. Foitzik, in: SBZ-Handbuch, S. 63. Die Organisationsstruktur der Besatzungsmacht wird ausführlich u. detailliert behandelt in: Foitzik: Sowjetische Militäradministration in Deutschland, S. 97–218.

8 Foitzik, in: SBZ-Handbuch, S. 56; ders.: Sowjetische Militäradministration in Deutschland, S. 149f.; Gefner: Befehle der Sowjetischen Militäradministration des Landes Brandenburg, S. 15f.; ders./Sacharow: Inventar der Offenen Befehle, S. 25. Die Abteilungen der SMA Brandenburg hatten ihren Sitz in der Potsdamer Neuen Königstraße 74 (heute Berliner Straße); Uhlemann: Neubeginn in Potsdam, S. 306. Zur Struktur u. personellen Besetzung der Leitungsgremien der SMA Brandenburg s. Gefner: Befehle der Sowjetischen Militäradministration des Landes Brandenburg, S. 19–22; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 112–117.

9 Zur Stellenbesetzung u. Struktur der Verwaltung der SMA Brandenburg s. Gefner/Sacharow: Inventar der Offenen Befehle, S. 29–44.

10 Zur Quellenproblematik s. Bonwetsch, in: ders. u.a.: Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949, S. XXII–XXV. Auf die ungünstige Quellenlage weist auch Bordjugow: Das ZK der KPdSU(B), die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die SED, S. 283–285, hin.

11 Mähler: Von der Zone zum Staat, S. 20f., meint, die Skala der sowjetischen Deutschland- u. Europapolitik war breit u. reichte vom Minimalziel, Schaffung einer Sicherheitszone aus neutralen, der Sowjetunion nicht feindlich gesinnten Staaten, bis zum Maximalziel, der Installierung des eigenen Systems in möglichst vielen Staaten. Nach Auffassung von Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 17, war die sowjetische Deutschlandpolitik im Kern »opportunistisch«, was einer taktierenden Diplomatie weiten Raum ließ. Vgl. auch Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 584. Weber:

zwischen den Polen, zukünftig ein vereinigt, neutrales (d.h. nicht sowjetfeindliches) Deutschland zu akzeptieren, oder aber die von den eigenen Truppen besetzte Zone unter Spaltung Deutschlands zu »sowjetisieren« und sie fest in den Moskau-hörigen Block der so genannten Volksdemokratien einzubinden.¹² Dass die letztere Option schließlich verwirklicht wurde, hängt indes auch mit der kompromisslosen Haltung der Westalliierten, der Vereinigung der amerikanischen, britischen und französischen Zonen und deren Westintegration zusammen. Das Ausscheiden der Sowjetunion aus dem Alliierten Kontrollrat 1948 war beredtes Zeugnis für das schroffe Auseinanderdriften der vormaligen Kriegsverbündeten in deutschlandpolitischen Vorstellungen.¹³ Es ist nicht übertrieben, zu sagen, dass die DDR ein Produkt der SMAD-Politik war, auch wenn deutsche Kommunisten bei ihrem Zustandekommen geholfen, gedrängt und bisweilen sogar selbst die Führung übernommen haben.¹⁴

Die Bilanz der Sowjetischen Militäradministration ist zwiespältig.¹⁵ Sie bildete (zusammen mit den deutschen Zentralverwaltungen und der DWK) faktisch die erste zentrale Regierungsinstitution im östlichen Nachkriegsdeutschland, ermöglichte schon früh Parteigründungen sowie die Wahlen von 1946, die trotz Einschränkungen der Bevölkerung die Chance zur politischen Willensäußerung gaben. Die Sowjets waren indes (Mit-) Initiatoren der radikalen gesellschaftlich-politischen Transformation der SBZ, wie sie auch genauso die (Mit-) Verantwortung für die Aufrichtung einer stalinistisch-kommunistischen Diktatur im östlichen Deutschland trugen.¹⁶ Die Organe der Militärverwaltung unterstützten das Wiederingangsetzen des Wirtschaftslebens Ostdeutschlands und die Sicherung eines Mindestlebensstandards für

Zum Transformationsprozeß des Parteiensystems, S. 14–17, geht ebenfalls davon aus, dass für die sowjetische Deutschlandpolitik verschiedene Konzeptionen existierten. Scherstjanoi: Die deutschlandpolitischen Absichten der UdSSR 1948, passim, weist daraufhin, dass es in den deutschlandpolitischen Intentionen der Sowjetunion zwischen 1945 und 1952 sowohl Kontinuitäten als auch Brüche gab, die keineswegs ausgeleuchtet sind.

- 12 Siehe dazu etwa Bonwetsch, in: ders. u.a.: Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949, S. XXXVII–XXXVIII; Loth: Stalins ungeliebtes Kind, passim (insbesondere S. 223–231); ders.: Das ungeliebte Kind. Stalin und die Gründung der DDR, passim. Wenn Moskau wirklich von Anfang an das feste Ziel hatte, die eigene Besatzungszone in einen Satellitenstaat mit einer politisch-gesellschaftlichen u. wirtschaftlichen Ordnung nach sowjetischem Vorbild umzuwandeln, mithin zu einem starken westlichen Vorposten des sich herausbildenden kommunistischen Staatenblocks zu machen, dann war die förmliche wirtschaftliche Ausplünderung der SBZ durch Demontage u. Reparationen unsinnig.
- 13 Naimark: Moskaus Suche nach Sicherheit, S. 40, merkt an, dass sowjetische Sicherheitsbedenken eine Abkehr Moskaus von einer gesamtdeutschen Lösung viel früher wahrscheinlich machten, als es das sowjetische Deutschlandprogramm allgemein geboten hätte.
- 14 Naimark.: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland, S. XVIII.
- 15 Zum Folgenden vgl. ebenda.
- 16 M. Semirjaga, selbst fünf Jahre lang Besatzungsoffizier in Deutschland, schreibt in seinem Essay Die Rote Armee in Deutschland im Jahre 1945, S. 210: »Einerseits haben wir den Faschismus niedergeschlagen und das deutsche Volk befreit, andererseits haben wir ungewollt das stalinistische Regime der Gewalt und des Terrors in der Sowjetunion, das unserem eigenen Volk so viel Elend und Leiden zufügte, gefestigt und in andere, von uns befreite Länder, darunter auch nach Ostdeutschland, zu verpflanzen gesucht.«; seiner Meinung nach haben leider viele Kommunisten Ostdeutschlands die Übertragung sowjetischer Diktaturmethoden mitgetragen.

die deutsche Bevölkerung. Sie sorgten ebenso im Bunde mit der KPD/SED für den rigorosen Umsturz der ökonomischen Besitzverhältnisse in der SBZ. Und SMAD-Offiziere überwachten die Reparationsleistungen, mit denen die unermesslichen Kriegsschäden in der Sowjetunion wiedergutmacht werden sollten¹⁷, die andererseits zu einer regelrechten wirtschaftlichen Ausplünderung Ostdeutschlands ausufern.¹⁸

Am 10. Oktober 1949, drei Tage nach Gründung der DDR, wurde die SMAD aufgelöst, ihre bisherige Verwaltungsfunktion formell der DDR-Regierung übertragen und die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) ins Leben gerufen.¹⁹ Am 17. November 1949 trat Generalmajor Scharow, zuvor Zivilchef der SMA Brandenburg, seinen Dienst als nunmehriger Chef der SKK-Vertretung Brandenburg an. Ihm folgte Mitte 1950 Generalmajor Grigori Nikitowitsch Malkin auf diesem Posten.²⁰ Die Sowjetische Kontrollkommission hatte die Erfüllung der Vier-Mächte-Vereinbarungen und der Beschlüsse von Potsdam samt Reparationsforderungen in der DDR zu beaufsichtigen. Auch kontrollierte sie die Zahlung der erheblichen »Besatzungskosten« aus dem DDR-Staatshaushalt und behielt sich einschneidende Befugnisse vor: das Recht zur Aufhebung von Gesetzen, zum Erlass von Anordnungen, zu Untersuchungen und Kontrollen über die Tätigkeit der staatlichen Organe sowie zur Kontrolle des Handelsverkehrs mit strategischen Rohstoffen.²¹ Die regelmäßigen Treffen führender Vertreter der SKK und der SED trugen den Charakter stalinistischer Einmischung bis hin zum Diktat, was eine verhängnisvolle Verquickung von Partei- und Staatsfragen sowie eine zentralistisch-administrative Leitung gesellschaftlicher Prozesse förderte. Die SKK war mithin eine personell abgespeckte Version der SMAD.²² Sie stand als »politisch-administratives Herrschaftsorgan« über den staatlichen Organen und Parteien der DDR.²³

17 Die Sowjetunion wollte aus dem besiegten Deutschland einen möglichst hohen Beitrag für den Wiederaufbau des eigenen Landes herausholen. Zugleich durfte Deutschland nie wieder zu einer Bedrohung für die Sowjetunion werden, auch wenn man seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nachhaltig schwächen musste; Fisch: Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 104.

18 Semirjaga: Die Rote Armee in Deutschland im Jahre 1945, S. 208, bedauert die negativen Auswirkungen der sowjetischen Besatzungspolitik, betont aber zugleich, dass seines Erachtens die positiven Aspekte der SMAD-Tätigkeit weit überwiegen.

19 Zum Folgenden vgl. Otto: Deutscher Handlungsspielraum und sowjetischer Einfluß, S. 138f. u. 144; Scherstjanoi: Das SKK-Statut, S. 7–53. Es ist grundfalsch, bezüglich der Umwandlung der SBZ in die DDR u. der Auflösung der SMAD von einem Ende der sowjetischen »Besatzungszeit« zu reden, wie es manchmal in der Literatur der Fall ist. Die sowjetische Besatzungszeit in Deutschland endete in der Realität erst nach 1989/90.

20 Scherstjanoi: Das SKK-Statut, S. 25f.

21 Otto: Deutscher Handlungsspielraum und sowjetischer Einfluß, S. 140f.

22 Bezüglich der Kontinuitäten zwischen SMAD u. SKK, insbesondere was das Führungspersonal betrifft, schreibt Arlt: Das Wirken der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, S. 139: »In der Militärverwaltung hatte man nur die Uniformjacken abgelegt ...«. Bordjugow: Das ZK der KPdSU(B), die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die SED, S. 303f., meint, dass mit der DDR-Gründung die SED keineswegs größeren Handlungsspielraum gewann, sondern dass die Anleitung der Einheitspartei durch die Sowjets eher direkter u. härter wurde, worauf die Akten der SKK u. der KPdSU hindeuteten.

23 Otto: Deutscher Handlungsspielraum und sowjetischer Einfluß, S. 144, Anm. 12. Die sowjetische Praxis der Parteien- u. Parlamentsüberwachung blieb gleich: Anstelle der Herren in Uniform saßen dieselben Herren in Zivil bei den Beratungen und Beschlussfassungen; vgl. Koch: Landtage, S. 334.

Kommandanturen im Kreis

In der ersten Phase der Besatzungszeit wurden in beinahe allen Ortschaften der von der Roten Armee besetzten Gebiete Kriegskommandanturen eingerichtet.²⁴ Die Ortskommandanten organisierten alle Lebensbereiche einschließlich der Versorgung der Bevölkerung zunächst eigenverantwortlich, worauf sie allerdings selten oder nur unzureichend vorbereitet waren.²⁵ Sie bedienten sich der im Wiederentstehen begriffenen Stadt- und Gemeindeverwaltungen als Hilfsorgane. Erst Mitte Juni 1945 ging ein Teil der Funktionen des Ortskommandanten auf die deutschen Kommunalverwaltungen über. Die örtlichen Kommandanturen waren vorläufig den Truppenkommandos unterstellt, bis sie nach Juli/August 1945 formal zu örtlichen Organen der SMAD umfunktioniert und deren jeweiligen Länder- bzw. Provinzialadministrationen unterstellt wurden. Dies ging mit einer Reorganisation des Kommandanturnetzes einher. Mehrere Kleinkommandanturen, in den Landgemeinden oft nur von einem Unteroffizier geführt und mit drei bis fünf Mann besetzt²⁶, fasste man jeweils zu einer Kommandantur zusammen.²⁷ Die höheren SAMD-Instanzen hatten zunächst Schwierigkeiten, ihre Autorität auf der unteren Ebene der Besatzungsorgane durchzusetzen. Zudem versuchten die Militärkommandanturen, sich größere Handlungsspielräume zu verschaffen, sobald es an ausreichenden Instruktionen der vorgesetzten Stellen mangelte. Dies änderte sich erst mit zunehmender Stabilisierung des Besatzungsregimes.²⁸

Die Kreiskommandantur Zauch-Belzig wurde am 5. Mai 1945 gebildet.²⁹ Sie war zugleich Stadtkommandantur von Belzig. Außer ihr bestanden Ende Juni 1945 im Kreisgebiet³⁰ vier ihr unterstellte Abschnittskommandanturen in Beelitz,

24 Zum Folgenden vgl. Kreuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 28; Foitzik, in: SBZ-Handbuch, S. 14 u. 26; ders.: Sowjetische Militäradministration in Deutschland, S. 78–87.

25 Kreuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 24.

26 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 6. Im Dorf Preußnitz bei Belzig z.B. bestand die Kommandantur anfänglich aus vier Rotarmisten; vgl. Pijur/Schulze: Kuhlowitz-Preußnitz, S. 103.

27 In der Formierungsphase der SMA Brandenburg zählte man in der Provinz 6 Stadt-, 22 Kreis- u. 126 Abschnittskommandanturen; Geßner/Sacharow: Inventar der Offenen Befehle, S. 47.

28 Kreuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 179f.

29 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 6.

30 Die Quellenlage zur Besatzungsmacht im Kreis u. deren Kommandanturen ist freilich recht ungünstig. Zumindest ist ein Selbstzeugnis der Kreiskommandantur überliefert in Form eines (in Teilen tendenziösen) Arbeitsberichtes 1945–1948, der für übergeordnete Dienststellen verfasst wurde (Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig). Anhand der in deutschen Archiven überlieferten Dokumente kann man nur ein lückenhaftes Bild rekonstruieren. Ein Grund dafür ist allein schon der Umstand, dass das Recht der schriftlichen Befehlserteilung nur den höheren Führungsebenen der Besatzungsmacht zustand; vgl. Foitzik, in: SBZ-Handbuch, S. 40f. (ausführlich zur Befehlsorganisation: ders.: Sowjetische Militäradministration in Deutschland, S. 301–314). Demgemäß gaben die Abschnitts- u. Ortskommandanturen in der Regel den deutschen Stellen nur mündlich Befehle. Die Kreiskommandantur ließ hingegen ihre Befehle im Normalfall schriftlich ausfertigen. Jedoch mussten alle im Belziger Landratsamt aufbewahrten Kommandanturbefehle der Jahrgänge 1945–1949 (sechs Ordnermappen) am 18.11.1949 zwei

Lehnin, Treuenbrietzen und Werder; der Kreiskommandantur und den Abschnittskommandanturen waren wiederum jeweils zwei bis vier Ortskommandanturen direkt untergeordnet, und zwar 13 insgesamt.³¹ Die Kommandantur-Gliederung veränderte sich Ende September 1945, indem die Ortskommandantur Wiesenburg zur fünften Abschnittskommandantur des Landkreises erhoben bzw. erweitert wurde.³² Zugleich wandelte sich die Gliederung auch noch dahingehend, dass fortan der Kreiskommandantur keine Ortskommandanturen mehr direkt unterstanden. Die fünf Abschnittskommandanturen des Kreises waren durchschnittlich für 20 000 bis 30 000 Einwohner zuständig.³³

Bereits seit 1946 und insbesondere parallel zur sowjetischen Truppendemobilisierung³⁴ 1947 löste man kleinere Kommandanturen in der SBZ auf.³⁵ In Zauch-Belzig verschwanden infolgedessen alle Orts- und auch die Abschnittskommandanturen. In Lehnin und wohl auch in Wiesenburg wurden die Abschnittskommandanturen im April 1946 aufgelöst, diejenigen in Beelitz und Treuenbrietzen im Januar 1947 und die Abschnittskommandantur Werder im Sommer 1947.³⁶ Übrig blieb allein die Kreiskommandantur. Sie überdauerte die Gründung der DDR und der SKK und wurde erst Anfang 1950 aufgelöst.³⁷ Danach war die

Offizieren der Kreiskommandantur übergeben werden; s. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 182, Bl. 6f. Über das weitere Schicksal dieser Befehlsschreiben ist nichts bekannt. Man kann von einer Art Spurenbeseitigung sprechen. Befehle der Kreiskommandantur sind somit – wenn überhaupt – nur indirekt in Aufzeichnungen deutscher Stellen überliefert.

- 31 Dieses Kommandanturnetz des Kreises lässt sich anhand der seinerzeitigen analogen Gliederung des Kreisgebietes in Bezirks- u. Unterbezirksbürgermeistereien rekonstruieren, vgl. KrA PM, 49.000/2 (»Organisation des Kreises Zauch-Belzig. (Ende Juni 1945).«), die ausdrücklich »in Übereinstimmung mit der militärischen Aufteilung« vorgenommen worden war; KrA PM 49.000/2 (Schreiben des Landrats vom 28.6.1945). Am Beginn des Formierungsprozesses der SMA Brandenburg waren in der gesamten Mark 6 Stadt-, 22 Kreis- u. 126 Abschnittskommandanturen tätig; Geßner/Sacharow: Inventar der Offenen Befehle, S. 47.
- 32 Vgl. KrA PM, 49.000/2 (»Organisation des Kreises Zauch-Belzig. (Ende September 1945).«); ebenda, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 24.9.1945, S. 1). Auch in der Statistik bei Geßner/Sacharow: Inventar der Offenen Befehle, S. 48, ist die Kreiskommandantur Zauch-Belzig mit 5 unterstellten (Abschnitts-) Kommandanturen aufgeführt. Im SBZ-Durchschnitt wurden in den Landkreisen fünf bis sieben Abschnittskommandanturen gezählt; Foitzik, in: SBZ-Handbuch, S. 26; ders.: Sowjetische Militäradministration in Deutschland, S. 155.
- 33 Dies lag unter dem SBZ-Durchschnitt, wenn man die von Foitzik, in: SBZ-Handbuch, S. 15, genannten Zahlen zum Vergleich heranzieht, laut denen in der SBZ eine Abschnitts- oder Stadtkommandantur durchschnittlich für 30 000 bis 35 000 Deutsche zuständig war.
- 34 Die Besatzungstruppen wurden (nach amerikanischen Schätzungen) 1946 auf rund 700 000 u. 1947 abermals auf etwa 300 000 reduziert; Foitzik: Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, S. 9; ders., in: SBZ-Handbuch, S. 15; ders.: Sowjetische Militäradministration in Deutschland, S. 87.
- 35 Siehe Artl: Das Wirken der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, S. 129; Foitzik, in: SBZ-Handbuch, S. 15; Geßner/Sacharow: Inventar der Offenen Befehle, S. 14.
- 36 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 7.
- 37 Im Februar 1950 wurde der Sitz der Kreiskommandantur im Belziger Landratsgebäude an die Zauch-Belziger Kreisverwaltung übergeben; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 95, Bl. 420. Die Auflösung der SMAD-Strukturen, also auch der Kommandanturen, sollte bis Jahresende 1949 abgeschlossen sein, doch dieser Prozess dauert bis ins Jahr 1950 an; Scherstjanoi: Das SKK-Statut, S. 27.

SKK-Bezirkskontrollkommission in Brandenburg/Havel (Plauerstraße Nr. 6³⁸) für Zauch-Belzig zuständig.

Die Kreiskommandantur hatte Mitte 1946 fünf Abteilungen umfasst: Politik, Wirtschaft, Finanzen, Landwirtschaft und eine Abteilung für »operative Fragen«.³⁹ Die einzelnen Abteilungen wurden von Offizieren vom Rang Oberleutnant bis Oberstleutnant geleitet, denen wiederum ein oder mehrere Offiziere als Gehilfen beigegeben waren. An der Spitze der gesamten Kreiskommandantur, die bis August 1946 im Belziger Rathaus, dann im Landratsgebäude untergebracht war⁴⁰, stand ein Oberst mit seinem Stellvertreter. Zwei weitere Offiziere, die keiner Abteilung zugeordnet waren, werden vermutlich als Verbindungsoffiziere zum sowjetischen Sicherheitsapparat gedient haben. Insgesamt hat die Kreiskommandantur zu jener Zeit 21 Offiziere gezählt. Ihr war die 493. Selbständige Wachkompanie unterstellt.⁴¹

Die personelle Minimalbesetzung der Abschnittskommandanturen des Kreises bestand Ende 1945 aus jeweils einem Militärkommandanten (Rang Major oder Oberstleutnant), seinem Stellvertreter, einem Offizier für wirtschaftliche Fragen und einem Offizier für Ausbildung.⁴² Jede Abschnittskommandantur verfügte über einen Wachzug.⁴³

Bei den Kommandanturoffizieren war ein häufiger Personalwechsel zu beobachten.⁴⁴ Beispielsweise wurden im Laufe des Jahres 1947 und im ersten Halbjahr 1948 nicht weniger als 53% der Planstellen in der Kreiskommandantur neu besetzt.⁴⁵ Die Fluktuation betraf auch den Chefposten der Kreiskommandantur. Von Mai 1945 bis Februar 1946 war Oberstleutnant Fjodor Jannuarowitsch Schuiski Kreiskommandant.⁴⁶ Ihm folgte Oberst Jakow Romanowitsch Stoljarow, der wiederum im Januar 1948 von Oberst Michail Fjodorowitsch Koslow abgelöst wurde.⁴⁷ Noch im April 1948 kam schließlich Gardeoberst Sergej Michailowitsch Tschernawzew

38 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 182, Bl. 2.

39 Siehe hierzu ebenda, Nr. 94, Bl. 462. Die Ressortgliederung der Kreiskommandanturen war offensichtlich SBZ-weit nicht einheitlich; s. etwa Foitzik, in: SBZ-Handbuch, S. 26, u. ders.: Sowjetische Militäradministration in Deutschland, S. 155, der für die Kreiskommandantur im sächsischen Zwickau eine von der Zauch-Belziger Kommandantur stark abweichende Gliederung angibt. Auch die von Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 23, beschriebene »gewöhnliche« Ressortgliederung der Kommandanturen unterscheidet sich von derjenigen der Zauch-Belziger Kreiskommandantur 1946.

40 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 94, Bl. 452; ebenda, Nr. 104, Bl. 46; ebenda, Nr. 231, Bl. 143.

41 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 6.

42 Vgl. ebenda, Nr. 83, Bl. 15.

43 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 6.

44 Dies ist schon für die früheste Besatzungszeit in Zauch-Belzig belegt. In der Ortskommandantur Lütke z.B. gab es im August 1945 innerhalb nur zweier Wochen fünf Wechsel auf dem Kommandantenposten; vgl. KrA PM 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 27.8.1945, S. 4).

45 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 7.

46 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 6 u. 7f. Am 19.1.1946 hatte Schuiski noch den Posten des Kreiskommandanten inne; vgl. KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Rechenschaftstagung vom 19.1.1946, S. 10).

47 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 8.

auf den Chefposten der Zauch-Belziger Kreiskommandantur.⁴⁸ Einige Offiziere hatten hingegen eine lange Verweildauer im Kreis. Zu ihnen zählte Major/Oberstleutnant Mamrenko, der als einflussreicher Leiter der Wirtschaftsabteilung der Kreiskommandantur dieser die längste Zeit ihres Bestehens angehörte.⁴⁹ Nicht zuletzt deshalb war Mamrenko so etwas wie der heimliche Chef der Besatzungsmacht in Zauch-Belzig. Daneben war es Kapitän Goldienko, in der Kreiskommandantur für Parteien, Massenorganisationen und Propaganda zuständiger politischer Offizier, der für die hiesige Bevölkerung jahrelang die Besatzungsmacht verkörperte.⁵⁰

Die der Kreiskommandantur unterstellten Abschnittskommandanten sind in einer Liste vom Dezember 1945 mit Namen und Dienstgrad aufgeführt: Major Jarzew (Beelitz), Major Marzen (Werder), Major Bolet (Lehnin), Gardemajor Tokajow (Treuenbrietzen), Oberstleutnant Kulik (Wiesenburg).⁵¹

Über die Lebensläufe der Kommandanturoffiziere im Kreis lässt sich nur wenig darlegen. Zumindest betreffs der Kreiskommandanten sind einige Daten bekannt: Oberstleutnant Schuiski, geboren 1897, gehörte ab 1919 der Roten Armee an, erhielt eine fachmilitärische Ausbildung, trat 1929 der KPdSU bei und war Kriegsteilnehmer; Oberst Stoljarow, geboren 1899, war seit 1919 Berufssoldat, trat 1924 der KPdSU bei, war Kriegsteilnehmer, machte 1945 einen Abschluss an der Woroschilow-Militärakademie und war 1945 bis Anfang 1946 Chef der Abteilung Kommandanturen der Verwaltung des Militärkommandanten von Berlin; Oberst Koslow bekleidete nach seinem kurzzeitigen Dienst in Zauch-Belzig den Posten des Stadtkommandanten von Frankfurt (Oder) von Juni 1948 bis November/Dezember 1949; Oberst Tschernawzew war bevor er nach Belzig kam bis 1948 Kreis(?)kommandant von Babelsberg.⁵² Bei den anderen Kommandanturoffizieren dürfte es sich in ähnlicher Weise durchweg um Kriegsteilnehmer mit einer fachmilitärischen Ausbildung und dazu mit ökonomischer oder technischer Vorbildung gehandelt haben.⁵³

Viele der sowjetischen Militärangehörigen traten ihren Dienst in den Kommandanturen der SBZ nur widerwillig an, da ihnen missfiel, nach Kriegsende nicht sofort in die Heimat zurückkehren zu können, sondern auf unbestimmte Zeit in Deutschland bleiben zu müssen.⁵⁴ Außerdem waren sie oftmals auf die konkreten

48 Ebenda. Da Tschernawzew nach Quellenlage noch am 29.12.1949 den Kommandantenposten innehatte (vgl. ebenda, Nr. 182, Bl. 5), wird er die Kreiskommandantur bis zu ihrer Auflösung Anfang 1950 geleitet haben.

49 Mamrenko wurde vermutlich in der ersten Jahreshälfte 1946 in die Kreiskommandantur versetzt. Seit Mitte 1946 ist er als Chef der dortigen Wirtschaftsabteilung nachweisbar; vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 94, Bl. 462.

50 Goldienko hat spätestens ab Mitte Oktober 1945 der Kreiskommandantur angehört; vgl. BLHA, Rep. 331, Nr. 30, Bl. 45.

51 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 83, Bl. 15.

52 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 6, Fußnote 8, S. 8, Fußnoten 12, 13 u. 14.

53 Vgl. Foitzik, in: SBZ-Handbuch, S. 14, betreffs der personellen Besetzung der Kommandantur im brandenburgischen Beeskow.

54 Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 24.

Verhältnisse unzureichend vorbereitet. So konnte etwa der Ortskommandant von Brück noch im Januar 1946 (!) nichts mit dem Kürzel »NSDAP« anfangen.⁵⁵

Die lokalen Kommandanturen spielten während der ganzen Zeit ihres Bestehens eine wichtige Rolle bei der Lenkung der Industrieproduktion und landwirtschaftlichen Arbeit, bei der Kontrolle des Vollzugs von SMAD-Befehlen durch die örtlichen deutschen Verwaltungen sowie bei der Überwachung der politischen Entwicklung in den Parteien und Massenorganisationen.⁵⁶ Für die Kreiskommandantur Zauch-Belzig standen ökonomische Belange im Vordergrund. Die Wirtschaftsabteilung mit fünf Offizieren und die Landwirtschaftsabteilung mit ebenfalls fünf Offizieren waren personell stärker besetzt als die anderen Abteilungen.⁵⁷ Die Eingriffe der »Offizier-Ökonomen« in Zauch-Belzigs Wirtschaft sollten einerseits mithelfen, die Versorgung der Bevölkerung zu sichern, andererseits ging es aber darum, im großen Umfang Lebensmittel und Fourage für die sowjetischen Besatzungstruppen zu erfassen. Desgleichen fiel die Kontrolle über die Reparationsleistungen aus dem Landkreis in den Verantwortungsbereich der Wirtschaftsabteilung bei der Kreiskommandantur.⁵⁸ Die Offiziere nahmen ihre Überwachungsfunktion über die wirtschaftlichen Einrichtungen aufständigen, ausgedehnten Kontrollfahrten durch das Kreisgebiet wahr.⁵⁹ Sie standen bei der Lebensmittelerfassung unter erheblichen Druck ihrer vorgesetzten Dienststellen. Beispielsweise hieß es in einem Schreiben an den Landrat vom 23. Mai 1947:

Der Kreis Zauch-Belzig steht nach einer telefonischen Meldung von General-Major S[c]harow [Zivilchef der SMA Brandenburg], in der Erfassung von Milch und Eiern, an letzter Stelle und stand aber anfangs an 2. Stelle. Der Herr Major [gemeint ist Mamrenko, Leiter der Wirtschaftsabteilung der Kreiskommandantur] ist darüber furchtbar ungehalten und es schmerzt ihm schon die Kehle in Bezug auf diese Frage immer wieder zu sprechen. Herr Major M[amrenko] fährt morgen nach Potsdam zur Sitzung, wobei er diese Frage erwähnen muss und dadurch gezwungen ist, gegen die Schuldigen gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen.⁶⁰

55 Worüber sich die KPD-Ortsgruppe Brück beklagte; BLHA, Rep. 330, Nr. 165, Bl. 37.

56 Vgl. Foitzik, in: SBZ-Handbuch, S. 26.

57 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 94, Bl. 462. Auch Foitzik, in: SBZ-Handbuch, S. 26, weist darauf hin, dass etwa bei der Kreiskommandantur Zwickau eine besonders umfangreiche Wirtschaftsabteilung bestand. Überhaupt befasste sich der mit Abstand größte Apparat innerhalb des Hauptstabes der SMAD in Berlin-Karlshorst mit ökonomischen Fragen; Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 30.

58 Laut offiziellen Dokumenten der SMA Brandenburg war die Hauptaufgabe der Besatzungsmacht die Gewährleistung von Reparationsleistungen an die Sowjetunion; Gefßner/Sacharow: Inventar der Offenen Befehle, S. 27. Die SMAD-Offiziere waren grundsätzlich verpflichtet, im Interesse ihres Landes u. mit dem Ziel Wiederaufbau der sowjetischen Volkswirtschaft zu handeln (Semirjaga: Die Rote Armee in Deutschland im Jahre 1945, S. 208), weshalb für sie Demontage u. Reparation nicht wirklich ein Diskussionsgegenstand war. Die Reparationspolitik wurde zudem von Moskau aus gesteuert, unbeeinflusst von der SMAD, die hierbei nur Kontrollfunktionen ausübte; vgl. Bonwetsch, in: ders. u.a.: Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949, S. LIII. Vgl. auch Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 37.

59 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 94, passim; ebenda, Nr. 100, passim; ebenda, Nr. 101, passim.

60 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 100, Bl. 256.

Auch war die Wirtschaftsabteilung gehalten, strikt auf die Erfüllung der Reparationslieferungen zu achten. Am 24. Dezember 1947 drohte sie etwa bei etwaiger Nichteinhaltung des Reparationsplans: »Sägewerke, die sich absichtlich weigern den Einschnittsplan zu erfüllen, werden demontiert und in die nördlichen Teile Deutschlands überführt. Die Inhaber werden als Saboteure verurteilt.«⁶¹

Die Abteilung für »operative [d.h. militärische] Fragen«, mit drei Offizieren bemannt⁶², hielt die Verbindung zwischen der Kreiskommandantur und den Truppenkommandeuren und Militärobjekten.⁶³ Ihre Offiziere kontrollierten zudem den Zustand der Verkehrswege im Landkreis, um sicherzustellen, dass auf ihnen Truppenbewegungen durchgeführt werden konnten.⁶⁴ Die weiteren Abteilungen der Kreiskommandantur (Politik, Finanzen) waren mit jeweils nur zwei Offizieren besetzt.⁶⁵ Die Abteilung für »finanzielle Fragen« wirkte insbesondere als Kontrollorgan der örtlichen deutschen Verwaltungsorgane. Sie nahm Finanz- und Kassenprüfungen in den Rathäusern und Gemeindebüros vor.⁶⁶ Die politische Abteilung deckte einen sehr weiten Bereich ab. Ihr oblag die Aufsicht über die Parteien und Organisationen im Kreis, die Prüfung kultureller Angelegenheiten sowie die Verbreitung sowjetischer Propaganda unter der deutschen Bevölkerung. Politische Offiziere waren ständige Gäste der Plenar- und Ausschusssitzungen des Kreistages⁶⁷ wie auch der Gemeindevertretungen und ebenso von Fraktionssitzungen.⁶⁸ Sie forderten von den Parteien und Organisationen eine Vielzahl an Berichten ein, mit denen sie sich von der aktuellen politischen Entwicklung im Landkreis, aber auch von dessen politischer Vergangenheit ein Bild zu machen suchten.⁶⁹

Die KPD/SED genoss bei der Besatzungsmacht eine Sonderstellung⁷⁰, waren doch die politischen Offiziere der Sowjetarmee (allesamt KPdSU-Mitglieder) und

61 Ebenda, Bl. 73.

62 Siehe BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 94, Bl. 462.

63 Die Abteilung hatte sich anscheinend auch um den baulichen Zustand der Militärobjekte im Kreis zu kümmern. Im November 1947 belegte sie acht Firmen aus dem Kreis mit Geldstrafen, weil diese zu befohlenen Instandsetzungsarbeiten am sowjetischen Militärhospital Beelitz-Heilstätten nicht erschienen waren; s. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 100, Bl. 88.

64 Das ging soweit, dass Kapitän Pserjow, für das »Autotransportwesen« zuständiger Offizier der Abteilung, z.B. vom Landratsamt eine detaillierte Meldung über die Vorbereitung des Winterdienstes der einzelnen Orte für den Winter 1947 verlangte; s. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 100, Bl. 1.

65 Siehe ebenda, Nr. 94, Bl. 462.

66 Siehe etwa BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 94, Bl. 5 u. Bl. 467f.

67 Mitunter nahmen die politischen Offiziere der Zauch-Belziger Kreiskommandantur Einfluss auf die Tagesordnung der Kreistagssitzungen. Zum Beispiel erklärte am 19.6.1948 Oberstleutnant Achromin gegenüber Landrat Sydow, welche verschiedenen Punkte er auf der Tagesordnung zu sehen »wünsche«; vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 100, Bl. 675.

68 Ebenso wie durch das intensive Berichtswesen wollte die Besatzungsmacht durch die Überwachung aller Sitzungen der Land- u. Kreistage u. Gemeindevertretungen sich einen Überblick über die gesamten politischen Aktivitäten der Parlaments- u. Regierungseinrichtungen in der SBZ verschaffen; vgl. Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 134f.

69 Siehe dazu beispielsweise BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 23.

70 Zur Haltung der Besatzungsmacht zu den einzelnen Parteien u. zu Eingriffen der SMAD in das Parteiensystem generell s. Weber: Zum Transformationsprozeß des Parteiensystems, passim.

die deutschen Kommunisten Brüder im politisch-ideologischen Geiste.⁷¹ Anfänglich bemühte sich die Kreiskommandantur zwar, allen Parteien gegenüber eine scheinbare Gleichbehandlung an den Tag zu legen. So sagte der Kreiskommandant dem katholische Pfarrer Erich Tschetschog beim Aufbau der CDU-Kreisorganisation seine Unterstützung zu.⁷² Goldienko, zweiter politischer Offizier in der Kreiskommandantur, ging gar soweit, Mitte Oktober 1945 die Zauch-Belziger Sozialdemokraten zu erhöhter Parteiaktivität aufzufordern, denn seiner Meinung nach arbeite nur die KPD im Landkreis und von der SPD sei wenig zu sehen. Er drang auf die Anstellung eines hauptamtlichen SPD-Kreissekretärs und stellte seine Hilfe bei der Beschaffung eines Autos für den SPD-Kreisvorstand in Aussicht.⁷³ Doch die Maskerade der parteiichen Neutralität fiel sehr schnell. Bereits bei der Bildung des Zauch-Belziger Blocks der Parteien, die im August 1945 auf Befehl des Kreiskommandanten (der damit sicherlich seinen Vorgesetzten imponieren wollte) erfolgte, wurde den Kommunisten eine besondere Rolle zugewiesen. Denn der Kreiskommandant überließ es nicht den Funktionären der Parteien, einen Vorsitzenden des Kreisblocks zu wählen, sondern er ernannte per Befehl bezeichnenderweise den KPD-Kreisvorsitzenden zum Leiter des Gremiums.⁷⁴ In den letzten Monaten des Jahres 1945 verzögerten die Kommandanturoffiziere mit bürokratischen Mitteln den Aufbau des liberaldemokratischen Kreisverbandes Zauch-Belzig.⁷⁵ Während der Vereinigungskampagne von KPD und SPD scheute die Kreiskommandantur nicht davor zurück, massiven Druck auf Fusionsgegner in den Reihen der Sozialdemokraten, aber auch der Kommunisten, auszuüben.⁷⁶ Und nach den Kommunalwahlen 1946 versagte ihre politische Abteilung verschiedenen Bürgermeisterkandidaten von CDU und LDP in Zauch-Belzig die für den Amtsantritt notwendige Bestätigung. An deren Stelle kamen dann in der Regel SED-Leute auf die Bürgermeisterposten, obwohl die Einheitspartei in den betreffenden Orten die Kommunalwahl nicht gewonnen hatte.⁷⁷

71 Im Unterschied zu den politischen Offizieren betrachteten einige Militärkommandanten die deutschen Kommunisten augenscheinlich durchaus nicht als Verbündete. Zum Beispiel zeigte der Kommandant von Brück Anfang 1946 gegenüber der KPD-Ortsgruppe eine restriktive Haltung, die nichts von einer Solidarität, einem »proletarischen Internationalismus« erkennen ließ; vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 165, passim.

72 Kind: Christliche Demokraten, S. 12. Siehe auch Reinert: Brandenburgs Parteien 1945–1950, S. 69, Anm. 57.

73 Vgl. BLHA, Rep. 331, Nr. 30, Bl. 45.

74 Siehe dazu S. 117 der vorliegenden Arbeit.

75 Siehe dazu S. 114 der vorliegenden Arbeit.

76 So drohte die Kreiskommandantur im Januar 1946 SPD- u. KPD-Funktionären aus Fichtenwalde unverhohlen, sie hätten zusammenzuarbeiten, sonst würden sie bestraft werden, u. sie hätten sich in einer Einheitspartei zu vereinigen; vgl. BLHA, Rep. 331, Nr. 39, Bl. 22. Am 22.3.1946 verhafteten die Sowjets einen sich gegen die Fusion sträubenden Fichtenwalder SPD-Funktionär; vgl. BLHA, Rep. 332, Nr. 8, Bl. 32.

77 Siehe S. 80 der vorliegenden Arbeit. Wohl spätestens seit den Wahlkämpfen 1946 lief das Agieren der Kommandanturen gegenüber CDU u. LDP darauf hinaus, die beiden bürgerlichen Parteien politisch wie organisatorisch zu schwächen u. deren Handlungsspielräume auf ein Minimum zu begrenzen, wie es die SMAD-Zentrale von den untergeordneten Militärorganen forderte; vgl. Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 182. Die

Durch die starke Bevorzugung der SED gegenüber CDU und LDP wurde andererseits die Einheitspartei auch in Zauch-Belzig wie überall in der SBZ als »Russenpartei« diskreditiert.⁷⁸ Die Besatzungsmacht begünstigte nicht nur die Einheitspartei, sondern nahm ebenso massiv Einfluss auf deren Entwicklung und Politik.⁷⁹ Die SED konnte wie die anderen Parteien nur im Rahmen der von den Sowjets verordneten Freiräume agieren, war also mithin ein Objekt sowjetischer Politik.⁸⁰ Auch wenn sie sich selbst nicht als reine Befehlsempfängerin der SMAD empfand⁸¹, fungierte die Partei nichtsdestotrotz als verlängerter Arm der Deutschlandpolitik Moskaus, als Juniorpartner des Sowjetkommunismus. Für die SED war ihr »russisches« Image in der Öffentlichkeit ein großes Problem, das sie auch durch vielfältige Bemühungen nicht wirklich abschütteln konnte.⁸²

Sowjets beschränkten sich nicht auf Repressionen u. inszenierte Diffamierungskampagnen gegen missliebige bürgerliche Politiker, sondern förderten auch bewusst so genannte progressive (d.h. Moskau- und SED-hörige) Elemente in CDU u. LDP. Die unter dem Titel Deutschland nach dem Krieg veröffentlichten Erinnerungen des Chefs der zentralen SMAD-Informationsverwaltung S. Tjulpanow sind tendenziös gefärbt u. in weiten Teilen eine ziemlich unsägliche Aneinanderreihung von Halbwahrheiten u. sowjetisch-kommunistischer Phrasen; jedoch auf S. 90 schreibt Tjulpanow in erstaunlicher Offenheit, nach den Wahlen 1946 gab die Informationsverwaltung die Weisung heraus, in den Ländern u. Provinzen der SBZ, u. besonders in den Städten, Aktivitäten der CDU- u. LDP-Organisationen stärker zu kontrollieren u. »progressiven Kräften« in diesen Organisationen zu helfen. Im Jahr 1948 intervenierte die Zauch-Belziger Kreiskommandantur bei der Neubesetzung des aufgrund der Wahlergebnisse von 1946 der CDU zustehenden Bürgermeisterpostens in Beelitz. Sie blockierte die Einsetzung des von der CDU nominierten Kandidaten Rehm, weil dieser im Kreistag eine Resolution gegen die westalliierten Siegermächte nicht mittragen wollte. Mit ihrer Blockade erreichte die Kreiskommandantur, dass ein SED-Mann als »kommissarischer« Bürgermeister auf unbestimmte Zeit in Beelitz eingesetzt wurde; vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 279, Bl. 11 u. 14.

78 Das Stigma »Russenpartei« verbreitete sich wohl mit den Wahlkämpfen 1946; vgl. Doernberg: Fronteinsatz, S. 136.

79 Tjulpanow: Die Rolle der SMAD bei der Demokratisierung Deutschlands, S. 249, umschreibt den Sachverhalt in sowjetkommunistischer Manier: »Die sowjetischen Besatzungsorgane erfüllten ihre internationale Pflicht, indem sie die Überwindung der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung dadurch unterstützten, daß sie die Ausrottung der antikommunistischen Ideologie sowie das Streben nach Einheit förderten, die Ideen von Marx, Engels und Lenin [und Stalin?] verbreiteten.« Die Überwachung der SED durch die Besatzungsmacht u. die Einflussnahme der SMAD auf die Einheitspartei wird detailliert behandelt von Bordjugow: Das ZK der KPdSU(B), die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die SED, u. Naimark.: Die Russen in Deutschland, S. 135–144, 385–361, 389–398. Auch die personellen Säuberungswellen innerhalb der SED erfolgten unter ständiger Aufsicht der Besatzungsmacht, die wiederholt steuernd in die Prozesse eingriff; Bordjugow: Das ZK der KPdSU(B), die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die SED, S. 311. Siehe auch Tjulpanow: Deutschland nach dem Krieg, S. 135–144.

80 Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 181. Foitzik: Zum Verhältnis zwischen SED und Besatzungsmacht, S. 57, sieht in KPD/SED dem Grundsatz nach einen abhängigen Bestandteil der Besatzungsstruktur, deren Kontrolle u. Intervention sie unterstanden.

81 Bonwetsch, in: ders. u.a.: Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949, S. XLV. In der Tat verfügte die SED-Führung über von der SMAD unabhängige Verbindungen nach Moskau, über die sie zumindest mittelbar u. in gewissen Grenzen Einfluss auf die Militäradministration ausüben konnte; vgl. Foitzik: Zum Verhältnis zwischen SED und Besatzungsmacht, S. 57 u. 63.

82 Siehe dazu Bonwetsch, in: ders. u.a.: Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949, s. S. L–LV. Innerhalb der SMAD selbst erhob sich 1947 eine kritische Stimme, die beklagte, dass die permanenten

In Belzig war Kapitän Goldienko ständiger Gast im Domizil des SED-Kreisvorstandes⁸³, um zum einen die Entwicklung in den SED-Gliederungen des Landkreises zu überwachen, zum anderen den Parteivorstandsmitgliedern konkrete »Ratschläge« zu geben.⁸⁴ Bisweilen gab die Kreiskommandantur vor, welche Resolutionen die SED-Fraktion im Kreistag einzubringen hatte.⁸⁵ Am 15. Oktober 1948 referierte Oberstleutnant Achromin auf einer außerordentlichen Sitzung des erweiterten SED-Kreisvorstandes über die Umformung der Einheitspartei zur »Partei neuen Typus«, wie diese Partei – nach dem Muster der KPdSU – aussehen und arbeiten müsse.⁸⁶

Militärische Objekte

In den ersten Monaten der sowjetischen Besatzungszeit kam es allorts zur unkoordinierten Beschlagnahme von Gebäuden und Grundstücken durch einzelne Truppenkommandeure für Unterkunftszwecke, Einrichtung von Kommandanturen, Funkstationen usw. Die Versorgung der gewaltigen Besatzungsstreitmacht gehörte anfänglich zu den schwierigsten Problemen. Weil die Nachschublinien aus der Sowjetunion stark überdehnt waren, mussten sich die Truppen irgendwie eigenhändig mit Lebens- und Futtermitteln versorgen.⁸⁷ Sie besetzten landwirtschaftliche Gehöfte und bewirtschafteten sie monatelang selbst, wie z.B. in Zauch-Belzig die Rittergüter Kemnitz⁸⁸, Hagelberg, Klein Glien, Reckahn, Petzow, Gollwitz, Lübnitz, Golzow und Schmerwitz⁸⁹, das Gut Langerwisch sowie weitere Güter bzw. Bauernhöfe in Lehnin, Krielow, Schmergow und Götz.⁹⁰ Erst mit Herausbildung der SMAD und Aufbau regulärer Garnisonen endeten die wilden Gebäude- und Grundstücksrequisierungen. Ein Teil der unter Beschlagnahme genommenen Liegenschaften wurde wieder zur zivilen Nutzung freigegeben.

Eingriffe der Besatzungsmacht in die inneren Verhältnisse der Einheitspartei, die »kleinlichen Bevormundungen« und die respektlose Art, mit der die Offiziere und Kommandanten nicht nur sie, sondern genauso die anderen Parteien herumkommandierten und wie Abteilungen der SMAD behandelten, stark dem Ansehen der Einheitspartei in der Bevölkerung schade; Vgl. Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 108. Siehe zu der Thematik auch Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 88f. u. 364f.

83 Die Einmischung in SED-Angelegenheiten nicht nur auf der zentralen, sondern hinunter bis auf die lokale Ebene war ein Grundzug der Beziehungen zwischen der SMAD u. der SED; vgl. Bonwetsch, in: ders. u.a.: Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949, S. XLIV.

84 Zur brüskten Einmischung Goldienkos in die Tätigkeit des SED-Kreisvorstandes s. exemplarisch BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 3, Bl. 12–15. In der Hauptsache scheinen die politischen Offiziere über interne Gespräche mit dem engeren Führungszirkel der Zauch-Belziger SED, d.h. mit den Sekretariatsmitgliedern des Kreisvorstandes, Einfluss ausgeübt zu haben, um nicht zu sehr den Eindruck zu erwecken, die SED sei eine bloße Handlangertruppe der Besatzungsmacht.

85 Vgl. etwa BLHA, Rep. 250, Nr. 100, Bl. 675.

86 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 3, Bl. 89.

87 Foitzik, in: SBZ-Handbuch, S. 15f.; ders.: Sowjetische Militäradministration in Deutschland, S. 92f.

88 Angelow: Geschichte und Landschaft, S. 90.

89 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 203; ebenda, Rep. 330, Nr. 22, Bl. 3.

90 Vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 10, Bl. 106; KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 24.9.1945, S. 2f.).

In Zauch-Belzig unterhielt die Besatzungsmacht zwei Militärobjekte von Bedeutung, und zwar den Flugplatz Werder/Havel und das Lazarett in Beelitz-Heilstätten, aber keine größeren Garnisonen. Beelitz-Heilstätten, bereits vom kaiserlichen Heer und der Wehrmacht als Lazarett genutzt, machten die Sowjets zum zentralen Militärhospital ihrer Besatzungstruppen in Deutschland.⁹¹ Der 1935/36 entstandene Flugplatz (Wildpark-)Werder war ehemals ein Fliegerhorst der deutschen Luftwaffe.⁹² Wenige Wochen nach Kriegsende richtete sich dort sowjetisches Militär ein.⁹³ Durch die Kommandantur Werder wurden in der Havelstadt 200 Häuser mit 495 Wohnungen und zusätzlich noch 188 einzelne Zimmer beschlagnahmt (was aufgrund der dadurch verursachten Wohnraumknappheit für starken Unmut unter den Werderanern sorgte).⁹⁴ Zu Arbeiten auf dem Flugplatzgelände zog die Besatzungsmacht per Befehl aus der ortsansässigen Bevölkerung Arbeitskräfte heran.⁹⁵

In weiteren Zauch-Belziger Orten waren Sowjeteinheiten und kleinere Abteilungen wie Nachrichtentrupps und Militärstreifen für wenige Monate, manchmal auch einige Jahre, stationiert. So wurde das Gebäude des Baugeschäftes Raue in Glindow von einer sowjetischen Einheit als Kfz-Reparaturwerkstatt ausgebaut und genutzt.⁹⁶ Eine Nachrichtenabteilung der SMA belegte teilweise die Übersee-Funkempfangsanlage der Reichspost in Schönefeld bei Beelitz.⁹⁷ In Ferch waren 1945 mehrere hundert Rotarmisten für einige Monate einquartiert.⁹⁸ Im Nachbarort Caputh hielt sich im Herbst 1945 ein Kontingent von rund 2500 Mann, fast durchweg Offiziere, auf, für das ganze Straßenzüge geräumt werden mussten.⁹⁹ Bis Februar 1949 übergab die Besatzungsmacht an die Kreisverwaltung eine Reihe geräumter Objekte. Es handelte sich dabei um Gebäude in Belzig (ein Haus, eine Autogarage, eine Baracke), in Brück (fünf Holzbaracken einer früheren Funkstation, ein Haus, eine massive Baracke), in Borkheide (zweistöckiges Haus am früheren Flugplatz), in Treuenbrietzen (zwei Holz- und sechs massive Baracken), in Wiesenburg (fünf Holzbaracken), in Werder (zwei Gebäude des »Schützenhauses«) und in Deetz (zwei Häuser einer früheren Funkstation).¹⁰⁰ Die Wirtschaftsgebäude des Ziegelwerkes Glindow blieben mindestens bis August 1949 durch die Besatzungsmacht belegt.¹⁰¹ Noch bei Kriegsende war auf sowjetischen Befehl nahe Lüsse/Kuhlowitz ein Feldflugplatz angelegt worden. Die Besatzungsmacht stationierte dort zwar keine Einheit, behielt sich den Platz aber

91 Zur Geschichte der Heilstätten s. www.heilstaetten.beelitz-online.de/HISTORIE/historie.htm.

92 Siehe www.stadtfuehrer-werder.de/w_fuehrungen.htm.

93 Im Juli 1945 ließen die Sowjets Aufräumarbeiten auf dem Fliegerhorst durchführen; s. KrA PM, 49.013/6.

94 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 318.

95 Zum Beispiel erging unterm 26.10.1948 ein Befehl der Kreiskommandantur an das Landratsamt, 10 Gespanne sowie 50 Arbeitskräfte zu bestimmen, die zu jeder Zeit für den Einsatz auf dem Flugplatz Werder bereit sein müssten; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 95, Bl. 378.

96 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 545, Bl. 44.

97 Ebenda.

98 BLHA, Rep. 330, Nr. 165, Bl. 101.

99 Ebenda, Bl. 114.

100 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 95, Bl. 445.

101 Vgl. ebenda, Nr. 545, Bl. 175.

als Ausweichflugfeld vor. Die SMAD erließ am 6. Februar 1946 eine Weisung, laut derer der Flugplatz nicht für die Landwirtschaft freigegeben werden durfte.¹⁰² Das Landratsamt unterhielt ein »Sonderbaubüro für die Bauten der Besatzungsmacht« mit (1948) acht Angestellten¹⁰³, das sich offensichtlich um den baulichen Zustand der von der Sowjetarmee genutzten Objekte zu kümmern hatte.

Große sowjetische Garnisonen entstanden an der Grenze zu Zauch-Belzig in Brandenburg/Havel¹⁰⁴, Jüterbog-Altes Lager und Potsdam. Zauch-Belzig war vom Aufbau dieser Garnisonen insofern betroffen, dass der Landkreis Arbeitskräfte für die dortigen Militär Objekte abstellen musste¹⁰⁵ oder dass er deutsche Zivilisten aufzunehmen hatte, die ihre Häuser und Wohnungen zwangsweise für sowjetische Militäranghörige räumen mussten.¹⁰⁶

Verhältnis zu deutschen Stellen

Die sowjetische Besatzungsmacht legte größten Wert auf eine möglichst enge Verzahnung zwischen den SMAD-Dienststellen und den entsprechenden deutschen Verwaltungsinstitutionen.¹⁰⁷ Die regionale Gliederung des Besatzungsapparates war 1945 weitgehend der bestehenden deutschen Verwaltungsgliederung angeglichen worden.¹⁰⁸ Indes hatten sich in der frühen Besatzungszeit die brandenburgischen Landkreise beim Zuschnitt ihrer Mittelinstanzen, d.h. bei den Bezirksbürgermeisteren¹⁰⁹, anscheinend in der Regel einer durch die Kommandanturbereiche vorgegebenen Gebietsstruktur anzupassen. Zumindest legt das Beispiel Zauch-Belzigs dies nahe, wo auf ausdrückliche Anordnung des Kreiskommandanten die deutschen Bezirksbürgermeisteren sich mit den Kommandanturabschnitten decken mussten¹¹⁰, was wiederum bedeutete, dass Neueinrichtung oder Auflösung von Kommandanturen unweigerlich eine demgemäße Reorganisation der Bezirksbürgermeisteren nach sich zogen.

Grundsätzlich war die SMAD gegenüber deutschen Dienststellen mit diktatorischer Gewalt ausgestattet.¹¹¹ Ihre Weisungspraxis wuchs sich von der obersten bis zur untersten

102 Vgl. ebenda, Nr. 94, Bl. 35.

103 Vgl. ebenda, Nr. 230, Bl. 4.

104 Siehe Kotsch: Garnison für drei Armeen, S. 171–173.

105 So gab die SMA Brandenburg im März 1948 eine Verfügung an das Landesarbeitsamt heraus, laut der 250 Arbeitskräfte aus Treuenbrietzen, Beelitz u. Buchholz bei Treuenbrietzen für ständige Arbeiten im Bereich Altes Lager zu stellen seien; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 95, Bl. 265.

106 Am 25.3.1946 ging beim Landratsamt ein Fernspruch von der Provinzialverwaltung ein, dass aus Potsdam 10 000 Personen ausgesiedelt werden müssten, da Angehörige der Roten Armee nach Potsdam kämen; 1600 der Ausgesiedelten waren zur Aufnahme durch den Kreis Zauch-Belzig vorgesehen; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 88, Bl. 8.

107 Kreuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, S. 135.

108 Foitzik, in: SBZ-Handbuch, S. 15; Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 232.

109 Siehe S. 58–60 der vorliegenden Arbeit.

110 Vgl. KrA PM 49.000/2 (Schreiben des Landrats vom 28.6.1945).

111 Zum Folgenden vgl. Foitzik, in: SBZ-Handbuch, S. 44 u. 47; Geßner: Befehle der Sowjetischen Militäradministration des Landes Brandenburg, S. 24; ders./Sacharow: Inventar der Offenen Befehle der Sowjetischen Militäradministration des Landes Brandenburg, S. 15; Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 79–90. Schreckenbach: Der Aufbau einer neuen Verwaltung, S. 230f.

Ebene¹¹² zu einem steifen Dirigismus aus.¹¹³ (Kommentar Kapitän Goldienkos von der Zauch-Belziger Kreiskommandantur: »Wir sind deshalb zu befehlen gezwungen, weil die Deutschen nur das »Befehlen« gewöhnt sind.«¹¹⁴) Insgesamt gesehen erlaubte die Arbeitsweise der Militäradministration den deutschen Institutionen weitgehend nur reaktive und exekutive Handlungen. Eigene Vorstellungen konnten diese nur insoweit einbringen, wie dies durch die Besatzungsmacht geduldet wurde. Ein schrittweises Nachlassen des Dirigismus und ein Zurückziehen auf Kontrollfunktionen setzte 1947 zugunsten der SED ein. Damit änderte sich aber nur der Stil der Befehls- und Arbeitsorganisation. Ansätze einer wirklich eigenständigen deutschen Politik wurden auch danach in der SBZ rigoros unterbunden.

Da es sich bei der Besatzungsadministration um eine militärische Großbürokratie handelte, verfassten die SMAD-Organen ihre Anordnungen und Weisungen in Befehlsform.¹¹⁵ Deutsche Stellen bekamen die Befehle in russischer Sprache erteilt. Die Übersetzung und Bearbeitung der Befehle war mit großem Arbeitsaufwand verbunden.¹¹⁶ Die Kreisverwaltungen und anderen Institutionen hatten einen nicht geringen Bedarf an Dolmetschern.¹¹⁷ Ergänzend zum Befehlsprinzip wirkte als Herrschaftsinstrument der Besatzungsmacht das Institut der Berichterstattung.¹¹⁸ Das überbordende Rapportwesen bedeutete für die deutschen Stellen eine enorme Belastung. So musste das Zauch-Belziger Landratsamt 1946 monatlich nicht weniger als acht Meldungen allein über die Bevölkerungsbewegung und -struktur im Landkreis an die Kreiskommandantur abliefern. Es handelte sich im einzelnen um Meldungen über: 1.) die Zahl der städtischen Bevölkerung, 2.) die Anzahl der arbeitsfähigen Bevölkerung, 3.) die Zahl der arbeitslosen Bevölkerung, 4.) über die Versorgung der Industrie mit Arbeitskräften, 5.) über Spezialkräfte in der Landwirtschaft, 6.) über die Anzahl an Ingenieuren und technischem Personal, 7.) über Hochschulabsolventen, 8.) über die Anzahl der zurückgekehrten deutschen Bevölkerung aus anderen Ländern auf das Gebiet der sowjetischen Okkupationszone in Deutschland.¹¹⁹

112 Zur Abhängigkeit etwa des brandenburgischen Ministerpräsidenten Steinhoff vom Zivilchef der SMA Brandenburg, Scharow, s. Geßner/Sacharow: Inventar der Offenen Befehle, S. 20f.

113 Wie Semirjaga: Die Rote Armee in Deutschland, S. 209f., berichtet, wollten die sowjetischen Militärbehörden im östlichen Deutschland bewusst »sowjetische Verhältnisse«, die in der Sowjetunion »üblichen Kommandomethoden der Leitung einführen«.

114 Goldienko auf einer Bürgermeistertagung am 4.2.1947; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 286, Bl. 21 Rs).

115 Wie schon erwähnt, stand das Recht der schriftlichen Befehlserteilung nur höheren Instanzen der Besatzungsmacht zu. Die Abschnittskommandanten gaben im Normalfall nur mündlich Befehle. Eine markante Ausnahme bildete der Abschnittskommandant von Beelitz, Major Jarzew, der seine Befehle oftmals schriftlich ausfertigen u. sogar als öffentliche Aushänge publik machen ließ; s. KrA PM, 42.011/1, 42.011/2 u. 42.011/3.

116 Foitzik, in: SBZ-Handbuch, S. 43.

117 Februar 1948 waren im Belziger Landratsamt 5 Dolmetscher beschäftigt; s. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 230, Bl. 22–30.

118 Foitzik, in: SBZ-Handbuch, S. 45.

119 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 100, Bl. 548.

Da sich mit der Zeit die Befehlsgewalt bei den zentralen SMAD-Gremien der Zone und der Länder konzentrierte¹²⁰, verloren die Kommandanturen zumindest pro forma das Recht zu unmittelbaren Eingriffen in die deutsche Verwaltung. Die Kommandanturen beschränkten sich zunehmend auf die Kontrolle der Durchführung von Befehlen der höheren SMAD-Instanzen sowie auf das Rapportwesen. Die lokalen Organe der Besatzungsmacht übten aber weiterhin noch manchen Einfluss allein schon durch die Anwesenheit ihrer Vertreter in Sitzungen deutscher politischer und administrativer Gremien aus. Für die deutschen Stellen war und blieb die Handlungsweise der örtlichen Kommandanturen oft unberechenbar. Der Zauch-Belziger Landrat äußerte in einem Schreiben an den brandenburgischen Wirtschaftsminister Rau vom 11. November 1947 mit ironisch-sarkastischem Unterton: »Leider bin ich nicht in der Lage, Maßnahmen der Besatzungsmacht zu kontrollieren oder wie Sie anführen, in geeigneter Form abzustellen. In meinem Kreise ist es immer noch so, dass ich von der Besatzungsmacht kontrolliert werde und nicht umgekehrt.«¹²¹

Prinzipiell gestalteten sich die Arbeitskontakte zwischen sowjetischen Offizieren und Deutschen nicht einfach.¹²² »Sprachschwierigkeiten, der unterschiedliche Arbeits- und Lebensstil sowie die tiefgreifenden wechselseitigen Vorbehalte wurden auf deutscher Seite als Hemmnisse wahrgenommen.«¹²³ Nicht einmal die deutschen Kommunisten genossen einen verlässlichen Vertrauensvorschuss bei der SMAD. Missverständnisse traten allein schon dadurch auf, dass die deutschen Stellen nicht immer wussten, ob die Besatzungsoffiziere Termine nach Moskauer Zeit oder nach mitteleuropäischer Zeit festlegten.¹²⁴ Die Überheblichkeit rangniedriger Offiziere¹²⁵ wurde vielfach auf lokaler Ebene beklagt. Eine gewisse Eroberermentalität wird zweifellos auch eine Rolle gespielt haben.¹²⁶ Für Distanz sorgte ebenfalls, dass die Angehörigen der SMAD

120 Foitzik, in: SBZ-Handbuch, S. 45.

121 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 217, Bl. 14.

122 Zum Folgenden vgl. Foitzik, in: SBZ-Handbuch, S. 44 u. 46; Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 79–82.

123 Foitzik, in: SBZ-Handbuch, S. 46. Tjulpanow: Deutschland nach dem Krieg, S. 41, berichtet von psychologischen Barrieren seitens der Sowjetoffiziere, die manche nicht überwinden konnten u. deshalb in die Heimat zurückversetzt wurden. Einer dieser Rückversetzten habe erklärt: »Ich bin quer durch Ostpreußen bis nach Berlin gekommen. Ich sah ihre vollen Kornspeicher, gutgefütterte Viehherden, sehr schöne Häuser aus Stein in den Dörfern. Was wollten sie denn bei uns? Bei mir im Gebiet Witebsk ist alles abgebrannt, und ich soll ihnen nun helfen, die Wirtschaft wiederaufzubauen, und ihnen Erklärungen geben? Das werde ich nicht tun.«; ebenda. Die Angehörigen der Besatzungsmacht erlebten einen tiefen Schock, als sie entdeckten, dass das besiegte Deutschland einen weit höheren Lebensstandard hatte als ihr reiches Heimatland; Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 588.

124 Was einen Unterschied von immerhin 2 Stunden ausmachte.

125 Zum geradezu herrisch-schulmeisterhaften Auftreten von Offizieren der Zauch-Belziger Kreiskommandantur in Bürgermeister- u. Amtsvorsteher tagungen s. etwa BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 287, passim.

126 Unter Eroberermentalität dürfte auch fallen, dass der Zauch-Belziger Kreiskommandant Stoljarow im Sommer 1946 den Auszug der Kreisverwaltung aus dem repräsentativen, symbolträchtigen Landratsgebäude in Belzig anordnete, um sich dort mit seiner Kreiskommandantur einzuquartieren; siehe S. 52f. der vorliegenden Arbeit.

einen Sold erhielten, der um ein vielfaches höher lag als die Gehälter des Personals in den deutschen Behörden. Auch bestand bei der Militäradministration generell kein Verständnis für die althergebrachten Prinzipien der deutschen Selbstverwaltung. Die Sowjetoffiziere dachten in zentralistischen, häufig militärischen Kategorien. Der Landrat des Kreises Zauch-Belzig war z.B. für die Kreiskommandantur nicht etwa die (zumindest formal) überparteiliche Institution, sondern die Offiziere sahen in ihm in erster Linie den SED-Funktionär, der politische Vorgaben der Besatzungsmacht oder der SED in der Verwaltung umzusetzen hatte.

Fehldeutungen seitens der SMAD-Offiziere konnten unversehens bedrohliche Folgen haben.¹²⁷ Am 30. Oktober 1945 verlangte ein Offizier der Kreiskommandantur auf einer Kontrollfahrt Zutritt zum Haus des Ortsältesten in Dahnsdorf. Das Hoftor wurde ihm und seinen Begleitern erst nach geraumer Zeit geöffnet. Der Offizier meinte, man habe ihn mutwillig warten lassen. Tatsächlich hatten aber die Hausbewohner das Klopfen nicht gleich gehört. Noch wegen der unliebsamen Wartezeit wütend, besichtigte der Kommandanturoffizier das Büro des Ortsältesten und bemerkte scharf zu jenem, er müsse »mitkommen«. Die erschrockene Frau des Ortsältesten schrie, so etwas gebe es nicht, und griff mit einer Hand ihren Mann am Arm. Sie hatte in jenem Augenblick zufällig eine Mistforke in der anderen Hand. Nun schien sich wiederum der Offizier bedroht zu fühlen. Wenigstens behauptete er später, die Frau sei mit der Forke auf ihn und seine Begleiter losgegangen. Der Ortsälteste und seine Frau wurden kurzerhand nach Belzig abtransportiert und in den Keller der Kreiskommandantur eingesperrt, um nur eine dreiviertel Stunde darauf an die deutsche Polizei übergeben zu werden. Nachdem sich die Missverständnisse schnell aufgeklärt hatten, kamen beide am folgenden Tag wieder frei.

Während der ersten Besatzungsjahre bestraften SMAD-Offiziere Mitarbeiter der deutschen Verwaltung schon für geringe Fehlritte mit einer wohl dem Reglement des sowjetischen Militärs entsprechenden, aber aus ziviler Sicht nicht nachvollziehbaren Härte. So ließ Ende Juni 1945 der Kommandant von Beelitz einen Sachbearbeiter des Beelitzer Ernährungsamtes für fünf Tage in Haft nehmen, weil dieser die Einladung zu einer Besprechung nach Ansicht des Kommandanten nicht rechtzeitig verbreitet hatte.¹²⁸ Die Keller der Kommandanturgebäude wurden zu provisorischen Arrestzellen umfunktioniert. »Ab in den Keller« war in der Bevölkerung ein Synonym für die Ad-hoc-Bestrafung durch lokale Besatzungsorgane.¹²⁹ Der Zauch-Belziger Landrat Vogt sah sich Anfang Dezember 1945 veranlasst, offen zu erklären, dass er Mühe habe, die einzelnen Bürgermeister vor Strafmaßnahmen der SMAD-Organe zu schützen.¹³⁰

127 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 10, Bl. 157–162.

128 KrA PM, 51.34/14A (Protokoll vom 30.6.1945, S. 1).

129 Im Oktober 1947 gab Major Mamrenko, offensichtlich ein tumber Choleriker, wegen einer (ungewollt) fehlerhaften Getreide-Bestandsmeldung aus der Gemeinde Fredersdorf wortwörtlich die Anordnung, »den Bürgermeister [von Fredersdorf] sofort einzusperrern, an Händen und Füßen zu fesseln und in einen kalten Keller zu werfen, bis er verrecke.«; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig.

130 Vgl. KrA PM, 51.34/14 (Protokoll vom 3.12.1945, S. 3).

Freilich konnte das Verhalten gegenüber deutschen Stellen von Kommandant zu Kommandant sehr unterschiedlich sein. Der Bürgermeister von Michendorf etwa erklärte im August 1945, »dass wir alle Ursache haben, mit der hiesigen Kommandantur zufrieden zu sein«, denn im Gegensatz zu anderen Bürgermeistereibezirken seien im Michendorfer Bezirk noch »keine Maßregelungen getroffen, keine Geldstrafen durchgeführt, keine Ortsältesten in Haft genommen« worden, und »Darüber hinaus hat sich die Kommandantur Mühe gegeben auch unseren Belangen Rechnung zu tragen, hat mit Planen und Neuregelungen dazu beigetragen die Vorschriften zu erfüllen. [...] Wir haben jederzeit Zutritt zur Kommandantur im Gegensatz zu Beelitz.«¹³¹

Neben solchen Vertretern der Besatzungsmacht, die sich redlich mühten, ihre regulären Pflichten nicht zuletzt auch zum Wohle der deutschen Bevölkerung zu erfüllen, gab es eine nicht zu beziffernde Anzahl jener, die nach Selbstbereicherung gierten, um sich das Leben im fremden Land so komfortabel wie möglich zu gestalten.¹³² Ausgesprochen weit trieb es z.B. ein NKWD-Oberleutnant namens Simakow, über den sich die SED-Arbeitsgebietsleitung Werder/Havel im Mai 1946 bei der Bezirksleitung Brandenburg-West der Einheitspartei beschwerte (in der vagen Hoffnung, jene könnte über Kontakte zur höheren Instanzen der Besatzungsmacht dem Treiben ein Ende bereiten). Der NKWD-Oberleutnant hatte u.a. die Wiedereinstellung seines vorbestraften (!) deutschen Kumpans in den Polizeidienst erzwungen und vom Zweiten Bürgermeister von Werder das für dessen Dienstfahrten unabdingbare Privatmotorrad kurzerhand – mit Sicherheit zum Eigengebrauch – einkassiert.¹³³ Erstaunlicherweise genierten sich die korrupten Elemente augenscheinlich nicht, bei ihren »krummen Geschäfte« auch deutsche Stellen (zwangsweise) einzubeziehen. So sah sich am 28. März 1946 der Leiter der Kraftfahrzeugzulassungsstelle des Landkreises Zauch-Belzig durch drei ihn bedrängende Sowjetsoldaten und einen Befehl der Kreiskommandantur genötigt, schleunigst einen Fahrzeugbrief für einen Oberst Morochow auszustellen, obwohl ein Eigentumsrecht an dem betreffenden Wagen nicht nachgewiesen werden konnte.¹³⁴ Dabei dufte die Zulassungsstelle generell keine Papiere für sowjetische Militärangehörige ausfertigen. Der Landrat erhielt sofort Bescheid von dem Vorfall, war aber selbst machtlos dagegen.

Hatten die SMAD-Offiziere in der deutschen Verwaltung einen »Favoriten«, so war dieser für etwaige Disziplinarmaßnahmen von deutscher Seite fast unantastbar. In der Bezirksbürgermeisterei Beelitz leitete ein gewisser Rudolf Tof(f)ka die Wirtschaftsabteilung. Tofka, mit richtigem Namen Rudolf Dowgalewski und ursprünglich russischer Staatsbürger, besaß eine recht schillernder Vergangenheit.¹³⁵ In den 1920er

131 KrA PM, 51.34/14 (Protokoll vom 13.8.1945, S. 6).

132 Die Thematik Habgier u. Korruption unter den Angehörigen der Besatzungsmacht wird behandelt von Naimark: *Die Russen in Deutschland*, auf S. 25, 41f. u. 47–50.

133 Vgl. BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 71 (Schreiben der SED-Arbeitsgebietsleitung Werder an den Hauptsekretär der SED-Bezirksleitung Brandenburg-West vom 10.5.1946).

134 Vgl. dazu BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 88, Bl. 29f.

135 Zumindest geht dies aus Unterlagen im Nachlass A. Sturm hervor. Die folgenden Angaben zu Dowgalewski alias Tofka sind ebenda entnommen.

Jahren arbeitete Dowgalewski alias Tofka im sowjetischen Staatsdienst als Handelsvertreter in Deutschland. Er weigerte sich 1927/28, gemäß einer Aufforderung aus Moskau in die Sowjetunion zurückzukehren. Da er sich vom Bolschewismus und der Sowjetunion öffentlich distanzierte, überstand er die NS-Zeit unbeschadet.¹³⁶ Mit seiner Biographie war Dowgalewski nach Kriegsende eigentlich ein Fall für den sowjetischen Sicherheitsapparat. Er tauchte jedoch einige Wochen unter und verschleierte dann seine wahre Identität, indem er sich nur noch Tofka nannte. Im Juni wurde er Ortsältester in Elsholz¹³⁷ bei Beelitz und gelangte anschließend in den Beelitzer Verwaltungsapparat. Aufgrund seiner selbstverständlich hervorragenden Russischkenntnisse machte er sich bei den Beelitzer Kommandanturoffizieren äußerst beliebt. Über seine Amtsausübung gab es hingegen deutscherseits häufig Beschwerden, u.a. wegen ungerechtfertigter Beschlagnahme landwirtschaftlicher Produkte. Auch war er in dubiose Machenschaften um die Fleischfabrik Erich Jakobik (Elsholz) und deren Anwesen verstrickt.¹³⁸ Der damalige Zauch-Belziger Landrat Vogt sah sich zum Eingreifen genötigt und warf Tofka im Dezember 1945 (oder Anfang Januar 1946) aus der Verwaltung. Nun mischte sich die Kommandantur Beelitz ein. Deren Chef, Major Jarzew, verlangte in einem Schreiben an die Kreiskommandantur vom 13. Januar 1946, Tofkas Amtsenthebung sofort rückgängig zu machen¹³⁹, und hatte damit Erfolg.

Landrat Vogt verteidigte hingegen in einem Brief an die Provinzialverwaltung vom 31. Januar 1946 sein Vorgehen gegen Tofka.¹⁴⁰ Vogt schrieb:

Es hat sich jedoch die Kommandantur Beelitz wieder eingeschaltet. [...] Es ist so, dass die Kommandantur Beelitz hinter Toffka steht und alle Hebel in Bewegung gesetzt hat, dass Toffka auf Befehl der [Kreis-] Kommandantur wieder eingesetzt werden musste. Es ist sonderbar, dass sich eine Kommandantur um einen Mitarbeiter der Zivilverwaltung derart bemüht, wie es hier bei Toffka der Fall ist.¹⁴¹

Mit letzterem Satz deutete der Landrat seinen Verdacht an, Tofka unterhalte Verbindungen korrupter Art zu SMAD-Offizieren. Der Landrat betonte nochmals, dieser Tofka sei untragbar, und er bat die Provinzialverwaltung eindringlich, nun von ihrer Seite aus dessen Amtsenthebung zu veranlassen. Doch dazu kam es nicht. Tofka blieb dank seiner sowjetischen Hintermänner im Sattel. Erst mit der Auflösung der Bezirksbürgermeisterei im Herbst 1946 scheint er das Beelitzer Rathaus endgültig verlassen zu haben.

136 Laut den Unterlagen im Nachlass A. Sturm soll Dowgalewski 1944 erzählt haben, dass man ihn in die exil-russische Wlassow-Armee zum Kampf gegen die Rote Armee einziehen wolle. Anfang 1945 soll er sich bei einer Organisation von Exil-Armeniern um einen Pass auf den Namen »Dowganian« bemüht haben, um sich mit diesem Pass nach Stuttgart abzusetzen u. somit dem befürchteten Einmarsch der Roten Armee zu entgehen.

137 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 279, Bl. 235.

138 Vgl. Nachlass A. Sturm (Bericht vom 26.8.1946; Schreiben des Antifa-Ausschusses Elsholz an die Stadtverwaltung Beelitz vom 24.10.1946).

139 Siehe BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 94, Bl. 115.

140 Vgl. ebenda, Nr. 104, Bl. 155.

141 Ebenda, Nr. 104, Bl. 155.

Die Kommandanturoffiziere hatten freilich selbst Maßregelungen durch ihre übergeordneten SMAD-Dienststellen zu fürchten, denen sie ständig umfangreiche Berichte vorlegen mussten. Sie liefen Gefahr, bei etwaigen Vorkommnissen, für die sie in den Augen ihrer Vorgesetzten (mit-) verantwortlich waren, nach strengem Militärreglement bestraft zu werden. Für die Offiziere der Zauch-Belziger Kreiskommandantur war Generalmajor Scharow, der Zivilchef der SMA Brandenburg, die maßgebliche Stelle, vor der sie Rechenschaft abzulegen hatten. Ganz den militärischen Gepflogenheiten entsprechend, leiteten die Offiziere der Kreiskommandantur den Druck, den sie selbst von oben spürten, auf die ihnen unterstellten Kommandanturen bzw. auf die deutschen Behörden weiter. Schnell wurde der Schwarze Peter weitergeschoben. So gab es schon mal den aus der Luft gegriffenen Vorwurf der Kreiskommandantur: »Die Angestellten des Landratsamtes sitzen in den Büros [herum], während die Offiziere auf Kontrollfahrten gehen.«¹⁴² Bei der Kreisverwaltung gingen Fernsprüche ein wie folgender vom 14. März 1949: »Herr Oberstleutnant Mamrenko bittet, dass Herr Landrat dem Kreisrat Flüge den Kopf waschen soll, weil 60% der Sägewerke wegen Mangel an Holzanfuhr stillstehen. Das Ergebnis ist Herrn Oberstleutnant Mamrenko mitzuteilen. Falls in 2 Tagen keine Änderung eintritt ist er gezwungen, Generalmajor S[c]harow darüber Bericht zu erstatten.«¹⁴³

Erregten gewisse Dinge enormen Unwillen bei den SMAD-Offizieren, drohten sie des öfteren vorschnell mit absurden, undurchdachten Maßregelungen, die in ihrer Konsequenz sich äußerst kontraproduktiv auswirken konnten. Im Dezember 1946 erboste sich etwa die Kreiskommandantur darüber, dass es in den Hauptgeschäftszeiten schwer gelinge, die gewählten Fernsprechanschlüsse zu erreichen, weil aufgrund des großen Sprechverkehrs das Netz überlastet sei. Wie die Kommandantur dem Belziger Landratsamt mitteilte, beabsichtigte sie, einen Großteil der Telefonanschlüsse einfach abschalten zu lassen, wenn nicht sofort ein reibungsloser Fernsprechverkehr einsetzte.¹⁴⁴ Wäre die Drohung verwirklicht worden, hätte dies katastrophale Folgen für das mühsam wiederaufgebaute Orts- und Fernsprechnetz gezeitigt und die ohnehin schleppende, selbstverständlich unabdingbare Kommunikation zwischen Institutionen und Betrieben schwer beeinträchtigt. Die Kreiskommandantur schien allgemein einen Hang zu zweifelhaften »Hauruck«-Aktionen besessen zu haben. Zum Beispiel befahl sie am 21. August 1945 allen in Belzig zu einer Sitzung versammelten Bürgermeistern des Landkreises, sich sofort auf die Felder zu begeben, um für die restliche Einbringung des Getreides Sorge zu tragen, womit wiederum die nicht unwichtige Sitzung ausfallen musste.¹⁴⁵

Die immer wieder auftretenden Spannungen im Verhältnis von Sowjets und deutschem Behördenpersonal konnten auch durch gemeinsame Feierstunden z.B. von Kreiskommandantur und Landratsamt nicht übertüncht werden. Für das Fach-

142 Ebenda, Nr. 182, Bl. 16 Rs (24.9.1946).

143 Ebenda, Nr. 101, Bl. 90.

144 Vgl. ebenda, Nr. 230, Bl. 198.

145 Vgl. KrA PM 51.34/14 (Aktenvermerk vom 21.8.1945).

personal in den deutschen Dienststellen muss es deprimierend gewesen sein, sich von SMAD-Offizieren schülerhaft bevormunden zu lassen und wider besseren Wissens unsinnige oder kontraproduktive Anordnungen der Kommandanturen zu befolgen. Zauch-Belzigs Landrat Sydow illustrierte selbst im November 1947 unverblümt, wie er mit dem Kreiskommandanten zu kommunizieren hatte und wie er sich in der Rolle eines Laufburschen fühlte: »Wenn der Herr Kreiskommandant mir eine Auflage erteilen will, so fordert er mich auf, bei ihm zu erscheinen und erlaubt mir nicht, einen Mitarbeiter oder einen deutschen Dolmetscher mitzubringen. Er übermittelt mir dann seine Auflage in Gegenwart von anderen Offizieren. Die Übersetzung nimmt ein Soldat der Roten Armee vor.«¹⁴⁶ Manch einem, der aus seiner jahrelangen Verwaltungstätigkeit Selbstbewusstsein schöpfte, platzte der Kragen. Während einer Besprechung beim Landrat am 22. September 1948 beschwerte sich Mamrenko (zu jener Zeit noch Major) über den Kreisrat Fleurin (CDU), jener bitte die Bauern betreffs der Erfüllung ihres Abgabesolls zuviel anstatt zu wenig zu verlangen, weshalb er Mitverantwortung trüge, wenn die Bauern nicht ihren Pflichten nachkämen.¹⁴⁷ Den sich daraus entspannenden Disput hielt ein anwesender Dolmetscher fest:

Diesen Vorwurf wollte Kreisrat Fleurin nicht auf sich sitzen lassen und versuchte, das zu widerlegen, jedoch gab ihm der Major keine Möglichkeit, sich zu rechtfertigen, sondern schrie ihn an, was zur Folge hatte, dass der Kreisrat gereizt zurück schrie und der Auftritt eine unbeführende Haltung des Kreistrats gegenüber dem Offizier aufwies. Der Major wies Kreisrat Fleurin mit Worten aus dem Zimmer und nach kurzem Wortwechsel mit dem Landrat eilte er zum [Kreis-] Kommandanten.«¹⁴⁸

Der ob Fleurins Auftreten ebenso gereizte wie verdutzte Mamrenko denunzierte den Vorfall beim Kreiskommandanten Gardeoberst Tschernawzew.¹⁴⁹ Es sprach für eine gewisse Besonnenheit des Kreiskommandanten, dass er von Sanktionen gegen den Kreisrat Fleurin absah.

Wenn die Landratsbehörde mit der Kreiskommandantur in Streitfragen trotz längerer Diskussion keine für sie akzeptable Lösung erreichte, wandte sie sich an die Provinzialverwaltung bzw. Landesregierung. Diese hatte allerdings gegenüber der Kreiskommandantur nicht die geringste Weisungsbefugnis, konnte aber die Sachverhalte bei den regionalen Instanzen der SMA Brandenburg vortragen, in der Hoffnung, jene werde dann von ihrer Befehlsgewalt gegenüber der Kreiskommandantur Gebrauch machen.¹⁵⁰ Für die Durchschnittsbevölkerung waren die latenten Spannungen zwischen

146 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 217, Bl. 12 Rs.

147 Zu dieser Besprechung s. ebenda, Nr. 100, Bl. 67.

148 Ebenda.

149 Vgl. ebenda.

150 Zum Beispiel übersandte der Landrat am 16.2.1946 an die Provinzialverwaltung ein Schreiben des Bürgermeisters von Belzig mit der Bitte, über die SMA Brandenburg zu veranlassen, dass die Kreiskommandantur Zahlungsrückstände an die Stadt Belzig begliche; vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 104, Bl. 138. Finanzen waren überhaupt immer wieder ein Streitpunkt zwischen Kreisverwaltung u. Kreiskommandantur, deren Zahlungsmoral nicht allzu hoch schien. Im Frühjahr 1946 übereignete das Landratsamt der Kommandantur ein Auto. Doch statt

deutschen Behörden und SMAD-Organen, die Abhängigkeiten und Verantwortlichkeiten der ersteren gegenüber der Besatzungsmacht, nicht immer klar zu erkennen. Im Juli 1947 äußerte ein Bauer aus Lüdendorf bei Treuenbrietzen in einer öffentlichen Versammlung die (nicht ganz haltlose) Behauptung: »Wenn die Russen uns nicht alles wegnehmen würden, dann brauchte unsere Bevölkerung keinen Hunger leiden.«¹⁵¹ Ein Referent vom Informationsdienst der Kreisverwaltung versuchte die Äußerung zu entkräften, als ein anderer Bauer aufsprang und den Referenten anbrüllte: »Ihr seid alles Lügner und Betrüger, die mit den Russen unter einer Decke stecken!«¹⁵²

Übergriffe

Die Skala der Beziehungen von Sowjetoffizieren und -soldaten zur deutschen Bevölkerung reichte von freundlich und sogar freundschaftlich bis hin zu brutal und ausbeuterisch.¹⁵³ Ins kollektive Gedächtnis der Deutschen haben sich wohl indes vor allem die Gewalttätigkeiten der Sowjets, die massenhaften Schändungsverbrechen an Frauen¹⁵⁴ eingebrannt, auch wenn dies jahrzehntelang ein Tabuthema war, das in der Öffentlichkeit der DDR nicht angesprochen werden durfte. Auch in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands ereigneten sich in hoher Zahl Gewaltakte der westalliierten Truppen gegen die Zivilbevölkerung. Doch gerade das Phänomen der Vergewaltigungen in seinem exorbitanten Ausmaß wurde zu einem Teil der Sozialgeschichte der SBZ, wie es im Westen unbekannt war.¹⁵⁵

Beim Einmarsch der Roten Armee hatten die Deutschen keinen Grund zu hoffen, mit Glacéhandschuhen angefasst zu werden. Angesichts von unvorstellbarer Not, Elend und Zerstörungen in ihrem eigenen Land, all dessen, was ihre Landsleute seit dem deutschen Überfall erleiden mussten, waren die Sowjetsoldaten verständlicherweise

des erwarteten Kaufgeldes ging beim Landratsamt am 7.3.1946 nur ein kurzes Schreiben des stellvertretenden Kreiskommandanten ein: »An den Landrat. Sie haben diesen Kraftwagen der Kommandantur geschenkt und reichen jetzt eine Rechnung ein. Wie kommt das? Ich bitte, dies zu regeln.«; ebenda, Nr. 94, Bl. 459. Als das Landratsamt Mitte 1946 das angestammte Landratsgebäude für die Kreiskommandantur geräumt hatte, wandte sich der Landrat am 29.8.1946 an den Kreiskommandanten betreffs der dem Landratsamt durch den Umzug entstandenen Kosten: »Ich bitte Sie daher, die Anweisung dieser Mehrausgaben aus dem Sonderbau-Fonds, welcher für die Arbeiten der Roten Armee bestimmt ist, zu genehmigen.«; ebenda, Nr. 231, Bl. 143. Dieser Antrag wurde seitens der Kreiskommandantur prompt abgelehnt; vgl. ebenda. Und folgendes Schreiben richtete die Kreiskommandantur am 15.11.1947 an das Landratsamt: »Es geht nicht an, dass [für] die Wagen, die für Kontrollfahrten für Handel- u. Versorgung, Industrie und Landwirtschaft gestellt werden und mit denen Vertreter der Kommandantur zur Hilfe im Interesse des Landratsamtes mitfahren, Rechnungen für diese Fahrten der Kommandantur zur Bezahlung vorgelegt werden. Die Kommandantur wird diese Rechnungen nicht bezahlen, da ja die Fahrten im Interesse des Landratsamtes geschehen.«; ebenda, Nr. 95, Bl. 5.

151 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 254.

152 Ebenda.

153 Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 46.

154 Dem Thema Vergewaltigungen widmet Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 91–179, ein umfangreiches Kapitel.

155 Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 137.

von Rachegefühlen beseelt.¹⁵⁶ Zudem empfanden die Rotarmisten mit Blick auf den – im Vergleich zur Sowjetunion – materiellen Wohlstand, den sie in Deutschland antrafen, eine unbestimmte Wut.¹⁵⁷ In vielen deutschen Orten kam es mit dem Einzug der Rotarmisten zu Gewaltorgien der sieges- und alkoholtrunkenen Eroberer, wobei das Massaker an Zivilisten in Treuenbrietzen (23. April 1945) in seiner hohen Zahl an Todesopfern ziemlich singulär ist.¹⁵⁸ Allgegenwärtig waren Plünderungen¹⁵⁹, die aber zum Teil durch die enorm schwierige Versorgungslage der Kampftruppen verursacht wurden.

Erst mit Aufrichtung des von der zentralen Militäradministration gelenkten Besatzungsregimes nahm die Zahl der Gewaltakte ab. Sie blieben aber für die Bevölkerung der SBZ eine ständige Geißel der Nachkriegsjahre. Die höheren Instanzen der Besatzungsmacht und die ihnen nahestehenden SED-Politiker erkannten sehr wohl die Problematik.¹⁶⁰ Der Einheitspartei bereiteten die Übergriffe ein Imageproblem in der deutschen Öffentlichkeit.¹⁶¹ Moskau und die SMAD-Spitze machten sich hingegen vorrangig Sorgen, dass durch die Marodeure und die Disziplinlosigkeiten die militärische Schlagkraft ihrer Armee vermindert wurde. Allein schon die Masse an Ausfällen durch Geschlechtskrankheiten war für die Kommandeure ein Riesenproblem. Bei Exzessen hatten die Täter durchaus drastische Strafen zu erwarten¹⁶², sofern sich die Vorgesetzten wirklich ernsthaft um Disziplin und Moral in der Truppe mühten.¹⁶³ Doch waren die Ausschreitungen offensichtlich nicht in den

156 Semirjaga: Die Rote Armee in Deutschland im Jahre 1945, S. 204, berichtet: »Als unsere Truppen 1944 in Rumänien und im Herbst in Ostpreußen einmarschierten, waren sie fest entschlossen, für allen Schmerz und alles Elend, das die Besatzer [in der Sowjetunion] verursacht hatten, Rache zu nehmen.«

157 Vgl. Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 102 u. 588; Tjulanow: Deutschland nach dem Krieg, S. 41.

158 Siehe S. 32 der vorliegenden Arbeit.

159 Die Gemeinde Ferch bei Werder hatte z.B. im Herbst 1945 an einem einzigen Tag 52 Plünderungen durch den Ort passierende Sowjettruppen zu verzeichnen; KrA PM, 51.34/14A (Protokoll vom 16.11.1945, S. 4). Der Bürgermeister von Michendorf berichtete Anfang September 1945, seine Gemeinde, die an der Durchgangsstraße Berlin-Leipzig liegt, werde von durchziehenden Truppenteilen überflutet, wobei dauernd Plünderungen vorkommen, die einfach nicht unterbunden werden könnten; KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 3.9.1945, S. 4).

160 Auf einer Parteivorstandssitzung des SED am 19./20. Juni 1946 hieß es: »Auf keinen Fall dürfen Übergriffe einzelner Armeeinghöriger verteidigt werden; in einer Reihe von Fällen muß man die Initiative ergreifen und aufgrund entsprechender Vorfälle Abordnungen zur Sowjetischen Militäradministration schicken und dabei betonen, das letztere derartiges bekämpft und die notwendigen Maßnahmen ergreift usw.«; Bonwetsch u.a.: Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949, S. 43.

161 Vgl. Foitzik: Sowjetische Militäradministration in Deutschland, S. 72f.; Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 170f. Im November 1948 initiierte Rudolf Herrnstadt, Redakteur der zentralen SED-Parteizeitung »Neues Deutschland«, eine bemerkenswerte öffentliche Diskussion über das Verhalten der Sowjets in ihrer Besatzungszone, über die Exzesse in den unmittelbaren Nachkriegsmonaten. Die Debatte wurde jedoch nach kurzer Zeit von Herrnstadt selbst u. anderen kommunistischen Wortführern massiv in eine pro-sowjetische Richtung gelenkt u. dadurch letztlich abgewürgt; Scherstjanoi: Noch einmal »über die Russen: und über uns.«, S. 4–8.

162 Vgl. Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 119. Die grassierenden Ausschreitungen von Rotarmisten gegen Deutsche wurden durchaus auch vor den Sowjetischen Militärtribunalen geahndet; Pohl: Justiz in Brandenburg 1945–1955, S. 89.

163 Laut Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 39, kam es sogar vor, dass Kommandeure der militärischen Verbände ihre Soldaten vor dem Zugriff der SMAD-Justizorgane schützten.

Griff zu kriegen.¹⁶⁴ Die große Bewegungsfreiheit der Sowjetsoldaten in den ersten Besatzungsjahren torpedierte die Bemühungen lokaler Kommandanturen um eine schärfere Kontrolle. Der Zauch-Belziger Kreiskommandant drohte in seinem Befehl Nr. 261 vom 1. Oktober 1946, all diejenigen Bürgermeister streng zur Verantwortung zu ziehen, die ohne Erlaubnis der Kommandantur irgendwelchen Rotarmisten Nachtquartiere in Privathäusern zuwiesen.¹⁶⁵ Manche seiner Kommandantenkollegen ignorierten die Problematik der Übergriffe, der Diebstähle und Vergewaltigungen aber ganz einfach.¹⁶⁶

Eine bittere Erfahrung mussten die Anwohner des Großen Seddiner Sees machen.¹⁶⁷ Im Mai 1946 ging eine Handvoll Sowjetsoldaten mit Hilfe von Handgranaten am Wasser auf Fischfang. Durch die Explosionen verschreckte Zivilisten alarmierten die deutsche Polizei. Diese ersuchte wiederum Hilfe bei der zuständigen Kommandantur Beelitz. Nach kurzer Zeit erschien auch ein Kommandanturtrupp. Der unternahm jedoch nichts gegen die »Angler«, sondern trank stattdessen mit ihnen Schnaps und Bier und plünderte anschließend in Kähnsdorf mehrere Häuser.

Im offiziellen Sprachgebrauch war allgemein von »Übergriffen von Personen in russischer Uniform« die Rede.¹⁶⁸ Der Informationsdienst Zauch-Belzig erfasste unter dieser Rubrik in seinen Mitte jeden Monats einzureichenden Berichten die polizeilich gemeldeten Delikte im Kreisgebiet. Hier eine auf Basis dieser Berichte erstellte (unvollständige¹⁶⁹) monatliche Bilanz für 1947, eines wegen der Reduzierung der Besatzungstruppen im Zuge von Demobilisierungsmaßnahmen eher »ruhigen« Jahres:

- Februar/März: eine Körperverletzung, ein Diebstahl, eine Plünderung
- März/April: ein Einbruch, ein Überfall auf Zivilpersonen, zwei Gelddiebstähle, vier Fahrraddiebstähle, zwei Viehdiebstähle, ein von angetrunkenen Sowjetsoldaten verursachter Unfall auf der Straße Beelitz-Michendorf
- April/Mai: zwei Einbrüche, ein Fahrraddiebstahl
- Juni/Juli: zwei Frauenmorde auf der Autobahn 9, ein Getreidediebstahl, ein Überfall auf ein Auto, vier Vergewaltigungen

164 Bonwetsch, in: ders. u.a.: Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949, S. LI.

165 KrA PM, 42.011/3. Die Zauch-Belziger Kreiskommandantur hatte bereits im August 1945 der deutschen Zivilbevölkerung streng untersagt, nachts Angehörige der Roten Armee zu beherbergen, wenn kein Befehl von der Kommandantur vorläge; s. KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 27.8.45, S. 6). Dieses Verbot hat aber anscheinend nicht gewirkt. Für Zivilisten war es verständlicherweise zu riskant, bewaffneten Sowjetsoldaten mit Hinweis auf irgendeine Anordnung irgendeines Kreiskommandanten den Zutritt zum Haus zu verweigern.

166 Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 117.

167 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 96, Bl. 28.

168 Man wollte damit betont wissen, dass es sich bei den Tätern auch um deutsche Banditen handeln könnte, die sich als sowjetische Militärangehörige tarnten; vgl. Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 133f. Aus dem Kreis Zauch-Belzig ist indes kein Fall eines deutschen Kriminellen überliefert, der in sowjetischen Uniform sein Unwesen getrieben hätte.

169 Die Informationsdienst-Berichte für Januar/Februar, Mai/Juni, Juli/August u. August/September 1947 sind nicht überliefert. Es ist zudem davon auszugehen, dass der Informationsdienst selbst in diesen internen Berichten aus politischer Opportunität ein eher geschöntes Bild zeichnete. Außerdem wurde nur von den polizeilich gemeldeten Übergriffen Bericht erstattet.

- September/Oktober: drei Überfälle auf Autos, ein Fahrraddiebstahl, eine Vergewaltigung
- Oktober/November: ein Überfall auf ein Auto, ein Autodiebstahl, ein Fahrraddiebstahl
- November/Dezember: ein Überfall auf einen LKW, eine Hausplünderung, ein Autodiebstahl, ein versuchter Überfall auf einen LKW, ein Raubüberfall.¹⁷⁰

Sicherlich war die Anzahl der Übergriffe in Zauch-Belzig verhältnismäßig gering, und die hiesige Bevölkerung kam noch recht glimpflich davon im Vergleich zu denjenigen Gebieten, in denen große sowjetische Garnisonen existierten. Im Jahr 1946 wurden von der Kreiskommandantur wegen Gewaltakten gegen die Zivilbevölkerung und anderer Vergehen 928 Angehörige der Sowjetarmee verhaftet, im Jahr 1947 waren es 421.¹⁷¹

Die Marodeure scherten sich gemeinhin nicht darum, wer ihre Opfer eigentlich waren. Ein besonders peinlicher Vorfall ereignete sich im Oktober 1947. Die Schilderung aus dem monatlichen Bericht des Informationsdienstes:

Am 30.10.47 gegen 23 Uhr wurde der Ministerialdirektor Ernst Scholz¹⁷², Leiter der Abteilung III der Landesregierung, auf+ der Straße von Potsdam nach Michendorf, kurz vor der Kreuzung Wilhelmschorst, von einer schwarzen Mercedes-Limousine überholt und zum Halten gezwungen. Der Limousine entstiegen 3 Personen in russischer Uniform und zwangen Scholz mit vorgehaltener Pistole zum Sitzenbleiben. Geraubt wurden: 1 Reservereifen, 1 Kanister Benzin (20 Liter), 1 Armbanduhr, 1 Füllfederhalter, 1 Drehbleistift, 1 Brieftasche mit 600,- Reichsmark, sowie weitere 300,- Reichsmark aus einer Seitentasche. Die Limousine fuhr in Richtung Leipzig weiter.¹⁷³

Es waren nicht nur irgendwelche kriminelle Triebe, die zu Gewaltakten seitens sowjetischer Militärangehöriger führten. Der Dienst in einem völlig fremden Land, weit entfernt von der Heimat und der Familie, dazu noch unmittelbar nach dem Ende eines mörderischen Krieges, stellte eine Belastung dar, der nicht jeder nervlich und seelisch gewachsen war. In der Nacht vom 19. zum 20. April 1946 ließ sich der schwer angetrunkene Kapitän Gerassimow, Offizier der Zauch-Belziger Kreiskommandantur, von Lehnin aus nach Belzig im Auto eines Lehniner Zahnarztes chauffieren.¹⁷⁴ Vorn im Wagen saßen der Fahrer und der Zahnarzt, auf dem Rücksitz der Kapitän sowie der stellvertretende Polizeichef von Lehnin, der auf Bitten des Zahnarztes mitgefahren

170 Nach BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 228, Bl. 240, Bl. 244, Bl. 253 Rs, Bl. 267 Rs, Bl. 272 Rs–273, Bl. 286

171 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 82.

172 Ernst Scholz (KPD/SED) war 1945–1947 Sekretär der »Provinzialkommission zur Durchführung der Bodenreform« bei der brandenburgischen Provinzialverwaltung bzw. Provinzialregierung, von März 1947 bis Mitte 1948 Abteilungsleiter im brandenburgischen Wirtschaftsministerium, seit Juni 1948 Leiter der DWK-Hauptverwaltung Bauwesen, später u.a. DDR-Minister für Bauwesen 1958–1963 u. stellvertretender Außenminister 1968; s. Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 2, S. 958; SBZ-Handbuch, S. 92, 97f., 100, 288 u. 1021.

173 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 240.

174 Zu dem hier geschilderten Vorfall vgl. ebenda, Nr. 96, Bl. 19; ebenda, Nr. 127, Bl. 92f.

war. Der Offizier scherzte während der Fahrt mit dem Polizeimeister, klopfte ihm des öfteren auf die Schulter und sagte »Guter Kamerad«. Auf der Reichsstraße 102, Höhe der Ortschaft Schwanebeck, knallte es urplötzlich auf dem Rücksitz. Unversehens, ohne jegliches erkennbares Vorzeichen, hatte Gerassimow den Polizisten mit einem Kopfschuss getötet. Der Kapitän gab weitere Schüsse im Auto ab, verwundete dabei den Fahrer am Arm, der den Wagen sofort zum Stehen brachte und sich aus dem Auto fallen ließ. Der unverletzt gebliebene Zahnarzt handelte ebenso. Beide liefen zur Schwanebecker Mühle, während Kapitän Gerassimow selbst zu Fuß das Weite suchte. Sofort nachdem der Zahnarzt die deutsche Polizei alarmiert hatte, schalteten sich die Kreiskommandantur und die NKWD-Dienststelle Belzig ein. Gerassimow, dem aus irgendwelchen Gründen schlagartig die Nerven durchgegangen waren, wurde noch nahe Schwanebeck von den NKWD-Männern aufgegriffen und auf der Stelle getötet.¹⁷⁵ In der Öffentlichkeit legte man den Mantel des Schweigens über das blutige Geschehen.

Ab Herbst 1947/48 gingen die sowjetischen Behörden dazu über, die Bewegungsfreiheit der Sowjetsoldaten auf streng bewachte Standorte zu beschränken und sie so von der deutschen Bevölkerung zu isolieren.¹⁷⁶ Die Zahl der Übergriffe wurde zwar dadurch eingedämmt, sie endeten aber nicht.¹⁷⁷ Gewalttaten scheinen erneut vermehrt aufgetreten zu sein, als 1948 die sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland wieder aufgestockt wurden.¹⁷⁸

Das unberechenbare, manchmal von Freundlichkeit unversehens in Gewalttätigkeit umschlagende Benehmen sowjetischer Militärangehöriger schuf in der deutschen Bevölkerung – in Zeiten von sowieso hohen Kriminalitätsraten – ein Klima ständiger Unsicherheit, Angst und Wut. Erbitterte, hasserfüllte Zivilisten gingen manchmal selbst bei günstiger Gelegenheit gewalttätig auf die Besatzer los.¹⁷⁹ So gab es Ende 1945 einen Mordanschlag auf den Kommandanten von Werder, an dem nach Interpretation des Kreiskommandanten Schuiski »faschistische Überbleibsel« beteiligt waren.¹⁸⁰ Schon möglich, dass sich in der Motivation für dieses Attentat Versatzstücke der NS-Ideologie mit der Wut über die Willkür des sowjetischen Besatzungsregiments

175 Sein Leichnam wurde auf dem Schwanebecker Friedhof verscharrt, später jedoch exhumiert u. (wahrscheinlich) auf einen sowjetischen Soldatenfriedhof überführt.

176 Vgl. Foitzik: Sowjetische Militäradministration in Deutschland, S. 70; Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 103, 119 u. 122.

177 Wenn Pohl: Justiz in Brandenburg 1945–1955, S. 14, schreibt, die Gewalttaten hätten bis 1947 angehalten, als die Kasernierung die Truppen von der Bevölkerung weitgehend isolierte, so ist dies missverständlich u. nicht ganz korrekt, weil dadurch die Vorstellung aufkommen könnte, dass ab 1947 mit den Übergriffen von Sowjetsoldaten auf deutsche Zivilisten Schluss gewesen war.

178 Zum Beispiel gab es im August/September 1948 allein in Werder/Havel drei Fälle von Vergewaltigungen; vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 199. Zur Entwicklung der sowjetischen Truppenstärke in der SBZ s. Foitzik: Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, S. 9.

179 Laut Foitzik: Sowjetische Militäradministration in Deutschland, S. 75, erfasste alle Bevölkerungsschichten eine gewisse antisowjetische Grundstimmung, die zur Äußerung vitalen Selbsterhaltungswillens wurde.

180 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 84, Bl. 96.

mischten. Ein im April 1949 in Treuenbrietzen aufgetauchter Wandanschlag, von Hand geschrieben und infantil-dilettantisch formuliert, zeugt von unbändiger Wut über Exzesse der Sowjetsoldaten, aber auch von Resten der braunen Ideologie im Kopf des anonymen Verfassers (der auch geflissentlich vergessen hatte, dass es der von der NS-Clique entfachte Weltkrieg gewesen war, durch den die Sowjets erst nach Deutschland kamen). Der Inhalt des Wandanschlags:

Wir wollen Frieden, aber die Russen raus

Deutsche Volksgenossen

Heute ist das Thema ›Die Russen und wir‹. Vergesst nicht den 21. April 1945, wo die Russen einmarschiert sind und unsere Frauen und Kinder geschändet haben.¹⁸¹ [...] Vergesst nicht den Einmarsch der Dreckschweine, die über ganz Deutschland, aber nur im Osten verseucht [sic!]. Wir werden sie nie vergessen, wenn sie abziehen machen wir 3 Kreuze, wenn nicht anders muß die Atombombe kommen und wir gehen dann mit zugrunde.¹⁸²

Erwähnenswert ist ebenfalls ein anonymes Flugblatt, das in der Nacht vom 1. zum 2. Oktober 1950, im Vorfeld der sogenannten Volkswahlen vom 15. Oktober, in Niemegk aufgefunden wurde und das im sarkastischen Ton die Räubereien und Notzuchtverbrechen durch Sowjets aufgriff: »Gehst du am 15. zur Wahl mit ruhig festem Schritt, so denke an ›Uri, Uri,¹⁸³ und ›Frau komm mit!«¹⁸⁴

Der Informationsdienst Zauch-Belzig versuchte penibel festzuhalten, welche Auswirkungen die Exzesse auf die Stimmungslage der Bevölkerung des Landkreises hatte. In einem streng vertraulichen Bericht des Informationsdienstes über die Schändung einer Frau durch drei Personen in sowjetischer Uniform, geschehen bei Dietersdorf im Mai 1952, hieß es (beschönigend): »In der Bevölkerung werden derartige Übergriffe, welche in jüngster Zeit wiederholt stattgefunden haben, mit starkem Mißfallen aufgenommen.«¹⁸⁵

Der sowjetische Sicherheitsapparat

Nach Kriegsende wurde im östlichen Deutschland zügig ein dichtmaschiges Netz von Stützpunkten des sowjetischen Sicherheitsapparates, d.h. des NKWD/MWD und des NKGB/MGB¹⁸⁶, aufgebaut. Als Teil der Besatzungsverwaltung besaß dieser

181 Als am 21.4.1945 die Sowjets in Treuenbrietzen eindrangten, kam es zu verschiedenen Exzessen der Rotarmisten; siehe S. 32 der vorliegenden Arbeit. Bemerkenswert ist aber, dass der Autor des Wandanschlags nicht das Treuenbrietzen-Massaker an Zivilpersonen vom 23.4.1945 erwähnte. Es ist deshalb anzunehmen, dass es sich bei ihm um keinen Treuenbrietzen-Massaker handelte.

182 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 172f.

183 »Uri!« war die typische Aufforderung plündernden Rotarmisten, ihnen die Armbanduhr – ein bei ihnen besonders begehrtes Diebesgut – auszuhändigen.

184 BLHA, Rep. 203 Landesbehörde Volkspolizei, Nr. 305, Bl. 149.

185 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 22.

186 Im Jahr 1946 wurden die sowjetischen Volkskommissariate für Innere Angelegenheiten (NKWD) u. für Staatssicherheit (NKGB) in Ministerien für Innere Angelegenheiten (MWD) bzw. für Staatssicherheit (MGB) umgewandelt. Im allgemeinen Sprachgebrauch der SBZ/DDR blieben aber die alten Abkürzungen gebräuchlich, weshalb sie auch in vorliegender Arbeit durchweg verwendet werden.

Apparat fast unbeschränkte Handlungsvollmacht. Dennoch darf der sowjetische Sicherheitsapparat in der SBZ nicht als »allgegenwärtig« angesehen werden, denn dazu war allein seine Personaldecke im östlichen Deutschland schon zu gering.¹⁸⁷ In Belzig befand sich die Kreisdienststelle von NKWD und NKGB¹⁸⁸ im Haus Brandenburger Straße Nummer 27, das sehr schnell zu einer berüchtigten Adresse wurde.¹⁸⁹ Ende 1945 leitete ein Major Kalischnek die Kreisdienststelle.¹⁹⁰ Eine NKWD-Einheit hatte einen Straßenzug nahe dem Belziger Bahnhof teilweise besetzt.¹⁹¹ Außerdem bestanden Nebendienststellen des sowjetischen Sicherheitsapparates in den Bezirksbürgermeisteri-Orten Wiesenburg, Treuenbrietzen, Beelitz, Werder und Lehnin sowie (im Juni 1946) in Caputh, Michendorf, Ferch, Neuseddin, Göhlsdorf, Schmerzke, Gollwitz, Krahne¹⁹², Reckahn, Brück und Niemegk.¹⁹³ Letzttaufgeführte Ortschaften lagen an verkehrsneuralgischen Punkten. Seit Ende 1946 wurden die sowjetischen Sicherheitsorgane zentralisiert und ihre kleineren Dienststellen aufgelöst. Als letzter NKWD/NKGB-Stützpunkt in Zauch-Belzig verschwand ca. am 20. Juli 1947 die Kreisdienststelle in Belzig.¹⁹⁴

Das NKWD hatte Mitte Mai 1945 begonnen, die sowjetisch besetzten Gebiete Deutschlands mit systematischen Verhaftungswellen zu überziehen. Echte und vermeintliche NS-Aktivistinnen bzw. Kriegsverbrecher wurden festgenommen. In den Zauch-Belziger Kommunen erfassten die Verhaftungswellen vornehmlich die kleinen NSDAP-Funktionäre und (NS-) Ortsbauernführer, aber auch einfache nominelle PG's und sogar Leute ohne NS-Belastung, die aus irgendwelchen Gründen als »Sowjetfeinde« denunziert wurden.¹⁹⁵ Die Zahl der Inhaftierten steigerte sich SBZ-weit besonders Mitte August 1945 und nochmals nach dem SMAD-Befehl Nr. 42 vom 27. August 1945, der die Registrierung aller Angehörigen von NSDAP, SA, SS und Gestapo ver-

187 Vgl. Foitzik: Der sowjetische Terrorapparat in Deutschland, S. 16f., 19f. u. 28.

188 Die Kompetenzen von NKWD u. NKGB lassen sich allgemein in der SBZ nicht genau gegeneinander abgrenzen; Fricke: Politik und Justiz in der DDR, S. 57. Beide Sicherheitsorgane waren offensichtlich zu enger Zusammenarbeit verpflichtet. Daher bot es sich an, dass beide auch gemeinsame Dienststellen unterhielten.

189 Siehe etwa »Das Glockenläuten ist einzustellen ...«, S. 124 (Erlebnisbericht von F. Steinhaus).

190 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 83, Bl. 17.

191 Vgl. »Das Glockenläuten ist einzustellen ...«, S. 119 (F. Steinhaus).

192 Hier bewirtschaftete eine NKWD-Einheit das Gut; vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 668, Bl. 144.

193 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 182, Bl. 12. Zur NKWD-Dienststelle Niemegk s. Dalitz: »Niemegk meldet Panzeralarm«, S. 70.

194 Am 22. Juli 1947 ging letztmalig eine Tagesmeldung des Kreispolizeichfs an die »Russische Dienststelle Brandenburger Strasse 27«; vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 97, Bl. 185. Schon kurz zuvor wurde das Haus in der Brandenburger Straße in Belzig durch den sowjetischen Sicherheitsapparat freigegeben; vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 76.

195 Vgl. »Das Glockenläuten ist einzustellen ...«, S. 88 (F. Steinhaus). Das Denunziantentum war weit verbreitet. Manch einer meinte, auf diese Weise alte Rechnungen mit persönlichen Widersachern begleichen und sich persönliche Vorteile verschaffen zu können. Auf einer Sitzung von Bürgermeistern u. Ortsältesten in Michendorf am 24.8.1945 wurde offen gerügt, »dass die deutschen Volksgenossen in erheblichem Maße zum Denunzieren neigen.«; KrA PM, 51.34/14A (Protokoll vom 24.8.1945, S. 1).

ordnete. Einheiten der sowjetischen Sicherheitsorgane nahmen gemeinsam mit den neuen deutschen Polizeikräften die massenhaften Festnahmen vor.¹⁹⁶ Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland hatte hinsichtlich der Verhaftungen keinerlei Mitspracherecht.¹⁹⁷ Denn für NKWD und NKGB waren nur die direkt aus Moskau eintreffenden Anweisungen bindend.

Seit dem Frühjahr 1945 grassierte nicht nur bei den Sowjets, sondern auch bei den westlichen Besatzungsmächten in Deutschland eine regelrechte »Werwolf«-Hysterie, die erst 1947 endete. In der Realität gab es für die Existenz einer koordinierten NS-Untergrundbewegung, wie sie noch von der Goebbel'schen Propaganda hinausposaunt worden war, keine Anhaltspunkte.¹⁹⁸ Nichtsdestotrotz wurden wegen »Werwolf«-Verdachts vor allem männliche Jugendliche festgenommen, die in sowjetischer Haft oftmals schlimmste Misshandlungen über sich ergehen lassen mussten.¹⁹⁹ Gerade mit ihrer unterschiedslosen Unterdrückung junger Menschen, die sie anscheinend unter NS-Generalverdacht stellten²⁰⁰, lösten die NKWD-Gruppen bei Deutschen jeder politischen Couleur Feindseligkeit aus.²⁰¹

Eine Gruppe Belziger Jungen, die bei Kriegsende von Hitlers letztem Aufgebot, dem so genannten Volkssturm, als Spähtrupp ausgesandt worden war, kam in die Fänge des sowjetischen Sicherheitsapparates.²⁰² Unter dem Vorwurf, sie seien »Werwölfe«, verbrachten diese Jugendlichen mehrere Jahre hinter Stacheldraht und Kerkermauern. In Salzbrunn bei Beelitz wurde am 26. November 1945 ein Fünfzehnjähriger von zwei NKGB-Agenten in Begleitung des Ortspolizisten von Wittbrietzen als Werwolf verhaftet und acht Tage in Beelitz gefangen gehalten, um dann nach Belzig in die NKWD/NKGB-Kreisdienststelle gebracht zu werden. Das »Verbrechen« des Jungen: Er hatte im Mai 1945 eine Pistole gefunden und sie im Juni einem ehemaligen Jungscharführer der Hitlerjugend übergeben. Dieser hat dann im November die Angelegenheit gemeldet, um nicht selbst unter Werwolf-Verdacht zu geraten. Ausgesprochen tragisch an der Geschichte war, dass die Mutter des verhafteten Fünfzehnjährigen selbst während der NS-Diktatur für zwei Jahre ins Konzentrationslager gepercht worden war. Die Zauch-Belziger Kreiskommandantur schien in der Tat an die Existenz von NS-Untergrundkämpfern im Landkreis zu glauben. Im August 1945 forderte sie die Bevölkerung auf, bei der Ausrottung der »Werwölfe« mitzuhelfen, andernfalls würden

196 Pohl: Justiz in Brandenburg 1945–1955, S. 83f.

197 Bonwetsch, in: ders. u.a.: Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949, S. LIV.

198 Vgl. etwa Prieß: Erschossen im Morgengrauen, S. 35–39.

199 Auerbach: Die Arbeit des NKWD in der sowjetischen Besatzungszone, S. 83; Pohl: Justiz in Brandenburg 1945–1955, S. 84f.; Prieß: Erschossen im Morgengrauen, passim.

200 Wie groß das Misstrauen der Sowjets besonders gegenüber jugendlichen Deutschen war, geht z.B. aus einem Memorandum (auszugsweise abgedruckt in: Bonwetsch u.a.: Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949, S. 8–10, hier S. 10) der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee vom Juli 1945 hervor, worin die Ansicht vertreten wurde, die »deutsche Jugend ist am tiefsten von der faschistischen Ideologie durchdrungen«.

201 Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 589.

202 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 165, Bl. 17–21; »Das Glockenläuten ist einzustellen ...«, S. 56f., 85–97, 119–127 (F. Steinhaus).

bei irgendwelchen Vorkommnissen die ortsansässige Zivilbevölkerung und vor allem der Bürgermeister verantwortlich gemacht.²⁰³

Die sowjetischen Behörden verfolgten seit 1946 neben den Nationalsozialisten auch andere Personengruppen, die sie als ihre politischen Gegner erachteten. SPD-Mitglieder, die sich einer Fusion mit der KPD widersetzen, aber auch unbotmäßige Liberal- und Christdemokraten gerieten ins Fadenkreuz von NKWD und NKGB und wurden reihenweise inhaftiert.²⁰⁴ Erst 1947 ebten die Massenverhaftungen langsam ab.

Wer in die Fänge des sowjetischen Sicherheitsapparates kam, dem stand in der Regel der Weg in die Internierung in so genannten Spezial- oder Sonderlager des NKWD bevor.²⁰⁵ Im Land Brandenburg befanden sich solche Lager in Ketschendorf bei Fürstenwalde, in Jamlitz bei Lieberose und in Sachsenhausen auf dem Gelände des vormaligen NS-Konzentrationslagers. Für die Internierten gab es keine Einzelfallprüfung der individuellen Schuld nach rechtsstaatlichen Prinzipien. Etwa die Hälfte von ihnen wurde auf der Grundlage völkerrechtlicher Besatzungsakte interniert, die andere Hälfte wurde wohl im Rahmen von Maßnahmen inhaftiert, die als willkürliche politische Verfolgung im engeren Sinne des Wortes bezeichnet werden müssen.²⁰⁶ Die Lebensbedingungen waren in allen Lagern katastrophal, was viele Todesopfer forderte. Nach russischen Quellen haben von den SBZ-weit ca. 189 000 Lagerinsassen²⁰⁷ ungefähr 43 000 die Haftzeit nicht überlebt.²⁰⁸

Relativ unbekannt ist die Geschichte des »Waldlagers« Niemegk.²⁰⁹ Es entstand im Herbst 1944 als Außenlager des KZ's Sachsenhausen. Schon unmittelbar nach der Kapitulation im Mai 1945 hatten der Niemegker Bürgermeister – selbst bis Kriegsende als krimineller (!) Sträfling im Waldlager inhaftiert – und einige ortsansässige Kommunisten das leerstehende Lager in eine improvisierte Haftenrichtung für tatsächliche oder vermeintliche Nazi-Aktivisten umfunktioniert. Dies geschah in enger Abstimmung mit dem sowjetischen Ortskommandanten. Anfang August

203 KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 27.8.1945, S. 6).

204 Auerbach: Die Arbeit des NKWD in der sowjetischen Besatzungszone, S. 69–76; Pohl: Justiz in Brandenburg 1945–1955, S. 85f.

205 Zum Folgenden vgl. Foitzik: Der sowjetische Terrorapparat in Deutschland, S. 10–14; Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 473f.; Pohl: Justiz in Brandenburg 1945–1955, S. 87f. Zu den Speziallagern u. den in ihnen herrschenden Haftbedingungen s. auch Auerbach: Die Arbeit des NKWD in der sowjetischen Besatzungszone, passim; Foitzik: Sowjetische Militäradministration in Deutschland, S. 167–177; Fricke: Politik und Justiz in der DDR, S. 69–94; Jeske: Versorgung, Krankheit, Tod in den Speziallagern; Kühle/Titz: Speziallager Nr. 7 Sachsenhausen, S. 16–27; Plato: Zur Geschichte des sowjetischen Speziallagersystems. Neuere Literatur zu den einzelnen brandenburgischen Lagern: Kühle/Titz: Speziallager Nr. 7 Sachsenhausen; Prieß: Das Speziallager des NKVD Nr. 7 (Nr. 1) Sachsenhausen; u. in: Morré: Speziallager des NKWD.

206 Foitzik: Der sowjetische Terrorapparat in Deutschland, S. 11.

207 Gesamtzahl der Lagerinsassen laut Plato: Zur Geschichte des sowjetischen Speziallagersystems, S. 53f.

208 Zur Anzahl der Toten s. Jeske: Versorgung, Krankheit, Tod in den Speziallagern, S. 192.

209 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 10, Bl. 26; Dalitz: »Niemegk meldet Panzeralarm«, S. 70f. u. S. 79–90; Pohl: Justiz in Brandenburg 1945–1955, S. 15f. Steinhaus berichtet über seine Zeit im Waldlager Niemegk in: Dalitz: »Niemegk meldet Panzeralarm«, S. 86–89.

1945 wurde auf einer Sitzung des Antifa-Ausschusses in Belzig verkündet: »Das Zeitalter der Konzentrationslager ist vorbei, es schadet aber nichts, wenn gewisse Nazis in das Niemegker Lager kommen und dort beaufsichtigt werden.«²¹⁰ Und wenige Tage darauf erklärte Landrat Menz: »Gerüchtemacher gehören ins Arbeitslager nach Niemegk, und zwar so lange, bis sie gelernt haben, die neue Zeit zu verstehen.«²¹¹ Das Waldlager wurde zwar von Deutschen bewacht, stand aber unter sowjetischer Kontrolle. Der NKWD nutzte es 1945 als eine Art Aussonderungs-Station. Hier wurde ausgesiebt, wer von den Festgenommenen entweder nach kurzer Zeit als Minderbelasteter wieder auf freien Fuß kam oder aber den Weg in eines der berüchtigten Speziallager antreten musste.²¹²

Das Ausmaß der sowjetischen Festnahmen in Brandenburg ist noch nicht erforscht. Mit Sicherheit handelte es sich um mehrere Zehntausend Personen.²¹³ In Niemegk beispielsweise, das damals rund 3000 Einwohner zählte, wurden allein im ersten Nachkriegsmonat 21 Personen verhaftet und anschließend in Speziallagern interniert; nur ganze acht von ihnen überlebten die Haftzeit.²¹⁴ Klar ist allerdings: Es wurden beileibe nicht nur Unschuldige und kleine Mitläufer verhaftet, sondern genauso massenhaft Leute, die während der NS-Diktatur in der Tat auf die eine oder andere Weise Schuld auf sich geladen hatten.

Infolge der Internierungen, des »Verschwindens« zahlreicher Personen, machten sich unter deren Familienangehörigen Niedergeschlagenheit und Verzweiflung breit. Als endlich im April 1948 seitens der SMAD in Aussicht gestellt wurde, dass die Internierten Kontakt zu ihren Familien aufnehmen und mit baldiger Freilassung rechnen könnten, kam große Hoffnung bei den betroffenen Angehörigen auf. Eine Frau aus Belzig äußerte damals gegenüber dem Informationsdienst des Kreises: »Ich würde mich freuen, wenn es nun nach 3 Jahren eine Möglichkeit gibt, uns die Männer, die völlig unschuldig [sic!] fortgekommen sind, wiederzugeben.«²¹⁵ Und eine Bäckersfrau aus der Kreisstadt berichtete: »Im Jahre 1946 wurde mein Mann durch Denunziation von der deutschen Polizei verhaftet. Von dieser Zeit an fehlt mir jede Nachricht. Da ich eine große Familie mit vier Kindern habe, ist mir diese Zeit besonders schwer geworden.«²¹⁶

Die Sowjets erlaubten erst im Sommer 1948 Massenentlassungen aus den Speziallagern.²¹⁷ Eine zweite Entlassungswelle folgte im Januar 1950 im Zuge der Auflösung

210 BLHA, Rep. 330, Nr. 10, Bl. 45f.

211 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 82, Bl. 28.

212 Später übernahm die brandenburgische Justiz das Waldlager Niemegk. Mindestens bis Ende 1946 diente es als provisorisches Strafgefangenenlager, weil es in den brandenburgischen Gefängnissen an Haftraum mangelte. 1946 hatte das Waldlager eine Häftlingskapazität von 40 Männern; BLHA, Rep. 212, Nr. 1195, Bl. 31 Rs u. Bl. 36 Rs.

213 Pohl: Justiz in Brandenburg 1945–1955, S. 87.

214 Vgl. Dalitz: »Niemegk meldet Panzeralarm«, S. 140f.

215 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 206 Rs.

216 Ebenda, Bl. 206 Rs–207 Vs.

217 Zu den Hintergründen für die Entlassungswelle im Sommer 1948 s. Fricke: Politik und Justiz in der DDR, S. 96f.

der Lager Bautzen, Buchenwald und Sachsenhausen.²¹⁸ Laut einer Liste vom Juli 1950 wohnten im Kreis Zauch-Belzig insgesamt 195 Menschen, für die im Januar die Internierung geendet hatte.²¹⁹ Deren Wiedereingliederung ins »normale« Leben gestaltete sich mitunter nicht komplikationsfrei, was insbesondere auf das Konto von übereifrigen SED-Mitgliedern ging. Einem Zauch-Belziger Arzt etwa, der nach seiner Entlassung in seinen Beruf zurückkehrte, wurde durch »Verleumdungen einzelner Niemegker Bewohner« die Praxis geschlossen. Erst auf breiten Protest der übrigen Bevölkerung nahm man die Praxisschließung wieder zurück.²²⁰

Mitunter wurden deutsche Zivilisten wegen ihrer NS-Vergangenheit oder wegen echter bzw. vermeintlicher Verstöße gegen das Besatzungsregime von Sowjetischen Militärtribunalen abgeurteilt.²²¹ Besonders die Prozesse gegen Jugendliche trugen der sowjetischen Militärgerichtsbarkeit den Ruf der Erbarmungslosigkeit ein. Die Beweisführung in den Verfahren war äußerst dünn und widersprach rechtsstaatlichen Standards. Verschiedene Schauprozesse ausgenommen, wickelten die Sowjets die Verfahren meist unter Ausschluss der Öffentlichkeit in aller Kürze ab. Zahlreiche dieser Verfahren wurden als Massenprozesse veranstaltet, ohne Einzelprüfung der Schuld.

In Werder/Havel widersetzen sich mehrere junge Frauen und Männer aus meist kleinbürgerlichen Verhältnissen dem sich immer klarer ausprägenden diktatorischen System in der SBZ/DDR durch Untergrundaktionen.²²² Westliche Sicherheitsdienste und Organisationen machten sich den Idealismus der Werderaner Gruppe zunutze, erteilten ihr Spionageaufträge, z.B. die sowjetischen Aktivitäten auf dem Flugplatz der Havelstadt auszuforschen. Unversehens schlitterten die Jugendlichen, die sich anscheinend der Gefahr nicht wirklich bewusst waren, zwischen die Fronten der Geheimdienste im Kalten Krieg. Die Gruppe hatte nur einen lockeren Zusammenhalt, ihre Fäden liefen in West-Berlin zusammen. Sie wurde schon bald durch einen Agenten des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit unterwandert. 1951 ließ die Stasi die Gruppe hochgehen. Die meisten der Verhafteten wurden durch Sowjetische Militärtribunale abgeurteilt. Sieben Werderaner büßten für ihre Widerständigkeit mit dem Tode, achtzehn wurden in Arbeitslager in die Sowjetunion deportiert.²²³

218 Fricke: Politik und Justiz in der DDR, S. 98–100.

219 Siehe BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Landesbehörde Volkspolizei, Nr. 307, Bl. 179–184.

220 Ebenda, Bl. 183.

221 Zum Folgenden vgl. Foitzik: Der sowjetische Terrorapparat in Deutschland, S. 14f.; Pohl: Justiz in Brandenburg 1945–1955, S. 89–93. Die Tätigkeit der Sowjetischen Militärtribunale in der SBZ wird zudem detailliert von Fricke: Politik und Justiz in der DDR, S. 100–129, behandelt. Vor ein Sowjetisches Militärtribunal dürfte auch A. K. (Name aus Persönlichkeitsgründen gekürzt) aus Jeserig bei Brandenburg gestellt worden sein. Er war im Oktober/November 1941 Kommandant eines Gefangenenslagers in der Sowjetunion gewesen, wo in jener Zeit über 600 Gefangene durch Misshandlungen und vorsätzliche Tötung ums Leben gekommen waren (laut Mitteilung des SED-Landesvorstandes Mecklenburg Anfang 1949). A. K. gehörte seit 1945 der KPD, dann bis zu seiner Enttarnung u. dem damit einhergehenden Parteiausschluss im Februar 1949 der SED an; vgl. BLHA, Rep. 334 SED-Kreisvorstand Zauch-Belzig, Nr. 3, Bl. 30.

222 Hiervon handelt Spiegel: Die Stasi kam im Morgengrauen.

223 Siehe Spiegel: Die Stasi kam im Morgengrauen, S. 5.

Die bis in die 1950er Jahre reichenden Verhaftungen durch den sowjetischen Sicherheitsapparat erzeugten für die Menschen ein Klima der Rechtsunsicherheit.²²⁴ Seitens der Bevölkerung wurden die brutalen Maßnahmen der Besatzungsmacht mit der von den Sowjets geförderten SED assoziiert. In Kenntnis der Willkür drängte die Einheitspartei deshalb die sowjetischen Führungspersonen immer wieder dazu, die Rigorosität des Vorgehens abzumindern. Selbstverständlich machte sich für die Sowjets außerdem spürbar, wie groß das Unbehagen auch der anderen deutschen Blockparteien über die Praxis des »Verschwinden lassen« war. Sogar ein hoher SMAD-Vetreter stellte im November 1948 fest, dass immer noch das plötzliche Verschwinden von Menschen bei der deutschen Bevölkerung größte Unzufriedenheit hervorrufe, weil diese in der Sowjetunion übliche Vorgehensweise gegen »politische Verbrecher« zutiefst gegen das deutsche Rechtsverständnis und -empfinden verstoße.²²⁵ Allein zu einer grundsätzlichen Abkehr der sowjetischen Sicherheitsorgane von ihren stalinistisch-terroristischen Methoden führten die verschiedenen Bedenken und Bittrufe nicht.

224 Zum Folgenden vgl. Bonwetsch u.a.: Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949, S. 195f.; Pohl: Justiz in Brandenburg 1945–1955, S. 95.

225 Vgl. Bonwetsch u.a.: Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949, S. 194.

Wirtschaft und Verkehrswesen

Landwirtschaft

Der Kreis Zauch-Belzig wies von jeher einen ausgesprochen agrarischen Charakter auf.¹ Während im südlichen und westlichen Teil des Landkreises Ackerbau und Viehzucht überwogen, herrschte im nördlichen und östlichen Teil der Obst- und Gemüseanbau vor. Laut Bodenstatistik vom Dezember 1946 hatte der Kreis eine Gesamtfläche von 184 856 ha, wovon 54 600 ha auf Ackerland, 6600 ha auf Gartenland, 21 657 ha auf Wiesen und 1069 ha auf Viehweiden entfielen.² Damit machte die landwirtschaftliche Nutzfläche 45% des gesamten Kreisareals aus. Die Möglichkeiten des Pflanzenanbaus waren für die Landwirte durch die hiesigen leichten Böden, die im Durchschnitt mit Bodenertragsklasse 5 bis 7 eingeschätzt wurden, trotz Melioration und intensiven Einsatzes von Kunst- und Naturdünger erheblich eingeschränkt.³ Eine Ausnahme bildete die östliche Fläming-Hochfläche, die sich südlich von Niemegk als schmaler Streifen nach Südosten erstreckt und durch ihre fruchtbaren Lössande eine »Kornkammer« darstellte. Als Spezialkultur wurde in der Beelitzer Gegend seit Jahrzehnten im großen Umfang Spargel angebaut. In der Umgebung von Werder/Havel hatte sich im 18./19. Jahrhundert der Obstanbau erfolgreich etabliert. Die Havelniederung sowie der Brücker Talzug wurden weitläufig als Wiesenländer genutzt.

Der Großgrundbesitz hatte in Zauch-Belzig keine so dominierende Stellung wie in anderen Regionen Brandenburgs.⁴ Agrarbetriebe von über 100 ha Größe (inklusive Waldbesitz) verfügten im Jahr 1945 lediglich über 13% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Kreises, im Unterschied etwa zum nordbrandenburgischen Kreis Prenzlau, wo der entsprechende Wert bei rund 67% lag.⁵ Am Kriegsende existierten

1 Zum Folgenden vgl. Bamberg: Heimatkunde des Kreises Zauch-Belzig, S. 7f. u. 12; Böge: Heimatkunde des Kreises Zauch-Belzig, S. 9f., 14, 18 u. 23f.; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 96; ebenda, Nr. 172, Bl. 174; ebenda, Nr. 286, Bl. 208.

2 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 172, Bl. 185f. Forsten u. Holzungen machten damals 76 829 ha, Öd- u. Unland 4366 ha, Gebäude, Wege u. Eisenbahnen 17 904 ha, Friedhöfe u. Parkanlagen 1831 ha der Gesamtfläche des Kreises aus; ebenda.

3 Zu den Bodenverhältnissen im Kreisgebiet s. Scholz: Die naturräumliche Gliederung Brandenburgs, S. 9f. u. 56–59.

4 Zu den historischen Ursachen, warum etwa im Südwesten der Kreises, d.h. im Bereich des bis 1815 sächsischen Amtes Belzig-Rabenstein, der adlige landwirtschaftliche Großgrundbesitz verhältnismäßig schwach ausgebildet war, s. Dorno: Der Fläming und die Herrschaft Wiesenburg, S. 9–18.

5 Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit. Bd. 1/1, S. 216. Laut Spix: Die Bodenreform in Brandenburg, S. 31, bewirtschafteten z.B. in der Prignitz Höfe mit mehr als 100 ha Betriebsfläche über 39% des landwirtschaftlich genutzten Grund u. Bodens. Im Jahr 1939 machten in ganz Brandenburg Betriebe mit über 100 ha Fläche etwa 50% der gesamten Betriebsfläche (rund 31% der landwirtschaftlichen Nutzfläche, rund 75% der forstwirtschaftlichen Nutzfläche) aus; s. Fait: (Mark) Brandenburg, S. 81; Eckart: Agrarstrukturentwicklung und -probleme in Berlin-Brandenburg, S. 12f.

Größenklasse	Anzahl der Betriebe	Prozent ¹¹	landwirtschaftliche Nutzfläche	Prozent
unter 5 ha	6965	60,9	13 496 ha	16,0
5 bis 20 ha	3575	31,2	33 625 ha	39,9
20 bis 100 ha	875	7,6	30 032 ha	35,6
über 100 ha	28	0,2	7 108 ha	8,4

Tabelle 1 Klassifizierung der Agrarbetriebe gemäß der Größe ihrer reinen landwirtschaftlichen Nutzfläche (ohne Waldbesitz)

in Zauch-Belzig acht Rittergüter mit jeweils über 1000 ha Betriebsgröße, von denen das Gut Schmerwitz mit 4882,43 ha das größte war. Weitere sieben Rittergüter hatten Größen zwischen 500 und 1000 ha, fünf andere landwirtschaftliche Betriebe verfügten jeweils über eine Fläche von 250 bis 500 ha.⁶ Das klein- und mittelbäuerliche Element war im Kreis stark ausgeprägt. Die Höfe zwischen 5 und 20 Hektar bewirtschafteten 40% der gesamten hiesigen landwirtschaftlichen Nutzfläche.⁷ Großbäuerliche Betriebe zwischen 20 und 100 Hektar verfügten zusammen über 36% des landwirtschaftlich genutzten Grund und Bodens.⁸ Die Landwirte mit über zwanzig Hektar durchweg und unterschiedslos als Großbauern anzusprechen, war freilich mehr als gewagt. In einer Mitteilung des Statistischen Amtes der brandenburgischen Provinzialverwaltung vom Herbst 1945 hieß es treffend: »Bäuerliche Betriebe von 20 bis 50 ha auf den leichten Böden der Zauche sind so wenig ertragreich, daß sie noch durchaus dem Kleinbauerntum zuzurechnen sind.«⁹ Im Sommer 1945 waren die Agrarbetriebe des Kreises gemäß der Größe ihrer reinen landwirtschaftlichen Nutzfläche (also ohne Waldbesitz!) wie in Tabelle 1 klassifiziert.¹⁰

Die Zauch-Belziger Landwirtschaft wurde vom Kriegsgeschehen relativ wenig in Mitleidenschaft gezogen. Hier waren keine Felder vermint wie z.B. im östlichen Brandenburg. Bei Kriegsende lagen im Kreis nur ca. 2,2% der Felder unbestellt. Von den Wohnungen, Stallungen und Scheunen in den hiesigen Dörfern waren rund 5,5% durch Kriegseinwirkung mehr oder weniger beschädigt worden.¹² Negativ bemerkbar machte sich im zweiten Halbjahr 1945 der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, besonders an jüngeren Landwirten¹³, weil die meisten Klein- und Mittelbauern zur Wehrmacht eingezogen worden und, sofern sie die Kampfhandlungen überlebt hatten,

6 Die Zahlenangaben zu den landwirtschaftlichen Großbetrieben in Zauch-Belzig nach BLHA, Rep. 330, Nr. 22, Bl. 3.

7 Errechnet anhand der Angaben in: Dokumente zur demokratischen Bodenreform im Land Brandenburg, S. 61.

8 Errechnet anhand der Angaben in: ebenda.

9 BLHA, Rep. 202 E, Nr. 14, Bl. 9.

10 Angaben nach Dokumente zur demokratischen Bodenreform im Land Brandenburg, S. 61.

11 Nach Betriebszählung aus dem Jahr 1939 staffelte sich für das Gebiet der nachmaligen SBZ der prozentuale Anteil der jeweiligen Betriebsgrößenklasse an der Gesamtanzahl der Betriebe folgendermaßen: bis 5 ha 56%, 5 bis 20 ha 33%, 20 bis 100 ha 9,9%, über 100 ha 1,1%; nach Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. 1/1, S. 416.

12 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 81.

noch nicht heimgekehrt waren. Die Kriegsgefangenen und Fremdarbeiter, die auf den Gütern und Bauernhöfen gearbeitet hatten, zogen schnell in Richtung ihrer Heimatländer ab. Die Viehbestände waren nach Kriegsende höchst unzureichend und von minderer Qualität.¹⁴ In Zauch-Belzig zählte man bei Pferden nur noch ca. 67% des Vorkriegsbestandes, bei Rindern noch knapp 68%, während der Schweinebestand sogar um mehr als zwei Drittel im Vergleich zur Vorkriegszeit abgesackt war.¹⁵ Die Gründe für die dramatische Abnahme der Viehbestände waren gemischt: Zwangsablieferungen in den Kriegsjahren ohne adäquate Wiederauffüllung der Bestände; Einschleppung von Seuchen durch Tiere von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den östlichen Reichsteilen; massenhafte Viehdiebstähle durch Rotarmisten, abziehende ausländische Zwangsarbeiter sowie deutsches Diebesgesindel.¹⁶ Indes verzeichnete Zauch-Belzig ein im Vergleich zum brandenburgischen Provinzdurchschnitt noch verhältnismäßig »geringes« prozentuales Minus bei den Tierbeständen.¹⁷

Die größte Schwierigkeit für die Zauch-Belziger Agrarwirtschaft in den ersten Nachkriegsmonaten bestand im Mangel an Zugmitteln, also an Gespannpferden und Traktoren.¹⁸ Mitte August 1945 waren im Kreis gerade einmal 80 Traktoren behördlich erfasst.¹⁹ Dies bedeutete, dass im Sommer 1945 rechnerisch ein einziger Traktor auf 683 ha Ackerfläche kam. Ein weiteres Hindernis für die hiesige Landwirtschaft stellte in den ersten Friedensmonaten der Wassermangel dar. Die Wasserwerke mussten erst wieder instandgesetzt werden, um eine künstliche Beregnung der Felder zu ermöglichen.²⁰ Zudem wirkte sich das Auftreten der Besatzungsmacht für das hiesige Agrarwesen negativ aus.²¹ Die Sowjets hatten Güter und Bauernhöfe besetzt²² sowie landwirtschaftliches Gerät, Ernteerträge und Vieh requiriert. Auf einer Bürgermeisterbesprechung in Belzig am 20. Mai 1945 wurde der Vorwurf laut: »So lange das Plündern der Häuser und das Belästigen der Frauen nicht aufhört, wird kaum mit einer intensiven Landarbeit zu rechnen sein.«²³ Die Erträge der Kartoffelernte 1945 fielen äußerst bescheiden aus, weil vorbeziehende sowjetische Truppenteile, aber auch heimziehende Fremdarbeiter die noch jungen Knollen massenhaft von den Feldern gestohlen hatten.²⁴ Danach

13 Ebenda, Nr. 103, Bl. 15.

14 Ebenda.

15 Errechnet anhand der Bestandszahlen in: ebenda, Nr. 81, Bl. 99; ebenda, Nr. 83, Bl. 38.

16 Vgl. ebenda, Nr. 623, Bl. 241.

17 Vgl. die Angaben zu Brandenburg (u. auch anderen SBZ-Ländern) in: Bauerkämper: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 267; Piskol u.a.: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande, S. 14. Der registrierte Pferdebestand erreichte z.B. 1945 auf die ganze Provinz Brandenburg gerechnet nur 45,5% des Jahres 1938, der Rinderbestand 38,7%, der Schweinebestand 14,1%; s. Bauerkämper: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 267.

18 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 103, Bl. 15.

19 Siehe ebenda, Nr. 527, Bl. 15.

20 Vgl. KrA PM, 51.34/14A (Niederschrift der Besprechung mit Oberbürgermeister Beiersdorff in Belzig vom 20.5.1945).

21 Siehe dazu Bauerkämper: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 267f.

22 Siehe S. 201 der vorliegenden Arbeit.

23 KrA PM, 51.34/14A (Niederschrift der Besprechung mit Oberbürgermeister Beiersdorff in Belzig vom 20.5.1945).

24 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 623, Bl. 242.

waren die Landwirte des Kreises auf die Abgabe von Saatkartoffeln seitens der Kreiskommandantur angewiesen.²⁵ Die Getreideernte war 1945 im Kreisgebiet ebenfalls, auch bedingt durch das feuchte Wetter im August, unterdurchschnittlich.²⁶

Die Ausgangssituation in den Monaten nach Kriegsende war also auch für die Zauch-Belziger Agrarbetriebe alles andere als rosig. Dabei stand nicht nur die Aufgabe, die im Kreis ansässige Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen. Am 10. August 1945 unterrichtete Heinrich Rau, Vizepräsident der brandenburgischen Provinzialverwaltung, den Zauch-Belziger Landrat Menz, dass der Kreis zusätzlich die Stadt Brandenburg/Havel mit Lebensmitteln zu versorgen habe.²⁷ In der Tat gingen im Herbst 1945 die Hälfte des im Kreis geernteten Getreides und weit mehr als die Hälfte der im Kreis angebauten Kartoffeln in die Städte Brandenburg/Havel und Potsdam sowie in die Kreise Niederbarim, Teltow, Cottbus, Forst, Sorau und nach Frankfurt (Oder). Auch wurden seinerzeit monatlich 150 Tonnen Fleisch von Zauch-Belzig in diese Abnahmegebiete geliefert.²⁸

Bodenreform in Zauch-Belzig

Die brandenburgische KPD-Bezirksleitung organisierte von Juni bis August 1945 »antifaschistische Bauernkomitees«²⁹, die sich aus Landarbeitern und landarmen Bauern zusammensetzten und als Handlanger kommunistischer Parteipolitik auf dem Lande, insbesondere als Sprachrohr für eine umfassende Bodenreform fungierten.³⁰ In Zauch-Belzig trafen diese Komitees auf unliebsame Konkurrenz.

Hier war nämlich am 2. Juni 1945 mit Zustimmung der sowjetischen Kreiskommandantur die »Deutsche Arbeitsgemeinschaft des Antifaschistischen Landvolks« gegründet worden.³¹ Den Kristallisationskern dieser berufsständischen Organisation bildeten acht Ortsgruppen im Bürgermeisterei-Unterbezirk Brück mit 236 Mitgliedern. Als das Antifaschistische Landvolk die Zulassung bei der brandenburgischen Provinzialverwaltung beantragte, waren weitere 140 Ortsgruppen mit etwa 2500

25 Vgl. ebenda, Nr. 620, Bl. 34.

26 Ebenda, Nr. 103, Bl. 15. Die Ernteerträge in der SBZ waren 1945 vermutlich generell bei allen Nutzpflanzen im Vergleich zum Jahr 1938 erschreckend gering. An Getreide wurde nur rund 44% der Gesamtmenge vom 1938 geerntet; Piskol u.a.: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande, S. 30f.

27 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 620, Bl. 37.

28 Ebenda, Nr. 83, Bl. 7.

29 Laut Herferth: Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf, S. 29, sollen diese Komitees angeblich »spontan« entstanden sein.

30 Vgl. Urban/Schulz: Die Vereinigung von KPD und SPD, S. 83–85. Eine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Untersuchung zur Bodenreform im Kreis Zauch-Belzig gibt es bis dato nicht. Auch die folgenden Ausführungen können das komplexe Thema nur oberflächlich behandeln. Für zwei andere brandenburgische Regionen, und zwar für die Uckermark u. die Prignitz, gibt es mit Nehrig: Uckermärker Bauern in der Nachkriegszeit, u. Spix: Die Bodenreform in Brandenburg, jüngere Spezialuntersuchungen betreffs der Bodenreformzeit.

31 Zum Folgenden vgl. BLHA Rep. 330, Nr. 10, Bl. 31–33; Bauernkämpfer: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 275; Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 720; Urban/Schulz: Die Vereinigung von KPD und SPD, S. 85.

Mitgliedern im Aufbau. Man hoffte, in ganz Brandenburg 1500 Ortsgruppen mit etwa 30 000 Mitglieder zu schaffen. Am 31. Juli 1945 erhielt das Antifaschistische Landvolk von der SMAD in Berlin-Karlshorst sogar die Lizenz zur Ausbreitung im gesamten SBZ-Territorium.³² Die Führer der Organisation verfolgten das Ziel, ehemalige Mitglieder von bürgerlich-demokratischen Bauernbünden der Weimarer Zeit sowie der früheren Siedler- und Pächter-Vereinigungen zu sammeln.³³ Der Gründer und Sprecher des Antifaschistischen Landvolks, Friedrich Kaiser, referierte bei einer Bürgermeistertagung des Kreises am 24. Juli 1945 über die Arbeit seiner Organisation:

[Sie] fördert den Zusammenschluß aller antifaschistischen Landkräfte, gibt Anordnungen heraus, um Höchstleistungen zu erzielen, bietet die Gewähr, daß keine Sabotage getrieben wird, hält Schulungsabende ab, erteilt Auskünfte über sämtliche landwirtschaftlichen Fragen und fordert engste Zusammenarbeit aller antifaschistischen Parteien. Erfahrene Mitarbeiter sollen in den Dörfern Ordnung schaffen und es ist ihnen bereits gelungen, die Einwohner zur freudigen Mitarbeit mitzureißen. Trotz der großen Aufbauarbeit, die geleistet werden muß, sind schon nette Erfolge erzielt worden und die Kommandantur stellt sich absolut nicht dagegen. Vertrauensmänner können sich unbeirrt an die Kommandantur wenden und finden dort immer ein offenes Ohr.³⁴

Pikanterweise war Kaiser, aus Berlin stammend, selbst Mitglied der KPD, Ortsgruppe Linthe³⁵, und hatte die Organisation ohne Auftrag oder Zutun seiner Partei gegründet. Dies missfiel seinen Genossen, die »eine Prüfung der Angelegenheit« folgen lassen wollten.³⁶ Das hoffnungsvoll begonnene, überparteiliche Projekt Antifaschistisches Landvolk verschwand schließlich nach kurzer Zeit sang- und klanglos.³⁷ Hingegen entstanden in 70% der Dörfer des Kreises Zauch-Belzig kommunistisch gelenkte »antifaschistische Bauernkomitees«³⁸, der man sich als Träger der Bodenreform-Kampagne bestens bedienen konnte.

32 BLHA Rep. 330, Nr. 10, Bl. 42.

33 Zu Programmatik u. Statut des Antifaschistischen Landvolks vgl. BLHA Rep. 330, Nr. 10, Bl. 3–8.

34 KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 24.7.1945, Bl. 2 Vs).

35 Mitteilung von H. Haseloff (26.08.2007).

36 Vgl. BLHA Rep. 330, Nr. 10, Bl. 25f. Die KPD-Mitgliedschaft Kaisers wird in der einschlägigen Literatur nicht erwähnt bzw. berücksichtigt! Gerade die Tatsache, dass der Gründer des Antifaschistischen Landvolks KPD-Mitglied war, spricht nicht für eine These, diese Organisation sei als Speerspitze gegen die kommunistische Agrarpolitik gedacht gewesen.

37 Laut Urban/Schulz: Die Vereinigung von KPD und SPD, S. 85, ist die »reaktionäre Bauernorganisation« schon im Anfangsstadium wieder aufgelöst worden; eine Zeitangabe für die Auflösung sowie eine zugehörige Quellenangabe sind indes bei Urban/Schulz nicht zu finden. Dass das Antifaschistische Landvolk als Gegner u. Kritiker der Bodenreform aufgetreten sei, wie Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 720, oder auch Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 154, schreiben – auch Bauerkämpfer: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 275, meint, es hätte »ein Sammelbecken der Opposition gegen die Bodenreform« gebildet –, ist aus den einschlägigen archivalischen Quellen nicht zu ersehen. Hier sollte man der späteren kommunistischen (Geschichts-) Propaganda nicht allzu großen Wert beimessen. Während der Bodenreform im Kreis Zauch-Belzig spielte jedenfalls das Antifaschistische Landvolk nicht einmal mehr die geringste Rolle.

38 Urban/Schulz: Die Vereinigung von KPD und SPD, S. 83–85.

Am 20. August 1945 rief die KPD-Bezirksleitung Brandenburg alle Kreisleitungen in der Mark auf, sofort in allen Orten Bauernversammlungen mit Hilfe der schon bestehenden Bauernkomitees sowie auf Kreisebene Bauernkonferenzen zu organisieren, auf denen über die Notwendigkeit referiert werden sollte, den Boden der Großgrundbesitzer und Junker aufzuteilen. Zudem sollten von diesen Versammlungen Resolutionen verabschiedet werden, die das Bodenreform-Vorhaben bejahten.³⁹ Im Zuge dieser Versammlungsreihe fand eine erste kommunistische Bauern- und Landarbeiterkundgebung im Kreis Zauch-Belzig am 1. September 1945 in Groß Kreutz statt.⁴⁰

Am Tag darauf gab der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck mit seiner programmatischen Rede in Kyritz unter dem Motto »Junkerland in Bauernhand« das symbolische Startsignal für die Bodenreform in der SBZ.⁴¹ Und wiederum einen Tag später wurde in der Provinz Sachsen eine Bodenreform-Verordnung erlassen⁴², die sich im Wesentlichen an einer – nach einschlägigen Vorgaben Moskaus⁴³ – vom ZK der KPD erarbeiteten Direktive⁴⁴ vom 20. August 1945 orientierte. Die anderen Länder der SBZ zogen mit eigenen Bodenreform-Verordnungen nach, die inhaltlich mit der provinz-sächsischen Verordnung weitgehend übereinstimmten. Die grundlegenden normativen Bestimmungen zur Bodenreform wurden in enger Abstimmung mit der SMAD ausgearbeitet.⁴⁵ Das Präsidium der Provinzialverwaltung in Potsdam erließ am 6. September die Bodenreform-Verordnung für Brandenburg.⁴⁶ Wesentliche programmatische Punkte darin waren:

- sofortige Enteignung des Bodens der NS-Aktivisten und Kriegsverbrecher und des gesamten Großgrundbesitzes über 100 Hektar mit allen dazugehörigen Gebäuden und Inventar⁴⁷; Zusammenfassung des enteigneten Landes in Bodenfonds

39 BLHA, Rep. 330, Nr. 30, Bl. 1. Siehe auch Reinert: Bodenreform 1945 in Brandenburg, S. 25.

40 Vgl. BLHA Rep. 330, Nr. 146, Bl. 1; ebenda, Nr. 160, Bl. 1 Vs.

41 Die Rede ist ediert in: Pieck: Junkerland in Bauernhand. Zum Widerstreit um die Bodenreform auf politischer Ebene siehe S. 119–122 der vorliegenden Arbeit.

42 Abgedruckt u.a. in: Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. 1/1, S. 406–413; Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 132–138. Siehe dazu die Darstellung von Wille: Die Verabschiedung der Verordnung über die Bodenreform in der Provinz Sachsen. Es war der Gedanke der Besatzungsmacht gewesen, dass die Reform durch einen Beschluss der Verwaltung der Provinz Sachsen eingeleitet werden sollte; Laufer: Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform, S. 27; s. auch ebenda, S. 32.

43 Vgl. Laufer: Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform, S. 26–29. Ebenda, S. 21: »Im Lichte sowjetischer Quellen [...] erscheint der Anteil der KPD an der Ausarbeitung und dem Erlass der Bodenreformverordnungen weitaus geringer, dagegen der Einfluß der sowjetischen Führung, die sich von über den eigentlichen Gegenstand der Reform hinausgehenden Überlegungen leiten ließ, weitaus größer als bisher angenommen.« Weber: Geschichte der DDR, S. 88, meint darüberhinaus: »Bestimmend für diese [Land-]Reform war die UdSSR, die treibende Kraft war die SMAD.«

44 Zu der Bodenreformdirektive s. Bauerkämpfer: Problemdruck und Ressourcenverbrauch, S. 299f.

45 Reinert: Bodenreform 1945 in Brandenburg, S. 15.

46 Siehe BLHA, Rep. 208, Nr. 185, Bl. 7–9. Die Verordnung wurde veröffentlicht in: Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Nr. 1 (1945), S. 8–10. Betreffs Zustandekommen dieser Verordnungs. Gertner: September 1945 – Die Geschichte der Bodenreform-Verordnungen in der SBZ, S. 340f.

47 Zu den von der Enteignung betroffenen Vermögenskategorien u. Personengruppen siehe u.a. Beck: Die Konfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 70–72.

- Aufteilung des Großteils des enteigneten Bodens und Inventars an Landarbeiter, landlose Bauern⁴⁸, Vertriebene und Flüchtlinge, Kleinpächter und landarme Bauern
- Schaffung von Neusiedlerstellen mit fünf bis maximal zehn Hektar Größe bzw. Aufstockung von Kleinwirtschaften auf diese Größe
- Übernahme größerer landwirtschaftlicher Gerätschaften und kleinerer Verarbeitungsbetriebe durch neu zu schaffende »Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe«.

Während die Forderung nach Konfiskation des Grund- und Bodens von NS-Aktivistinnen und Kriegsverbrechern auf allgemeine Akzeptanz stieß, sorgte das Vorhaben, den Großgrundbesitz über 100 Hektar zu zerstückeln, für Kontroversen. Unter Experten herrschte praktisch Einigkeit, dass die Aufteilung der großen Güter der landwirtschaftlichen Produktion eher schaden als nützen würde, denn kleinere Höfe besaßen lediglich bei der Viehwirtschaft Vorteile gegenüber Großbetrieben. Der KPD-Agrarexperte Edwin Hoernle selbst war noch im Moskauer Exil der Auffassung, die landwirtschaftlichen Großbetriebe erzielten in Friedenszeiten aufgrund ihrer stärkeren Mechanisierung und Rationalisierung eine höhere Produktivität je Arbeitskraft als kleinbäuerliche Höfe. Mit Inangriffnahme der Bodenreform vertrat Hoernle jedoch die These, durch die Ausnahmesituation der Nachkriegszeit hätten die Gutsbetriebe den Vorteil einer hohen Arbeitsproduktivität eingebüßt, und man müsse zu einer intensiven Agrarproduktion übergehen, indem man den Boden an kleinbäuerliche Individualeigentümer neuverteilte.⁴⁹ (Ob Hoernle daran selbst geglaubt hat, sei dahingestellt.) Sein Parteigenosse und interner Konkurrent Heinrich Rau, Vizepräsident der brandenburgischen Provinzialverwaltung, räumte auf einer Tagung der märkischen Landräte im September 1945 ein, dass ein landwirtschaftlicher Großbetrieb produktiver sein könne als mehrere kleine Bauernhöfe – aber nur, wie Rau betonte, wenn der Großbetrieb ein Musterbetrieb sei. Dagegen sei der bäuerliche Betrieb krisensicherer als der Großbetrieb. Zudem, so Rau weiter, würden in kleineren Betrieben auch nur kleinere und weniger Maschinen gebraucht und es würden dort mehr Arbeiter beschäftigt, wodurch die Arbeitslosigkeit geringer wäre. Die Wegnahme des Großgrundbesitzes sei darüber hinaus das wirksamste Mittel gegen Kriege.⁵⁰

Mit der These, die Enteignung des Großgrundbesitzes sei eine Maßnahme gegen Militarismus und Krieg⁵¹, wurde seitens der Bodenreformbefürworter ständig

48 Zum Beispiel Bauernsöhne ohne eigene Bauernwirtschaft.

49 Vgl. Spix: Die Bodenreform in Brandenburg, S. 23f. Hoernle hatte noch im Moskauer Exil den ökonomischen Sinn der Bodenreform, wie sie jetzt durchgeführt werden sollte, angezweifelt; Schöne: Frühling auf dem Lande?, S. 60. Er teilte die Bedenken gegen die Aufteilung des enteigneten Landes in kleine, nur individuell zu bewirtschaftende Parzellen; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 141.

50 Vgl. KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 17.9.1945, S. 2).

51 Vgl. etwa Herferth: Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf, S. 19.

argumentiert. Alle Gutsbesitzer waren dann faktisch mit den Bodenreform-Verordnungen unterschiedslos und pauschal zu reaktionären Militaristen und Unterstützern der NS-Diktatur abgestempelt.⁵² Die Einziehung ihres Besitzes sollte als Straf- und Sühnmaßnahme erfolgen. Ein Referent des Oberlandratsamtes Brandenburg/Havel verlangte auf einer Tagung in Belzig am 17. September 1945 sogar, auch gegen Juristen, die für enteignete Großgrundbesitzer Entschädigungen forderten, müsse vorgegangen werden.⁵³ Auf Verlangen der Besatzungsmacht verschloss man seitens der deutschen Bodenreform-Protagonisten und Verwaltungsorgane die Augen davor, dass nicht jeder Besitzer von über 100 Hektar Land ein »Junker«, sondern oftmals nur einfach Großbauer war.⁵⁴ Zudem konnte eine Bauernwirtschaft in Zauch-Belzig nicht mit einer Wirtschaft gleichgroßer Betriebsfläche z.B. in der Magdeburger Börde verglichen werden. Aufgrund der höheren Bodengüte warf nämlich ein Hof in der Börde mit 90 Hektar Acker bei weitem mehr Erträge ab als ein Hof in Zauch-Belzig mit 101 Hektar sandigen Ackers. Nur fiel der Bördehof mit seinen 90 Hektar eben nicht unter die Enteignung, der Zauch-Belziger mit seinen 101 Hektar hingegen schon. Es war insbesondere der Zauch-Belziger SPD-Kreisvize und Landwirtschaftsfachmann Cyrus, der seine scharfe Kritik an der Einhundert-Hektar-Grenze und der Enteignung bäuerlicher Besitzer öffentlich machte.⁵⁵

Die Durchführung der Bodenreform vor Ort oblag den – unter erheblicher kommunistischer Einflussnahme gebildeten⁵⁶ – Gemeindebodenkommissionen. Sie bestanden aus fünf bis sieben Mitgliedern, im Normalfall Landarbeiter, Flüchtlinge und Vertriebene sowie landarme Bauern.⁵⁷ In Zauch-Belzig wurden diese Kommissionen im Zeitraum zwischen dem 9. und 15. September 1945 gebildet.⁵⁸ Ihre ersten Aufgaben waren es, zur Enteignung bestimmte Flächen, Gebäude, Inventare zu registrieren und Listen der Bodenanwärter anzulegen. Am 30. September 1945 fand in Belzig eine Versammlung der Vorsitzenden aller Gemeindebodenkommissionen statt.⁵⁹

52 Der Ex-SMAD-Offizier u. DDR-Historiker S. Doernberg äußerte 2004 immer noch die Auffassung, die adligen Großgrundbesitzer [also ohne Ausnahme] hätten zu den Stützen des Nazireiches gehört.; Doernberg: Fronteinsatz, S. 129.

53 KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 17.9.1945, S. 4).

54 Die 100 ha-Grenze war deshalb offensichtlich zwischen deutschen Kommunisten u. sowjetischen Stellen kontrovers diskutiert worden; vgl. Reinert: Bodenreform 1945 in Brandenburg, S. 16f.

55 Siehe S. 122 der vorliegenden Arbeit.

56 Die KPD-Bezirksleitung Brandenburg hatte die Bildung der Gemeindebodenkommissionen zu einem ihrer Arbeitsschwerpunkte gemacht u. dafür ihren Kreisleitungen politische Richtlinien in die Hand gegeben; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 148.

57 Zu Aufgaben u. personeller Besetzung der Bodenkommissionen s. Bauerkämper: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 273; ders.: Das Neubauernbauprogramm im Land Brandenburg, S. 186; ders.: Problemdruck und Ressourcenverbrauch, S. 300f.; Beck: Die Konfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 72–74; BLHA, Rep. 208, Nr. 185, Bl. 12; Fait: (Mark) Brandenburg, S. 91f.; Herferth: Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf, S. 35f.; Reinert: Bodenreform 1945 in Brandenburg, S. 23f.; ders./Urban: Die Rolle von Partei und Staat bei der Durchführung und Festigung der demokratischen Bodenreform, S. 40–45; Stöckigt: Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform, S. 135–149 (für die Provinz Sachsen).

58 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 82, Bl. 19.

59 Ebenda, Bl. 13.

Eigentlich sollte wohl auf dieser Versammlung über den planmäßigen Beginn der Enteignungen diskutiert werden. Allein, durch Druck »von oben« wurde der Zeitplan obsolet, und der Prozess war schon am Laufen. Mit der Konfiskation musste überstürzt, mitten in der Herbstbestellung⁶⁰, begonnen werden, weil nach Ansicht der KPD-Führung und der Sowjets nur ein schnelles Vorgehen den Widerstand der Großgrundbesitzer und den befürchteten Abtransport von Gutsinventar verhinderte.⁶¹ So war bereits am 27. September ein Vertreter des Oberlandratsamtes in Belzig erschienen, um zu bestimmen, dass in der Kreisstadt sofort und in Golzow am 29. September die Enteignungen zu vollziehen seien.⁶² Auf den Einwand des Landrates Menz, mit den Enteignungen sollte doch erst am 5. Oktober begonnen werden, wurde keine Rücksicht genommen. Über die Konfiskation in Golzow heißt es in einem Protokoll: »Es wurden schnell einige Vorbereitungen getroffen, da die Übergabe feierlich begangen werden soll. Vertreten war bei diesem Fest die Kommandantur Belzig und Golzow. Bei der eröffneten Diskussion sprach niemand der Anwesenden ein Wort [...]. Der Herr Landrat war mit dieser übereilten Enteignung nicht einverstanden.«⁶³ Landrat Menz notierte am 29. September auch selbst, dass er mit der überhastigen Konfiskation in Golzow unzufrieden sei. Doch schon am 2. Oktober müsse er, wie in seinen Notizen zu lesen ist, telefonisch melden, wo am 3. Oktober die nächsten Enteignungen vollzogen werden sollten. Der Akt der Konfiskation sollte möglichst feierlich gestaltet werden, und es müsse ein kurzer Bericht darüber an die höheren Stellen geliefert werden.⁶⁴

Bis zum 17. Oktober 1945 wurden im Kreis 125 landwirtschaftliche Betriebe mit zusammen rund 42 000 ha Fläche, d.h. etwas mehr als ein Viertel der gesamten land- und forstwirtschaftlichen Nutzfläche, enteignet.⁶⁵ Damit waren die Konfiskationen in Zauch-Belzig im Wesentlichen beendet.⁶⁶ Es stand zu jenem Zeitpunkt auch bereits fest, dass die Güter Hagelberg, Groß Kreutz, Lübnitz und Schmerwitz nicht parzelliert, sondern als Saatgüter weiter bestehen blieben.⁶⁷ Die Neuverteilung der

60 Völlig unsinnig ist die Behauptung bei Stöckigt: Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform, S. 110: »In agrotechnischer Hinsicht war die Herbstzeit ein außerordentlich günstiger (!) Zeitpunkt, um eine so bedeutsame Umwälzung auf dem Lande [d.h. die Bodenreform] durchzuführen.«

61 Spix: Die Bodenreform in Brandenburg, S. 25. Laut Reinert: Bodenreform 1945 in Brandenburg, S. 32, war es hingegen allein die SMAD (u. nicht die KPD) gewesen, die das Tempo des Beginns der Bodenreform forcierte.

62 KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 1.10.1945, S. 2).

63 Ebenda.

64 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 491, Bl. 264f.

65 BLHA, Rep. 330, Nr. 22, Bl. 9. Bis Ende 1945 wurden in Brandenburg 1794 Güter mit jeweils über 100 ha enteignet (landwirtschaftliche Nutzfläche insgesamt: 384 502 ha) u. 406 Betriebe mit jeweils unter 100 ha beschlagnahmt (landwirtschaftliche Nutzfläche insgesamt: 16 571 ha); Bauernkämpfer: Das Neubauernbauprogramm im Land Brandenburg, S. 187; vgl. auch Fait: (Mark) Brandenburg, S. 92, u. Wilhelm: Die SED – führende Kraft des antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus, S. 33. Auf die ganze SBZ berechnet, wurde rund ein Drittel der gesamten land- und forstwirtschaftlichen Nutzfläche im Zuge der Bodenreform enteignet. Zu statistischen Angaben über die Bodenreform s. Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit. Bd. 1/1, S. 414–416.

66 Archivalien über die Bodenreform in den einzelnen Zauch-Belziger Ortschaften finden sich in: BLHA, Rep. 238 Bodenkulturamt Mahlow, Nr. 389 bis Nr. 534.

67 BLHA, Rep. 330, Nr. 22, Bl. 9.

Flächen an private Bodenanwärter nahm längere Zeit in Anspruch. Von den enteigneten 42 000 ha waren am 17. Oktober 1945 erst 10 634 ha an 3300 Familien, darunter 350 Flüchtlings- und Vertriebenenfamilien, aufgeteilt.⁶⁸ Bis zum Herbst 1946 hatte man dann 22 352 ha vergeben. Davon gingen 20 560 Hektar an 6869 Landarbeiter, landlose und landarme Bauern, »Umsiedler« (so die offizielle Bezeichnung für Flüchtlinge und Vertriebene), Kleinpächter sowie Arbeiter und Angestellte. 665 Altbauern bekamen insgesamt 1792 ha Wald zugeteilt.⁶⁹ Die durchschnittliche Landzuteilung betrug in Zauch-Belzig für Landarbeiter und landlose Bauern 3,7 ha, für landarme Bauern 3 ha, für Umsiedler 6,1 ha, für Kleinpächter 1,5 ha, für Arbeiter und Angestellte 1,8 ha.⁷⁰

Infolge von Entnazifizierungsmaßnahmen 1947/48 konfiszierten die Behörden in Zauch-Belzig weitere Bauernhöfe von jeweils unter 100 Hektar Betriebsfläche. Die 1950 aufgestellte Bodenreformstatistik⁷¹ wies schließlich für den Kreis 159 enteignete landwirtschaftliche Betriebe aus. Es handelte sich um 111 Wirtschaften von jeweils über 100 ha Fläche, 39 Wirtschaften mit jeweils unter 100 ha von NS-Aktivistinnen und Leuten, die als Kriegsverbrecher verurteilt worden waren, sowie um 9 Areale sonstiger Grundbesitz (Staatsbesitz, ehemaliges Wehrmachtsgelände usw.). Der gesamte enteignete Grund und Boden betrug 46 782 Hektar⁷², rund ein Viertel der Gesamtfläche des Kreises. Von den enteigneten Flächen waren nur 10 654 ha Ackerland.⁷³ Hingegen waren 28 648 Hektar, d.h. 61% des konfiszierten Landes, Forsten und Holzungen; immerhin gut ein Drittel des ganzen Waldbestandes im Landkreis. Der Löwenanteil des enteigneten Waldes, nämlich 22 822 Hektar, wurde dem Landesforstamt zur Bewirtschaftung übergeben.⁷⁴ Unter den 8036 privaten Bodenempfängern hatte man 23 960 Hektar Acker, Wald, Wiesen usw. aufgeteilt. Mit Blick auf diese Zahlen lässt sich überspitzt urteilen, die Bodenreform im Kreis Zauch-Belzig war eher eine Waldenteignung zugunsten des Landes- bzw. Staatsbesitzes denn eine Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse im engeren Sinne.

68 Ebenda.

69 Angaben zum Stand der Bodenreform in Zauch-Belzig im Herbst 1946 in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 491, Bl. 32f.

70 Errechnet nach den Angaben in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 491, Bl. 32. Die Flächenzuteilung an die Bodenempfänger in Zauch-Belzig lag meist unter dem SBZ/DDR-Durchschnitt. Zum Vergleich: SBZ-weit erhielt von den Bodenempfängern im Schnitt ein Landarbeiter 7,8 ha, ein landarmer Bauer 3,3 ha, ein »Umsiedler« 8,4 ha, ein Kleinpächter 1,0 ha, ein Arbeiter bzw. Angestellter 0,6 ha aus dem Bodenfonds zugeteilt (Stand: 1950); Piskol u.a.: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande, S. 98.

71 In: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 111f. Zum Stand der Aufteilung von Bodenreformland an Individualbesitzer in der ganzen DDR am 1.1.1950 s. Stöckigt: Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform, S. 266.

72 Der Kreis Zauch-Belzig machte allein ca. 7% der gesamten Katasterfläche des Landes Brandenburg aus, brachte hingegen weniger als 5% in den aus den enteigneten Flächen gebildeten brandenburgischen Bodenfonds von 947 829 ha (Stand 1.1.1950; s. Stöckigt: Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform, S. 259) ein.

73 Was 18% des gesamten Ackerlandes des Kreises entsprach.

74 In Brandenburg erhöhte sich der Waldbesitz des Landes durch die Bodenreform von 84 036 ha auf 203 896 ha; Stöckigt: Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform, S. 188.

Die Gemeindebodenkommissionen des Kreises leisteten mehrheitlich eine den Richtlinien getreue Arbeit. Manche handhabten jedoch die Ausführungsbestimmungen der Bodenreform äußerst willkürlich. Kommissionsmitglieder missbrauchten ihre Posten zum eigenen Vorteil oder zu dem ihrer Verwandten und Freunde, aber auch zum Nachteil ihnen missliebiger Personen.⁷⁵ Die Abteilung Bodenreform und Siedlung im Belziger Landratsamt resümierte Ende Oktober 1945, dass speziell die Enteignungen von Bauernhöfen unter 100 Hektar immer mal wieder für Zerwürfnisse gesorgt hätten: »Es ist teilweise willkürlich verfahren worden, d.h. in einzelnen Fällen sind auf Grund persönlicher Mißstimmigkeiten zwischen Angehörigen der Ortskommissionen und Bauern nicht aktive Nazis zu Naziführern erklärt und enteignet worden, während in anderen Fällen tatsächlich als Naziführer anzusehende Bauern von der Enteignung verschont blieben.«⁷⁶ In Deetz hatte die Gemeindebodenkommission eigenmächtig die Landaufteilung flugs vorgenommen, ohne dass, getreu den Vorschriften, eine Versammlung aller Bodenanwärter die Separierungspläne beschlossen hätte.⁷⁷ Sie begründete ihr eiliges Vorgehen damit, die Besatzungsmacht habe schnellste Aufteilung verlangt und es seien anfänglich nur wenige Bodenbewerber vorhanden gewesen, weil viele potentielle Anwarter nicht an die Verwirklichung der Bodenreform geglaubt hätten. Ergebnis der Landvergabe: Einige Bewerber, darunter geradezu selbstredend Mitglieder der Gemeindebodenkommission, erhielten mehr Grund und Boden als zulässig, aber angeblich nur, damit das aufzuteilende Land schnell an den Mann gebracht werde. Indes fühlte sich in Deetz eine Reihe von Leuten von der Kommission übergangen und machte deren vorschriftswidriges Handeln bei entsprechenden Stellen publik. Die Landaufteilung musste daraufhin revidiert werden, und die Deetzer Bodenkommission wurde personell neu besetzt.

Es gab generell Versuche, die Flüchtlinge und Vertriebenen zu benachteiligen.⁷⁸ In Jeserig/Fläming etwa verweigerte die Gemeindebodenkommission anfänglich die Abgabe von Grund und Boden an Heimatvertriebene. Die KPD-Kreisleitung forderte deshalb am 12. Oktober 1945 vehement, es müsse in Jeserig sofort Abhilfe geschaffen werden, »daß die Umsiedler und Flüchtlinge zu ihrem Land kommen, damit sie arbeiten und somit der Volksernährung dienlich sein können.«⁷⁹

Am 3. Januar 1946 beschäftigte sich die Zauch-Belziger Kreisbodenkommission mit einer heiklen Angelegenheit.⁸⁰ In zwei Fällen waren Bauernhöfe enteignet worden, weil zu ihnen jeweils mehr als 100 ha Betriebsfläche gehört haben sollten. Nachträglich erwies sich aber, dass die Wirtschaften in beiden Fällen weniger als 100 Hektar

75 Zu Missbräuchen seitens der Gemeindebodenkommissionen SBZ-weit s. Bauerkämper: Strukturumbbruch ohne Mentalitätswandel, S. 79 f.; Piskol u.a.: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande, S. 54f.

76 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 668, Bl. 296 Rs.

77 Siehe dazu BLHA, Rep. 330, Nr. 97, Bl. 127 Rs.

78 Meinicke: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 141f. Siehe auch Bauerkämper: Die Neubauern in der SBZ/DDR 1945–1952, S. 117f.; Meinicke: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR, S. 67 u. 70.

79 BLHA, Rep. 330, Nr. 165, Bl. 102.

80 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 668, Bl. 211.

umfassten. Die Kreisbodenkommission entschied trotz der klaren Faktenlage nicht zugunsten der beiden enteigneten Bauern. Sie sollten ihren Besitz nur dann zurückbekommen, wenn er noch nicht aufgeteilt sei. Andernfalls sollten sie Neusiedlerstellen im Kreis erhalten, also mit acht oder neun Hektar Land neu anfangen.⁸¹

Um den Bodenempfängern das Gefühl zu vermitteln, die Landzuteilung an sie sei rechtmäßig und unumkehrbar, sollten sie möglichst schnell als neue Eigentümer in die Grundbücher eingetragen werden und Besitzurkunden erhalten. Die Sowjetische Militäradministration wies, um jede Rückkehr zum alten Rechtszustand unmöglich zu machen, darüber hinaus an, alte Grundbuchakten zu vernichten.⁸² Gegen eine solche radikale Maßnahme hatte sogar der Erste Vizepräsident der brandenburgischen Provinzialverwaltung, Bernhard Bechler, Bedenken. Aber bei Walter Ulbricht und vermutlich auch der restlichen KPD/SED-Führungsspitze fand dies Beifall.⁸³ In der Mark, in Sachsen und in Mecklenburg wanderten die alten Grundbuchakten der enteigneten und aufgeteilten Güter in den Reißwolf.⁸⁴

Beim Bodenreformbesitz handelte es sich um kein frei verfügbares Eigentum.⁸⁵ Das Bodenreformland durfte zwar vererbt, aber weder geteilt noch verkauft, verpachtet oder verpfändet werden. Bei Aufgabe oder Nichtbewirtschaftung des Bodenreformlandes wurde dasselbe automatisch in den staatlichen Bodenfonds eingezogen und anschließend neu vergeben.

Mit der Bodenreform entstanden örtliche »Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe«, aus denen später die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) auf Landes- und zentraler Ebene erwuchs.⁸⁶ Zwischen den Gemeindebodenkommissionen und den örtlichen Ausschüssen der Bauernhilfe gab es vielfach personelle Überschneidungen. Die Ausschüsse sollten jedoch im Unterschied zu den Gemeindebodenkommissionen die gesamte Bauernschaft, d.h. auch die Großbauern, in die »antifaschistisch-demokratische Umwälzung« einbinden.⁸⁷ Aus den konfiszierten Anwesen erhielt die Bauernhilfe die Kontrolle über alles schwere Gerät, einschließlich

81 Zu weiteren Fällen der Nichteinhaltung von Bodenreformbestimmungen in Zauch-Belzig s. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 286, Bl. 2f.

82 Pohl: Justiz in Brandenburg 1945–1955, S. 72; s. auch Beck: Die Konfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 76. Laut Stöckigt: Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform, S. 226, wuchs die Sicherheit der Neubauern besonders durch die schnelle Eintragung in die Grundbücher, durch die Vernichtung der alten Grundbücher u. durch die Ausgabe der Besitzurkunden.

83 Ulbricht in einem Referat auf dem zweiten SED-Parteitag (20.–24. September 1947): »Es ist richtig, was die Sachsen, die Thüringer und die brandenburgischen Selbstverwaltungsorgane gemacht haben; sie haben auch die alten Grundbücher vernichtet. Jawohl, nicht einmal die alten Grundbücher, nicht ein Stück Papier vom früheren Großgrundbesitz darf übrigbleiben.«; Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, S. 188.

84 In Mecklenburg gab es verbreitet Widerstand der Katasterämter u. Gerichte gegen die Vernichtung alter Grundbuchakten; s. Marquardt: Die Entdifferenzierung der Gesellschaftsordnung, S. 45.

85 Zum Rechtscharakter des Bodenreform-»Eigentums« s. Beck: Die Konfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 74 u. 80; Pries: Das Neubauerneigentum in der ehemaligen DDR, insbesondere S. 25–40.

86 Zur VdgB siehe S. 177–179 der vorliegenden Arbeit.

87 Piskol u.a.: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande, S. 74f.

Mähdreschern, und über die Lagerkapazitäten. Ihre örtlichen Ausschüsse richteten mit den Gerätschaften kleine Maschinenausleihstationen ein.⁸⁸ Die VdgB übernahm ebenfalls enteignete Verarbeitungsbetriebe wie Molkereien, Brennereien u.a.⁸⁹ In Zauch-Belzig etwa gingen die Spiritusbrennereien der früheren Güter Wiesenburg, Golzow und Krahne in die Hände der Bauernhilfe über.⁹⁰

Die Besatzungsmacht begnügte sich keineswegs mit der Rolle eines stillen Beobachters der Konfiskationen und Landseparationen. Es war wohl überhaupt eine persönliche Intervention Stalins, die den Ausschlag zur unverzüglichen Inangriffnahme der Bodenreform gab.⁹¹ Vertreter der Besatzungsmacht kontrollierten in der gesamten SBZ die Arbeit der Bodenkommissionen und griffen immer wieder in deren Arbeit ein.⁹² In Belzig verkündete ein sowjetischer Offizier auf einer Bürgermeistertagung am 24. September 1945, der Bodenreform, die in kürzester Frist durchgeführt werden müsse, werde größte Unterstützung seitens der Besatzungsmacht zuteil.⁹³ Der Zauch-Belziger Landrat meinte Mitte Oktober 1945 äußern zu müssen, dass anfänglich alle ängstlich gewesen seien, eine so große und verantwortungsvolle Arbeit wie die Bodenreform durchzuführen; aber jetzt sei das Schwerste geschafft, und: »Wir müssen beschämend eingestehen, daß dieses nur dank der Hilfe der russischen Kommandanturen, an der Spitze die Kreiskommandantur unter Oberstleutnant Schuiski, gelang, die uns jede nur erdenkliche Unterstützung gewährten.«⁹⁴

Dabei hatten deutsche Exponenten der Bodenreform und sowjetische Landwirtschaftsoffiziere mancherorts durchaus entgegengesetzte Auffassungen, insbesondere wenn es um die Aufteilung von Gütern und Höfen ging, die noch von sowjetischen Einheiten besetzt waren.⁹⁵ Wohl aus diesem Grund kam es in Lehnin im Oktober 1945 zwischen einem die Bodenreformmaßnahmen überwachenden Sowjetoffizier und dem Leiter der KPD-Ortsgruppe zu einem heftigen Streit bis hin zur Tätlichkeit.⁹⁶ Der KPD-Funktionär wurde festgenommen. Am 17. Oktober teilte die KPD-Kreisleitung der Lehniner KPD-Ortsgruppe mit, sie habe ihren bisherigen Leiter sofort seines Postens zu entheben. In dem Moment, da die Ablösung ausgesprochen sei, werde er durch die Kommandantur aus der Haft wieder freigelassen. Weigerte

88 Zinke: Die Transformation der DDR-Agrarverfassung, S. 134f.

89 Vgl. Piskol u.a.: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande, S. 74. Die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe wurden 1947 aus der VdgB wieder ausgegliedert u. an landwirtschaftliche Genossenschaften übergeben oder auch in »Volkseigentum« überführt; ebenda, S. 128f.

90 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 286, Bl. 209.

91 Vgl. Laufer: Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform, S. 22.

92 Vgl. etwa Piskol u.a.: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande, S. 57; Reinert: Bodenreform 1945 in Brandenburg, S. 31–36.

93 KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 29.9.1945, S. 5).

94 BLHA, Rep. 330, Nr. 22, Bl. 10.

95 Zum Beispiel richtete der Ortsälteste von Gollwitz, Mitglied der KPD/SED, noch im Juni 1946 (!) ein Schreiben an die Provinzialverwaltung in Potsdam, worin er sich beklagte, dass trotz Bodenreform die Sowjets keine Anstanlen machten, das Gollwitzer Gutsareal zu räumen; s. Heine: 625 Jahre Gemeinde Gollwitz, S. 71f.

96 Siehe dazu BLHA, Rep. 330, Nr. 81, Bl. 4. Was der unmittelbare Grund für den Streit war, ist aus den Quellen nicht zu ersehen.

sich die KPD-Ortsgruppe, sähe er aber einer Aburteilung durch ein sowjetisches Militärtribunal entgegen.

Die Bodenreform in der SBZ entsprang beileibe nicht einer spontanen Massenbewegung der Kleinbauern und Landarbeiter.⁹⁷ Dies musste auch in den ansonsten tendenziösen Publikationen der späteren DDR-Historiographie eingestanden werden.⁹⁸ Ein Teil der 1945 in Zeitungen veröffentlichten Resolutionen, in denen Dorfbewohner verlangten, den Großgrundbesitz zu liquidieren und das Land zu verteilen, waren plumpe Fälschungen auf Geheiß der KPD-Führung.⁹⁹

Für Zauch-Belzig ist lediglich aus dem Haveldorf Gollwitz überliefert, dass dortige »Antifaschisten« – der Ortsälteste zusammen mit zwölf Bauern, kleinen Landwirten und Gutsarbeitern – am 2. August 1945 bei der KPD-Unterbezirksleitung Brandenburg-West beantragten, das Rittergut der Frau von Rochow in Gollwitz aufzuteilen, mit dem Argument, deren Mann und Sohn seien Wehrmachtsoffiziere und somit »Militaristen« und die Losung aller Antifaschisten laute »Enteignung der Großgrundbesitzer und Ausrottung der Faschisten und Militaristen«.¹⁰⁰ Ein Motiv für diesen Antrag wird indes gewesen sein, dass die Gollwitzer Einwohner die Rotarmisten, die seinerzeit das Rittergut besetzt hielten und bewirtschafteten, möglichst schnell verschwinden sehen wollten. Man schien zu hoffen, mit dem Antrag die sowjetischen Stellen dazu zu bewegen, die Rotarmisten aus Gollwitz abzuziehen.

Andererseits gab es tatsächlich Personengruppen, die mit Genugtuung eine Umwälzung der Besitzverhältnisse auf dem Lande begrüßten. Die Kommunisten trafen durchaus auf eine über ihre engere Anhängerschaft hinausreichende Unterstützung für die Umverteilung des Grund und Bodens.¹⁰¹ Zum einen zeigten sich Flüchtlinge und Vertriebene verständlicherweise daran interessiert, möglichst schnell eine neue Existenzgrundlage zu erhalten.¹⁰² Zum anderen waren da Landarbeiter, die hofften,

97 Wie etwa W. Ulbricht in demagogischer Manier Glauben machen wollte, als er am 28.10.1945 auf einer Bauernversammlung im havelländischen Nauen verkündete, die Bodenreform sei »von den Bauern selbst durchgeführt« worden; Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, S. 509. Offensichtlich hatte man sich in der KPD selbst nicht allzu sehr der Illusion hingeeben, mit der Propagierung der Bodenreform bei der Landbevölkerung offene Türen einzu-rennen; Murken: Bodenreform-Kampagne und politische Kultur, S. 67.

98 So in Piskol u.a.: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande, S. 36. Hingegen findet sich bei Herferth: Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf, S. 24, die plakative, widersinnige Kapitelüberschrift »Die Landbevölkerung fordert die Bodenreform«.

99 Siehe Badstübner/Loth: Wilhelm Pieck, S. 53. Auch diejenigen Entschließungen, die nicht fingiert waren, entstanden in der Regel nicht spontan. Sie waren als standardisierte Resolutionen Ergebnisse diskussionsarmer Dorfversammlungen unter der geglückten Regie von KPD-Funktionären; s. Murken: Bodenreform-Kampagne und politische Kultur, S. 62.

100 BLHA, Rep. 330, Nr. 112, Bl. 54. Abgedruckt (nach einer Quelle im KrA PM) bei Heine: 625 Jahre Gemeinde Gollwitz, S. 70.

101 Bauerkämper: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 277.

102 Vgl. etwa Plato/Meinicke: Alte Heimat – neue Zeit, S. 59f. Andere »Umsiedler« waren hingegen nur zögernd zur Übernahme von Neubauernwirtschaften bereit, weil unter ihnen die Hoffnung auf Rückkehr in Heimat verbreitet war; Bauerkämper: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 279; Meinicke: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR, S. 59; ders.: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der Sowjetischen

künftig auf eigener »Scholle« zu wirtschaften, Kleinbauern und -pächter, die eine wirtschaftliche Besserung ihrer Höfe erstrebten, und Dorfbewohner, die zu Recht eine noch immer anzutreffende, anachronistische und seit Jahrzehnten nicht mehr gesetzlich gestützte Sonder- und Vorrangstellung adliger Gutsbesitzer innerhalb des Dorfgefüges beseitigt sehen wollten. Diese Gruppen bildeten eine Basis für die Bodenreform. Insofern konnte sie sowohl durch Druck »von oben« als auch durch eine Mobilisierung »von unten« durchgesetzt werden.¹⁰³

Indes waren es gerade althergebrachte paternalistische Bindungen an die Großgrundbesitzer, die potentielle Bodenanhänger zumindest zögern ließen, enteignetes Land anzunehmen.¹⁰⁴ Die bis 1945 währende obrigkeitliche Stellung vieler Gutsherren in den Dörfern war eben nicht nur gekennzeichnet durch wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse, durch soziale Distanziertheit oder auch Standesdünkel, sondern auch durch eine gewisse traditionelle Fürsorglichkeit gegenüber Landarbeitern und anderen Dorfbewohnern. Das radikale Vorgehen gegen die »Herrschaft« widersprach dem dörflich-bäuerlichen Rechtsverständnis. Auch minderte die geringe Betriebsgröße der Neubauernhöfe deren Attraktivität. Die KPD-Kreisleitung Zauch-Belzig berichtete im Oktober 1945 über weitverbreitete Zweifel an der Lebensfähigkeit von Bauernhöfen von nur fünf bis acht Hektar Größe.¹⁰⁵

Eine Reserviertheit der Leute gegenüber dem Bodenreformvorhaben konstatierte auch der Zauch-Belziger Landrat Menz. Zwischen dem 15. und 30. September 1945 referierte er auf Versammlungen in mehreren Orten des Landkreises zum Thema. Er selbst notierte darüber: »Die Stimmung der Anwesenden ergab, dass sie für die Durchführung der Bodenreform Verständnis zeigten, wenngleich es schwierig war, die Leute zur Diskussion zu bewegen.«¹⁰⁶ Der sowjetische Abschnittskommandant von Werder/Havel führte die zögerliche Haltung freilich auf den Einfluss »faschistischer Propaganda« zurück. Diese habe die Bauern dazu gebracht, zuteiltes Land nicht

Besatzungszone, S. 136f. u. 138. Und auch diejenigen, die ohne zu zögern siedelten, dürften oftmals ihr Neubauerndasein nur als temporäre Angelegenheit angesehen haben, die damit enden sollte, dass sie wieder in ihre angestammten Heimatgebiete zurückgingen.

103 Bauerkämper: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 276.

104 Zur weitverbreiteten Zurückhaltung der Landbevölkerung gegenüber der Bodenreform s. Bauerkämper: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 279; ders.: Die Neubauern in der SBZ/DDR 1945–1952, S. 116f.; ders.: Strukturumbruch ohne Mentalitätswandel, S. 78f.; Meinicke: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR, S. 58f. u. 61; Piskol u.a.: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande, S. 48; Plato/Meinicke: Alte Heimat – neue Zeit, S. 58f.; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 150. Das Zögern von Landarbeitern bei der Enteignung »ihrer« Großgrundbesitzer reflektierte nicht zuletzt die Kontinuität gesellschaftlicher Bindungen. Die Eingriffe in die Besitz- u. Sozialstruktur führten in der ländlichen Bevölkerung nicht unmittelbar und durchweg zu einem Wandel der Mentalität und Lebensweise. »Die Bodenreform in Brandenburg verweist insgesamt nicht nur auf die Durchsetzung der kommunistischen Herrschaft auf dem Land, sondern auch [...] auf die Beharrungskraft sozialer Beziehungen, Lebensformen und Mentalitäten im ländlichen Milieu.«; Bauerkämper: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 291. Siehe zu der Thematik auch ders.: Auf dem Wege zum »Sozialismus auf dem Lande«, S. 261–265.

105 Bauerkämper: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 279.

106 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 82, Bl. 10.

zu nehmen, und erst nach Aufklärung durch die antifaschistischen Parteien habe die Bodenreform doch noch realisiert werden können.¹⁰⁷

Mit der Auflösung des Großgrundbesitzes wollten die deutschen Kommunisten und die Besatzungsmacht¹⁰⁸ dessen frühere Eigentümer, vor allem die Schicht des Landadels, verschwinden sehen. Die ehemalige Besitzerin des Gutes Fredersdorf (bei Belzig) erinnert sich, dass über der Dorfstraße ein Transparent mit der radikalen Parole »Der Junkern Tod ist der Bauern Brot!« hing.¹⁰⁹ Die adlige Frau war enteignet worden, wollte trotzdem Ort und Kreis nicht verlassen. Sie stellte bei der öffentlichen Landverteilung im Fredersdorfer Gasthof den Antrag, ihr das Gutshaus mit dem dazugehörigen Garten als Siedlerstelle zu übertragen. Die Gemeindebodenkommission schien mit ihrem Gesuch anfänglich einverstanden. Was aber dann geschah, schildert sie wie folgt:

Am nächsten Tag wurden die Anträge dem russischen Kommandanten [in Belzig] vorgelegt. Der war nicht mit einverstanden, ordnete [unsere] sofortige Deportierung in das Internierungslager auf der Insel Rügen an. Ein Fredersdorfer Nachbar, der in Belzig arbeitete, kam sofort mit Pferd und Wagen zu uns, lud uns ein und fuhr uns auf Schleichwegen nach Baitz, wo wir einen Zug nach Berlin nehmen konnten.¹¹⁰

Die vormalige Gutsbesitzerin und ihre Familie entkamen somit Hals über Kopf knapp der Festnahme. Ihnen blieb damit der Transport in Güter- und Viehwaggons in Richtung Norden, auf die Ostseeinsel Rügen erspart, wo Tausende deportierte Adels- und Gutsbesitzerfamilien unter zum Teil miserabelsten Bedingungen dahinvegetieren mussten.¹¹¹

Nur ein Teil der enteigneten Gutsbesitzer und Landwirte durfte mit Genehmigung örtlicher Behörden in ihren Heimatorten bzw. -kreisen verbleiben¹¹², so Kunz von Lochow, vormals Gutsbesitzer in Lübnitz, der als Förster in Zauch-Belzig für das Landesforstamt arbeiten konnte.¹¹³ Andere kehrten wiederum nach einigen Wochen

107 KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Tagung vom 19.1.1946, S. 2).

108 Reinert: Bodenreform 1945 in Brandenburg, S. 21, betont, dass es die SMAD war, die bereits am 29.8.1945 die Aussiedlung der Großgrundbesitzer von ihren Gütern anordnete. Der KPD gibt er bzgl. der Ausweisungsverfügung keine Mitverantwortung. Für die deutschen Organe seien durch die von den Sowjets verfüigten Ausweisungen Konfliktsituationen entstanden; ebenda, S. 34. (Es muss angemerkt werden, dass Reinerts Schrift eine quellenmäßig durchaus fundierte, aber parteipolitisch gefärbte Darstellung aus Sicht der PDS ist.)

109 Mitteilung von E. v. Reichenbach (10.2.2006).

110 Mitteilung von E. v. Reichenbach (19.2.2006).

111 Vgl. Beck: Die Konfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 74f.; Craushaar: Bericht über die Verschleppung meiner Familie nach Rügen; Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 195f.

112 Einheitliche, verbindliche u. mit der Besatzungsmacht abgestimmte Regelungen für die ganze SBZ zum Umgang mit den Enteigneten gab es 1945 nicht; s. Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 158f.

113 BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 1525, Bl. 27. Lochows Verbleiben war von der Kreisbodenkommission befürwortet u. von der Kreiskommandantur sogar befohlen worden. Er hatte aber wohl pro forma nach der Enteignung seinen Wohnsitz in der benachbarten Provinz Sachsen nehmen müssen; vgl. ebenda.

oder Monaten illegal in ihre Heimatorte zurück. Die Besatzungsmacht befürchtete – nicht zu Unrecht –, die enteigneten Gutsbesitzer könnten in den Dörfern ihren Einfluss in traditioneller Manier wiederherstellen. Am 23. August 1947 verlangte die SMA Brandenburg mit ihrem Befehl Nr. 6080 von der Landesregierung, alle diejenigen, die noch auf ihren ehemaligen Gütern wohnten, umgehend durch Polizeibehörden aus dem Bereich des jeweiligen Kreises auszusiedeln.¹¹⁴ Innenminister Bechler wies daraufhin am 28. August 1947 die Landräte an, die im SMA-Befehl verordneten Maßnahmen gegen betreffende Personen zu ergreifen. Laut Bechler fielen unter die Kategorie »ehemalige Besitzer« auch sämtliche Familienangehörige. Ergänzend zum SMA-Befehl verfügte der Innenminister, dass die Auszusiedelnden mindestens 50 Kilometer von ihrem früheren Besitz entfernt unterzubringen seien.¹¹⁵ Die Zwangsmaßnahmen gegen die ehemaligen Gutsbesitzer belegten indirekt, dass diese Personengruppe auch nach der Bodenreform im dörflichen Milieu eine beträchtliche Unterstützung genoss.¹¹⁶

Die rabiate Ausweisungsaktion gemäß Befehl 6080 begann in Zauch-Belzig Mitte September 1947. Das Landratsamt meldete dem brandenburgischen Innenministerium, ein erster Transport gehe am 13. September in den Kreis Luckenwalde. Das Ziel der restlichen auszusiedelnden Personen sei noch ungewiss, da von Potsdam noch keine Weisung vorliege und Luckenwalde nur Personen im Austausch gegen aus jenem Kreis Auszusiedelnde annehme. Gewaltanwendung sei bisher noch nicht notwendig gewesen, da die Aktion erst anlief.¹¹⁷ Es kam jedoch sehr schnell zu tragischen Vorfällen. Bis zum 15. September hatten bereits zwei der ausgewiesenen Bauern Selbstmord begangen, wie aus einem Schreiben des zonalen LDP-Parteivorstandes hervorgeht.¹¹⁸ Laut besagtem, an die Deutsche Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft gerichteten Schreiben habe die LDP-Spitze aus Borkheide erfahren, dass im Zauch-Belziger Kreise noch ansässige enteignete Bauern aufgrund des SMA-Befehls ausgewiesen würden, ohne irgendeine Anweisung, wo sie in Zukunft Unterkommen finden könnten. Die Leute befänden sich damit in einer verzweiferten Lage. »Wir sehen in einem derartigen Verhalten deutscher Behörden einen groben Verstoß gegen die Menschlichkeit«¹¹⁹, heißt es weiter in dem vom liberaldemokratischen Parteivize Arthur Lieutenant gezeichneten Schreiben.¹²⁰

Im Zuge der Aussiedlungsaktion mussten im Herbst 1947 schließlich 69 Familien (165 Personen) Zauch-Belzig den Rücken kehren. Vor Erlass des SMA-Befehls

114 BLHA, Rep. 202 A, Nr. 115, Bl. 88; BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 1525, Bl. 1f.; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 491, Bl. 36. Innenminister Bechler äußerte 1948, die Ausweisung sollte verhindern, dass ehemalige Gutsbesitzer die Neusiedler »beunruhigten«; Reinert: Bodenreform 1945 in Brandenburg, S. 34. In der Realität erzielten die wenigen Widerstandsaktionen ehemaliger Gutsbesitzer angesichts der Unterdrückungsmaßnahmen der Besatzungsmacht keine Breitenwirkung; ebenda.

115 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 491, Bl. 35.

116 Bauernkämpfer: Strukturumbruch ohne Mentalitätswandel, S. 77.

117 BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 1525, Bl. 148.

118 Siehe ebenda, Bl. 9.

119 Unterstreichung wie im Original.

120 BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 1525, Bl. 9.

Nr. 6080 waren bereits 72 enteignete Grundbesitzerfamilien gezwungenermaßen aus dem Landkreis fortgegangen.¹²¹

Die KPD und andere Befürworter der Bodenreform bemühten sich stets, diese als ein treffliches Mittel im »Kampf gegen den Faschismus« darzustellen. Nun stellte sich aber die Frage: Wie sollte man mit denjenigen umgehen, die zugleich Hitlergegner und Großgrundbesitzer waren? Die Frage wurde – nicht zuletzt auf sowjetischen Druck – dahingehend beantwortet, dass diese ebenfalls rest- und entschädigungslos zu enteignen seien.¹²² In diesem Lichte betrachtet, erscheint eine These, die Bodenreform sei vor allem eine Art Entnazifizierungsmaßnahme gewesen¹²³, sehr zweifelhaft – zumindest wenn man die Intentionen der Besatzungsmacht und der KPD berücksichtigt. Denn die Beseitigung der Gutsbesitzerschicht als ländlicher gesellschaftlicher Elite hatte schon Jahre vor der NS-Diktatur zu den Fixpunkten kommunistischer Programmatik gezählt. Bei der Bodenreform ging es nur vordergründig darum, eine vermeintlich kriegsschuldige Bevölkerungsgruppe zu bestrafen.¹²⁴

Bezeichnend hierfür ist, wie ein Vertreter des Oberlandratsamtes Brandenburg/Havel am 17. September 1945 argumentierte: Die »Deutschnationalen« – d.h. die adligen NS-Gegner – hätten wohl gegen Hitler gekämpft, aber nur wegen eigener Interessen und weil der Gefreite Hitler nicht hoffähig gewesen sei; auf diese Leute dürfe bei der Bodenreform keine Rücksicht genommen werden.¹²⁵ Der Oberlandrat Dr. Koltzenburg selbst vertrat wohl eine etwas andere Linie. Er lehnte zwar die Enteignung auch von NS-Gegnern offensichtlich nicht ab, wünschte sich aber eine

121 Ebenda, Bl. 47. Vgl. die Aussiedlungsaktion in der Prignitz, in: Spix: Die Bodenreform in Brandenburg, S. 47–49. Im ganzen Land Brandenburg hatten im Sommer 1947 bereits 1222 Gutsbesitzerfamilien ihre Heimatkreise verlassen; im Herbst 1947 mussten weitere 798 enteignete Grundeigentümer aus ihren Heimatkreisen fortgehen; Bauerkämpfer: Der verlorene Antifaschismus, S. 631.

122 Im Vorfeld der Bodenreform war noch nicht entschieden, wie mit den NS-Gegnern unter den Gutsbesitzern umgegangen werden sollte. Im Entwurfsstadium zur Bodenreformdirektive des ZK der KPD war noch beabsichtigt, Großgrundbesitzern, die gegen das NS-Regime gekämpft hatten, Restgüter bis zu 50 ha Größe zuzugestehen. Nach Notizen des KPD-Vorsitzenden Wilhelm Pieck gab es am 29.8.1945 den Gedanken, Ausnahmeregelungen für unter die Enteignung fallende »antifaschistische« Eigentümer durch die Landes- u. Provinzialverwaltungen beschließen zu lassen (vgl. Badstübner/Loth: Wilhelm Pieck, S. 56). Jedoch wurde auf Intervention der SMA eine, vor allem von CDU u. LDP geforderte Entschädigungsklausel für als »Antifaschisten« einzustufende Großgrundbesitzer in die – letztlich für die ganze SBZ maßgebliche – Bodenreformverordnung der Provinz Sachsen nicht aufgenommen. Ende September 1945 forderte dann auch die KPD-Führung ausdrücklich, bei den Hitlergegnern unter den Gutsbesitzern keine Ausnahmen zu machen. Siehe zu dieser Thematik Bauerkämpfer: Der verlorene Antifaschismus, S. 625–628; Reinert: Bodenreform 1945 in Brandenburg, S. 20f.; s. auch Bauerkämpfer: Problemdruck und Ressourcenverbrauch, S. 300. Die unterschiedliche Haltung betreffs Behandlung der NS-Gegner unter den Gutsbesitzern bildete laut Reinert: Bodenreform 1945 in Brandenburg, S. 34, generell ein Konfliktfeld zwischen deutschen Organen u. der Besatzungsmacht.

123 Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, S. 81, schreibt z.B.: »Die tiefen sozialökonomischen Struktureingriffe in der SBZ [also auch die Bodenreform] lassen sich [...] sinnvoller in den Rahmen einer umfassenden Entnazifizierung einordnen als in den ersten Sowjetisierungsetappe.«

124 Beck: Die Konfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 75f.

125 KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 17.9.1945, S. 4).

bessere Behandlung dieses Personenkreises.¹²⁶ Er informierte z.B. den Zauch-Belziger Landrat darüber, dass die Familie von Rochow an der Bewegung um die Verschwörer vom 20. Juli 1944 beteiligt gewesen war. Der Landrat antwortete am 20. Oktober 1945: »Das war an und für sich lobenswert, weil diese Bewegung den Zweck der Beseitigung von Hitler hatte, aber andererseits zur Einführung eines neuen Militarismus diente, denn dadurch wäre das Junkertum erst recht in den Sattel gehoben worden.« Er halte es deshalb »nicht für angebracht, hier besondere Nachsicht zu üben, jedoch wäre dafür zu sorgen und habe ich dazu die Anweisung gegeben, dass die Familie v. Rochow ihr persönliches Eigentum mitnehmen« könne.¹²⁷

Nur in Ausnahmefällen erhielten Enteignete, die nachweislich Gegner oder Opfer des NS-Regimes waren, Neusiedlerstellen zugewiesen.¹²⁸ Bei anderen ehemaligen Großgrundbesitzern, die inzwischen als »Antifaschisten« galten, akzeptierte man stillschweigend deren Verbleib in ihren Heimatorten. Dann jedoch erließ die SMA Brandenburg am 23. August 1947, wie oben geschildert, ihren Befehl Nr. 6080. Da der Befehl die ausnahmslose Aussiedlung dekretierte, wurden früheren Gutsbesitzern, die Neusiedlerstellen erhalten hatten, diese wieder entzogen.¹²⁹

Dabei sorgten der Befehl Nr. 6080 und die daran anknüpfende Verfügung Innenminister Bechlers für einigen Diskussionsstoff zwischen sowjetischen und deutschen Stellen.¹³⁰ Am 4. September 1947 fand in der Kreiskommandantur Zauch-Belzig eine Besprechung mit Vertretern des Landratsamtes statt, auf der über Richtlinien der Aussiedlungsaktion gestritten wurde. Laut Bechlers Verfügung sollten nur betreffende Personen ausgewiesen werden, »soweit sie nicht Antifaschisten sind«¹³¹, worauf man seitens des Landratsamtes hinwies. Die Kommandanturoffiziere nahmen telefonische Rücksprache mit der SMA in Potsdam und erklärten daraufhin, sämtliche enteignete Großgrundbesitzer, die sich noch im Kreis aufhielten, seien aus Zauch-Belzig auszuweisen, und auf Antifaschisten sei hierbei keine Rücksicht zu nehmen.¹³²

126 Koltzenburg befand sich damit wohl in Einklang mit Vizepräsident Heinrich Rau von der brandenburgischen Provinzialverwaltung, der laut Reinert: Bodenreform 1945 in Brandenburg, S. 35, sich besonders für eine angemessene und differenzierte Behandlung von Großgrundbesitzern engagierte, die gegen das NS-Regime gekämpft hatten.

127 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 103, Bl. 403.

128 Heinrich Rau, damals Vizepräsident der brandenburgischen Provinzialverwaltung, traf am 10.10.1945 die Anordnung: »Enteignete Grundbesitzer sollen grundsätzlich nicht neu angesiedelt werden. Nur in besonderen Fällen kann auf Antrag eine Ausnahme gemacht werden, wenn es sich um aktive Antifaschisten oder Opfer des Faschismus handelt.«; Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Nr. 3 (1945), S. 55.

129 Bei den Besatzungsbehörden hatte sich, anscheinend nach zentraler Direktive aus Moskau, die Ablehnung gegen die Vergabe von Neusiedlerstellen an frühere Gutsbesitzer durchgesetzt; Reinert: Bodenreform 1945 in Brandenburg, S. 35.

130 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 491, Bl. 34.

131 Ebenda, Bl. 35.

132 Bechler selbst musste sich dem Willen der SMA fügen u. am 1.11.1947 die Landräte unterrichten, seine Zusätze zum Befehl 6080 würden dahingehend geändert, dass hinsichtlich der Ausweisung Ausnahmen nicht zulässig seien; BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 1525, Bl. 17.

Ausgesprochen heikel für die Bodenreformprotagonisten war, dass es auch Mitglieder der KPD und der SPD gab, die selbst Bauernhöfe mit mehr als 100 ha besaßen und damit unter die Enteignung fielen. Die Aussicht, dass eigene Genossen und Gefährten ihren gesamten Besitz verlieren sollten, schmeckte vielen Kommunisten und Sozialdemokraten nicht.¹³³ Im Oktober 1945 war in den Gliederungen der beiden Arbeiterparteien im Oberlandratsbezirk Brandenburg/Havel mündlich vereinbart worden, Großgrundbesitzern mit KPD- oder SPD-Parteibuch ohne weiteres 25 Hektar ihres Besitzes zu belassen¹³⁴, was freilich eklatant gegen die Bodenreformverordnung verstieß. Die Sache wurde später dahingehend präzisiert, dass die Belassung von Restwirtschaften für KPD- und SPD-Mitgliedern (oder parteilose NS-Gegner) vom Oberlandratsamt letztlich entschieden werde.¹³⁵ Die Kreisbodenkommission Zauch-Belzig beschloss nur in drei Fällen, enteigneten Großbauern einen Restbesitz von je 25 ha zu belassen. Es handelte sich hierbei um zwei Landwirte in Schwanebeck (einer davon SPD-Mitglied) und einen in Borne, die laut Kreisbodenkommission »nachweisbar seit Jahren gute Antifaschisten gewesen« seien und in »der Zeit des Hitlerregimes auch illegal gearbeitet« hätten.¹³⁶ Die sowjetische Kreiskommandantur erklärte sich einverstanden, und auch der stellvertretende Oberlandrat Walter Mickin stimmte Anfang Januar 1946 mündlich zu.¹³⁷ Sogar nach Erlass des SMA-Befehls Nr. 6080 durften die drei Bauern in Schwanebeck und Borne durch (eigentlich verbotene) Ausnahmegenehmigung der Kreiskommandantur ihren Restbesitz behalten und auf ihren Höfen bleiben.¹³⁸

Die Neubauernproblematik

Der Bodenreform entsprossen in der SBZ die Neubauern als zahlenmäßig große gesellschaftliche Gruppe auf dem Land. Zu ihnen gehörten Umsiedler, ehemalige Landarbeiter und landlose Bauern. Die Neubauernwirtschaften waren zwar mit großem propagandistischem Aufwand geschaffen worden, ihre materielle Ausstattung war jedoch äußerst mangelhaft.¹³⁹ Es fehlte an Spannvieh und Zugmaschinen, an

133 Der brandenburgische Minister Heinrich Rau (KPD/SED) z.B. schrieb am 11.9.1947 an die SMA Brandenburg: »Die Enteignung [...] sollte im wesentlichen den Eigentümer feudalen junkerlichen Bodens treffen, während die Enteignung der so genannten Großbauern, die ihren Hof stets selbst bewirtschafteten und außerdem eine antifaschistische Einstellung auch während des Naziregimes beibehielten, stets von den beteiligten demokratischen Regierungsstellen als Härte und politisch schwer vertretbar angesehen wurde.«; BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 1525, Bl. 5.

134 KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 29.10.1945, S. 2).

135 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 668, Bl. 210.

136 Ebenda, Nr. 667, Bl. 109. Zu entsprechenden Vorgängen in der Prignitz s. Spix: Die Bodenreform in Brandenburg, S. 40f.

137 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 667, Bl. 109; s. auch ebenda, Nr. 668, Bl. 212.

138 Ebenda, Nr. 491, Bl. 34.

139 Vgl. Meinicke: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR, S. 64–70; Schöne: Frühling auf dem Lande?, S. 61; speziell für die Provinz Brandenburg: Bauerkämpfer: Das Neubauernbauprogramm im Land Brandenburg, S. 187f.; Pape: Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg, S. 118–121; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 168–171.

Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, an Saatgut, Dünger usw. Die Maschinenhöfe der VdgB konnten mit ihrer ebenfalls schwachen Ausstattung kaum Abhilfe schaffen. Ebensovienig vermochte ein innerzonaler Viehaustausch, den die SMAD im November 1945 anordnete, dem Viehmangel der Neubauernhöfe entgegenzuwirken. Im Kreis Zauch-Belzig besaßen laut einem Bericht des Landrats Mitte August 1946 noch immer 350 Neusiedler (von ca. 1750) kein einziges Stück Vieh.¹⁴⁰ Auch verfügte eine nicht unerhebliche Anzahl von Neubauern über höchst unzureichende Fachkenntnisse im Agrarwesen. Aufgrund der ungenügenden Ausstattung mit Betriebsmitteln ergaben sich ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse der Neusiedler zu besser ausgestatteten alteingesessenen Bauern.

Die prekäre Lage der neuen Landwirte war allenthalben von Beginn an ersichtlich. Der Zauch-Belziger Blockausschuss der Parteien beriet am 14. Dezember 1945 dringende Hilfsmaßnahmen für die Neubauern. Es zeichneten sich bei der Diskussion drei Schwerpunkte ab: Wohnraumbeschaffung; Bereitstellung notwendiger landwirtschaftlicher Geräte; Beschaffung des erforderlichen Viehs, allein schon um genug Naturdünger zur Verfügung zu haben.¹⁴¹ Bereits eine Woche zuvor, am 7. Dezember 1945, hatte der Zentrale Blockausschuss in Berlin einen Aufruf zur Neubauernhilfe herausgegeben, der fast die gleichen Schwerpunkte setzte.¹⁴² Im Aufruf wurde vorrangig auf den Bau von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, die Viehbeschaffung und die finanzielle Unterstützung (Kredite, Steuernachlass) für die Neusiedler orientiert sowie auf die verstärkte Produktion landwirtschaftlicher Bedarfsgegenstände.

Der Landesblockausschuss Brandenburg beschloss seinerseits am 30. Januar 1946 eine Initiative zur Neubauernhilfe des Inhalts, lokale ökonomische Ressourcen zu mobilisieren und die Produktion landwirtschaftlicher Geräte durch regionale Industrie- und Handwerksbetriebe zu verstärken, vor allem aber die Altbauern, die meistens über eine erheblich bessere Ausstattung mit Betriebsmitteln verfügten, zur Solidarität mit den Neusiedlern zu bewegen.¹⁴³ Auch hatte das Präsidium der brandenburgischen Provinzialverwaltung am 20. November 1945 den Aufbau eines umfassenden Beratungsapparates für Neubauern angeordnet¹⁴⁴, was der Grundstein eines derartigen Beratungssystems SBZ-weit werden sollte.¹⁴⁵ Wirklich vorteilhaft für die neuen Landwirte war, dass ihnen 1946 bestimmte Ablieferungsnormen pflanzlicher und tierischer Produkte gesenkt wurden.¹⁴⁶

140 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 623, Bl. 282. Zum Viehmangel der Neubauernwirtschaften in der SBZ allgemein s. Bauerkämpfer: Problemdruck und Ressourcenverbrauch, S. 303f.

141 Vgl. BLHA, Rep. 331, Nr. 19, Bl. 108–111.

142 Abgedruckt in Suckut: Blockpolitik in der SBZ/DDR, S. 103–105; Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 215–218.

143 Spix: Die Bodenreform in Brandenburg, S. 69f. Die Entschließung des Landesblockausschusses ist abgedruckt in: Reinert: Protokolle des Landesblockausschusses, S. 26f. Zur Vorgeschichte der Entschließung s. Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd 1, S. 169f.

144 Die Anordnung wurde veröffentlicht in: Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Nr. 4 (1945), S. 75f.

145 Piskol u.a.: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande, S. 72.

146 Vgl. ebenda, S. 91f.

Die hektisch organisierten und improvisierten Sachleistungen von behördlicher Seite erwiesen sich hingegen als bei weitem nicht ausreichend.¹⁴⁷ Deshalb wurde der SMAD-Befehl Nr. 62 vom 25. Februar 1946 erlassen, der eine finanzielle Unterstützung durch zinsgünstige Kredite für Neusiedler ermöglichte.¹⁴⁸ Aber aufgrund des Währungsverfalls und des geringen Angebots an landwirtschaftlichen Geräten war finanzielle Hilfe kein wirksames Mittel.¹⁴⁹ Auch die Bautätigkeit der Neubauern blieb gering. Von der Möglichkeit, nunmehr günstige Baukredite aufzunehmen, wurde in der gesamten Sowjetischen Besatzungszone nur wenig Gebrauch gemacht. Viele Neubauern, insbesondere »Umsiedler«, waren weiterhin in ehemaligen Gutsgebäuden notdürftig untergebracht.¹⁵⁰ Im Kreis Zauch-Belzig etwa entstanden 1946 durch Erweiterungs- und Neubauten lediglich 86 Ställe und 25 Scheunen für Neusiedler.¹⁵¹

Um die Bautätigkeit doch noch anzuschieben, wurde 1947 eine Großkampagne ins Leben gerufen.¹⁵² Die Behörden gingen den Weg über die SMAD, um in Befehlsform Abänderungen zu erreichen. Nach inhaltlicher Vorarbeit durch die zonale Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft erließ die Militäradministration am 9. September 1947 den Befehl Nr. 209 »über die Errichtung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden für Neubauern«¹⁵³. In Brandenburg waren laut Befehl im Laufe der Jahre 1947/48 für Neubauern 10 000 Häuser zu errichten. Für die Baustoffgewinnung sollten Gutsgebäude, Ruinen herrenloser Häuser sowie zerstörte militärische Anlagen genutzt werden. Die Chefs der SMA der Länder bekamen den Auftrag, die Durchführung des Bauprogramms, für das fast die gesamte Baukapazität der SBZ zu arbeiten hatte, systematisch zu kontrollieren. Alle Teilbereiche des Programms, insbesondere die Materialgewinnung und -zuführung, sollten möglichst bis ins Detail zentralistisch gelenkt werden. Die verschiedenen Behörden und Organisationen wurden miteingebunden.¹⁵⁴

Ein umfassendes Bauprogramm für die Neusiedler war genauso ehrgeizig wie auch notwendig.¹⁵⁵ Das Programm krankte aber von Anfang an am allgegenwärtigen

147 Vgl. Bauerkämper: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 288.

148 Der Text des Befehls Nr. 62 ist abgedruckt in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 248f.

149 Bauerkämper: Das Neubauernbauprogramm im Land Brandenburg, S. 188; Spix: Die Bodenreform in Brandenburg, S. 69.

150 Piskol u.a.: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande, S. 72.

151 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 800, Bl. 123.

152 Zum Folgenden vgl. Bauerkämper: Das Neubauernbauprogramm im Land Brandenburg, S. 189f.; ders.: Problemdruck und Ressourcenverbrauch, S. 308f.; Meinicke: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR, S. 73–75; Pape: Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg, S. 121; Piskol u.a.: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande, S. 135f.

153 Der Text des Befehls Nr. 209 ist abgedruckt in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 493–495.

154 Siehe dazu Bauerkämper: Das Neubauernbauprogramm im Land Brandenburg, S. 190; Reinert/Urban: Die Rolle von Partei und Staat bei der Durchführung und Festigung der demokratischen Bodenreform, S. 54–92.

155 In Brandenburg wurde im Juli 1947 die Fehlmenge an ländlichen Gebäuden auf 63 028 Wohnhäuser, 71 420 Viehställe u. 69 637 Scheunen veranschlagt; Pape: Flüchtlinge und Vertriebene in

Baustoffmangel in der SBZ.¹⁵⁶ Dieser war auch Hauptursache dafür, dass im Kreis Zauch-Belzig die Bautätigkeit gemäß Befehl Nr. 209 nur schleppend anlief.¹⁵⁷ Um die Engpässe bei Materialien halbwegs auszugleichen, propagierten die SMAD und zentrale deutsche Behörden die »Naturbauweise«, insbesondere den Lehm- und Ziegelschuttbau.¹⁵⁸ Auch musste weisungsgemäß auf minderwertige Materialien zurückgegriffen werden. Die Folgen waren absehbar. Jedoch wurden Warnungen der Fachleute als »reaktionäre« Stimmen in den Wind geschlagen. In Götz hatte man 1947 mit der Errichtung einer Neubauern-Mustersiedlung begonnen. Aufgrund minderwertigen Baumaterials, insbesondere Schlammkalks aus der Zuckerfabrik Nauen, waren im Februar 1948 eine Reihe der dortigen Neubauerngebäude bereits akut einsturzgefährdet.¹⁵⁹

Nicht wenige der neuen Landwirte, die in Gutsgebäuden ein Unterkommen gefunden hatten, wollten sich nicht mit dem Gedanken anfreunden, ebendiese Gebäude erst abzureißen, um dann aus dem, was aus dem Abbruch irgendwie noch zu verwenden war, doch ziemlich behelfsmäßige Domizile zu schaffen. Selbst wenn ihnen Baumaterial angeboten wurde, hegten viele Neusiedler trotzdem kein Interesse, unter den Bedingungen des Bauprogramms Gehöfte zu errichten.¹⁶⁰ Am 28. Mai 1948 schrieb der Zauch-Belziger Kreiskommandant an den Landrat, nach seiner Kenntnis befänden sich nur 180 Neubauerngehöfte kreisweit im Bau. Die anderen Neubauern weigerten sich, trotz der vorhandenen Baumaterialien, die von der Landesregierung geliefert würden, zu bauen. Sie hofften immer noch, weiterhin in den Gebäuden wohnen zu können, die eigentlich für den öffentlichen Bedarf vorgesehen seien.¹⁶¹ Ähnliches beobachtete der Kreisbaumeister Riede. Er berichtete dem Kreistag, die Neubauern seien generell einer Bautätigkeit gegenüber abgeneigt.¹⁶² Landrat Sydow benannte – ebenfalls vor dem Kreistag – einen Beweggrund für dieses Verhalten: Eine Anzahl von Umsiedler-Neubauern glaube noch nicht an die endgültige Festsetzung der Oder-(Neiße-) Grenze.¹⁶³

Im Kreis Zauch-Belzig wurden dennoch laut amtlichen Angaben im Zuge des Befehls Nr. 209 in den Jahren 1947/48 durch Neu- und Erweiterungsbauten 503

der Provinz Mark Brandenburg, S. 120. Die Errichtung von Gebäuden auf den Neubauernhöfen bildete überhaupt die schwerwiegendste gesamtwirtschaftliche Belastung, die aus der Bodenreform resultierte; Bauerkämpfer: Problemdruck und Ressourcenverbrauch, S. 308.

156 Siehe Bauerkämpfer: Das Neubauernbauprogramm im Land Brandenburg, passim.

157 Zu Materialproblemen u. anderen Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Neubauernbauprogramms im Landkreis s. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 412–414.

158 Vgl. Bauerkämpfer: Problemdruck und Ressourcenverbrauch, S. 314.

159 Siehe BLHA, Rep. 206, Nr. 2745. Vgl. auch Bauerkämpfer: Das Neubauernbauprogramm im Land Brandenburg, S. 198.

160 Viele Neusiedler verfügten nur über ein geringes Eigenkapital, lehnten provisorische Bauten ab, widersetzten sich der von den Verwaltungen u. der SED propagierten Naturbauweise u. scheuten vor einer weiteren Verschuldung zurück; Bauerkämpfer: Das Neubauernbauprogramm im Land Brandenburg, S. 193.

161 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 95, Bl. 296.

162 Ebenda, Nr. 5, Bl. 412.

163 Ebenda, Bl. 414. Meinicke: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR, S. 74, schreibt hingegen, gerade die Vertriebenen unter den Neubauern versuchten die Möglichkeiten, die der Befehl 209 bot, voll auszuschöpfen.

Wohngebäude, 212 Ställe und 69 Scheunen errichtet.¹⁶⁴ Ein in der Tat beachtliches Ergebnis angesichts der obwaltenden Umstände, jedoch war damit der Bedarf längst noch nicht gestillt. Das Bodenreform-Bauprogramm lief auch 1949 im Kreis mit möglicher Intensität weiter. In jenem Jahr entstanden in Zauch-Belzig nochmals 138 Wohngebäude, 228 Ställe und 159 Scheunen für Neubauern, wobei es sich aber meistens um einfache Umbauten handelte. Doch auch danach errechnete man noch einen Überhang von 77 Wohnhäusern, 59 Ställen sowie 25 Scheunen, die auf den Neubauernhöfen fehlten. So wie im ganzen SBZ/DDR-Maßstab trug das Neubauernbauprogramm auch im Landkreis Zauch-Belzig zwar zu einer (bedingten) Konsolidierung der Neubauernhöfe bei, erfüllte indes auch hier nicht die hochgesteckten Erwartungen.¹⁶⁵ Die Planungen erwiesen sich als wirklichkeitsfremd, da ein akuter Ressourcenmangel herrschte. Zudem wurden von höheren Stellen immer wieder widersprüchliche Anweisungen gegeben, was zur Verwirrung auf den Bauplätzen führte.¹⁶⁶ »Und so konnte es nicht überraschen, dass die anspruchsvollen Pläne an den Realitäten der Nachkriegszeit scheiterten.«¹⁶⁷ Das Programm lief 1953 aus, mittlerweile stand die Kollektivierung, die Bildung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, im Mittelpunkt der SED-Agrarpolitik.¹⁶⁸

Obwohl der Baubefehl ökonomischen Ursachen entsprang, verfolgte er gleichzeitig ein politisches Ziel, nämlich die endgültige Zerschlagung des Gutscharakters landwirtschaftlicher Anlagen im Dorf.¹⁶⁹ Im Kreis Zauch-Belzig versuchten die deutschen Stellen, an der Spitze das Landratsamt, die Order zum Abriss intakter Gutsgebäude zu unterlaufen.¹⁷⁰ Schließlich befanden sich diese in öffentlicher Nutzung

164 Zum Folgenden vgl. die Angaben in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 800, Bl. 123.

165 Abgesehen davon verzögerte die Konzentration auf das Neubauernbauprogramm den Wiederaufbau der Städte in der SBZ/DDR erheblich.

166 Zu den verschiedenen Hindernissen bei der Umsetzung des Bauprogramms s. Bauerkämper: Das Neubauernbauprogramm im Land Brandenburg, S. 190–195; ders.: Problemdruck und Ressourcenverbrauch, S. 313–315.

167 Schöne: Frühling auf dem Lande?, S. 62.

168 Vgl. Bauerkämper: Problemdruck und Ressourcenverbrauch, S. 311–313.

169 Bauerkämper: Das Neubauernbauprogramm im Land Brandenburg, S. 197; ders.: Problemdruck und Ressourcenverbrauch, S. 315f.; ders.: Strukturumbuch ohne Mentalitätswandel, S. 80; Nehrig: Uckermarker Bauern in der Nachkriegszeit, S. 27. W. Ulbricht in einem Referat auf dem 2. SED-Parteitag (20.–24. September 1947): »Wir handeln so, daß der Großgrundbesitz vollständig aufgeteilt wird, damit es niemals wieder in Deutschland einen Großgrundbesitzer geben wird. Wo es notwendig ist, werden wir auch die Schlösser noch vollständig liquidieren, damit ja nichts mehr übrigbleibt und in zehn Jahren niemand mehr sagen kann: Dort hat früher unser gnädiger Herr gewohnt!«; Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, S. 187. Und die zentrale Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft vertrat die Auffassung, dass »ein Verschwinden des Schlosses aus dem Dorfbild erst als richtige Beendigung der Bodenreform« zu betrachten sei; Marquardt: Die Entdifferenzierung der Gesellschaftsordnung, S. 46.

170 Darin unterschieden sich die kommunalen Behörden in Zauch-Belzig offensichtlich nicht von denen in anderen SBZ-Gebieten. Marquardt: Die Entdifferenzierung der Gesellschaftsordnung, S. 46f., stellt z.B. fest, dass auch in Mecklenburg-Vorpommern die Abrissaktion auf passive Verschleppungstaktiken der Kreise u. Gemeinden stieß. In Brandenburg war das Landesamt für Denkmalpflege bemüht, zumindest die als kunst- u. kulturhistorisch wertvoll erachteten Gutshäuser zu erhalten; s. Bauerkämper: Das Neubauernbauprogramm im Land Brandenburg, S. 196f.

oder beherbergten Heimatvertriebene, für die es keine Ausweichquartiere gab. Die Kreiskommandantur zeigte jedoch keine Toleranz. Am 6. März 1948 drohte Wirtschaftsoffizier Major Mamrenko dem Landrat Sydow unmissverständlich:

Sämtliche Gutshäuser die laut Bodenreform enteignet wurden und zur Materialgewinnung für das Boden[reform]bauprogramm 209 vorgesehen sind, sind bis Ende März 1948 abzutragen, widrigenfalls sie von der Besatzungsmacht gesprengt werden. Die Einwohner sind sofort auszusiedeln und anderweitig unterzubringen und die Abtragung zu vollziehen.¹⁷¹

Die Kreisverwaltung musste sich fügen. So kam es, dass z.B. Gerätschaften von VdgB-Maschinenhöfen, die in Gutsgebäuden untergestellt waren, nunmehr unter freiem Himmel vor sich hinrosteten. Der Abriss von Gutsbaulichkeiten – in Brandenburg waren es bis Ende 1948 nahezu 2000 Gebäude¹⁷² – brachte jedenfalls das Neubauernbauprogramm nicht voran. Oftmals verstärkte der Abbruch intakter Anlagen die Probleme in den Dörfern, weil in den Gebäuden Flüchtlinge oder Sozialeinrichtungen untergebracht worden waren.¹⁷³

Welche unsinnige Folgen der Abriss-Aktionismus zeitigen konnte, sei exemplarisch am Schicksal des Gutshauses in Cammer geschildert.¹⁷⁴ Der Kreistag Zauch-Belzig hatte am 19. August 1947 beschlossen, an die Landesregierung die Bitte zu richten, das Schloss Cammer dem Kreis zur Nutzung als Altersheim zu überlassen. Die Landesregierung entsprach der Bitte und übergab das Gebäude am 29. Oktober 1947 dem Kreis. Sogleich wurde im November mit dem Aus- und Umbau begonnen. Die bisherigen Bewohner des Hauses quartierte man seit Dezember 1947 um. Am 1. Oktober 1948 war das Heim fertiggestellt und sollte am 15. des Monats mit den ersten Senioren belegt werden. Dann kam der Nackenschlag: Durch »vorgesetzte Dienststellen« erhielt die Kreisverwaltung am 14. Oktober und definitiv am 19. Oktober 1948 Nachricht davon, das Schloss Cammer solle abgerissen werden. Alle bisherigen Planungen, Investitionen und Baumaßnahmen waren damit umsonst. Ein konsternierter Landrat Sydow musste dem Kreistag berichten: »Wir haben sofort alle Schritte unternommen, um den Abriss zu verhindern. Unsere Bemühungen bei allen Dienststellen waren jedoch ohne Erfolg.«¹⁷⁵ Der Abriss des Gutshauses begann im Dezember 1948. Das vom Kreis eingebaute Material wurde, soweit möglich, sichergestellt. Die Baumaterialien waren zur Verwendung gemäß SMAD-Befehl Nr. 209 vorgesehen.

Die Neubauernbetriebe in der SBZ/DDR blieben trotz aller Unterstützungsmaßnahmen, und so sehr sich auch viele der neuen Landwirte mühten, wirtschaft-

171 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 95, Bl. 266. Bereits Ende Januar 1948 hatte die SMA Brandenburg generell kritisiert, dass die Gewinnung von Baustoffen aus Gutsgebäuden nicht vorangetrieben werde; Bauerkämper: Das Neubauernbauprogramm im Land Brandenburg, S. 196.

172 Bauerkämper: Strukturumbruch ohne Mentalitätswandel, S. 80.

173 Schöne: Frühling auf dem Lande?, S. 62.

174 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 219f.u. Bl. 426; ebenda., Nr. 615, Bl. 54.

175 Ebenda, Nr. 5, Bl. 426.

lich fragil.¹⁷⁶ Als Folge dessen war eine regelrechte Landflucht zu beobachten.¹⁷⁷ SBZ-weit gaben bis zum 1. Mai 1947 von den rund 210 000 Neubauern 10 400 ihr Land zurück.¹⁷⁸ Bis Ende 1949 wurden insgesamt 31 290 Neubauernwirtschaften zurückgegeben.¹⁷⁹ Und bis zum Ende des Jahres 1951 addierten sich die Betriebsaufgaben auf mehr als 67 000, womit bereits 22,9% der Siedler ihre Betriebe wieder verlassen hatten.¹⁸⁰ Im Land Brandenburg waren am 1. Juli 1951 insgesamt 2870 Neubauernstellen mit einer Wirtschaftsfläche von 22 754 ha verlassen.¹⁸¹ Diese Zahl steigerte sich bis Ende Dezember 1951 auf 2906 Neubauernhöfe mit ca. 23 500 ha Fläche.¹⁸²

Im Kreis Zauch-Belzig sank die Zahl der Neubauernbetriebe (ohne vormalige Kleinpächter und Kleinstbetriebe) von rund 1750 im Herbst 1946 auf knapp 1600 im Jahre 1950¹⁸³, verminderte sich also um über acht Prozent. Die Aufgabe von Neubauernstellen machte sich auch darin bemerkbar, dass sich die Zahl der selbständigen Landwirte und mithelfender Familienmitglieder im Landkreis von 20 233 im Dezember 1947 auf 17 456 im Dezember 1949 verminderte.¹⁸⁴ Die Abwanderung ging Anfang der 1950er Jahre weiter. In einem Bericht des Zauch-Belziger Informationsdienstes vom September 1950 hieß es: »Aus allen Teilen des Kreises kommen Nachrichten, daß Neubauern ihre Siedlungen aufgeben wollen, um wieder in die Städte, in die Industrie usw. abzuwandern.«¹⁸⁵ Im Frühjahr 1950 standen z.B. in Wiesenburg 14 verlassene Neubauernstellen zur Neuvergabe.¹⁸⁶ In Caputh waren 1952 insgesamt 21 Neubauernstellen unbesetzt.¹⁸⁷

Die Provinzialverwaltung Mark Brandenburg hatte im Frühjahr 1946 untersagt, die durch Abwanderung frei gewordenen Siedlerstellen unter den übrigen Siedlern aufzuteilen.¹⁸⁸ Jedoch konnten im Laufe der Jahre die verlassene Neusiedlerstellen

176 Zum Beispiel verfügte im Land Brandenburg Anfang der Jahres 1950 laut Statistik noch nicht einmal jeder Neubauer über eine Milchkuh u. nur jeder zweite Neubauer besaß ein Pferd; s. Stöckigt: Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform, S. 269.

177 Einzelne Neubauern, die überaus unzureichend mit Betriebsmitteln ausgestattet waren oder nicht über die zur Bewirtschaftung notwendige Fachkenntnis verfügten, hatten ihre Höfe schon nach wenigen Wochen aufgegeben; Bauerkämper: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 287.

178 Biskol u.a.: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande, S. 107.

179 Bauerkämper: Problemdruck und Ressourcenverbrauch, S. 320. Siehe auch Meinicke: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR, S. 83.

180 Bauerkämper: Die Sozialgeschichte der DDR, S. 32; Schöne: Frühling auf dem Lande?, S. 63.

181 Bauerkämper: Das Neubauernbauprogramm im Land Brandenburg, S. 201.

182 Bauerkämper: Die Neubauern in der SBZ/DDR 1945–1952, S. 124.

183 Errechnet nach den Angaben in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 111f. u. ebenda, Nr. 491, Bl. 32.

184 Siehe ebenda, Bl. 240–242.

185 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 96.

186 BLHA, Rep. 208, Nr. 2198, Bl. 177.

187 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 789, Bl. 31f. 1951 wurden knapp 39 ha unbestellte landwirtschaftliche Nutzfläche, die wohl zu verlassenen Neubauernstellen gehörte, dem VEG Schmergow angeschlossen; BLHA, Rep. 208, Nr. 2378, Bl. 6.

188 Siehe Spix: Die Bodenreform in Brandenburg, S. 57.

nicht mehr durchgängig wiederbesetzt werden.¹⁸⁹ Die freibleibenden Stellen und Flächen wurden in der Regel an Klein- bzw. andere Neubauernhöfe aufgeteilt oder an staatliche Güter zur Nutzung übergeben.¹⁹⁰

Seitens der Altbauern schlug den Neusiedlern oftmals ein ablehnendes Verhalten entgegen.¹⁹¹ Die Gründe dafür waren sowohl kultureller als auch ökonomischer Natur.¹⁹² Kulturelle Gegensätze erwuchsen etwa aus dem Umstand, dass sich unter den »Umsiedler«-Neubauern, die im traditionell evangelisch geprägten Brandenburg angesetzt wurden, überdurchschnittlich viele Katholiken befanden. Die Vertriebenen, die fremde Dialekte sprachen und teilweise andere Sitten und Gebräuche hatten, galten oft bei der alteingesessenen Bevölkerung in den Dörfern als Fremdkörper. Im Ansehen der Dorfbevölkerung waren diese Neubauern noch jahrelang keine eigentlichen Bauern, sondern blieben weiterhin die »Flüchtlinge«, die nichts besaßen.¹⁹³ Die ökonomischen Vergünstigungen für Neusiedler sorgten zudem für massiven Groll bei den Altbauern. Jene bezweifelten auch – und das teilweise zu Recht – die landwirtschaftlichen Fähigkeiten der Neubauern.

Vorurteile gegen Neubauern hegten sogar Personen, bei denen sich aufgrund ihrer Stellung und Funktion solche Engstirnigkeiten eigentlich hätten verbieten müssen; so z.B. Ernst Makeprange, seines Zeichens Zauch-Belziger Kreisrat für Landwirtschaft, Funktionär der Bauernpartei, Mitglied der DDR-Volkskammer – und selbst Neubauer!¹⁹⁴ 1951 kam es auf einer Versammlung im Haveldorf Gollwitz zu einer hitzigen Debatte zwischen ihm und der anwesenden Bauernschaft. Als ein Neusiedler erläuterte, mit welchen Schwierigkeiten er zu kämpfen habe und dass er diese wohl nicht meistern könne, entgegnete Makeprange polternd, die Neubauern seien einfach nur faul. Die Entgleisung schlug gehörig Wellen. Nach einer Untersuchung der Angelegenheit sah man sich seitens des Landkreises genötigt, Makeprange als für Landwirtschaft zuständigen Kreisrat abzulösen.

189 Hierbei spielte eine Rolle, dass mit dem allmählichen Aufschwung in der Industrie u. der allgemeinen Verbesserung der Versorgungslage 1949/50 eine Abwanderung – vor allem von Jugendlichen – in die Städte einsetzte; Meinicke: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR, S. 83.

190 Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 448f.

191 Zum Folgenden vgl. Bauerkämper: Auf dem Wege zum »Sozialismus auf dem Lande«, S. 251; ders.: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 289f.; ders.: Die Neubauern in der SBZ/DDR 1945–1952, S. 110 u. 125; ders.: Strukturumbruch ohne Mentalitätswandel, S. 81f.; Meinicke: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 147; Spix: Die Bodenreform in Brandenburg, S. 70–72.

192 Die Altbauern beschwerten sich z.B. bei den Behörden darüber, dass die Neubauern nicht wirtschaften könnten u. nachts bei den Altbauern klaten, während die Neubauern sich beklagten, dass die Altbauern sie nicht akzeptierten u. ihnen nicht helfen wollten; Osmond: Kontinuität und Konflikt in der Landwirtschaft der SBZ/DDR, S. 146f.

193 Meinicke: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 147.

194 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 630, passim.

195 Die folgenden Angaben sind errechnet anhand von Daten in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 26f. u. Bl. 110; Dokumente zur demokratischen Bodenreform im Land Brandenburg, S. 61.

Besitz- und wirtschaftliche Verhältnisse nach den Enteignungen

Infolge der Bodenreform gewannen die klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften in Zauch-Belzig endgültig die Überhand.¹⁹⁵ Die Höfe mit Größen zwischen 5 bis 20 Hektar verfügten nach den Besitzumstrukturierungen über mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Kreises. Ihre Zahl stieg von 1946 bis 1950 um mehr als 900 auf ca. 4500 Betriebe. Im gleichen Zeitraum verringerte sich hingegen die Anzahl der Großbauern um über ein Viertel auf 637, die nur noch 26% der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Kreis bewirtschafteten. Die Schaffung von Miniparzellen bewirkte eine Zunahme der Kleinst- und Nebenerwerbsbetriebe in Zauch-Belzig um 29% auf rund 9000 im Jahr 1950, welche immerhin über 19% des hiesigen landwirtschaftlich genutzten Grund und Bodens verfügten. Die weiterbestehenden fünf Güter des Kreises waren mit zwei Prozent Anteil an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche fast zu einer Randerscheinung marginalisiert. Insgesamt hatte sich die Zahl der landwirtschaftlichen Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe im Kreis um knapp 24% von rund 11 400 auf ca. 14 100 vermehrt. Aufgeschlüsselt nach Größenklassen (nur die landwirtschaftliche Nutzfläche berücksichtigt!) ergaben sich die in Tabelle 2 angezeigten Zahlen für die Zauch-Belziger Agrarbetriebe Anfang des Jahres 1950.¹⁹⁶

Die Viehbestände im Landkreis konnten in den Nachkriegsjahren stetig erhöht werden. Dafür sorgte u.a. der innerzonale Viehausgleich, aber auch die Einfuhr von Tieren über die Zonengrenze hinweg.¹⁹⁷ Besonders für das Jahr 1949 war ein merklicher Anstieg der Bestände im Kreis zu verzeichnen, als sich durch eine neue Ablieferungsverordnung der Deutschen Wirtschaftskommission viele Großbauern gezwungen sahen, mehr Tiere als zuvor zu halten. Hierzu eine Übersicht¹⁹⁸ in Tabelle 3.

Trotz der allgemein aufsteigenden Tendenz¹⁹⁹ erreichten die Tierbestände in Zauch-Belzig bis 1950 also nicht die Vorkriegszahlen. Dies wirkte sich u.a. misslich in Bezug auf die Menge des verfügbaren Naturdüngers aus. Es waren immer wieder Unwägbarkeiten zu überwinden. Im April 1948 regte sich z.B. der Unwillen der Zauch-Belziger Bauern wegen des zunehmenden Abtransports von Heu aus dem Kreis nach Sachsen, wodurch es vielen Höfen an der nötigen Futtergrundlage mangelte. Dazu kam, dass das im Austausch für das Heu aus Sachsen gelieferte Vieh sich häufig in schlechtem Zustande befand und nicht selten verendete.²⁰⁰

196 Nach BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 26f.u. Bl. 110.

197 Im November u. Dezember 1946 wurden Tiere aus der britischen Besatzungszone in die Provinz Brandenburg eingeführt; Nehrig: Uckermärker Bauern in der Nachkriegszeit, S. 22.

198 Nach BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 99.

199 Die Steigerung des Rinderbestandes 1948 im Kreis im Vergleich zu 1947 war dem SBZ-Trend entgegengesetzt, denn 1948 gingen die Kuhbestände in der Zone eigentlich generell zurück. SBZ-weit wirkten sich nämlich noch die Witterungsunbilden des Jahres 1947 aus, in welchem viele Bauern der dürrgeschädigten Gebiete Vieh als Äquivalent für Feldfrüchte abgeliefert hatten. Auch machte sich die schlechte Futtergrundlage noch bemerkbar; vgl. Piskol (u.a.): Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande, S. 149.

200 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 206. Zu Mängeln im innerzonalen Viehausgleich s. auch Piskol u.a.: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande, S. 114.

Tabelle 2

Die Zauch-Belziger Agrar-
betriebe Anfang des Jahres 1950,
ausgeschlüsselt nach Größenklassen

Größenklasse	Anzahl der Betriebe	landwirtschaftliche Nutz- fläche
unter 0,5 ha	1371	270 ha
0,5 bis 5 ha	7629	15 133 ha
5 bis 10 ha	3070	22 472 ha
10 bis 20 ha	1430	20 022 ha
20 bis 50 ha	592	18 357 ha
50 bis 100 ha	45	2700 ha
über 100 ha	5	1714 ha

Tabelle 3

Die Entwicklung der Viehbestände im
Kreis Zauch-Belzig im Überblick

	1938	1947	1948	1949
Pferde	12 451	9967	9644	9835
Rinder	46 700	37 018	39 549	45 977
Schweine	77 777	29 878	35 868	52 599
Schafe	4440	2607	2818	4180
Hühner	257 852	170 256	174 929	213 344

Große Schwierigkeiten bereitete die Beschaffung von Pferden. Da der Bedarf des Kreises nicht innerhalb der SBZ zu befriedigen war, genehmigte die SMAD-Zentrale in Berlin-Karlshorst im Juli 1946 einem Viehhändler aus Langerwisch, in der britischen Zone, und zwar in Unna/Westfalen, Pferde für Zauch-Belzig aufzukaufen. Landrat Sydow wies die Bereitstellung von Kraftstoff für den Transport an.²⁰¹ Mitunter wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht Pferde bezogen. So verkaufte die Kreiskommandantur im Frühjahr 1947 mehrere Tiere aus Beständen der Roten Armee an Bauern.²⁰² Im Oktober desselben Jahres erklärte Landrat Sydow sein Einverständnis zu einem Tauschgeschäft mit der Verwaltung der Sowjetischen Aktiengesellschaften, bei dem Schlachtvieh aus dem Kreis gegen Pferde eingetauscht werden sollten.²⁰³ Im Jahr 1949 hatte sich indessen im Vergleich zu 1947 der Pferdebestand im Kreis wiederum verringert. Der dadurch verursachte Engpass an Zugkräften konnte nur im gewissen Maße durch Traktoren beseitigt werden. Deren Bestand in der Zauch-Belziger Landwirtschaft war von knapp 200 im Jahre 1946 bis Anfang 1949 lediglich auf 262 gestiegen.²⁰⁴ Damit kamen rechnerisch auf einen Traktor rund 210 Hektar Ackerfläche. Die Anzahl an Mäh-, Dresch- und Drillmaschinen war im Zeitraum von 1946 bis Anfang 1949 sogar kreisweit rückläufig.²⁰⁵ Seit 1950 machten sich andererseits das Anlaufen der DDR-Traktorenproduktion und Schlepperlieferungen aus der Sowjetunion bemerkbar. Ende des Jahres 1950 zählte man im Landkreis dann bereits 341 Traktoren im Besitz von Privatleuten, von Maschinenausleihstationen,

201 Siehe BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 623, Bl. 332–334 u. Bl. 282.

202 Ebenda, Nr. 100, Bl. 26.

203 Ebenda, Nr. 623, Bl. 273.

204 Vgl. ebenda, Nr. 81, Bl. 99.

205 Vgl. ebenda.

der staatlichen Güter, kommunaler Betrieben sowie von Privatunternehmen, die gewerbsmäßig Maschinen verliehen.²⁰⁶

Im Vergleich zu anderen märkischen Kreisen konnte sich die Landwirtschaft in Zauch-Belzig in den Nachkriegsjahren aufgrund der etwas besseren Ausgangslage zügiger erholen. Auch wirkten die überstürzten Besitz- und Strukturveränderungen im Zuge der Bodenreform hier nicht gar so desorganisierend wie in vielen Teilen Brandenburgs. Die von der SMAD herausgegebene Zeitung »Tägliche Rundschau« pries im November 1946 mit dem Artikel »Einer der wirtschaftlich stärksten Kreise der Provinz Brandenburg« den Landkreis Zauch-Belzig, der sich nach einem Jahr Aufbauarbeit wieder zu einem beträchtlichen Überschussgebiet der agrarischen Produktion gemauert habe und vor allem die Stadtkreise Potsdam und Brandenburg beliefern.²⁰⁷ Anfang Januar 1948 zeichnete die Landesregierung Brandenburg Landrat Sydow und dessen Mitarbeiterstab aus, weil Zauch-Belzig zu den besten fünf Kreisen der Mark bei der Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Jahr 1947 gehörte.²⁰⁸ Doch trotz unermüdlicher Arbeit der Masse der Landwirte sowie des persönlichen Einsatzes von Mitarbeitern der Gemeindeverwaltungen und des Landratsamtes, trotz des anwachsenden Maschinenparks hatte die Agrarwirtschaft des Kreises bis 1950 (also bis der Kreis durch Gebietsabgabe seine alte Form einbüßte) immer noch nicht den Leistungsstand vom Jahr 1938 wieder erreicht.²⁰⁹ Dabei waren im Kreis durch die stark gewachsene Einwohnerzahl einerseits mehr potentielle Arbeitskräfte vorhanden, andererseits waren Zehntausende Leute mehr mit landwirtschaftlichen Produkten zu versorgen.

Hilfe erhielt die Landwirtschaft in Zauch-Belzig und in anderen Kreisen auch von Seiten der Besatzungsmacht, insbesondere in Form von Kraft- und Betriebsstofflieferungen.²¹⁰ Die Einmischung von Sowjetoffizieren in agrarische Belange war hingegen oftmals fragwürdig. Bei den Landwirtschafts-Offizieren der Zauch-Belziger Kreiskommandantur handelte es sich anscheinend um Agrarfachleute – aber eben für die Landwirtschaft in den Weiten russisch-sowjetischer Landstriche. Die klimatischen und ökonomischen Bedingungen in Deutschland waren für sie fremd. Auch übten sie sich oft genug in einem unsinnigen, starren Dirigismus. Die Kreiskommandantur befahl z.B. am 19. Juli 1946 aus dem Nichts heraus, die Getreideernte in Zauch-Belzig habe bis zum 28. des Monats voll beendet zu sein²¹¹,

206 Vgl. BLHA, Rep. 202 E, Nr. 59.

207 Tägliche Rundschau vom 26.11.1946.

208 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 218, Bl. 143.

209 Dies musste auch das Landratsamt Anfang 1950 bilanzieren; s. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 113. Der Zweijahresplan für die SBZ/DDR 1949/50 hatte als Ziel für die Agrarwirtschaft vorgegeben, sowohl bei der Anbaufläche wie auch bei den Erträgen wieder das Vorkriegsniveau zu erreichen. Was die Erträge betrifft, wurde dieses Ziel nicht nur im Land Brandenburg verfehlt; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 527.

210 Die Besatzungsverwaltung stellte notleidenden Neubauern in der SBZ ebenso Saatgut und Geräte aus eigenen Beständen zur Verfügung; Bauerkämper: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 267f.

211 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 623, Bl. 169.

egal, wie die Witterung in den Tagen dieser Zeitspanne sein würde. Die deutschen Stellen wussten selbstverständlich, dass der befehlsgemäße Termin unrealistisch war, mussten aber – um Sanktionen der Besatzungsmacht zu vermeiden – alle möglichen Aktivitäten zur Einhaltung des Termins vorschützen. Der Dirigismus der Sowjets in landwirtschaftlichen Angelegenheiten wurde von der Bevölkerung des Kreises parodiert. Folgender Spruch kursierte: »Baumblüte muss auf Befehl der Besatzungsbehörden am 20. April beendet sein. Bienenvölker haben am 15. April bis 9 Uhr morgens auszufliegen.«²¹²

»Damoklesschwert« Ablieferungssoll

In der SBZ/DDR war jeder einzelne Bauer verpflichtet, bestimmtes Sollmengen an pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen abzuliefern.²¹³ Was er anzupflanzen hatte, richtete sich hauptsächlich nach einem Anbauplan. Seine über das Soll hinausgehenden Produkte, »freie Spitzen« genannt, durfte der Bauer auf dem freien Markt verkaufen. Anbauplan und Ablieferungssoll, von den Besatzungsbehörden und den deutschen Stellen vorgegeben, orientierten sich allerdings weniger an den tatsächlichen Produktionsmöglichkeiten der Landwirte als am Bedarf der vor allem städtischen Konsumenten. Bei der Festsetzung (»Differenzierung«) der Ablieferungsquoten berücksichtigte man zwar die Größe der einzelnen Betriebe, aber faktisch weder die Wirtschaftskraft und ihre Ausstattung mit Betriebsmitteln noch das Problem, ob sich aufgrund der Bodenqualität das entsprechende Produkt überhaupt in der geplanten Menge anbauen lasse. In der Realität wurden Quoten oftmals für mehrere Regionen bestimmt, mit der Folge, dass eine Region mit weniger leistungsfähigen Kleinbauern ebensoviel abliefern musste wie eine Region mit größeren landwirtschaftlichen Betrieben. Die Auswirkungen dieses Schematismus waren katastrophal. Der Masse der Neubauern und vielen alteingesessenen Kleinbauern blieben in der Regel keine »freien Spitzen« für den freien Markt. Damit arbeiteten sie automatisch nicht kostendeckend, denn der Aufkauf (die »Erfassung«) ihrer Sollmengen erfolgte zu den Festpreisen des Jahres 1944.

Die Witterung zeigte sich in den Nachkriegsjahren oftmals ungünstig. Unter anderem war die SBZ 1946 und 1947 von einer starken Trockenheit betroffen. So sah sich sogar die SMA Brandenburg im Dezember 1946 genötigt, den Zauch-Belziger Bauern wegen Witterungsschäden Teile des Solls zu erlassen.²¹⁴ Wie sich ein enormes Ablieferungssoll in Verbindung mit Wetterunbilden auswirken konnte, zeigte sich drastisch im Jahr 1947, als nach Abzug der Sollmengen die Futterbasis für das Vieh im Landkreis akut gefährdet war. Die Agrarabteilung des Landratsamtes warnte damals eindringlich: »Die Pferde fallen vor Hunger um.«²¹⁵

212 Ebenda, Nr. 667, Bl. 148 Rs.

213 Zum Folgenden vgl. Herferth: Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf, S. 23; Piskol u.a.: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande, S. 92 u. 107; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 200f.; Spix: Die Bodenreform in Brandenburg, S. 75.

214 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 217, Bl. 147f.

215 Ebenda, Nr. 623, Bl. 106.

Wenn ein Bauer es nicht vermochte, die ihm auferlegte Menge eines bestimmten Produkt abzuliefern, blieb ihm nur der Ausweg, zur Kompensation andere Erzeugnisse abzugeben. In Zauch-Belzig war es normal, dass die hiesigen Landwirte ihr Getreidesoll nicht erfüllen konnten, wofür sie dann größere Mengen an Kartoffeln oder Fleisch ablieferten.²¹⁶ Daneben nutzten sie die Möglichkeit, Überschüsse untereinander auszutauschen. Zum Beispiel suchte ein Bauer, der über reichlich Milchreserven verfügte, jedoch Schwierigkeiten beim Fleischsoll hatte, einen Tauschpartner, dem es an Milch mangelte, der aber überschüssig Schlachtvieh besaß.²¹⁷

Verständlicherweise trachtete der Landwirt danach, seine drückenden Soll-Lasten zu mindern. Da die abzuliefernden Mengen auf Grundlage der Betriebsflächen festgesetzt wurden, versuchte man bäuerlicherseits immer mal wieder, Flächen zu »verheimlichen« oder anderweitig der Veranschlagung zu entziehen.²¹⁸ Im Oktober 1947 berichtete Landrat Sydow an die Landesregierung, bei ihm gingen laufend Anträge ein, Ackerflächen aufzuforsten, um die Flächen schlechtester Bodenqualität aus der Sollberechnung herauszubekommen.²¹⁹ Auch wurden Getreidevorräte versteckt²²⁰, falsche Angaben über Viehbestände gemacht. Bei Viehkontrollen im Landkreis vom Mai bis Juli 1948 stellte sich heraus, dass von den 9455 überprüften Bauernwirtschaften 1238 (= 13,1%) ihre Bestände falsch angegeben hatten.²²¹

Ein Mitarbeiter des Landratsamtes urteilte: »Der Bauer, der seiner Ablieferungspflicht nachkommen muss, die hart an der Grenze der Produktion liegt, glaubt, dass durch die Ablieferung seine Ernährung nicht mehr gesichert wäre. [...] Die Tatsachen der Hamsterei beweisen allerdings das Gegenteil.«²²² Diese Einschätzung war zweifellos tendenziös. Der Verkauf landwirtschaftlicher Produkte an Hamsterer, von der Polizei nie wirklich unterbunden, und der Schwarzhandel stellten zwar generell ein Problem dar. Insbesondere nach der Währungsreform, der Einführung

216 Am 25.8.1948 informierte die Abteilung Handel u. Versorgung des Landratsamtes den Chef-Ökonom der Kreiskommandantur darüber, dass bei der Erfassung im Frühjahr des Jahres Vieh auf die Erfüllung von Getreide abgenommen wurde, um Schuldner vor dem wirtschaftlichen Ruin zu schützen; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 218, Bl. 43.

217 Ein Beispiel: Im Januar 1951 hatte ein Bauer aus Krielow einen Soll-Rückstand in Rindfleisch von 2 Doppelzentnern, in Schweinefleisch von 14,12 Doppelzentnern, in Milch von 6238 Litern u. in Eiern von 3880 Stück. Das Manko an Milch u. Eier wollte er mit Ölsaaten abdecken. Für das Rind- u. Schweinefleisch war ihm, weil er nur Zuchtvieh im Stall hatte, nichts weiter übrig geblieben, als 3 tragende und 2 nicht tragende Färsen dem Lehr- und Forschungsgut Gr. Kreuz abzugeben. Das Forschungsgut gab für die Färsen Schweinefleisch so weit vorhanden, für den Rest Rindfleisch; s. BLHA, Rep. 202 D, Nr. 181 (Zauch-Belzig, Protokoll vom 6.1.1951).

218 In Kemnitz (bei Werder/Havel) war es z.B. der Sohn des Bürgermeisters, der durch geschickte Manipulationen in der Buchführung der Bürgermeisterei die tatsächliche Flächeneinteilung im Dorf nach der Bodenreform verheimlichte, so dass das Abgabesoll der Bauern geringer ausfiel; Angelow: Geschichte und Landschaft, S. 90.

219 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 623, Bl. 86.

220 Im Jahr 1948 machte man seitens des Landratsamtes die Erfahrung, dass in jenem Jahr infolge von drohender Strafverfolgung bei weitem nicht soviel Getreide versteckt wurde wie 1947; vgl. ebenda, Nr. 218, Bl. 91.

221 Ebenda, Bl. 232.

222 Ebenda, Nr. 103, Bl. 41.

der »Westmark«, blühte die lukrative Lebensmittelschieberei in die Westsektoren Berlins. Und auch der CDU-Kreisverband Zauch-Belzig ließ im November 1947 in einem Rundschreiben verlauten:

Die Bürgermeister und auch die Ortsgruppenleiter der Parteien sind bestrebt, sich das Wohlwollen ihrer Gemeindemitglieder zu erhalten. Dadurch werden sie weich und greifen nicht genügend durch. [...] Der Bauer muß davon überzeugt werden, daß wenn die anderen sterben, er auch sterben muß.²²³

Aber die Mehrheit der Landwirte ließ sich zweifellos nicht aus Habgier, sondern aus purer Not auf »krumme Touren« ein. Angesichts des drückenden Solls sahen sie darin die einzige Möglichkeit, ihr Überleben zu sichern. Laut einem Bericht des Zauch-Belziger Informationsdienstes vom Herbst 1948 hatte ein Bauer aus Beelitz seine prekäre Situation so geschildert:

Mein Soll in Getreide habe ich erfüllt. Aber wie wir nun weiter leben sollen, weiß ich noch nicht. Das Abgabesoll ist zu hoch. Ich habe mich bisher dafür eingesetzt, mein Abgabesoll zu erfüllen, ohne dass man mich dazu zwang. Wenn ich die Gebäude meiner Nachbarn ansehe, wo Ställe und Scheunen ebenfalls bis auf die Grundmauern zerstört waren, aber [sie] heute schon wieder neue Häuser und Scheunen haben, ist es mir klar, dass sie den Wiederaufbau nur durch den Schwarzhandel durchführen konnten. Es ist mir nicht mehr möglich, ehrlich zu bleiben, wenn man wieder aufbauen möchte. Hilfe ist von keiner Seite zu erwarten. Man muss sich eben selbst helfen und diesen Weg werde ich jetzt beschreiten.²²⁴

Eine Aufstellung säumiger Milch-Ablieferer in der Gemeinde Lütte vom Juli 1947 gibt einen Eindruck von der Misere: In Rückstand waren demnach 62 Landwirte, d.h. rund die Hälfte aller Höfe des Dorfes; behördlicherseits urteilte man, dass von den 62 Landwirten sechs aus »Gleichgültigkeit« säumig seien, zwei aus »Sturheit«, fünf wegen Unfähigkeit oder schlechter Wirtschaftsführung, und neun allein aus »Armut«.²²⁵

Weil sich das Agrarwesen in Zauch-Belzig trotz allem besser als in anderen Landstrichen entwickelte, glaubte man an höherer Stelle, den Landkreis mit Sollvorgaben stärker belasten zu können und auch zu müssen. Dies erregte freilich in all den Nachkriegsjahren immer wieder den Unmut und Widerspruch der hiesigen Verwaltungen, die für die Eintreibung der Sollmengen hauptverantwortlich waren²²⁶, sowie der Parteien und Organisationen. Hierfür ist eine Reihe von Beispielen überliefert. Unter anderem fasste der Zauch-Belziger Kreistag am 14. Februar 1947 eine kritische Resolution bezüglich des Anbauplans für die Frühjahrsbestellung 1947. Der Plan sah vor, im Vergleich zu 1946 rund 54% mehr Zuckerrüben und 17% mehr

223 Ebenda, Nr. 217, Bl. 11.

224 Ebenda, Nr. 172, Bl. 91.

225 Vgl. ebenda, Nr. 217, Bl. 97f.

226 Landrat Sydow am 11.11.1947: »Andererseits trage ich trotz aller Ernteminderungen infolge ungünstiger Witterung, Naturkatastrophen, und zu hohe Einstufung des Kreises in die Abgabegenormen die volle Verantwortung für die 100%ige Erfüllung des Abgabesolls.«; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 217, Bl. 14.

Gemüse im Kreis anzubauen. Nach Auffassung der Kreistagsabgeordneten entsprach dies in keiner Weise den Bodenverhältnissen des Kreises, weshalb sie eindringlich darum baten, den Plan abzuändern.²²⁷

Besonders im Jahr 1948 ächzte das Agrarwesen im Landkreis unter der Last der Pflichtablieferungen. Dementsprechend scharf waren die Meinungsäußerungen. Der VdgB-Funktionär Bartels erklärte im Juli 1948 vor Mitgliedern des SED-Kreisvorstandes:

Wir sind seit 1946 Sturm gelaufen gegen die Differenzierung der Kreise. Wir haben bei der letzten Tagung in Potsdam sogar bewiesen, dass wir durch die Provinzial-Differenzierung fast bis zum Ruin des Kreises in der Landwirtschaft gekommen sind. Bei uns steht heute fest, wenn wir in diesem Jahr unser Ablieferungssoll abliefern müssen, gehen 80% unserer Landwirte vor die Hunde.«²²⁸

Die Landesregierung müsse, meinte Bartels, eine erträgliche Norm setzen; sie habe aber nichts getan, um den Kreis auf einem einigermaßen gesunden Stand zu halten. »Es wurde vielmehr danach hingearbeitet, unser Abgabesoll [...] ständig zu erhöhen.«²²⁹ Im Oktober 1948 warnte Kreisrat Bauer den Landrat Sydow, die Erfassungsarbeit im Kreis sei schon seit drei Jahren auf eine falsche Bahn gelenkt worden. 1946/47 seien nur 80% des Solls in natura erfüllt worden, 1947/48 gar nur 74,1%. Der Kreis sei in eine zu hohe Abgabenstufe gesetzt worden. »Diese 3jährige falsche Einstufung bedingt auch eine falsche Ausbeutung des Bodens, die zu guter letzt zur Katastrophe geführt hat.«²³⁰ Wenn für 1948/49 keine Änderungen durch Landesregierung und DWK erfolge, bräche der Kreis zusammen, so die – sicherlich bewusst überzogene – These Bauers.²³¹ Und auch der noch junge Kreisverband der Bauernpartei erhob seine Stimme, nicht zuletzt, um sich den Landwirten als Sachwalter ihrer Angelegenheiten anzubieten. Anfang November 1948 ließ der DBD-Kreisvorstand verlauten, in diesem Jahr sei man im Kreis an die Erfassungsarbeit mit der festen Überzeugung gegangen, das Soll in reinem Getreide sowieso nicht zu schaffen. Jeder Bauer habe an irgendeine Nachdifferenzierung oder Hilfe von höherer Stelle geglaubt. Scharfe Maßnahmen seien nicht notwendig, wenn an den Bauern nur Forderungen gestellt würden, die er der Ernte entsprechend bei gutem Willen und Verantwortung der Volksernährung gegenüber erfüllen könne, ohne die ordnungsgemäße Weiterführung seines Betriebes zu gefährden.²³²

Das häufige Brodeln innerhalb der Bauernschaft war nicht zu überhören. Im Herbst 1946 etwa kochte die Volksseele, weil im Kreis das Getreidesoll, das bedeutend höher lag als 1945²³³, rigoros eingetrieben worden war.²³⁴ Ebenso verfuhr man bei

227 Ebenda, Bl. 136.

228 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 3, Bl. 79.

229 Ebenda.

230 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 218, Bl. 85.

231 Ebenda.

232 Ebenda, Bl. 138.

233 Siehe dazu Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 211.

234 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 217, Bl. 141.

der Erfassung im folgenden Jahr. Ende September 1947 hieß es in einem internen Bericht des Zauch-Belziger Informationsdienstes, die Stimmung der Bevölkerung im Kreis habe »einen Tiefstand erreicht, der bisher noch nicht zu verzeichnen war.«²³⁵ Die Kreisverwaltung war bezüglich der Erfassungsarbeit an die vorgegebenen Quoten gebunden, versuchte aber, gegenüber höheren Stellen die reale Situation der Landwirtschaftsbetriebe im Kreis – nicht selten auch mit drastischen Worten – darzulegen. Landrat Sydow prognostizierte z.B. am 11. November 1947 gegenüber dem brandenburgischen Wirtschaftsminister Heinrich Rau, 1500 Betriebe seines Kreises würden ihr Getreidesoll nicht erfüllen können wegen der Witterungsunbilden in jenem Jahr. Sydow stellte deshalb an Rau (in bewusst dramatisierender Form) die Fragen:

Was soll in den Fällen geschehen, wo Betriebe unverschuldet in Not geraten sind? Sollen wir diesen Betrieben das Vieh fortnehmen oder gegen alle Strafanträge stellen? Oder wollen Sie, Herr Minister, Ihre Ansicht revidieren, [...] dass der Kreis Zauch-Belzig in die Gruppe der Kreise gehört, welche mit der höchsten Abgabennorm belastet werden müssten.²³⁶

In ähnlich unverblümter Art unterrichtete Sydow Anfang November 1948 Heinrich Rau, der Kreis Zauch-Belzig habe 94,11% seines Getreideablieferungssolls erfüllt, und damit sei der Schlusspunkt erreicht; sämtliche Möglichkeiten einer weiteren Steigerung seien erschöpft.²³⁷

Sydow befand sich im Zwiespalt, einerseits für die Erbringung des Kreissolls zuständig zu sein, andererseits Bauern, die unverschuldet ihre Quoten nicht erfüllen konnten, vor Sanktionen bewahren zu wollen. Am 20. April 1948 handelte der Landrat sich einen strengen Verweis des Ministerpräsidenten ein. Er hatte nämlich die vollständige Erfüllung des Kreissolls an Getreide gemeldet, obwohl anstelle von Getreide teilweise Schlachtvieh abgeliefert worden war. Sydow erhob gegen den Verweis Einspruch.²³⁸ Minipräsident Steinhoff wies den Einspruch jedoch zurück mit der Bemerkung: »Ich wiederhole, dass Sie es mir durch die unrichtige Meldung unmöglich gemacht haben, Härten durch eine Herabsetzung des Getreideablieferungssolls auszugleichen.«²³⁹ Steinhoff und der Landesregierung waren eben selbst durch die Besatzungsmacht und die DWK die Hände gebunden.

Dem Bauer, der seine Pflichtquote nicht erfüllte und dem man dabei noch Mutwilligkeit unterstellte, drohten harsche Strafen. Da häufig das Soll nicht erfüllt wurde, hagelte es förmlich Bestrafungen. Wegen Nichterfüllung der Milchquote waren noch von Mai bis Dezember 1945 in Zauch-Belzig 1684 Bauern finanziell belangt worden.²⁴⁰ Im Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Oktober 1946 wurden im Landkreis wegen Nichterfüllung des Ablieferungssolls oder wegen »Milchfälschung«

235 Ebenda, Nr. 173, Bl. 245.

236 Ebenda, Nr. 217, Bl. 14.

237 Ebenda, Nr. 218, Bl. 148.

238 Vgl. BLHA, Rep. 202 D, Nr. 181 (Zauch-Belzig, Schreiben der Abteilung Handel u. Versorgung an die Unterabteilung C vom 24.6.1948).

239 Ebenda (Zauch-Belzig, Schreiben des Ministerpräsidenten an den Landrat vom 28.6.1948).

240 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 216, Bl. 52.

in 25 Fällen Freiheitsstrafen und in 97 Fällen Geldstrafen ausgesprochen.²⁴¹ Aber damit nicht genug. Im Dezember 1946 sahen sich weitere 64 Landwirte auf Befehl der Kreiskommandantur²⁴² mit einem Strafantrag konfrontiert.²⁴³ Noch im gleichen Monat wurden acht säumige Ablieferer verurteilt. Die Strafen schwankten zwischen 700 Mark Geldbuße und einem Jahr Gefängnis. Die Amtsvorsteher hatten in den Gemeinden diese Urteile zur Warnung am »Schwarzen Brett« publik zu machen.²⁴⁴

Es war vor allem die Besatzungsmacht im Kreis, die auf eine unnachgiebige Bestrafung drängte.²⁴⁵ Falsche Angaben über Viehbestände und Betriebsgrößen waren in den Augen der Sowjets bewusste Sabotage²⁴⁶, wie eben auch das Abweichen vom Anbauplan und das Nichterfüllen des Solls. Der Zauch-Belziger VdGB-Kreisausschuss fasste am 13. August 1946 einen Beschluss, mit dem er die Kreiskommandantur bat, dass im Hinblick auf die schlechte Ernte in gewissem Umfang das Ablieferungssoll für die kleineren Bauern ermäßigt werde.²⁴⁷ Die Kreiskommandantur schmetterte diese Bitte nicht nur brüsk ab, er forderte auch noch, dass dieser Beschluss in öffentlicher Versammlung – in Form stalinistischer »Selbstkritik« – wieder zurückgenommen werde.²⁴⁸ Der VdGB-Kreisausschuss handelte anschließend »befehlsgemäß«. (Im Dezember genehmigte die SMA indes doch Nachlässe beim 1946er Soll, s.o.)

Das rabiate Vorgehen der Sowjets steigerte noch die negativen Effekte, die das Eintreiben der Sollmengen sowieso schon auf die Gemütslage der ländlichen Bevölkerung hatte.²⁴⁹ Anfang Dezember 1946 weilte Heinrich Rau, damals noch Vizepräsident der Provinzialverwaltung, in Belzig. Er versuchte persönlich, einem Vertreter der Kreiskommandantur, Oberstleutnant Nuss²⁵⁰, klarzumachen, welche (v.a. für das Prestige der SED ungünstigen) »politischen Auswirkungen« die von den Kommandanturen im Rahmen der Erfassungsaktion durchgeführten Maßnahmen

241 Ebenda.

242 Die SMAD legte nach den Herbstwahlen 1946 größten Wert auf eine harte Strafverfolgung gegen ablieferungssäumige Bauern; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 214f.

243 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 216, Bl. 10–12.

244 Ebenda, Nr. 216, Bl. 6.

245 Die sowjetischen Kreiskommandanten hatten den Auftrag erhalten, die Pflichtkontingente trotz aller widrigen Umstände einzutreiben u. zu diesem Zweck nicht nur flächendeckende Kontrollen nach versteckten Reserven vorzunehmen, sondern auch abschreckende Strafen zu verhängen; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 215.

246 Bereits am 26.5.1945 hatte der Kommandant von Beelitz erklärt, irrige Angaben über landwirtschaftliche Bestände würden als Sabotage erachtet, die kriegsgerichtlich verfolgt werde; KrA PM, 51.34/14A (Protokoll der Besprechung mit dem Kommandanten von Beelitz, 26.5.1945).

247 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 491, Bl. 60.

248 Ebenda.

249 Die katastrophale Auswirkungen auf die Bevölkerungsstimmung waren sicherlich überall gleich; s. Beispiel Prignitz, Spix: Die Bodenreform in Brandenburg, S. 76f.

250 Oberstleutnant Nuss gehörte nur ca. ein Jahr der Kreiskommandantur an. Bei den deutschen Verwaltungsleuten wie auch der Bevölkerung war er berüchtigt. Dazu trugen Vorfälle wie dieser bei: Am 1.10.1946 erschien ein Landwirt aus Schlalach im Landratsamt u. erklärte offen, nicht in der Lage zu sein, sein Abgabesoll erfüllen zu können; es sei ihm noch nicht einmal möglich, 30% des Solls für Getreide bis 30.9.1946 aufzubringen. Als der zufällig anwesende Nuss dies vernahm, veranlasste er sofort, dass der Landwirt an die Kreispolizei übergeben u. inhaftiert wurde; vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 216, Bl. 79.

hatten. Laut Heinrich Rau hat die SMAD-Zentrale in Karlshorst versprochen, in einem Befehl an die Kommandanten anzuordnen, von solchen Maßnahmen (Inhaftierungen, Androhung von Enteignungen usw.) abzusehen.²⁵¹ In der Tat hatte die zentrale Militäradministration eine Überprüfung sämtlicher Strafverfahren gegen Ablieferungssäumige verlangt: Nur nachgewiesene Sabotage sollte bestraft werden, alle anderen Verurteilungen sollten als unwirksam betrachtet werden.²⁵²

Im Sommer 1947 versuchte die SMAD möglichst frühzeitig und gezielt »böswillige Nichtablieferer« ausfindig zu machen, um durch deren Bestrafung – begleitet von einer Pressekampagne – die Ablieferungsmoral aller Bauern in der SBZ zu fördern, wobei man aber neuerliche Massenverhaftungen vermeiden wollte.²⁵³ Die Praxis vor Ort ließ in den nächsten Monaten jedoch oftmals kein dezenteres Vorgehen als im Herbst 1946 erkennen. Im Oktober 1947 beschwerte sich der Zauch-Belziger LDP-Kreisvorsitzende Paul Thiem per Eingabe beim Landtags-Vizepräsidenten Otto Gießler (ebenfalls LDP), dass Bauern wegen Soll-Nichterfüllung in Haft genommen wurden, obwohl sie bis dato ihr anteiliges Soll immer termingerecht erfüllt hatten. Aus dem Kreis würden sich die Klagen über solche ungesetzlichen Maßnahmen mehren.²⁵⁴ Gießler informierte Rau über die Angelegenheit, der wiederum am 28. Oktober 1947 Landrat Sydow ermahnte, die Verhaftungen seien ungesetzliche Maßnahmen; sie stellten auch dann einen Verstoß gegen SMAD-Befehle dar, wenn sie von der Kreiskommandantur angeordnet seien. Der Landrat habe die Aufgabe, sich mit dem Kreiskommandanten »diesetwegen in geeigneter Form auseinanderzusetzen.«²⁵⁵ Sydow fühlte sich ungerechtfertigt angegriffen. Die Inhaftierungen waren ausnahmslos durch Kommandanturoffiziere erfolgt. Die Bitte des Landrats, von Verhaftungen abzusehen, wurde abgelehnt mit dem Hinweis, dass böswillige Ablieferer unter Zwang gesetzt werden müssten.²⁵⁶ In Sydows Antwortschreiben an Rau vom 11. November hieß es dann auch, Mitarbeiter des Landratsamtes hätten nicht einen einzigen Landwirt arrestiert, und das Landratsamt sei nicht in der Lage, Maßnahmen der Besatzungsmacht zu kontrollieren oder abzustellen.²⁵⁷ Und sechs Tage darauf informierte Sydow Rau lapidar, die Sowjetische Militäradministration habe (via LDP-Landesvorstand) dem beschwerdeführenden Paul Thiem mitgeteilt, dass er »nicht hindernd eingreifen und als Bremse fungieren soll.«²⁵⁸

Die Abfuhr für den liberaldemokratischen Kreisvorsitzenden seitens der SMA Brandenburg passte zeitlich und inhaltlich zu einer von ihr am 6. November 1947

251 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 216, Bl. 1. Rau bezog sich auf eine Aussprache zwischen der zentralen Landwirtschaftsabteilung der SED u. dem Chef der Abteilung Handel u. Versorgung der SMAD, die am 29.11.1945 stattfand; s. Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 218.

252 Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 218.

253 Ebenda, S. 235.

254 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 217, Bl. 10.

255 Ebenda.

256 Ebenda, Bl. 18.

257 Ebenda, Bl. 14.

258 Ebenda, Bl. 9.

erlassenen Anordnung²⁵⁹, worin Kritik am Vorgehen der deutschen Justizorgane gegen »böswillige« Nichtablieferung geübt wurde. Gerichte und Staatsanwaltschaften hatten künftig entsprechende Fälle in kürzester Frist zu behandeln. Laut Anordnung sollte die Straffestsetzung gegen Böswillige ohne Milde geschehen; Maßnahmen zur rücksichtslosen Zwangseintreibung der nichtabgelieferten Erzeugnisse wurden angeordnet.²⁶⁰

Da die Besatzungsmacht das entscheidende Wort hatte, blieb es bei den restriktiven Maßnahmen, obwohl nüchtern bilanziert werden musste, dass weder Sollerhöhungen noch Zwangsmaßnahmen die landwirtschaftliche Produktion ankurbelten oder gar die Lebensmittelversorgung in der SBZ verbesserten. Im Jahr 1948 wurden in Zauch-Belzig wegen Nichterfüllung des Ablieferungssolls wiederum 264 Landwirte abgeurteilt, von denen ein Teil Gefängnisstrafen erhielt.²⁶¹

Vor allem Klein- und Neubauern kämpften SBZ-weit geradezu verzweifelt um ihre Existenz, während der überwiegende Teil der Großbauern halbwegs erfolgreich wirtschaftete.²⁶² Viele Großbauernhöfe hatten sich, wohlgerne auch auf dem Rücken kleiner Landwirte und teilweise schamlos ausgebeuteter Landarbeiter, in den ersten Nachkriegsjahren günstig entwickeln können.²⁶³ Aus Sicht der SED und der Besatzungsmacht hatte sich damit 1947/48 eine paradoxe, ihren eigentlichen Intentionen widersprechende Situation ergeben. Die Einheitspartei richtete deshalb (vor dem Hintergrund ihrer verstärkten Stalinisierung) 1948 ihre Agrarpolitik neu darauf aus, die ökonomische und soziale Position der »werkätigen« Bauern – d.h. Klein-, Mittel- und Neubauern – zu stärken, die der »kapitalistischen Elemente« in der Landwirtschaft – d.h. die Großbauern – zu untergraben. In der Folge waren die Großbauern zunehmend einem Verdrängungskampf ausgesetzt. Sie wurden aus den Gremien der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe entfernt.²⁶⁴ Die traditionellen landwirtschaftlichen Vereinigungen, in denen sie besonderes Gewicht besaßen, speziell die Raiffeisen-Genossenschaften, wurden ausgeschaltet und im November 1950 mit der VdGB zwangsvereinigt.²⁶⁵ Diese Verschärfung des (im kommunistischen Sprachstil) »Klassenkampfes« auf dem Lande entsprach ganz der Linie der Besatzungsmacht. Die Sowjets konnten die ihnen aus der Heimat vertraute Schablone vom Kampf gegen das »Kulakentum« leicht übertragen. Strafmaßnahmen sollten nunmehr vorwiegend Großbauern treffen, kleinere Landwirte hingegen geschont werden. Auf den eindringlichen »Wunsch« der Zauch-Belziger Kreiskommandantur hin, gegen säumige Nichterfüller strafrechtlich vorzugehen,

259 Gekürzt abgedruckt in: Freundschaft – Werden und Wachsen, T. 1, S. 238.

260 Siehe dazu auch Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 236f.

261 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 218, Bl. 91.

262 Zum Folgenden vgl. Bauerkämper: Die Sozialgeschichte der DDR, S. 32; Osmond: Kontinuität und Konflikt in der Landwirtschaft der SBZ/DDR, S. 148–150; Piskol u.a.: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande, S. 153; Schöne: Frühling auf dem Lande?, S. 69f.; Zinke: Die Transformation der DDR-Agrarverfassung, S. 41f.

263 Vgl. Piskol: Zur sozialökonomischen Entwicklung der Großbauern, S. 420–422.

264 Siehe dazu S. 177–179 der vorliegenden Arbeit.

265 Vgl. dazu etwa Bauerkämper: Auf dem Wege zum »Sozialismus auf dem Lande«, S. 256f.

geschah es schon mal, dass »20 Bauern, durchweg große [!] Wirtschaften, dem Richter übergeben« wurden.²⁶⁶

Es wurden verschiedene Maßnahmen zum ökonomischen und finanziellen Nachteil großbäuerlicher Wirtschaften ergriffen.²⁶⁷ Am 1. Dezember 1948 leitete die Deutsche Wirtschaftskommission auf Vorschlag der SED eine Steuerreform ein, mit der die Großbauern stärker als zuvor fiskalisch belangt wurden.²⁶⁸ Mit Wirkung vom 1. Januar 1949 wurde durch die DWK die so genannte Hektarveranlagung für Tierprodukte in Kraft gesetzt. Das Soll an tierischen Produkten errechnete man fortan nicht mehr anhand des wirklich vorhandenen Viehs, sondern man kalkulierte einfach, was ein Hof nach Größe seiner Betriebsfläche an Vieh halten könnte. Dies war eindeutig gegen die Großbauern gerichtet, die dadurch oftmals gezwungen waren, ihre Viehbestände aufzustocken und ihre Wirtschaftsführung auf eine intensive Viehhaltung umzustellen. Das erforderte neben entsprechendem Stallraum eine höhere Zahl an Arbeitskräften.²⁶⁹ Parallel dazu wurden bei pflanzlichen Erzeugnissen die Sollmengen der Großbauern erhöht, die der Klein- und Neubauern hingegen verringert.²⁷⁰ Die erhöhten Ablieferungspflichten in Verbindung mit administrativ festgesetzten, sinkenden Erfassungs- und Aufkaufpreisen überstiegen das ökonomische Leistungsvermögen der meisten größeren Höfe auf Dauer ganz erheblich.²⁷¹

Die gleichgeschaltete Justiz kam im ländlichen »Klassenkampf« verstärkt zum Einsatz. Im Kreis Zauch-Belzig wurden bis Ende Januar 1952 insgesamt 42 Bauern, vermutlich durchweg Besitzer größerer Wirtschaften, wegen Nichterfüllung des Abgabesolls in den Jahren 1950 und 1951 rechtskräftig verurteilt.²⁷² Jedoch unterschätzten die SED-Funktionäre und die Staatsorgane die Beharrungskräfte der ländlichen Milieus, in denen die Altbauern weiterhin ein großes Ansehen besaßen. »Die Enteignung der Gutsbesitzer und die Neuverteilung ihres Landes an Kleinbauern und -pächter, Land- und Industriearbeiter sowie Flüchtlinge und Vertriebene führten zwar zu einem grundlegenden Wandel der gesellschaftlichen Struktur auf dem Lande; die sozialen Beziehungen und Mentalitäten in der dörflich-agrarischen Traditionsmilieus veränderten sich aber deutlich langsamer.«²⁷³ Wiederholt gab es Solidaritätskundgebungen in den Dörfern zugunsten kriminalisierter Bauern²⁷⁴; so auch geschehen in

266 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 218, Bl. 44.

267 Siehe dazu etwa Schöne: Frühling auf dem Lande?, S. 70.

268 Vgl. Piskol u.a.: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande, S. 158.

269 Zur Hektarveranlagung s. Nehrig: Uckermärker Bauern in der Nachkriegszeit, S. 50; Piskol u.a.: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande, S. 159f.; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 512f.

270 Siehe Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 518, 536f. u. 555.

271 Ebenda, S. 443. Vgl. Piskol: Zur sozialökonomischen Entwicklung der Großbauern, S. 426.

272 Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 542, Anm. 547. Indes klagte ein Vertreter der Zauch-Belziger Kreisverwaltung darüber, dass die Justiz zu nachlässig gegen ablieferungssäumige Großbauern vorgehe; ebenda, S. 550.

273 Bauerkämpfer: Strukturumbruch ohne Mentalitätswandel, S. 70. Vgl. auch ders.: Die Sozialgeschichte der DDR, S. 32.

274 Schöne: Frühling auf dem Lande?, S. 70f.

Zauchwitz am 4. Januar 1952, während eines Schnellverfahren gegen einen Bauern, der sein Ablieferungssoll 1951 nicht erfüllt hatte. Der im Gaststättensaal abgehaltene Schauprozess sollte ein Versuch sein, »reaktionäre« Bauern einzuschüchtern und die Landarbeiter als Verbündete der SED zu werben. Aber das Schnellverfahren nahm einen gänzlich unerwarteten Verlauf. Während der Verhandlung brachen Tumulte unter den anwesenden Bauern und Landarbeitern aus. Gerichtspersonen wurden offen bedroht, weshalb sich der Richter genötigt sah, Polizeikommandos aus Beelitz und Belzig anzufordern. Die eintreffenden Polizisten nahmen sofort mehrere Personen fest.²⁷⁵ Hier gäbe schon, was sich ein Jahr darauf am 17. Juni 1953 in der gesamten DDR Bahn brach.

Die seit 1948 forcierte Kampagne gegen das »Großbauerntum« hatte zur Folge, dass zwischen 1950 und 1952 etwa 5000 Großbauern in der DDR ihren Betrieb aufgaben und oftmals die DDR in Richtung Bundesrepublik verließen. Mehr als 10% aller großbäuerlichen Betriebe wurden so der landwirtschaftlichen Produktion entzogen.²⁷⁶ Laut einer Aufstellung devastierter Betriebe im Kreis Zauch-Belzig lagen 1952 im Landkreis 171 Bauernhöfe in 47 Ortschaften verlassen da, wobei es sich in der Mehrheit um Großbauernwirtschaften handelte.²⁷⁷

Letztlich bleibt festzuhalten, dass das Ziel, mit der Umwälzung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Dörfern, insbesondere mit dem Vorgehen gegen Großbauern, in den ländlichen Regionen der SBZ/DDR eine Klientel für die kommunistischen Herrschaft zu formen, nur teilweise erreicht wurde. Die KPD/SED konnte zwar durchaus Parteigänger auf dem Lande gewinnen, aber ein tiefer und nachhaltiger Einbruch in die ländliche Gesellschaft gelang ihr nicht.²⁷⁸

Volkseigene Güter und Maschinenausleihstationen

Ein Teil der während der Bodenreform enteigneten Güter war von der Zerstückelung und Aufsiedlung ausgenommen. Diese – seit 1947 gemeinhin »Volkseigene Güter« (VEG) genannt – sollten als landwirtschaftliche Musterbetriebe, für wissenschaftliche Forschungszwecke und sonstige öffentliche Belange genutzt werden. Mit SMA-Befehl vom 22. Februar 1946 wurden in Zauch-Belzig die Güter Groß Kreutz (vormaliger Besitzer: von der Marwitz), Hagelberg (vormaliger Besitzer: Graf von Plauen), Lübnitz (vormaliger Besitzer: von Lochow) und Schmergow (vormalige Besitzerin: Schmidt) zu Provinzialgütern erklärt.²⁷⁹ Sie kamen damit

275 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 42f. Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 542, irrt also mit der Feststellung, dass es keinen Beleg für Schauprozesse gegen Großbauern in Brandenburg zum Jahreswechsel 1951/52 gibt.

276 Piskol: Zur sozialökonomischen Entwicklung der Großbauern, S. 426; Schöne: Frühling auf dem Lande?, S. 71.

277 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 188, Bl. 5–7. Ende November 1952 zählte man offiziell 3843 devastierte bäuerliche Betriebe in der DDR mit zusammen 141 513 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche; Zinke: Die Transformation der DDR-Agrarverfassung, Anlage 4.

278 Bauerkämpfer: Die Neubauern in der SBZ/DDR 1945–1952, S. 128.

279 BLHA, Rep. 272, Nr. 156 (Schreiben der Provinzialverwaltung an den Zauch-Belziger Landrat vom 8.3.1946).

in die Trägerschaft der brandenburgischen Provinzialverwaltung bzw. der späteren brandenburgischen Landesregierung. Schmerwitz, das größte Gut des Landkreises (vormaliger Besitzer: von Drabich-Wächter), war am 1. September 1945, d.h. bereits vor der Bodenreform (!), von der Besatzungsmacht bezeichnenderweise der KPD zur Einrichtung einer Parteischule überlassen worden.²⁸⁰ Es blieb vorläufig in der Trägerschaft der KPD/SED.

Das Gut Groß Kreutz ging gemäß SMAD-Befehl Nr. 266 vom 9. September 1946 als Forschungsgut an die landwirtschaftliche und veterinärmedizinische Fakultät der Berliner Universität über.²⁸¹ Somit befanden sich von den fünf in Zauch-Belzig noch existenten Gütern nur noch Hagelberg, Lübnitz und Schmergow in Trägerschaft der Provinzialverwaltung. Wirtschaftlich im Vordergrund stand für diese drei Güter die Saatguterzeugung.²⁸²

Die Provinzial- und Landesgüter in der SBZ hatten mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen wie die anderen landwirtschaftlichen Betriebe.²⁸³ Es mangelte an Technik, Vieh, Düngemittel, Treib- und Schmierstoffen usw. Hinzu kam, dass viele der auf den Gütern beschäftigten Landarbeiter, unter ihnen vielfach Umsiedler²⁸⁴, wenig oder keine Erfahrung in der Landwirtschaft besaßen. Geeignetes Leitungspersonal war ebenfalls nicht leicht zu finden. Die Güter arbeiteten allgemein unrentabel und waren auf Zuschüsse seitens der Länder angewiesen. Die finanzielle Schieflage wurde noch dadurch verstärkt, dass ihre gesamten Erzeugnisse der Pflichtablieferung unterlagen und damit zu den nicht kostendeckenden Erfassungspreisen abgegeben werden mussten. Zumindest hatten die Güter gegenüber den anderen landwirtschaftlichen Betrieben den Vorteil, bevorzugt mit Düngemittel beliefert zu werden. Trotzdem übertrafen ihre Erträge entgegen den Erwartungen insgesamt nicht diejenigen der Privatbauern.²⁸⁵

Ab Mitte Juni 1949 wurden alle bisher im Besitz der Länder und auch anderer Körperschaften befindlichen landwirtschaftlichen Betriebe der neuen zonalen »Ver-einigung Volkseigener Güter« unterstellt.²⁸⁶ Im Zuge dieser Reorganisation überführte die brandenburgische Landesregierung, Ministerium für Wirtschaft, mit Verordnung vom 5. Juli 1949 das SED-Gut Schmerwitz in »Volkseigentum«.²⁸⁷

280 Siehe S. 106 der vorliegenden Arbeit.

281 Foitzik: Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, S. 113.

282 Vgl. BLHA, Rep. 272, Nr. 154.

283 Zum Folgenden vgl. Piskol u.a.: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande, S. 119f.

284 »Umsiedler« machten z.B. 1950 rund 60% der Belegschaft des VEG Lübnitz u. gar 75% der Belegschaft des VEG Schmerwitz aus; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 194 u. 206.

285 Scherstjanoi: »Friedenshektarerträge« auf Vorkriegsanbauflächen, S. 330.

286 Vgl. dazu Bauerkämper: Auf dem Wege zum »Sozialismus auf dem Lande«, S. 255f.; Piskol u.a.: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande, S. 178f.; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 439.

287 BLHA, Rep. 208, Nr. 2198, Bl. 72.

Im Jahr 1950 verfügten die Zauch-Belziger Güter über folgende Betriebsgrößen:

- Lehr- und Forschungsgut Groß Kreutz 496,36 ha, davon 453,69 ha landwirtschaftliche Nutzfläche
- Hagelberg 470 ha, davon 276 ha landwirtschaftliche Nutzfläche
- Lübnitz 650,90 ha, davon 271 ha landwirtschaftliche Nutzfläche
- Schmergow 187 ha, davon 184,75 landwirtschaftliche Nutzfläche
- Schmerwitz 4590,94 ha, davon 508,56 landwirtschaftliche Nutzfläche.²⁸⁸

Damit besaßen die Güter zu jener Zeit zwei Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Kreises.

Seit Herbst 1949 bemühte man sich, durch flächendeckende Einführung des Leistungslohns u.Ä. die Arbeitsproduktivität auf den Gütern zu steigern.²⁸⁹ Im September und Oktober 1949 begann auf Drängen der DWK auf einigen ausgewählten Gütern die Ausarbeitung von technisch begründeten Arbeitsnormen. Schließlich erkannte die DWK Ende Oktober des Jahres die vom VEG Schmerwitz entwickelten und erprobten Normen als allgemein verbindlich an.²⁹⁰ Sie sollten allen Gütern als Grundlage für die Einführung des Leitungslohnes dienen.

Im November 1948 einigten sich Vertreter der Deutschen Wirtschaftskommission, der Länderregierungen und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe darauf, die VdgB-Maschinenhöfe aus dem Verband der VdgB herauszulösen.²⁹¹ Eine Anordnung der DWK vom 10. November 1948²⁹² legte dann fest, dass nunmehr alle Maschinen, Geräte und Gebäude sowohl der VdgB als auch der landwirtschaftlichen Genossenschaften in neuartigen Maschinenausleihstationen (MAS) zusammenzufassen seien.²⁹³ Diese Stationen sollten vorrangig mit Geräten, Ersatzteilen und Kraftstoffen beliefert werden. Nach sowjetischem Vorbild sollten die MAS zu »Stützpunkten der Arbeiterklasse« (d.h. der SED) auf dem Lande werden. Ihre Entstehung hatte daher nicht nur einen ökonomischen Hintergrund, sondern stand auch im Kontext des

288 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 27. Im Herbst 1951 gab es im ganzen Land Brandenburg 140 VEG, die eine landwirtschaftliche Nutzfläche von zusammen rund 39 800 ha bewirtschafteten; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 439f.

289 Zum Folgenden vgl. Piskol u.a.: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande, S. 178 f.; Zinke: Die Transformation der DDR-Agrarverfassung, S. 159f.

290 Das Schmerwitzer Gut erhielt dafür als Auszeichnung eine »Wanderfahne der Deutschen Demokratischen Republik«; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 205.

291 Zum Folgenden vgl. Bauerkämper: Auf dem Wege zum »Sozialismus auf dem Lande«, S. 255; Piskol u.a.: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande, S. 157 u. S. 168f.; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 435f.; Zank: Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission, S. 273; Zinke: Die Transformation der DDR-Agrarverfassung, S. 43 u. 135f.

292 Veröffentlicht in: Zentralverordnungsblatt, Nr. 52 (1948), S. 525f. Der Text der Anordnung ist abgedruckt in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 701–703.

293 In den Genossenschaften u. der VdgB gab es starke Vorbehalte gegen die Preisgabe der Verfügungsrechte über die eigenen Landmaschinen u. Traktoren; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 436.

politische Kampfes gegen das »Großbauerntum«. Die Dienstleistungen der MAS sollten fast ausschließlich den Klein- und Mittelbauern zugute kommen.²⁹⁴ Im Gegensatz zu den vormaligen VdgB-Maschinenhöfen waren die MAS quasi-staatliche Betriebe. Die DWK bzw. die staatlichen Stellen hatten die Möglichkeit, den Einsatz der Technik der Maschinenausleihstationen zu steuern und deren Ausleihtarife festzusetzen. Gemäß dem Plan, die Stationen zu technischen, agronomischen und propagandistisch-kulturellen Zentren auf dem Lande zu machen²⁹⁵, gehörten zum Gebäudekomplex einer vollständig ausgebauten MAS neben Tankstellen, Reparaturwerkstätten, Garagen und Unterstellhallen auch ein Kulturhaus.

Im Kreis Zauch-Belzig wurden während des Frühjahrs 1949 Maschinenausleihstationen in Niemegk, Damsdorf und Götz eingerichtet.²⁹⁶ 1951 kam eine vierte Station in Neuendorf bei Brück hinzu. Im Anfangsstadium präsentierte sich die technische Bestückung dieser Stationen als recht bescheiden. Im September/Okttober 1949 verfügte die MAS Niemegk über zwölf Traktoren und einen LKW, die MAS Damsdorf über acht Traktoren, eine Lokomobile und zwei LKW, die MAS Götz gar nur über vier Traktoren, einen Raupenschlepper und zwei LKW.²⁹⁷ Erst mit der schrittweisen Aufstockung ihres Maschinenparks seit 1950 konnten die Stationen im Kreis wirksam einen Anteil zur landwirtschaftlichen Ertragssteigerung beisteuern.²⁹⁸

Obstanbaugebiet Werder/Havel

Das Gebiet um Werder besitzt eine lange Tradition im Obst- und Gemüseanbau.²⁹⁹ Bereits vor 1850 entwickelte sich die Region um die Havelstadt zur Obstkammer Berlins. Die Früchte wurden über den Wasserweg, späterhin auch per Eisenbahn in die Metropole transportiert.

Das Anbaugebiet, neben Werder weitere 21 Gemeinden umfassend, genoss in den Nachkriegsjahren eine Sonderstellung. Das Land Brandenburg erhielt von dort allein ein Drittel seines gesamten zu erfassenden Obstes und Gemüses. Die Behörden sahen

294 Die Großbauernhöfe verfügten in der Regel über eine entschieden bessere technische Ausstattung als die Höfe von Klein- u. Mittelbauern. Beispielsweise verteilten sich im Sommer 1947 in Zauch-Belzig die 196 in bäuerlichen Händen befindlichen Traktoren wie folgt: Bauernwirtschaften mit bis zu 10 ha Betriebsfläche: 9 Traktoren, mit 10 bis 25 ha: 33 Traktoren, mit 25 bis 50 ha: 60 Traktoren, mit über 50 ha: 94 Traktoren; Wilhelm: Die SED – führende Kraft des antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus, S. 157.

295 Siehe dazu die Bemerkungen W. Ulbrichts auf der Bauernkonferenz in Halle/Saale am 19./20.2.1949, in: Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, T. 3, S. 412f.

296 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 100. In der DDR existierten im Jahr 1949 insgesamt 505 MAS; diese Zahl wurde bis 1952 auf 585 MAS gesteigert; s. Zinke: Die Transformation der DDR-Agrarverfassung, Anlage 15.

297 Siehe BLHA, Rep. 273, Nr. 170. Die besonders dürftige Ausstattung der Stationen mit technischem Inventar war für das ganze Land Brandenburg kennzeichnend; vgl. Bauerkämper: Problemdruck und Ressourcenverbrauch, S. 307.

298 Generell erfüllten die MAS in der DDR 1950/51 ihren Zweck noch nicht; Scherstjanoi: »Friedenshektarerträge« auf Vorkriegsanbauflächen, S. 328.

299 Zum Folgenden vgl. Bamberg: Heimatkunde des Kreises Zauch-Belzig, S. 35–37; Böge: Heimatkunde des Kreises Zauch-Belzig, S. 10; Heinrich: Berlin und Brandenburg, S. 388; Thieme: Aktuelle Probleme des Strukturwandels, S. 74.

es daher mit höchstem Unwillen, dass Werder sich zu einer Art Mekka für Hamsterer und Schieber entwickelte. Um den herrschenden Hamstererstrom Einhalt zu gebieten, wurde im Frühjahr 1948 extra ein Polizeikommando von 50 bis 70 Mann eingesetzt, das verschiedene Bahnhöfe und andere Verkehrsknotenpunkten überwachen sollte. Allerdings erwies es sich als unmöglich, mit so geringem Personalaufwand ein so großes Einsatzgebiet zu kontrollieren.³⁰⁰

Aus diesem Grund war im Frühjahr 1949 sogar geplant, das Obstanbaugebiet während der Ernte zum polizeilichen »Sperrgebiet« zu erklären.³⁰¹ Kurzzeitig scheinen die polizeilichen Maßnahmen gegriffen zu haben. Jedoch war am 12. Mai 1949 die sowjetische Blockade des westlichen Berlin aufgehoben worden. Das Landeskantor Potsdam des Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebes (VEAB) erhielt im Juni die Information, Berliner Großhändler kämen mit Lastzügen nach Werder und stellten sich an bestimmten Zentralpunkten auf. Die Erzeuger brächten scharenweise per Fuhrwerk ihre »freien Spitzen« zu diesen Punkten, weil sie hier höhere Preise für ihre Früchte erhielten als vom VEAB. »Es besteht der begründete Verdacht, dass die gesamte auf diese Art aufgekaufte Ware in die Westsektoren Berlins überführt wird und hier gegen Westmark zum Verkauf gelangt.«³⁰² Die illegalen Geschäfte nahmen wieder enorme Ausmaße an. Ende Juli 1949 beschwerte sich die Hauptabteilung Erfassung und Aufkauf der Landesregierung bei der Landesschutzpolizei, dass die Kontrollen der eingesetzten Volkspolizisten in Werder und Umgebung nur sehr mangelhaft durchgeführt würden und »daß die paradiesischen Zustände für wilde Aufkäufer, Spekulanten und Großhändler schon wieder genauso eingetreten sind wie vor etwa 1–2 Monaten.«³⁰³

Wahrscheinlich gelang es der Polizei erst 1951, endlich den Schwarzhandel mit Werderaner Obst und Gemüse durch Einsätze an den Zufahrtsstraßen und der Autobahn stark einzuschränken bzw. ganz zu unterbinden. Aber es gab weiterhin Schlupflöcher. Zum Beispiel gingen während des Juli 1951 von der Dampferanlegestelle in Ferch täglich (geschätzte) zwei Tonnen Früchte auf illegalem Wege nach Berlin.³⁰⁴

Forstwirtschaft

Der zentrale Fläming um Wiesenburg und die Zauche-Hochfläche mit ihren sandigen, leichten Böden sind Waldgebiete, die seit dem 19. Jahrhundert durch ausgedehnte Kiefernforsten geprägt waren.³⁰⁵ Insbesondere im Wiesenburger Umland, »Brandtsheide« genannt, bildete die Forstwirtschaft die Haupterwerbsquelle für die

300 Vgl. BLHA, Rep. 202 D, Nr. 92 (Aktenvermerk vom 6.1.1949).

301 Vgl. ebenda (Entwurf vom 1.4.1949).

302 Ebenda (Schreiben an das Landeskantor Potsdam des VEAB vom 18.6.1949).

303 Ebenda (Schreiben vom 29.7.1949).

304 Ebenda (Bericht vom 5.7.1951).

305 Zum Folgenden vgl. Bamberg: Heimatkunde des Kreises Zauch-Belzig, S. 8 u. 11; Böge: Heimatkunde des Kreises Zauch-Belzig, S. 14 u. 23f.; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 172, Bl. 174; Scholz: Die naturräumliche Gliederung Brandenburgs, S. 13 u. 58f.

dort ansässige Bevölkerung. In den 1920er Jahren hatte bei den zur Brandtsheide gehörenden Rittergütern Schmerwitz und Wiesenburg der Waldbesitz ca. 88% bzw. ca. 67% der gesamten Betriebsfläche ausgemacht.³⁰⁶

Von den rund 77 000 Hektar Forsten und Holzungen im ganzen Landkreis waren durch Kriegseinwirkungen und Brandschäden 1945 rund 5000 Hektar in Kahlflächen verwandelt, die bis Anfang 1950 noch nicht restlos wieder aufgeforstet worden waren.³⁰⁷ Im Zuge der Bodenreform wurden 28 648 ha Wald, d.h. mehr als ein Drittel des gesamten Waldbestandes des Kreises, enteignet.³⁰⁸ Laut einer statistischen Erhebung befanden sich 1950 von den hiesigen Forsten und Holzungen 25 872,95 ha (= 33,3%) in Staatsbesitz, 13 283,87 ha (= 17,3%) im Besitz von Kommunen und öffentlicher Körperschaften und 38 445,29 ha (= 49,4%) in Privathänden.³⁰⁹ Der (registrierte) Holzeinschlag betrug im Jahr 1945 72 884 Festmeter, 1946 183 194 Festmeter, 1947 399 747 Festmeter, 1948 280 055 Festmeter, 1949 272 130 Festmeter.³¹⁰ Der auffällig große Einschlag im Jahr 1947 resultierte aus dem erhöhten Bedarf der auf Reparations-Konto arbeitenden Sägewerke sowie dem Materialbedarf für das anlaufende Bodenreform-Bauprogramms gemäß SMAD-Befehl Nr. 209.

Die Landwirte zeigten sich oft nicht in der Lage, eine befriedigende Forstwirtschaft zu betreiben, denn zum einen hatten die Bauern mit ihren landwirtschaftlichen Obliegenheiten genügend zu kämpfen, so dass ihnen kaum Zeit für Forstarbeiten blieb, zum anderen waren sie keine ausgesprochenen Forstfachleute. Wie das DDR-Ministerium für Land- und Forstwirtschaft feststellte, lag die Leistungskapazität des Bauernwaldes um 40% unter der des Staatsforstes. Das Ministerium ordnete deshalb zu Beginn des Jahres 1950 an, umgehend bäuerliche Waldgenossenschaften bzw. Waldarbeitsgemeinschaften zu bilden, die jeweils ein »Bauernförster« betreuen sollte.³¹¹ Daraufhin machte unter der ländlichen Bevölkerung sofort das Gerücht die Runde: »Bauern, ihr werdet Euren Wald los!« Ein unkontrollierter Raubbau in den durch die Bodenreform aufgeteilten Waldstücken setzte ein. Nach Auskunft des Zauch-Belziger Kreisforstinstrukteurs kamen dadurch »unhaltbare Zustände« auf.³¹²

Bis Mitte März 1950 führte der Kreisforstinstrukteur persönlich in elf Orten Versammlungen durch, um die aufgeregten privaten Waldbesitzer zu beschwichtigen und sie für die Gründung von Waldarbeitsgemeinschaften zu werben.³¹³ In zwei Orten blieb er dabei ohne Erfolg. Mitte März 1950 umfassten die Waldarbeitsgemeinschaften im Landkreis erst 43 Orte mit 10 174 Hektar Forst, einen Monat darauf 61 Orte

306 Errechnet anhand der Angaben in: Landwirtschaftliches Adreßbuch der Rittergüter, Güter und Höfe der Provinz Brandenburg, S. 178f.

307 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 219.

308 Vgl. ebenda, Bl. 111f.

309 Ebenda, Bl. 96. Aus dem Jahr 1950 datiert allerdings noch eine weitere, abweichende Statistik, nach der 25 939 ha Staatswald, 9367 ha Körperschaftswald u. 37 266 ha Privatwald waren; ebenda, Bl. 219.

310 Ebenda, Bl. 109.

311 Vgl. ebenda, Nr. 853, Bl. 2.

312 Ebenda, Bl. 19.

313 Ebenda, Bl. 25.

mit 11 622 ha.³¹⁴ Im Juli des Jahres war der private Waldbesitz in 75 Kommunen in Arbeitsgemeinschaften vereinigt, aber in 70 Orten sträubten sich die Landwirte mehrheitlich immer noch.³¹⁵ Hier musste in der Folgezeit verstärkter administrativer Druck ausgeübt und »Überzeugungsarbeit« geleistet werden, um die Anordnung des Ministerium für Land- und Forstwirtschaft umzusetzen.

Industrie

Im Vergleich zur Land- und Forstwirtschaft besaß das fabrizierende Gewerbe in Zauch-Belzig traditionell nur einen geringen Stellenwert. Bei den hiesigen industriellen Unternehmen handelte es sich fast durchweg um Klein- und Kleinstbetriebe der Holzverarbeitungsbranche, der Nahrungs- und Genussmittelindustrie sowie der Baustoffbranche (Ziegeleien).³¹⁶ Die Betriebe dienten vornehmlich der unmittelbaren Weiterverarbeitung der im Landkreise vorkommenden Rohstoffe bzw. erzeugten Agrarprodukte. Die Sägewerke im westlichen Teil des Kreises hatten sich seit dem 19. Jahrhundert auf den Zuschnitt von Grubenholz spezialisiert.³¹⁷ Glindow war dank seiner qualitativ ausgezeichneten, ergiebigen Tonverkommen und günstigen Lage zum Wasserstraßennetz seit Jahrhunderten einer der Hauptorte der märkischen Ziegeleiherstellung.³¹⁸ Eine überregionale Bedeutung aufgrund ihrer »Nischenprodukte« besaßen in den 1930er Jahren die J. Mehlich A.G. Präzisions-Rollenketten-Fabrik in Borkheide, die Vulkanfiber-Fabrik Martin Schmid Erben in Werder/Havel (in der späteren SBZ der einzige Vulkanfiber-Produzent überhaupt) sowie die Firma Dr. Kroeber&Sohn Wärmetechnische Messgeräte in Treuenbrietzen. Abgesehen von den Sägewerken konzentrierten sich die Betriebe in den Städten oder befanden sich in Dörfern nächst den Eisenbahnlinien.

Treuenbrietzen und die Kreisstadt Belzig hatten im Rahmen der (zuerst noch verdeckten) deutschen Aufrüstung in den 1920/30er Jahren eine schlagartige Industrialisierung erfahren.³¹⁹ Seit März 1924 war in einer Treuenbrietzener Fertigungsstätte mit dem Tarnnamen »Metallwarenfabrik« Infanteriemunition produziert worden. Aus diesen Anfängen erwuchs der Rüstungskonzern Kopp & Co. m.b.h. Im Jahr 1928 errichtete er die Munitionsfabrik Werk A Sebaldushof (auch Stammwerk genannt) in Treuenbrietzen. 1933 kam das ebenfalls in Treuenbrietzen gelegene Werk S Selterhof dazu. In Belzig baute Kopp & Co. 1934/35 das Werk Roederhof, das später wiederholt erweitert und somit zum größten Munitionsbetrieb des Konzerns werden sollte. Zu Zeiten höchster Kapazitätsauslastung während der Kriegsjahre dürften in den drei Werken zusammen an die 8000 Menschen gearbeitet haben, darunter KZ-Häftlinge, ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene.

314 Ebenda, Bl. 23 u. Bl. 47.

315 Vgl. ebenda, Bl. 57–59.

316 Vgl. ebenda, Nr. 81, Bl. 226.

317 Bamberg: Heimatkunde des Kreises Zauch-Belzig, S. 8.

318 Ebenda, S. 36; Heinrich: Berlin und Brandenburg, S. 198.

319 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 165, Bl. 76; Dorbritz: »Der Krieg soll verflucht sein«, passim.

Die Industriebetriebe in Zauch-Belzig überstanden die Kampfhandlungen bei Kriegsende fast schadlos bis auf wenige Ausnahmen (z.B. die »Kurmärkische Papierfabrik« Treuenbrietzen, die stark zerstört wurde³²⁰). Mit dem Befehl Nr. 9 vom 21. Juli 1945 ordnete die Sowjetische Militäradministration in Deutschland die sofortige Wiedereingangssetzung der Industrie in der SBZ an.³²¹ Jedoch stockte vielerorts die Ausführung dieses Befehls. Am 6. September 1945 verlangte Oberlandrat Koltzenburg im Auftrag des sowjetischen Verwaltungsbezirks-Kommandanten Gorochow von den Landräten und Oberbürgermeistern des Bezirkes Brandenburg/Havel, sofort zu überprüfen, warum der Befehl Nr. 9 nicht ausgeführt wurde. Alle Unternehmen müssten inganggesetzt werden, und alle Betriebe, die »herrenlos« seien, müssten bis 15. September einen Leiter bekommen. Der Oberlandrat verlangte außerdem, dass ebenfalls bis zum 15. September alle Industriearbeiter einer Beschäftigung zugeführt würden.³²² Der damalige Zauch-Belziger Landrat Friedrich Menz antwortete ihm am 12. September, »herrenlose« Betriebe seien in seinem Kreis nicht vorhanden. Alle Betriebsinhaber hätten mit ihrem Personal ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Eine Einmischung örtlicher Kommandanten in Belange der Industrie sei ihm nicht bekannt. Dagegen hätten sie bei Ingangsetzung der Industrie des Kreises alle möglichen Unterstützungen geleistet. Alle Industriearbeiter in Zauch-Belzig seien einer Beschäftigung zugeführt worden.³²³

Das Schreiben des Landrats entsprach – ob gewollt oder ungewollt – nicht den Tatsachen. Die einzigen größeren Betriebe im Kreis, nämlich die drei Werke von Kopp & Co., standen still. Die drei Munitionsfabriken waren selbstredend von den Sowjets sofort unter Beschlag gestellt worden und hatten eine Produktion nicht wieder aufgenommen. Auch die Fleischfabrik Erich Jakobik in Elsholz arbeitete nicht, weil es an Schlachtvieh fehlte³²⁴, und die Werkzeugfabrik Dr. Müller in Werder war »herrenlos«, da ihr Eigentümer mit dem Einmarsch der Roten Armee verschwand.³²⁵

Der Reorganisation wirtschaftlicher Kreisläufe stellten sich in Zauch-Belzig wie überall in der SBZ zahlreiche Hindernisse entgegen:

- Es gab weder eine funktionierende Wirtschaftslenkung noch funktionierende Wirtschaftskreisläufe.

320 Siehe BLHA, Rep. 271 VVB Eisen und Metall, Nr. 319.

321 Abschrift des Befehls in: BLHA, Rep. 230 Oberlandratsamt Brandenburg (Havel), Nr. 1, Bl. 10–12. Der Text des Befehls ist abgedruckt in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 72–75. Zum Befehl s. etwa Matschke: Die industrielle Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone, S. 142f. In Brandenburg übernahm die Abteilung Wirtschaft u. Verkehr der Provinzialverwaltung die Verantwortung für die Umsetzung des Befehls; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 245. Die Besatzungsmacht bemühte sich hauptsächlich im Interesse ihrer eigenen Reparationsansprüche u. aus einem pragmatischen Verständnis der Situation heraus um das rasche Ankurbeln der SBZ-Industrie; Karlsch: Allein bezahlt?, S. 170.

322 BLHA, Rep. 230 Oberlandratsamt Brandenburg (Havel), Nr. 1, Bl. 7f.

323 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 103, Bl. 3.

324 Dies geht aus mehreren Dokumenten im Nachlass A. Sturm (Elsholz) hervor.

325 Vgl. KrA PM, 49.012/8.

- Der Zustrom von Flüchtlingen, Vertriebenen und Kriegsgefangenen sowie der Abzug der Fremdarbeiter machten einen Überblick über Bevölkerungsverhältnisse und Arbeitskräftereserven zunächst unmöglich; viele Spezialisten und Facharbeiter befanden sich in Gefangenschaft.
- Die Arbeitsmotivation war nach dem Schock der Niederlage und der anschließenden extremen Notlage und Geldentwertung weitgehend zusammengebrochen.
- In den Betrieben gab es häufig Fälle von Diebstahl und Schieberei.³²⁶

Den schwerwiegendste Engpass stellte das Verkehrswesen dar.³²⁷ Durch Luftangriffe und Brückensprengungen während des Krieges verursachte Zerstörungen sowie – nach Kriegsende sofort einsetzende – Demontagen z.B. von Eisenbahngleisen³²⁸ und eine ausgiebige Beanspruchung des verbliebenen Lokomotiven- und Waggonparks für die Zwecke der Besatzungsmacht ergänzten sich in ihrer Wirkung unheilvoll.

Die meisten Zauch-Belziger Betriebe besaßen insofern einen Vorteil, dass sie die benötigten Rohstoffen aus ihrer unmittelbaren Umgebung bezogen. Eine Firma wie das Messgerätekwerk Kroeber&Sohn in Treuenbrietzen hatte hingegen größte Schwierigkeiten, Kupferrohr und anderes Material für die Produktion heranzuschaffen³²⁹ und alte Geschäftskontakte wieder zu knüpfen.

Die sowjetischen Demontagen dünnten die sowieso schon geringe Industriedichte des Kreises aus (s. unten). Im August 1947 wurde die Zahl der industriellen Firmen Zauch-Belzigs mit 199 beziffert.³³⁰ Hier hatte man allerdings offensichtlich die demontierten Werksanlagen hinzugezählt sowie auch Unternehmen, bei denen es sich faktisch nur um Handwerksbetriebe handelte. Laut einer Erhebung des statistischen Landesamtes vom September 1948 waren im Kreis Zauch-Belzig 125 der insgesamt 2845 Industriebetriebe Brandenburgs ansässig, womit der Kreis, gemessen an der Betriebsanzahl, in der Reihenfolge der 30 brandenburgischen Stadt- und Landkreise immerhin den neunten Platz belegte.³³¹ Die Zahl von 125 Betrieben konnte indes auch nur durch die über 40 Sägewerke³³² des Kreises erzielt werden. Bei der anhand der Beschäftigtenzahlen bestimmten Industriedichte belegte Zauch-Belzig nur den 27. und damit viertletzten Platz: ganze 2793 Einwohner³³³ arbeiteten in den im Kreis ansässigen Fabriken, womit im Durchschnitt von je 49 Einwohnern ein einziger in

326 Vgl. dazu etwa Zank: Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission, S. 253f.

327 Vgl. Zank: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 23–25.

328 Zur Demontage von Eisenbahnanlagen s. Karlsch: Allein bezahlt?, S. 81f. Vollends absurd ist die Behauptung von Barthel: Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, S. 100, die Demontage von Eisenbahnverkehrsanlagen habe nur wenig Einfluss auf die Leistungsfähigkeit des SBZ-Verkehrswesens gehabt. Noch nach 1990 konnten aufmerksame Beobachter das Fehlen des zweiten Gleises auf Bahnstrecken im Gebiet der früheren DDR erkennen.

329 Siehe BLHA, Rep. 206, Nr. 1205, passim.

330 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 224.

331 BLHA, Rep. 202 E, Nr. 75, Bl. 2.

332 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 545, Bl. 90–98.

333 Die in den Industriebetrieben Potsdams u. der Stadt Brandenburg/Havel beschäftigten Einwohner Zauch-Belzigs wurden hier nicht miteinberechnet.

Tabelle 4

Jährliche Produktionswerte der Zauch-Belziger Industrie in einem Rechenschaftsbericht aus dem Jahr 1950 der Industrieabteilung des Landratsamtes

Jahr	Produktionswert in Mark	Steigerungsrate zum Vorjahr in %
1945	980 000	- - - ³³⁷
1946	7 210 000	- - -
1947	10 661 000	47,9
1948	14 392 511	35,0
1949	20 473 790	42,3

der Zauch-Belziger Industrie beschäftigt war.³³⁴ Wie vergleichsweise gering die Beschäftigtenzahl in der Industrie ausfiel, wird auch daran deutlich, dass 1948 im Kreis allein über 30 000 Personen in der hiesigen Landwirtschaft und über 5000 Personen in hiesigen Handwerksfirmen³³⁵ arbeiteten.

In einem Rechenschaftsbericht aus dem Jahre 1950³³⁶ bezifferte die Industrieabteilung des Landratsamtes die jährlichen Produktionswerte der Zauch-Belziger Industrie wie in Tabelle 4 dargestellt.

Demnach verzeichnete man zwischen 1946 und 1949 jährliche Steigerungsraten von 35 bis knapp 48 Prozent. Jedoch bieten diese Angaben kein realistisches Bild. Man konnte zwar z.B. 1946 den Erfolg verbuchen, die Industrieproduktion des Kreises trotz aller Widrigkeiten wieder halbwegs inganggesetzt zu haben, wie es auch in ganz Brandenburg innerhalb eines Jahres nach Kriegsende gelang, die Produktivität der Industrie um ein Vielfaches zu steigern.³³⁸ Aber bei den obigen Werten für 1945 bis 1947 dürfte es sich lediglich um grobe und »optimistische« Schätzungen gehandelt haben, da genaueres statistisches Material nicht verfügbar war. Zudem sind die Angaben in Mark generell wenig aussagekräftig aufgrund des Währungsverfalls und der 1948 durchgeführten Währungsumstellung. Auch war es SBZ-weit üblich, dass Betriebe Preiserhöhungen erreichten, indem sie leicht abgewandelte Produkte als Neuanfertigungen ausgaben und sich für diese neue Preise genehmigen ließen.³³⁹ Und höhere Produktpreise steigerten automatisch den Produktionswert. Keine Verwaltung verfügte über genauere Unterlagen zum Ausmaß derartiger Preissteigerungen. Diese Unkenntnis über das wirkliche Preisniveau relativierte bereits 1946 die Aussagekraft der Produktionsstatistiken und Planerfüllungsberichte.³⁴⁰

334 BLHA, Rep. 202 E, Nr. 75, Bl. 1.

335 Landrat Sydow gab 1948 die Beschäftigtenzahl im Handwerk mit 5280 an; vgl. BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 3, Bl. 67.

336 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 69.

337 Der Produktionswert für 1945 kann hierbei nicht berücksichtigt werden, weil es sich bei ihm nur um eine grobe Schätzung für die zweite Jahreshälfte 1945 handelt.

338 Ribbe: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR, S. 711. Laut Zank: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 22f., war insbesondere dank umfangreicher Kapazitätsreserven der Start des industriellen Wiederaufbaus im SBZ-Gebiet überraschend erfolgreich.

339 Vgl. dazu Holzwarth: Die Anfänge der zentralen Wirtschaftsplanung in der SBZ, S. 258.

340 Ebenda.

Mitte 1948 setzte die langfristige Wirtschaftsplanung in der Sowjetischen Besatzungszone und nachmaligen DDR ein.³⁴¹ Die von der DWK erarbeiteten Pläne (Halbjahrplan für die zweite Jahreshälfte 1948, Zweijahrplan 1949/50) wurden zur Richtschnur der ökonomischen Aktivitäten in der SBZ.³⁴² Zusammen mit Einführung des Stück- und Leistungslohns (SMAD-Befehl Nr. 234 vom 9. Oktober 1947³⁴³) und mit der »Aktivisten«-Bewegung (Kampagne zur individuellen Übererfüllung von Produktionsnormen) sollte die zentrale Planwirtschaft den staatlichen (»volkeigenen«) Wirtschaftssektor stärken.³⁴⁴ In der Tat konnte die DWK bzw. die DDR-Regierung bis Ende 1949 eine Reihe von, wenn auch bescheidenen Erfolgen verbuchen, Produktion und Lebensstandard stiegen.³⁴⁵

Die Planvorgaben für die Betriebe sprengten indes oftmals den Rahmen ihrer realen Möglichkeiten. Unter anderem musste sich das Ziegelwerk Glindow, von dem man mit Blick auf das Neubauernbauprogramm höchste Produktionsziffern verlangt hatte, am 29. August 1949 wegen Planrückständen offenbaren:

Unser Werk ist mit der Sollauflage zu scharf eingeplant worden. Das Soll hätte nur erfüllt werden können, wenn das Werk von Beginn der Saison an mit 2 Pressen voll gearbeitet hätte. Das war nicht möglich [...]. In den Monaten Mai und Juni war fast alle Tage Regenwetter. Da wir als Saisonbetrieb in der Fertigung und Trocknung von der Witterung abhängig sind, kamen wir dadurch sehr in Rückstand. [...] der 2. Ringofen konnte nicht in Betrieb genommen werden. Der Zugang zum 2. Ringofen ist gesperrt, weil die Besatzungsmacht unsere Wirtschaftsgebäude bewohnt.³⁴⁶

Enteignung und Verstaatlichung Zauch-Belziger Betriebe

Auf Grundlage von SMAD-Befehlen vom Oktober 1945 waren im Kreis Zauch-Belzig rund 100 Unternehmen unter Sequestration gestellt worden.³⁴⁷ Durch branden-

341 Siehe dazu, v.a. auch was die Mängel der Wirtschaftsplanung betrifft, die Darstellungen von Holzwarth: Die Anfänge der zentralen Wirtschaftsplanung in der SBZ, insbesondere S. 254f., 257f., 263f. u. S. 267–269; Matschke: Die industrielle Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone, S. 171–175; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 2, S. 674–680; Zank: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 101–104.

342 Zank: Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission, S. 269.

343 Der Text des Befehls ist u.a. (auszugsweise) abgedruckt in: Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, S. 509f. Zum Befehl s. etwa Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 371–373.

344 Der Zweijahrplan 1949/50 war laut Roesler: Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, S. 5, in »sozialökonomischer Hinsicht« auf die beschleunigte Entwicklung dieses Sektors ausgerichtet.

345 Zank: Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission, S. 275. Siehe auch Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 2, S. 715f.

346 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 545, Bl. 175.

347 Sequestrierte Betriebe im Kreis waren u.a.: Volt GmbH Elektrotechnische Fabrik in Werder, Dr. Wilhelm Müller Werkzeugfabrik in Werder, Vulkanfiber-Fabrik Martin Schmid Erben in Werder, Dr. Kroeber&Sohn Wärmetechnische Messgeräte in Treuenbrietzen, J. Mehlich AG Präzisions-Rollenketten in Borkheide, Hageda AG Arzneimittelgroßhandlung in Werder, Saprofel GmbH Schmierfettfabrik in Götz, Schlossbrauerei Wiesenburg, Spiritus-Brennerei in Wiesenburg, Erich Jakobik Fleischwarenfabrik in Elsholz bei Beelitz, Drenker&Ritter Konservenfabrik in Beelitz,

burgische Provinzialverordnungen vom August 1946 wurde die Hälfte dieser treuhandverwalteten Firmen auch formal enteignet und zumeist in Landeseigentum (in »Volkseigentum«) übergeführt.³⁴⁸ Anfang 1948 befanden sich wegen »ungeklärter Besitzverhältnisse« u.a. noch die Firma Ressel Mineralwasserfabrik und Bierverlag Werder/Havel³⁴⁹ in treuhändlerischer Verwaltung. Mit dem auf Vorschlag der DWK erlassenen SMAD-Befehl Nr. 64³⁵⁰ vom 17. April 1948 wurde das Sequestrationsverfahren³⁵¹ in der Sowjetischen Besatzungszone beendet. Eine Übergangslösung auf dem Weg zur umfassenden Verstaatlichung der gewerblich-industriellen Wirtschaft in der SBZ/DDR fand damit ihren Abschluss.³⁵²

Im Ergebnis waren in Zauch-Belzig 54 beschlagnahmte Unternehmen enteignet worden, 31 gingen an ihre Besitzer zurück³⁵³, und mindestens 13 blieben weiterhin treuhandverwaltet³⁵⁴, weil sie ausländischen Staatsbürgern gehörten oder ausländisches Kapital an ihnen beteiligt war. Unter den 54 enteigneten Firmen befanden sich ca. 30 industrielle Unternehmen, die zu quasi-staatlichen »Volkseigenen Betrieben« (VEB) wurden.³⁵⁵ Zu den VEB zählten im Jahr 1949:

- AVZ Arznei- und Verbandsmittelzentrale Werder (vormals Hageda AG)
- Brauerei Wiesenburg (vormals Schlossbrauerei)
- Edelmostkellerei Werder/Havel
- Fleischwarenfabrik Elsholz (vormaliger Besitzer Erich Jakobik)
- Konservenfabrik Beelitz/Mark (vormals Drenker & Ritter)
- Sägewerk Belzig (vormaliger Besitzer Hermann Steinhaus)

Erich Stude Konservenfabrik in Beelitz, Friesecke&Höpfner Technische Werkstatt in Borkheide, Gesellschaft für Reichseigene Lagerbetriebe mbH in Niemeck, Edelmostkellerei in Werder, Kurmärkische Papierfabrik in Treuenbrietzen, sowie vier Baufirmen, fünf Sägewerke und drei Ziegeleien; zusammengestellt anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 206, Nr. 332, insbesondere Bl. 6f., Bl. 13f., Bl. 24, Bl. 29f., Bl. 30, Bl. 32, Bl. 37 u. Bl. 40; ebenda, Nr. 372, insbesondere Bl. 13f., Bl. 21f., Bl. 31, Bl. 36f., Bl. 39, Bl. 44f., Bl. 56, Bl. 59, Bl. 65, Bl. 70, Bl. 72, Bl. 77, Bl. 84, Bl. 87, Bl. 89, Bl. 97, Bl. 100, Bl. 105, Bl. 109, Bl. 116, Bl. 122 u. Bl. 124.

348 Zu den 1946 als sowjetisches Staateigentum deklarierten u. zu »Sowjetischen Aktiengesellschaften« zusammengefassten deutschen Unternehmen gehörte kein Betrieb in Zauch-Belzig.

349 Vgl. BLHA, Rep. 206, Nr. 540, Bl. 5.

350 Veröffentlicht in: Zentralverordnungsblatt, Nr. 15 (1948), S. 140–142. Der Text des Befehls ist abgedruckt in: Sobotka: Wiedergutmachungsverbot?, S. 733f.; Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 620–622.

351 Eine umfassende, jedoch tendenziöse Darstellung (aus SED-Sicht) zum Sequestrationsverfahren in der SBZ findet sich bei Krause: Die Entstehung des Volkseigentums, S. 46–64. Eine Darstellung aus westlicher Sicht bietet Matschke: Die industrielle Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone, S. 145–154. Bei Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 253–278 u. 284–292, Bd. 2, S. 557–560, einer neueren Arbeit (2001/02), wird das Sequestrationsverfahren im Land Brandenburg dargestellt.

352 Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 292.

353 Vgl. Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, S. 315; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 9; Hartisch: Die Enteignungen von »Nazi- und Kriegsverbrechern«, S. 35.

354 Anfang 1950 befanden sich 13 Unternehmen im Kreis in Treuhandschaft; s. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 9.

355 Laut einer Statistik von 1950 wurden bis Ende 1949 im Kreis 30 Privatbetriebe in »Volkseigentum« übernommen; s. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 225. Im März 1949 hatten erst 19 VEB im Landkreis existiert; s. ebenda, Nr. 546, Bl. 45–47.

- Sägewerk Lehnin-Ost (vormals Sägewerk Kraus & Ebert)
- Sägewerk Lehnin-West (vormals Sägewerk Robert Rüttel K.G.)
- Sägewerk Pernitz (vormals Pernitzer GmbH)
- Sägewerk Ragösen (vormaliger Besitzer Georg Spieseke)
- Sapropel Schmierfettfabrik Götz³⁵⁶
- Steingutfabrik Lehnin
- Messgeräthewerk Treuenbrietzen (vormals Dr. Kroeber & Sohn)
- Ziegelwerk Glindow am See (vormals Ziegelei C. O. Wegener AG).³⁵⁷

Der größte Betrieb von diesen und im Kreis überhaupt war die Fleischfabrik Elsholz mit 160 Beschäftigten.³⁵⁸ (In den 1930er Jahren hatte das Kopp-Werk Roederhof in Belzig allein schon das Zehnfache an Beschäftigten.)

Mit dem Befehl Nr. 64 endete zwar die Beschlagnahme auf Grundlage der SMAD-Anordnungen vom Oktober 1945. Der Befehl untersagte aber beileibe nicht weitere Betriebsenteignungen und -verstaatlichungen, die es in der Tat auch danach noch gab.³⁵⁹

Die staatlichen Betriebe machten nicht ganz ein Viertel der im Kreis ansässigen industriellen Unternehmen aus. Sie besaßen trotzdem schon ein wirtschaftliches Übergewicht gegenüber den Firmen im Besitz von Privatleuten oder Körperschaften. Der VEB-Sektor hatte im Jahr 1948 einen Anteil von 56,5% an der industriellen Produktion in Zauch-Belzig, im Jahr 1949 von 53,2% und im Jahr 1950 von 64,7%.³⁶⁰

Demontage und Reparationslieferungen aus laufender Produktion

Mit dem Kriegsende begannen die Sowjets in Deutschland die systematische Demontage industrieller und verkehrstechnischer Anlagen und deren Abtransport in die Sowjetunion.³⁶¹ Die Hochphase der Demontage kam nach August 1945, nachdem die Alliierten sich in der Frage gesamtdeutscher Reparationen nicht einigen konnten. Da die Sowjets nunmehr davon ausgehen mussten, dass sie keine Reparationslieferungen aus den westlichen Besatzungszonen erhielten, suchten sie ihre Ansprüche aus der eigenen Zone zu befriedigen. Beim Abbau der technischen Einrichtungen ging man sowjetischerseits rigoros vor. Moskau rechnete damit, im Zuge eines Friedensschlusses

356 Wurde urkundlich am 15.7.1948 für endgültig enteignet erklärt; BLHA, Rep. 271 VVB Chemie, Papier, Nr. 103.

357 Zusammengestellt anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 206, Nr. 540, Bl. 3f., Bl. 12, Bl. 14–16, Bl. 19 u. Bl. 24.

358 Vgl. ebenda, Bl. 3.

359 Vgl. Beck: Die Konfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 106–108.

360 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 545, Bl. 57. Es war ein wirtschaftspolitisches Ziel der zentralen langfristigen Wirtschaftsplanung, dem VEB-Sektor gegenüber den Privatbetrieben ein höheres Gewicht zu verschaffen, weshalb die VEB bevorzugt mit materiellen u. personellen Ressourcen auszustatten waren; Zank: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 102.

361 Zum Folgenden vgl. Fisch: Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 96f. u. 188; Karlsch: Allein bezahlt?, S. 55–58 u. 60–63; Laufer: Politik und Bilanz der sowjetischen Demontagen, S. 40 u. 45–55; Matschke: Die industrielle Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone, S. 69–78 u. 184–188; Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 215 u. 227–232.

schon bald die direkte Kontrolle über das östliche Deutschland aufgeben zu müssen. Also schien es wohl klüger, all das zu greifen, was gerade zu greifen war.³⁶²

Eine deutsche Wiedergutmachung für die immensen materiellen Schäden, welche die Sowjetunion im Krieg erlitten hatte, stand moralisch völlig außer Diskussion und im Einklang mit dem Völkerrecht.³⁶³ Allerdings verlor die SBZ-Industrie durch Demontagen mehr von ihrer Substanz als zuvor durch unmittelbare Kriegseinwirkungen.³⁶⁴ Der Abbau von Betriebsanlagen brachte eine erhebliche Deindustrialisierung der Zone. In manchen Branchen kamen die Demontagen einem Kahlschlag gleich.³⁶⁵ In den Jahren 1945 und 1946 wurden die Maschinen und Anlagen von über 3000 Betrieben in der SBZ ganz oder teilweise abgebaut und in die Sowjetunion verfrachtet.³⁶⁶ Die Demontagen banden zudem in großer Zahl Arbeitskräfte. So musste z.B. aufgrund eines Befehls der SMA Brandenburg vom 27. Dezember 1945³⁶⁷ eine Kleinstadt wie Beelitz mit nicht einmal 6000 Einwohnern innerhalb von drei Tagen 700 Mann für Demontagearbeiten auf die Beine bringen.³⁶⁸ Dass die Wirtschaft der SBZ dennoch die unmittelbaren Demontagefolgen ziemlich rasch überwinden konnte, war dem großen Aufbauwillen der Bevölkerung zu verdanken.³⁶⁹

Im Kreis Zauch-Belzig wurden laut Bericht der sowjetischen Kreiskommandantur 21 Industriebetriebe bzw. Wirtschaftsobjekte demontiert, darunter die Firmen Friesecke & Höpfner Technische Werkstätten Borkheide, Dr. Müller Werkzeugfabrik

362 Fisch: Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 105; Karlsch: Allein bezahlt?, S. 85; Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, S. 106.

363 Karlsch/Laufer: Die sowjetischen Demontagen in der SBZ, S. 20.

364 Fisch: Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 201; Karlsch: Allein bezahlt?, S. 89; ders.: Umfang und Struktur der Reparationsentnahmen aus der SBZ/DDR, S. 46. Vgl. auch die Tabelle in: ebenda, S. 51. Zu Recht widerspricht Karlsch entschieden der relativierenden These von Zank: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 22, die sowjetischen Demontageaktionen hätten bei weitem nicht den Umfang gehabt, der ihnen gemeinhin in der Literatur zugeschrieben werde. Die Behauptung von Barthel: Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, S. 96, es seien vornehmlich (reine) Rüstungsbetriebe demontiert worden, deckt sich ebenso nicht mit den Tatsachen. Zu Auswirkungen der Demontagen s. Matschke: Die industrielle Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone, S. 189–200.

365 Freilich befand sich die sowjetische Wirtschaft 1945/46 in einer noch schlimmeren Notlage als die der SBZ; Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 215; s. auch Barthel: Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, S. 92–95. Für die DDR-Geschichtswissenschaft waren die sowjetischen Demontagen ein heikles Thema; vgl. Karlsch/Laufer: Die sowjetischen Demontagen in der SBZ, S. 24. Aus politischen Gründen versuchte man sie – sofern sie nicht einfach ignoriert wurden – zu relativieren und ihre Auswirkungen herunterzuspielen. So ist bei Krause: Die Entstehung des Volkseigentums, S. 98, zu lesen, die Demontagen hätten nicht den Charakter der SBZ als industriell hochentwickeltes Land gefährdet; Einschätzungen über Gefahren der Demontagen hätten von »bürgerlichen Wirtschaftsexperten« gestammt, »die meistens nicht in der Lage waren, die Situation richtig einzuschätzen.« Bei Barthel: Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, S. 37–68, werden die Kriegszerstörungen überbetont, hingegen ebenda, S. 96–106, Gewicht u. Auswirkungen der Demontagen/Reparationen ebenfalls heruntergespielt.

366 Karlsch/Laufer: Die sowjetischen Demontagen in der SBZ, S. 28.

367 Der Text dieses Befehls Nr. 92 ist abgedruckt in: Geßner: Befehle der Sowjetischen Militäradministration des Landes Brandenburg, S. 136–138.

368 Vgl. ebenda, S. 137.

369 Karlsch: Allein bezahlt?, S. 92.

Werder/Havel, Sägewerk Waldmühle Wiesenburg, J. Mehlich A.G. Präzisions-Rollenketten-Fabrik Borkheide, Kurmärkische Papierfabrik Treuenbrietzen, Druckerei Alexander Mallwitz Belzig sowie die zu Kopp & Co. gehörenden drei Werke Roederhof Belzig, Selterhof und Sebaldushof Treuenbrietzen.³⁷⁰ Mit den Demontagearbeiten sollen über längere Zeit täglich mehr als 5000 Personen beschäftigt gewesen sein.³⁷¹ Allein der Abbau der drei Kopp-Werke verringerte das Industriepotential im Kreis um über die Hälfte. Die Firmen Dr. Müller Werkzeugfabrik Werder³⁷² und Frießecke & Höpfner Borkheide³⁷³ wurden später, weil sämtlicher Produktionsmittel verlustig gegangen, liquidiert.³⁷⁴ Die Kurmärkische Papierfabrik Treuenbrietzen war bei den letzten Kriegshandlungen durch Beschuss stark beschädigt worden und brannte anschließend aus. Noch brauchbare Maschinen und Anlagen der Fabrik wurden 1945/46 durch die Rote Armee demontiert, die Gebäudereste 1947 zur Baustoffgewinnung abgebrochen.³⁷⁵ (Dies bedeutete das Ende der Papierherstellung im Kreis, ein Gewerbe mit Jahrhunderte langer Tradition in der Zauche und in der Belziger Region.) Auf einem Teil des Firmenareals von J. Mehlich in Borkheide richtete man 1947 einen Holzverarbeitungsbetrieb ein, wozu ein Rest der nicht in die Sowjetunion abtransportierten Maschinen verwendet wurde. Was an vorhandenen Maschinen zur Holzverarbeitungsbetrieb nicht gebraucht werden konnte, kam 1949 in den VEB Werkzeugmaschinen und Gerätebau Velten.³⁷⁶

Die Anlagen der drei Munitionsfabriken von Kopp & Co. in Belzig und Treuenbrietzen fielen sehr schnell der Demontage anheim.³⁷⁷ Das Werk Roederhof, die größte der drei Fabriken, wurde im Juli/August 1945 demontiert. Im Herbst 1945 gab es Überlegungen, in einigen der nunmehr leerstehenden, modernen und immer noch intakten Hallen des Werkes mehrere neue Fabrikationsbetriebe anzusiedeln. Jedoch lag bis März 1946 keine Freigabe für das Werksgelände vor. Und die Pläne mussten nach Ablauf eines weiteren Jahres völlig aufgegeben werden. Denn Ende März/Anfang April 1947 wurden sämtliche Fabrikgebäude des Roederhofs durch die Besatzungsmacht

370 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 545, Bl. 9–14; Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 46f. Die Betriebsdemontagen im benachbarten Stadtkreis Brandenburg/Havel, von denen auch im nördlichen Teil Zauch-Belzigs wohnende Arbeitnehmer unmittelbar betroffen waren, werden ausführlich behandelt in: Müller: Demontagen, gesellschaftliche Transformation und industrieller Strukturwandel in Brandenburg (Havel), S. 383–392; s. auch Stahl und Brennabor, passim. Zu den Demontagen im Nachbarstadtkreis Potsdam s. Uhlemann: Neubeginn in Potsdam, S. 308.

371 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 47.

372 Die Firma hatte Diamant-Metall-Werkzeuge für die optische u. Glas-Industrie gefertigt u. war auf Grundlage des SMAD-Befehls Nr. 124 am 8.12.1945 als »herrenlos« beschlagnahmt worden; s. KrA PM, 49.012/8.

373 Eine Zweigniederlassung des Flug-Funkwerks Frießecke&Höpfner Potsdam-Babelsberg.

374 Offensichtlich existierten die beiden Unternehmen im Jahre 1949 nur noch auf dem Papier. Die VVB-Landesverwaltungen, der sie formal unterstanden, wollten damals deren Betriebsareale abstoßen; vgl. BLHA, Rep. 206, Nr. 540, Bl. 23 u. 27.

375 Siehe BLHA, Rep. 271 VVB Eisen u. Metall, Nr. 319, passim.

376 Siehe ebenda, Nr. 215, passim.

377 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 658, Bl. 229–231; ebenda, Rep. 330, Nr. 165, Bl. 73–78; Dorbritz: »Der Krieg soll verflucht sein«, passim.

gesprengt³⁷⁸ – gemäß der (vagen) Übereinkunft der Siegermächte auf der Potsdamer Konferenz, deutsches Industriepotential für die Kriegsproduktion, das nicht entfernt werden konnte, zu vernichten.³⁷⁹ Im Jahr 1952 verwendete man Betonschotter vom gesprengten Werk für den Unterbau der Laufbahn im neuen Belziger Sportstadion.³⁸⁰ Die Demontage der Kopp-Werke in Treuenbrietzen zog sich bis in den Herbst 1946 hin. Am 13. September 1946 befahl der sowjetische Kreiskommandant dem Arbeitsamt Belzig, im Verlauf der nächsten zwei Wochen 300 Arbeitskräfte noch zum Abbau von Metallkonstruktionen bei Kopp & Co. in Treuenbrietzen abzustellen.³⁸¹ Die beiden Werke Sealdushof und Selterhof wurden wie das Werk Roederhof vor Mitte April 1947 gesprengt. Damit war Kopp & Co. im Kreis Zauch-Belzig getilgt. Laut einem Rapport der Kreiskommandantur von 1948 waren aus den drei Munitionsfabriken insgesamt 3000 Drehbänke, 3000 Tonnen Metallkonstruktionen, Dutzende Kräne sowie einige hundert Elektromotoren abtransportiert worden.³⁸²

Die Belziger Roederhof-Werkshallen zu sprengen, war unzweifelhaft ein Akt sinnloser Ressourcenverschwendung im Rahmen der »ökonomischen Entwaffnung« Deutschlands. Hunderte von ehemaligen Kopp-Beschäftigten, die gehofft hatten, im Roederhof wieder Arbeit zu finden und in den modernen Fabrikgebäuden zukünftig nicht-militärische Produkte herzustellen, sahen ihre Hoffnungen bitter enttäuscht.

Die Demontagen lösten allgemein bei den Arbeitern, insbesondere bei denen, die ihre eigenen Arbeitsplätze abbauen mussten, Wut und Frustration aus.³⁸³ Auch innerhalb der KPD bzw. SED, die von der Bevölkerung für die wirtschaftlichen Beutezüge der Sowjets mitverantwortlich gemacht wurde, erhoben sich Stimmen gegen das unerbittliche sowjetische Vorgehen.³⁸⁴ Bruno Brockhoff, Instrukteur der KPD-Bezirksleitung Brandenburg, sprach am 17. Juli 1945 vor Zauch-Belziger Kommunisten kritisch vom »Abtransport der Maschinen, der selbst unsere Genossen zur Verzweiflung bringt«,³⁸⁵ Auf einer Kreisdelegiertenkonferenz der Zauch-Belziger SED am 22. September 1946 äußerte der Delegierte Walter Rose (Ex-Sozialdemokrat), unter den Folgen den Demontagen habe nicht nur das deutsche Volk zu leiden, sondern es könne die Rote Armee auch nicht zufrieden sein. Rose legte den Finger

378 Siehe BLHA, Rep. 271 VVB Eisen u. Metall, Nr. 213.

379 Vgl. Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1 (1946), S. 14f. Zudem forderte ein sowjetisches Gutachten über die weiteren Aufgaben bei der industriellen Entwaffnung Deutschlands vom Mai 1946 die Vernichtung von bis zu 600 Industriebauten, aus denen die industriellen Ausrüstungen bereits entnommen waren; Laufer: Politik und Bilanz der sowjetischen Demontagen, S. 59.

380 BLHA, Rep. 206, Nr. 270.

381 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 94, Bl. 262.

382 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 10 u. 46.

383 Heß/Richter: Die Stadt Brandenburg im Jahr 1945, S. 212, erwähnen, dass es aufgrund dieser Gefühlslage bei Demontagarbeiten in Betrieben der Havelstadt häufiger zu Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern u. Rotarmisten kam.

384 Vgl. etwa Sattler: Demontagen und Reparationsentnahmen, S. 335f. Nur mit größtem Druck erreichte W. Ulbricht in der Parteiführung der KPD/SED die Akzeptanz der sowjetischen Reparationspolitik u. ein scheinbar geschlossenes Auftreten nach außen; Karlsch: Allein bezahlt?, S. 67.

385 BLHA, Rep. 330, Nr. 77, Bl. 2.

auf die offene Wunde, indem er sagte: »Reparationen lassen sich aber nur ausführen, wenn das deutsche Volk dazu fähig ist. Um Zahlungen leisten zu können, müssen Maschinen vorhanden sein, und vor allen Dingen, es muss eine Arbeiterschaft vorhanden sein, deren Ernährung so gestaltet wird, dass sie schwere Arbeit 8–10 Stunden aushält.«³⁸⁶ Kritische Äußerungen von KPD/SED-Funktionären gaben allerdings keinen Anlass für eine Modifikation der sowjetischen Besatzungspolitik.³⁸⁷

Im Frühjahr 1946 setzten sich in der sowjetischen Führungsriege die Demontagegegner durch, die Reparationen in Form der Entnahme aus der laufenden Produktion favorisierten. Trotzdem gab es auch danach immer noch den gezielten Abbau von industriellen Anlagen, der erst gegen Mitte 1948 tatsächlich endete.³⁸⁸ Der Kreis Zauch-Belzig hatte z.B. noch 1947 für die Demontage der Daimler-Benz-Werke Ludwigsfelde (Teltow) und der Schwartzkopff-Werke Wildau (Teltow) 237 bzw. 134 Arbeitskräfte abzustellen.³⁸⁹ Dabei war in der kommunistischen Presse schon im November 1945 (!) stolz verkündet worden, die Demontagarbeiten bei Schwartzkopff in Wildau seien eingestellt.³⁹⁰

Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion der SBZ/DDR erfolgten bis Ende 1953. Sie umfassten so ziemlich alle ostdeutschen Produkte.³⁹¹ R. Karlsch veranschlagt den Gesamtwert der (nachweisbaren) direkten und indirekten Lieferungen auf rund 15 Milliarden Reichsmark bzw. Mark.³⁹²

Die Zauch-Belziger Industrie hatte seit 1946 ihren Beitrag zu den Reparationslieferungen zu erbringen. Unter anderen gingen Messapparate, gefertigt von Dr. Kroeber & Sohn Treuenbrietzen³⁹³, Drehstrom-Motoren, hergestellt von der Firma Reinhold Schuster Maschinen-Fabrik Werder³⁹⁴, und Vulkanfiber-Platten und -Röhren aus der Fabrik Martin Schmid Erben Werder³⁹⁵ in sowjetische Hände. Die Inanspruchnahme der einzelnen Firmen durch Lieferungen für die Kriegsschädigung war unterschiedlich. Sehr hoch fiel sie für die Werderaner Vulkanfiber-Fabrik aus, die 1948 zu 95% für die Reparation arbeiten musste.³⁹⁶ Die Hauptlast

386 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 1, Bl. 17.

387 Karlsch: Allein bezahlt?, S. 54.

388 Siehe Fisch: Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 106 u. 188; Laufer: Politik und Bilanz der sowjetischen Demontagen, S. 56–62.

389 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 242.

390 Siehe Freundschaft – Werden und Wachsen, T. 1, S. 149.

391 Vgl. Fisch: Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 188–190; Karlsch: Allein bezahlt?, S. 169; Naimark: Die Russen in Deutschland, S. 26–240. Zu den von der brandenburgischen Wirtschaft gelieferten Reparationen aus laufender Produktion s. Sattler: Demontagen und Reparationsentnahmen, S. 358f. u. 363f.

392 Karlsch: Allein bezahlt?, S. 195f.

393 Unterlagen zu Reparationslieferungen von Dr. Kroeber & Sohn in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 533, Bl. 1–5; s. auch BLHA, Rep. 202 F, Nr. 2, Bl. 86.

394 Unterlagen zu Reparationslieferungen der Firma Reinhold Schuster in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 533, Bl. 91–144; s. auch BLHA, Rep. 202 F, Nr. 2, Bl. 63.

395 Unterlagen zu Reparationslieferungen der Vulkanfiber-Fabrik in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 533, Bl. 7–90.

396 BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 3, Bl. 72.

für die Reparationslieferungen trugen im Kreis allerdings die Holzsägewerke.³⁹⁷ Im ersten Quartal des Jahres 1947 war Zauch-Belzig beispielsweise verpflichtet, 5000 Festmeter Grubenholz zum Zwecke der Kriegsentschädigung an die Sowjets zu übergeben.³⁹⁸ Im vierten Quartal desselben Jahres hatten die Sägewerke des Kreises 12 000 Kubikmeter Schnittholz und 2200 Kubikmeter Schwellen als Reparationsleistung zu schneiden.³⁹⁹

Die Reparationspolitik der Sowjetunion war seit 1946 darauf ausgerichtet, die ostdeutsche Industrie anzukurbeln, um höchstmögliche Leistungen zu erzielen und mithin größtmögliche Reparationen herausziehen zu können.⁴⁰⁰ Es ging um eine Maximierung der Produktion, nicht um die Bestrafung der Besiegten. Die Sowjets waren am Erhalt der Arbeitskraft der Deutschen interessiert. Sie zeigten sich in dieser Hinsicht flexibel und sprangen notfalls kurzfristig mit Nahrungsmittel- und Rohstofflieferungen ein. Und Reparationsaufträge verringerten die Arbeitslosigkeit. Der Lebensstandard der Menschen in der SBZ allerdings blieb auf niedrigstem Niveau. Die ostdeutsche Industrie erfuhr keinen beschleunigten Wiederaufbau, sondern das Land musste weitgehend von der nach Krieg und Demontage noch vorhandenen Substanz leben, um die enormen Leistungen erbringen zu können. Der Produktionsapparat wurde auf Verschleiß gefahren, Investitionen blieben weitestgehend aus.⁴⁰¹

Verkehr und Transportwesen

Die wichtigsten Verkehrsadern, die den Landkreis Zauch-Belzig durchquerten, waren die Hauptstrecken der Deutschen Reichsbahn Berlin-Magdeburg und Berlin-Wetzlar, die Brandenburgische Städtebahn sowie die Reichsautobahnen 2 und 9. Die Schifffahrt spielte nur eine untergeordnete Rolle. Lediglich an der nördlichen Kreisgrenze hatte man mit der Havel eine Anbindung an eine schiffbare Wasserstraße.⁴⁰² Schiffsverlade- und -entladestellen gab es in den Havelorten Werder, Phöben, Alt Töplitz und Gollwitz sowie in Lehnin und Netzen, die über den Emsterkanal mit der Havel verbunden waren.⁴⁰³

Die durch den Krieg verursachten Schäden am Autostraßennetz des Kreises konnten teilweise recht schnell behoben werden. Laut einem Bericht⁴⁰⁴ vom Dezember 1945 waren zumindest die Reichsstraßen im Kreisgebiet wieder in vernünftigem Zustand.

397 Zu Reparationsleistungen durch die Sägewerke des Kreises s. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 544, passim.

398 Ebenda, Nr. 101, Bl. 83.

399 Ebenda, Nr. 100, Bl. 73.

400 Zum Folgenden vgl. Fisch: Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 107 u. 201; Matschke: Die industrielle Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone, S. 203; Zank: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 21.

401 Bis Ende der 1950er Jahre fand keine grundlegende Erneuerung der Produktionsanlagen in der DDR statt; Karlsch: Allein bezahlt?, S. 91.

402 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 78–80.

403 Ebenda, Nr. 172, Bl. 184.

404 In: ebenda, Nr. 182, Bl. 97f.

Die Autobahnbrücke bei Nahmitz war in den letzten Kriegstagen gesprengt worden, inzwischen war aber eine für eine Spur voll tragfähige Behelfsbrücke vorhanden. Damit konnte die den Kreis durchlaufende Teilstrecke der Autobahn 2 Berlin-Hannover komplett genutzt werden. Die Brücken im Zuge der Autobahn 9 Berlin-Leipzig hatte man hingegen noch nicht repariert, weshalb die Autobahn auf Anordnung der SMA von der Abfahrt Beelitz-Heilstätten bis zur Kreisgrenze für jeden Verkehr gesperrt war. Noch mindestens bis Juni 1947 blieben zwei Brücken der Reichsautobahn 9 im Amtsbezirk Groß Marzehns, ganz im Südwesten des Kreises, gesperrt.⁴⁰⁵

Wie aus einer im Jahre 1950 erstellten Verkehrswege-Analyse⁴⁰⁶ hervorgeht, waren auch diese beiden Autobahnbrücken mittlerweile wieder behelfsmäßig aufgebaut worden. Zauch-Belzigs Straßennetz umfasste seinerzeit 108 15 km Autobahn, 134 084 km Reichsstraßen (Reichsstraßen Nr. 1 Potsdam-Brandenburg/Havel, Nr. 2 Potsdam-Treuenbrietzen-in Richtung Leipzig, Nr. 102 Treuenbrietzen-Belzig-Brandenburg/Havel), 247 754 km Landstraßen 1. Ordnung und 150 852 km Landstraßen 2. Ordnung. Hinzu kamen gemeindeeigene Straßen und Wege, die nicht weiter quantifiziert wurden.

Der Kraftfahrzeugbestand im Kreis wuchs nach Kriegsende stetig wieder an. Dies ist insofern bemerkenswert, als es bis Anfang der 1950er Jahre eigentlich nur Fahrzeuge aus der Vorkriegsproduktion zu beschaffen gab. Am 10. August 1945 waren kreisweit lediglich 17 PKW (davon fünf reparaturbedürftig) und 21 LKW (davon zehn reparaturbedürftig) amtlich registriert.⁴⁰⁷ Daneben dürfte es seinerzeit eine größere Anzahl nicht-registrierter Kraftfahrzeuge gegeben haben. Ende des Jahres 1945 besaßen dann schon 90 PKW und 170 LKW in Zauch-Belzig eine behördliche Zulassung.⁴⁰⁸ Diese Zahlen steigerten sich bis Ende 1949 auf 437 PKW und 745 LKW.⁴⁰⁹ Von einer »Individualmotorisierung« konnte man beileibe nicht sprechen. 1949 lebten ca. 135 000 Menschen im Kreis⁴¹⁰, was bedeutete, dass auf 309 Einwohner ein PKW kam.

Am 25. März 1946 war zur Entwicklung des Güternah- und Fernverkehrs und zum Erhalt und zur Vermehrung des Kraftfahrzeugparks die Auto-Transportgemeinschaft (ATG) Brandenburg gegründet worden.⁴¹¹ Im Rahmen dieser Gründung richtete man eine ATG-Außenstelle Belzig mit acht Nebenstellen im Kreis ein.⁴¹² Die ATG war u.a. für Treibstoffzuteilungen im Kreisgebiet zuständig. Seit März 1949 koordinierte sie auch den gewerblichen Personenverkehr im Kreis.⁴¹³ Bis Mai 1946 waren der Autobusverkehr auf den Linien Werder-Lehnin-Belzig und Werder-

405 Vgl. ebenda, Nr. 172, Bl. 165.

406 In: ebenda, Nr. 81, Bl. 78–80.

407 Siehe ebenda, Nr. 527, Bl. 15.

408 Ebenda, Nr. 81, Bl. 92.

409 Ebenda.

410 Vgl. Ebenda, Bl. 23.

411 Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Nr. 7 (1946), S. 112.

412 Siehe BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 254.

413 Vgl. ebenda, Bl. 254f.

Lehnin aufgenommen worden sowie auf Veranlassung des Landrats – trotz Mangel an Fahrzeugen und Autoreifen – die Buslinien Beelitz-Treuenbrietzen-Niemegk-Belzig, Belzig-Treuenbrietzen-Beelitz-Potsdam und Wiesenburg-Belzig-Golzow-Brandenburg/Havel neu eingerichtet worden.⁴¹⁴ Bis 1949 schaffte man es, im Kreis ein halbwegs flächendeckendes und funktionierendes Netz von Buslinien mit sechs Omnibusunternehmen aufzubauen.⁴¹⁵

Zauch-Belzig hatte Anbindung an fünf Eisenbahnstrecken. Es handelte sich dabei um die drei Reichsbahnstrecken Berlin-Magdeburg, Berlin-Wetzlar (die so genannte Kanonenbahn) mit Abzweig nach Roßlau, Treuenbrietzen-Potsdam-Nauen sowie um die Brandenburgische Städtebahn Neustadt/Dosse-Brandenburg/Havel-Treuenbrietzen und um die Lehniner Kleinbahn Lehnin-Groß Kreutz.⁴¹⁶ Die Eisenbahnanlagen im Kreis stellten in den letzten Kriegswochen ein begehrtes Angriffsziel für die alliierten Flugzeuge dar. Die Bahnhöfe Belzig und Treuenbrietzen⁴¹⁷ und der große Verschiebebahnhof Seddin⁴¹⁸ wurden durch Luftangriffe zum Teil schwer beschädigt. Durch Brückensprengungen der sich zurückziehenden Wehrmachtstruppen hatten die Eisenbahnlinien zusätzlich Schäden erlitten.

Die Wiederaufnahme des Bahnverkehrs nach Kriegsende ging mit den nötigsten Reparaturen einher.⁴¹⁹ Laut einem Lagebericht der brandenburgischen Provinzialverwaltung vom 4. Juli 1945 war der Bahnhof Belzig inzwischen wieder hergerichtet worden, der Bahnhof Treuenbrietzen wurde noch aktuell instandgesetzt. (Die Instandsetzungsarbeiten in Treuenbrietzen sollten noch bis zum 18. Juli andauern.⁴²⁰) Zwischen Treuenbrietzen und Belzig verkehrten auf der Städtebahn-Trasse zeitweise Bauzüge, die auch für den öffentlichen Verkehr freigegeben waren. Laut Bericht war die Lehniner Kleinbahn auf der gesamten Strecke betriebsfähig, da man die durch Sprengung beschädigte Flussbrücke bei Nahmitz wieder instandgesetzt hatte.⁴²¹ Gerade der Wiederaufnahme des Betriebs auf der eher unbedeutenden Lehniner Kleinbahn räumte die Provinzialverwaltung hohe Priorität ein, da über sie verstärkt Lebensmittel und Baustoffe transportiert werden sollten. Allerdings waren der Kleinbahn sämtliche Lokomotiven verloren gegangen.

Die Reichsbahnstrecken im Kreis wurden seit Juni 1945 wieder befahren. Am 26. Juni 1945 gab die Belziger Bürgermeisterei bekannt, dass ab sofort täglich je ein Güterzug auf der Strecke Berlin(Halensee)-Dessau-Roßlau und zurück verkehrte.⁴²²

414 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 332; BLHA, Rep. 330, Nr. 165, Bl. 59.

415 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 93.

416 Siehe die Karte Entwicklung des Eisenbahnnetzes.

417 Vorkastner: 90 Jahre Brandenburgische Städtebahn, S. 74

418 Siehe S. 20 der vorliegenden Arbeit.

419 Zum Folgenden vgl. BLHA, Rep. 271 VVB Landesbahnen, Nr. 2, Bl. 74–78.

420 Vorkastner: 90 Jahre Brandenburgische Städtebahn, S. 74.

421 Als man im November 1945 den Investitionsbedarf für die der brandenburgischen Provinzialverwaltung unterstellten Bahnen ermittelte, wurde festgestellt, dass die Lehniner Kleinbahn nur wenige Schäden erlitten hatte; BLHA, Rep. 271 VVB Landesbahnen, Nr. 21.

422 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 55, Bl. 28.

Diese Strecke konnte nur eingleisig benutzt werden, weil sie durch sowjetische Demontage ihr zweites Gleis verlor.⁴²³ Die Reichsbahnstrecke Treuenbrietzen-Potsdam-Nauen hatte in den letzten Kriegstagen erhebliche Zerstörungen erlitten. Im Dezember 1945 wurde berichtet, dass der Streckenabschnitt Beelitz-Buchholz nicht befahren werden konnte, weil zwei Brücken über die Nieplitz zerstört waren. Die ebenfalls zerstörte Kreuzungsbrücke über die Berlin-Wetzlarer Bahn musste umfahren werden⁴²⁴, und der Zugverkehr endete in Caputh, weil die Brücke über den Schwielowsee in den letzten Kriegstagen zerstört worden war.⁴²⁵ Bis man diese Schäden alle beseitigt hatte, zogen Jahre ins Land.

Besonders der Verkehr auf der Berlin-Wetzlarer Bahn wurde in den Nachkriegsjahren durch ein immenses Fahrgastaufkommen belastet. Die Reichsbahn sah sich hierbei eingedenk des Mangels an Lokomotiven und Wagen vor eine nahezu unlösbare Aufgabe gestellt. Im April 1946 teilte sie dem Zauch-Belziger Landrat mit, die Züge zwischen Berlin und Dessau bzw. Güterglück seien überfüllt, weshalb die Bahndirektion gezwungen sei, den Reiseverkehr auf der Strecke zu kontingentieren, wobei dem Berufsverkehr Vorrang eingeräumt werde.⁴²⁶

Auf der Brandenburgischen Städtebahn scheint es seit Ende Mai/Anfang Juni 1945 wieder einen halbwegs regelmäßigen Bahnverkehr gegeben zu haben.⁴²⁷ Jedoch pendelten die Züge bis Oktober 1945 nur zwischen Treuenbrietzen und der zerstörten Temnitzbrücke zwischen Ragösen und Golzow.⁴²⁸ Nach Neubau dieser Brücke fuhren die Züge ab 29. Oktober bis zum Neustadtbahnhof in Brandenburg/Havel.⁴²⁹ Allerdings dauerte es dann noch bis Ende 1948, bis die gesamte Städtebahntrasse zwischen Neustadt/Dosse und Treuenbrietzen wieder durchgängig befahren werden konnte. Die Lehniner Kleinbahn wurde hingegen spätestens im Oktober 1945 wieder auf der Gesamtstrecke genutzt.⁴³⁰

Unter Bezugnahme auf den SMAD-Befehl Nr. 124 wurden im Oktober 1945 sowohl die Brandenburgische Städtebahn – das bedeutendste nicht-staatliche Eisenbahnunternehmen der Provinz – als auch die Lehniner Kleinbahn beschlagnahmt.⁴³¹

423 Vgl. ebenda, Nr. 182, Bl. 104.

424 Ebenda.

425 Vgl. ebenda, Nr. 172, Bl. 165.

426 Ebenda, Nr. 230, Bl. 99.

427 Zum Folgenden vgl. Menzel: Die Brandenburgische Städtebahn, S. 24; Vorkastner: 90 Jahre Brandenburgische Städtebahn, S. 74.

428 Vgl. BLHA, Rep. 271 VVB Landesbahnen, Nr. 21 (Schreiben der Provinzialverwaltung, Abteilung II – Eisenbahn, vom 11.9.1945).

429 Am 29.10.1945 gab der Zauch-Belziger Landrat auf einer Bürgermeisterversammlung bekannt, dass der erste Zug aus Brandenburg/Havel an jenem Tag um 14.30 Uhr in Belzig einträte; KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 29.10.1945, S. 7).

430 Vgl. BLHA, Rep. 271 VVB Landesbahnen, Nr. 2, Bl. 138.

431 Die beiden Bahnunternehmen wurden beschlagnahmt, weil sie die Rechtsform von Aktiengesellschaften hatten. Aktiengesellschaften galten in den Augen der Besatzungsmacht generell als handlungsunfähig u. damit als unter den SMAD-Befehl Nr. 124 fallendes »herrenloses Vermögen«; Beck: Die Konfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 92. Zum Folgenden vgl. Menzel: Die Brandenburgische Städtebahn, S. 35; Vorkastner, Helmut: 90 Jahre Brandenburgische Städtebahn, S. 74 f.

1946 enteignete man schließlich die Städtebahn AG und die Lehniner Kleinbahn AG. Am Stammkapital beider Aktiengesellschaften war der Landkreis Zauch-Belzig mit 16% (Städtebahn) bzw. 33,7% (Kleinbahn) beteiligt gewesen.⁴³² Städtebahn und Kleinbahn gingen in den im Oktober 1946 gegründeten Landesbetrieb »Provinzbahnen Mark Brandenburg« auf.⁴³³ Am 9. März 1949 erließ die Deutsche Wirtschaftskommission eine Verordnung, mit welcher sie alle nicht-reichsbahneigenen Eisenbahnen in der SBZ übernahm.⁴³⁴ Damit wurden Brandenburg und den anderen SBZ-Ländern sämtliche Landesbahnen entzogen und 1949/50 der Reichsbahn zugeordnet. Brandenburgische Städtebahn und Lehniner Kleinbahn wurden auf diese Weise zu Reichsbahnstrecken, indes blieben ihre alten Namen im Sprachgebrauch lebendig.⁴³⁵

432 BLHA, Rep. 271 VVB Landesbahnen, Nr. 21.

433 Siehe ebenda, Nr. 3. Wegen der Übernahme der Städtebahn u. der Kleinbahn schloss der Kreis Zauch-Belzig mit den Provinzbahnen Mark Brandenburg Anfang 1947 einen Vertrag; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 9.

434 Zank: Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission, S. 273.

435 Im Jahr 2004 wurde das 100. Gründungsjubiläum der Brandenburgischen Städtebahn im Havelland, in der Stadt Brandenburg/Havel u. im Kreis Potsdam-Mittelmark geradezu euphorisch gefeiert, obwohl die Städtebahn seit einem halben Jahrhundert nicht mehr als selbständiges Unternehmen existent ist, sie speziell durch die »Deindustrialisierung« der Stadt Brandenburg nach 1990 ihre wirtschaftliche Bedeutung fast völlig eingebüßt hat u. nur noch ein Teilabschnitt ihrer historischen Strecke gegenwärtig von der Deutsche Bahn AG betrieben wird.

Soziale und demographische Verhältnisse

Bevölkerungsbewegung und -struktur

Im Mai 1939 hatte die Einwohnerzahl des Kreises Zauch-Belzig 109 700 betragen.¹ Noch während der letzten Kriegsjahre erfuhr das Kreisgebiet einen starken Zuzug durch Bombengeschädigte und Evakuierte aus Berlin und den rheinisch-westfälischen Gegenden sowie durch Flüchtlinge aus den Ostgebieten, der die Verluste unter der ansässigen Bevölkerung – ungefähr dreizehneinhalbtausend² Personen – weit mehr als wettmachte. Im Januar 1945 hatte die Zahl der »Nährmittelbevölkerung« in Zauch-Belzig 133 321 Personen betragen.³ Ende Oktober 1945 zählte man 134 053 Einwohner im Landkreis, was ein Mehr von 22 Prozent gegenüber dem Jahr 1939 bedeutete. Von diesen 134 053 Kreiseinsassen galten 39 151 als Flüchtlinge und Evakuierte, hingegen nur 1714 als tatsächlich aus ihren Heimatgebieten Ausgewiesene.⁴ Jedoch war den Flüchtlingen aus den Ostgebieten ebenso die Rückkehr in ihre Heimat blockiert.⁵ Durch Binnenzug aus dem SBZ-Gebiet, aber vor allem durch die seit Ende Oktober 1945 ankommenden großen Vertriebenentrecks schwoll die Zahl der im Kreis registrierten Personen weiter an. Im November 1945 wurden z.B. 2155 Menschen im Landkreis neu einquartiert.⁶ Am 21. Dezember 1945 erreichte schließlich die Einwohnerzahl Zauch-Belzigs mit 144 815 Personen einen Maximalwert⁷ (wenn man diesen Wert auch mit einer gewissen Skepsis betrachten muss⁸).

In den folgenden Monaten verringerte sich die Einwohnerzahl durch die Abschiebung tausender Vertriebenen in andere brandenburgische Kreise und nach Mecklenburg sowie durch die Rückkehr der Evakuierten aus Berlin und den rheinisch-westfälischen Gebieten in ihre Heimatorte.⁹ Anfang Juni zählte man nur 130 980

1 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 23.

2 Diese ungefähre Zahl ergibt sich als Differenz zwischen der Einwohnerzahl von 1939, also 109 700, u. der Zahl der »alteingesessenen« Bevölkerung des Kreises, die zwischen 1946 u. 1950 ca. 96 000 betrug. Die Verluste werden durch die Tausenden Toten unter den Zauch-Belziger Kriegsteilnehmern sowie durch Abwanderung bedingt gewesen sein.

3 BLHA, Rep. 202 E, Nr. 14, Bl. 6.

4 Vgl. die Angaben in: BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Landesbehörde Volkspolizei, Nr. 307, Bl. 205.

5 Ther: Deutsche und polnische Vertriebene, S. 55.

6 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 182, Bl. 109.

7 Ebenda, Bl. 106.

8 Die Daten der statistischen Erhebungen aus den ersten Nachkriegsmonaten u. -jahren sind grundsätzlich unsicher, allein schon aufgrund der hohen Mobilität der Menschen. Auch bot die Statistik der Lebensmittekartenausgabe keine zuverlässige Grundlage für eine Bevölkerungszählung; s. zu diesem Thema die eingehenden Erläuterungen von Zank: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 198–200. Auf jeden Fall war das vorläufige Ergebnis der Volkszählung vom 1.12.1945 für den Kreis Zauch-Belzig mit 169 987 Einwohnern (BLHA, Rep. 202 E, Nr. 14, Bl. 38) viel zu hoch.

9 Die Rückführung in die Westzonen begann im November 1945; s. Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Nr. 3 (1945), S. 68.

Kreiseinsassen.¹⁰ Dabei war der Zustrom nicht etwa versiegt. In den Monaten Januar bis Mai 1946 trafen 11 346 Personen im Kreis ein, von denen über die Hälfte aus anderen Regionen der sowjetischen Besatzungszone kam.¹¹ Was die Leute aus anderen SBZ-Gebieten anlockte, war, dass Zauch-Belzig kaum Kriegsschäden erlitten hatte und als Agrarkreis Aussicht auf eine hinlängliche Lebensmittelversorgung zu bieten schien.

Seit Mitte des Jahres 1946 stieg die Bevölkerungszahl des Kreises erneut an. Ursache dafür war u.a., dass immer noch größere »Umsiedler«-Transporte eintrafen, so 1648 Vertriebene im Juni 1946.¹² Dieser Trend setzte sich bis zum Beginn des Jahres 1948 fort, als man 139 542 Einwohner im Kreis zählte.¹³ Danach sackte die Einwohnerzahl – bedingt durch die Abwanderung von Neubauernfamilien und die einsetzende Fluchtbewegung nach Westen – langsam, aber stetig ab. Am 1. Januar 1950 waren nur noch 135 643 Kreiseinsassen registriert.¹⁴ Im Vergleich zur unmittelbaren Vorkriegszeit bedeutete dies freilich immer noch ein Plus von über 23 Prozent.¹⁵

Die Bevölkerungsdichte im Kreis hatte 1939 durchschnittlich 59 Personen je Quadratkilometer betragen.¹⁶ Im Dezember 1945, als der Landkreis seine maximale Einwohnerzahl erreichte, war dieser Wert auf 78 Menschen pro Quadratkilometer angewachsen, lag aber dennoch deutlich unter dem Provinzdurchschnitt.¹⁷ Danach schwankte er entsprechend den Bevölkerungszahlen zwischen 71 Einwohnern pro Quadratkilometer Mitte 1946, 75 Anfang des Jahres 1948, 73 im Januar 1950.¹⁸ Innerhalb Zauch-Belzigs war die Bevölkerungsdichte an der nördlichen und nordöstlichen Peripherie des Kreises, am Rand zur Landeshauptstadt Potsdam und zur Industriestadt Brandenburg/Havel, wesentlich höher als im übrigen Kreisgebiet.

Mit Blick auf die Bevölkerungsverteilung zwischen den Städten und Dörfern Zauch-Belzigs ist für das Jahr 1946 eine deutliche Bewegung von der Stadt aufs Land

10 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 23.

11 Die Zahl von 11 346 Ankömmlingen ist errechnet aus den Angaben in: ebenda, Nr. 182, Bl. 44, Bl. 49, Bl. 53, Bl. 59 u. Bl. 70.

12 Ebenda, Bl. 27.

13 Ebenda, Nr. 81, Bl. 23.

14 Ebenda. Es können nur Angaben bis 1950 berücksichtigt werden, da der Kreis Zauch-Belzig 1950 durch Ausgemeindungen mehrere Ortschaften verlor (siehe S. 98 der vorliegenden Arbeit) u. somit die Angaben von 1951/52 keine wirklichen Vergleichsmöglichkeiten mehr bieten.

15 Die Bevölkerungsbewegung im Kreis Zauch-Belzig stimmte weitestgehend mit der Gesamtentwicklung in der SBZ/DDR überein. Zonal gesehen, waren die Kriegsverluste 1946 v.a. durch den Vertriebenenzustrom mehr als ausgeglichen. Durch die anhaltende Zuwanderung von Vertriebenen sowie durch die Rückkehr Hunderttausender von Kriegsgefangenen stieg die Bevölkerungszahl in den folgenden Jahren weiterhin an. Ein Maximum erreichte die Bevölkerung 1948 mit etwa 19 Millionen Menschen. Nach 1948 sank diese Zahl wieder. Der Zustrom war im Wesentlichen beendet, die Abwanderung nach Westen wurde spürbar. Die Einwohnerzahl auf DDR-Gebiet war allerdings auch 1950 noch erheblich größer als 1946; Zank: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 31.

16 Der Landkreis hatte bis 1950 eine Katasterfläche von 1848,63 Quadratkilometern.

17 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 182, Bl. 106. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte in der Provinz Brandenburg betrug im Herbst 1945 rund 94 Personen/Quadratkilometer, vgl. Daten zur demographischen und sozialen Struktur der Bevölkerung, S. 1070.

18 Errechnet anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 23.

	Einwohnerzahl		Bevölkerungsdichte (Einwohner je Quadratkilometer)	
	Städte	Dörfer	Städte	Dörfer
Stand 21.12.1945	66 203	78 612	444	46
Stand 01.08.1946	38 525	94 969	259	55
Stand 01.06.1947	40 355	96 969	272	56

Tabelle 5 Einwohnerzahl und Bevölkerungsdichte der Städte und Dörfer Zauch-Belzig

festzustellen. Grund dafür war, dass die 1945 im Kreisgebiet eingetroffenen Zuzügler erst einmal in den zentralen Orten, also den Städten, konzentriert und in dortigen Notunterkünften einquartiert wurden, um sie dann nach und nach auf umliegende Dörfer zu verteilen, wo es in großen Bauernhäusern und enteigneten Gutsgebäuden mehr Wohnraum gab. Auch gingen Stadtbewohner aufs Dorf, um in der Landwirtschaft zu arbeiten und somit den Lebensmittelquellen möglichst nah zu sein. So betrug im Dezember 1945 das zahlenmäßige Verhältnis von Stadt- zu Landbevölkerung im Kreis 100:119, im Sommer 1946 hingegen 100:247.¹⁹ Von da an pendelte es sich bei ungefähr 100:240 ein. Hierzu einige Daten in Tabelle 5.²⁰

Durch die Kriegsverluste unter der männlichen Einwohnerschaft bedingt, waren die Personen weiblichen Geschlechts in der Bevölkerung des Kreises nach Kriegsende weit in der Überzahl.²¹ Anfang des Jahres 1946 kamen in Zauch-Belzig auf 100 männliche Einwohner nicht weniger als 145 weibliche Einwohner.²² Diese zahlenmäßige Disproportion änderte sich allmählich durch die Rückkehr von Kriegsgefangenen²³,

19 Errechnet anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 182, Bl. 26 u. 106.

20 Nach BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 172, Bl. 159; ebenda, Nr. 182, Bl. 26 u. 106.

21 Im Mai 1939 war in ganz Brandenburg die männliche Bevölkerung noch in der Überzahl gewesen. Das zahlenmäßige Verhältnis von männlichen zum weiblichen Bevölkerungsanteil betrug damals in der Provinz 100:96; errechnet anhand der Angaben in: Daten zur demographischen und sozialen Struktur der Bevölkerung, S. 1070.

22 Errechnet anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 182, Bl. 74.

23 Bei den aus der Kriegsgefangenschaft Eintreffenden handelte es allerdings teilweise nicht um Heimkehrer, sondern ebenfalls um Vertriebene. Diese mussten in manchen Fällen vom Landeskrankenhaus Treuenbrietzen in medizinische Obhut genommen werden. In einem Schreiben des Landeskrankenhauses an Landrat Vogt vom 17.3.1946 hieß es: »Die Not der aus polnischer Gefangenschaft entlassenen deutschen Kriegsgefangenen treibt uns, Ihre Hilfe zu erbitten. In dem Tuberkulosekrankenhaus Belzig liegen 18 entlassene Kriegsgefangene, die in oberschlesischen Bergwerken (Sosnowitz/Königshütte etc.) eingesetzt waren und die selbst aus Schlesien stammen. Sie kamen in Lumpen gekleidet, mit denen sie nicht mehr über die Strasse gehen können. Nachdem sie aus dem ersten Erschöpfungszustand erwacht sind, müssen sie sich darüber klar werden, dass sie ihre Heimat nicht wiederfinden. Die Angehörigen sind verschollen oder im polnisch besetzten Gebiet. Neueinkleidung ist von der vorgesetzten Behörde in Aussicht gestellt. Es fehlt jedoch dringend an Nahrung [Unterstreichung wie im Original]. Die 6 Monate lang erlittene Unterernährung, der so viele Kameraden nicht stand hielten, kann durch eine Krankenhauskost bei der augenblicklichen Ernährungslage nicht aufgeholt werden. Die Gewichtsabnahmen waren erheblich (30 bis 80 Pfund). Eine zusätzliche Nahrung ist dringend erforderlich, um diese Menschen wieder arbeitseinsatzfähig zu machen.«; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 857, Bl. 132.

von denen bis zum 13. April 1946 bereits 5504 in den Kreis heimkehrten.²⁴ Im August 1946 betrug das Verhältnis von männlichen zu weiblichen Kreiseinsassen 100:138²⁵, Mitte des folgenden Jahres 100:135, und Anfang 1950 betrug es schließlich 100:126.²⁶ Wenn man nur die Personen über 14 Jahre berücksichtigt, wird das Übergewicht des weiblichen Anteils an der Kreisbevölkerung erst richtig deutlich. So kamen Anfang des Jahres 1948 bei der Gruppe der über 14-Jährigen auf 100 männliche Kreiseinsassen 143 weibliche Einwohner.²⁷ Zu Beginn des Jahre 1950 betrug diese Relation 100:136.²⁸

Der Krieg hatte eine große Bresche in die Reihen der zwischen 18 und 40 Jahre alten deutschen Männer geschlagen. Hunderttausende von ihnen saßen zudem zu Beginn der Nachkriegszeit noch in Kriegsgefangenschaft.²⁹ In Zauch-Belzig hatte die geringe Zahl jüngerer Männer zur Folge, dass die Kreisbevölkerung in den ersten Nachkriegsjahren eine merkliche Überalterung aufwies.³⁰ Im August 1946 besaß die Altersgruppe von 19 bis 30 Jahre einen Anteil von 12,8% an der Einwohnerschaft, der sich nur allmählich steigerte und im Juni 1947 13,6% erreichte.³¹ Dass Anfang August 1946 hingegen die über 60-Jährigen 21 Prozent der Kreiseinwohnerschaft ausgemacht haben sollen, wie sich aus amtlichen Daten ergibt³², kann allerdings kaum der Realität entsprochen haben. Hier hatten sich vermutlich nicht gerade wenige Vertriebene bei ihrer ersten Registrierung für älter ausgegeben, als sie tatsächlich waren, um bei der Wohnraumzuteilung bevorzugt behandelt zu werden.³³ Für März 1947 lässt sich ein Anteil von rund 14% für die Altersgruppe von über 60 Jahren errechnen³⁴, was realistisch erscheint und ungefähr dem Provinzdurchschnitt im Jahr

24 Von diesen 5504 Heimkehrern waren in der Sowjetunion 1944 Mannschaftensdienstgrade u. 12 Offiziere, in Großbritannien 1794 Mannschaftensdienstgrade u. 23 Offiziere, in den USA 1477 Mannschaftensdienstgrade u. 22 Offiziere, in Frankreich 154 Mannschaftensdienstgrade, in anderen Ländern 77 Mannschaftensdienstgrade u. 1 Offizier in Kriegsgefangenschaft gewesen; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 127, Bl. 68.

25 Dies entsprach fast genau dem Provinzdurchschnitt, der im Herbst 1946 100:137 betrug; errechnet anhand der Angaben in: Daten zur demographischen und sozialen Struktur der Bevölkerung, S. 1070.

26 Errechnet anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 22 (für 1950); ebenda, Nr. 172, Bl. 159 (für 1947); ebenda, Nr. 182, Bl. 27 (für 1946).

27 Errechnet anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 229, Bl. 555.

28 Errechnet anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 22. Für den Februar 1946 ist aus dem Bürgermeistereibezirk Treuenbrietzen überliefert, dass in der dortigen Einwohnerschaft bei den Personen von 19 bis 50 Jahren das Verhältnis zwischen Männern u. Frauen gar 1:2 betrug; BLHA, Rep. 330, Nr. 77, Bl. 95.

29 Vgl. dazu Zank: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 34–36.

30 Im Bürgermeistereibezirk Treuenbrietzen wurde im Februar 1946 beklagt, dass durch die Zuwanderung der »Umsiedler«, unter denen sich viele alte weibliche Personen befänden, die Überalterung im Bezirk rasche Fortschritte machte; BLHA, Rep. 330, Nr. 77, Bl. 95.

31 Errechnet anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 182, Bl. 29 (für August 1946); ebenda, Nr. 172, Bl. 159 (für Juni 1947).

32 In: ebenda, Nr. 182, Bl. 29.

33 »Bejahrte Personen« unter den Umgesiedelten sollten laut Kontrollrats-Gesetz Nr. 18 vom 8.3.1946 – veröffentlicht in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 5 (1946), S. 117–121 – bei der Wohnraumzuteilung bevorzugt behandelt werden.

34 Anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 183, Bl. 17 Rs.

	1946	1947	1948	1949
Geburten	1098	1572	1707	1716
Sterbefälle insgesamt	2614	2313	1853	1616
davon Kindersterbefälle (0-1 Jahr)	156	150	147	111

Tabelle 6 Geburten und Sterbefälle im Kreis Zauch-Belzig im Überblick

1939 entsprach.³⁵ Ein Absturz von 21 auf 14 Prozent in nur sieben Monaten kann nicht durch natürlichen Abgang erklärt werden, nur durch eine Unkorrektheit der Angaben vom August 1946. Bis 1950 wurden in der Altersstruktur deutliche Ausgleichsprozesse wirksam. Die Kriegsgefangenen-Heimkehrer und das Nachrücken der jüngeren Generation stärkten wieder die besonders dezimierten Altersgruppen.³⁶

In den Jahren 1945 bis einschließlich 1948 übertraf im Kreis die Zahl der Sterbefälle die der Neugeburten, wie aus Tabelle 6 hervorgeht.³⁷

Hierin spiegelten sich eine mangelhafte Ernährungssituation, eine ungenügende medizinische Versorgung und teilweise üble sanitäre Zustände wider. Von Kriegsende bis Anfang des Jahres 1947 verzeichnete man nur 1193 Geburten, aber hingegen 3080 Todesfälle; unter anderem waren 17 Menschen an körperlicher Erschöpfung, 20 an ernährungsbedingten Krankheiten gestorben, 13 waren schlicht verhungert.³⁸ Landrat Sydow kommentierte hierzu: »Dies sind erschütternde Zahlen.«³⁹ Erst 1949 übertraf die Zahl der Neugeburten die der Todesfälle im Kreis.⁴⁰ Waren 1946 noch 156 Säuglinge verstorben, was einer Sterblichkeitsrate von 14,2% entsprach, so konnte auch diese Zahl Jahr für Jahr gesenkt werden, so dass die Säuglingssterblichkeit im Jahr 1949 nur noch 6,5% (111 Todesfälle) betrug. Das Kreisgesundheitsamt schätzte Anfang 1950 ein:

Die zunehmende Besserung der wirtschaftlichen Lage findet ihren Ausdruck in der Abnahme der Sterbefälle und der Zunahme der Geburten. Der allgemeine Ernährungszustand der Bevölkerung hat sich ganz besonders im Laufe des Jahres 1949 merklich gebessert. [...] Die Säuglingssterblichkeit liegt niedriger als in der Zeit vor dem Kriege, wo sie 8,4 auf 100 Geburten betrug.⁴¹

Über die Religionszugehörigkeit der Zauch-Belziger Bevölkerung sind aussagekräftige statistische Angaben vom Mai 1947 überliefert. Demnach zählte die Kreisbevölkerung seinerzeit insgesamt 136 786 Personen, wovon 109 190 evangelischer Konfession

35 Dieser betrug 13,9%; errechnet anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 202 E, Nr. 14, Bl. 24.

36 Vgl. Zank: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 36f. Die Verzerrung in der Alterspyramide war wie auch der große Frauenüberschuss eine Erscheinung in allen Besatzungszonen Deutschlands gewesen; s. Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, S. 42.

37 Zusammengestellt anhand von BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 23 u. Bl. 140.

38 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 286, Bl. 16 Rs.

39 Ebenda.

40 Auch SBZ-weit überstieg erst 1949 die Zahl der Geburten die der Todesfälle; Zank: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 32.

41 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 140.

waren, 23 195 gehörten der römisch-katholischen Kirche an, 20 Personen waren jüdischen Glaubens, 4375 bekannten sich zu anderen Religionsgemeinschaften oder bezeichneten sich als religionsungebunden.⁴² Prozentual ausgedrückt, waren 80 von 100 Zauch-Belziger Einwohnern Protestanten, 17 von 100 waren Katholiken. Der vergleichsweise hohe katholische Anteil, wahrscheinlich der höchste in Brandenburg überhaupt (der Katholikenanteil im Provinzdurchschnitt lag 1946 bei 9,2%⁴³), erklärte sich vornehmlich durch den Zuzug Vertriebener aus katholischen Regionen Schlesiens und der Tschechoslowakei. Hierdurch wurde im Kreis mit seiner bis dato erz-protestantischen Einwohnerschaft ein nicht unproblematischer konfessioneller Durchmischungsprozess eingangegesetzt. Bis in die 1920er Jahre hatten in Zauch-Belzig die Katholiken nicht einmal zwei Prozent der Bevölkerung ausgemacht⁴⁴, und, zumindest laut G. Wernicke, wies der Kreis von allen brandenburgischen Stadt- und Landkreisen Ende der 1920er Jahre die höchste Zahl an evangelischen Bewohnern auf.⁴⁵ Anscheinend war es erst durch die Errichtung der Werke von Kopp & Co. und durch den Autobahnbau in den 1930er Jahren zu einer zaghaften Zuwanderung von Personen katholischen Glaubens gekommen.⁴⁶

Beschäftigungsstruktur

Theoretisch hätte in der Sowjetischen Besatzungszone bei der durch Kriegszerstörung und Demontage verringerten Zahl an Arbeitsplätzen sowie durch den Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen der Arbeitsmarkt übersättigt sein müssen.⁴⁷ Anfänglich herrschte auch wirklich eine Massenarbeitslosigkeit. Aber die Verhältnisse änderten sich Ende 1945 geradezu schlagartig. Ein Nachfrageüberhang an Arbeitskräften machte sich bemerkbar. Gründe dafür waren laut W. Zank u.a. umfangreiche und kurzfristige Anforderungen der Besatzungsmacht (insbesondere für Bauarbeiten) sowie der Umstand, dass viele Personen durch körperliche Schäden oder die kritische Versorgungslage nur in eingeschränktem Maße arbeitsfähig waren, also nur für körperlich leichte Arbeiten infrage kamen.⁴⁸ Diese Personen konnten nicht in das normale Arbeitskräftepotential miteinberechnet werden. Positiv wird sich auf dem Arbeitsmarkt der verstärkte Bedarf der Landwirtschaft ausgewirkt haben. Der akute Mangel an technischen Gerätschaften im Agrarwesen machte den intensiven Einsatz menschlicher Arbeitskraft erforderlich.

42 Ebenda, Nr. 172, Bl. 176.

43 Daten zur demographischen und sozialen Struktur der Bevölkerung, S. 1072.

44 Im Jahr 1909 lag der katholische Bevölkerungsanteil im Kreis bei 1,3%; errechnet anhand der Angaben in: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte, A, Bd. 5, S. 122. Vier Jahre zuvor waren statistisch unter 1000 Personen im Kreisgebiet 979,6 evangelisch, 17,0 katholisch, 2,2 andere Christen, 1,1 Juden; Wernicke: Der Kreis Zauch-Belzig im Zahlenspiegel statistischer Ergebnisse, S. 108.

45 Wernicke: Der Kreis Zauch-Belzig im Zahlenspiegel statistischer Ergebnisse, S. 108.

46 In der Kreisstadt Belzig wurde erst 1934 eigens für neu zuziehende katholische Arbeiterfamilien die römisch-katholische Sankt-Bonifatius-Kirchengemeinde gegründet; s. 1000 Jahre Belzig, S. 30.

47 Zum Folgenden vgl. Zank: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 58.

48 Zank: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 58.

In Zauch-Belzig als agrarisch geprägtem Kreis ließ der Arbeitsplatzverlust durch Betriebsdemontage die Erwerbslosenzahlen nicht übermäßig hochschnellen, da der industrielle Beschäftigungssektor hier nur eine untergeordnete Rolle spielte.⁴⁹ Die am Jahresende 1945 eintretende allgemeine Wende auf dem Arbeitsmarkt wurde andererseits im Kreis mit Verzögerung spürbar. Zum 1. Dezember 1945 waren hier 58 570 Personen als erwerbstätig und 5901 Personen als arbeitslos registriert.⁵⁰ Anfang Februar 1946 zählte man 5517 Arbeitslose und 56 949 Beschäftigte.⁵¹ Damit stand hier sowohl im Dezember 1945 wie auch noch im Februar 1946 ein Arbeitsloser rund zehn Erwerbstätigen gegenüber. Bis Anfang August 1946 sank indes die Arbeitslosenzahl auf 2315⁵², womit jetzt auf 28 Beschäftigte lediglich noch ein Arbeitsloser kam. Zum Ende des Jahres 1946 war im Kreis überhaupt kein Erwerbsloser mehr registriert. Die zuvor arbeitslosen Leute hatten ihr Unterkommen vornehmlich in neu entstandenen Handwerksbetrieben und in der Landwirtschaft gefunden.

Nach Unterlagen der Kreisverwaltung⁵³ ergibt sich bezüglich der Erwerbsstruktur in Zauch-Belzig von Ende 1946 bis Ende 1949 die in Tabelle 7 dargestellten Daten.

Die größte Zahl an Erwerbstätigen wurde also zur Jahreswende 1947/48 mit 70 235 Personen verzeichnet, als die Einwohnerzahl des Kreises überhaupt ihren Maximalwert zwischen 1946 und 1949 erreichte (s.o.). Die Zahl der aus gesundheitlichen oder anderen Gründen von der Erwerbstätigkeit Freigestellten war relativ hoch. Ihr Anteil an der Gruppe der Personen im arbeitsfähigen Alter wuchs beständig von 13,6% Ende 1946 auf 19,5% Ende 1949. Die Anzahl selbständiger Gewerbetreibender und Handwerker nahm seit 1948 merklich ab. Dies dürfte insbesondere der Tatsache geschuldet sein, dass die private Wirtschaft durch politische Repressionen, durch die einsetzende langfristige Wirtschaftsplanung und die damit einhergehende Stärkung des »volkseigenen« Sektors sowie durch den Aufbau einer staatlichen Handelsorganisation mehr und mehr unter Druck geriet. Nicht wenige der Selbständigen mit traditionell bürgerlichem Hintergrund wählten den Weg gen Westen, was zu einer gewissen »Entbürgerlichung«⁵⁴ führte.

Der größte Arbeitgeber war, wie seit jeher im Kreis, die Agrarwirtschaft.⁵⁵ Anfang Februar 1946 zählte man hier 10 608 selbständige Landwirte und mithelfende Familienangehörige sowie 18 968 Landarbeiter.⁵⁶ Letztere stellten damit ca. 43 Prozent

49 Vgl. hierzu S. 168–271 der vorliegenden Arbeit.

50 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 182, Bl. 111.

51 Ebenda, Bl. 72.

52 Ebenda, Bl. 29.

53 In: ebenda, Nr. 81, Bl. 240–242.

54 Begriff wird von Auerbach: Die Arbeit des NKWD in der sowjetischen Besatzungszone, S. 82, benutzt.

55 Laut Berufs- und Betriebszählung vom Jahre 1907 gab es in Zauch-Belzig 47 009 registrierte Erwerbstätige, von denen 11 803 Männer u. 11 198 Frauen in der Landwirtschaft hauptberuflich, 6814 Männer u. 7213 Frauen in der Landwirtschaft nebenberuflich beschäftigt waren. Unter allen Erwerbstätigen machten damit die in der Landwirtschaft Arbeitenden 48,93% aus; s. Wernicke: Der Kreis Zauch-Belzig im Zahlenspiegel statistischer Ergebnisse, S. 108.

56 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 182, Bl. 71.

	(Stichtag jeweils der 31.12.)			
	1946	1947	1948	1949
Personen im arbeitsfähigen Alter	77 423	84 042	79 844	79 752
davon erwerbstätig	66 880	70 235	63 896	62 615
nicht erwerbstätig	10 543	13 807	15 587	16 885
unselbständig Beschäftigte	44 222	43 389	41 611	40 001
selbständige Landwirte und mithelfende Familienangehörige	17 255	20 233	16 878	17 465
Gewerbetreibende	1837	2417	1967	1764
Handwerker	2857	3361	2866	2937
Freiberufler	709	835	574	448
Freigestellte (Schüler, Studenten, Arbeits- unfähige)	10 543	13 807	15 562	15 591
Arbeitslose	---	---	386	1546

Tabelle 7 Erwerbsstruktur in Zauch-Belzig von Ende 1946 bis Ende 1949 (nach Unterlagen der Kreisverwaltung)

der unselbstständig Erwerbstätigen im Kreis. Anfang Juni 1947 war zwar die Zahl der Landarbeiter auf 14 748 gesunken⁵⁷, womit sie immer noch mehr als ein Drittel der unselbstständig Beschäftigten ausmachten. Zum gleichen Zeitpunkt war aber, vornehmlich als Folge der Bodenreform, die Anzahl der selbstständigen Bauern und mithelfenden Familienmitglieder auf 17 995 gestiegen.⁵⁸ Die Gruppen der Landwirte und Landarbeiter rechnerisch zusammengefasst, ergibt, dass die Hälfte aller Erwerbstätigen in Zauch-Belzig in der Agrarwirtschaft ihre Beschäftigung hatten.

Konkrete Beschäftigungszahlen für die Industrie sind leider nicht überliefert und lassen sich auch aus obiger Tabelle nicht schlussfolgern. Zumindest ist bekannt, dass im September 1948 die im Kreis ansässigen Industriebetriebe 2793 Menschen beschäftigten.⁵⁹ Aber wie viele Bewohner der nördlichen Gegenden des Kreises in den Industriebetrieben in Brandenburg/Havel und in Potsdam arbeiteten, ist nicht zu beziffern. Handwerksfirmen des Kreises Zauch-Belzig beschäftigten 1948 über 5000 Menschen.⁶⁰ In den Verwaltungen arbeiteten 1947/48 rund 1300 Personen.⁶¹

Seit Ende 1948 hatte Zauch-Belzig wieder Arbeitslose zu verzeichnen. Im Dezember 1948 waren es noch 386, ein Jahr darauf 1546 erwerbslose Personen (s.o.). Hierbei handelte es sich nicht etwa um eine Sonderentwicklung des Kreises, sondern um eine allgemeine Erscheinung in der SBZ. Bis 1948 bilanzierte die Zone einen Anstieg der Erwerbstätigkeit. Ab Herbst 1948 setzte jedoch ein spürbarer Rückgang ein. Grund dafür war u.a. das Embargo gegen die SBZ nach Beginn der (West-)Berlin-Blockade.

⁵⁷ Ebenda, Nr. 172, Bl. 160.

⁵⁸ Ebenda.

⁵⁹ Siehe BLHA, Rep. 202 E, Nr. 75, Bl. 1.

⁶⁰ Vgl. die von Landrat Sydow gemachten Angaben in: BLHA, Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 3, Bl. 67.

⁶¹ Siehe S. 77 u. 82 der vorliegenden Arbeit.

Der Ausfall westlicher Lieferungen führte zu Produktionseinschränkungen und in der Folge zu Entlassungen.⁶² Obwohl die westlichen Ausfuhrbeschränkungen im März 1949 wieder aufgehoben wurden, konnten ihre Folgen jedoch nicht umgehend überwunden werden. Es machten sich seit 1948 noch weitere Faktoren negativ auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar: erstens die personelle Ausdünnung des weit aufgeblähten Verwaltungsapparates, die zu Entlassungen in allen Verwaltungsstellen in der ganzen SBZ führte; zweitens der steigende Druck auf den privaten Wirtschaftssektor, der Betriebsaufgaben und damit Arbeitsplatzverluste verursachte; drittens, und das war insbesondere für Zauch-Belzig bedeutsam, der Rückgang der Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten.⁶³ Mit Sicherheit sahen sich Großbauernhöfe dazu gezwungen, aufgrund von politisch-wirtschaftlichen Repressionen ihr Landarbeiterpersonal zu verringern.

Weitere Gründe, die zum Rückgang der Beschäftigtenzahl im Agrarwesen beitrugen, waren, dass nicht wenige Menschen dem Dorf den Rücken kehrten und in die Städte abwanderten, weil die Ernährungskrise bis 1950 weitgehend überwunden war, die Löhne in der Landwirtschaft vergleichsweise sehr niedrig ausfielen und vielen Neubauern das notwendige Fachwissen zur eigenständigen Betriebsführung fehlte.⁶⁴ Eine nicht geringe Zahl an Neubauern fasste den Entschluss, wegen des geringen Ausmaßes ihrer gesellschaftlichen Integration im dörflichen Milieu und der wirtschaftlichen Fragilität ihrer Höfe das Dasein als Landwirt aufzugeben und in die Städte abzuwandern.⁶⁵

Heimatvertriebene

Zu den schwerwiegendsten sozialen Veränderungen der Nachkriegszeit gehörte der Umbruch im Bevölkerungsgefüge als Folge des massenhaften Zuzugs von deutschstämmigen Flüchtlingen und Vertriebenen aus dem Osten. Dies traf für Brandenburg und die anderen SBZ-Länder im Allgemeinen wie für den Kreis Zauch-Belzig im Besonderen zu. Die Bewältigung des Menschenzustroms, der die generelle wirtschaftliche, soziale und politische Notsituation ungeheuer verschärfte, war wohl das schwierigste gesellschaftliche und humanitäre Problem der deutschen Nachkriegsgeschichte.⁶⁶

62 Zank: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 170.

63 Vgl. Boldorf: Landarmut in der SBZ/DDR, S. 153f.; Zank: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 171f.

64 Darauf weisen u.a. Boldorf: Landarmut in der SBZ/DDR, S. 154, Meinicke: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 150, u. Zank: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 172, hin. Frauen, die in der Hoffnung auf baldige Rückkehr ihrer Männer aus der Kriegsgefangenschaft Neubauernhöfe übernommen hatten, gaben ihre Höfe, als sich auch langfristig keine Arbeitsentlastung für sie abzeichnete, vielfach zurück; Bauerkämpfer: Die Neubauern in der SBZ/DDR 1945–1952, S. 116.

65 Bauerkämpfer: Strukturumbbruch ohne Mentalitätswandel, S. 84.

66 Hoffmann u.a.: Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik, S. 12; Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, S. 41.

Genaugenommen begann der Wandel im Bevölkerungsgefüge bereits während der letzten beiden Kriegsjahre mit der massenhaften Evakuierung von Bewohnern aus luftkriegsgefährdeten und -geschädigten Städten in ländliche Gebiete, zu der 1944 der Flüchtlingsstrom aus dem Osten kam.⁶⁷ Im Sommer 1945 setzte dann die systematische Vertreibung der Deutschen aus Polen bzw. aus den unter polnische Verwaltung gekommenen Gebieten Deutschlands und aus der Tschechoslowakei im großen Maßstab ein. Trotz vieler Anstrengungen gelang es in den ersten Wochen und Monaten aufgrund der zerrütteten Kommunikations- und Transportbedingungen kaum, die ins verbleibende deutsche Territorium strömenden Menschenmassen in geordnete Bahnen zu lenken.⁶⁸ Die brandenburgischen Kreise zählten zu den ersten Gebieten, die diesen Menschenmassen zu spüren bekamen. Die Ankommenden wurden zusammen mit den schon seit Kriegsende hier anwesenden Flüchtlingen notdürftig in Massen- oder Privatquartieren untergebracht. In Belzig gab die Auffangstelle im Juli 1945 an manchen Tagen bis zu 1800 Essen aus.⁶⁹ Anfang September 1945 notierte Landrat Menz, in Zauch-Belzig seien bisher rund 39 000 Menschen aus dem Osten untergebracht worden. Bei dem aktuell eintreffenden Flüchtlingsstrom handele es sich vor allem um Schlesier, die über Sachsen⁷⁰ in das Kreisgebiet kämen. Wie Menz weiter vermerkte, erschienen täglich ca. 50 Einzelpersonen; verschiedentlich kämen Trecks mit 200 bis 300 Personen.⁷¹

Zur Koordination der Maßnahmen betreffs der Flüchtlinge und Vertriebenen wurde im September 1945 eigens eine zonale Zentralverwaltung gegründet.⁷² Ihre Möglichkeiten und ihr Handlungsspielraum erwiesen sich trotz hoher Ansprüche in den folgenden Monaten und Jahren als beschränkt.⁷³ Aus politischen Gründen dekretierte man, im offiziellen Sprachverkehr für die Menschen, die ihre Heimat verloren hatten, den verharmlosenden Terminus »Umsiedler« zu verwenden.⁷⁴ Demgemäß erhielt die zonale Flüchtlingsbehörde die Bezeichnung »Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler« (ZVU). Indes sollten in Brandenburg unter »Umsiedler« nicht nur die Leute deutscher Nationalität von jenseits der Oder-Neiße-Linie firmieren, sondern

67 Vgl. Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, S. 39f.; Ther: Deutsche und polnische Vertriebene, S. 54.

68 Schneider: Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, S. 239.

69 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 55, Bl. 90. Weil die Stadtkasse die Fürsorgekosten nur teilweise tragen konnte, rief der Belziger Bürgermeister am 25. Juli die ortsansässige Bevölkerung zur Unterstützung auf; ebenda.

70 Sachsen sollte nach Ansicht der SMAD wegen seiner hohen Bevölkerungsdichte keine Vertriebenen aufnehmen. Demgemäß ordnete die sächsische Landesverwaltung am 10.8.1945 an, in kürzester Frist die Gesamtheit der Vertriebenen aus dem Land heraus und in andere SBZ-Länder abzuschieben; Wille: Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, S. 28.

71 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 103, Bl. 14

72 Zum Folgenden vgl. Schneider: Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, S. 239; Ther: Deutsche und polnische Vertriebene, S. 149f.; Wille: Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, S. 28–33.

73 Siehe dazu Wille: Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, passim.

74 Vgl. Just: Zur Lösung des Umsiedlerproblems, S. 976; Schneider: Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, S. 242. Zur Begriffsbildung »Umsiedler« s. Ther: Deutsche und polnische Vertriebene, S. 91–93.

ebenso Evakuierte und Ausgebombte aus Gebieten innerhalb der deutschen Nachkriegs-Grenzen.⁷⁵

Auf Provinzebene wurde am 1. Oktober 1945 infolge einer SMA-Order beim Amt für Arbeit und Sozialwesen Brandenburg eine selbständige Abteilung »Umsiedler« gebildet.⁷⁶ Auf lokaler Ebene entstanden auf Anweisung der ZVU vom 1./2. Oktober 1945 SBZ-weit bei den Landratsämtern, Städten und Gemeinden so genannte Umsiedlerausschüsse, die in Vertriebenenangelegenheiten als Verwaltungshilfsorgane arbeiten sollten.⁷⁷ Diese kommunalen Umsiedlerausschüsse erwiesen sich in Brandenburg letztlich vor Ort wirksamer als die ZVU und die Landes-Umsiedlerbehörde.⁷⁸ Spätestens seit dem 20. Oktober 1945 existierte ein solcher Ausschuss für Niemegk und umgebende Dörfer. Er bestand aus einem KPD-Mitglied, einem Sozialdemokraten und einem Liberaldemokraten und war damit beschäftigt, Haus für Haus zu durchkämmen, um Wohnraum für Vertriebene aufzustöbern.⁷⁹ Am 22. Oktober ordnete der Zauch-Belziger Landrat entsprechend der ZVU-Rundverfügung generell die Bildung von Umsiedler-Unterausschüssen bei allen Bürgermeistereien an, nachdem zuvor ein Kreis-Umsiedlerausschuss beim Landratsamt eingerichtet worden war.⁸⁰

Angesichts der chaotischen Verhältnisse in den östlichen und südöstlichen Regionen ihres Besatzungsgebietes hatten sich die Sowjets schon Mitte Juli 1945 entschlossen, in das planlose Umherirren der Menschenmassen ordnend einzugreifen. Ein SMAD-Befehl »Zur zweckmäßigen Verteilung der Bevölkerung der Sowjetischen Besatzungszone« vom 19. Juli 1945 sah eine Dreiteilung des Vertriebenenstromes vor: Die Bewohner der Gebiete östlich von Oder und Neiße und nördlich der Warthe sollten nach Mecklenburg, südlich der Warthe nach Brandenburg, die Vertriebenen aus der Tschechoslowakei und Jugoslawien in die Provinz Sachsen gelenkt werden.⁸¹ In der Praxis konnte dieser Befehl jedoch nicht umgesetzt werden.⁸²

75 Siehe BLHA, Rep. 202 E, Nr. 45, Bl. 4; Christoepit: Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg, S. 87. Die Definition, dass als »Umsiedler« (nur) jene Deutsche galten, deren ständiger Wohnsitz sich in den festgelegten Aussiedlungsgebieten laut Potsdamer Abkommen befand, unabhängig davon, ob sie sich bei Kriegsende bereits auf dem Territorium der damaligen Besatzungszonen in Deutschland aufhielten oder ob sie dorthin überführt wurden (Just: Zur Lösung des Umsiedlerproblems, S. 972), ist also zu eng gefasst.

76 Pape: Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg, S. 111f.; Ther: Die Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR 1945-1953, S. 161.

77 Pape: Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg, S. 113; Schneider: Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, S. 239; Ther: Die Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR 1945-1953, S. 161. Die Provinzialverwaltung Mark Brandenburg ordnete am 9.10.1945 dementsprechend die Bildung von Umsiedlerausschüssen in der Provinz an; s. Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Nr. 4 (1945), S. 80. Zu Konzeption u. Bildung von Umsiedlerausschüssen s. Schwartz: Kontrollierte Partizipation, S. 164-166.

78 Ther: Die Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR 1945-1953, S. 161.

79 Vgl. BLHA, Rep. 330, Nr. 74, Bl. 79.

80 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 248.

81 Christoepit: Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg, S. 91; Hoffmann u.a.: Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik, S. 13.

82 Zu den Gründen, warum der Befehl nicht realisiert werden konnte, s. Christoepit: Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg,

Es folgten neue Anweisungen, um den Zuwandererstrom irgendwie zu dirigieren. So sollte Zauch-Belzig, das zudem noch mit 2200 Evakuierten aus dem Rheinland und Westfalen und ca. 3000 Berliner Evakuierten belastet war⁸³, laut einem Befehl vom 25. August 1945 nur noch Vertriebene aus Schlesien und Ostpreußen aufnehmen.⁸⁴ Anfang Dezember 1945 hieß es dann plötzlich, Zauch-Belzig habe nunmehr alle Umsiedler aus polnisch besetzten Gebieten nach Fürstenberg in Mecklenburg weiterzuleiten, während die aus den Balkanländern und der Tschechoslowakei Eintreffenden dagegen im Kreis unterzubringen seien.⁸⁵ Letztere Anordnung wurde zum Jahreswechsel 1945/46 folgendermaßen präzisiert:

- A. Im Kreis Zauch-Belzig aufzunehmen waren Umsiedler, die
 - (1) aus der Tschechoslowakei, aus Ungarn und den Balkanländer kamen,
 - (2) oder die nahe Angehörige im Kreis hatten,
 - (3) oder als Arbeitskräfte im Kreis gebraucht wurden.
- B. Im Kreis Zauch-Belzig nicht aufzunehmen waren Umsiedler, die
 - (1) aus polnisch verwalteten Gebieten kamen und keine nahen Angehörigen im Kreis hatten,
 - (2) oder die sich schon längere Zeit in anderen Kreisen innerhalb der SBZ aufgehalten hatten.

Die unter B. (1) fallenden Personen waren sofort nach Mecklenburg weiterzuleiten.⁸⁶

Das Weiterleiten war allerdings leichter gedacht als getan. Anfang September 1945 kamen im Landkreis ca. 15 000 Vertriebene zur Überweisung nach Mecklenburg infrage. Der Landrat stellte jedoch schon zu diesem Zeitpunkt fest, dass die weitergeleiteten Menschen wieder postwendend zurück überwiesen würden, weil ihre Zielorte bereits überfüllt seien.⁸⁷

Viele Vertriebene in der SBZ, die diese schmerzliche Erfahrung machen mussten, hin- und hergeschubst zu werden, entzogen sich den geschlossenen Transporten. Es setzte eine individuelle Binnenwanderung von Vertriebenen ein, die die ganze Zone ergriff.⁸⁸ Die Besatzungsmacht versuchte, einen Bewegungsstopp durchzusetzen. Der Erfolg dieser Maßnahme scheint zweifelhaft. Am 1. November 1945 berichtete beispielweise der Zauch-Belziger Landrat an das Oberlandratsamt Brandenburg/Havel, trotz angeordnetem Bewegungsstopp trafen immer noch täglich 20 bis 30

S. 92; Hoffmann u.a.: Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik, S. 13f.

83 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 103, Bl. 14.

84 KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 3.9.1945, S. 5).

85 Ebenda (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 3.12.1945, S. 5).

86 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 201.

87 Ebenda, Nr. 103, Bl. 14. Siehe auch KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 3.9.1945, S. 5).

88 Nach zeitgenössischen vorsichtigen Schätzungen »vagabundierten« im Oktober 1945 allein in Brandenburg etwa 600 000 Heimatlose umher; s. Pape: Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg, S. 110.

»Einzelgänger« im Landkreis ein, bei denen es sich vornehmlich um Menschen aus Pommern und dem Warthegau handele, die vorgäben, erst jetzt ausgewiesen worden zu sein und im Kreis Verwandte zu haben.⁸⁹

Zur Aufnahme größerer Vertriebenentransporte mussten kurzfristig umfangreiche logistische Vorbereitungen betreffs Verpflegung und Betreuung, ärztliche Versorgung, Unterbringung, Registrierung usw. geleistet werden.⁹⁰ Im Herbst 1945 begann man in der SBZ mit dem Aufbau eines funktionsfähigen Netzes von Auffang- und Quarantänelagern. Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler schaltete sich auf Befehl der Besatzungsmacht ein und erließ Richtlinien für die personelle Ausstattung, Verwaltung und Wirtschaftsführung der Lager.⁹¹ Alle aus dem Osten Ausgewiesenen und auch die aus der Kriegsgefangenschaft Heimkehrenden mussten sich in diesen Lagern einer mehrwöchigen Quarantäne unterziehen, wodurch die Ausbreitung von Fleckfieber oder anderen epidemischen Krankheiten unterbunden werden sollte.⁹² Als erstes Quarantänelager im Kreis Zauch-Belzig wurde seit 20. Oktober 1945 innerhalb weniger Tage das ehemalige Barackenlager der OKW-Außenstelle in Belzig, Bergholzer Straße, hergerichtet.⁹³ Ein zweites Lager entstand fast zeitgleich und ebenfalls in der Kreisstadt, in der Borner Straße auf einem Areal der früheren »Reichsschule Technische Nothilfe«.⁹⁴ Beide Lager erhielten ihre Erstbelegung durch einen in zwei Schüben am 22. und 26. Oktober aus dem Durchgangslager Forst/Lausitz eintreffenden Transport mit 4529 Personen.⁹⁵ Mitte November 1945 bestanden im Landkreis dann schon vier Quarantänelager, und zwar in:

- Belzig, Bergholzer Straße, Kapazität 2500 Personen
- Belzig, Borner Straße, Kapazität 2500 Personen
- Belzig, Lübnitzer Straße (ehemaliges KZ-Außen-, Fremdarbeiter- und Kriegsgefangenenlager-Areal beim Roederhof), Kapazität 3000⁹⁶ Personen
- Treuenbrietzen, Selterhof (ehemaliges Fremdarbeiterlager der Munitionsfabrik), Kapazität 3000 Personen.⁹⁷

Die vier Lager verfügten damit zusammen über eine Aufnahmefähigkeit von bis zu 11 000 Personen. Die materielle und sanitäre Ausstattung dieser Quarantänelager

89 Siehe BLHA, Rep. 230 Oberlandratsamt Brandenburg (Havel), Nr. 42.

90 Vgl. dazu etwa BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 246 u. Bl. 263f. G. A. Vogel, KPD-/SED-Funktionär in Zauch-Belzig, schilderte Jahrzehnte später die typische Situation: Morgens um 4 Uhr meldete die Kommandantur einen Flüchtlingstreck, und automatisch mussten die Verwaltung u. Parteifunktionäre beginnen, Schlafstätten vorzubereiten, Lebensmittel zu beschaffen, Heizmaterial zu besorgen usw.; Sammlung G. Dorbritz (Schreiben G. A. Vogels an die SED-Kreisleitung Belzig aus dem Jahr 1970).

91 Wille: Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, S. 36f.

92 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 171 u. Bl. 181.

93 BLHA, Rep. 230 Oberlandratsamt Brandenburg (Havel), Nr. 42 (Schreiben des Landrats an das Oberlandratsamt vom 23.10.1945).

94 Ebenda (Schreiben des Landrats an das Oberlandratsamt vom 1.11.1945).

95 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 234f.

96 Ebenda, Bl. 218, irrig mit einer Kapazität von 8000 Personen angegeben.

97 Nach ebenda.

war größtenteils ungenügend und gab immer wieder Anlass zu scharfer Kritik.⁹⁸ Angesichts der von äußerstem Mangel geprägten Nachkriegsverhältnisse konnte daran allerdings nichts grundlegend verändert werden.

Nach einigen Wochen bzw. Monaten wurden in Belzig die Lager Bergholzer Straße und Borner Straße geschlossen. An ihre Stelle traten die neuen Quarantänelager Belzig-Klinkengrund (ehemaliges Barackenlager der Wehrmacht bzw. Wehrmachtsstreifen-Lehrabteilung) und Landesanstalt Treuenbrietzen.⁹⁹ Zum 1. Oktober 1946 waren die Lager des Kreises mit 1768 Menschen belegt.¹⁰⁰ Nur ein Teil derjenigen, die hier ihre Quarantäne absolvierten, wurden anschließend auch im Kreis Zauch-Belzig untergebracht. Der wohl größere Teil dürfte nach den Lagerwochen in andere Gegenden weitergeleitet worden sein. Mitte Januar 1947 unterrichtete die Kreiskommandantur den Landrat, dass angesichts des verringerten Umsiedlerzuströms auf Anordnung der SMA Brandenburg in Zauch-Belzig künftig nur noch ein Quarantänelager unterhalten werden sollte, und zwar das Lager Selterhof Treuenbrietzen mit einer Kapazität von 1500 Personen.¹⁰¹

Die ankommenden Menschen, die bei ihrer Ausweisung oft von rachsüchtigen und hasserfüllten Polen oder Tschechen schikaniert und ausgeplündert worden waren und einen Transport unter menschenunwürdigen Bedingungen hinter sich hatten, zeigten sich oftmals in einem erbärmlichen Zustand.¹⁰² Der Lagerarzt der Landesanstalt Treuenbrietzen berichtete über einen Treck von 1449 Personen, der am 13. Oktober 1946 eingetroffen war; fast 80% der Leute seien stark unterernährt und erkrankt (Magengeschwüre, Herzkrankte, Tuberkulose, Diarrhö u.a.), und die Hälfte aller Personen müsse rein ärztlich gesehen einer Krankenhausbehandlung zugeführt werden.¹⁰³ Daraufhin begab sich Landrat Sydow persönlich und in Begleitung des Leiters des Kreis-Umsiedleramtes am 16. Oktober nach Treuenbrietzen, um vor Ort das menschliche Elend in Augenschein zu nehmen. Sie fanden den Bericht des Lagerarztes vollauf bestätigt. Die Lagerinsassen machten schon rein äußerlich einen bedauernswerten Eindruck. Die wenigen Kleider, die sie noch besaßen, waren abgerissen und in unsauberem Zustand. Durch den Mangel an Kohlen froren die Leute

98 Zu schlechten Wohn- und sanitären Bedingungen in den Lagern s. BLHA, Rep. 230 Oberlandratsamt Brandenburg (Havel), Nr. 42, passim; Wille: Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, S. 37f.

99 Am 1.10.1946 existierten im Kreis die Lager Belzig-Lübznitzer Straße, Belzig-Klinkengrund, Selterhof Treuenbrietzen u. Landesanstalt Treuenbrietzen; s. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 288.

100 Ebenda.

101 Ebenda, Nr. 100, Bl. 392. In der ganzen SBZ hatten Ende Dezember 1945 insgesamt 628 Lager bestanden, deren Anzahl indes bereits bis Dezember 1946 drastisch auf 194 (Kapazität: 263 820 Personen) reduziert wurde; Meinicke: Zur Integration der Umsiedler, S. 870f., Anm. 24.

102 Siehe dazu Christopheit: Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg, S. 92; Pape: Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg, S. 111 u. 113; Ther: Deutsche und polnische Vertriebene, S. 57; Wille: Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, S. 35 u. S. 38f.

103 BLHA, Rep. 230 Oberlandratsamt Brandenburg (Havel), Nr. 42 (Schreiben Lager Treuenbrietzen an den Landrat vom 15.10.1946).

fast ausnahmslos.¹⁰⁴ Die Verwaltung und die Lagerleitung konnten indes nur wenig an Hilfsmaßnahmen für die leidgeprüften Menschen einleiten.

Bei den in Lagerbaracken dicht gedrängt hausierenden Vertriebenen konnten Wut und Schmerz über die Zwangsausweisung aus der alten Heimat, über den Verlust von Hab und Gut, zusammen mit dem Zorn über die augenblicklichen miesen Lebensumstände ein explosives Gemisch ergeben. Am 12. November 1945 brach im Lager Belzig, Borner Straße, unter Deutschstämmigen aus Jugoslawien eine Revolte aus.¹⁰⁵ Die Vertriebenen vom Balkan wollten sich nicht der Lagerregie unterwerfen und bekundeten während eines Appells, dass sie eigentlich keine Deutsche und damit hier fehl am Platze seien. Es wurden u.a. Stimmen laut, die sich gewaltsam den Rückweg in die Heimatgebiete erzwingen wollten (»Wir wollen Kanonen, wir wollen Waffen«¹⁰⁶). Das Lagerpersonal sah sich massiv bedroht. Nur ein herbeigerufener Offizier der Kreis-kommandantur konnte eine Eskalation unterbinden, indem er warnte, Rädelsführer standrechtlich zu erschießen. Der Lagerleiter verfasste für die Provinzialverwaltung einen Rapport, der die Geschehnisse in Einzelheiten schilderte, aber auch verdeutlichte, wie wenig der Lagerleiter diese Menschen etwa als »Landsleute« betrachtete, sondern pauschal als dreckigen Haufen diffamierte – als undankbar, politisch unkorrekt, asozial und kriminell. Es lässt sich spekulieren, inwieweit ein von solchen Aversionen gekennzeichnetes Auftreten des Lagerleiters zum Aufruhr beigetragen haben mag. In Belzig war man jedenfalls beruhigt, als am Tag nach der Revolte das gesamte Lager Borner Straße geräumt und alle Insassen per Bahn in Richtung Berlin abtransportiert wurden.

In den sowjetischen Abschnitts- und Ortskommandanturen brachte man anscheinend der Umsiedlerproblematik allgemein wenig Verständnis entgegen.¹⁰⁷ Kommandanten blockierten mitunter die Einquartierung von Vertriebenen in ihren Bereichen und spielten sich dabei in Provinzfürsten-Manier auf. Der Abschnittskommandant von Treuenbrietzen verbot im Oktober 1945 die Aufnahme weiterer Flüchtlinge in Brück und Umgebung, obwohl das dortige Unterbringungssoll noch nicht erfüllt war.¹⁰⁸ Am 28. Dezember 1946 erließ der Abschnittskommandant von Beelitz einen Befehl, der die Aufnahme von Vertriebenen aus den Gebieten Polens und der Tschechoslowakei im Bürgermeistereibezirk Beelitz untersagte.¹⁰⁹ Das Zauch-Belziger Landratsamt bat deshalb am 16. Januar 1946 das Oberlandratsamt Brandenburg/Havel, eine Aufhebung dieses Befehls zu erwirken, sonst müsse das Aufnahmesoll des Kreises um 11 500 Umsiedler reduziert werden.¹¹⁰ Ebenso gab es

104 Ebenda (Bericht des Kreis-Sozialamtes an das Oberlandratsamt vom 16.10.1946); s. Anlage Nr 19 der vorliegenden Arbeit.

105 Siehe dazu BLHA, Rep. 230 Oberlandratsamt Brandenburg (Havel), Nr. 42 (Bericht an die Provinzialverwaltung in Potsdam vom 17.11.1945), u. Anlage Nr. 20 der vorliegenden Arbeit.

106 Ebenda.

107 Diese Erfahrung machte man in vielen Regionen Brandenburgs u. der SBZ. Vgl. Christopeit: Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg, S. 89; Wille: Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, S. 37.

108 Vgl. BLHA, Rep. 230 Oberlandratsamt Brandenburg (Havel), Nr. 42 (Schreiben des Landratsamtes an das Oberlandratsamt vom 10.10.1945).

109 BLHA, Rep. 230 Oberlandratsamt Brandenburg (Havel), Nr. 42.

Schwierigkeiten mit der Besatzungsmacht bei der Einrichtung des Quarantänelagers Belzig-Klinkengrund. Rotarmisten hatten dieses Lager mit seinen 21 Baracken Ende November 1945 teilweise belegt und damit begonnen, Einrichtungsgegenstände abzutransportieren.¹¹¹ Der Landrat schrieb am 30. November an den Präsidenten der Provinzialverwaltung: »Ich bin bemüht, die Räumung des Lagers durch die Rotarmisten und die Rückgabe der Einrichtungsgegenstände zu erwirken, bitte jedoch, auch dortseits [sic!] bei der SMA entsprechend zu intervenieren.«¹¹² Anscheinend hatten diese Bemühungen Erfolg, denn die Rotarmisten verließen das Lager wieder.

Von den Kommunen wurden die Flüchtlinge und Vertriebenen beileibe auch nicht mit offenen Armen empfangen. Die Stadt- und Gemeindeverwaltungen sahen in ihnen in Zeiten allgemeinen Notstands eine zusätzliche Belastung. In den Rathäusern war lautes Stöhnen zu vernehmen. Die Gemeindeverwaltung Michendorf ließ Ende August 1945 verlautbaren, sie müsse auf Anordnung der Landratsamtes noch 564 Flüchtlinge aufnehmen, doch unter Ausnutzung aller Möglichkeiten könne nach sorgfältiger Prüfung höchstens eine Aufnahme von 115 Personen erfolgen.¹¹³ Die Gemeinde Ferch beantragte am 12. Oktober 1945, ihr Gebiet für jeglichen Zuzug von Flüchtlingen zu sperren, weil in Ferch schon ca. 400 Evakuierte und Flüchtlinge sowie seit Ende Juli auch noch 700 Rotarmisten einquartiert seien.¹¹⁴ Als auch die Stadt Werder darum bat, von der geplanten Unterbringung von 6600 Heimatlosen »verschont« zu bleiben, richtete das Landratsamt, Unterabteilung »Deutsche Umsiedler«, am 19. Oktober 1945 an den Werderaner Magistrat die eindringlichen Worte: »Es muss das Alleräußerste getan werden, um die Landstraßen freizumachen von den endlosen Elendtrecks, den abgehetzten, verhungerten und heimatlosen Menschen, die jetzt noch ihren unbekannten Zielen zustreben.«¹¹⁵ Zwei Jahre später, im Dezember 1947, diskutierte indes selbst der Kreistag darüber, ob man wegen Überlastung mit Flüchtlingen nicht an die Landesregierung den Antrag stellen sollte, weitere Umsiedlertransporte nach Zauch-Belzig zu unterbinden oder zumindest stark einzuschränken.¹¹⁶ Letztlich beschloss der Kreistag einstimmig:

Aus der Erkenntnis heraus, dass unzureichender Wohnraum für die Bevölkerung Krankheit und Siechtum, Unzufriedenheit und seelische Unruhe bedeuten, ist die Landesregierung Potsdam auf die im Kreise Zauch-Belzig herrschende katastrophale Wohnungsnot hinzuweisen und zu bitten, die Lage selbst zu überprüfen und Abhilfe zu schaffen.¹¹⁷

110 Ebenda (Schreiben des Landratsamtes an das Oberlandratsamt vom 16.1.1945).

111 Ebenda (Schreiben des Landrats an den Präsidenten der Provinzialverwaltung vom 30.11.1945).

112 Ebenda.

113 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 82, Bl. 25.

114 BLHA, Rep. 330, Nr. 165, Bl. 101.

115 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 252.

116 Siehe BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 221f. Bemerkenswert: Die ZVU selbst hatte bereits 1946 die »Umsiedler«-Aufnahmekapazität von ganz Brandenburg wegen Wohnraum-mangel für erschöpft erklärt; Ther: Deutsche und polnische Vertriebene, S. 283f. Die Erklärung blieb allerdings ohne Folgen.

117 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 222.

Stichtag	Anzahl »Umsiedler« ¹²¹	Stichtag	Gesamtbevölkerung ¹²²
30.06.1946	34 167	01.06.1946	130 980
30.09.1946	41 669 ¹²³		
28.02.1947	40 839	01.01.1947	136 141
30.04.1947	41 246	01.06.1947	136 660
31.12.1947	43 877	01.01.1948	139 542
01.04.1948	43 178	01.06.1948	139 299
01.06.1949	41 371	01.06.1949	137 216

Tabelle 8 Vom statistischen Landesamt erfasste Umsiedlerzahlen in Gegenüberstellung der Gesamtbevölkerungszahlen des Kreises Zauch-Belzig von 1946 bis 1949

Diese Entschließung klang halbherzig, wohl weil die Mehrzahl der Kreistagsabgeordneten sich an fünf Fingern abzählen konnte, dass gerade der Kreis Zauch-Belzig – bekanntermaßen eine Agrargegend mit geringer Bevölkerungsdichte und ohne wesentliche Kriegszerstörungen – in den Augen der Landesregierung weiterhin ein unverzichtbares Zielgebiet für Umsiedler darstellte.¹¹⁸

Am 5. September 1945 hatte der Landrat die Anzahl der im Kreis aufgenommenen Flüchtlinge auf rund 39 000 beziffert.¹¹⁹ Das kann gut der Realität entsprochen haben. Denn laut einer anderen Quelle zählte man zum 26. Oktober 1945 unter der Zauch-Belziger Wohnbevölkerung 39 151 Flüchtlinge und 1714 aus dem Osten Ausgewiesene¹²⁰, also zusammen 40 865 Personen. Wenn man vom statistischen Landesamt erfasste Umsiedlerzahlen im Kreis den Gesamtbevölkerungszahlen des Kreises für 1946 bis 1949 gegenüberstellt, ergibt sich das in Tabelle 8 dargestellte Bild.

Demnach waren durchschnittlich ca. 30% der Kreisbevölkerung Umsiedler; will heißen: Fast jeder dritte Bewohner Zauch-Belzigs in den Nachkriegsjahren war faktisch ein Fremder, ein Zugezogener. Damit lag Zauch-Belzig über dem Provinz- bzw. Landesdurchschnitt, der beispielsweise im April 1949 knapp 25 Prozent betragen

118 Ende Juli 1945 war eine Studie zur Aufschlüsselung u. Unterbringung der Vertriebenen in der SBZ angefertigt worden. Grundgedanke der Studie war, die Mehrzahl der Vertriebenen in agrarischen Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte einzuweisen, was in der Tat bei der praktizierten Verteilung auf die einzelnen Territorien der Zone in Anwendung kam; Hoffmann u.a.: Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik, S. 14.

119 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 103, Bl. 14.

120 BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Landesbehörde Volkspolizei, Nr. 307, Bl. 205.

121 Nach BLHA, Rep. 202 E, Nr. 45, Bl. 1, 5, 9, 11, 15, 17; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 23 (Angabe für 1.6.1949).

122 Nach BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 23.

123 Diese Zahl erscheint zu hoch. Sicherlich hat der Landkreis in der zweiten Jahreshälfte 1946 eine starke Zuwanderung erfahren. Allein im Monat September wurden 1526 Menschen aus anderen SBZ-Gegenden und 579 Menschen aus dem »Ausland« (also Vertriebene) im Kreis angesiedelt (BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 182, Bl. 24 Rs). Jedoch betrug zum Stichtag 29.8.1946 die Anzahl der »Flüchtlinge und Evakuierten« im Kreisgebiet noch 36 546 Personen (BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 286, Bl. 208). Der also mit Sicherheit zu hohe Wert für den 30.9.1946 resultierte wahrscheinlich aus Doppelzählungen.

124 Vgl. Hoffmann u.a.: Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik, S. 19. Schneider: Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, S. 240, gibt den prozentualen Anteil

hat.¹²⁴ Im Land Brandenburg waren Anfang April 1948 insgesamt 744 387 Umsiedler registriert gewesen, davon 43 178 (14 074 Familien) in Zauch-Belzig.¹²⁵ Somit wohnten seinerzeit im Kreis 5,8 Prozent aller Zuwanderer in der Mark.

Der Anteil der Zuzügler an der Einwohnerschaft betrug in den einzelnen Zauch-Belziger Amtsbezirken im September 1947 zwischen 21,7% und 45%.¹²⁶ Die größte absolute Zahl an Umsiedlern im Kreisgebiet wurde zum Jahreswechsel 1947/48 mit 43 877 Personen registriert (s. Tabelle 9), im Unterschied etwa zum gesamten SBZ-Gebiet, wo der entsprechende Maximalwert mit 4,443 Millionen Personen erst vom März 1949 datiert.¹²⁷

Die Crux, anhand der statistischen Angaben die Zuwanderung von (im eigentlichen Sinne) Heimatvertriebenen zahlenmäßig korrekt zu erfassen, besteht darin, dass unter der Rubrik »Umsiedler« nicht nur die Flüchtlinge und Deportierten aus dem Osten, sondern auch die Zuzügler aus anderen Regionen der Sowjetischen Besatzungszone und aus den westlichen Besatzungszonen Deutschlands fielen.¹²⁸ Beispielsweise stammten von den am 21. September 1947 in Zauch-Belzig registrierten 43 704 Umsiedlern immerhin 7681 aus anderen SBZ-Gebieten.¹²⁹ Tabelle 9 gibt Auskunft über die Herkunft der damaligen Neueinwohner des Kreises.¹³⁰ Die weitaus größte Gruppe der Heimatvertriebenen im Kreis stellten also die Schlesier, gefolgt von den Deutschstämmigen aus Gebieten innerhalb der polnischen Vorkriegsgrenzen (speziell dem Wartheland). Verhältnismäßig stark vertreten waren auch aus der Tschechoslowakei ausgewiesene Sudetendeutsche.

Als vordringliche Aufgabe musste die Wohnraumbeschaffung für die Zuwanderer gelöst werden.¹³¹ Hierbei wurde trotz aller Unzulänglichkeiten in der ganzen SBZ viel geleistet und erreicht.¹³² In ländlichen Regionen kamen insbesondere große Bauerngehöfte für die Unterbringung infrage, deren Besitzer aber oft genug gezwungen werden mussten, Räumlichkeiten bereitzustellen.¹³³ Die Einquartierungen konnten so weit

der Umsiedler an der Wohnbevölkerung Brandenburgs folgendermaßen an: Dezember 1945 19,5%, August 1946 24,9%, März 1949 27,4%. Siehe auch die tabellarische Übersicht in: Christopheit: Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg, S. 109. In der ganzen SBZ lag am 1.1.1949 der Umsiedleranteil an der Gesamtbevölkerung bei 24,2%; Meinicke: Zur Integration der Umsiedler, S. 868.

125 Nach BLHA, Rep. 202 E, Nr. 45, Bl. 17.

126 Vgl. die Angaben in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 183.

127 Vgl. Zank: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 32.

128 Eine eingrenzende Definition, mit der die brandenburgische Landes-Umsiedlerbehörde zu bestimmen versuchte, wer als »Umsiedler« zu gelten habe und wer nicht – s. Ther: Deutsche und polnische Vertriebene, S. 138f. –, konnte sich offensichtlich nicht durchsetzen.

129 Siehe BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 184.

130 Nach ebenda.

131 In Zauch-Belzig sah man als Hauptproblem die Unterbringung von Heimatvertriebenen in der Stadt Treuenbrietzen, weil dort 10% aller Häuser in den letzten Kriegstagen zerstört worden waren; vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 170.

132 Hoffmann u.a.: Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik, S. 18.

133 Vgl. Christopheit: Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg, S. 101f.; Pape: Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg, S. 116.

Herkunftsgebiet/-land	Anzahl Personen	Anteil an der Gesamtzahl in %
Ober- und Niederschlesien (östlich der Lausitzer Neiße)	12 843	35,65
Polen (in den Grenzen von 1939)	8 454	23,47
Grenzmark Posen-Wetpreußen (einschließlich Brandenburg östlich der Oder? ¹³⁴)	3 734	10,37
Tschechoslowakei	3 564	9,89
Ostpreußen (ohne Königsberg)	2 843	7,89
Pommern (östlich der Oder)	2 349	6,52
Rumänien	632	1,75
Königsberg (Ostpreußen) ¹³⁵	519	1,44
Sowjetunion (ohne baltische Republiken)	418	1,16
Baltikum	258	0,72
Jugoslawien	124	0,34
Dänemark	83	0,23
Österreich	50	0,14
Ungarn	39	0,11
Norwegen	12	0,03
Italien	4	0,01
sonstige Staaten	97	0,27
Gesamtzahl: 36 023		

Tabelle 9 Neueinwohner des Kreises Zauch-Belzig nach ihrer Herkunft aufgeschlüsselt

gehen, dass z.B. im Dorf Linthe im Februar 1947 neben 365 alteingesessenen Leuten rund 400 Umsiedler wohnten.¹³⁶ Im Haus eines Landwirts in Schönefeld bei Beelitz waren in neun Zimmern 24 Personen (insgesamt fünf Familien) untergebracht, während zwei Knechte als Schlafraum eine Küche nutzten, die zugleich zwei Flüchtlingsfamilien mit zehn Personen als Kochstelle diente.¹³⁷ Solche Überbelegungen stießen auf den höchsten Widerwillen bei der eingewanderten Bevölkerung. Am 16. September 1947 berichtete das Zauch-Belziger Kreiswohnungsamt den Kreisräten, die Unterbringung des letzten Umsiedlertransportes sei auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen, weil es Weigerungen von Seiten der Bürgermeister verschiedener Gemeinden gegeben habe, die auch teilweise unwahre Angaben über die noch erfassungsmöglichen Wohnräume in ihren Gemeinden machten.¹³⁸

In der Tat präsentierten sich die damaligen Wohnbedingungen für Vertriebene und Flüchtlinge im Kreisgebiet als wenig zufriedenstellend: Im September 1947 wohnten in eigenen Häusern 2517¹³⁹, in Mietwohnungen 32 305, in winterfesten Not-

134 Zuwanderer aus Ost-Brandenburg sind in der Aufstellung ebenda nicht extra ausgewiesen. Sie werden mit den Vertriebenen aus der Grenzmark Posen zusammengefasst worden sein.

135 Gemeint ist wohl der sowjetisch besetzte Teil Ostpreußens um Königsberg, im Unterschied zum übrigen, polnisch besetzten Ostpreußen.

136 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 95.

137 Ebenda, Bl. 17.

138 Ebenda, Bl. 63. Generell machte man in der ganzen SBZ die Erfahrung, dass sich die Altansässigen sehr häufig nicht auf einen verkleinerten Wohnraum zugunsten von Umsiedlern beschränken wollten; s. Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, S. 518.

wohnungen 6989, in winterfesten Baracken 811, in Schulen und Sälen hausierten 231, in nicht winterfesten Unterkünften 851.¹⁴⁰ Schränke, Stühle, Tische, Bettgestelle usw. waren in den Unterkünften absolute Mangelware. Landrat und Kreistag wollten im Februar 1947 den Mangel mit einer außergewöhnlichen Aktion lindern. Die Häuser sollten durchkämt und dabei aufgefundenes, als »unbenutzt« oder »herrenlos« eingeschätztes Mobiliar für eine befristete Zeit beschlagnahmt werden. Die Aktion musste man aber schon bald abbrechen bzw. rückgängig machen. Am 16. April 1947 schrieb Fritz Hermann Schwob (CDU), brandenburgischer Minister für Arbeit und Sozialwesen, an den Landrat:

So sehr ich Ihre Bemühungen, herrenlose und unbenutzte Möbel zugunsten der Umsiedler [zeitweise] zu erfassen, anerkenne, bin ich doch gezwungen, Sie zur Zurücknahme Ihrer Rundverfügung vom 28.2.1947 an die Amtsvorsteher Ihres Kreises aufzufordern. Ihre Anordnung ist in formeller wie in materieller Hinsicht ungesetzlich.¹⁴¹

Sie bedeutete nämlich einen nicht legalen Eingriff ins Eigentumsrecht und musste deshalb für nichtig erklärt werden.

Sammlungen freiwilliger Spenden für die Vertriebenen führten die Umsiedlerausschüsse, kirchlich-karitative Organisationen sowie in Brandenburg der Wohlfahrtsverband »Märkische Volkssolidarität« durch, während die SMAD Mitte Oktober 1946 eine einmalige Beihilfe von zweihundert Millionen Reichsmark zur Verfügung stellte.¹⁴² In Zauch-Belzig wurden 1947/48 auf Anordnung der sowjetischen Kreiskommandantur an die »Umsiedler« Industriewaren im Wert von 84 285 Mark sowie Möbel und Inventar im Wert von 439 800 Mark ausgegeben.¹⁴³ Insgesamt war dies aber nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Der Flüchtlingszustrom verlieh sicherlich der brandenburgischen Gesellschaft langfristig Modernisierungsimpulse und stellte ein leistungsbereites, gegenüber Innovationen besonders offenes Arbeitskräftepotential bereit.¹⁴⁴ Jedoch konnte dieses Potential nur genutzt werden, wenn es gelang, den Zuwanderern geeignete Arbeitsplätze zu verschaffen.¹⁴⁵ Für den Kreis Zauch-Belzig bedeutete dies eine besondere Herausforderung. Die hiesige schwache Industrie bot z.B. kaum Beschäftigungsmöglichkeiten. Und weil in Zauch-Belzig verhältnismäßig wenig Bodenreformland zur Verteilung vorhanden war, musste auch die Anzahl eigenständiger Neubauern aus den Reihen der »Umsiedler« zwangsläufig sehr beschränkt bleiben.¹⁴⁶ Die meisten Zuzügler fanden sich

139 In ganz Brandenburg wohnten im April 1947 von den über 700 000 Umsiedlern nur ganze 52 415 in eigenen Häusern; Pape: Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg, S. 117.

140 Bericht vom 21.9.1947, in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5, Bl. 185.

141 Ebenda, Bl. 91.

142 Vgl. Pape: Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg, S. 129–131.

143 Foitzik: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig, S. 54.

144 So Bauerkämper: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 289.

145 Zu dieser Problematik s. Meinicke: Zur Integration der Umsiedler, S. 873–875.

146 Im Herbst 1946 gab es im Kreis Zauch-Belzig rund 660 Umsiedler-Neubauern; s. *Anhang* Nr. 16 der vorliegenden Arbeit. Damit besetzten sie 38% aller damaligen Neubauernstellen im Kreis. Im gesamten SBZ-/DDR-Gebiet waren zum Ende der Bodenreform 43,3% aller Neubauernstellen

in unqualifizierten und schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen in der Landwirtschaft wieder.¹⁴⁷ (Als Nebenverdienstquelle empfahl man ihnen den Anbau von Maulbeer-Kulturen oder auch die Gewinnung von Binsen.¹⁴⁸) Eine positive Ausnahme bildeten die »Märkischen Kunstwerkstätten« Albrecht Sturms in Elsholz. Bei den zehn Beschäftigten Sturms handelte es sich durchweg um Flüchtlinge und Vertriebene. Die Firma stellte 1947 ihre Produkte erfolgreich auf der Leipziger Messe aus.¹⁴⁹

In den schweren Nachkriegsjahren hielten sich bei der alteingesessenen Bevölkerung, an der die Not ja selbst nicht vorbeiging, Solidarität und Verständnis gegenüber den Zuwanderern in engen Grenzen.¹⁵⁰ In den Dörfern mit ihren traditionellen Verwandtschaftsstrukturen galten die Neuankömmlinge – nicht selten mit fremdem Dialekt, fremden Gebräuchen, anderer Konfession – sehr häufig als Fremdkörper. Sie mussten Schimpfwörter wie »Sudetengauer« (gemeint waren die von den Tschechen Ausgewiesenen) oder »Polackenpack« über sich ergehen lassen. Die generelle wirtschaftliche Notlage und die Ressentiments¹⁵¹ der Alteingesessenen waren schwere Bürden für die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in die SBZ-Gesellschaft.¹⁵² In Belgiz

mit Umsiedlern besetzt; Meinicke: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR, S. 63. Bis zum 1.1.1950 erhielten insgesamt 91 155 Vertriebene in der DDR Land im Zuge der Bodenreform, wodurch 350 000 Umsiedelte einschließlich ihrer Familienmitglieder einen Neuanfang wagen konnten; Meinicke: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR, S. 70; Plato/Meinicke: Alte Heimat – neue Zeit, S. 60f.

147 Beispielweise setzten sich die Belegschaften der fünf Güter Zauch-Belzigs mehrheitlich aus Umsiedlern zusammen; vgl. S. 263 der vorliegenden Arbeit. Von den beschäftigten Zuzüglern in der Provinz Brandenburg waren im Dezember 1945 ca. 58% in der Landwirtschaft, im Dezember 1946 ca. 66% in der Land- u. Forstwirtschaft tätig; vgl. Pape: Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg, S. 123 u. 127. Laut Meinicke: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR, S. 71, kamen in der SBZ 40,7% der Landarbeiter u. 85,5% der mithelfenden familienfremden Arbeitskräfte aus den Kreisen Umsiedelter. Das durch die Umsiedler entstandene Überangebot an Arbeitskräften wurde häufig genug von den Bauern schamlos ausgenutzt; s. ebenda u. Plato/Meinicke: Alte Heimat – neue Zeit, S. 64. Siehe auch Wille: Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, S. 46.

148 Siehe Amtliches Kreisblatt des Kreises Zauch-Belzig, Nr. 1 u. Nr. 4 (1947).

149 Pape: Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg, S. 127f. Die Firmagalt offiziell als Umsiedlerbetrieb (vgl. ebenda), war dies aber eigentlich nicht. A. Sturm stammte aus Berlin u. war 1943/44 mit seinem Unternehmen aus der Reichshauptstadt, wo sein Geschäft ausgebombt worden war, nach Elsholz umgezogen; vgl. Nachlass A. Sturm (Schreiben Sturms vom 7.7.1945).

150 Zum Folgenden vgl. Bauerkämper: Die Sozialgeschichte der DDR, S. 96; Christopeit: Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg, S. 98–108; Meinicke: Zur Integration der Umsiedler, S. 870f.; Pape: Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg, S. 116 u. S. 128–132; Ther: Deutsche und polnische Vertriebene, S. 282–292.

151 Diese wurden sicherlich durch die Propaganda der Behörden gegen die Bewahrung der Identität der Vertriebenen noch vermehrt; Christopeit: Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg, S. 106. Dabei wurde gerade in Brandenburg von behördlicher Seite ebenso versucht, per Agitation zum Abbau von Vorurteilen zwischen Einheimischen u. Vertriebenen beizutragen; vgl. Pape: Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg, S. 128–132.

152 Bei einer Umfrage in ausgewählten brandenburgischen Gemeinden zum Verhältnis von Einheimischen u. Vertriebenen im April 1947 beurteilten nur 50% der Gemeinden das Verhältnis als

kam es gar zu Handgreiflichkeiten zwischen Alt- und Neubürgern, die ein Gerichtsverfahren nach sich zogen.¹⁵³ Andererseits verband die Umsiedler das gemeinsame Erlebnis von Flucht oder Vertreibung und trug zu solidarischem Verhalten untereinander, aber ebenso zu einer gewissen Abschottung gegenüber der Stammbewölkerung bei. Es war auch die Orientierung auf eine baldige Rückkehr in die alte Heimat, die den Aufbau von Sozialkontakten zur alteingesessenen Bevölkerung, mithin die Integration der Vertriebenen in ihr neues gesellschaftliches Umfeld behinderte.¹⁵⁴ In den Dörfern standen sie meist auf den unteren Stufen der sozialen Leiter.¹⁵⁵

Eine Konferenz der Zauch-Belziger Orts-Umsiedlerausschüsse am 14. Februar 1947 hatte sich mit einer Reihe von Klagen verschiedener Gemeinden über vielfältige Probleme der Gleichstellung und Eingliederung der Neueinwohner zu beschäftigen.¹⁵⁶ Diese hielten mit ihrer Wut und Enttäuschung nicht hinter dem Berg. Ein alter Mann aus Prützke äußerte im Dezember 1947 gegenüber dem Zauch-Belziger Informationsdienst:

Man spricht soviel davon, dass den Umsiedlern geholfen werden soll. In meinem Falle ist es so, dass ich alles andere als ein menschenwürdiges Dasein führe. Ich bin 73 Jahre alt und musste zusammen mit meiner Frau die Heimat verlassen. Bis heute hat man es noch nicht fertig gebracht, mir wenigstens eine Bettstelle zu beschaffen. Ich bin gezwungen, in einem kalten Raum auf dem Erdboden zu schlafen. Will man so den Umsiedler, der alles verloren hat, den Weg zu einem demokratischen Deutschland ebnen? Ich bin der Ansicht, mit etwas gutem Willen könnte man auch für mich etwas tun, dass ich nicht wie ein Vagabund meine letzten Lebensjahre verbringen muss.¹⁵⁷

Über vier Jahre später, im April 1952, schilderte eine ebenfalls in Prützke wohnende Frau:

Wir haben uns mit unserem Schicksal abgefunden, aber eines tut weh, dass man uns als Menschen niedrigster Klasse behandelt. Alle möglichen Schikanen werden herausgesucht von der Hausbesitzerin, um uns das Leben zu erschweren. Haben wir denn den Krieg alleine verloren?¹⁵⁸

gut, 31% beurteilten es als befriedigend, 19% als schlecht; Ther: Deutsche und polnische Vertriebene, S. 287. Christopheit: Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg, S. 106–108, betont, dass in erster Linie soziale Ungleichheit zwischen Alteingesessenen u. Vertriebenen zu Spannungen führte; ethnische Gegensätze werden dann auffällig, wenn sie mit sozialer Differenzierung einhergehen. Der Ansicht von Meinicke: Zur Integration der Umsiedler, S. 870, dass es zwischen Umsiedlern u. eingesessener Bevölkerung keine grundsätzlichen kulturellen, ethnischen u. religiösen Unterschiede gegeben habe, ist nicht zuzustimmen.

153 Pape: Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg, S. 116.

154 Meinicke: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR, S. 61.; ders.: Zur Integration der Umsiedler, S. 878.

155 Vgl. Bauerkämper: Die Sozialgeschichte der DDR, S. 90; Meinicke: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 147.

156 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 94f.

157 Ebenda, Nr. 173, Bl. 224 Rs.

158 BLHA, Rep. 202 G, Nr. 154 (Bericht Nr. 33 vom 5.4.1952).

Die brandenburgische Landesregierung schien 1947/48 auf dem Standpunkt zu stehen, die mannigfaltigen Integrationsprobleme seien vor allem mit organisatorisch-administrativen Mitteln zu lösen. So lässt sich zumindest ein Schreiben des Ministeriums für Arbeit und Sozialwesen, Abteilung Umsiedler und Heimkehrer, an den Rat des Kreises Zauch-Belziger interpretieren. In dem Schreiben hieß es, es häuften sich Beschwerden aus Gemeinden des Kreises, dass die Umsiedler von der alteingesessenen Bevölkerung abgesondert leben und nur in den seltensten Fällen eine Verbindung beider Gruppen möglich sei. Nach Meinung der Landesbehörde war der Grund dafür, dass die Umsiedlerausschüsse von der Kommunalverwaltung getrennt waren und nicht wirklich mit dieser zusammenarbeiten.¹⁵⁹ Diese vereinfachende Ansicht wurde freilich der tatsächliche Problemlage nicht gerecht.

Mittlerweile war jedoch auf höchster SED-Ebene in Übereinstimmung mit der Besatzungsmacht die Entscheidung gefallen, unter die »Umsiedlerangelegenheit« als gesondert behandeltes Problemfeld aus politischen Gründen einen Schlussstrich zu ziehen¹⁶⁰, auch wenn immer noch Menschentransporte von jenseits der Oder und Neiße eintrafen.¹⁶¹ Die Vertriebenenproblematik sollte in keiner Weise das Verhältnis zur Sowjetunion, zur Tschechoslowakei und vor allem zu Polen belasten und keinesfalls eine politisch-wirtschaftliche Anbindung an Osteuropa behindern.¹⁶² Die beabsichtigte »Endphase« der Integration begann propagandistisch mit so genannten »Umsiedlerwochen«, die als Höhepunkt des Aufeinanderzugehens von Einheimischen und Vertriebenen deklariert wurden und bei denen Umsiedlerausschüsse und Bürgermeister eine Abschlussbilanz über ihre Integrationsarbeit vortragen sollten.¹⁶³ Die SMAD ordnete die Auflösung der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler an. Sie wurde 1948 abgewickelt und in personell stark abgespekter Form als »Hauptabteilung für deutsche Umsiedler« in die Deutsche Verwaltung des Innern eingegliedert.¹⁶⁴

159 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 14. Zur zwispaltigen Bilanz der Tätigkeit der Umsiedlerausschüsse in Brandenburg s. Pape: Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg, S. 128f.

160 Die SED wie auch die Besatzungsmacht waren stets bemüht, bei den Schlesiern, Ostpreußen, Pommern, Ost-Brandenburgern u. Sudetendeutschen eine vollständige innere Abkopplung von der Vergangenheit, von der Heimat zu erreichen. »Jede öffentliche Bezugnahme auf die Heimat wurde unterbunden, bereits in den Nachkriegsjahren geahndet, durch Polizei und Besatzungsmacht verfolgt.«; Hoffmann u.a.: Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik, S. 17. Der ZVU war von Anfang an die Aufgabe zugeordnet, den Vertriebenen jegliche Hoffnung auf eine Rückkehr in die Heimatgebiete zu nehmen u. sie durch politisch-ideologische Beeinflussung integrationsfähig zu machen; Wille: Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, S. 47.

161 Selbst im September 1948 erwartete man noch in Zauch-Belzig einen Transport von 200 Vertriebenen aus dem Osten; vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 7.

162 Zu den außenpolitischen Hintergründen s. Schwartz: Umsiedlerpolitik in der Krise?, S. 189–192.

163 Hoffmann u.a.: Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik, S. 24f.; Wille: Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, S. 51f. Siehe auch Pape: Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg, S. 131f.; Ther: Deutsche und polnische Vertriebene, S. 161f. Während der Umsiedlerwoche vom 26.10. bis 2.11.1947 wurden in Zauch-Belzig u.a. 1240 Bettgestelle, 332 Tische, 1602 Stühle, 415 Kleiderschränke, 290 Kochtöpfe u. 1750 Teller für die Vertriebenen gesammelt; BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 615, Bl. 57.

Parallel dazu wurden die Umsiedlerausschüsse aufgelöst und ihre Aufgaben an Sozialkommissionen in den Gemeinden bzw. in den einzelnen Verwaltungsstellen übertragen.¹⁶⁵ Der jähe, faktische Abbruch der staatlich-administrativen Integrationsarbeit hatte zur Folge, dass die Einbürgerung der Umgesiedelten in sozialer Hinsicht lange Zeit Stückwerk blieb.¹⁶⁶ Zudem unterdrückten die SED-gesteuerten Behörden jegliche Ansätze, eigenständige Vertriebenenorganisationen zu bilden.¹⁶⁷ Die von der Einheitspartei geführte DDR-Regierung sah sich lediglich 1950 nochmals genötigt, als – bescheidene – sozialpolitische Maßnahme ein Umsiedler-Gesetz¹⁶⁸ zu verabschieden.¹⁶⁹

Die Betroffenen selber mochten sich verständlicherweise mit irgendwelchen Schlusstrich-Parolen der SED-Oberen nicht anfreunden. Ein »Umsiedler« aus Baitz betonte: »Wir alle haben den Wunsch, wieder in unsere Heimat zurückzukehren. Meines Wissens hat man doch auf der »Potsdamer Konferenz« beschlossen, Deutschland auf die Grenzen von 1937 zu bringen. Warum tut man dieses nicht?«¹⁷⁰ Im Dezember 1949 machte der Informationsdienst Zauch-Belzig die Beobachtung: »Ein großer Teil der Umsiedler kann sich noch nicht damit abfinden, dass die Oder-Neiße-Grenze eine endgültige ist. Trotz der Aufklärungsarbeit der politischen Parteien und Massenorganisationen wird den Hetzreden im RIAS-Sender¹⁷¹ immer wieder Gehör geschenkt.«¹⁷² Bis 1952 scheint diese Stimmung weitgehend gekippt zu sein.¹⁷³ (1950 war der »Görlitzer Vertrag« über die Oder-Neiße-Grenze zwischen der DDR und Polen geschlossen worden.) Die Vertriebenen im Kreis wie auch in der gesamten DDR

164 Hoffmann u.a.: Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik, S. 25; Schneider: Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, S. 242; Ther: Deutsche und polnische Vertriebene, S. 151f. u. 232f.; ders.: Die Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR 1945–1953, S. 166; Wille: Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, S. 52f.

165 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 135; Schwartz: Kontrollierte Partizipation, S. 184–188; Wille: Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, S. 53f.

166 Hoffmann u.a.: Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik, S. 26. Der These von Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, S. 277, die formale Gleichbehandlung und die fehlenden Möglichkeiten zur Entwicklung und Pflege eines eigenen landsmannschaftlichen Gruppenbewusstseins hätten einen gesellschaftlichen Integrationsprozess forciert, ist kritisch entgegenzuhalten, dass die »Schnellintegration« nicht viel mehr als – durch die politischen Verhältnisse bedingte – bloße Fassade war.

167 Siehe dazu den Aufsatz von Grottdieck: Egalisierung ohne Differenzierung?, passim. Just: Zur Lösung des Umsiedlerproblems, S. 972f., versuchte 1987 das strikte Verbot eigenständiger Umsiedlerorganisationen in der SBZ/DDR abstrus damit zu begründen, dass seitens des Alliierten Kontrollrats die Bildung von Organisationen, »die dem Zweck der Pflege der deutschen militärischen Tradition dienen«, grundsätzlich verboten worden war.

168 Veröffentlicht in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 104 (1950), S. 971–974. Zum Inhalt des Gesetzes s. Just: Zur Lösung des Umsiedlerproblems, S. 983f.; Meinicke: Zur Integration der Umsiedler, S. 877f.

169 Vgl. Schwartz: Umsiedlerpolitik in der Krise?, S. 201f.; Ther: Deutsche und polnische Vertriebene, S. 163–165; ders.: Die Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR 1945–1953, S. 166.

170 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 272.

171 »Rundfunk Im Amerikanischen Sektor« Berlins.

172 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 142.

173 Vgl. die Ausführungen von Ther: Deutsche und polnische Vertriebene, S. 264.

hatten wohl mehrheitlich ihre Hoffnungen auf eine Rückkehr in ihre Heimat begraben, zumal für sie ein öffentliches Bekenntnis zu ihrer Vergangenheit und ihrer Herkunft in einer Strafverfolgung münden konnte.¹⁷⁴ Der Zauch-Belziger Informationsdienst berichtete im April 1952, die Umsiedler im Kreis gäben zum Ausdruck, dass sie sich mit ihrem Schicksal arrangieren müssten, da sie in die alten Herkunftsgebiete nicht zurückkehren könnten, und die Informationsdienst-Mitarbeiter zitierten eine Frau mit den Worten: »Ich habe mich damit abgefunden, daß wir unsere Heimat nicht mehr wiedersehen. Krieg will ich keinen mehr, von einer Freundschaft mit den Polen kann aber keine Rede sein, dazu habe ich zuviel durchgemacht.«¹⁷⁵

Ernährungslage

Die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen bei Kriegsende – d.h. eine geschwächte Landwirtschaft, ein massenhafter Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen, ein desolates Transportwesen usw. – mussten zwangsläufig eine Folge haben: Hungersnot, insbesondere unter der städtischen Bevölkerung der Sowjetischen Besatzungszone. Umgehend trat eine neue Lebensmittel-Zwangsbewirtschaftung in Kraft, um halbwegs eine Grundversorgung mit Nahrungsmitteln zu sichern. Besonders bedrohliche Engpässe wurden auch durch Lieferungen aus sowjetischen Beständen beseitigt.¹⁷⁶ Da die landwirtschaftliche Produktion nur allmählich gesteigert werden konnte und auch immer wieder Rückschläge durch Witterungsunbilden (Dürremonate, der »Jahrhundertwinter« 1946/47, Überschwemmungen durch Oderhochwasser 1947) hinnehmen musste, blieb die Lebensmittelversorgung über Jahre hinweg unzureichend. Die ganze Zonenperiode zwischen 1945 und 1949 stellte somit für die SBZ-Bevölkerung eine Periode schwerer Unterernährung dar.¹⁷⁷ Erst 1949 besserte sich die Lage merklich, und 1950 war die Ernährungskrise im Wesentlichen überwunden.¹⁷⁸

In einer Agrargegend wie dem Kreis Zauch-Belzig erwies sich der legale oder auch illegale Zugang zu Lebensmitteln leichter als in Industrieregionen. Die Ernährungsnotlage wirkte sich allerdings auch hier aus. Der Grundbedarf des täglichen Lebens musste 1945 teilweise auf abenteuerliche Weise abgedeckt werden. Beispielsweise ist überliefert, dass in den Wochen nach Kriegsende ein Bauer den Auftrag bekam, mit seinem langsamen, 12 PS starken Traktor nebst Anhänger nach Bernburg (Anhalt) zu fahren, um Salz für die Kreisstadt Belzig zu holen. Ausgestattet mit einem Ausweis

174 Da ein Bekenntnis zur alten Heimat als Straftat galt, verschwiegen seit Anfang der 1950er viele Vertriebene in der DDR über Jahrzehnte ihre tatsächliche Herkunft; Hoffmann u.a.: Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik, S. 26; Plato/Meinicke: Alte Heimat – neue Zeit, S. 80.

175 BLHA, Rep. 202 G, Nr. 154 (Bericht Nr. 33 vom 5.4.1952).

176 Siehe Bauerkämper: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg, S. 267f.

177 Zank: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 67f.

178 In der Landwirtschaft konnten bei der Ernte des Jahres 1949 die Hektarerträge erstmals seit Kriegsende wirklich markant gesteigert werden; Sattler: Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 1, S. 514.

in russischer und deutscher Sprache, absolvierte der Bauer erfolgreich die mehrtägige Tour über Dessau und Köthen nach Bernburg und wieder zurück.¹⁷⁹

Die Kreisstadt Belzig organisierte in Eigenregie am 12. Mai 1945 die Neuausgabe von Lebensmittelkarten an ihre Einwohner.¹⁸⁰ Für August 1945 war die Austeilung folgender Wochenrationen angestrebt: für Kinder bis zu 6 Jahren je 1000 g Brot; für Kinder und Jugendliche von 6 bis 18 Jahren je 2000 g Brot; für Personen über 18 Jahre je 1750 g Brot; zudem pro Kopf 100 g Mehl und 62,5 g Butter.¹⁸¹ Andere Zauch-Belziger Kommunen dürften diesem Beispiel gefolgt sein. Der Landkreis zog nach, indem er für Mitte September 1945 die Ausgabe von einheitlichen Lebensmittelkarten im ganzen Kreisgebiet plante.¹⁸² Pro Dekade des Monats September sollte eine normal arbeitende Person 6 kg Brot, 90 g Nahrungsmittel, 260 g Fleisch, 157 g Fett, 7 kg Kartoffeln, 160 g Zucker, 90 g Salz und 3,2 l Milch erhalten.¹⁸³ Mit Wirkung vom 1. Oktober 1945 wurde dann die Kartenausgabe für die ganze Provinz Brandenburg vereinheitlicht. Und zum 1. November 1945 setzte schließlich die sowjetischen Besatzungsmacht für die ganze Zone ein neues Kartensystem in Kraft.¹⁸⁴

Die nun von höherer Ebene geregelte Rationierung bedeutete eine Verschlechterung für Zauch-Belzig. Da man davon ausging, dass die Bevölkerung in Landkreisen durchweg die Möglichkeit besaß, durch eigene Höfe und Gärten oder durch den Aufkauf von »freien Spitzen« sich zumindest teilweise selbst zu versorgen, waren hier die Kartenrationen tiefer gesetzt als etwa in den Großstädten.¹⁸⁵ Im November 1945 musste ein Kartenempfänger im Kreis Zauch-Belzig durchschnittlich mit einer Kalorienmenge von nur 1162 kcal am Tag auskommen.¹⁸⁶ (Der tägliche Bedarf des menschlichen Körpers beläuft sich auf 2500 bis 3000 kcal, um leistungsfähig zu bleiben.) 1946 gab es keine wesentliche Erhöhung der Rationen, weil die Ernte äußerst schlecht ausfiel.¹⁸⁷ Erst 1947 stieg die Brot ration, 1948 die Zucker- und die Fett ration. Im Jahr 1949 entsprach dann die Durchschnittsration eines Kartenempfängers im Kreis einem Nährwert von 2024 kcal, was aber immer noch eine Unterernährung bedeutete. Von Ende 1945 bis Ende 1949 erhöhte sich – zumindest auf dem Papier – die Brot ration um 54,5%, die Nahrungsmittel ration um 146,6%, die Zuckerration um 29,5%, die Fleisch ration um 84,8% und die Fett ration um 117,6%.¹⁸⁸

Anfang Februar 1946 und Anfang Januar 1947 wurden die in Tabelle 10 aufgeführten Lebensmittelkarten-Kontingente für den Kreis Zauch-Belzig veranschlagt.

179 Das Glockenläuten ist einzustellen ...«, S. 115f.

180 Zum Folgenden vgl. Pijur/Schulze: Kuhlowitz-Preußnitz, S. 100f.

181 KrA PM, 51.34/14 (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 6.8.1945, S. 4).

182 Vgl. ebenda (Protokoll der Bürgermeistertagung vom 3.9.1945, S. 6).

183 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 620, Bl. 25; siehe Anlage Nr. 21 der vorliegenden Arbeit.

184 Kaminsky: Wohlstand, Schönheit, Glück, S. 18.

185 Ebenda.

186 Diese u. die folgenden Kalorienangaben nach BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 125.

187 Vgl. Kaminsky: Wohlstand, Schönheit, Glück, S. 19.

188 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 863, Bl. 9.

Kartengruppe	Kartenzahl	
	Februar 1946 ¹⁸⁹	Januar 1947 ¹⁹⁰
1. Schwerstarbeiter (und Funktionäre)	49	175
2. Schwerarbeiter	4998	7450
3. Arbeiter	21 892	26 075
4. Angestellte	9241	12 723
5. Kinder bis 15 Jahre und Schüler	33 141	30 685
6. Sonstige	40 078	33 389
Kranke in Krankenhäusern	374	300
Selbstversorger	23 923	25 860

Tabelle 10 Lebensmittelkarten-Kontingente für den Kreis Zauch-Belzig Anfang Februar 1946 und Anfang Januar 1947

Die Lebensmittelkarte Nr. 6 Sonstige, wegen ihrer geringen Rationen berüchtigt und »Friedhofskarte« genannt, wurde während des Januars 1947 abgeschafft. Auf die Menge der real verfügbaren Lebensmittel wirkte sich die Umgruppierung der bisherigen »Friedhofskarten«-Empfänger selbstredend nicht steigernd aus. Überhaupt bedeutete das Bezugsrecht auf bestimmte Rationen noch lange nicht, dass man diese auch im vollen Umfang erhielt. Zum Beispiel musste die Abteilung Handel und Versorgung des Landratsamtes im November 1946 feststellen, dass dem Kreis Zauch-Belzig im Versorgungsplan für das laufende Quartal 79 625 t Brotmehl, 1353,342 t Kartoffeln, 3,873 t Zucker, 24,952 t Marmelade und 30 462 Liter Milch zuwenig zugewiesen wurden.¹⁹¹ In einer Versorgungsmeldung des Landratsamtes für den Zeitraum 1. bis 10. Mai 1947 hieß es:

Brot, Nahrungsmittel, Zucker und Milch wurden [an die Kartenempfänger] voll ausgegeben. Fleisch und Marmelade sind in der Ausgabe begriffen. Butter konnte nicht ausgegeben werden, da noch keine Freigabe [durch die Provinzialregierung] erfolgte. Aus der jetzigen Schlachtung angefallenen Fette werden in erster Linie an Krankenhäuser und Kinder ausgegeben. Für Kartoffeln auf Zusatzkarten an Heimkehrer und Zugänge wird Gemüse ausgegeben. Kaffee-Ersatz konnte nur an ca. ein Drittel der Kreisbevölkerung ausgegeben werden, da die Fabriken in der Auslieferung zurückgeblieben sind. Es fehlen 12 Tonnen Butter und 12 Tonnen Kaffee-Ersatz.¹⁹²

Oft genug mussten in der Sowjetischen Besatzungszone die Fleisch- und Fettrationen mit Ersatzprodukten wie Salzheringe oder Schlachtfetten abgedeckt werden, und das noch bis ins Jahr 1949 hinein.¹⁹³ Zauch-Belzig bildete hierbei keine Ausnahme. Im August 1949 erfolgte im Kreis die Ausgabe der Fleisch- und Fettrationen in folgender Form:

189 Nach ebenda, Nr. 856, Bl. 225.

190 Nach ebenda, Nr. 100, Bl. 482f.; ebenda, Nr. 856, Bl. 35f. Zusatz-Lebensmittelkarten erhielten zu jenem Zeitpunkt 1015 stillende Mütter u. Schwangere, 11 Blutspender, 450 Kranke (die nicht im Krankenhaus betreut wurden) sowie 4 weitere erwachsene Personen und 7276 Kinder, die Schulfrühstück bekamen.

191 Ebenda, Nr. 857, Bl. 66f.

192 Ebenda, Bl. 55.

- Fleischration: erste Dekade für alle Fleisch; zweite Dekade Salzheringe, für Kinder Eier; dritte Dekade Salzheringe und Eier-Restbestände;
- Fettration: erste Dekade für alle Butter; zweite Dekade für Kinder bis 15 Jahre Butter, für alle anderen Personen Margarine; dritte Dekade für alle Kinder Butter, für alle anderen Personen Restbestände von Margarine und Schlachtfetten.¹⁹⁴

Und im Versorgungsplan des Kreises für das vierte Quartal 1949 hieß es, sieben Dekaden würden Fleisch und zwei Dekaden Austauschstoffe in Form von Heringen oder Fetten ausgegeben, während Zucker nicht ausgeteilt werden dürfe, da genügend Mengen an Kunsthonig und Marmelade für den Kreis vorhanden seien. An Kartoffeln würden im Quartal für die Kartengruppe eins 182,4 kg, für die Kartengruppe zwei 152 kg, für die Kartengruppen drei und vier 130 kg, für die Kartengruppe fünf 100 bis 130 kg ausgegeben. Das Kartoffelkontingent sei, wie es weiter hieß, eng begrenzt, sodass keine Abgabe an Gastwirtschaften möglich sei, die deshalb in freiem Aufkauf ihre Bedarfsmengen decken sollten. Gemüse sei hingegen so reichlich vorhanden, dass eine Rationierung im Quartal entfiel.

Die Versorgungsprobleme waren zum großen Teil durch Transportprobleme verursacht. Selbst 1949 traten noch Engpässe bei der Anlieferung von Mehl aus den Mühlenwerken Brandenburg/Havel in den nur wenige Kilometer südlich gelegenen Kreis Zauch-Belzig auf, weil es an Eisenbahnwaggons mangelte.¹⁹⁵ Seit November 1948 hatten zwar die Leute die Möglichkeit, neben ihren Kartenrationen in den Geschäften der staatlichen Handelsorganisation in gewissem Umfang zusätzliche Lebensmittel zu erwerben. Die Preise für diese waren aber geradezu horrend.

Der Anteil der Selbstversorger an der Zauch-Belziger Bevölkerung betrug 1946/47 rund 18 bis 19 Prozent.¹⁹⁶ Bei den Selbstversorgern handelte es sich um Landwirte und deren Familienangehörige, die nicht in das übliche Lebensmittelkarten-System einbezogen waren und weitestgehend mit den selbst erzeugten Agrarprodukten über die Runden kommen mussten. Ebenso galten die Landarbeiter und deren Familienangehörige als Selbstversorger, die aus den Überschüssen der Betriebe, in denen sie arbeiteten, ernährt werden mussten. Aufgrund des oft hohen Abgabesolls, das auf den Bauernhöfen lastete, war dies kein leichtes Unterfangen. Als Teilselbstversorger wurden Saisonarbeiter im Agrarsektor und Besitzer kleiner landwirtschaftlicher Nebenerwerbsbetriebe eingestuft. Am 7. Juli 1948 erließ die Deutsche Wirtschaftskommission eine neue »Anordnung über die Feststellung von Teil- und Vollselbstversorgern«.¹⁹⁷

193 Zank: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 68. Siehe auch Barthel: Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, S. 165f., der ebenda, S. 166, schreibt, die Zusammensetzung der Ernährung hätte einen »ausgesprochen vegetarischen Charakter« gehabt.

194 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 863, Bl. 36.

195 Siehe ebenda.

196 Errechnet anhand der Angaben in: BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 100, Bl. 482f.; ebenda, Nr. 856, Bl. 35f. u. Bl. 225. Im SBZ-Durchschnitt schwankte der Anteil Selbstversorger in der Bevölkerung im Zeitraum vom 3. Quartal 1947 bis 3. Quartal 1948 zwischen 12,4% u. 14%; Boldorf: Landarmut in der SBZ/DDR, S. 147.

197 Veröffentlicht in: Zentralverordnungsblatt, Nr. 24 (1948), S. 282–289.

Auf dieser Grundlage wurde die Quote der Selbst- und Teilselbstversorger schlagartig erhöht. Dadurch verringerten sich zum einen für die Behörden die Probleme, die Lebensmittel im Rationierungssystem zu beschaffen, zum andern konnten die Lebensmittelkartensätze für Nichtselbstversorger wesentlich gesteigert werden.¹⁹⁸ Im Kreis Zauch-Belzig hatte die DWK-Anordnung konkret zur Folge, dass Besitzer von Kleinparzellen mit einer Größe von 500 Quadratmetern zu Teilselbstversorgern erklärt wurden.¹⁹⁹

Ende Juli 1948 informierte die Landesregierung das Zauch-Belziger Landratsamt darüber, dass der Kreis nach DWK-Verfügung nunmehr ein Soll von 44 000 Selbstversorgern (ca. 32% der Kreisbevölkerung) auferlegt bekommen habe.²⁰⁰ Anfang 1949 war dieses neue Soll längst noch nicht erreicht. Man zählte zu jenem Zeitpunkt ca. 29 500 Selbstversorger im Kreisgebiet.²⁰¹ Zudem nagten nicht wenige dürrgeschädigte Bauern unter dem Druck des Abgabesolls buchstäblich am Hungertuch. Anfang 1949 schätzte man im Landratsamt, unter den eigentlich als Selbstversorger klassifizierten seien infolge Dürreschäden so viele hilfsbedürftige Landwirte, dass man ein Minimum von 3500 Lebensmittelkarten an diese ausgeben müsse. Das Kreisernährungsamt werde täglich von durchschnittlich 100 Bauern belagert. Die Bürgermeister lehnten eine Verantwortung für diesen Zustand ab, da bei der strengen Erfassung der Agrarprodukte Voraussetzung gewesen sei, dass notleidenden Bauern Hilfe durch eine Kartenausgabe gewährleistet werde.²⁰²

Es war nur verständlich, dass in der Bevölkerung der Teilselbstversorgungs-Zwang für Besitzer von Kleinparzellen mit 500 Quadratmetern »allgemein sehr böses Blut erregt« hat, wie der Zauch-Belziger Informationsdienst feststellte.²⁰³ Man konnte die Stimmungslage von administrativer Seite allerdings schnell wieder aufbessern, indem man im Oktober 1948 die Einkellerungskartoffeln pünktlich ausgab.²⁰⁴

Im ganzen SBZ-/DDR-Gebiet hatte die anhaltende Unterernährung, verbunden mit einer fast ausgefallenen Versorgung mit Kleidungsstücken und dem Mangel an Heizmaterial, einen gravierenden Einfluss auf den Gesundheitszustand und die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung.²⁰⁵ Aus der Notlage resultierte eine hohe Sterblichkeitsrate. Die Tuberkulose ist eine Krankheit, die als Gradmesser für eine schlechte Ernährungs- und Sozial-Lage dienen kann. Im Jahre 1938 waren im Deutschen Reich statistisch auf 10 000 Personen 6,2 Tbc-Todesfälle gekommen.²⁰⁶ Nach dem Kriegsende war in Deutschland ein Ansteigen der Tuberkuloseerkrankungen mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen. Eine Übersicht über Tbc-Todesfälle im Kreis Zauch-Belzig,

198 Boldorf: Landarmut in der SBZ/DDR, S. 147f.

199 Vgl. BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 173, Bl. 195.

200 Ebenda, Nr. 857, Bl. 41.

201 Vgl. ebenda, Nr. 863, Bl. 131.

202 Ebenda, Bl. 101.

203 Ebenda, Nr. 173, Bl. 195.

204 Ebenda, Bl. 243.

205 Zank: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 78.

206 Ebenda, S. 79.

Jahr	an Tuberkulose Gestorbene je 10.000 Personen		
	KreisZauch-Belzig ²⁰⁷	SBZ-Gebiet gesamt ²⁰⁸	westliche Besatzungszonen ²⁰⁹
1946	14,00	---	---
1947	8,09	18,0	7,4
1948	10,20	16,0	6,7
1949	9,70	11,4	4,9

Tabelle 11 Übersicht über Tbc-Todesfälle im Kreis Zauch-Belzig, im gesamten SBZ-Gebiet und in den westlichen Besatzungszonen 1946/47 bis 1949

im gesamten SBZ-Gebiet und in den westlichen Besatzungszonen 1946/47 bis 1949 findet sich in Tabelle 11.

Wie aus der Tabelle hervorgeht, lag einerseits die Rate an Tbc-Toten im Landkreis Zauch-Belzig merklich unter dem SBZ-Durchschnitt. Dies ist ein Indiz dafür, dass trotz aller Engpässe und geringer bemessener Kartenrationen die Ernährungssituation in Zauch-Belzig immer noch besser war als in den meisten anderen Gegenden der Sowjetischen Besatzungszone. Andererseits war die Rate der Tuberkulose-Todesfälle in Zauch-Belzig höher als diejenige in den westlichen Besatzungszonen. Letztere lag bereits 1949 unter dem Reichsdurchschnitt von 1938. Westlich der innerdeutschen Demarkationslinie wuchs die Lebensqualität schneller.

207 Nach BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 81, Bl. 139. Bei Ther: Deutsche und polnische Vertriebene, S. 121, finden sich Angaben über die Tuberkulose-Verbreitung im süd-brandenburgischen Kreis Calau-Senftenberg.

208 Nach Zank: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland, S. 79.

209 Nach ebenda.

Schlussbetrachtung

Die vorliegende Arbeit zeichnet Entwicklungen und Verhältnisse im brandenburgischen Landkreis Zauch-Belzig vom Jahr 1945 bis 1952 nach. Im Rückblick wird deutlich, wie die Nachkriegsjahre für diesen Kreis wie für die gesamte SBZ/DDR generell eine Periode voll von Problemen, Unwägbarkeiten, Widersprüchlichkeiten, Entscheidungen, Erschütterungen war – eine »verrückte Zeit«, wie eine Zeitzeugin meint.¹

Das Zauch-Belziger Kreisgebiet wurde zu Kriegsende 1945 Schauplatz der Kämpfe zwischen der deutschen Wenck-Armee und Truppenteilen der Roten Armee. Wencks Vorstoß in Richtung Potsdam und Beelitz ermöglichte Ende April/Anfang Mai mehreren eingekesselten Wehrmachtsverbänden den Ausbruch nach Westen und zugleich die Evakuierung Tausender Zivilisten.² Indes forderten diese Kämpfe im Kreisgebiet rund 4000 Tote auf beiden Seiten. Als die Wenck-Truppen sich am 1./2. Mai Richtung Westen absetzten, war der Zweite Weltkrieg für Zauch-Belzig beendet. Nur wenig abseits der eigentlichen Kampfhandlungen hatte es entsetzliche Bluttaten gegeben. Den traurigen Höhepunkt bildete dabei der 23. April, als Rotarmisten in Treuenbrietzen ein Massaker an Hunderten deutscher Zivilisten verübten³, während am gleichen Tag nur wenige Kilometer entfernt ein deutsches Kommando 127 italienische Zwangsarbeiter ermordete.

Als die Waffen endgültig schwiegen, bot sich allenthalben ein chaotisches Bild menschlichen Elends, von Zerstörung und Verwüstung. Allerdings lief das Kriegsende für den Kreis Zauch-Belzig noch relativ glimpflich ab. Hier gab es nicht so viele zivile Opfer zu beklagen wie in den östlichen Kreisen Brandenburgs. Auch die Gebäudeschäden hielten sich in engen Grenzen, einmal abgesehen von den Orten nahe der Hauptkampflinie, zudem waren keine Felder und Wiesen durch Minen verseucht worden. Der Landkreis hatte daher bessere Ausgangsbedingungen für die Nachkriegszeit als andere brandenburgische Kreise.

Die seelische Verfassung weiter Bevölkerungsteile in Deutschland war im Mai 1945 geprägt durch Verzweiflung, Agonie, auch durch aufkeimendes Mitschuld-bewusstsein. Sieges- (und alkohol-)trunkene Rotarmisten, beseelt von einem unbändigen Drang nach Vergeltung und Rache, verübten in den Wochen nach Kriegsende in den von ihnen besetzten Gebieten zahllose Exzesse gegen deutsche Zivilisten. So kam es in schätzungsweise der Hälfte aller Zauch-Belziger Orte über

1 E. v. Reichenbach sprach gegenüber dem Autor immer wieder von der »verrückten Zeit«.

2 In das bei G. W. Gellermann: Die Armee Wenck, anklingende »Loblied« über Wencks Truppen kann gleichwohl nicht miteingestimmt werden. Wie aus dem Kriegstagebuch Stützpunkt-Kommandantur Belzig u. Zeitzeugenberichten hervorgeht, gab es – im Gegensatz zu Gellermanns Darstellung – bei den Wenck-Einheiten durchaus Fälle grober Undiszipliniertheit, von Desertion u. von wilden Requirierungen, die bei Bauern Wut entfachten.

3 Die Erwähnung des Massakers von Treuenbrietzen konnte später sogar zur Strafverfolgung durch DDR-Behörden führen; vgl. Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, S. 50f., 76.

die allgegenwärtigen Plünderungen hinaus noch zu heftigeren Repressalien durch Sowjets, zu Vergewaltigungen und Morden. Erst mit der flächendeckenden Einrichtung sowjetischer Militärkommandanturen konnte die enthemmte Soldateska halbwegs gezügelt werden.

Die Kommandanten begannen, unter Hinzuziehung deutscher Hilfskräfte das öffentliche Leben provisorisch zu ordnen. Im Vordergrund stand hierbei die Lebensmittelversorgung. Örtliche deutsche Zivilverwaltungen wurden umgehend neu- bzw. wiederaufgebaut. Die sowjetischen Militärkommandanturen setzten in Zauch-Belzig seit den ersten Maitagen 1945 (d.h. schon vor Kapitulation und Kriegsende am 8. Mai) neue Bürgermeister und Ortsälteste ein. Ab Ende Juni 1945 arbeitete in Belzig wieder eine reguläre Kreisverwaltung. Das gesamte Kreisgebiet wurde in Bezirksbürgermeistereien eingeteilt, angelehnt an die sowjetischen Kommandanturbereiche. Das Landratsamt und die Gemeinde- und Stadtverwaltungen waren auch den entsprechenden Kommandanturen untergeordnet, deren Anweisungen absolute Priorität hatten. In den Wochen nach Kriegsende kamen bisweilen Personen eher zufällig auf Posten in der Verwaltung. Generell bevorzugten die Sowjets jedoch bei der Stellenbesetzung Kommunisten bzw. Leute, die vorgaben, Kommunisten zu sein. Da nicht wenige der neuen Bürgermeister und Ortsältesten sich als unfähig, als politisch nicht genehm oder als korrupte Glücksritter erwiesen, war schnell eine hohe Fluktuation auf den kommunalen Verwaltungsposten zu beobachten. Doch trotz der personellen Unzulänglichkeiten und obwohl das administrative System beileibe noch nicht als stabil zu bezeichnen war, leisteten die Verwaltungen in den unmittelbaren Nachkriegsmonaten eine ungeheure Arbeit, womit sie wichtige Grundlagen für ein »normales Leben« schufen.

Im Zeitraum von Mitte Juni bis Dezember 1945 formierten sich die Zauch-Belziger Kreisverbände der vier Parteien KPD, SPD, CDU und LDP. Analog zum zentralen »Antifa-Block« als Kooperationsbündnis dieser Parteien entstand am 8. August 1945 ein Zauch-Belziger Kreisblock. Dessen Gründungsversammlung erfolgte auf Befehl des sowjetischen Kreiskommandanten. Der Zauch-Belziger Kreisblock der Parteien war überhaupt das erste derartige Gremium in der Provinz Mark Brandenburg. Von einer gleichberechtigten Stellung der vier Parteien konnte von Anfang an keine Rede sein. Die KPD, die Rolle eines Juniorpartners der Besatzungsmacht spielend, hatte immer den Vorrang. Sie erfreute sich einer ungleich höheren materiellen Unterstützung durch die Sowjets als die Sozial-, Christ- und Liberaldemokraten, was ihr einen organisatorischen Vorsprung verschaffte. Die Kommunisten hatten mit sowjetischer Protektion umgehend die Schlüsselpositionen in Verwaltung, Justiz und Polizei besetzt. Als im Zuge von Entnazifizierungsmaßnahmen ehemalige NSDAP-Mitglieder aus den Behörden entfernt wurden, nahmen in erster Linie KPD-Mitglieder und den Sowjets genehme SPD-Leute die freigewordenen Stellen ein. In Zauch-Belzig fand dies Ende 1945 beispielsweise im Personal-Tableau des Landratsamtes seinen Ausdruck, als neben dem Landrat über ein Drittel der Mitarbeiter das KPD-Parteibuch besaßen.

Die Vereinigung der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei in der SBZ zur Einheitspartei SED im Frühjahr 1946 lässt sich nicht einfach als Zwangsfusion

charakterisieren.⁴ Neben blanker Repression wirkten ebenso Idealismus, Verführung und Selbstbetrug. Eher sollte man deshalb von einer »Zwangs- und Betrugsvereinigung« (H. Weber)⁵ sprechen. Die Sozialdemokratie in Zauch-Belzig zeigte sich – wie wohl überall in der SBZ – ob des Fusionsstrebens zerrissen. Neben denjenigen SPD-Mitgliedern, die naiv-euphorisch die »Arbeitereinheit« befürworteten, gab es die Skeptiker und Vereinigungsgegner. Fusions skeptiker versuchte man mit Versprechungen zu ködern. Die entschiedenen Fusionsgegner wurden hingegen massiv unter Druck gesetzt. Die Palette der Repressionen reichte bis zu Verhaftungen von Sozialdemokraten durch die sowjetische Besatzungsmacht, wie z.B. in Fichtenwalde geschehen. Die Sowjets selbst hatten aufgrund von deutschlandpolitischen Ambitionen größtes Interesse an einer zügigen Fusion von KPD und SPD. Der führende Vereinigungskritiker in Zauch-Belzig war der zweite Vorsitzende des SPD-Kreisvorstandes Josef Cyrus. Auf Initiative des brandenburgischen Provinzial-Vizepräsidenten Bernhard Bechler (KPD) wurde Cyrus von willfähigen SPD-Provinzfunktionären kaltgestellt. Mit Willi Schernell setzten diese Funktionäre einen hauptamtlichen Kreis-Parteisekretär ein, der den Zauch-Belziger Kreisverband und den Kreisvorstand der SPD auf Fusionskurs mit der KPD brachte. Am 24. März 1946 fand die »Zusammenschlusskonferenz« der Zauch-Belziger KPD und SPD statt. Zu jenem Zeitpunkt gab es zumindest noch in Fichtenwalde, Borkheide und Borkwalde offen vereinigungskritische Stimmen von meist älteren, teilweise aus Berlin stammenden SPD-Funktionären.

Die Land- und Kreistagswahlen vom Herbst 1946 sollten in der SBZ/DDR bis 1990 die einzigen Abstimmungen bleiben, die wirklich die Bezeichnung »Wahlen« verdienten. Die SED erhoffte sich von den Wahlen ein klares Votum für die von ihr betriebene rigorose Umgestaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie konnte, mit massiver materieller Unterstützung der Besatzungsmacht, den weitaus aufwendigsten Wahlkampf der drei Parteien führen. Ebenso hatte sie durchaus einen gewissen Wählerbonus, weil Kommunisten und Sozialdemokraten an der Basis aufopferungsvoll am Aufbauwerk teilnahmen. Die Einheitspartei verfehlte trotzdem bei den Landtagswahlen die erstrebte absolute Mehrheit deutlich. Ihre Umwälzungspolitik fand damit keine Legitimation durch die Wähler. Im Kreis Zauch-Belzig musste sie bei der Land- und Kreistagswahl vom 20. Oktober eines der schlechtesten Ergebnisse in Brandenburg registrieren. Die SED, die damals ca. 8600 Mitglieder im Kreis zählte, war in Zauch-Belzig mit rund 38% der Wählerstimmen lediglich gleichauf mit der CDU, die seinerzeit ca. 1600 Mitglieder im Kreis hatte. Im neu gewählten Zauch-Belziger Kreistag besaßen die Christdemokraten zusammen mit der LDP eine klare Mehrheit. Allerdings kann das verhältnismäßig schwache Abschneiden der SED in Zauch-Belzig kaum verwundern. Für die Partei, die sich selbst vornehmlich als Sachwalter der städtischen Arbeiterschaft darstellte, war ein ländlich-bäuerlicher Raum wie Zauch-Belzig nicht das beste Pflaster. Die Christdemokraten profitierten hingegen wohl auch von einem traditionellen Wahlver-

4 Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, S. 139.

5 Weber: Geschichte der DDR, S. 96.

halten der Bevölkerung, denn in Zauch-Belzig hatten christlich-protestantisch und national-konservativ orientierte Gruppierungen während der Weimarer Republik immer überproportionalen Zuspruch gefunden.

Zumindest stellte die SED nach den Wahlen allein 105 der 151 Bürgermeister im Kreis. Auch wurde ihr Parteimitglied Richard Sydow (vormals SPD) als Zauch-Belziger Landrat durch den Kreistag im Amt bestätigt. Die Provinzialbehörde ordnete im zeitlichen Zusammenhang mit den Kommunalwahlen im Herbst 1946 die Auflösung der Bezirksbürgermeistereien in Brandenburg an. Als vorläufiger Ersatz richtete man wieder Amtsbezirke (gemäß der preußischen Kreisordnung von 1872) ein. Im Frühjahr 1948 wurden aber auch diese abgeschafft, was sich für den großflächigen Landkreis Zauch-Belzig ungünstig auswirkte.

Der Wahlausgang von 1946 hatte die SED arg ernüchtert. Sie konnte indes ihre beherrschende Stellung nicht zuletzt mittels der von ihr kontrollierten (formal überparteilichen) Massenorganisationen weiter ausbauen und die tiefgreifende – wenn man so sagen will, revolutionäre⁶ – Umwälzungspolitik fortsetzen. Ihre eigentliche »Legitimation« dafür bezog sie vom sowjetischen Besatzungsregiment und dessen geballter militärischer Macht. Das sozialdemokratische Element in der Partei wurde schnell ins Abseits gedrängt. Dies fand in Zauch-Belzig seinen Ausdruck u.a. darin, dass bereits 1947 die hauptamtlichen Mitglieder des SED-Kreisvorstandes fast durchweg ehemalige KPD-Mitglieder waren. Der Weg der Einheitspartei zur hierarchisch-zentralistischen Kaderpartei stalinistischer Prägung war begleitet von internen Parteisäuberungen 1949 bis 1952, die sich in der Hauptsache gegen frühere SPD-Mitglieder richteten. Im Zuge der Säuberungen schmolz die Zahl an SED-Mitgliedern im Kreis Zauch-Belzig von ca. 10 000 im Jahr 1948 auf nur noch ca. 6000 im Jahr 1952.

Die Wandlung der Einheitspartei ging einher mit der erzwungenen Unterordnung von CDU und LDP, deren Spielräume durch die Mitgliedschaft im Antifa-Block und die Einflussnahme der sowjetischen Militäradministration ohnehin eingeschränkt waren. Christ- und liberaldemokratische Parteifunktionäre, die sich dem kommunistischen Machtmonopol-Anspruch entgegenstellten, mussten auf Druck der SED und der Sowjets von ihren Funktionärsposten weichen. Ihre Positionen nahmen opportunistische Politiker ein, die bereit waren, sich der Politik der SED anzupassen und unterzuordnen. Solche Vorgänge spielten sich, insbesondere seit 1948, von der zentralen Ebene bis hinunter zur lokalen Ebene ab und wirkten sich auf die Basis von CDU und LDP gravierend aus. In Zauch-Belzig machten sich 1949/50 in den Kreisverbänden von Union und Liberaldemokraten Verwirrung, Resignation, Niedergeschlagenheit und Passivität breit. Beide Kreisverbände mussten zahlreiche Austritte registrieren, mehrere der Ortsgruppen lösten sich auf. Die 1948 auf Initiative der Besatzungsmacht neu gegründeten Parteien NDPD und DBD waren hingegen der SED von vornherein loyal verbunden. Von den zwei neuen Parteien fand lediglich

6 Richert: Macht ohne Mandat, S. 37, benutzt – wohl in Anlehnung an den Begriff »Kalter Krieg« – für die politischen, gesellschaftlichen u. ökonomischen Transformationsprozesse in der SBZ/DDR den Terminus »kalte Revolution«.

die Bauernpartei einigen Widerhall im Kreis Zauch-Belzig. Seit Anfang der 1950er Jahre konnte man trotz der Existenz von fünf Parteien in der DDR nicht länger von einem Mehrparteiensystem sprechen, da die Parteien neben der SED kein politisches Eigengewicht mehr besaßen. Im ostdeutschen Staat war ein faktisches, wenn auch »mehrfaltiges« Einparteiensystem entstanden, bei dem CDU, LDP sowie NDPD und DBD im Rahmen der »Nationalen Front« die Aufgabe zufiel, als Transmissionsorgane der SED die nicht der eigentlichen Klientel der Einheitspartei zugehörenden Bevölkerungsteile in die DDR-Gesellschaft einzubinden.

Zum Ausbau der SED-Macht gehörte die zahlenmäßig stärkere Durchsetzung des Staats- und Verwaltungsapparates mit Vertretern der Einheitspartei. In der Kreisverwaltung Zauch-Belzig war es bereits 1949 deutlich mehr als die Hälfte aller Mitarbeiter, die das SED-Parteibuch besaß. Die Zahl der den traditionellen Mittelschichten entstammenden bürgerlichen Fachkräfte nahm in den Behörden hingegen ab. Aufgrund der diktatorischen Stellung der SED repräsentierten ihre Parteigliederungen faktisch staatliche Macht. Da sich der Zauch-Belziger Landrat und Ex-Sozialdemokrat Sydow, der sich selbst noch in einer Verwaltungstradition der Weimarer Republik sah, nicht bereit zeigte, Ordern der SED-Kreisleitung als bindend für seine Arbeit anzuerkennen, wurde er 1950 intrigant auf einen anderen Posten abgeschoben und durch die linientreue Alt-Kommunistin Toni Stemmler ersetzt.

Inwiefern Teile der Einwohnerschaft des Kreises Zauch-Belzig die Etablierung der SED-Diktatur (insgeheim) rundweg ablehnten oder aber sich mit ihr abfanden (Diktatur war man ja schon aus der Zeit von 1933 bis 1945 »gewohnt«) oder die neuen Verhältnisse gar begrüßten, darüber lässt sich freilich keine quellengestützte quantitative Aussage treffen. Wirkliche Widerstandsaktionen waren nur vereinzelt feststellbar, wie etwa anlässlich der »Volkswahlen«-Farce von 1950. Eine opponierende Haltung gegenüber der SED-Herrschaft war offensichtlich besonders im nordöstlichen Teil des Kreises, der im unmittelbaren Ausstrahlungsbereich von Berlin-West lag, feststellbar.

Kommunale Selbstverwaltung und Föderalismus wurden in der SBZ und frühen DDR auf Betreiben der Einheitspartei zugunsten eines zentralistisch gelenkten und kontrollierten Verwaltungsgefüges Schritt für Schritt abgebaut. Die Reste an Selbstverwaltung und Föderalismus beseitigte man einschließlich der Länderstruktur durch die DDR-Verwaltungsreform von 1952. Diese Reform brachte für den Kreis Zauch-Belzig das Ende seiner Existenz. Indes galt der Kreis, unabhängig von den Prozessen zwischen 1945 und 1952, von jeher unter Fachleuten und auch Einwohnern als ungünstig, weil zu groß zugeschnitten. Die Wege von der nördlichen und nordöstlichen Peripherie des Kreises zum Sitz des Landratsamtes in Belzig empfand man schon seit Generationen als zu lang und zu umständlich. Als schließlich Zauch-Belzig 1952 aufgelöst und das Kreisgebiet aufgeteilt wurde, fand dies anscheinend bei vielen Kreisinassen eine eher emotionslose Zustimmung.

Die sowjetische Besatzungsmacht war der eigentliche Hegemon im östlichen Deutschland. Die Bilanz ihrer Militäradministration fällt zwiespältig aus. Einerseits unterstützte sie das Wiederingangsetzen des Wirtschaftslebens und die Sicherung eines Mindestlebensstandards für die deutsche Bevölkerung. Andererseits hatte sie an der

Etablierung einer neuen Diktatur den entscheidenden Anteil. Selbstverständlich gab es eine große ideologische und politische Interessenschnittmenge der Sowjets mit den deutschen Kommunisten. Aber letztlich bestimmte Moskau die Richtung und hielt dabei seinen Juniorpartner, d.h. die KPD/SED, mal an kürzeren, mal an längeren Zügeln. Gegen den Willen des Kremls waren jedenfalls in den ostdeutschen Ländern und in Berlin-Ost keine eigenständigen Schritte von irgendwelcher Tragweite möglich.

Als lokale Organe der sowjetischen Militäradministration bestanden in den Landkreisen Orts-, Abschnitts- und Kreiskommandanturen. In Zauch-Belzig waren dies bis zu 18 derartige SMA-Dienststellen. An ihrer Spitze stand die Kreiskommandantur, die als letzte Anfang 1950 aufgelöst wurde. Die Kommandanturoffiziere waren grundsätzlich gegenüber deutschen Stellen mit autoritärer Gewalt ausgestattet. Ihr Eingreifen in die Arbeit deutscher Verwaltungen und Institutionen trug oftmals den Charakter des Unberechenbaren und Willkürlichen. Daraus erwuchsen häufig Spannungen mit deutschem Behördenpersonal.

Das Verhalten der Angehörigen der Besatzungsmacht gegenüber der Bevölkerung schwankte zwischen den beiden Polen freundschaftlich und gewalttätig. Im Bewusstsein der Deutschen blieben aber wohl vor allem die Willkürakte der Sowjets, die Exzesse, Plündereien und Frauenschändungen durch Rotarmisten.⁷ Mit den riesigen Kriegszerstörungen und den Millionen Opfern in der Sowjetunion kann man vieles erklären – aber nicht pauschal entschuldigen, denn: ein himmelschreiendes Unrecht wird niemals durch ein zweites wieder gutgemacht.⁸ Wer in Zauch-Belzig oder anderswo der blanken Willkür der sowjetischen Besatzer ausgeliefert war, konnte in ihnen keine »Befreier« sehen.⁹ Konkret in Zauch-Belzig gab es nicht wenige Fälle von Körperverletzungen, Raub, Vergewaltigungen usw. durch Rotarmisten. Jedoch dürfte hier die Anzahl der Übergriffe noch verhältnismäßig gering gewesen sein im Vergleich zu den Standorten großer sowjetischer Truppenverbände.

Die Rote Armee unterhielt im Kreisgebiet eine Reihe von Militärobjekten (u.a. den Flugplatz Werder und das zentrale Militärhospital Beelitz-Heilstätten), aber keine größeren Garnisonen. Der sowjetische Sicherheitsapparat (NKWD, NKGB) hatte seinerseits bis 1947 mehrere Stützpunkte in Zauch-Belzig. Sein Wirken bestand hauptsächlich darin, echte oder vermeintliche NS-Aktivisten und Kriegsverbrecher, auch die Gegner der Besatzungsmacht und der kommunistischen Umwälzungspolitik, ferner aus irgendwelchen Gründen Denunzierte zu verhaften, zu verhören und in so genannte Spezial- und Sonderlager einzuliefern, wo die Eingesperrten unter

7 Freilich muss beachtet werden, dass die Verbrechensrate im Deutschland der Nachkriegsjahre generell hoch war u. die meisten Gewaltdelikte auf das Konto deutscher Krimineller gingen.

8 Selbst M. Semirjaga, sowjetischer Weltkriegsteilnehmer und nachmaliger SMAD-Offizier, schreibt in seinem Essay: Die Rote Armee in Deutschland, S. 205, vielen Soldaten sei es schwer gefallen, sich von Rachedgedanken zu trennen; »Menschlich ist das nachvollziehbar – zu rechtfertigen ist es nicht.«

9 Die Zeitzeugin I. Grabow (Treuenbrietzen) bringt ihre Empfindungen folgendermaßen auf den Punkt: »Wer Rache übt, kann sich nicht als »Befreier« bezeichnen bzw. bezeichnen lassen, auch wenn er mithalf, diesen unseligen Krieg zu beenden und Millionen Opfer zu beklagen hat.«; Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, S. 45.

fürchterlichsten Bedingungen dahinvegetierten und von der Außenwelt komplett abgeschottet waren. Es ist nicht überliefert, wie viele Einwohner Zauch-Belzigs der sowjetische Sicherheitsapparat »verschwinden« ließ. Vermutlich handelte es sich um einige hundert Personen.

Die Ausgangssituation für die Wirtschaft des Kreises stellte sich bei Kriegsende schwierig, aber dennoch günstiger dar als die in den östlichen Gebieten Brandenburgs, denn Zauch-Belzig musste nur geringe Kriegszerstörungen und eher marginale Verluste unter der anwesenden Zivilbevölkerung verzeichnen.

In der Landwirtschaft des Kreises machte sich 1945 der eklatante Mangel an jüngeren männlichen Fachkräften, an Nutzvieh und vor allem an Zugmitteln negativ bemerkbar. Diese Engpässe konnten in den folgenden Jahren allmählich abgemindert werden. Allerdings erreichte die Zauch-Belziger Agrarwirtschaft erst Anfang der 1950er Jahre wieder den ungefähren Leistungsstand der Vorkriegszeit.¹⁰ Die Bodenreform bewirkte in Zauch-Belzig, wo der Großgrundbesitz für ostelbische Verhältnisse schwach vertreten gewesen war, keine derart gravierenden Veränderungen in der landwirtschaftlichen Eigentumsstruktur wie in anderen Gebieten Brandenburgs oder in Mecklenburg. Stärker von der Bodenreform betroffen waren die forstwirtschaftlichen Besitzverhältnisse. Von den knapp 468 km² enteigneten Grund und Boden im Kreis machten die Forsten und Holzungen allein 61% aus. Dies bedeutete wiederum, dass gut ein Drittel des gesamten hiesigen Waldbestandes konfisziert wurde. Von diesem Drittel kam der Löwenanteil in Staatsbesitz. Im Zuge der Bodenreform wurden in Zauch-Belzig insgesamt 159 agrar- und forstwirtschaftliche Betriebe enteignet, rund 140 Familien, insbesondere vormalige Großgrundbesitzer, mussten den Kreis verlassen.

Als ein Ergebnis der Bodenreform entstand in der SBZ die soziale Gruppe der Neubauern. Im Kreis Zauch-Belzig zählten im Herbst 1946 ca. 1750 Personen zu dieser Gruppe. Die Neubauernhöfe wurden aus enteigneten Arealen gebildet und waren generell äußerst mangelhaft ausgestattet. Trotz verschiedener Hilfsmaßnahmen blieben sie SBZ-weit wirtschaftlich fragil. Seitens der angestammten Bauernfamilien schlug den Neubauern oftmals Ablehnung entgegen, die Hoffnungen auf ein umfassendes solidarisches und kollegiales Miteinander erfüllten sich nicht.

Weil sich das Agrarwesen in Zauch-Belzig nach 1945 schneller erholen konnte als in anderen Landstrichen, wurde der Kreis mit überdurchschnittlichen Ablieferungssoll-Vorgaben für agrarische Produkte belastet. Dies war nicht nur für die rund dreizehntausend Landwirte des Kreises drückend, sondern erregte auch den offenen Unmut der lokalen Verwaltungskräfte, die für die Eintreibung der Sollmengen zuständig waren, sowie der Gliederungen von Parteien und Organisationen im Kreis. Mit Arbeitsmitteln ungenügend ausgestattet und zu nicht kostendeckenden Sollablieferungen gezwungen, kämpften in Zauch-Belzig wie überall im östlichen Deutschland insbesondere die Klein- und Neubauern um ihre Existenz. Eine ganze Reihe von Neubauern warf die Brocken hin und verließ ihr Gehöft. Es erwies sich

10 Die Kollektivierung der Agrarwirtschaft fällt in eine spätere Zeit, d.h., bis zur Auflösung des Kreises war in Zauch-Belzig keine einzige »Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft« entstanden.

als immer schwieriger, die so freigewordenen Neubauernstellen wieder zu besetzen. Seit 1948 verfolgte die SED in Abstimmung mit der Besatzungsmacht eine gegen die Großbauernschicht gerichtete agrarpolitische Strategie. Aufgrund der sich dadurch verschlechternden Wirtschaftsbedingungen und ständig drohenden Sanktionen seitens der gleichgeschalteten Justiz entschlossen sich nun auch Großbauern zur Aufgabe ihrer Höfe. In Zauch-Belzig registrierte man im Jahr 1952 summa summarum 171 devastierte Bauernwirtschaften.

Die an sich schon geringen Industriekapazitäten des Kreises wurden durch sowjetische Demontagen verringert. Die mit Abstand wichtigsten und größten Produktionsstätten im Kreis, nämlich die drei Munitionsfabriken des Konzerns Kopp & Co., ließen die Sowjets 1945 umgehend und vollständig abbauen, deren Maschinen abtransportieren. Daneben waren noch mindestens fünf weitere Zauch-Belziger Unternehmen von Komplett- oder Teildemontagen betroffen. Im Herbst 1948 existierten im Kreis 125 Industriebetriebe. Es handelte sich hierbei fast durchweg um kleine Produktionsstätten mit im Durchschnitt nicht mehr als 23 Beschäftigten. Einige von ihnen arbeiteten seit 1946 für die Reparationslieferungen an die Sowjetunion. Rund 30 Zauch-Belziger Industriebetriebe hatte man zwischen Herbst 1945 und Frühjahr 1948 ihren bisherigen Besitzern entzogen und zu so genannten »Volkeigenen Betrieben« gemacht. Diese staatlichen VEB waren mit über 50% an der industriellen Produktion des Kreises beteiligt.

Kurz vor Kriegsbeginn 1939 waren in Zauch-Belzig knapp 110 000 Einwohner registriert gewesen. Anfang 1948 betrug die offizielle Einwohnerzahl des Kreises hingegen über 139 000 Personen. Der enorme Anstieg erklärte sich aus dem massenhaften Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen aus Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie, der die Zahl der auf den Schlachtfeldern des Krieges getöteten sowie der abgewanderten Alt-Einwohner Zauch-Belzigs (zusammen rund 13 000 Personen) bei weitem in den Schatten stellte. Diese »Umsiedler« aus dem Osten machten in den Nachkriegsjahren ca. ein Drittel der Kreisbevölkerung aus. Sie kamen vornehmlich aus Schlesien und aus Polen (in den Grenzen von 1939). Unter ihnen waren aber auch nicht wenige Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei. Die Unterbringung der Neubewohner bereitete den Zauch-Belziger Kommunen größte Schwierigkeiten. Ebenso gestaltete sich deren Integration äußerst problematisch.

Seit 1948 nahm die Einwohnerzahl des Kreises – bedingt durch die Abwanderung von Neubauernfamilien sowie die einsetzende Fluchtbewegung nach Westen – kontinuierlich ab. Anfang 1950 zählte man noch ca. 135 600 Kreisinsassen. Das Bevölkerungsgefüge zeigte zwischen 1945 und 1950 erhebliche demographische Disproportionen, denn der Krieg hatte entsetzliche Lücken in die Reihen der zwischen 18 und 40 Jahre alten Männer gerissen. Der weibliche Anteil überwog deutlich innerhalb der Kreiseinwohnerschaft, die zudem eine Überalterung aufwies.

Zauch-Belzig war wegen der geringen Bevölkerungsdichte, der eher unerheblichen Kriegsschäden und des agrarischen Gepräges ein Gebiet, in das bevorzugt die »Umsiedler« geschickt wurden. Sie sollten hier das Arbeitskräftereservoir für die Landwirtschaft auffüllen und zugleich selbst einen leichteren Zugang zu Lebensmitteln

finden. In der Tat war zwischen 1946 und 1950 allein die Hälfte aller Erwerbstätigen des Kreises auf dem Agrarsektor beschäftigt. Nichtsdestotrotz litten auch Teile der Zauch-Belziger Einwohnerschaft an Hunger und Unterernährung, was sich äußerst negativ auf ihren Gesundheitszustand auswirkte. Erst 1949/50 konnte die Ernährungslage entschieden verbessert werden.

Der im westlichen Brandenburg gelegene Landkreis erlebte im Zeitraum 1945 bis 1952 Erschütterungen, Umbrüche und Wandlungen. Anhand seiner Nachkriegsgeschichte konnten in der vorliegenden Arbeit konkrete Auswirkungen der politisch-administrativen, wirtschaftlichen und sozialen Transformationsprozesse in der SBZ bzw. frühen DDR auf lokaler Ebene dargestellt werden. Vielleicht unterlag Zauch-Belzig durch die Nachbarschaft zur Landeshauptstadt Potsdam und die Nähe zu Berlin einer besonderen Kontrolle und einer rascheren, unmittelbaren Einflussnahme durch zentrale Instanzen und Landesbehörden als Gebiete, die weiter vom politischen Zentrum des östlichen Deutschland entfernt waren.¹¹

Welche Kontinuitäten gegenüber der Zeit vor 1945 bzw. 1933 sind zu erkennen? Als Erstes seien hier die eher trivialen genannt: Der Kreis behielt seinen markanten Doppelnamen, die Kreisverwaltung blieb in Belzig ansässig und an ihrer Spitze stand weiterhin ein Landrat. Solange dieser Richard Sydow hieß, gab es hier eine gewisse, wenn auch schwächer werdende Kontinuitätslinie zur Weimarer Zeit. Sydow war bereits 1930 vom damaligen Landrat Dr. Böhne in den Verwaltungsdienst Zauch-Belzigs geholt worden.¹² Auch nach 1945 pflegte er bis mindestens 1948 den Kontakt zu seinem in Berlin-Charlottenburg wohnenden ehemaligen Förderer Böhne.¹³

Der Landkreis behielt bis 1950 den alten Gebietsstand. Seine Ökonomie war weiterhin von Land- und Forstwirtschaft beherrscht. Ein Großteil der hiesigen agrarischen Erzeugnisse ging in alter Tradition, wenngleich nun oftmals durch den Schwarzhandel, in die Metropole Berlin. Die Industrie spielte im Kreis wie auch vor 1933 nur eine Nebenrolle und wurde bezüglich der Beschäftigtenzahl selbst vom Handwerk überflügelt. Die Demontage der Werke des Rüstungskonzerns Kopp & Co. bedeutete zwar einen schmerzlichen Arbeitsplatzverlust, kann indes letztlich als Abbau von im Zuge der deutschen Aufrüstung entstandenen Überkapazitäten angesehen werden. Die wirtschaftlichen Schwerpunkte Zauch-Belzigs blieben also in den Nachkriegsjahren unverändert. Die Produktionsanlagen und der Grund und Boden waren freilich von einschneidenden Veränderungen der Besitzverhältnisse betroffen.

Eine Kontinuitätslinie ergab sich allein daraus, dass zwei Drittel der Zauch-Belziger Kreisbevölkerung schon vor 1939 hier zu Hause war. Es handelte sich immer noch um den gleichen, angestammten Menschenschlag, der die Havelniederung, die Zauche-Hochfläche oder das Fläming-Hügelland als seine Heimat begriff und

11 Zu erwähnen ist z.B., dass der brandenburgische Ministerpräsident Steinhoff u. andere Angehörige der Landesverwaltung ihren Wohnsitz im Kreis Zauch-Belzig hatten.

12 Vgl. Brandenburgische Gemeinden kurz nach dem Kriegsende, S. 16f.

13 Im Bestand BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, finden sich verstreut Teile des Briefwechsels zwischen Sydow u. Böhne; gegenseitige Anrede: »Lieber Landrat«.

der nach Kriegsende mit Energie daran ging, die Lebensumstände möglichst in die altgewohnten Bahnen zu lenken, um die alltäglichen Nöte zu überwinden. Dessen Mentalität konnte sich gar nicht so rapide wandeln wie etwa die politischen Rahmenbedingungen.¹⁴ Die Leute lebten weiterhin in ihren traditionellen Wertvorstellungen, blieben ihrem hergebrachten Sozialverhalten, aber auch ihren Ressentiments verhaftet. Zugeständnisse an die »neue Zeit« müssen oftmals als bloße Fassade gewertet werden, als ungeliebte Schritte, um ständige Gängeleien oder auch massive Benachteiligungen seitens des Machtapparats abzuwenden.

Die vorliegende Arbeit über den Kreis Zauch-Belzig ist eine Fallstudie. Es kann keine Aussage getroffen werden, inwiefern die Nachkriegsgeschichte Zauch-Belzigs im Einzelnen für die Historie auch anderer Landstriche in Brandenburg einerseits und in der gesamten ehemaligen SBZ/DDR andererseits repräsentativ ist. Dazu bedarf es in Zukunft weiterer, ähnlich gelagerter Untersuchungen über andere Kreise, anhand denen Parallelen, aber ebenso Unterschiede herausgeschält werden können. Mithin soll die vorliegende Untersuchung ein Baustein sein zu einem differenzierten, von ideologischen Präferenzen freien Geschichtsbild jener Nachkriegsjahre, in dem nicht nur die zentralen, sondern auch lokale Blickwinkel zur Geltung kommen.

14 Lesenswert ist, wie der Publizist E. Zak 1953 in seinem Buch: *Land an der Havel*, S. 11 u. 31f., seiner Enttäuschung Luft machte, dass er auf Streifzügen durchs Märkische in der Zauche u. im Havelland auf Vertreter der alteingesessenen Bevölkerung getroffen war, die sich noch nicht mit den Verhältnissen der »neuen Zeit« angefreundet hatten.

ANHANG

Anlagen

Anlage Nr. 1

Das Landratsamtsgebäude in Belzig

Erbaut 1893/94¹; Dienstgebäude der Zauch-Belziger Kreisverwaltung bis April/Mai 1945; nach Kriegsende mehrere Monate von einer sowjetischen Einheit belegt; von Januar bis August 1946 wiederum von der Kreisverwaltung genutzt, dann bis Februar 1950 Sitz der sowjetischen Kreiskommandantur; nach deren Auflösung erneut Sitz des Zauch-Belziger Landrates bis 1952²; von 1952 bis 1993 Domizil des Rates des Kreises Belzig; seit 1993 Sitz des Landrates des Kreises Potsdam-Mittelmark.



Foto M. Helle, 2006

1 Zur Baugeschichte des Gebäudes s. Reif: Vor 100 Jahren: Erster Spatenstich fürs neue Kreishaus.

2 Vgl. S. 52f. der vorliegenden Arbeit.

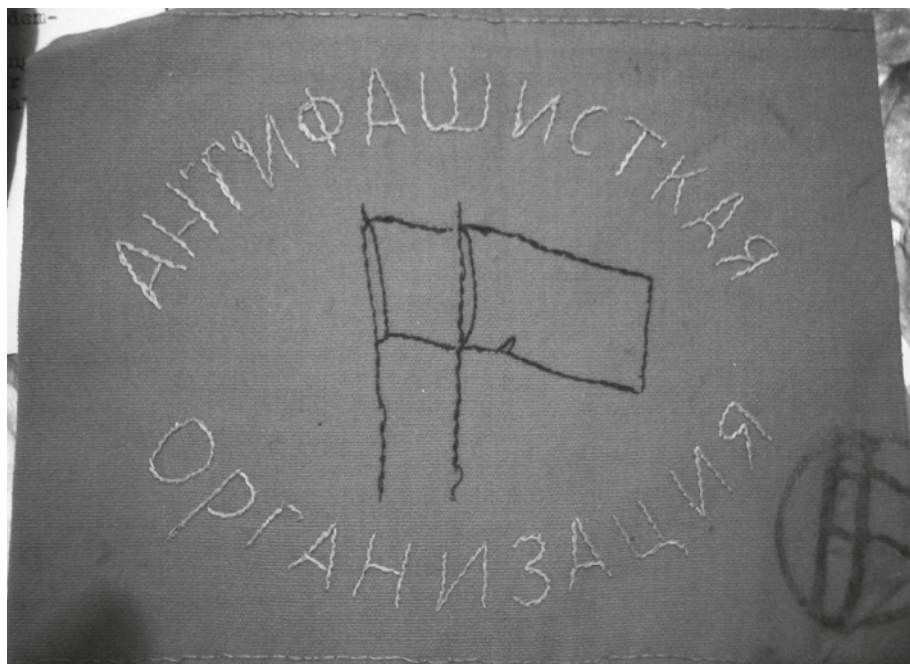
Anlage Nr. 2

Zauch-Belzigs Landräte 1816 bis 1952³

1816–1828	Rochus von Rochow (auf Golzow)
1828–1852	Heinrich Friedrich Levin von Tschirschky und Boegendorff
1852–1861	Otto Heinrich Levin von Tschirschky und Boegendorff
1861–1897	Rudolf von Stülpnagel
1898–1918	Bernhard von Tschirschky und Boegendorff
1919–1921	Werner Freund
1921–1933	Dr. jur. Edmund Bohne
1933/34	Hans Christoph von Werder
1935 – 1939	Waldemar Vöge
1939 – April 1945	Dr. Otto Wegner
Mai 1945	Alfred Beiersdorff ⁴
Mai/Juni 1945	Otto Lange ⁵
Juni 1945 – Oktober 1945	Friedrich Menz
Oktober 1945 – Mai 1946	Karl Vogt
Juni 1946 – Dezember 1950	Richard Sydow
1951/52	Toni (eigentlich: Antonie) Stemmler

Anlage Nr. 3

Armbinde der »Antifaschistischen Aktion« Elsholz, April 1945



Original-Armbinde im Nachlass A. Sturm

Anlage Nr. 4

Neuer Organisationsplan für den Kreis, 28. Juni 1945⁶

Der Landrat des Kreises Belzig, den 28. Juni 1945.
Zauch-Belzig.

An die Herren Oberbürgermeister.

Betr.: Organisation.

- 1.) Anliegend übersende ich Ihnen einen neuen Organisationsplan für den Kreis Zauch-Belzig, wie ihn der Herr Militärkommandant in Übereinstimmung mit der militärischen Aufteilung nunmehr endgültig festgesetzt hat. Er unterscheidet sich von dem bisherigen Plan in folgenden Punkten:
 - a) Der Leiter des Kreises Zauch-Belzig führt wieder die frühere Amtsbezeichnung "Landrat". Zum Landrat ist Herr Stadtrat a.D. Friedrich M e n z bestellt worden. Die Geschäftsräume werden in den nächsten Tagen in Belzig, Steinstrasse 12 (Haus der früheren Kreisbauernschaft) eingerichtet und sind unter der Nummer Belzig 367 telefonisch zu erreichen.
 - b) Das Kreisgebiet unterteilt sich in fünf Teile, die jetzt nicht mehr Haupt-, sondern "Oberbürgermeistereien" heißen und in Belzig, Treuenbrietzen, Beelitz, Werder und Lehnin ihren Sitz haben.
 - c) Den oberbürgermeistern unterstehen entsprechend dem anliegenden Plan mehrere Bezirke, die von "Bürgermeistern" geleitet werden.
 - d) Die unterste Verwaltungseinheit bilden schließlich die einzelnen Gemeinden unter der Leitung eines "Ortsältesten", wobei ich darauf hinweise, daß nach ausdrücklicher Anordnung des Herrn Militärkommandanten jede Gemeinde einen eigenen Ortsältesten haben muß und eine Zusammenfassung mehrerer Gemeinden unter einer gemeinsamen Leitung nicht zulässig ist.
- 2.) bis 7.) pp.

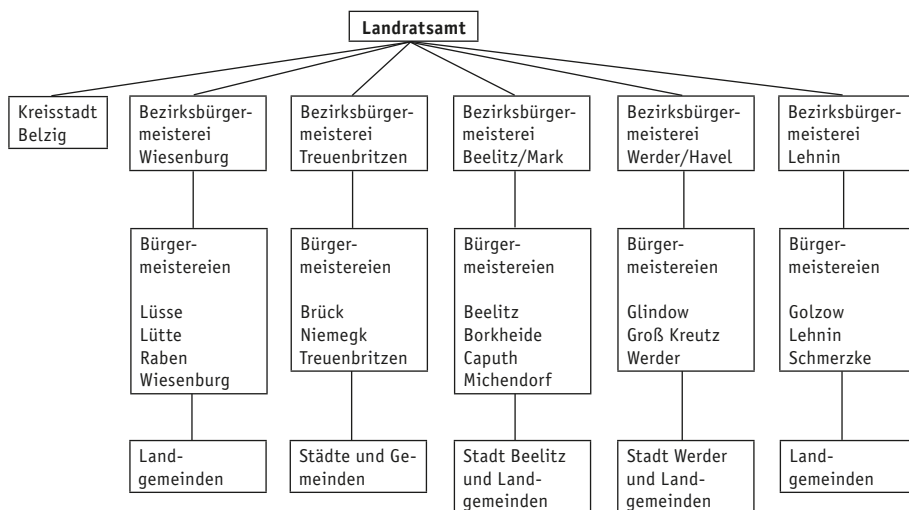
gez. Menz

gez. Lange.

-
- 3 Angaben über die Landräte v. 1816 bis April 1945 entnommen bei: Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin, Jahrgang 1828, S. 209, Jahrgang 1852, S. 308, Jahrgang 1861, S. 89, Jahrgang 1898, S. 158 u. 371; Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945, A Bd. 5, S. 124; Handbuch über den Preussischen Staat für das Jahr 1934, S. 256; Handbuch über den preussischen Staat für das Jahr 1935, S. 258; Die Landräte des Kreises Zauch-Belzig (Bilder v. allen Amtsinhabern zwischen 1816 u. 1930); Wernicke: Die Kommissare und Landräte des Kreises Zauch-Belzig. Zu den Angaben über die Landräte zwischen 1945 u. 1952 siehe S. 72–76 der vorliegenden Arbeit.
 - 4 Als Bürgermeister v. Belzig zugleich Interims-Landrat.
 - 5 Als Bürgermeister v. Belzig zugleich Interims-Landrat.
 - 6 KrA PM, 49.000/2.

Anlage Nr. 5

Verwaltungsaufbau Zauch-Belzigs Ende September 1945 (vereinfachtes Schema)



Anlage Nr. 6

Bürgermeistereien Ende September 1945⁷

(Die Kreisstadt Belzig gehörte zu keiner Bezirksbürgermeisterei, sondern war unmittelbar dem Landratsamt unterstellt.)

Bezirksbürgermeisterei Wiesenburg

Bürgermeisterei Lüsse

zugehörige Ortschaften: Baitz, Benken, Bergholz, Borne, Dahnsdorf, Klein Glien, Hagelberg, Krahnepuhl, Kuhlowitz, Locktow, Lübnitz, Lüsse, Mörz, Neschholz, Preußnitz, Ziezow

Bürgermeisterei Wiesenburg

zugehörige Ortschaften: Jeserig/Fläming, Jeserigerhütten, Medewitz, Medewitzerhütten, Neuhütten, Reetz, Reetzerhütten, Reppinichen, Schlamau, Wiesenburg

Bürgermeisterei Raben

zugehörige Ortschaften: Buchholz (bei Niemegk), Grubo, Klepzig, Lehnsdorf, Groß Marzehns, Klein Marzehns, Mützdorf, Raben, Rädigke

⁷ Nach KrA PM, 49.000/2.

Bürgermeisterei Lütte

zugehörige Ortschaften: Groß Briesen, Dippmannsdorf, Fredersdorf, Lütte, Ragösen, Schwanebeck, Weitzgrund,

Bezirksbürgermeisterei Treuenbrietzen

Bürgermeisterei Niemegk

zugehörige Ortschaften: Boßdorf, Garrey, Grabow, Haseloff, Hohenwerbig, Lobbes, Lühsdorf, Neuendorf, Niemegk, Pflügkuff, Zeuden, Zixdorf

Bürgermeisterei Treuenbrietzen

zugehörige Ortschaften: Deutsch Bork, Brachwitz, Buchholz (bei Treuenbrietzen), Dietersdorf, Jeserig, Lüdendorf, Lühsdorf, Nichel, Nebel, Nebelhorst, Niederwerbig, Rietz (bei Treuenbrietzen), Schlalach, Treuenbrietzen

Bürgermeisterei Brück

zugehörige Ortschaften: Brück, Damelang, Freienthal, Gömnigk, Linthe, Neuendorf (bei Brück), Rottstock, Trebitz

Bezirksbürgermeisterei Beelitz/Mark

Bürgermeisterei Beelitz

zugehörige Ortschaften: Beelitz, Elsholz, Kähnsdorf, Körzin, Reesdorf, Rieben, Salzbrunn, Schlunkendorf, Schönefeld, Seddin, Stücken, Witt-brietzen, Zauchwitz

Bürgermeisterei Borkheide

zugehörige Ortschaften: Alt Bork, Borkheide, Borkwalde, Busendorf, Fichtenwalde, Kanin, Klaistow, Schäpe

Bürgermeisterei Michendorf

zugehörige Ortschaften: Fresdorf, Langerwisch, Michendorf, Neuseddin, Saarmund, Schiaß, Tremdorf, Wildenbruch, Wilhelmshorst

Bürgermeisterei Caputh

zugehörige Ortschaften: Caputh, Ferch

Bezirksbürgermeisterei Werder/Havel

Bürgermeisterei Werder/Havel

zugehörige Ortschaften: Göttin, Kemnitz, Leest, Phöben, Alt Töplitz, Neu Töplitz, Werder/Havel

Bürgermeisterei Glindow

zugehörige Ortschaften: Bliesendorf, Glindow, Plessow, Plötzin, Petzow

Bürgermeisterei Groß Kreutz

zugehörige Ortschaften: Bochow, Deetz, Derwitz, Götz, Jeserig, Groß Kreutz, Krielow, Schenkenberg, Schmergow

Bezirksbürgermeisterei Lehnin

Bürgermeisterei Lehnin

zugehörige Ortschaften: Damsdorf, Emstal, Göhlsdorf, Grebs, Lehnin, Michelsdorf, Nahmitz, Netzen, Radel, Trechwitz, Lehnin-Forst

Bürgermeisterei Schmerzke

zugehörige Ortschaften: Göttin, Gollwitz, Prützke, Rietz, Schmerzke, Wust

Bürgermeisterei Golzow

zugehörige Ortschaften: Cammer, Golzow, Grüneiche, Krahne, Lucks-fleiß, Oberjünne, Pernitz, Reckahn

Anlage Nr. 7

Gliederung Zauch-Belzigs in Amtsbezirke 1946 bis 1948⁸

Amtsbezirk Belzig

zugehörige Ortschaften: Belzig, Benken, Bergholz, Borne, Klein Glien, Hagelberg, Kranepuhl, Lübnitz

Amtsbezirk Lüsse

zugehörige Ortschaften: Baitz, Dahnsdorf, Kuhlowitz, Locktow, Lüsse, Mörz, Neschholz, Preußnitz, Ziezow

Amtsbezirk Lütte

zugehörige Ortschaften: Groß Briesen, Dippmannsdorf, Fredersdorf, Lütte, Ragösen, Schwanebeck, Weitzgrund,

Amtsbezirk Wiesenburg

zugehörige Ortschaften: Jeserig, Jeserigerhütten, Medewitz, Medewitzerhütten, Neuehütten, Reetz, Reetzerhütten, Reppinichen, Schlamau, Wiesenburg

Amtsbezirk Raben

zugehörige Ortschaften: Buchholz bei Niemegk, Grubo, Klepzig, Lehnsdorf, Groß Marzehns, Klein Marzehns, Raben, Rädigke, Mützdorf

Amtsbezirk Treuenbrietzen

zugehörige Ortschaften: Deutsch Bork, Brachwitz, Buchholz bei Treuenbrietzen, Dietersdorf, Frohnsdorf, Jeserig, Lüdendorf, Lühnsdorf, Nichel, Niebel, Niebelhorst, Niederwerbig, Rietz, Schlalach, Treuenbrietzen,

Amtsbezirk Niemegk

zugehörige Ortschaften: Boßdorf, Garrey, Grabow, Haseloff, Hohenwerbig, Lobbese, Lühnsdorf, Neuendorf, Niemegk, Pflügkuff, Zeuden, Zixdorf

Amtsbezirk Brück

zugehörige Ortschaften: Brück, Damelang, Freienthal, Gömnigk, Linthe, Neuendorf bei Brück, Rottstock, Trebitz

Amtsbezirk Beelitz

zugehörige Ortschaften: Beelitz, Elsholz, Kähnsdorf, Körzin, Neuseddin, Reesdorf, Rieben, Salzbrunn, Schlunkendorf, Schönefeld, Seddin, Stücken, Wittbrietzen, Zauchwitz

Amtsbezirk Borkheide

zugehörige Ortschaften: Alt Bork, Borkheide, Borkwalde, Busendorf, Fichtenwalde, Kanin, Klaistow, Schäpe

8 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 93, Bl. 60–62.

Amtsbezirk Michendorf

zugehörige Ortschaften: Fresdorf, Langerwisch, Michendorf, Saarmund, Schiaß, Tremsdorf, Wildenbruch, Wilhelmshorst

Amtsbezirk Caputh

zugehörige Ortschaften: Caputh, Ferch

Amtsbezirk Werder*

zugehörige Ortschaften: Göttin*, Kemnitz, Leest*, Petzow, Phöben, Alt Töplitz*, Neu Töplitz*, Werder/Havel

Amtsbezirk Glindow

zugehörige Ortschaften: Bliesendorf, Glindow, Plessow, Plötzin

Amtsbezirk Groß Kreutz

zugehörige Ortschaften: Bochow, Deetz, Derwitz, Götz, Jeserig, Groß Kreutz, Krielow, Schenkenberg, Schmergow

Amtsbezirk Lehnin

zugehörige Ortschaften: Damsdorf, Emstal, Göhlsdorf, Grebs, Lehnin, Michelsdorf, Nahmitz, Netzen, Rädel, Trechwitz

Amtsbezirk Schmerzke

zugehörige Ortschaften: Göttin, Gollwitz, Prützke, Rietz, Schmerzke, Wust

Amtsbezirk Golzow

zugehörige Ortschaften: Cammer, Golzow, Grüneiche, Krahne, Lucksfließ, Oberjünne, Pernitz, Reckahn

(* Zeitweilig bildeten die Gemeinden Göttin, Leest, Alt Töplitz und Neu Töplitz einen eigenen Amtsbezirk mit Sitz in Alt Töplitz.⁹⁾

9 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 93, Bl. 2.

Anlage Nr. 8

Neue Kreise nach der Verwaltungsreform 1952¹⁰

Neuer Kreis	Zusammensetzung nach der alten Kreiszugehörigkeit	Zahl der 1952 übernommenen Gemeinden	
Belzig	Zauch-Belzig	65	= 67
	Jerichow I (Sachsen-Anhalt)	2	
Brandenburg-Land	Zauch-Belzig	25	= 61
	Westhavelland	16	
	Jerichow I (Sachsen-Anhalt)	12	
	Jerichow II (Sachsen-Anhalt)	5	
	Stadtkreis Brandenburg	3	
Jüterbog	Zauch-Belzig	7	= 65
	Luckenwalde	48	
	Wittenberg (Sachsen-Anhalt)	6	
	Herzberg (Sachsen-Anhalt)	4	
Luckenwalde	Zauch-Belzig	3	= 47
	Luckenwalde	36	
	Teltow	8	
Potsdam-Land	Zauch-Belzig	38	= 67
	Osthavelland	11	
	Teltow	10	
	Stadtkreis Potsdam	10	

10 Nach Schreckenbach: Neue Kreise – alte Kreise.

11 BLHA, Rep. 330, Nr. 74, Bl. 4.

Anlage Nr. 9

Vorladung zur Gründungsversammlung des Kreis-Antifa-Blocks (Muster), 4. August 1945¹¹

Der Vorsitzende des antifaschistischen
Ausschusses des Kreises Zauch-Belzig.

Belzig, d. 4. 8. 1945
Brunnenstr. 13
Tel.: 547

- - -

An die

Kommunistische Partei Deutschlands,

Ortsgruppe

zur gleichzeitigen Weiterleitung an die evtl. noch vorhandenen
anderen antifaschistischen Parteien.

Auf Befehl der hiesigen Kommandantur findet am

Wittwoch, dem 8. August 1945 - 14 Uhr

in Belzig, Victoriagarten, eine Sitzung sämtlicher Funktionäre aller
Parteien des Kreises Zauch-Belzig statt. Die Führer sämtlicher Par-
teien - SPD, KPD, Christlich-demokratische Partei, liberale-demokra-
tische Partei - haben zu dieser Sitzung vollzählig zu erscheinen
und bei dieser Gelegenheit das ganze Material, wie

- a) Zahl der Mitglieder
- b) listenmäßige Aufstellung sämtlicher Mitglieder
- c) Aufstellung über den Einsatz der Funktionäre der
jeweiligen Partei
- d) Aufstellung sämtlicher Nationalsozialisten aller
Orte des Kreises

zur Einsichtnahme bei der Kommandantur in deutscher und russischer
Sprache, sowie in doppelter Ausfertigung vorzulegen. Auch von den
kleinen und kleinsten Landgemeinden ist das geforderte Material
am besten ortsgruppenweise zusammenzustellen und hier abzugeben.

In der von dem Herrn Kreiskommandanten anberaumten Sitzung
wird nachstehende Tagesordnung besprochen werden:

- 1) Zusammenfassung aller antifaschistischen Parteien zu einem
antifaschistischen Block
- 2) Handhabung in der Auswahl der jeweiligen Parteimitglieder
- 3) Beschluss über gemeinsame Richtlinien hinsichtlich Behandlung
des nationalsozialistischen Eigentums (Referat der Unter-
zeichnete)
- 4) Entgegennahme von Berichten der einzelnen Parteien von den
jeweiligen Ortsgruppen.

Der Vorsitzende des antifaschistischen
Ausschusses des Kreises Zauch - Belzig

Wittke

Anlage Nr. 10

Forderung des SPD-Kreisvorstandes nach einer Urabstimmung sämtlicher Parteimitglieder über die Fusion mit der KPD, 2. Februar 1946¹²

Anlässlich einer Tagung des erweiterten Kreisvorstandes,
die am 2. 2. 45 in Belgig, Parteihaus, stattfand,
wurde folgende Entschliessung gefasst:

Die Versammelten stellen sich auf den Boden der Entschliessung vom 15. 1. 46 und begrüssen die Bestrebungen für die Einigung der Arbeiterklasse . So sehr die Funktionäre eine einheitliche Arbeiterbewegung herbeisehnen, erwarten sie aber vom Zentralaus- schuss, dass er unbedingt an seinen Grundsätzen vom 15. 1. 46 festhält, sodass die Vereinigung nur im Reichsmass-Stabe durch Urabstimmung sämtlicher Parteimitglieder erfolgen kann . Wir erwarten vom Zentralaus schuss , dass die neue Einheitspartei demokratisch in sich aufgebaut wird und in erster Linie den Inter- essen des deutschen Volkes zu dienen hat .

12 BLHA, Rep. 331, Nr. 30, Bl. 38. Die Tagung fand am 2.2.1946 statt, und nicht, wie es in dem Dokument irrigerweise heisst, am 2.2.1945.

Anlage Nr. 11

Bericht über die erste Zusammenkunft des Zauch-Belziger Einheitskomitees von SPD und KPD, 4. Februar 1946¹³

A b s c h r i f t

Das Kreiskomitee der SPD und KPD trat am 4.2. 1946 zum ersten Male zusammen, um die einleitenden Vorarbeiten zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zu leisten. Es setzt sich zusammen:

Von der SPD: Genosse Schernell
" Wiedehöft
Genossin Bornheim
Bis zur Genesung des Genossen Wiedehöft übernimmt
Genosse Fricke die Vertretung.

Von der KPD: Genosse Schönborn
" Schwarz
" Queling

Die Anwesenden begrüßten den Beschluss der Zentralkomitees der SPD und KPD vom 21. Dezember 1945. Sie stellen sich auf den Boden des Beschlusses der Tagung des Einheitskomitees der Provinz Mark Brandenburg.

Folgende Arbeiten müssen durchgeführt werden, um das gesteckte Ziel zu erreichen:

- 1.) Anspannung unserer gemeinsamen Kräfte auf dem Gebiete der politischen sowie wirtschaftlichen Arbeit.
- 2.) Gemeinsame öffentl. Versammlungen und Konferenzen sämtlicher Funktionäre. Die erste Konferenz findet am 17. Februar 1946, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus Belzig statt.
- 3.) Einheitliche Werbung und Schulung der Funktionäre.
- 4.) Volle Unterstützung vor allem der Neubauern bei der Frühjahrseinstellung, ebenso bei der Durchführung des Wirtschaftsplanes in engster Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsgruppen beider Parteien werden bei der Durchführung der gemeinsamen Arbeiten aufs engste zusammen arbeiten.
- 5.) Gemeinsame Arbeit bei Gewerkschafts- und Betriebsrätewahlen.

Wir verpflichten uns, gemeinsame kulturelle, öffentliche wirtschaftliche und politische Komitees zu schaffen. Die Mitglieder unserer beiden Parteien im Kreise Zauch-Belzig rufen wir hiermit auf, von jetzt ab gemeinsam noch mehr und freundschaftlicher zusammen zu arbeiten. Alle Saboteure und reaktionären Kräfte, die die Einheit verhindern wollen, müssen unschädlich gemacht werden. Die einheitliche Ausrichtung der Arbeiterklasse sichert die nationale Einheit und garantiert die Lebensfrage des deutschen Volkes. Wir verpflichten uns, da es eine Notwendigkeit ist, alle unsere Kräfte anzuspannen, um die restlose Durchführung der Aufgaben zu sichern.

Es lebe die Einheitspartei !

Belzig, den 4. Februar 1946

Das Einheitskomitee
des Kreises Zauch-Belzig.

gez.: I.V. Schernell F.Fricke
Wiedehöft
Erich Fricke
A.Schönborn
A.Schwarz
Hans Queling

13 KrA PM, 60.18/21.

Anlage Nr. 12

SPD-Mitgliedskarte mit SED-Aufnahmestempel


SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI
DEUTSCHLANDS



MITGLIEDSKARTE

ZUNAME D o r b r i t z
VORNAME Gerhard
BERUF Verw. Angestellter
ADRESSE Jeserig
Nr. 39.
MITGLIED SEIT 15. 1. 46.
VOR 1933
ORTSGRUPPE-ABT Wiesenburg / Mark
KREIS Zauch - Belzig
BEZIRK Brandenburg
FÜR DEN ORTSVEREIN:
Wiesenburg (Mark)
ZENTRALAUSSCHUSS · BERLIN W 2 · BEHRENSTR. 36/39

(Original in der Sammlung G. Dorbritz)

Sonderausgabe

Amtliches Kreisblatt des Kreises Zauch-Belzig

Herausgeber: Der Rat des Kreises Zauch-Belzig / Redaktion und Vertrieb: Informationsdienst / Telefon 579

Nr. 22 / 3. Jahrgang

Dienstag, den 10. Mai 1949

Einzelpreis 10 Pfg

Männer, Frauen und Jugend aus den Dörfern und Städten des Kreises Zauch-Belzig!

Der Kampf, den die friedliebenden Kräfte der Welt unter der Führung der Sowjetunion gegen die Kriegshetzer und gegen die Kriegsvorbereitungen der anglo-amerikanischen Reaktion führen, hat einen ersten Erfolg!

Vierzehn Tage nach der Eröffnung des Weltfriedenskongresses in Paris, der das gewaltige Übergewicht der die Erhaltung und Sicherung des Friedens kämpfenden und auf den Kongreß vertretenden 600 Millionen Menschen deutlich zum Ausdruck brachte, gelang es den Delegierten der Sowjetunion in den Vereinten Nationen, die Aufhebung der Blockademaßnahmen gegen die sowjetische Besatzungszone zu erreichen und eine neue Zusammenkunft der Außenminister der UdSSR, Frankreichs, Englands und der USA festzulegen, in der die deutschen Probleme behandelt werden sollen. Dieser Erfolg der langjährigen Friedensbemühungen der Sowjetunion, die immer wieder an den Maßnahmen der Reaktion scheiterten, ist ein Erfolg für das um seine Einheit kämpfende deutsche Volk.

Er konnte errungen werden durch die Unterstützung, die die hunderte Millionen Kämpfer des Friedens gaben! Dieser Erfolg konnte nicht zuletzt auch durch den Kampf der deutschen Bevölkerung selbst erreicht werden, durch den ersten und zweiten Volkskongreß, durch das Volksbegehren und die Unterschriftensammlung gegen die Atombombe und durch unsere Erfolge im Kampf um die

Verwirklichung des Zweijahrplanes! Nun aber müssen unsere Anstrengungen im Kampf um die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, den Abschluß eines gerechten Friedens und den Abzug der Besatzungstruppen aus allen Zonen erst recht verstärkt werden.

Der 3. Deutsche Volkskongreß muß zum Ausdruck bringen, daß das deutsche Volk entschlossen ist, jeden Widerstand der westlichen imperialistischen Reaktion gegen unseren gerechten Kampf zu zerbrechen! Wir werden nicht schweigen! Wir werden unsere nationale Repräsentation wählen und beauftragen, unsere nationalen Forderungen zu vertreten und zusammen mit allen friedliebenden Menschen der Welt die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden zu fordern und alle notwendigen Maßnahmen einzuleiten!

Männer, Frauen und Jugend des Kreises Zauch-Belzig!

Weiter also in unserem Kampf! Es geht um die Zukunft des deutschen Volkes! Stimmt am 15. Mai für die Delegierten zum 3. Deutschen Volkskongreß!

Stimmt für Deutschland!

**Sagt am 15. Mai „Ja“ zum Frieden und zur Einheit
Beweist durch ein hundertprozentiges „Ja“ in allen Gemeinden
und Städten die Einheit und Geschlossenheit unseres Willens!**

Belzig, den 10. Mai 1949.

Der Kreisabstimmungsausschuss für die Wahl zum 3. Deutschen Volkskongress.

Hermes.

Propagandistischer Aufruf, bei der »Wahl zum 3. Deutschen Volkskongress« mit »Ja« zu stimmen, 10.5.1949. Amtliches Kreisblatt des Kreises Zauch-Belzig, Nr. 22 (1949).

Amtliches Kreisblatt des Kreises Zauch-Belzig

Herausgeber: Der Rat des Kreises Zauch-Belzig / Redaktion: Informationsdienst / Telefon 579

Nr. 36 / 3. Jahrgang

Sonntag, den 14. August 1949

Einzelpreis 10 Pfg

A u f r u f !

An alle nationalgesinnten Deutschen im Kreis Zauch-Belzig!

Die Zerreißung Deutschlands durch die imperialistischen Besatzungsmächte hat für unser Volk einen schweren nationalen Notstand gebracht!

Steigende Einfuhr von in den imperialistischen Ländern nicht mehr zu verkaufenden Waren in die westlichen Zonen und Sektoren und damit volle Schaufenster auf der einen Seite — — verstärkte Demontagen der deutschen Friedensindustrie, immer mehr um sich greifende Arbeitslosigkeit und damit ständig wachsende Massenverelendungen auf der anderen Seite — — sind einige der sichtbaren Kennzeichen für die koloniale Versklavung, in die der Imperialismus unter Mithilfe deutscher Quislinge Westdeutschland gebracht hat.

Es ist die Pflicht aller, die wirklich national denken, diese verderblichen, den Keim zu einem neuen Kriege in sich tragende Entwicklung, zu überwinden durch einen entschlossenen Widerstand, durch die nationale Selbsthilfe aller Deutschen, durch die „Nationale Front“, die über alle Zonengrenzen hinweg alle ehrlichen Deutschen im Kampf

für ein einiges, unabhängiges, friedliches Deutschland, für den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen

vereint.

Wir Abgeordneten des Kreistages Zauch-Belzig rufen deshalb die Bevölkerung des Kreises auf, die Anstrengungen zur Gewinnung auch des letzten Mannes und der letzten Frau für unsere nationale Aktion zu verstärken!

Wir begrüßen es besonders, daß durch den Kreisvolksausschuß Maßnahmen eingeleitet sind, die der Entwicklung der „Nationalen Front“ dienen werden und ermahnen alle Mitarbeiter der Kreisverwaltung, Gemeindevertretungen, Bürgermeister und Angestellten der Gemeindeverwaltungen zur aktiven Mitarbeit und Hilfe!

Bürgermeister! Helft Ihr mit, die Kreiskonferenz der Volksausschüsse am 17. August 1949 in Belzig zum erfolgreichen Beginn einer großen Kampagne für die „Nationale Front“ zu machen!

Fuhrunternehmer! Eure Sorgen können erst dann schnell behoben werden, wenn die Einheit Deutschlands wieder hergestellt ist. Helft deshalb mit an der Entfaltung der „Nationalen Front“! Stellt Euch und Eure Fahrzeuge für den Transport der Delegierten zur Verfügung.

Bauern und Landarbeiter! Die sichere Bergung der Ernte, die vorfristige Erfüllung des Ablieferungssolls an Brotgetreide trägt bei zur Stärkung der „Nationalen Front“! Wir rufen Euch deshalb zum Wettbewerb auf! Welche Gemeinde wird der Konferenz am 17. August die hundertprozentige vorfristige Erfüllung des Solls mitteilen können?

Einwohner des Kreises! Es geht um die Rettung der nationalen Existenz unseres Volkes. Stellt alles politisch und weltanschaulich Trennende zurück. Kämpft zusammen mit den friedliebenden Völkern der mächtigen Sowjetunion, der Volksdemokratien und den vielen Millionen Friedensanhängern aller Nationen für Verständigung, Freundschaft und Frieden mit allen Völkern!

Kämpft als vaterlandsliebende Deutsche in den Reihen der „Nationalen Front“ für Einheit und Frieden!

Belzig, den 5. August 1949.

Der Rat des Kreises Zauch-Belzig
gez. Sydow, Landrat

Der Kreistag des Kreises Zauch-Belzig
gez. Rottstock, Vorsitzender

Aufruf von Rat des Kreises und Kreistag Zauch-Belzig zur Beteiligung an der »Nationale Front«-Kampagne, 5.8.1949. Amtliches Kreisblatt des Kreises Zauch-Belzig, Nr. 36 (1949).

Anlage Nr. 13

Organisationsschema und Offiziere der sowjetischen Kreiskommandantur Zauch-Belzig, Mitte 1946¹⁴

Kommandant: Oberst Stoljarow	
Stellvertreter: Major Skuratow	
	Offizier für operative Fragen: Major Kriwanow
	Gehilfen: Major Birjukow, Kapitän ¹⁵ Pserjow
	Politischer Offizier: Oberstleutnant Bolschakow
	Gehilfe: Kapitän Goldienko
	Offizier für wirtschaftliche Fragen: Major Mamrenko
	Gehilfen: Kapitän Pinski, Leutnant Dowidenko, Leutnant Tkatschenko, Oberleutnant Kuznieszow
	Offizier für finanzielle Fragen: Oberleutnant Narkiso
	Gehilfe: Leutnant Orlow
	Offizier für landwirtschaftliche Fragen: Oberleutnant Kubanow
	Gehilfen: Oberleutnant Alexandrow, Gardeleutnant Kaigorodzow, Leutnant Lukjanjuk, Unterleutnant Serjedkin
	(Offiziere ohne festes Ressort:) Kapitän Djatschkow, Leutnant Serow



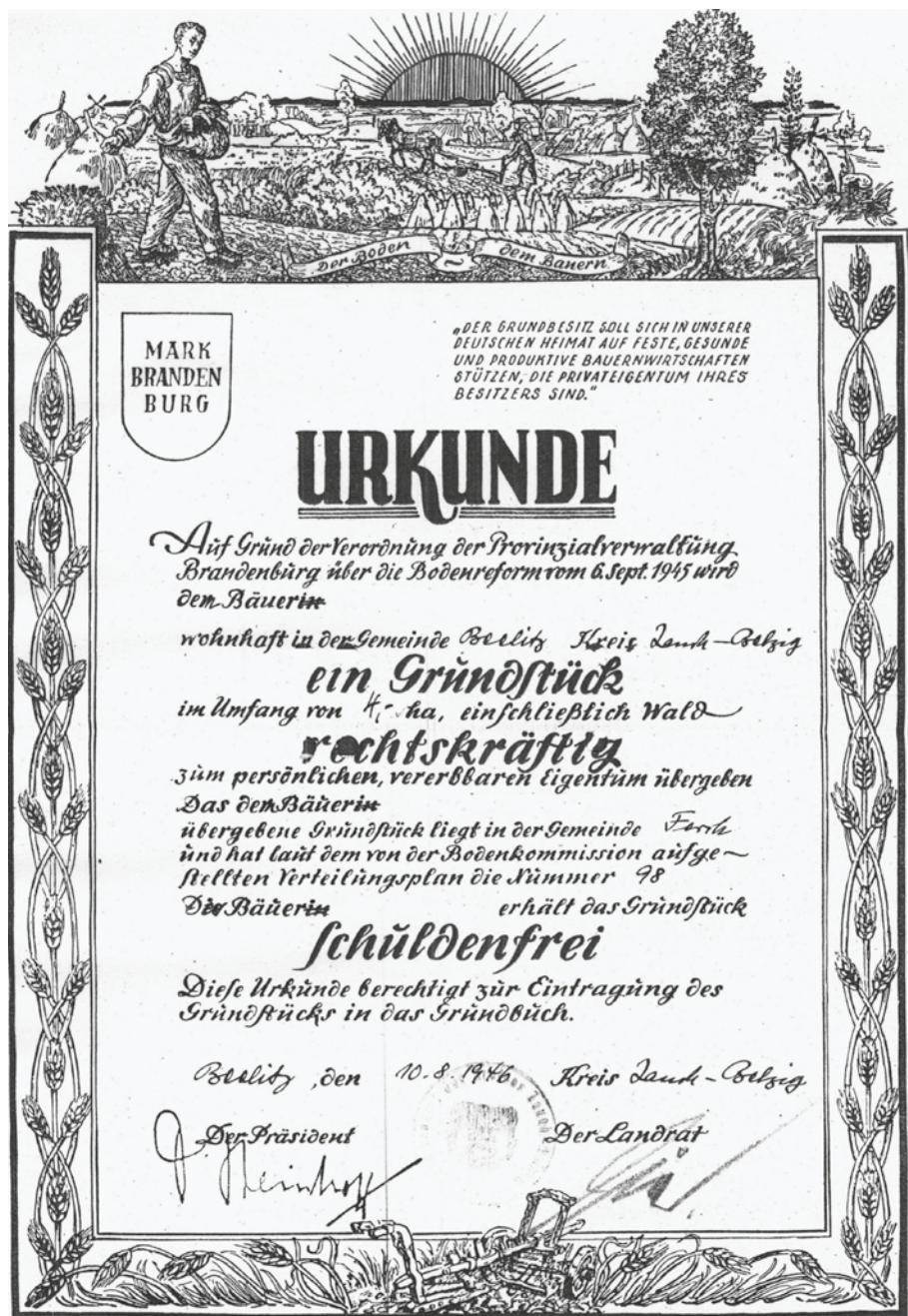
Sowjetische Triumphpforte in Belzig 1946 (?) mit der russischen Aufschrift: »Ruhm dem heldenhaften sowjetischen Volk!« (Sammlung G. Kästner)

14 Nach BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 94, Bl. 462.

15 Der russische Dienstgrad Kapitän entspricht dem deutschen Hauptmann.

Anlage Nr. 14

Urkunde über eine Grundstücksverleihung im Rahmen der Bodenreform in Ferch (Bezirksbürgermeisterei Beelitz), 10. August 1946¹⁶



Anlage Nr. 15

Ergebnisse der Bodenreform im Kreis bis Herbst 1946¹⁷

Enteignet wurden:

113	Wirtschaften	über 100 ha,
15	Wirtschaften	unter 100 ha von NS-Aktivisten und Kriegsverbrechern,
6	Areale	sonstiger Grundbesitz (Wehrmachts- gelände usw.).

Insgesamt 134 Wirtschaften mit einer Gesamtbodenfläche von 42 202 ha.

Hiervon entfallen:

Ackerland	ca. 9900 ha
Wald	ca. 26 780 ha
Wiese	ca. 3750 ha
Ödland	ca. 1737 ha

Dieses frei gewordene Land aufgeteilt:

<u>A. Individualeigentümer:</u>	Anzahl der Bodenempfänger	Fläche in ha
a) landlose Bauern, Landarbeiter	1076	3964
b) landarme Bauern	3086	9252
c) »Umsiedler«	667	4079
d) Kleinpächter	1222	1807
e) Arbeiter und Angestellte	818	1458
f) Waldzuteilung an Altbauern	665	1792
Summe zu A:	7534	22 352
<u>B. Körperschaften</u>		
g) Provinz Mark Brandenburg (vier Provinzialgüter, Wald, sonstiges)	4	11 995
h) SED (Gut Schmerwitz)	1	4288
i) Stadt- und Landgemeinden	110	2322
k) VdgB	4	14
l) sonstige Körperschaften	3	6
Summe zu B:	122	18 625
C. noch nicht verteilt (im Bodenfonds verbleibend, Ödland, Sümpfe usw.)		1091
D. durch Rote Armee z.Zt noch bewirtschaftet		134
Gesamtsumme A-D	7656	42 202

¹⁶ KrA PM, 42.023/14.

¹⁷ Nach BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 491, Bl. 32f.

Aus den enteigneten Wirtschaften wurden den Neusiedlern und landarmen Bauern zugeteilt:

448	Pferde
1044	Stück Rindvieh
367	Schweine
1458	Schafe und Ziegen
1025	Stück Geflügel

Folgendes landwirtschaftliches Gerät wurde an Landarbeiter, Flüchtlinge/Vertriebene und Landarme verteilt:

377	Pferdepflüge
246	Eggen
66	Kultivatoren
100	Häufelpflüge
13	Drillmaschinen
58	Mähmaschinen
51	Pferdeharken
4	Kartoffelsetzmaschinen
24	Kartoffelerntemaschinen
13	Rübenerntemaschinen
20	Kartoffelsortiermaschinen
50	Häckselmaschinen und Rübenschneider
290	Ackerwagen
65	sonstige landwirtschaftliche Maschinen

Anlage Nr. 16

Bericht über die Stimmungslage unter der bauerlichen Bevölkerung des Kreises, Februar 1947¹⁸

Vertraulich

Belzig, den 1. Februar 1947
Qu

Herrn
Landrat Sydow
im Hause

Betr.: Die politische[n] Auswirkungen der Campagne zur Eintreibung
des Abgabesolls im Jahre 1946

Die verschärfte Campagne zur Eintreibung des Getreide- und Kartoffel-Abgabe-solls im Jahre 1946 hat in vielen Fällen zu einer Erbitterung der Bevölkerung gegen die Verwaltung geführt. Das Getreide-Ablieferungssoll war im Vorjahre bedeutend höher als im Jahre 1945 und wurde rigoros eingetrieben, ohne Rücksicht darauf, ob die einzelnen Erzeuger auf Grund der Qualität ihres Bodens und anderer Umstände, beispielsweise der Menge des bei der Aussaat zur Verfügung stehenden Düngers dazu in der Lage waren. Es wurde auf jedem [sic!] Fall die Erfüllung des Ablieferungssolls verlangt, das auf Grund des Anbauplanes, der ebenfalls von der Erzeugern teilweise nicht eingehalten werden konnte, festgesetzt war. Auch die ausgewinterten, oder durch andere Witterungseinflüsse vernichteten Flächen konnten meist nicht anerkannt werden, weil eine Antwort auf unsere mehrfachen Bitten bei der Provinzialverwaltung und der SMA diese Fälle zu berücksichtigen, nicht erfolgte. Diese schematische Eintreibung des Solls und auch die Tatsache, dass die Erzeuger, die ihr Soll nicht erfüllen konnten, verhaftet wurden und oft tagelang in Zwangsgewahrsam gehalten wurden, hat die erwähnte Erbitterung hervorgerufen. Es steht zu hoffen, dass in diesem Jahre das Ablieferungssoll an Getreide nicht so hoch ist wie im Vorjahre, und dass die Möglichkeit besteht, die einzelnen Fälle genauer zu prüfen.

[gez.] Queling

18 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 217, Bl. 141.

Anlage Nr. 17

Prämie für die Erfassung landwirtschaftlicher Produkte, 2. Januar 1948¹⁹

Landesregierung Brandenburg
Minister
für Wirtschaftsplanung
G.Z.2330/51

Potsdam, den 2. Januar 1948.
Friedrich Ebert-Str. 79/81

An den
Herrn Landrat des Kreises Zauch-Belzig
in Belzig

Durch den Herrn Ministerpräsidenten ist Ihr Kreis als einer der 5 besten Kreise des Landes Brandenburg auf dem Gebiete der Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Jahre 1947 ausgezeichnet worden. Diese Auszeichnung gilt nicht zuletzt Ihnen und Ihren Mitarbeitern der Abteilung Handel und Versorgung. Auch ich spreche Ihnen und Ihren Mitarbeitern meinen Dank und meine besondere

Anerkennung

aus.

Als Zeichen dieser Anerkennung überreiche ich Ihnen für Sie und Ihre Mitarbeiter

20 Paar Schuhe,

1.000 Zigarren und

5.000 Zigaretten sowie

für Sie persönlich, den Leiter der Abteilung Handel und Versorgung und den Leiter der Erfassung je

1 Anzugsstoff mit Zutaten und

1 Paar Schuhe.

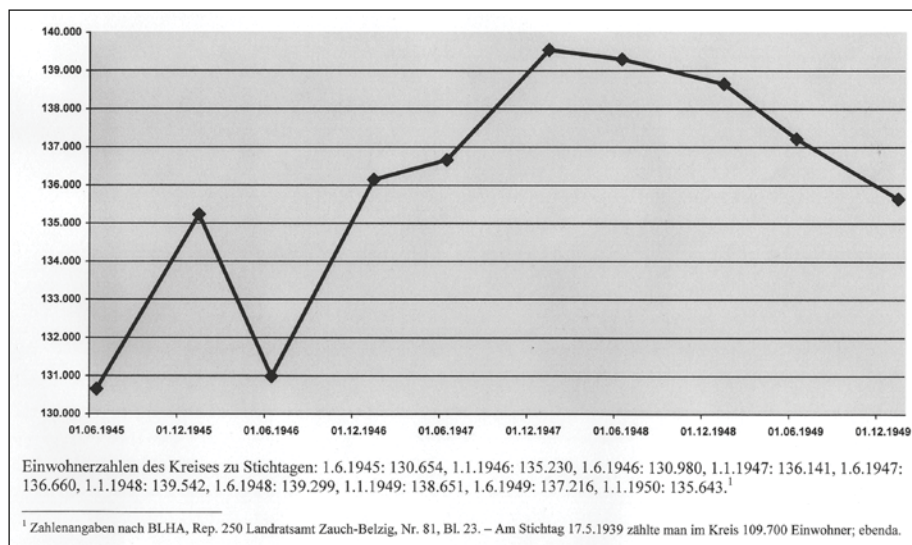
Diese Gegenstände wollen Sie bei meiner Abteilung Handel und Versorgung in Empfang nehmen.

[gez.] Rau

¹⁹ BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 218, Bl. 143.

Anlage Nr. 18

Bevölkerungsentwicklung Zauch-Belzigs vom 1. Juni 1945 bis 1. Januar 1950



Anlage Nr. 19

Kontrollbericht über das Umsiedlerlager Landesanstalt Treuenbrietzen, Oktober 1946²⁰

Der Leiter
des Kreis-Sozialamtes Belzig

Belzig, den 16. Oktober 1946

An den
Herrn Oberlandrat des Verwaltungsbezirks Brandenburg
Abteilung VII
in Brandenburg/Havel
Burghof 5

Am 16.10.46 wurde das Lager Landesanstalt [Treuenbrietzen] von Herrn Landrat Sydow, Herrn Ziegenhagen als Leiter des Kreis-Umsiedleramtes und Herrn Dr. Pawlitzki aufgesucht. Die insgesamt 1.449 Internierten [sic!] machen schon rein äußerlich einen bedauernswerter Eindruck. Die wenigen Kleider, die sie noch besitzen, sind abgerissen und in unsauberem Zustand.

Zur Linderung der ersten Nöte wurden die noch aus der Kleidersammlung für Heimkehrer aus Russland vorhandenen Bekleidungsstücke den Internierten zur Verfügung gestellt. Ein Aufruf zur erneuten Sammeltätigkeit in meinem Kreis ist heute an die Herren Amtsvorsteher, an die Frauenausschüsse, an die »Märkische Volkssolidarität« und an den Antifa-Ausschuss ergangen.

Der Gesundheitszustand der Insassen ist so schlecht, dass fast alle einer ärztlichen Fürsorge bedürfen. Neben den in ärztlicher Behandlung befindlichen Leuten sind fast alle unterernährt. Es wäre vorzuschlagen, diesen für eine gewisse Zeit eine erhöhte Verpflegung zu verabreichen, damit die Leute wenigstens annähernd satt werden.

Ich bitte deshalb, mir die Ermächtigung zu erteilen, den Verpflegungssatz dem in den Krankenhäusern üblichen Satz anzugleichen, um überhaupt helfend eingreifen zu können und den Ausbruch etwaiger Epidemien zu verhüten. Einen entsprechenden Bericht des Lagerarztes Dr. Klehr füge ich bei. Viele der Internierten bedürfen, da sie vollkommen mittellos sind, auch in geldlicher Hinsicht einer sofortigen Unterstützung. Eine einmalige Zuwendung von 20,- RM pro Familie halte ich zunächst für angemessen.

Ich bitte um Mitteilung, ob für diesen Zweck Mittel zur Verfügung stehen oder ob diese aus den Umsiedler-Haushaltsmitteln entnommen werden dürfen und in welcher Höhe.

Durch den mangelhaften Ernährungszustand und den Mangel an Kohlen frieren die Leute fast ausnahmslos. Bisher hat das Umsiedlerlager aus dem Kohlebestand des Landeskrankenhauses die Räume heizen lassen. Nunmehr aber, da der Kohlenbestand sich seinem Ende nähert, und eine vermehrte Wärme dringend notwendig ist, bitte ich veranlassen zu wollen, dass die für das 4. Quartal 1946 angeforderte Menge Koks von insgesamt 185 Tonnen oder 250 Tonnen Brikett schnellstens zugewiesen wird.

[gez.] Bräunig

20 BLHA, Rep. 230 Oberlandratsamt Brandenburg (Havel), Nr. 42.

Anlage Nr. 20

Bericht über eine Revolte unter Heimatvertriebenen, November 1945²¹

Der Kommandant
der Umsiedlerlager

Belzig, am 17. November 1945

An die
Provinzialverwaltung
in Potsdam

Betreff: Politische Einstellung der Umsiedler

In die Umsiedlerlager Bergholzerstraße und Bornerstraße in Belzig wurden am 23. Okt. und am 26. Okt. 1945 insgesamt 4.523 Umsiedler aus Jugoslawien eingewiesen. Schon vom ersten Tage an zeigten sie sich widerspenstig, gehorchten ihren Vorgesetzten nicht und neigten dauernd zu Revolten. Angeblich reichte ihnen die Verpflegung nicht, obgleich ihr Verpflegungssatz zum Teil höher lag als der der Bevölkerung. Sie bestahlen sich gegenseitig und waren auch sehr verlogen. Die Lagerleitungen waren dauernd belehrend am Werk, aber alle Bemühungen waren meistens vergeblich. Auch waren sie im Durchschnitt sehr schmutzig und ihre Unterkünfte waren stets in Unordnung. Wenn auch Massenquartiere nicht so sauber erscheinen wie normale Quartiere, so musste man doch sagen, dass sich ihre Unterkünfte nicht in dem Zustande befanden, wie es bei ordnungsliebenden Menschen hätte sein müssen. Am 12. November 1945 kam es unter den sich noch im Lager Borner Straße befindlichen Umsiedlern zu einer Revolte. Die Anordnung der Lagerleitung, das Lager zu säubern, um einer Seuchengefahr vorzubeugen, wurde abgelehnt. Sie erklärten ihren Vorgesetzten, dass sie nicht arbeiten würden und verlangten höhere Verpflegungssätze. Die Lagerleitung sah sich veranlasst, einen Appell abzuhalten und sie bei dieser Gelegenheit abermals auf ihre Pflichten hinzuweisen, und die Aussichtslosigkeit ihrer Handlungen darzulegen. Zu diesem Appell waren sie mit jugoslawischen Fahnen erschienen und erklärten wiederum, sie seien keine Deutsche, verlangten mehr zu essen und gaben offen zu, nicht arbeiten zu wollen. Sie nahmen gegen das Personal eine drohende Haltung ein und versuchten, die Büroräume zu stürmen. Zum Schutze des Personals wurde deutsche Polizei zum Lager beordert. Die Polizei wurde mit Johlen empfangen, und es wurde sogar festgestellt, dass die Meuterer in ihren Stiefeln versteckt Messer trugen. Die Polizei stand diesem Treiben, da sie unbewaffnet war, machtlos gegenüber. Ganz besonders muss hervorgehoben werden, dass sich auch Frauen hieran stark beteiligten und das Personal und die Polizei mit den unflätigsten Ausdrücken beschimpften. Es wurden Rufe laut: »Wir wollen Kanonen, wir wollen Waffen usw.« Die Lagerleitung sah sich daraufhin veranlasst, die russische Kommandantur anzurufen, um Abhilfe zu schaffen und gegebenenfalls einzugreifen. Es erschien daraufhin ein russischer Kapitän, der ihnen erklärte, dass sie Deutsche seien und auch als Deutsche behandelt werden. Er drohte ihnen an, falls sie nicht sofort ihre Haltung einstellten, dass ihnen beim Abtransport ihr Gepäck einbehalten würde und diejenigen, die sich am Personal vergreifen sollten, mit den Rädels-

21 BLHA, Rep. 230 Oberlandratsamt Brandenburg (Havel), Nr. 42.

führen standrechtlich erschossen würden. Als weitere Strafe wurde ihnen eine wesentliche Herabsetzung der Lebensmittelrationen angekündigt. Der russische Kapitän besichtigte dann das Lager und erklärte beim Durchgang, dass das Lager in einer Stunde in sauberem Zustand sein müsste, andernfalls die angekündigten Strafen ihre Anwendung finden würden. Als sie nun die Aussichtslosigkeit ihres Handelns einsahen, nahmen sie die Arbeit auf und brachten das Lager in sauberen Zustand.

Am 13. November 1945 wurde das Lager geräumt und die Umsiedler per Bahn in Richtung Berlin abtransportiert.

Anlage Nr. 21

Pro-Kopf-Lebensmittelrationen in Zauch-Belzig je Dekade des Monats September 1945²²

	Brot in kg	Nährmittel in g	Fleisch in g	Fette in g	Kartoffeln in kg	Zucker in g	Salz in g	Milch in l
1. Schwerarbeiter (1877 Personen)	12	90	260	157	7	160	90	3,2
2. Arbeiter (32 836 Personen)	6	90	260	157	7	160	90	3,2
3. Angestellte (9131 Personen)	6	90	260	157	7	160	90	3,2
4. nichtarbeitende Familien- angehörige der Gruppen 1–3 (15 223 Personen)	6	90	260	157	7	160	90	3,2
5. sonstige Bevölkerung (7802 Personen)	6	90	260	157	7	160	90	3,2
6. Kinder bis 6 Jahre (14 273 Personen)	6	185	260	157	7	200	90	10
7. Kinder und Jugendliche von 6 bis 18 Jahre (20 700 Personen)	6	90	260	157	7	160	90	3,2
8. Landbevölkerung, Selbstversorger (35 160 Personen)	6					160	90	

²² Nach BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 620, Bl. 25.

Anlage Nr. 22

Schreiben an die Provinzialverwaltung betreffs Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Kartoffeln, 1. Februar 1946²³

Der Landrat
des Kreises Zauch-Belzig
Handel und Versorgung
Abt. III – Az.: III/1/800
Neu/M.

Belzig, den 1. Februar 1946
v. Tschirschky-Str. 2
Fernruf: 510

An die Provinzialverwaltung
Mark Brandenburg
Potsdam

Betr.: Versorgung des Kreises Zauch-Belzig mit Kartoffeln

Der Kreis Zauch-Belzig hat bis zum 31.12.1945 28.003 t Kartoffeln verbraucht. Die Abrechnung darüber ist Ihnen zugeleitet worden. Der letzte Bestand laut 5-Tage-Meldung vom 18.1.46 beträgt 12.982 t.

Bis zum 31.12.1945 hatte der Kreis Zauch-Belzig an den Kreis Niederbarnim, der zurzeit dringend mit Kartoffeln beliefert werden muß, 3.000 t abgegeben. Diese Lieferungen bis zu ihrer Erfüllung in Höhe von 8.300 t laufen noch. Dazu kommt noch der Eigenbedarf für die Monate Juni und Juli des Jahres 1946, der auf rund 2.000 t anzusetzen ist. Ich mache also darauf aufmerksam, daß die Lieferungen

an die Stadt Brandenburg mit 7.000 t
und an den Kreis Osthavelland mit 8.500 t

nicht ausgeführt werden können. Die letztere Lieferung von 8.500 t an den Kreis Osthavelland sowie die dem Kreis Zauch-Belzig für die Verarbeitungsbetriebe freigegebenen 1.160 t Kartoffeln sind zur Herstellung von Sprit bestimmt.

Ich stehe auf dem Standpunkt und glaube auch die Einstellung der Bevölkerung zu vertreten, wenn ich sage, daß es notwendiger ist, Kartoffeln in Natura zu erhalten, als [aus Kartoffeln gebrannten] Alkohol zu verkonsumieren.

Abschließend möchte ich noch einmal bemerken, daß der Kreis Zauch-Belzig nicht in der Lage ist, diese Mengen auszuführen.

i.A.
[gez.] Neumann

23 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 857, Bl. 192.

Anlage Nr. 23

Vorlage für einen Versorgungsbericht an den Kreistag, 29. Juli 1948²⁴

Abteilung Ernährung

den 29. Juli 48

Herrn
Landrat
im Hause

Betr.: Versorgungsbericht für den Kreistag [...]

Die Schwierigkeiten in der Versorgungslage sind kurz vor dem Einsetzen der neuen Ernte in den Monaten Juli und August besonders fühlbar.

Die Brotversorgung für die Bevölkerung läuft z.Zt. noch aus alten Beständen.

Die im Versorgungsplan zugeteilten Fettmengen erstrecken sich auf jeweils 2 Dekaden im Monat; in der 3. Dekade eines jeden Monats erhält die Bevölkerung statt Fett Zucker, um die Fettlücke, die allgemein in der gesamten Zone besteht, nach Möglichkeit zu schließen.

Die Auslieferung an Fleischprodukten erfolgt mit 2 Dekaden Fleisch und 1 Dekade Austauschstoffe; als Austauschstoffe werden Käse und Fische ausgegeben.

Durch besonders hohe Sonderauflagen muß die kreiseigene Versorgung der Bevölkerung zurückgestellt werden. Trotzdem liegt eine Verfügung vor, daß die Lebensmittel auch für den Kreis termingemäß ausgeliefert werden müssen; es ist dies bei den z.Zt. herrschenden Übergangserscheinungen sehr schwierig.

Um bei der Bevölkerung eine etwas freundlichere Stimmung hervorzurufen, wurde neben der Auflage an Kartoffeln in Höhe von 3.100 t an die Stadt Berlin [...] die kreiseigene Bevölkerung die erste Dekade August mit Kartoffeln beliefert.

Die Versorgung mit Nahrungsmitteln sieht zum größten Teil Grünze vor, da uns die Mühlen fehlen, die andere Nahrungsmittel herstellen können, und die wenigen zur Verfügung stehenden Mengen an Haferflocken, Gries usw. für die Klein- und Kleinstkinder verbleiben müssen.

Gemüse ist bis jetzt pro Kopf der Bevölkerung 3 kg zugeteilt worden. [...]

Die für den Monat Juli fällige Versorgung hinterläßt keine Rückstände.

24 BLHA, Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 857, Bl. 37f.

Quellen

Archivalien, Privatdokumente

Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam

- Rep. 202 A Büro des Ministerpräsidenten, Nr. 39, 115.
- Rep. 202 D Hauptabteilung Erfassung und Aufkauf, Nr. 92, 181.
- Rep. 202 E Statistisches Landesamt, Nr. 14, 45, 59, 75.
- Rep. 202 F Amt für Reparationen, Nr. 2, 6.
- Rep. 202 G Amt für Information, Nr. 153 bis 155.
- Rep. 203 Entnazifizierungskommission.
- Rep. 203 Ministerium des Innern, Nr. 25, 247, 330, 429, 437, 532, 577, 634, 855, 856, 895, 1525, 1817, 1818.
- Rep. 203 Ministerium des Innern, Landesbehörde Volkspolizei, Nr. 305, 307.
- Rep. 206 Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Nr. 270, 332, 372, 540, 1205, 2745.
- Rep. 208 Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Nr. 185, Nr. 2198, Nr. 2378.
- Rep. 212 Ministerium der Justiz, Nr. 1195.
- Rep. 230 Oberlandratsamt Brandenburg (Havel), Nr. 1, 42.
- Rep. 238 Bodenkulturamt Mahlow, Nr. 389 bis 534.
- Rep. 250 Landratsamt Zauch-Belzig, Nr. 5 bis 8, Nr. 10, 11, 45, 50, 53, 54, 55, 81, 82, 83, 84, 88, 90, 93, 94, 95, 96, 97, 100, 101, 102, 103, 104, 108, 113, 123 bis 127, 172, 173, 182, 183, 186, 188, 216, 217, 218, 229 bis 233, 238, 251, 254, 279, 286, 287, 370, 380, 387, 407, 491, 527, 533, 544, 545, 546, 615, 619, 619/1, 620, 623, 630, 658, 667, 668, 789, 800, 853, 856, 857, 863.
- Rep. 255 Amtsbezirk Beelitz, Nr. 2.
- Rep. 255 Amtsbezirk Groß Kreutz, Nr. 6.
- Rep. 271 Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) Chemie, Papier, Nr. 103.
- Rep. 271 Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) Eisen und Metall, Nr. 213, 215, 319.
- Rep. 271 Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) Landesbahnen Brandenburg, Nr. 2, 21.
- Rep. 272 Vereinigung Volkseigener Güter (VVG) Land Brandenburg, Nr. 154, 156.
- Rep. 273 Vereinigung Volkseigener Maschinen-Ausleih-Stationen (VVMAS) Land Brandenburg, Nr. 170.
- Rep. 330 KPD-Bezirksorganisation der Provinz Brandenburg, Nr. 5, 10, 15, 22, 30, 73, 74, 76, 77, 80, 81, 97, 101, 103, 112, 146, 159, 160, 161, 165.
- Rep. 331 SPD-Bezirksvorstand Provinz Mark Brandenburg, Nr. 5, 15, 19, 24, 27, 30, 39.
- Rep. 332 Aktions- und Arbeitsgemeinschaft KPD/SPD Mark Brandenburg, Nr. 8, 9, 12.
- Rep. 333 SED-Landesleitung Brandenburg, Nr. 147, 172, 298, 323, 356.
- Rep. 334 SED-Kreisleitung Zauch-Belzig, Nr. 1, 2, 3, 4, 23, 44, 66, 71, 100.

Kreisarchiv Potsdam-Mittelmark (in Belzig)

- III 1003, Verzeichnis der Kriegsgräber im Kreis Belzig.
- III 2783, Rat des Kreises Belzig.
- 41.04/5, Stadtverwaltung Beelitz.
- 42.011/1, -/2, -/3, Stadtverwaltung Beelitz.
- 42.012/2, Stadtverwaltung Beelitz.
- 42.014/12, -/28, Stadtverwaltung Beelitz.
- 42.023/14, Stadtverwaltung Beelitz.
- 49.000/1, -/2, -/5, Stadtverwaltung Werder/Havel.
- 49.002/2, Stadtverwaltung Werder/Havel.

49.003/3, Stadtverwaltung Werder/Havel.
 49.008/1, Stadtverwaltung Werder/Havel.
 49.012/8, Stadtverwaltung Werder/Havel.
 49.013/6, Stadtverwaltung Werder/Havel.
 51.34/14, -/14A, Gemeindeverwaltung Michendorf.
 60.14/1, -/2, -/9, -/30, SED-Ortsparteigruppe Beelitz.
 60.18/1, -/6, -/15, -/17, -/18, -/20, -/21, -/24, -/33, -/36, KPD-Ortsgruppenleitung Werder.

Kriegstagebuch der Geschäftsstelle Stützpunktkommandantur Belzig, 7. April bis 4. Mai 1945.
 [v. Helga Kästner angefertigte maschinenschriftliche Kopie des Originals].

Nachlass Albrecht Sturm (Elsholz), [in Privathänden]

Sammlung Gerhard Dorbritz (Belzig), [in Privathänden]

Sammlung Günter Kästner (Belzig), [in Privathänden]

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv

DY 16 / 1351, 1564. [NDPD]

DY 31 / 1271. [DFD]

Amts-, Verordnungs- und Gesetzesblätter, Zeitungen

Amtliches Kreisblatt des Kreises Zauch-Belzig. Jahrgänge 1947 u. 1949.

Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin. Jahrgänge 1828, 1852, 1861 u. 1898.

Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland. Jahrgänge 1945, 1946 u. 1947.

Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Sammelheft, Berlin 1946.

Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik. Jahrgänge 1950, 1951 u. 1952.

Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg. Jahrgang 1992.

Landtag des Landes Brandenburg. 1. Wahlperiode, Drucksache Nr. 456.

Märkische Allgemeine. Fläming-Echo v. 11./12. März 2006.

Tägliche Rundschau v. 26.11.1946.

Verordnungsblatt der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg (1947: Gesetz- und Verordnungsblatt der Provinzialregierung Mark Brandenburg; ab Nr. 14 [1947]: Gesetz- und Verordnungsblatt der Landesregierung Brandenburg). Jahrgänge 1945, 1946, 1947, 1948, 1950 u. 1952.

Zentralverordnungsblatt. Amtliches Organ der Deutschen Wirtschaftskommission und ihrer Hauptverwaltungen sowie der Deutschen Verwaltungen für Inneres, Justiz und Volksbildung. Jahrgang 1948.

Ortschaftsverzeichnisse, Statistiken

Daten zur demographischen und sozialen Struktur der Bevölkerung. Ausgewählt v. Günter Braun, in: SBZ-Handbuch, S. 1069–1074.

Gemeindestatistik. Ergebnisse der Volks-, Berufs- und landwirtschaftlichen Betriebszählung 1939 in den Gemeinden. Heft 3: Stadt Berlin, Provinz Brandenburg. Bearb. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1943 (= Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 559,3).

Landwirtschaftliches Adreßbuch der Rittergüter, Güter und Höfe der Provinz Brandenburg. 4., vermehrte u. verbesserte Aufl., Leipzig 1929 (= Niekammer's Landwirtschaftliche Güter-Adreßbücher, Bd. 7).

Handbuch über den Preußischen Staat (...) für das Jahr 1934.

Handbuch über den Preußischen Staat (...) für das Jahr 1935.

Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Bd. 1: Amtliches Gemeindeverzeichnis, Berlin 1948.

Quelleneditionen

- Badstübner, Rolf / Wilfried Loth (Hg.): Wilhelm Pieck. Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994.
- Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945/46, Berlin (Ost) 1989.
- Bonwetsch, Bernd / Gennadij Bordjugov / Norman (M.) Naimark (Hg.): Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov. Bearb. v. Bernd Bonwetsch u.a., Bonn 1998 (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 20).
- Dokumente zur Geschichte der SED. Bd. 2: 1945 bis 1971, Berlin (Ost) 1986.
- Dokumente zur demokratischen Bodenreform im Land Brandenburg. Ausgewählt u. eingeleitet v. Fritz Reinert, Potsdam 1966.
- Dokumente und Materialien zu den sozialen und politischen Verhältnissen in der Provinz Brandenburg von 1929 bis 1933. Ausgewählt u. eingeleitet v. Rudolf Knaack u. Wolfgang Schlicker, Potsdam 1974.
- Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes. Bd. 1, Berlin (Ost) 1951.
- Foitzik, Jan: Die Arbeit der Militärkommandantur des Kreises Zauch-Belzig von 1945–1948 (nach einem Originaldokument vom 23. Juli 1948, aus dem Russischen übersetzt v. Rolf Semmelmann). Manuskript (unveröffentlicht), Berlin 2008.
- Foitzik, Jan. (Bearb.): Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Offene Serie, München u.a. 1995 (= Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 8).
- Freundschaft – Werden und Wachsen. Ausgewählte Dokumente und Materialien zur Entwicklung des Freundschafts- und Bruderbundes zwischen der Sowjetunion und der DDR. Dargestellt an Beispielen aus dem Territorium des ehem(aligen) Landes Brandenburg. T. 1: 1945–1949, eingeleitet u. ausgewählt v. Friedrich Beck u.a., Potsdam 1975.
- Geschichte des Staates und des Rechts der DDR. Dokumente 1949–1961, Berlin (Ost) 1984.
- Geßner, Klaus (Bearb.): Befehle der Sowjetischen Militäradministration des Landes Brandenburg 1945–1949, Frankfurt/Main u.a. 1997 (= Quellen, Findbücher und Inventare des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 4).
- Geßner, Klaus / Wladimir W. Sacharow (Bearb.): Inventar der Offenen Befehle der Sowjetischen Militäradministration des Landes Brandenburg. Nach der Überlieferung im Staatsarchiv der Russischen Föderation, Frankfurt/Main u.a. 2002 (= Quellen, Findbücher und Inventare des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 11).
- Grotewohl, Otto: Im Kampf um die eine Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze. 2., durchgesehene Aufl., Bd. 1: Auswahl aus den Jahren 1945–1949, Berlin (Ost) 1959, Bd. 2: Auswahl aus den Jahren 1952–1953.
- Hermes, Peter: Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945, Saarbrücken 1963.
- Keiderling, Gerhard (Hg.): »Gruppe Ulbricht« in Berlin April bis Juni 1945. Von der Vorbereitung im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993 (= Politische Dokumente, Bd. 13).
- Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Göttingen 1982, S. 339–531 (Dokumentenanhang).
- Malycha, Andreas: Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition, Bonn 1995 (= Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 16).

- Pieck, Wilhelm: Junkerland in Bauernhand. Rede zur demokratischen Bodenreform. Kyritz, 2. September 1945, Berlin (Ost) 1955.
- Reinert, Fritz (Bearb.): Protokolle des Landesblockausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien Brandenburgs 1945–1950, Weimar 1994 (= Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 30).
- Rößler, Ruth-Kristin (Hg.): Die Entnazifizierungspolitik der KPD/SED 1945–1948. Dokumente und Materialien, Goldbach 1994.
- Schollwer, Wolfgang: Potsdamer Tagebuch 1948–1950. Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung. Hg. v. Monika Faßbender, München 1988 (= Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, Bd. 6).
- Schramm, Percy E. (Hg.): Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab). Bd. 8 (Studienausgabe), zusammengestellt u. erläutert v. Percy E. Schramm, Augsburg-Bonn 2003.
- Sobotka, Bruno (Hg.): Wiedergutmachungsverbot? Die Enteignungen in der ehemaligen SBZ zwischen 1945 und 1949, Mainz 1998, S. 726–848 (Dokumentenanhang).
- Suckut, Siegfried: Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses, Köln 1986 (= Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, Bd. 3).
- Ulbricht, Walter: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. 4. Aufl., Bd. 2: 1933–1946, Berlin (Ost) 1955; 5., verbesserte Aufl., Bd. 3: 1946–1950, Berlin (Ost) 1960; 1. Aufl., Bd. 4: 1950–1954, Berlin (Ost) 1958.
- Ulbricht, Walter (unter Mitarbeit v. Hans Schaul u. Hans Vieillard): Zur Geschichte der neuesten Zeit. Bd. 1/1. Halb-Bd., Berlin (Ost) 1955, S. 325–446 (Dokumentenanhang).
- Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949, Berlin (Ost) 1968.
- Vollnhals, Clemens (in Zusammenarbeit mit Thomas Schlemmer) (Hg.): Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991, S. 65–338 (Dokumente).
- Weber, Hermann (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, Köln 1982 (= Mannheimer Untersuchungen zur Politik und Geschichte der DDR, Bd. 3).

Biographien, Lebenserinnerungen

- Ackermann, Anton: Der neue Weg zur Einheit, in: Vereint sind wir alles, S. 60–80.
- Altenkirch, Ernst: Vorurteile wurden in der gemeinsamen Aktion überwunden, in: Vereint sind wir alles, S. 553–567.
- Apelt, Fritz: Gewerkschaftseinheit – Arbeitereinheit, in: Vereint sind wir alles, S. 349–361.
- Bechler, Bernhard: Vom Frontbeauftragten des NKFD zum Minister des Innern im Land Brandenburg, in: Freundschaft – Werden und Wachsen, T. 1, S. 360–367.
- Bechler, Margret: Warten auf Antwort. Ein deutsches Schicksal. 22. Aufl., München 2001.
- Behrendt, Armin: Wilhelm Külz. Aus dem Leben eines Suchenden. 3. Aufl., Berlin (Ost) 1987.
- Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945–1990. Hg. v. Gabriele Baumgartner u. Dieter Hebig, Bd. 1, München u.a. 1996.
- Bloch, Peter: Zwischen Hoffnung und Resignation. Als CDU-Politiker in Brandenburg 1945–1950. Hg. v. Siegfried Suckut, Köln 1986.
- Boldt, Gerhard: Die letzten Tage der Reichskanzlei, Reinbek bei Hamburg 1964.
- Conze, Werner: Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart 1969.

- Craushaar, Dorothea v.: Bericht über die Verschleppung meiner Familie nach Rügen im Jahre 1945, in: Sobotka: Wiedergutmachungsverbot?, S. 64–67.
- Doernberg, Stefan: Fronteinsatz. Erinnerungen eines Rotarmisten, Historikers und Botschafters, Berlin 2004.
- Ebert, Friedrich: Wir erfüllten unsere historische Aufgabe, in: Vereint sind wir alles, S. 509–524.
- Fechner, Max: Zentralaussschuß der SPD und Zentralkomitee der KPD gingen zusammen, in: Vereint sind wir alles, S. 39–59.
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, Berlin (Ost) 1970.
- Jendretzky, Hans: Die Gewerkschaften trugen zur Überwindung der Spaltung bei, in: Vereint sind wir alles, S. 194–205.
- Kern, Käthe: Die Frauen standen mit in vorderster Reihe, in: Vereint sind wir alles, S. 81–93.
- Ruschen, Franz: Wir gingen den richtigen Weg, in: Vereint sind wir alles, S. 568–578.
- Sägebrecht, Willy: Nicht Amboss, sondern Hammer sein. Erinnerungen. Hg. v. Fanny Rosner u. Heinz Voßke, Berlin (Ost) 1968.
- Selbmann, Fritz: Acht Jahre und ein Tag. Bilder aus den Gründerjahren der DDR. Berlin 1999.
- Schollwer, Wolfgang: Potsdamer Tagebuch 1948–1950. Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung. Hg. v. Monika Faßbender, München 1988.
- Steinhoff, Karl: In der Mark Brandenburg wurden völlig neue, demokratische Staatsorgane gebildet, in: Vereint sind wir alles, S. 538–567.
- Tjulpanow, Sergej (Iwanowitsch): Deutschland nach dem Krieg (1945–1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee. Hg. v. Stefan Doernberg, aus dem Russischen übersetzt v. Günter Gossing u. Lothar Jäger, Berlin (Ost) 1986.
- Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED. Hg. v. Fanny Rosner, Ilse Schiel u. Heinz Voßke, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1971.

Mitteilungen

- Dorbritz, Gerhard (06.07.2006), Belzig.
- Dorbritz, Gerhard (24.08.2006), Belzig.
- Fritzsche, Reinhard (01.08.2006), Zeuden.
- Haseloff, Heinz (26.08.2007), Linthe.
- Kommunalarchiv Schwielowsee (30.01.2007).
- Reichenbach, Elsitä Gräfin v. (10.02.2006), München.
- Reichenbach, Elsitä Gräfin v. (19.02.2006), München.
- Schymuschala, Ernst jun. (27.04.2006), Herbolzheim.
- Ucksche, Wolfgang (12.07.2005), Treuenbrietzen.
- Ucksche, Wolfgang (20.01.2006), Treuenbrietzen.
- Unger, Luise (10.08.2006), Gollwitz.

Literatur

- Adamy, Kurt / Kristina Hübener: Geschichte der brandenburgischen Landtage. Von den Anfängen 1823 bis in die Gegenwart, Berlin 1998.
- Agethen, Manfred: Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953, in: Frölich: »Bürgerliche« Parteien in der SBZ/DDR, S. 47–72.
- Agsten, Rudolf / Manfred Bogisch / Wilhelm Orth: LDPD 1945 bis 1961 im festen Bündnis mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei. 2., durchgesehene u. erweiterte Aufl., Berlin (Ost) 1987.
- Amos, Heike: Justizverwaltung in der SBZ/DDR. Personalpolitik 1945 bis Anfang der 50er Jahre, Köln u.a. 1996 (= Arbeiten zur Geschichte des Rechts in der DDR, Bd. 1).

- Angelow, Jürgen: Geschichte und Landschaft. Das märkische Rittergut Kemnitz, Berlin u. Bonn 2000 (= Einzelveröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs).
- Antoni, Michael: Das Potsdamer Abkommen – Trauma oder Chance? Geltung, Inhalt und staatsrechtliche Bedeutung für Deutschland, Berlin (West) 1985.
- Arlt, Kurt: Das Wirken der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) im Spannungsfeld zwischen den Beschlüssen von Potsdam und den sicherheitspolitischen Interessen Moskaus 1945–1949, in: Bruno Thoß (Hg.): Volksarmee schaffen – ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen einer »verdeckten Aufrüstung« in der SBZ/DDR 1947–1952, München 1994 (= Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 51), S. 91–139.
- Arlt, Kurt / Werner Stang: Kampf um Potsdam Ende April 1945, in: Brandenburg im Jahr 1945, S. 167–194.
- Auerbach, Ludwig: Die Arbeit des NKWD in der sowjetischen Besatzungszone. Hintergründe – Erfolge – Mißerfolge, in: Georg Stadtmüller (Hg.): Probleme deutscher Ostpolitik. 2. ergänzte Aufl., Bd. 2, München 1958 (= Schriften des Arbeitskreises für Ostfragen 2), S. 55–93.
- Badstübner, Rolf: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung – Übergangsperiode – sozialistische Revolution. Theoretisch-methodologische Probleme der Bestimmung des Wesens und des historischen Platzes der antifaschistisch demokratischen Umwälzung, in: ders./Heitzer: Die DDR in der Übergangsperiode, S. 54–84.
- Badstübner, Rolf: Versuch, die DDR-Gründung gesellschaftsgeschichtlich zu »verorten«, in: Scherstjanoi: Provisorium für längstens ein Jahr, S. 69–84.
- Badstübner, Rolf / Heinz Heitzer (Hg.): Die DDR in der Übergangsperiode. Studien zur Vorgeschichte und Geschichte der DDR 1945 bis 1961. 2. Aufl., Berlin (Ost) 1982.
- Bamberg, Friedrich: Heimatkunde des Kreises Zauch-Belzig. 2. Aufl., Berlin o.J. (um 1908).
- Barthel, Horst: Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR. Zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945–1949/50, Berlin (Ost) 1979 (= Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, Bd. 14).
- Baudisch, Rosemarie: Geographische Grundlagen und historisch-politische Gliederung Brandenburgs, in: Brandenburgische Geschichte. Hg. v. Ingo Materna u. Wolfgang Ribbe, mit Beiträgen v. Kurt Adamy u.a., Berlin 1995, S. 15–44.
- Bauer, Theresia: Blockpartei und Agrarrevolution von oben. Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands 1948–1963, München 2003 (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 64).
- Bauer, Theresia: Krise und Wandel der Blockpolitik und Parteigründungen 1948, in: Hoffmann/Wentker: Das letzte Jahr der SBZ, S. 65–83.
- Bauerkämper, Arnd: Auf dem Wege zum »Sozialismus auf dem Lande«. Die Politik der SED 1948/49 und die Reaktionen in dörflich-agrarischen Milieus, in: Hoffmann/Wentker: Das letzte Jahr der SBZ, S. 245–268.
- Bauerkämper, Arnd: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg. Wandel und Beharrung in der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft 1945, in: Brandenburg im Jahr 1945, S. 265–296.
- Bauerkämper, Arnd (Hg.): »Junkerland in Bauernhand«? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Wiesbaden 1996 (= Historische Mitteilungen, Beiheft 20).
- Bauerkämper, Arnd: Die Neubauern in der SBZ/DDR 1945–1952. Bodenreform und induzierter Wandel der ländlichen Gesellschaft, in: Bessel/Jessen: Die Grenzen der Diktatur, S. 108–136.
- Bauerkämper, Arnd: Das Neubauernbauprogramm im Land Brandenburg. Voraussetzungen, Entwicklung und Auswirkungen 1947–1952, in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 45 (1994), S. 182–202.

- Bauerkämper, Arnd: Problemdruck und Ressourcenverbrauch. Wirtschaftliche Auswirkungen der Bodenreform in der SBZ/DDR 1945–1952, in: Buchheim: Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, S. 295–322.
- Bauerkämper, Arnd: Die Sozialgeschichte der DDR, München 2005 (= Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 76).
- Bauerkämper, Arnd: Strukturumbruch ohne Mentalitätswandel. Auswirkungen der Bodenreform auf die ländliche Gesellschaft in der Provinz Mark Brandenburg 1945–1949, in: ders.: »Junkerland in Bauernhand«?, S. 69–85.
- Bauerkämper, Arnd: Der verlorene Antifaschismus. Die Enteignung der Gutsbesitzer und der Umgang mit dem 20. Juli 1944 bei der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 42 (1994), S. 623–634.
- Baus, Ralf Thomas: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programm – Politik, Düsseldorf 2001 (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 36).
- Beck, Friedrich: Die Entstehung der Provinzial- und Landesverwaltungen in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Befreiung und Neubeginn. Zur Stellung des 8. Mai 1945 in der deutschen Geschichte. Berlin (Ost) 1968 (= Schriften der Deutschen Sektion der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR, Bd. 5), S. 198–209.
- Beck, Friedrich: Die Provinz Brandenburg und das Land Brandenburg in den Jahren 1945–1952, in: Fünf Jahre Bundesland Brandenburg. Ein neues altes Land. Kolloquium der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg e.V. und des Landtages Brandenburg am 28.10.1995, Potsdam 1996, S. 91–102 (= Schriften des Landtages Brandenburg, Heft 2/1996).
- Beck, Stefan v. der: Die Konfiskationen in der Sowjetischen Besatzungszone von 1945 bis 1949. Ein Beitrag zu Geschichte und Rechtsproblemen der Enteignungen auf besatzungsrechtlicher und besatzungshoheitlicher Grundlage, Frankfurt/Main u.a. 1996 (= Schriften zum Staats- und Völkerrecht, Bd. 64).
- Um Beelitz harter Kampf. Beelitz 1999 (= 1945 – Das Jahr zwischen Krieg und Frieden: Beelitz und Umgebung).
- Benser, Günter u.a.: Deutsche Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart, in: Deutsche Geschichte in drei Bänden. Bd. 3: Von 1917 bis zur Gegenwart. Berlin (Ost) 1968, S. 389–755.
- Benser, Günter: Die KPD im Jahre der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei (Jahreswende 1944/45 bis Herbst 1945). Berlin (Ost) 1985.
- Bernet, Wolfgang: Zur Landes- und Kommunalrechtlichen Entwicklung in der DDR. Speyer 1990 (= Speyrer Forschungsberichte 91).
- Bessel, Richard: Grenzen des Polizeistaates. Polizei und Gesellschaft in der SBZ und frühen DDR, in: ders./Jessen: Die Grenzen der Diktatur, S. 224–252.
- Bessel, Richard / Ralph Jessen (Hg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996.
- Blöß, Wolfgang: Verwaltungs- und Archivgeschichte der brandenburgischen Kreise seit 1815 im Überblick (auf: www.landeshauptarchiv-brandenburg.de).
- Bode, Bernhard: Liberal-Demokraten und »deutsche Frage«. Zum politischen Wandel einer Partei in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR zwischen 1945 und 1961. Frankfurt/Main 1997 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 733).
- Böge, Hermann: Heimatkunde des Kreises Zauch-Belzig. Werder/Havel 1909.
- Bönisch, Fritz: Der Blick in die Geschichte. Vom Landkreis Oberspreewald-Lausitz, rück-schreitend zur ältesten Kreisgründung. Senftenberg 1995.
- Boldorf, Marcel: Landarmut in der SBZ/DDR zwischen Bodenreform und Kollektivierung (1945–1952/53), in: Kluge u.a.: Zwischen Bodenreform und Kollektivierung, S. 141–155.

- Bordjugow, Gennadij: Das ZK der KPdSU(B), die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die SED 1945–1951, in: Weber/Mählert: Terror, S. 283–349.
- Bouvier, Beatrix: Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945–1953, Bonn 1996 (= Politik und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 45).
- Braas, Gerhard: Die Entstehung der Länderverfassungen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1946/47. Köln 1987 (= Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, Bd. 4).
- Braas, Gerhard: Verfassungsgebung auf Landes- und zentraler Ebene, in: SBZ-Handbuch, S. 358–380.
- Bracher, Karl Dietrich: Doppelte Zeitgeschichte im Spannungsfeld politischer Generationen – Einheit trotz Vielfalt historisch-politischer Erfahrungen?, in: Bernd Hey / Peter Steinbach: Zeitgeschichte und Politisches Bewußtsein, Köln 1986, S. 53–71.
- Brachwitz, Oskar: Als Beelitz und Treuenbrietzen zu Kreisstädten vorgeschlagen wurden, in: Zauche- und Fläming-Heimat, Nr. 6 u. 7 (1944).
- Brachwitz, Oskar: Vor 125 Jahren. Aus Zaucheland und Amt Belzig wird Zauch-Belzig, in: Heimatkalender für den Kreis Zauch-Belzig 1942, S. 27–31.
- Bräutigam, Helmut: Ausländische Zwangsarbeiter in Brandenburg 1939–1945. Ein Überblick. Typoskript, in: Lokalhistorische Studien zu 1945 in Brandenburg.
- Brandenburg im Jahr 1945. Studien. Hg. v. Werner Stang unter Mitarbeit v. Kurt Arlt, Potsdam 1995.
- Brandenburgische Gemeinden kurz nach dem Kriegsende von 1945. Aus eigenen Berichten der Gemeinden niedergeschrieben Ende 1945. Typoskript, o.O. und o.J. (offensichtlich v. Karl Demmel (Nauen/Berlin) im November/Dezember 1945 verfasst bzw. zusammengestellt; Stadt- und Landesbibliothek Potsdam, Signatur H 54/4531 q).
- Braun, Günter: Die Delegiertenwahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß. Anmerkungen zur Funktion und Manipulation der ersten Einheitslisten-Abstimmung im Mai 1949, in: Scherstjanoi: Provisorium für längstens ein Jahr, S. 362–368.
- Braun, Günter: Zur Entwicklung der Wahlen in der SBZ/DDR 1946–1950, in: Weber: Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie, S. 545–552.
- Braun, Günter: Wahlen und Abstimmungen, in: SBZ-Handbuch, S. 381–431.
- Brunner, Georg: Die Verwaltung in der SBZ und DDR, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte. Hg. v. Kurt G. A. Jeserich u.a., Bd. 5, Stuttgart 1987, S. 1219–1283.
- Buchheim, Cristoph (Hg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995.
- Buchholz, Karl: Zur Entwicklung der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe im Kreis Belzig, in: Belziger Heimatkalender 1987, S. 5–9.
- Bystrow, W. J. u.a.: Der Große Vaterländische Krieg. Kurzer historischer Abriß. Aus dem Russischen übersetzt v. Gerhard Basler u.a., Halb-Bd. 2, Berlin (Ost) 1975 (= Kleine Militärgeschichte, Kriege).
- Černý, Jochen: Zur Ungestaltung der politischen Organisation der Gesellschaft im Gründungsjahr der DDR (Oktober 1949 bis Oktober 1950), in: Badstübner/Heitzer: Die DDR in der Übergangsperiode, S. 159–195.
- Creuzberger, Stefan: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Weimar, Köln u. Wien 1996 (= Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 3).
- Christopeit, Gerald: Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg und ihr Verhältnis zu der einheimischen Bevölkerung, in: Wille u.a.: Sie hatten alles verloren, S. 86–109.
- Dähn, Horst: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP), in: SBZ-Handbuch, S. 544–573.

- Dalitz, Siegfried: »Niemegk meldet Panzeralarm«. Niemegk 1995 (= 1945 – Das Jahr zwischen Krieg und Frieden).
- Demps, Laurenz: Die Provinz Brandenburg in der NS-Zeit (1933 bis 1945), in: Brandenburgische Geschichte. Hg. v. Ingo Materna u. Wolfgang Ribbe, mit Beiträgen v. Kurt Adamy u.a., Berlin 1995, S. 619–676.
- Deutsches Städtebuch. Handbuch städtischer Geschichte. Hg. v. Erich Keyser, Bd. 2: Mitteldeutschland, Stuttgart u. Berlin 1941.
- Dieckmann, Johannes: Die gegenwärtigen Länderverfassungen in Deutschland, vergleichend betrachtet, Berlin 1948.
- Doernberg, Stefan: Die Geburt eines neuen Deutschland 1945–1949. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR, Berlin (Ost) 1959.
- Dorbritz, Gerhard u.a.: Die Entwicklung des Kreises Belzig in den 40 Jahren des Bestehens der Deutschen Demokratischen Republik, in: Belziger Heimatkalender 1989, S. 6–16.
- Dorbritz, Gerhard u.a.: »Der Krieg soll verflucht sein«. Dokumentation über die Rüstungsbetriebe Kopp & Co in Belzig, Treuenbrietzen u.a. (1924 bis 1945), Berlin 2003.
- Dorbritz, Gerhard u.a.: Schicksale. Dokumentation über das Zwangsarbeiterlager Roederhof in Belzig, Berlin 2001.
- Dorbritz, Gerhard u.a.: 40. Jahrestag der Vereinigung der KPD und der SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – Grundlage unseres erfolgreichen sozialistischen Aufbaus, Belzig 1986 (= Materialien zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Heft 1).
- Dorno, Friedrich: Der Fläming und die Herrschaft Wiesenburg. Agrar-historische Studien aus den nördlichen Ämtern des sächsischen Kurkreises, München u. Leipzig 1914 (= Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, Heft 178).
- Dowidat, Christel: Personalpolitik als Mittel der Transformation des Parteiensystems der SBZ/DDR (1945–1952), in: Weber: Parteiensystem zwischen Demokratie und Volkodemokratie, S. 463–469.
- Dowidat, Christel: Zur Veränderung der Mitgliederstrukturen von Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR (1945–1952), in: Weber: Parteiensystem, S. 497–544.
- Eckart, Karl: Agrarstrukturentwicklung und -probleme in Berlin-Brandenburg (1938/40 bis 1989/90), in: ders. u.a.: Räumliche Bedingungen und Wirkungen, S. 9–61.
- Eckart, Karl / Joachim Marcinek / Hans Viehrig (Hg.): Räumliche Bedingungen und Wirkungen des sozial-ökonomischen Umbruchs in Berlin-Brandenburg. Berlin 1993 (= Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 36).
- Fait, Barbara: (Mark) Brandenburg, in: SBZ-Handbuch, S. 80–102.
- Fiedler, Helene: SED und Staatsmacht. Zur staatspolitischen Konzeption und Tätigkeit der SED 1946–1948, Berlin (Ost) 1974.
- Finn, Gerhard: Sachsenhausen 1936–1950. Geschichte eines Lagers, 2. Aufl., Bonn 1988.
- Fisch, Jörg: Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg. München 1992.
- Förster, Gerhard / Heinz Helmert / Helmut Schnitter: Der zweite Weltkrieg. Militärgeschichte. Abriß, Berlin (Ost) 1972 (= Kleine Militärgeschichte, Kriege).
- Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: SBZ-Handbuch, München 1990, S. 7–69.
- Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion, Berlin 1999 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 44).
- Foitzik, Jan: Der sowjetische Terrorapparat in Deutschland. Wirkung und Wirklichkeit, in: Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 7, Berlin 1998, S. 4–28.
- Foitzik, Jan: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), in: SBZ-Handbuch, S. 748–759.

- Foitzik, Jan: Zum Verhältnis zwischen SED und Besatzungsmacht: Konkordanz und Dissens, in: Hoffmann/Wentker: Das letzte Jahr der SBZ, S. 55–64.
- Frölich, Jürgen (Hg.): »Bürgerliche« Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1995.
- Frenzel, Max / Wilhelm Thiele / Artur Mannbar: Gesprengte Fesseln. Ein Bericht über den antifaschistischen Widerstand und die Geschichte der illegalen Parteiorganisation der KPD im Zuchthaus Brandenburg-Görden von 1933 bis 1945, 4. Aufl., Berlin (Ost) 1982.
- Fricke, Karl Wilhelm: Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968. Bericht und Dokumentation, Köln 1979.
- Gellermann, Günter W.: Die Armee Wenck – Hitlers letzte Hoffnung. Aufstellung, Einsatz und Ende der 12. deutschen Armee im Frühjahr 1945, Koblenz 1984.
- Gertner, Thomas: Die Bodenreform in der SBZ – Ein sogenannter Exzeßfall?, in: Sobotka: Wiedergutmachungsverbot, S. 450–459.
- Gertner, Thomas: September 1945 – Die Geschichte der Bodenreform-Verordnungen in der SBZ unter Berücksichtigung des nunmehr zugänglichen Archivmaterials, in: Sobotka: Wiedergutmachungsverbot?, S. 333–343.
- Gieseke, Jens: Von der Deutschen Verwaltung des Innern zum Ministerium für Staatssicherheit 1948 bis 1950. Die politische Polizei in den Weichenstellungen der DDR-Gründung, in: Hoffmann/Wentker: Das letzte Jahr der SBZ, S. 133–148.
- »Das Glockenläuten ist einzustellen ...«. Belzig 1995 (= 1945 – Das Jahr zwischen Krieg und Frieden, T. 1: Belzig und Umgebung).
- Gottberg, Bernd: Die Gründung und die ersten Jahre der NDPD 1948–1954, in: Frölich: »Bürgerliche« Parteien in der SBZ/DDR, S. 73–87.
- Gradl, Johann Baptist: Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Köln 1981.
- Groehler, Olaf: Der Luftkrieg gegen Brandenburg in den letzten Kriegsmonaten, in: Brandenburg im Jahr 1945. Studien, S. 9–37.
- Großbölting, Thomas / Hans-Ulrich Thamer (Hg.): Die Errichtung der Diktatur. Transformationsprozesse in der Sowjetischen Besatzungszone und der frühen DDR, Münster 2003.
- Grottendieck, Michael: Egalisierung ohne Differenzierung? Verhinderung von Vertriebenenorganisationen im Zeichen einer sich etablierenden Diktatur, in: Großbölting/Thamer: Die Errichtung der Diktatur, S. 191–221.
- Grünewald, Wilhard: Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947. Anlaß und Scheitern eines gesamtdeutschen Unternehmens. Meisenheim am Glan 1971 (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 21).
- Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945. Hg. v. Walther Hubatsch, Reihe A: Preußen, Bd. 5: Brandenburg, bearb. v. Werner Vogel, Marburg/Lahn 1975.
- Günther, Manfred: Die Geschichte der Gemeinde Borkheide. T. 1: Die Jahre 1900–1945, Borkheide 1997.
- Hajna, Karl-Heinz: Zur Bildung der Bezirke in der DDR ab Mitte 1952, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 37 (1989), S. 291–303.
- Hajna, Karl-Heinz: Länder – Bezirke – Länder. Zur Territorialstruktur im Osten Deutschlands 1945–1990, Frankfurt/Main 1995.
- Hajna, Karl-Heinz: Der Verlust der Finanzhoheit der Länder Anfang 1950. Beispiel der Zurückdrängung föderaler und regionaler Elemente, in: Scherstjanoi: Provisorium für längstens ein Jahr, S. 322–326.
- Hartisch, Torsten: Die Enteignungen von »Nazi- und Kriegsverbrechern« im Land Brandenburg. Eine verwaltungsgeschichtliche Studie zu den SMAD Befehlen Nr. 124 vom 30. Oktober

- 1945 bzw. Nr. 64 vom 17. April 1948, Frankfurt/Main u.a. 1998 (= Quellen, Findbücher und Inventare des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 7).
- Hass, Gerhart: Der Werwolf 1944/45 – Propaganda und Realität, in: Günter Agde: Sachsenhausen bei Berlin. Speziallager Nr. 7 1945–1950. Kassiber, Dokumente und Studien, Berlin 1994, S. 200–215.
- Heider, Magdalena: Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, in: SBZ-Handbuch, S. 714–733.
- Heine, Walter: 625 Jahre Gemeinde Gollwitz. Eine Chronologie der Ereignisse von der Ersterwähnung bis zur Gegenwart in Wort und Bild, Gollwitz 2000.
- Heinrich, Gerd (Hg.): Berlin und Brandenburg, 3., überarbeitete u. ergänzte Aufl., Stuttgart 1995 (= Handbuch der historischen Stätten Deutschlands, Bd. 10).
- Heinrich, Gerd: Landesgeschichtliche Arbeiten und Aufgaben in Berlin-Brandenburg, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Bd. 39 (1990), S. 1–42.
- Heinrich, Gerd: Ritter und Soldaten – Aufstieg und Fall der Lineol-Werke Oskar Wiederholz, in: Stahl und Brennbabor, S. 457–479.
- Heitzer, Heinz: Die Überwindung des Faschismus 1945 bis 1949, in: Deutsche Geschichte in 10 Kapiteln. Hg. v. Joachim Herrmann, Berlin (Ost) 1988, S. 397–433.
- Helf, Klaus: Von der Interessenvertretung zur Transmission. Die Wandlung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) (1945–1950), in: Weber: Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie, S. 339–344.
- Helle, Matthias: Die Eingliederung sächsischer Landesteile in die Provinz Brandenburg. Das Beispiel des Amtes Belzig-Rabenstein. Wissenschaftliche Hausarbeit zur Ersten Staatsprüfung (Maschinenschrift), Berlin 2000.
- Herferth, Willi u.a.: Von der demokratischen Bodenreform zum sozialistischen Dorf, Berlin (Ost) 1965.
- Hermes, Peter: Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945, Saarbrücken 1963.
- Herrmann, Gottfried: Zwischen Hoffnung und Verzweiflung. Das Leben nach Kriegsende in der Lutherstadt Wittenberg und im Landkreis Wittenberg, Wittenberg 2005.
- Heß, Klaus / Anke Richter: Die Stadt Brandenburg im Jahr 1945, in: Brandenburg im Jahr 1945, S. 195–222.
- Hillgruber, Andreas: Der Zweite Weltkrieg. Kriegsziele und Strategie der großen Mächte, 5., verbesserte Aufl., Stuttgart/Berlin (West)/Köln 1989.
- Historisches Ortslexikon für Brandenburg. T. 5: Zauch-Belzig. Bearb. v. Peter P. Rohrlach, Weimar 1977 (= Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam, Bd. 14).
- Hockerts, Hans Günter: Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29–30 (1993), S. 3–19.
- Hoffmann, Dierk / Herrmann Wentker (Hg.): Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR, München 2000 (= Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer).
- Hoffmann, Johannes / Manfred Wille / Wolfgang Meinicke: Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik, in: Wille u.a.: Sie hatten alles verloren, S. 12–26.
- Holzwarth, Klaus: Die Anfänge der zentralen Wirtschaftsplanung in der SBZ, in: Buchheim: Wirtschaftliche Folgen des Krieges in der SBZ/DDR, S. 247–269.
- Hühns, Erik: Der Inhalt heimatgeschichtlicher Forschung, in: Hubert Mohr / Erik Hühns (Hg.): Einführung in die Heimatgeschichte, Berlin (Ost) 1959, S. 7–15.
- Hurwitz, Harold (unter Mitarbeit v. Ursula Böhme u. Andreas Malycha): Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen

- 1946–1949, Opladen 1997 (= Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 79).
- Hurwitz, Harold: Zwangsvereinigung und Widerstand der Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in Berlin, Köln 1990.
- Itzerott, Brigitte: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP), in: Weber: Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie, S. 179–184.
- 1000 Jahre Belzig. Blick in die Vergangenheit, aufgeschrieben von Belziger Chronisten, Belzig 1997 (= Buch 5 zur Stadtgeschichte).
- Jeserig/Fläming, ein Dorf in der Brandtsheide. Beiträge zur Ortsgeschichte, v. Gerhard Dorbritz, Helga Kästner u. Ernst Neuendorf, Jeserig 2003.
- Jeske, Natalja: Versorgung, Krankheit, Tod in den Speziallagern, in: Mironenko u.a.: Sowjetische Speziallager in Deutschland, S. 189–223.
- Just, Regine: Zur Lösung des Umsiedlerproblems auf dem Gebiet der DDR 1945 bis Anfang der fünfziger Jahre, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 35 (1987), S. 971–984.
- Kaelble, Hartmut / Jürgen Kocka / Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte in der DDR, Stuttgart 1994.
- Kaiser, Marianne: 250 Jahre Salzbrunn-Birkhorst. Beiträge zur Geschichte, Salzbrunn 1998.
- Kaminsky, Annette: Wohlstand, Schönheit, Glück. Kleine Konsumgeschichte der DDR, München 2001.
- Karlsch, Rainer: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–1953, Berlin 1993.
- Karlsch, Rainer: Umfang und Struktur der Reparationsentnahmen aus der SBZ/DDR 1945–1953. Stand und Probleme der Forschung, in: Buchheim: Wirtschaftliche Folgen des Krieges in der SBZ/DDR, S. 45–78.
- Karlsch, Rainer / Jochen Laufer: Die sowjetischen Demontagen in der SBZ. Entwicklung der Forschung und neue Fragen, in: Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949, S. 19–30.
- Kind, Friedrich: Christliche Demokraten im Ringen um eine neue Demokratie. Zur Entwicklung und zum Beitrag des Landesverbandes Brandenburg der CDU innerhalb der politischen Organisationen der Gesellschaft während der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1945–1949/50), Berlin (Ost) 1984 (= Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Beiträge zur Geschichte).
- Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Göttingen 1982.
- Kluge, Ulrich / Winfried Halder / Katja Schlenker (Hg.): Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der »sozialistischen Landwirtschaft« in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre, Stuttgart 2001 (= Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 92).
- Koch, Manfred: Beratende Versammlungen, in: SBZ-Handbuch, S. 321–328.
- Koch, Manfred: Der Demokratische Block, in: Weber: Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie, S. 281–292.
- Koch, Manfred: Landtage, in: SBZ-Handbuch, S. 329–348.
- Koch, Manfred: Volkskongreßbewegung und Volksrat, in: SBZ-Handbuch, S. 349–357.
- König, Klaus (Hg.): Verwaltungsstrukturen der DDR. Mit Beiträgen v. Heinz Bartsch u.a., Baden-Baden 1991.
- König, Klaus: Zum Verwaltungssystem der DDR, in: ders.: Verwaltungsstrukturen der DDR, S. 9–44.
- Kotow, Grigorij G.: Agrarverhältnisse und Bodenreform in Deutschland. Bd. 1: Die Agrarverhältnisse in der Weimarer Republik, im faschistischen Deutschland und die Durchführung

- der demokratischen Bodenreform in Ostdeutschland. Aus dem Russischen übersetzt v. H. Schieck u. S. Hoffmann, Berlin (Ost) 1959.
- Kotsch, Detlef: Die Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus in der DDR (1952 bis 1990), in: Brandenburgische Geschichte. Hg. v. Ingo Materna u. Wolfgang Ribbe, mit Beiträgen v. Kurt Adamy u.a., Berlin 1995, S. 727–794.
- Kotsch, Detlef: Garnison für drei Armeen (1945–1993), in: Stahl und Brennbabor, S. 171–177.
- Kotsch, Detlef: Karrierewege in Brandenburg nach dem Zweiten Weltkrieg. Entstehung und Etablierung der neuen Eliten in den Jahren 1945–1960, in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 47 (1996), S. 149–191.
- Kotsch, Detlef: Das Land Brandenburg zwischen Auflösung und Wiederbegründung. Politik, Wirtschaft und soziale Verhältnisse in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus in der DDR (1952–1990), Berlin 2001 (= Bibliothek der Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 8; Brandenburgische Geschichte in Einzeldarstellungen 8).
- Kraemer, Bärbel / Werner Niendorf / Otto Zimmermann: Chronik der Gemeinde Neschholz. T. 2, Neschholz 2002.
- Krause, Werner: Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR, Berlin (Ost) 1958.
- Krippendorff, Ekkehart: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone 1945/48. Entstehung, Struktur, Politik, Düsseldorf 1961.
- Kuckert, Katrin: 1816 – 1952 – 1993: Stationen der Verwaltungsgeschichte, in: Zwischen Havelland und Fläming. Heimatblätter 1994, S. 14–19.
- Kühle, Barbara / Wolfgang Titz: Speziallager Nr. 7 Sachsenhausen, 1945–1950, Berlin 1990.
- Kühne, Konrad: Die Anfänge der DBD, in: Frölich: »Bürgerliche« Parteien in der SBZ/DDR, S. 89–102.
- Kulbach, Roderich / Helmut Weber (in Zusammenarbeit mit Eckart Förtsch): Parteien im Blocksystem der DDR. Funktion und Aufbau der LDPD und der NDPD, Köln 1969 (= Schriftenreihe des Studienkollegs für zeitgeschichtliche Fragen, Bd. 3).
- Lakowski, Richard: Das Ende der Naziherrschaft in Brandenburg. Mit einer Dokumentation. In: Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente. Hg. v. Dietrich Eichholtz, Berlin 1993, S. 411–442.
- Lakowski, Richard / Karl Stich: Der Kessel von Halbe 1945. Das letzte Drama, Berlin 1997.
- Die Landräte des Kreises Zauch-Belzig, in: Heimatkalender für den Kreis Zauch-Belzig 1931, S. 104f.
- Laufer, Jochen: Politik und Bilanz der sowjetischen Demontagen in der SBZ/DDR 1945–1950, in: Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949, S. 31–77.
- Laufer, Jochen: Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Bauerkämper: »Junkerland in Bauernhand«, S. 21–68.
- Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1981.
- Lokalhistorische Studien zu 1945 in Brandenburg. »Zusammenbruch – Befreiung – Besatzung«. Rückfragen an die NS-Zeit und Ausblick auf die Entwicklung bis 1948. Einführende Literatur, zusammengestellt v. Andreas Herbst u.a., Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen e.V. Potsdam, 1994.
- Loth, Wilfried: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994.
- Loth, Wilfried: Das ungeliebte Kind. Stalin und die Gründung der DDR, in: Scherstjanoi: Provisorium für längstens ein Jahr, S. 31–38.
- Mählert, Ulrich: Die Massenorganisationen im politischen System der DDR, in: Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch. Hg. v. Gerd-Rüdiger Stephan u.a., Berlin 2002, S. 103–115.
- Mählert, Ulrich: »Die Partei hat immer Recht!«. Parteisäuberungen als Kaderpolitik in der SED (1948–1953), in: Weber/Mählert (Hg.): Terror, S. 351–457.

- Mählert, Ulrich: Von der Zone zum Staat, in: Wolfgang Kenntemich / Manfred Durniok / Thomas Karlauf (Hg.): Das war die DDR. Eine Geschichte des anderen Deutschland, Berlin 1993, S. 15–57.
- Malycha, Andreas: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn usw. 2000.
- Malycha, Andreas: Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition, Bonn 1995 (= Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 16).
- Marquardt, Sabine: Die Entdifferenzierung der Gesellschaftsordnung der SBZ durch die »Demokratische Bodenreform«: Das Beispiel Mecklenburg-Vorpommern, in: Großbölting/Thamer: Die Errichtung der Diktatur, S. 23–53.
- Matschke, Werner: Die industrielle Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) von 1945 bis 1948, Berlin (West) 1988 (= Wirtschaft und Gesellschaft im geteilten Deutschland, Bd. 2).
- Mattedi, Norbert: Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, Bonn/Berlin (West) 1966 (= Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland).
- Maunz, Theodor: Deutsches Staatsrecht. Ein Studienbuch. München/Berlin (West) 1951.
- Meinicke, Wolfgang: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR, in: Wille u.a.: Sie hatten alles verloren, S. 55–85.
- Meinicke, Wolfgang: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Bauerkämper: »Junkerland in Bauernhand«?, S. 133–151.
- Meinicke, Wolfgang: Die Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone 1945–1948, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 32 (1984), S. 968–979.
- Meinicke, Wolfgang: Zur Integration der Umsiedler in die Gesellschaft 1945–1952, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 36 (1988), S. 867–878.
- Menzel, Walter: Die Brandenburgische Städtebahn, Berlin (Ost) 1984.
- Mickin, Walter / Willi Georgino: Macht des schweren Anfangs. Studien über das Oberlandratsamt Brandenburg/Havel 1945–1947, Potsdam 1989.
- Mielke, Henning: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR. Von der deutschen Selbstverwaltung zum sozialistisch-zentralistischen Einheitsstaat nach sowjetischem Modell 1945–1952, Stuttgart 1995 (= Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 66).
- Mironenko, Sergej / Lutz Niethammer / Alexander v. Plato (Hg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950. Bd. 1: Studien und Berichte, Berlin 1998.
- Moritz, Lothar: Die Bodenreform – Ein hoheitlicher Akt der Besatzungsmacht, in: Sobotka: Wiedergutmachungsverbot?, S. 28–34.
- Morré, Jörg: Speziallager des NKWD. Sowjetische Internierungslager in Brandenburg 1945–1950. Mit Beiträgen v. Gabriele Camphausen, Anette Kaminsky, Lutz Prieß u. Andreas Weigelt, Potsdam 1997.
- Müller, Uwe: Demontagen, gesellschaftliche Transformation und industrieller Strukturwandel in Brandenburg (Havel), in: Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949, S. 371–402.
- Müller, Werner: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), in: SBZ-Handbuch, S. 626–664.
- Müller, Werner: Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), in: SBZ-Handbuch, S. 440–459.
- Müller, Werner: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), in: SBZ-Handbuch, S. 460–480.
- Müller, Werner: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), in: SBZ-Handbuch, S. 481–514.
- Müller, Werner: Der Transformationsprozeß der SED, in: Weber: Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie, S. 51–60.

- Murken, Jens: Bodenreform-Kampagne und politische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern, in: Kluge u.a.: Zwischen Bodenreform und Kollektivierung, S. 51–71.
- Naimark, Norman (M.): Moskaus Suche nach Sicherheit und die sowjetische Besatzungszone 1945–1949, in: Siegfried Suckut / Walter Süß (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997 (= Analysen und Dokumente, Bd. 8), S. 39–50.
- Naimark, Norman (M.): Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland, in: Bonwetsch u.a.: Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949, S. VII–XVIII.
- Naimark, Norman (M.): Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949. Aus dem Amerikanischen v. Hans-Ulrich Seebohm u. Hans-Joachim Maass, Berlin 1997.
- Neef, Helmut u.a.: Die Nationale Front der DDR. Geschichtlicher Überblick, Berlin (Ost) 1984.
- Nehrig, Christel: Uckermärker Bauern in der Nachkriegszeit. Sozialhistorische Untersuchungen zur Lage von Neu- und Altbauern im Kreis Prenzlau 1945–1952, Berlin 1996 (= Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart, Bd. 7).
- Osmond, Jonathan: Kontinuität und Konflikt in der Landwirtschaft der SBZ/DDR zur Zeit der Bodenreform und der Vergenossenschaftlichung, 1945–1961, in: Bessel/Jessen: Die Grenzen der Diktatur, S. 137–169.
- Otto, Wilfriede: Deutscher Handlungsspielraum und sowjetischer Einfluß. Zur Rolle der Sowjetisch Kontrollkommission, in: Scherstjanoi: Provisorium für längstens ein Jahr, S. 138–144.
- Pape, Petra: Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg, in: Wille u.a.: Sie hatten alles verloren, S. 110–132.
- Päpke, Helmut: Bürgermeister gab Anstoß. 1946 wurde Treuenbrietzener Ortsgruppes des Kulturbundes gegründet, in: Märkische Allgemeine. Fläming-Echo (11./12. März 2006), S. 17.
- Papke, Gerhard: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR 1945–1952, in: Frölich: »Bürgerliche« Parteien in der SBZ/DDR, S. 25–45.
- Pijur, Wilhelm / Heinz Schulze: Kuhlowitz-Preußnitz. Beiträge zur Geschichte. T. 1, Kuhlowitz 2002.
- Piskol, Joachim: Zur sozialökonomischen Entwicklung der Großbauern in der DDR 1945 bis 1960, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 39 (1991), S. 419–433.
- Piskol, Joachim / Christel Nehrig / Paul Trixa: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande (1945–1949), Berlin (Ost) 1984.
- Plato, Alexander v.: Zur Geschichte des sowjetischen Speziallagersystems in Deutschland, in: Mironenko u.a.: Sowjetische Speziallager in Deutschland, S. 19–75.
- Plato, Alexander v. / Wolfgang Meinicke: Alte Heimat – neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR. Berlin 1991.
- Podewin, Norbert / Manfred Teresiak (Hg.): »Brüder, in eins nun die Hände ...« Das Für und Wider um die Einheitspartei in Berlin, Berlin 1996.
- Pohl, Dieter: Justiz in Brandenburg 1945–1955. Gleichschaltung und Anpassung, München 2001 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 50; Veröffentlichungen zur SBZ-/DDR-Forschung im Institut für Zeitgeschichte).
- Pries, Sebastian: Das Neubauerneigentum in der ehemaligen DDR, Frankfurt/Main 1994.
- Prieß, Benno: Erschossen im Morgengrauen. Verhaftet, gefoltert, verurteilt, erschossen. »Werwolf«-Schicksale mitteldeutscher Jugendlicher, Calw 1999.
- Prieß, Lutz: Das Speziallager des NKVD Nr. 7 (Nr. 1) Sachsenhausen 1945–1950, in: Mironenko u.a.: Sowjetische Speziallager in Deutschland, S. 380–410.
- Reichelt, Hans: Blockflöten – oder was? Zur Geschichte der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) 1948 bis 1990, Berlin 1997.

- Reif, Regine: Der Kreis Zauch-Belzig, in: Belziger Heimatkalender 1991, S. 5–10.
- Reif, Regine: Vor 100 Jahren: Erster Spatenstich fürs neue Kreishaus, in: Belziger Heimatkalender 1993, S. 11–15.
- Reinert, Fritz: Bodenreform 1945 in Brandenburg, (Potsdam) 1995 (= Dialog in der PDS, Landesverband Brandenburg, Heft 2).
- Reinert, Fritz: Brandenburgs Parteien 1945–1950. Möglichkeiten und Grenzen kooperativer Politik, Potsdam 1995.
- Reinert, Fritz / Karl Urban: Die Rolle von Partei und Staat bei der Durchführung und Festigung der demokratischen Bodenreform, Potsdam 1978 (= Aktuelle Beiträge der Staats- und Rechtswissenschaft, Heft 179).
- Ribbe, Wolfgang: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR (1945 bis 1952), in: Brandenburgische Geschichte. Hg. v. Ingo Materna u. Wolfgang Ribbe, mit Beiträgen v. Kurt Adamy u.a., Berlin 1995, S. 677–726.
- Richert, Ernst: Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. 2., erweiterte u. überarbeitete Aufl., Köln/Opladen 1963 (= Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Bd. 11).
- Richter, Michael: Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung. 2., korrigierte Aufl., Düsseldorf 1991 (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 19).
- Riedel, Ulrich: Der Einfluß des Sowjetrechts und der Weimarer Verfassung auf die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7.10.1949. Diss., Göttingen 1973.
- Roesler, Jörg: Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin (Ost) 1978 (= Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, Bd. 11).
- Rothfels, Hans: Zeitgeschichtliche Betrachtungen. Vorträge und Aufsätze, Göttingen 1959.
- Rothfels, Hans: Zeitgeschichte als Aufgabe, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1 (1953), S. 1–8.
- Sattler, Friederike: Demontagen und Reparationsentnahmen als Problem der beginnenden Wirtschaftsplanung in der SBZ: Das Beispiel der Provinz Brandenburg (1945–1947), S. 329–370.
- Sattler, Friederike: Wirtschaftsordnung im Übergang. Politik, Organisation und Funktion der KPD/SED im Land Brandenburg bei der Etablierung der zentralen Planwirtschaft in der SBZ/DDR 1945–1952. Bd. 1 u. 2, Münster 2002 (= Diktatur und Widerstand, Bd. 5).
- SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. Hg. v. Martin Broszat u. Hermann Weber, München 1990.
- Schenk, Holger: Verwaltung per Befehl. Eine Analyse der Protokolle über die Beratungen des Landrates des Kreises Zauch-Belzig mit den Oberbürgermeistern und Bezirksbürgermeistern vom Juni bis September 1945, in: Zwischen Havelland und Fläming. Heimatkalender für den Landkreis Potsdam-Mittelmark 1995, S. 20–25.
- Scherstjanoi, Elke: Die deutschlandpolitischen Absichten der UdSSR 1948. Erkenntnisstand und forschungsleitende Problematisierungen, in: Hoffmann/Wentker: Das letzte Jahr der SBZ, S. 39–54.
- Scherstjanoi, Elke: »Friedenshektarerträge« auf Vorkriegsanbauflächen. Zur Bewältigung von Kriegslasten in der ostdeutschen Landwirtschaft (1950), in: Buchheim: Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, S. 323–340.
- Scherstjanoi, Elke: Noch einmal »über ›die Russen‹ und über uns.« Gedanken zu einer »Diskussion über ein brennendes Thema« aus dem Jahr 1948. Überarbeiteter Vortrag v. 1991, in: Lokalhistorische Studien zu 1945 in Brandenburg.

- Scherstjanoi, Elke (Hg.): Provisorium für längstens ein Jahr. Protokoll des Kolloquiums Die Gründung der DDR, September 1991, Berlin 1993.
- Scherstjanoi, Elke (Bearb.): Das SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953. Eine Dokumentation, München 1998 (= Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 11).
- Schneider, Christa: Kultureller Neubeginn in Potsdam? Aspekte Potsdamer Kulturlebens in den ersten Nachkriegsjahren, in: Brandenburg im Jahr 1945, S. 333–366.
- Schneider, Dieter Marc: Innere Verwaltung/Deutsche Verwaltung des Innern (DVdI), in: SBZ-Handbuch, S. 207–217.
- Schneider, Dieter Marc: Kommunalverwaltung und -verfassung, in: SBZ-Handbuch, S. 297–319.
- Schneider, Dieter Marc: Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, in: SBZ-Handbuch, S. 239–243.
- Schöne, Jens: Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft, Berlin 2005.
- Scholz, Eberhard: Die naturräumliche Gliederung Brandenburgs, Potsdam 1962.
- Schreckenbach, Hans-Joachim: Allgemeine Verwaltungsgeschichte, in: Übersicht über die Bestände des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, T. 3/1, S. 19–38.
- Schreckenbach, Hans-Joachim: Der Aufbau einer neuen Verwaltung in Brandenburg im Jahr 1945, in: Brandenburg im Jahr 1945, S. 223–264.
- Schreckenbach, Hans-Joachim: Bezirksverwaltungen in den Ländern der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1947. Eine verwaltungsgeschichtliche Studie, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 1 (1965), S. 49–80.
- Schreckenbach, Hans-Joachim (Bearb.): Bibliographie zur Geschichte der Mark Brandenburg. T. 2, Weimar 1971 (= Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam, Bd. 9).
- Schreckenbach, Hans-Joachim: Neue Kreise – alte Kreise. Regionalgeschichtliche Forschungen und Veränderungen der Verwaltungsstruktur, dargestellt am Beispiel der demokratischen Verwaltungsreform von 1952, in: Märkische Heimat. Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam, Heft 2 (1983), S. 32–40.
- Schreckenbach, Hans-Joachim: Provinz – Bezirke – Land. Von der preußischen Provinz zum Land Brandenburg. in: Brandenburg – Rheinland – Westfalen. Historische Dokumente einer wechselseitigen Beziehung. Katalog der gleichnamigen Ausstellung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, des Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchivs und des Nordrhein-Westfälischen Staatsarchivs Münster, Düsseldorf/Potsdam 1993, S. 72–79.
- Schreckenbach, Hans-Joachim / Werner Künzel: Das Land Brandenburg und der brandenburgische Landtag 1945–1952, in: Geschichte der brandenburgischen Landtage. Von den Anfängen 1823 bis in die Gegenwart. Hg. v. Kurt Adamy u. Kristina Hübener, Berlin 1998 (= Brandenburgische Historische Studien, Bd. 3), S. 225–304.
- Schröder, Otto: Der Kampf der SED in der Vorbereitung und Durchführung des Volkstenseides in Sachsen. Februar bis 30. Juni 1946, Berlin (Ost) 1961.
- Schulze, Berthold: Die Reform der Verwaltungsbezirke in Brandenburg und Pommern 1809–18, Berlin 1931 (= Einzelschriften der Historischen Kommission für die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin, Bd. 3).
- Schulze, Gerhard: Entwicklung der Verwaltungsstruktur in der DDR, in: König: Verwaltungsstrukturen der DDR, S. 45–70.
- Schwartz, Michael: Kontrollierte Partizipation. Die »Umsiedler-Ausschüsse« der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Spannungsfeld von Sonderverwaltung, Parteipolitik und sozialen Interessen 1945–1949, in: Sylvia Schraut / Thomas Grosser (Hg.): Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, Mannheim 1996, S. 161–191 (= Mannheimer historische Forschungen, Bd. 11).

- Schwartz, Michael: Umsiedlerpolitik in der Krise? Das Vertriebenenproblem in der Gründungsphase der DDR 1948–1950, in: Hoffmann/Wentker: Das letzte Jahr der SBZ, S. 185–205.
- Schwenger, Herman: Konsumgenossenschaften, in: SBZ-Handbuch, S. 767–792.
- Schwere Kämpfe in und um Treuenbrietzen, Treuenbrietzen 1996 (= 1945 – Das Jahr zwischen Krieg und Frieden: Treuenbrietzen und Umgebung).
- Semirjaga, Michail: Die Rote Armee in Deutschland im Jahre 1945, in: Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945. Essays. Hg. v. Peter Jahn u. Reinhard Rürup, Berlin 1991, S. 200–210.
- Sobotka, Bruno J. (Hg.): Wiedergutmachungsverbot? Die Enteignungen in der ehemaligen SBZ zwischen 1945 und 1949, Mainz 1998.
- Sommer, Ulf: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Eine Blockpartei unter Führung der SED, Münster 1996 (= Agenda Geschichte, 10).
- Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen. Hg. v. Rainer Karlsch u. Jochen Laufer, Berlin 2002.
- Spiegel, Anja: Die Stasi kam im Morgengrauen. Jugendlicher Widerstand in Werder (Havel) 1950 bis 1953, Werder (Havel) 2002.
- Spix, Boris: Die Bodenreform in Brandenburg 1945–47. Konstruktion einer Gesellschaft am Beispiel der Kreise West- und Ostprignitz, Münster 1998 (= Zeitgeschichte – Zeitverständnis, Bd. 2).
- Stahl und Brennabor. Die Stadt Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert. Hg. v. Gerd Heinrich u.a., Potsdam 1998 (= Bibliothek der Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Bd. 3).
- Staritz, Dietrich: Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, München 1984 (= Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart).
- Staritz, Dietrich: National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD), in: SBZ-Handbuch, S. 574–583.
- Staritz, Dietrich: Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), in: SBZ-Handbuch, S. 760–766.
- Stöckigt, Rolf: Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform. Mai 1945 bis April 1946, Berlin (Ost) 1964.
- Suckut, Siegfried: Block-Ausschüsse, in: SBZ-Handbuch, S. 595–618.
- Suckut, Siegfried: Christlich-Demokratische Union Deutschlands CDU (D), in: SBZ-Handbuch, S. 515–543.
- Suckut, Siegfried: Innenpolitische Aspekte der DDR-Gründung. Konzeptionelle Differenzen, Legitimations- und Akzeptanzprobleme, in: Scherstjanoi: Provisorium für längstens ein Jahr, S. 84–101.
- Suckut, Siegfried: Ost-CDU und LDPD aus der internen Sicht von SED und MfS, in: Frölich: »Bürgerliche« Parteien in der SBZ/DDR, S. 103–120.
- Suckut, Siegfried: Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945–1952), in: Weber: Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie, S. 117–128.
- Ther, Philipp: Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956, Göttingen 1998 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 127).
- Ther, Philipp: Die Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR 1945–1953 am Beispiel des Kreises Calau-Senftenberg, in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 46 (1995), S. 159–168.
- Thieme, Siegfried: Aktuelle Probleme des Strukturwandels in der Landwirtschaft des Kreises Potsdam-Land, in: Eckart u.a.: Räumliche Bedingungen und Wirkungen, S. 71–76.

- Tieke, Wilhelm: Das Ende zwischen Oder und Elbe – Der Kampf um Berlin 1945, Stuttgart 1981.
- Tjulpanow, Sergej (Iwanowitsch): Die Rolle der SMAD bei der Demokratisierung Deutschlands, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Bd. 15 (1967), S. 240–252.
- Türke, Joachim: Demokratischer Zentralismus und kommunale Selbstverwaltung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Göttingen 1960 (= Göttinger Rechtswissenschaftliche Studien, Bd. 32).
- Übersicht über die Bestände des Brandenburgischen Landeshauptarchivs. T. 3/1: Behörden und Institutionen in der Provinz Mark Brandenburg/im Land Brandenburg 1945–1952. Bearb. v. Torsten Hartisch u.a., Berlin 2001 (= Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 39).
- Uhlemann, Manfred: Entstehung der SED in Potsdam, Potsdam 1996 (= Brandenburger Historische Hefte 3).
- Uhlemann, Manfred: Neubeginn in Potsdam. Politische und soziale Verhältnisse, in: Brandenburg im Jahr 1945, S. 297–332.
- Ulbricht, Walter (unter Mitarbeit v. Hans Schaul u. Hans Vieillard): Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. 1/1. Halb-Bd., Berlin (Ost) 1955.
- Urban, Karl / Joachim Schulz: Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Provinz Brandenburg. Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945–1946, Potsdam 1985 (= Geschichte der Landesparteiorganisation Brandenburg der SED 1945–1952, Bd. 1).
- Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815–1945. Organisation – Aufgaben – Leistungen der Verwaltung. Hg. v. Gerd Heinrich u.a., Stuttgart/Berlin/Köln 1992.
- Vette, Markus: Wer seinem Stern folgt. Zum Leben und Wirken der Landräte des Kreises Zauch-Belzig 1815–1945, Werder (Havel) 2008.
- 40 Jahre DBD. Chronik, Bilddokumente, Erlebnisberichte. Hg. v. der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1988.
- Vogt, Ludwig: Die Freie Deutsche Jugend (FDJ), in: Weber: Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie, S. 387–393.
- Vollnhals, Clemens (in Zusammenarbeit mit Thomas Schlemmer) (Hg.): Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991.
- Vorkastner, Helmut: 90 Jahre Brandenburgische Städtebahn, in: Zwischen Havelland und Fläming. Heimatblätter 1994, S. 68–75.
- Warning, Elke: Bildung und Tätigkeit Beratender Versammlungen in der Provinz Mark Brandenburg, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 28 (1986), S. 814–820.
- Weber, Gerda: Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD), in: SBZ-Handbuch, S. 691–713.
- Weber, Gerda: Zur Vorgeschichte und Entwicklung des Demokratischen Frauenbundes (DFD) von 1945 bis 1950, in: Weber: Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie, S. 421–429.
- Weber, Hermann: Freie Deutsche Jugend (FDJ), in: SBZ-Handbuch, S. 665–690.
- Weber, Hermann: Geschichte der DDR, Erfstadt 2004.
- Weber, Hermann (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, Köln 1982 (= Mannheimer Untersuchungen zur Politik und Geschichte der DDR, Bd. 3).
- Weber, Hermann: Zum Transformationsprozeß des Parteiensystems in der SBZ/DDR, in: ders.: Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie, S. 11–50.

- Weber, Hermann / Ulrich Mähler (Hg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Paderborn u.a. 1998.
- Welsh, Helga A.: Deutsche Zentralverwaltung für Justiz (DJV), in: SBZ-Handbuch, S. 218–238.
- Wentker, Hermann: Das Jahr 1948 als Auftakt zu Zentralisierung, Politisierung und Sowjetisierung des Justizwesens, in: Hoffmann/Wentker: Das letzte Jahr der SBZ, S. 149–167.
- Wentker, Hermann: Justiz in der SBZ/DDR 1945–1953. Transformation und Rolle ihrer zentralen Institutionen, München 2001 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 51).
- Werner, Bernhard: Zur Rolle und Funktion der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) und Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945–1952), in: Weber: Parteiensystem zwischen Demokratie und Volkodemokratie, S. 241–250.
- Werner-Tietz, Bernhard: Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD), in: SBZ-Handbuch, S. 584–594.
- Werner-Tietz, Bernhard: Bauernverband und Bauernpartei in der DDR. Die VdgB und die DBD 1945–1952. Ein Beitrag zum Wandlungsprozeß des Parteiensystems der SBZ/DDR, Köln 1984 (= Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR, Bd. 2).
- Wernicke, Gerhard: Die Kommissare und Landräte des Kreises Zauch-Belzig, in: Brandenburg. Zeitschrift für Heimatkunde und Heimatpflege. Heft 3 (1929), S. 43f.
- Wernicke, Gerhard: Der Kreis Zauch-Belzig und seine geschichtliche Entwicklung, in: Heimatkalender für den Kreis Zauch-Belzig 1931, S. 99–102.
- Wernicke, Gerhard: Der Kreis Zauch-Belzig im Zahlenspiegel statistischer Ergebnisse, in: Heimatkalender für den Kreis Zauch-Belzig 1930, S. 107–109.
- Wilhelm, Rena: Die SED – führende Kraft des antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus im Land Brandenburg April 1946 bis Mitte 1948, Potsdam 1988 (= Geschichte der Landesparteiorganisation Brandenburg der SED 1945–1952, Bd. 2).
- Wille, Manfred: Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–48, Magdeburg 1993.
- Wille, Manfred: Die Verabschiedung der Verordnung über die Bodenreform in der Provinz Sachsen, in: Bauerkämper: »Junkerland in Bauernhand«?, S. 87–102.
- Wille, Manfred: Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler – Möglichkeiten und Grenzen ihres Wirkens (1945–1948), in: ders. u.a.: Sie hatten alles verloren, S. 26–54.
- Wille, Manfred / Johannes Hoffmann / Wolfgang Meinicke (Hg.): Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Wiesbaden 1993 (= Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, Bd. 13).
- Wirth, Günter: Zur Entwicklung der Christlich-Demokratischen Union von 1945 bis 1950, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 7 (1959), S. 1577–1601.
- Zak, Eduard: Land an der Havel, Dresden 1953.
- Zank, Wolfgang: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945–1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München 1987.
- Zank, Wolfgang: Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK), in: SBZ-Handbuch, S. 253–290.
- Zimmermann, Hartmut: Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der SBZ/DDR, in: Kaelble u.a.: Sozialgeschichte in der DDR, S. 322–356.
- Zinke, Olaf: Die Transformation der DDR-Agrarverfassung in der Zeit von 1945 bis 1960/61. Die agrarpolitische Konzeption der SED sowie die ordnungspolitisch-institutionellen und sozialökonomischen Auswirkungen der SED-Agrarpolitik, Berlin 1999 (= Akademische Abhandlungen zur Geschichte).

Internetseiten

www.anarchismus.at/txt5/meierspanien1.htm.
www.heilstaetten.beelitz-online.de/HISTORIE/historie.htm.
www.landeshauptarchiv-brandenburg.de.
www.moebie.de/ueberuns.htm.
www.stadtfuehrer-werder.de/w_fuehrungen.htm.

Kartenwerke

BLHA, Rep. 203 Ministerium des Innern, Karte 23 C. (Kreiseinteilung und Kreisstädte der Provinz Mark Brandenburg, ca. Ende 1945, ohne Maßstab).
BLHA, Rep. 250 Zauch-Belzig, Karte 1 A. (Übersichtskarte des Kreises Zauch-Belzig sowie der Stadtkreise Potsdam und Brandenburg/H., Ausgabe 1949, Maßstab 1 : 100 000).
Entwicklung des Eisenbahnnetzes (1838–1966). Bearb. v. der Arbeitsgemeinschaft Historischer Handatlas in Verbindung mit Harry Methling, Maßstab 1 : 650.000, Berlin (West) 1967 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Historischer Handatlas von Brandenburg und Berlin, Lieferung 22).
Gaedke, Dieter (Bearb.): Der militärische Zusammenbruch 1945. Die Kämpfe in Brandenburg. Maßstab 1 : 500.000, Berlin (West) 1972 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Historischer Handatlas von Brandenburg und Berlin, Lieferung 40).
Heinrich, Gerd (Bearb.): Verwaltungsgliederung 1815–1945. Maßstab 1 : 500.000, Berlin (West) 1967 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Historischer Handatlas von Brandenburg und Berlin, Lieferung 24).
Schiefer, Joachim: Historischer Atlas zum Kriegsende 1945 zwischen Berlin und dem Erzgebirge, Beucha 1998.

Peter Böhlig und Peter Walther (Hg.)

Die Russen sind da

Kriegsalltag und Neubeginn 1945
in Tagebüchern aus Brandenburg

2011

Klappenbroschur, 15,8 × 23,5 cm,

512 Seiten, 50 historische Farbabbildungen, 8 Faksimiles

€ 19,80

ISBN 978-3-86732-079-5



Wie sah der Alltag der Menschen in den letzten Wochen und Monaten vor Kriegsende und in den ersten Jahren des Neubeginns aus? Wie wurden die geschichtlichen Ereignisse wahrgenommen? Die hier erstmals publizierten privaten Tagebuchaufzeichnungen aus den Jahren 1944 bis 1949 vermitteln aus der Perspektive von über dreißig Schreibern Tag für Tag ein authentisches Bild vom Überleben in einer Zeit, in der die Bedrohung der Existenz zum Alltag gehörte. In ihnen spiegeln sich zugleich die Erfahrungen der Menschen beim Umgang mit zwei Diktaturen. Ein ausführlicher Farbtafelteil stellt fünfzig faszinierende Agfacolor-Dia-Aufnahmen aus den Kriegs- und Nachkriegsjahren vor und dokumentiert deutsche Lebenswelten jener Zeit.

»Eine einzigartige Sammlung von Tagebucheinträgen. Ungeschminkt, schnörkellos und immer ganz nah am Geschehen schreibt hier der ganz normale Deutsche.«

rbb stilbruch

Lukas Verlag

für Kunst- und Geistesgeschichte
Kollwitzstraße 57
D-10405 Berlin

Tel.	+49 (30) 44 049220
Fax	+49 (30) 4428177
Mail	lukas.verlag@t-online.de
Internet	www.lukasverlag.com